This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Scan 54.14

Harvard College Library

BOUGHT WITH INCOME

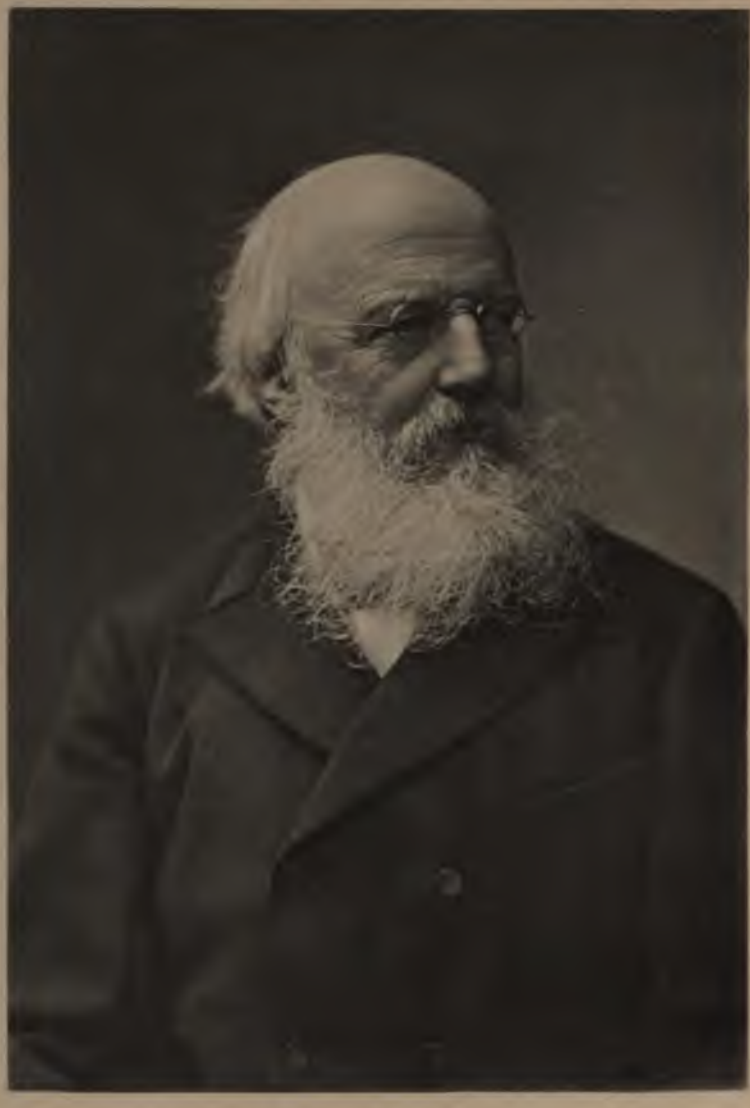
FROM THE BEQUEST OF

HENRY LILLIE PIERCE,

OF BOSTON.

Under a vote of the President and Fellows,
October 24, 1898.

1 April, 1899.



Lind. p 375.

Germanistische Abhandlungen

zum

LXX. Geburtstag

Konrad von Maurers

dargebracht

von

Oscar Brenner,
Felix Dahn,
Carl Gareis,
Wolfgang Golther,
Valtýr Guðmundsson,
Ebbe Hertzberg,
Finnur Jónsson,
Karl Lehmann,
Ernst Mayer,
Bj. M. Ólsen,
Axel Petersen,
V. A. Secher,
Philipp Zorn.

Göttingen,
Dieterich'sche Verlags-Buchhandlung.
1893.

VII. 16007
Scan 54.14

Druck der Dieterich'schen Univ.-Buchdruckerei (W. Fr. Kästner) in Göttingen.

Hochzuverehrender Herr Professor,

Hochverehrter Freund!

Das Buch, welches wir Ihnen an diesem Tage überreichen, soll Ausdruck geben unserem tiefen und warmen Gefühl wissenschaftlicher und persönlicher Verehrung für den hervorragenden Gelehrten, den ein gnädiges Geschick heute an die Schwelle des Alters gelangen lässt. Es spricht in verschiedenen Zungen zu Ihnen und sein Inhalt gehört den mannigfachsten Fächern des Gebietes unserer Wissenschaft an, wie seine Verfasser weder in Nationalität noch in Beruf sich gleichen. Uns alle aber vereinigt die herzliche Zuneigung zu dem grossen Manne, dem persönlich näher zu treten den Meisten von uns beschieden war.

Der Zeitraum von siebzig Jahren, auf den Sie zurückblicken, schliesst wie für die Germanistik im Ganzen so für die Wissenschaft der Geschichte des germanischen Rechts eine bedeutsame Entwicklung ein. Das Jahr, mit dem Ihr Lebenslauf begann, brachte für Deutschland die Vollendung des Eichhornschen Werkes, für den Norden die des Rosenvingischen Grundrisses — und erst fünf Jahre hernach erschienen Jacob Grimms Deutsche Rechtsalterthümer. Damit waren die Grundlagen zu dem stolzen Gebäude gelegt, das sich inzwischen erhoben hat. Mit Bewunderung werden spätere Zeiten das in diesem Jahrhundert Geschaffene betrachten. Wie die ehrwürdigen Denkmäler des alten Rechts in mühseliger Arbeit wiederhergestellt und dem Verständniss

erschlossen wurden, wie sorgsame Einzeluntersuchungen für die besonderen Quellengebiete den Stoff zusammentrugen, wie mit dem beschafften Material kühnere Forscher den weiteren Ausbau unternahmen, wie die Forschung sich über die Grenzen des eigenen Landes erstreckend die verwandten Rechts- und Sprachgebiete mehr und mehr umfasste, wie so die Erkenntniss des Ganzen durch die des Einzelnen und die des Einzelnen durch die des Ganzen gefördert wurde, wie damit ein helles Licht auf den Zusammenhang der Rechts- und Kulturbeziehungen der verschiedenen Zweige des grossen germanischen Stammes fiel, wie mit jedem Tage schärfer und deutlicher sich die Umrisse der gemeinsamen Entwicklung abhoben — das wird dankbar eine spätere Zeit anerkennen. Und in diesen Jahren mühevollen und freudigen Schaffens waren Sie der Führenden Einer. Begann Ihre Thätigkeit auf dem Gebiete der deutschen Rechtsgeschichte, so erweiterten Sie schnell Ihr Arbeitsfeld. Das angelsächsische und vornehmlich das skandinavische Quellengebiet zogen Sie in den Bereich Ihrer tiefgehenden und schöpferischen Studien. Mit ungewöhnlicher Gründlichkeit berücksichtigten Sie nicht bloss die rechtliche, sondern auch die geschichtliche, mythologische und sprachliche Seite Ihrer Wissenschaft. Wie Sie den Zusammenhang zwischen der Rechtsgeschichte und ihren Schwesterdisciplinen niemals aus dem Auge liessen, so zeigten Sie dem Juristen die Unentbehrlichkeit des Sprachstudiums, dem Philologen den hohen Werth juristischer Denkweise. Sie selbst aber gewannen Sich in langjähriger Arbeit durch Ihre unsterblichen, in Zahl und Gehalt gleich bedeutenden, Leistungen auf dem Gebiete der germanischen Rechts-, Kultur- und Sprachgeschichte die ungetheilte Anerkennung der wissenschaftlichen Welt. —

Uns aber möge heute erlaubt sein, der tiefen Bewunderung Ihrer wissenschaftlichen Thätigkeit die schlichte Versicherung persönlicher Dankbarkeit und treuer Ergebenheit hinzuzufügen. Uns wird warm um's Herz, wenn wir des Mannes gedenken, dessen Worten wir gelauscht und dessen

Lehre wir aufgenommen haben. Doppelt befruchtend wirkt wissenschaftliche Grösse, welche mit Herzensgüte gepaart ist. Wie Sie wohlwollendes Verständniss für die Eigenart Anderer besassen, so vermochten Sie zahlreiche Schüler heranzubilden, noch zahlreichere Freunde zu gewinnen. Stets bereit, für Andere Mühen und Arbeiten auf Sich zu nehmen, mit selbstloser Theilnahme die Bestrebungen Anderer fördernd, in Ihrem abweichenden Urtheil, das Sie nicht zurückhielten, mild, versöhnlich und sachlich erhielten Sie Sich auch die Zuneigung derer, mit denen Sie nicht übereinstimmten. So schwebt uns allezeit Ihr Bild vor als das des weisen, ernsten und gütigen Berathers, des wahren und treuen Freundes.

So nehmen Sie denn mit dieser Festgabe unsere herzlichsten Wünsche zu Ihrem siebzigsten Geburtstage entgegen. Möge es Ihnen vergönnt sein, noch lange Zeit Ihre wissenschaftliche Thätigkeit fortzusetzen! Möge es der Wissenschaft nie an solchen Häuptern, den Schülern nie an solchen Lehrern fehlen!

Breslau, Christiania, Kiøbenhavn, Königsberg, München, Reykjavík, Rostock, Würzburg den 29. April 1893.

Oscar Brenner. Felix Dahn. Carl Gareis.
Wolfgang Golther. Valtýr Guðmundsson.
Ebbe Hertzberg. Finnur Jónsson. Karl Lehmann.
Ernst Mayer. Björn Magnússon Ólsen.
Axel Petersen. V. A. Secher. Philipp Zorn.

Inhalt.

	Seite
Wolfgang Golther, Zur Færeyingasaga	1
Karl Lehmann, I. Das Bahrgericht	21
II. Kauffriede und Friedensschild	47
Philipp Zorn, Die staatsrechtliche Stellung des preussischen Gesamtministeriums	65
Björn Magnússon Ólsen, Sundurlausar hugleiðingar um stjórnarfar Íslendinga á þjóðveldistímanum	125
Axel Petersen, Om Indmaning i Danmark indtil Christian V's Danske Lov	149
Oscar Brenner, Die Ueberlieferung der ältesten Münchener Ratssatzungen	185
Carl Gareis, Bemerkungen zu Kaiser Karl's des Grossen Capitulare de Villis	207
V. A. Secher, Nogle meddelelser om skurdsmænd eller skursnævninger og om udmældelsen af ransnævninger på landet i Jylland	249
Ebbe Hertzberg, Lén og veizla i Norges sagatid	283
Felix Dahn, Zum merowingischen Finanzrecht	333
E. Mayer, Zoll, Kaufmannschaft und Markt zwischen Rhein und Loire bis in das 13. Jahrhundert	375
Finnur Jónsson, Um Þulur og Gátur	489
Valtý Guðmundsson, Manngjöld-hundrað	521

Aus den fünf abschnitten über die færöische geschichte, welche in die O'lafssaga Tryggvasonar und O'lafssaga helga der Flateyjarbók (I 122 ff., 364 ff., 549 ff., II 241 ff., 394 ff.) eingereiht sind, suchte Rafn[1]) eine im original verlorene Færeyingasaga wieder herzustellen. das bestehen einer solchen ist schon geleugnet worden, jüngst noch von Mogk in seiner altnordischen literaturgeschichte[2]). es ist die frage aufzuwerfen, ob in der isländischen literatur eine Færeyingasaga bestand, und zu untersuchen, ob Rafn im rechte war, wenn er den verlorenen selbständigen text wiedergewinnen wollte, die überlieferung der Flateyjarbók zu grunde zu legen. zur entscheidung dieser fragen muss die anderweitige überlieferung in bezug auf ihr verhältniss zum text der Ftb. geprüft werden. Rafn zählt ausser der Ftb. noch vier texte auf, die teils vollständig, teils stückweise den inhalt der Fareyingasaga mitteilen; am wichtigsten sind die grosse O'lafssaga Tryggvasonar[3]), welche der abt Bergr Sokkason[4]) zu þingeyrir auf Island um 1330 mit benützung älterer quellen verfasste, und die O'lafssaga helga, die Snorre Sturluson um 1230 verfasste und sowol in der Heimskringla[5]) als auch gesondert[6]) herausgab. der þáttr af Leifi Össurarsyni des Thorlacius stamt aus Ftb.[7]) und

1) hrsg. 1832 mit færöischer und dänischer, 1833 mit færöischer, dänischer und deutscher übersetzung. ältere ausgaben, auszüge und übertragungen siehe bei Niels Winther, Færöernes oldtidshistorie 1858—75 S. 52 ff.

2) in Pauls grundriss der germ. phil. II, 1 S. 125.

3) hrsg. in den Fornmanna sögur bd. I—III 1825—27.

4) über Bergr Sokkason u. seine verfasserschaft der grossen O'lafssaga vgl. Munch, saga O'lafs Tryggvasonar, Christiania 1853, s. XV f.

5) nach Ungers ausgabe der Heimskringla (Christiania 1868) kap. 136, 145, 152—153.

6) hrsg. von Munch und Unger, Christiania 1853.

7) vgl. Rafn in der deutschen ausgabe der Færeyingasaga (1833) S. XXIII f. ich citiere stets nach der ausgabe von 1833, nicht nach der von 1832.

darf daher ausser ansatz bleiben. wir haben es demnach nur mit zwei hauptrecensionen zu tun, mit den Olafssagen des Bergr und Snorre (O.) und mit denen der Flateyjarbók (Ftb.). eine vergleichung gab schon Rafn [1]), aber ohne zu bestimmten ergebnissen zu gelangen.

Nachdem man in die entwicklungsgeschichte der verschiedenen Olafssagen namentlich durch Munchs forschungen klarere einsicht erlangt hat, ist auch für die damit verknüpfte Færeyingasaga besseres verständniss zu erwarten. aber nur im vorbeigehen haben die einzelnen verfasser bisher diese frage behandelt, meistens ohne den blick auf die gesamte überlieferung zu richten.

In der Ólafssaga Tryggvasonar wird die besiedelung der Færöer durch Grimr Kamban erzählt. dann wendet sich die geschichte zu den hauptpersonen. Brester und Beiner wurden von Hafgrimr und Þrándr erschlagen. ihren söhnen Sigmund und Þorer bot Þrándr erziehung, aber schaffte sie bei erster gelegenheit von den Færöern weg, indem er sie als knechte nach Norwegen verkaufte. nachdem die knaben 3 jahre im gebirge bei einem geächteten zugebracht hatten, begaben sie sich nach Drontheim zum jarl Hákon, von dem ihre väter einst die herrschaft über die hälfte der Færöer zu lehn getragen hatten. es wird nun von mehreren wikingsfahrten Sigmunds und Þorers erzählt. im jahr 988 fuhr Sigmund nach den inseln und setzte sich in den besitz seines vatererbes. er tödtete den Össur Hafgrimsson, der in Sigmunds heimischem hofe auf Skúfey sass. mit Þrándr verglich er sich nach des jarl Hákon entscheidung. für 994 wird Sigmunds teilnahme an der schlacht gegen die Jómswikinger berichtet, welche der jarl Hákon im Hjǫrungavág auszufechten hatte. die Jómsvíkingasaga weiss von Sigmund aber nichts. nach Rafns zählung enthalten die kap. 1—27 diesen ersten teil, Sigmunds jugendschicksale und seine übernahme der herrschaft auf den Færöern als Hákons lehnsmann. kap. 28—33 berichten von Sigmunds beziehungen zu Olaf Tryggvason, von seiner bekehrung und der einführung des christenthums auf den inseln im jahr 997/8. kap. 34–41 (nur in Ftb. erhalten) erzählen Sigmunds ende, wodurch wiederum an Þrándr die hauptmacht auf den inseln zurückfiel. in kap. 42—47 wird des dicken Olaf versuch geschildert, die schatzung von den Færöern zu erheben. sein abgesandter wird erschlagen. kap. 48—58 (nur in Ftb. erhalten) führen die færöische geschichte vollends bis zu Þránds tod (1035). mit ihm ging

1) a. a. O. S. XXV f.

die færöische unabhängigkeit zu ende. Leifr Össurarson, der mit Þóra Sigmunds dóttir vermählt war, nunmehr einziger gebieter über alle inseln, nahm die Færöer von könig Magnus O'lafsson zu lehn. schon zuvor hatten ja die færöischen häuptlinge ihre hoheitsrechte im dienste der norwegischen herscher ausgeübt, aber offenbar mehr nach einer art persönlicher übereinkunft, als in einem wirklichen engeren untertanenverhältniss. daher auch die widerholten versuche von seiten der norwegischen krone, thatsächliche machtbefugnisse zu erringen. Þrándr vertrat den altheidnischen götterglauben und die alte freiheit und selbständigkeit. er ist der eigentliche held.

Rafn[1]) setzte die Færeyingasaga in die mitte des 12. jahrhunderts. die sprache in der saga weise durch unzweifelhafte zeichen, die er jedoch nicht angibt, auf diesen zeitraum hin. ihm stimmte R. Keyser[2]) bei. letzterer vertritt ja die ansicht, dass die sǫgur bereits in mündlicher überlieferung bis aufs genauste detail ausgearbeitet in umlauf gewesen wären, und deshalb auch lange zeit vor der aufzeichnung in der gleichen gestalt, wie wir sie kennen, bestanden. um 1150 wurde die Færeyingasaga zusammengestellt und nicht lange darnach auch niedergeschrieben, entweder auf den Færöern selber oder auf Island, wohin sie aber schon als ein im mündlichen vortrag vollkommen fertiges werk gebracht worden wäre. von entscheidender wichtigkeit für die datierung einer etwa vorhandenen Færeyingasaga ist das verhältniss der kap. 42—47 zu Snorres O'lafssaga helga, worüber schon verschiedenartige ansichten geäussert wurden. P. E. Müller[3]) und mit ihm Rafn betrachteten Snorres O'lafssaga in den fraglichen abschnitten geradezu als eine ziemlich wörtliche abschrift aus der Færeyingasaga. Munch[4]) berichtigte diese annahmen. am schlusse der saga wird ein Einar aus Leif Össurarsons geschlecht erwähnt, der vor kurzem sysselmann auf den Færöern war. seine lebenszeit setzte Rafn in den anfang des 12. jahrhunderts und daher schloss er auf 1150 als termin der abfassung der saga. nach Munch aber ist mit diesem Einar wahrscheinlich der sysselmann gemeint, auf dessen schiff um 1210 Sverris angeblicher bruder Erling nach Norwegen kam. somit fällt die entstehung der saga jedenfalls nach 1210. da Snorre bei abfassung seiner O'lafssaga Tryggvasonar auf die færöische geschichte gar nicht eingeht

1) Færeyingasaga s. XII f.
2) efterladte skrifter I., 500.
3) sagabibliothek I, 183.
4) det norske folks historie III., 1051.

und den Sigmund Brestisson nicht einmal nennt, ist zu vermuten, dass er damals keine Færeyingasaga kannte. vergleicht man aber das stück aus der O'lafssaga helga, das sich mit den färöischen angelegenheiten beschäftigt, mit den andern in der O'lafssaga Tryggvasonar und Ftb. erhaltenen teilen der Færeyingasaga, so steht es im stile mehr zur Heimskringla, als zu jenen. man darf daher entschieden für diesen abschnitt Snorres verfasserschaft vermuten. dagegen weicht die übrige Færeyingasaga eher ab. Munch meint, eine Færeyingasaga sei erst nach Snorres hauptwerk geschrieben worden. in dieselbe fanden die begebenheiten auf den Færöern unter Olaf Haraldsson in der form aufnahme, wie sie Snorre erzählt hatte. also nicht Snorre schrieb die Færeyingasaga wortgetreu aus, vielmehr diente seine arbeit dieser saga zur vorlage. ihre entstehung ist daher nach 1230 zu setzen; was Snorre von der färöischen geschichte weiss, schöpfte er aus mündlicher überlieferung. Niels Winther[1]) schloss sich Munchs behauptungen vollkommen an. N. M. Petersen[2]) stellt das vorhandensein einer zusammenhängenden Færeyingasaga, welche dem Snorre zur vorlage gedient habe, in abrede, aber ohne nähere ausführung seiner gründe zu geben. Maurer[3]) stützte Munchs nachweisungen in betreff des sysselmanns Einar. das stück in der O'lafssaga helga betrachtete er als einen späteren einschub, also nicht als Snorres werk[4]). Snorre hätte demnach eine Færeyingasaga nicht gekannt. die gelehrten nehmen überhaupt an dem merkwürdigen umstande anstoss, dass Snorre, falls eine Færeyingasaga zu seiner zeit existierte, diese nur in der O'lafssaga helga heranzog und nicht in der O'lafssaga Tryggvasonar, obwol kaum ein ernstlicher einwand gegen die annahme erhoben werden könnte, dass dem verfasser während seinen arbeiten eine quelle sich auftat, die er nur in den letzten teilen verwertete, in den früheren stücken aber natürlich unberücksichtigt gelassen hatte. vielleicht beabsichtigte er die saga nachträglich auch noch weiter vorne einzustellen, versäumte aber aus irgend welchen gründen die ausführung dieses planes.

Munchs gedanke scheint insoweit richtig, als er die verfasserschaft der kap. 42—47 dem Snorre zuschrieb, jedoch braucht des-

---

1) Færöernes oldtidshistorie s. 50 f.

2) annaler f. nordisk oldkyndighed og historie 1861 s. 227.

3) über die ausdrücke: altnord. altnorweg. und isländische sprache in der 36. anmerkung (abhandl. der Münchener akad. I. cl. XI. bd. II. abth. s. 677).

4) dagegen Storm, Snorre Sturlasöns historieskrivning s. 65.

halb eine Færeyingasaga als schriftliche quelle Snorres nicht geleugnet zu werden. wenn wir diesen abschnitt allerdings auch nur in der form besitzen, die Snorre ihm gab, ist dadurch keineswegs erwiesen, dass er nicht auch einmal in einer andern gestalt vorhanden war, die verschwand, weil die späteren der neueren und besseren fassung den vorzug einräumten. man wandte sich nicht mehr zur schlichteren, älteren vorlage, wo eine gewähltere neuredaktion zu gebote stand.

In der einleitung zur ausgabe der Olafssaga helga (1853) setzen Munch und Unger eine Færeyingasaga unter Snorres quellen an (s. XXXV). sie vermuten aber (s. XXXVII), dass Snorre den teil der saga, der Sigmund Brestisson betrifft, gar nicht gekannt habe. auch Gustav Storm [1]) glaubt, Snorre habe in der tat eine Færeyingasaga gekannt. im ersten kapitel, welches von den Færöern berichtet, werden die handelnden personen þrándr, Leifr und þóralf ohne weitere erklärung ganz unvermittelt eingeführt. Snorre schöpfte hier aus dem späteren teile der Færeyingasaga, wo diese männer dem leser längst bekannt waren. gerade deshalb ist es mir wahrscheinlich, dass Snorre, als er an diesem orte so unvermittelt aus seiner vorlage schöpfte, sich mit dem gedanken trug, auch den ersten teil der saga nachträglich an gehöriger stelle zu verwerten, eine absicht, die eben unausgeführt blieb. den späteren war es überlassen, diesen mangel bessern, indem sie die gesamte Færeyingasaga auch für die geschichte des Olaf Tryggvason heranzogen. erst dadurch gewann der leser das volle verständniss für den von Snorre benützten abschnitt. das letzte von den færöischen dingen handelnde kapitel (Færeyingasaga kap. 47) schliesst mit den worten: „en þa gorþuz deilor siþan i Færeyiom eptir vig Karls mörsca oc attuz þa viđ frendr þrandar ór Gavto oc Leifr Avzurar son, *oc ero fra þvi storar frasagner*“. mit diesen worten scheint Snorre auf eine quelle hinzuweisen, worin man das weitere nachlesen könne, und diesem citat folgte auch Jón þorđarson, welcher die beiden Olafssagen der Ftb. mit benutzung zahlreicher anderer quellen schrieb. nach Storm war Snorres quelle eine schriftliche; er geht soweit, dass er von Snorres abschnitt ‚frá Færeyingum' geradezu behauptet, ‚der maa betragtes som afskrift af det tilsvarende stykke i Færeyingasaga'. damit wäre also P. E. Müllers und Rafns annahme teilweise wiederum zu ehren gebracht. völlige klarheit darüber, ob Snorre einer vorlage mehr oder weniger enge sich anschliesst, könnte nur eine genaue unter-

1) Snorre Sturlasöns historieskrivning, Kjöbenhavn 1873, s. 64 f.

suchung über Snorres stil ergeben. die behauptung Storms ist insofern kühn, als wir die originale fassung der Færeyingasaga im fraglichen stücke keineswegs mehr besitzen. eine vergleichung der Heimskringla, der grossen O'lafssaga und der Ftb. zeigt nämlich völlige übereinstimmung. die lesarten, soweit sie auseinandergehen, weichen nicht mehr von einander ab, als dies auch bei mehreren handschriften eines und desselben textes vorzukommen pflegt. die Ftb. hat nur einige anachronismen in Snorres text hineingetragen. kap. 42 heisst es, Olaf habe alle die länder, „er *nú* liggja undir Noreg, utan Island" tributpflichtig gemacht. Jón Þorðarson schreibt vom standpunkt seiner zeit (1380). Island kam erst 1263 unter Norwegen. der betreffende satz fehlt natürlich auch bei Snorre (1230)[1]). den Gilli bezeichnete Snorre als lǫgsǫgumann, Jón aber als lǫgmann, weil das amt des isländischen lǫgsǫgumanns der freistaatlichen zeit von 1263 ab durch das des norwegischen lǫgmanns ersetzt worden war. dem schreiber des Ftb. war der lǫgmann geläufiger. infolge der weitgehenden übereinstimmung zwischen der O'lafssaga und der Ftb. und da die sachlichen besonderheiten der letzteren offenbare verderbnisse sind, muss geschlossen werden, dass kap. 42—47 der Færeyingasaga nur in Snorres redaktion auf uns gelangten, und dass auch die Ftb., obschon ihr zweifellos die ältere originalfassung zu gebot stand, hier nicht auf diese zurückgriff, sondern ausschliesslich eine handschrift der O'lafssaga ausschrieb. dem citat Snorres folgend, zog allerdings Jón Þorðarson die alte Færeyingasaga bei von dem punkte an, wo Snorre abbrach: „ok eru frá því stórar frásagnir *sem enn mun sagt verða*". mit diesen worten bekundet er die im kap. 48—58 auch ausgeführte absicht, das von der O'lafssaga übergangene nachzutragen. aber im vorhergehenden abschnitt versuchte er nirgends, etwa mit hilfe der ursprünglichen Færeyingasaga Snorres bericht zu ändern, vielmehr kopierte er ihn aufs genauste sogar bis auf das citat, welches in Ftb. ganz überflüssig ist, da ja hier die quelle, auf welche Snorre den leser zu weiterer belehrung verwies, wirklich mitgeteilt wird.

In kap. 28—33 der Færeyingasaga, bei schilderung der beziehungen Sigmunds zu Olaf Tryggvason, herrscht noch genauere wörtliche übereinstimmung zwischen Bergs grosser O'lafssaga und der Ftb., als im eben besprochenen fall. schon die äussere form der kapitel zeigt, dass die Ftb. dieselben nicht etwa unmittelbar aus der Færeyingasaga übernahm, vielmehr aus einer O'lafssaga, also aus zweiter

1) Maurer a. a. O.

hand. schon Rafn [1]) erkannte richtig dieses verhältniss. der text beginnt in O. und Ftb.: nú er þar til at taka, *sem fyrr var frá horfit*, at Ólafr konungr hafði verit tvo vetr í Noregi ok kristnat um vetrinn allan Þrándheim. es wird also auf einen früheren abschnitt aus der geschichte Ólafs verwiesen, der aber für die färöische geschichte ohne belang ist. ebenso deutlich wie der anfang ist der schluss kenntlich gemacht. die erzählung erwähnt Sigmunds tod und citiert die quelle, in der näheres darüber nachzulesen sei: *svá sem segir í Færeyingasǫgu* (s. 155). kap. 32 wiederholt in kürze, was in kap. 31 berichtet worden war. in der Ólafssaga sind die betreffenden kapitel durch anderweitige erzählungen von einander getrennt (Fornmannasögur II. kap. 192—204). wenn daher kap. 205 mit einigen worten den inhalt von kap. 191 wiederholt, geschieht das mit einem gewissen recht, um den zerrissenen faden wieder aufzunehmen. in der Ftb. aber folgen die kap. unmittelbar aufeinander, wesshalb die einleitenden sätze von kap. 32 gänzlich überflüssig werden. die Ftb. hat demnach durchaus unselbständig die auf Olaf und Sigmund bezüglichen stücke aus Bergs Ólafssaga abgeschrieben und an dieser stelle nicht einmal den so naheliegenden strich vorgenommen. die abweichenden lesarten sind noch geringer und unbedeutender, als es in der Ólafssaga helga der fall ist. wahrscheinlich würde eine kritische bearbeitung der gesamten handschriftlichen überlieferung der grossen Ólafssaga Tryggvasonar dieses abhängigkeitsverhältniss noch deutlicher hervortreten lassen, als es schon die vergleichung der Ftb. mit dem in den Fornmannasögur gedruckten text vermag. in der zeitrechnung allein findet sich ein wichtigerer unterschied zwischen der Ólafssaga und Ftb., aber dabei ist letztere offenbar im irrtum. nach kap. 29 kommt Sigmund am ende des sommers (997) zum könig. er war da einige zeit (um hrið) nach O, den winter hindurch (um vetrinn) nach Ftb. als es zu herbsten begann, entsandte könig Olaf den Sigmund nach den Færöern, um das christenthum dort einzuführen. nach Ftb. geschah das svá sem vóra tók, also im frühling 998. Sigmund beruft (stefndi) offenbar ein ausserordentliches þing nach Þorshafn; denn es war ja schon herbst und das färöische allding wird wie das isländische gewöhnlich im sommeranfang zusammen getreten sein, während im ersten frühjahr und herbst die kleineren dingversammlungen auf den einzelnen inseln abgehalten wurden. nach dem bericht der Ftb. konnte Sigmund, der im frühjahr 998 hinüberfuhr, allerdings seine ange-

1) einleitung s. XVII. vgl. auch s. XVIII über die Ólafssaga helga.

legenheit noch beim sommerlichen allding vorbringen. Munch [1]) wies darauf hin, dass die rechnung der Ftb. falsch sei. die folgenden ereignisse werden dadurch alle um ein jahr zu spät angesetzt, wie dies auch Rafn in seiner zeittafel (s. 371 f.) tat. aus dem text selber ist meines erachtens noch der nachweis zu erbringen, dass Ftb. willkürlich änderte. Sigmund drang mit seiner forderung nicht durch, da die bauerschaft unter þránds führung entschiedenen widerstand leistete. den winter über sass Sigmund untätig auf Skúfey, aber im frühjahr 998 (nach Ftb. 999) überfiel er den þránd und zwang ihn zur taufe. Sigmund sagt zu þránd: þú kúgaðir mik *á hausti*; also auch nach Ftb. fand das þing im herbst statt, obwol Sigmund im frühling aus Norwegen aufbrach und *sofort* nach ankunft auf den inseln die bewohner zum allding berief. wäre die Ftb. mit ihrer änderung konsequent verfahren, so hätte sie auch diesen hinweis auf ein herbstliches þing tilgen oder wenigstens mit einem andern ausdruck, etwa *í sumri*, ersetzen müssen. wir haben also sicher der älteren und besseren darstellung in O glauben zu schenken, nicht der Ftb.

Mit den kap. 1—27, worin Sigmunds lebenslauf und sein verhältniss zum jarl Hákon geschildert ist, steht es, wie man beim ersten blick erkennt, wesentlich anders. denn während die kap. 28—33 und 42—47 in der Ftb. einfach als abschriften aus der Ólafssaga Tryggvasonar des Bergr und aus der Ólafssaga helga des Snorre zu bezeichnen sind, stellt sich in kap. 1—27 der text der Ftb. als selbständig und durchaus unabhängig von dem der Ólafssaga heraus. dass die Ftb. nicht aus O. abschrieb, ergibt sich aus dem umstande, dass sie viel mehr enthält. man könnte aber immer noch annehmen, dass die Ftb. auch hier O. folgte und den bericht aus der Færeyingasaga ergänzte, wo er zu dürftig schien. aber Jón þorðarson wird sich schwerlich eine so mühsame arbeit aufgebürdet haben, da ihm ein leichterer ausweg offen stand, nemlich das ausführlichere original unmittelbar da auszuschreiben, wo die O. es nur in abgekürzter fassung bot. in kap. 1—10 herrscht ziemliche übereinstimmung zwischen den beiden texten. man kann fast überall den wortlaut von O unmittelbar durch kürzung aus dem von Ftb. gebotenen texte gewinnen, woraus zu schliessen ist, dass Ftb. hier die gleiche quelle, welche O mehr auszugsweise widergab, ziemlich ausführlich und wörtlich abschrieb. wegen der vielen auslassungen hat O allerdings manche zusammenziehungen und umstellungen sich erlaubt. man findet häufig

1) det norske folks historie I. 2, 330 note 1.

dieselben ausdrücke und wendungen, die O in einem satze bietet, in Ftb. auf mehrere sätze und abschnitte verteilt. aber wenn man die kapitel von O. und Ftb. im einzelnen neben einander durchgeht, wird man sich bald davon überzeugen, dass alles, was O. hat, in Ftb. widerkehrt. schon aus rein stilistischen gründen würde man, falls über das altersverhältniss von O. und Ftb. nichts bekannt wäre, gewiss bald zur überzeugung gelangen, dass der text O. aus einem mit Ftb. gleichlautenden infolge abkürzender bearbeitung geflossen ist. dass O. zu dem umfang von Ftb. aufgeschwellt wurde, ist abgesehen vom stofflichen schon wegen des formalen stilistischen verhältnisses unmöglich. lehrreich ist namentlich Ólafssaga kap. 178—180 im vergleich mit Ftb. (nach Rafn kap. 2—7), wo erstere zwei episoden, þránds reise nach Dänemark und die auf den Færöern ausbrechende fehde zwischen Hafgrimr und den brüdern Brester und Beiner, nur kurz erwähnt, die ursache des streites mit beziehung auf die Færeyingasaga, während Ftb. sehr ausführlich darüber berichtet. die ausscheidung dieser teile bedingte natürlich auch mancherlei verschiebungen im satzgefüge. obschon O. im ganzen die neigung zu starker kürzung zeigt, worin wol auch der grund dafür zu suchen ist, dass Ftb. mit ihrem streben nach möglichster vollständigkeit hier unmittelbar auf das ausführliche original zurückgriff, hat sie aber doch mehrere vermuthlich echte züge und lesarten gewahrt, die man in Ftb. vermisst, sei es nun, weil Jón þorðarson einige versehen bei seiner kopie begieng, oder weil ihm ein etwas schlechterer text der Færeyingasaga vorlag, als dem Bergr bei abfassung seiner Ólafssaga. ja, in kap. 1 liegt die sache sogar ausnahmsweise umgekehrt, indem hier O. ausführlich und wahrheitsgetreu berichtet, wogegen Ftb. verkürzt und fehlerhaft[1]). in kap. 11—21, worin Sigmunds und þorers aufenthalt in Norwegen und ihre ankunft beim jarl Hákon geschildert wird, waltet grosse wortverschiedenheit ob, aber die erzählten tatsachen sind dieselben. wahrscheinlich bewegte sich Bergr in diesem stücke etwas freier, während er zuvor seinen auszug auf ganz mechanischem wege durch einfache abstriche herstellte. es liegt kein grund vor, dem Jón þorðarson ein derartiges selbständigeres verfahren anzumuten. auch hier wird dieser seine quelle getreuer und nach ihrem gesamtinhalt abgeschrieben haben. Sigmunds wikingsfahrten (kap. 17—21) werden in O nur angeführt, nicht im einzelnen beschrieben. auch hier

1) vgl. Rafn, einleitung s. XXXV f.; Niels Winther, Færöernes oldtidshistorie 74 f.

(kap. 183) verweist O. auf eine quelle ‚sem segir í sǫgu hans', also, wie man meinen könnte, auf eine Sigmundarsaga. in kap. 22—26 zeigt sich wieder mehr einstimmung zwischen O. und Ftb. O. verdient mitunter den vorzug. besonders die reden der handelnden scheinen richtiger und getreuer widergegeben als in Ftb., wie man schon aus dem sieht, was Rafn gelegentlich in den anmerkungen von diesen abweichungen aufnahm. auch sonst mag der und jener zug in O. besser bewahrt sein, wie z. b. folgender. nach kap. 23 (Ftb.) fahren Sigmund und Þorer auf zwei schiffen, welche Hákon ihnen gestellt hatte, nach den Færöern. ein sturm überfällt sie und trennt die schiffe, deren eines Sigmund, das andere Þorer befehligt. die erzählung bleibt zunächst bei Sigmund. er komt in die nähe von Austrey, Þránds wohnort, wo abermals ein sturm ihn zurücktreibt. er wird nach Svíney verschlagen, vereint sich dort mit Bjarne und gewinnt mit seiner hilfe sein vatererbe auf Skúfey zurück. dann erst stösst Þorer wieder zu ihm. nach O. kap. 185 komt das motiv des sturmes, worunter zweifellos eine veranstaltung des zauberkundigen Þrándr zu verstehen ist, nur einmal vor, was viel wirkungsvoller ist und dem ursprünglichen berichte entspricht. die schiffe gelangen ungefährdet in die nähe von Austrey und werden erst hier vom sturm auseinander gerissen.

Der verschiedene ton und die zahlreichen abweichungen im einzelnen bei fortdauernder gleichheit der haupthandlung, wie sie von kap. 10 ab bald mehr bald weniger in den beiden texten sich zeigen, legen die vermutung nahe, dass nicht allein Bergs kürzende bearbeitung hieran schuld trägt, sondern dass hier bereits die vorlagen von O. und Ftb. teilweise auseinander giengen, während sie im anfang fast gleichlautend waren. man wird manchmal dem wortlaut in O. höheren anspruch auf echtheit zuerkennen müssen. jedenfalls gewinnt man ein richtigeres und vollständigeres bild von dem aussehen der ursprünglichen Færeyingasaga, wenn man hier die beiderseitige überlieferung berücksichtigt, während kap. 2—10 nach O. nur zu bestätigen scheinen, dass in diesem stück die Ftb. dem original genau sich anschloss.

Wenn Rafn seiner zeit eine Færeyingasaga herstellen wollte und zu diesem behufe die Ftb. durchweg zu grunde legte, so kann man ihm nach unsern erwägungen darin nicht zustimmen. der versuch hätte in bezug auf den text etwa folgendermassen ausfallen sollen: kap. 1 war nach O. zu geben. kap. 2—10 soweit im wortlaut anschluss beider versionen stattfindet, konnte sich auf Ftb. stützen, aber mit anführung der abweichenden lesarten von O. bei kap.

10—26 hätte es sich empfohlen, O. und Ftb. neben einander zu stellen, da es kaum möglich scheint, mit vollkommener sicherheit einen kritischen text aus beiden zu erschliessen. kap. 28—33, 42—47 mussten natürlich in ihrer originalfassung, d. h. nach Bergs Ólafssaga Tryggvasonar und Snorres Óláfssaga helga abgedruckt werden, keinesfalls nach der kopie der Ftb. für 34—41, 48—58 bleibt man allerdings allein auf die Ftb. angewiesen. dieser text giebt freilich kein getreues und einheitliches bild vom original. zumal im stil herschen grosse verschiedenheiten. am getreusten dürfte immerhin die Ftb. die ursprüngliche form der quelle gewahrt haben, wogegen Bergr und besonders Snorre vieles stark verändert, manches überhaupt ganz neu gestaltet haben werden.

Die ursprüngliche saga, aus welcher Snorre schöpfte, wird zwischen 1220 und 1230 entstanden sein. dass ihr die bezeichnung *Færeyingasaga* zukam, scheint sicher zu sein. diesen titel hat Bergr aufbewahrt (O. kap. 180, und 207; die letztgenannte stelle findet sich auch in der abschrift der Ftb.). ob der titel nun passend ist oder nicht, tut nichts zur sache; für uns genügt der nachweis, dass in der isländischen literatur das werk unter diesem namen geführt wurde. die überschriften, welche die Ftb. den einzelnen abschnitten giebt (þáttr þrándar ok Sigmundar, kap. 1—26, þáttr af Sigmundi Brestissyni, kap. 34—41, Færeyinga þáttr ok Óláfs konungs, kap. 42—48, þáttr frá Þrándi ok frændum hans, kap. 49—58, oder wie Thorlacius das stück benennt: þáttr af Leifi Össurarsyni), sind neu. Bergs Ólafssaga kap. 183 führt allerdings noch eine berufung auf, die man anders auslegen könnte. während Ftb. von Sigmunds wikingsfahrten erzählt, begnügt sich O. mit einem blossen hinweis: *sem segir í sǫgu hans*. sollte man hieraus etwa eine besondere Sigmundarsaga Brestissonar erschliessen dürfen? war das ein nebentitel der Færeyingasaga oder gab es eine umfassende geschichte der Færinger, von welcher die Sigmundarsaga nur einen teil ausmacht? man wird dieses citat nicht im streng wörtlichen verstand nehmen dürfen; vielmehr scheint darin nur ein allgemeiner, etwas ungenauer hinweis auf die geschichtsquelle überhaupt, aus der Bergr schöpfte, zu liegen. kap. 207 schliesst Bergr mit dem bemerken, Sigmund sei später in Suðrey ermordet worden ‚svá sem segir í Færeyingasǫgu'. das hierauf bezügliche stück enthält die Ftb. (nach Rafns ausgabe kap. 34—41). wenn eine eigene saga von Sigmund bestand, so hätte doch sicher die Ólafssaga an dieser stelle den sondertitel erwähnen müssen. denn die quelle wird ja allein um Sigmunds willen genannt, über dessen letzte schicksale man näheres darin finden

könne. weil hier nur eine Færeyingasaga angeführt wird, ist zu vermuten, dass dem verfasser der O. auch keine andere färöische geschichtsquelle zur verfügung stand. was Rafn als Færeyingasaga zusammenstellte, ist inhaltlich wol zusammenhängend und vollständig. nach einer kurzen notiz über die besiedlung der inseln wird der interessanteste und wichtigste abschnitt der färöischen geschichte, die bekehrung zum christentum und die endliche völlige unterwerfung unter die norwegische krone geschildert. die hauptperson ist Þrándr, der vertreter des angestammten glaubens und der freien unabhängigkeit; Sigmund neigt sich dagegen zu den norwegischen herschern. bis zu Þránds tod reicht die geschichte. Þrándr spielt eine ebenso hervorragende rolle unter den machtbestrebungen Olafs des heiligen, nachdem Sigmund schon längst ermordet worden war, als früher während Olaf Tryggvasons regierung. eine Sigmundarsaga hätte gerade in einem wichtigen augenblick der färöischen geschichte abgebrochen. wol ist Sigmund mit offenbarer vorliebe gezeichnet. der verfasser scheint mehr vom norwegischen königlichen standpunkt aus die dinge angeschaut zu haben, weshalb ihm auch Sigmund anziehender ist. aber zu Sigmund gehört unlösbar sein gegner Þrándr und dieser ist auch gleich in den ersten kapiteln in den vordergrund gerückt. man möchte fast lieber von einer Þrándarsaga reden, weil damit wirklich das, was die überlieferung gibt, umschlossen wird. Guðbrandr Vigfusson [1]) hält die Færeyingasaga für eine um 1230 auf Island entstandene kompilation aus den zuvor getrennten geschichten Sigmunds und Leifs. gründe für diese ziemlich willkürliche behauptung teilt er nicht mit. in der einen wie in der andern saga spielt Þrándr die gleiche rolle, d. h. beide sagen würden ungezwungen in einer Þrándarsaga aufgehen. eine solche soll aber ganz und gar nicht behauptet werden. Færeyingasaga hiess das werk mit vollem und gutem recht. eine geschichte der Færinger braucht nicht notwendig etwa wie Ares Isländerbuch eine umfassende gesammtdarstellung von den ersten anfängen an zu enthalten. als Færeyingasaga konnte ebenso gut die darstellung eines bestimmten zeitraumes bezeichnet werden, etwa wie auch die Sturlunga als Islendingasaga. Færeyingasaga will besagen: geschichte der beziehungen hervorragender Færinger zu den norwegischen herschern. und dem entspricht auch der inhalt, der keineswegs in der blossen lebensbeschreibung eines einzelnen mannes besteht, sondern die geschicke mehrerer bedeutender

1) Sturlungasaga I, XCV.

männer vorführt, wodurch zugleich die geschichte des færöischen volkes, seine bekehrung und schliessliche vereinigung mit Norwegen bestimmt wird. eine þrándar-, Sigmundar-, Leifs-saga hätte keineswegs diese absicht schon in der bennennung zum ausdruck gebracht, wie es eine Færeyingasaga sehr wol vermag.

Ist diese Færeyingasaga, wenigstens ihrem inhalt und umfang, wenn auch nicht ihrer form nach vollständig auf uns gekommen? was dagegen spräche, wüsste ich nicht anzugeben. wol aber lässt sich einiges dafür vorbringen. der stoff der saga scheint abgerundet zu sein. man vermisst nichts wesentliches. der behandelte zeitraum ist auch bedeutungsvoll genug, um allein dargestellt zu werden. die möglichkeit ist allerdings vorhanden, dass in verlorenen abschnitten oder kapiteln, von denen uns auch keine mittelbare kunde zukam, einiges aus der früheren færöischen geschichte erzählt wurde. ob etwa die örtliche sagenüberlieferung [1]) aus der grauen vorzeit der inseln mit verlorenen berichten darüber in zusammenhang stehen könnte, ist schwer zu entscheiden; aber da wir zwei werke besitzen, denen die saga offenbar in ihrer ursprünglichen fassung zugänglich war und keines von diesen mehr weiss, ist hieraus eher zu entnehmen, dass in der Færeyingasaga auch nichts weiter stand. die Ftb. ist sehr ausführlich, sie nahm möglichst viel auf. das zeigt sich namentlich bei den anfangskapiteln, wo die Ftb. alles nachzuholen sich bemüht, was in O. weggelassen war. es ist daher nicht wahrscheinlich, dass auch die Ftb. etwas aus der Færeyingasaga übergieng, während man der kürzenden O'lafssaga ein solches verfahren eher zutrauen könnte. so fassen wohl auch die herausgeber der O'lafssaga helga s. XLIII die sache auf, wenn sie von Jón þorðarson sagen, er habe den schon unter Bergs hand aufgeschwellten text erweitert, „ved ad levere flere sagaer, som Berg har nöjet sig med kun at epitomere, ganske in extenso, f. Ex. Orkneyinga Saga og Færeyinga Saga".

Die Færeyingasaga gründet sich wol in ihren ersten anfängen auf die berichte færöischer männer. mit den verhältnissen auf den inseln, mit den örtlichkeiten ist die geschichte völlig vertraut. aber wenn auch das quellenmaterial teilweise auf die inseln selber hinweist, so gehört doch die abschliessende fassung und niederschrift der Færeyingasaga der isländischen literatur zu. daraus erklärt sich die bekante verwechslung der inseln gross-Dímun und Skúfey [2]), wo die beschreibung der wirklichkeit zwar genau ent-

1) Vgl. Niels Winther, Færöernes oldtidshistorie s. 24 ff.

2) Rafns ausgabe s. XI f.; Hammershaimb, antiquarisk tidskrift 1846/8 s. 261/2.

spricht, aber eine vertauschung der namen eintrat. dieses versehen konte nur einem Isländer begegnen, dem Færinger ergab sich sofort wieder die berichtigung, wie die färöischen Sigmundslieder beweisen, die aus der saga hervorgingen und im erwähnten zug nicht etwa aus einer älteren darstellung schöpfen. die saga setzt mehrere werke der isländischen literatur voraus. das erste kapitel stützt sich auf die Landnáma (vgl. Islendingasögur I 358, 220, 110). die norwegischen konungasǫgur, besonders die O'lafssǫgur bilden ebenfalls die notwendige voraussetzung der Færeyingasaga. dagegen weiss die ältere norwegische königsgeschichte (A'grip, Odds O'lafssaga, historia Norwegiae und Fagrskinna, auch Snorre, wie er über Olaf Tryggvason schrieb) nichts näheres von den färöischen begebenheiten. nur ganz kurz werden die Færöer unter den durch Olaf Tryggvason bekehrten ländern erwähnt. endlich gieng auch die Jómsvíkingasaga der Færeyingasaga voraus. letztere weiss nach O. u. Ftb. von Sigmunds teilnahme an der schlacht im Hjǫrungavágr zu berichten. der wilde Búi wird von Þorkell (Þorsteinn) miðlangr schwer verwundet. er rächt sich noch an Þorkell, indem er ihn tödtet, dann aber ergreift er seine goldgefüllten kisten und springt damit über bord. Búis fall entscheidet Hákons sieg. so erzählt die Jómsvíkingasaga; nach der Færeyingasaga wird Búi durch Þorkels verwundung erst recht wütend, dass keiner ihm zu nahen wagt. da bittet der jarl Hákon Sigmund, den tobenden zu bestehen. durch seine fechtergewandtheit gelingt es diesem, dem Búi beide hände abzuhauen, der seine armstummel in die ringe der goldkisten schiebt und so ins meer springt. die Ftb. erzählt diese episode im zusammenhang mit der schlacht im Hjǫrungavágr; die O., nachdem sie dort Sigmunds kürzer gedacht hatte (Fms. I, 178), berichtet auch in Sigmunds lebensbeschreibung, kap. 186, ausführlicher davon. in der ursprünglichen Færeyingasaga wird vermutlich ein kurzer auszug aus der Jómsvíkingasaga gegeben und im anschluss daran Sigmunds tat erwähnt worden sein. so steht ja auch in Fms. I im schlachtbericht: sumir menn segja, at Sigmundr Brestisson utan af Færeyjum hafi verit í þessum bardaga með Hákoni jarli ok hafi hǫggvit báðar hendr af Búa, þá er hann hafði áðr drepit Þorstein miðlang; segja þeir, er þat sanna, at Búi hafi stungit stúfunum í hringa kistnanna ok stigi svá fyrir borð með báðar. den allgemeinen hinweis auf einige zeugen, die so erzählen, fasst Ftb. bestimmter: þetta er sǫgn Hallbjarnar hala hins fyrra ok Steingríms Þorarinssonar ok frásǫgn Ara prests fróða Þorgilssonar. einer der verlässigsten gewährsmänner, Are fróþe wird somit für

die Færeyingasaga genannt. dadurch gewinnt die färöische geschichtsquelle bedeutende glaubwürdigkeit. zugleich aber wird auch ihr isländischer ursprung sehr wahrscheinlich, da der verfasser der saga, auch wenn er in der hauptsache vielleicht den aussagen färöischer männer folgte, doch für einzelheiten bereits auf isländische geschichtswerke, vermutlich auf Ares ältere Íslendingabók sich berufen konnte. die Jómsvíkingasaga folgte namentlich skaldenliedern, welche ja für die isländischen geschichtsschreiber, besonders auch für Snorre eine ergiebige quelle bildeten. Are aber hielt wenig von skaldengedichten. er suchte sich auf die aussagen erfahrener, verlässiger leute zu stützen. Sigmunds beteiligung an der wikingerschlacht berichtete er auf grund der aussagen Hallbjǫrns und Steingríms[1]), wie mir scheint, im gegensatz zu den skaldenliedern, die nichts davon wussten, wesshalb auch die Jómsvíkingasaga selber und Snorre den Sigmund bei dieser gelegenheit nicht nennen. man würde entschieden Sigmunds rolle in der schlacht für eine spätere erfindung des sagaschreibers halten, zumal da er den helden dabei sein beliebtes öfters wiederholtes fechterkunststück verrichten lässt; aber gerade hier weiss der verfasser sich auszuweisen und zwar auf eine art, die seine mitteilung als unzweifelhaft echt erweist.

Kap. 27 gab Rafn nach der Ó'lafssaga kap. 186, weil es daselbst mit der übrigen erzählung in verbindung gesetzt sei. es scheint aber hier eine eigenmächtige neuerung von O. vorzuliegen. nachdem schon O. zuvor, und auch hier bei der wiederholung mit ausdrücklichem hinweis auf diese frühere stelle (sem furr er sagt), und Ftb. Sigmund in verbindung mit dem schlachtbericht nennen, war es im original der Færeyingasaga schwerlich anders, d. h. eine kurze darstellung der schlacht im Hjǫrungavágr gab veranlassung, Sigmunds heldentat zu rühmen. Rafn hätte darum richtiger das kap. 27, wie es auch bei 1—26 besser gewesen wäre, im texte nach den parallelberichten von O. (kap. 90) u. Ftb. geben und allenfalls O. kap. 186 in die anmerkung verweisen sollen.

Die Færeyingasaga ist in ihrer grundlage eine verlässige geschichtsquelle. den historischen kern bilden die beziehungen der färöischen häuptlinge zu den norwegischen herrschern, etwa die tatsachen, die Niels Winther s. 159 f. zusammenstellt. im einzelnen aber findet man sicherlich neben der historischen wahrheit auch mancherlei reine erdichtung, wie eben überhaupt eine derar-

1) Ueber diese beiden vgl. Rafn, einleitung s. XIII und Maurer, abhdl. der Münchener akad. I. klasse, XI. bd., II. abtlg. s. 532.

tige mischung von wirklichkeit und erfindung der isländischen sagaschreibung jener zeit eigentümlich ist. was von gespenstern, zauberei, traumdeuterei u. s. w. in der saga vorkommt, stammt aus dem damaligen volksaberglauben. die siegreichen wikingsfahrten Sigmunds verlaufen ganz wie die anderer sagenhelden. die schilderung, wie Sigmund und Þorer im hause des geächteten Ulfr aufgenommen werden, erinnert an einen märchenzug [1]). was sonst aus der Færeyingasaga für die færöischen zustände des mittelalters zu lernen ist, hat Niels Winther [2]) sorgfältig und erschöpfend dargestellt.

Das færöische Sigmundslied [3]) floss aus der saga, darüber kann gar kein zweifel aufkommen. es weiss nicht mehr als die saga und hat nur einmal aus örtlicher kenntniss einen irrtum derselben berichtigt. das lied schildert Sigmunds zug nach den inseln, wie er den Össur tödtet und sein vatererbe zurückgewinnt. es entspricht den kapiteln 23—24. doch setzt es vollständige kenntniss der quelle voraus, weil es am schlusse Sigmunds tod erwähnt, und weil es Sigmunds fahrt im auftrag könig Olafs und mit dem nebenzweck, die inseln zu bekehren, geschehen lässt; demnach sind die zwei fahrten Sigmunds unter Hákon jarl und O'laf Tryggvason in eine zusammengezogen. weil in Sigmunds gefolge der priester Tambar oder Tannebrand (Þangbrandr) sich befindet, schloss Rafn mit grund, dass das lied aus O. floss, also nicht aus der originalen Færeyingasaga. nur ein umstand lässt sich dagegen anführen. Sigmund wird nach der saga von Þorer (O.), von Þorer und Háraldr (Ftb., während die gestalt des Háraldr O., wenigstens in den bisher bekannten texten ganz unbekannt ist) begleitet. beim angriff auf Össur ist nur Háraldr zugegen. das Sigmundslied nennt 52/3 (und diese strophen auch 33/4 widerholend) Haraldr (A), Torbiörn (BCD). der letztere name kann allerdings den Þorer meinen, aber die recension A weist auf eine vorlage wie Ftb. hin, in der Háraldr vorkam. es scheint mir gewagt, auf grund dieser stelle die Ftb. als vorlage des liederdichters, der natürlich ein Færinger war, zu bezeichnen. aber auch auf die ursprüngliche Færeyingasaga möchte ich nicht schliessen, sondern bestimmt auf eine O'lafssaga, in der die Færeyingasaga aufgenommen war. denn in letzterer war von dem bekehrer Is-

1) Guðbrandr Vigfusson, corpus poeticum boreale I 511/2.

2) Færöernes oldtidshistorie 160 ff.

3) Hammershaimb, færöiske kvæder II 52—59. vgl. auch Rafn in der einleitung s. VII—XII.

lands, von þangbrandr doch schwerlich die rede. man muss also entweder einen text von O. annehmen, der den Háraldr erwähnte, oder die nennung des letzteren für einen späteren einschub erachten, welchen irgend jemand, dem die Ftb. bekannt war, gemacht hat. dann wäre wol in der ersten fassung des liedes Torbjörn (þorer) gestanden. über das alter des liedes ist nichts bekannt. jedenfalls aber liegt darin nicht die selbständige mündliche färöische überlieferung vor, vielmehr entstand das lied auf literarischem weg und nahm seinen inhalt nicht einmal aus erster, sondern nur aus zweiter hand.

Das neue Sigmundslied[1]) dichtete in der ersten hälfte dieses jahrhunderts Jens Kr. Djurhus nach der Færeyingasaga.

Der alten geschichtsquelle zur seite läuft eine färöische sagenüberlieferung merkwürdiger art. in den grundzügen herrscht grosse übereinstimmung, dagegen gefällt sich diese färöische sage in reichlicher und breiter ausmalung der einzelnen situationen. man möchte gerne näheres über diese sagen, die man namentlich aus pastor Schröters handschriftlichen sammlungen kennt, besonders über das mutmassliche alter der aufzeichnungen erfahren. Niels Winther teilt in seiner weitläufigen inhaltserzählung der Færeyingasaga (s. 87—159) am passenden ort die erweiterungen derartiger berichte mit. es hat den anschein, dass hier nichts selbständiges vorliegt, sondern eine späte neubildung, eine freiere, im einzelnen ausschmückende nacherzählung der geschichtsquelle. interessant wäre es, zu wissen, in welchen kreisen diese junge Færingersage entsprang und gepflegt wurde. jedenfalls ist gelehrter, literarischer ursprung anzunehmen, wie bei den liedern.

Die ursprüngliche Færeyingasaga, deren inhalt zwar ziemlich vollständig, deren form jedoch nur annähernd und stückweise auf uns gekommen ist, lag Snorre, Bergr und Jón þorðarson vor; aber seit dem ende des 14. jahrhunderts scheint sie gänzlich verschollen zu sein. zum letzten mal ward sie bei anfertigung der Ftb. verwertet, dann verschwand sie. aber in der form, welche sie bei den drei verfassern angenommen hatte, dauert ihre einwirkung stätig fort.

1) im Corpus carminum færoensium nr. 216. vgl. Niels Winther, a.a.o. 130 ff., Sievers, PBB. VIII, 96—99. Axel Olrik, arkiv f. nord. fil. VI, 259 nennt Djurhus, welcher mit einem um 1830 gedichteten lied aus der Olafssaga Tryggvasonar in der færösk antologi s. 282 vertreten ist, als verfasser der Sigmunds kvæði nýja.

I. Das Bahrgericht

von

Karl Lehmann.

I. Alter, Ursprung und rechtliche Natur des als Bahrgericht, Bahrrecht oder Scheingehen aus Dichtungen [1]), Sagen [2]), Chroniken [3]), Gerichtsakten [4]) und Gesetzen des Mittelalters und der Neuzeit bekannten, von Criminalisten, Theologen, Philosophen und Medicinern behandelten Brauches sind bestritten [5]). Nur so viel steht gegenüber der von Jacob Grimm [6]) geäusserten, von Wilda [7]) und Noordewier [8]) getheilten Ansicht, wonach kein Gesetz des Mittelalters von ihm reden soll, fest, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Rechtsquellen sich mit ihm befasst. Osenbrueggen [9]) hat auf eine Todtschlagseinung des schweizer Cantons Schwyz vom Jahre 1342, auf das Landbuch von Uri und das Thalbuch von Ursern, endlich auf das Luzerner Formelbuch von 1542 hingewiesen. Von Anderen [10]) ist das Stadtrechtsbuch von Memmingen aus dem Jahre 1396 und das Rechtsbuch von Freising aus dem Jahre 1328 herangezogen worden. Gengler [11]) hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Statuten der Stadt Dinkelsbühl im bairischen Mittelfranken von 1494 das früher dort geübte Bahrrecht verbieten. Nordström [12]) ist das zwischen 1341 und 1344 entstandene Stadtrecht von Visby [13]) auf Gotland aufgefallen, dessen Capitel „van morde“ [14]) sich mit dem Bahrgericht beschäftigt. Da eine, allerdings erst dem 15. Jahrh. angehörige, Handschrift des Stadtrechts von Lübeck den Angeschuldigten „sik up deme schine af sweren“ lässt [15]) und da die Langenbecksche Glosse zu den Hamburger Statuten von 1497 [16]) den Brauch als in der Praxis geübt hinstellt, so ist, zumal weder das Gutalag noch eine sonstige skandinavische Rechtsquelle das Bahrrecht auch nur mit einem Wort erwähnt [17]), dessen Import aus Deutschland her für Visby zweifellos [18]). In dem vierten Bande seiner Weisthümer theilt uns sodann J. Grimm ein Dorfweisthum von Altenbruch, Lüdingwort und Nordleda aus dem Jahre 1439 mit, das im vierten Capitel unter gewissen Voraussetzungen das Bahrgericht ver-

langt[19]). Zu der Verordnung des Hadelerschen Land-Gerichts und Rechtens von 1583 Theil 5 Titel 20 hatte bereits F. E. Pufendorf[20]) eine Erläuterung gegeben, in der er das wichtige Protokoll des Jorker Landgreftings von 1566 publicirte, eine Publikation, die, wie es scheint, unabhängig von ihm Jo. Vogt[21]) wiederholte. Ein anderes Protokoll eines Ordeles des Sommergreftings zum Borstel aus dem Jahre 1550 hat neuerlich Krause[22]) veröffentlicht. Weiter hat Noordewier[23]) das Landrecht von Buddinge und Hakeswolde aus der Drenther Gegend herangezogen. Endlich hat Majer[24]) die Hessen-Darmstädtische Landesordnung von 1639 als das letzte Gesetz, welches der Bahrprobe Erwähnung thue, bezeichnet.

Mit der letzten Behauptung hat es jedoch kaum seine Richtigkeit. Die Bestimmung, welche dahin lautet „da auch ein Thäter ungewiss, doch gewisse Personen des Todschlags halber berüchtigt und verdächtig wären, soll man derselben sich bemächtigen, sie zu dem Entleibten führen und denselben gewöhnlichermaassen anrühren lassen", besagt juristisch nichts weiter, als dass der Verdächtige mit der Leiche des Ermordeten confrontirt werden solle, was auch unsere Strafprocessordnung verlangt. In dem Gebote, die Leiche anrühren zu lassen, liegt allerdings möglicherweise das Zugeständniss an die damals im Volke noch herrschend gewesene Vorstellung. Aber ein bewusstes Zugeständniss lediglich zu inquisitorischen Zwecken[25]). Unter dem Bann dieser Vorstellung dürfte das Gesetz selbst kaum gestanden haben. Hatte ja doch schon die Carolina sich vornehm über das Bahrgericht ausgeschwiegen[26]) und hatte der von Mitgliedern der Tübinger Fakultaet verfasste Entwurf der würtembergischen Criminalordnung von 1609[27]) sich mit Entschiedenheit gegen ihre Anwendung ausgesprochen.

Ueberhaupt lässt sich für eine Untersuchung über das Bahrgericht, welche ein Germanist anstellt, nach der Neuzeit hin die Grenze schnell ziehen. In der Praxis hat sich bekanntlich das Bahrgericht lange Zeit erhalten, sind doch bis in dieses Jahrhundert Fälle nachgewiesen worden[28]). Aber bei der Betrachtung der späteren Fälle gewinnt der Germanist nichts. Er gewahrt den Kampf der Anschauungen über den Grund des Brauches, die verschiedenen Versuche, den Hergang zu erklären, das allmähliche Ueberwiegen der Skepsis, die wackeren Bestrebungen der naturrechtlichen Schule, bis der aufgeklärte Absolutismus mit der Folter und den Hexenprocessen auch das Bahrgericht fortfegt[29]).

Aber das juristische Interesse wird nicht erregt, weil das

Bahrgericht innerhalb des Rahmens des fremden Rechtsganges erscheint. Wo der römisch-kanonische Strafprocess mit seiner Maxime: Geständniss oder Eid zweier klassischer Zeugen recipirt war, musste das Bahrgericht zu einem Indiz herabsinken, bei dem sich nur fragen konnte, ob es genügend für die Tortur sei oder nicht. Und diese Fragestellung gewahren wir sofort bei den Italienern des fünfzehnten[30]), dann bei den Deutschen[31]), Franzosen[32]) und Spaniern[33]) der folgenden Jahrhunderte. Die Antwort auf die Frage ist kulturgeschichtlich, nicht rechtsgeschichtlich von Bedeutung. Nur innerhalb des germanischen Rechtsganges interessirt das Bahrgericht. Denn hier erhebt sich die Frage nach seiner rechtlichen Natur, die für das Verständniss seines Wesens und Ursprungs bedeutungsvoll ist.

Um so wichtiger ist es, das Auftreten des Bahrgerichts in die ältere Zeit hinauf zu verfolgen. Da ist nun zunächst zu constatiren, dass von den obigen Rechtsquellen keine über das vierzehnte Jahrhundert zurückreicht. Die älteste ist das Rechtsbuch von Freising, die nächste das Stadtrecht von Visby. Hoch im Norden und tief im Süden des deutschen Gebietes tritt uns also um jene Zeit das Bahrgericht entgegen. Ueber ganz Deutschland war es sonach zweifellos in jener Zeit verbreitet. Um zwei Jahrhunderte weiter hinauf führen uns poetische Quellen und Mönchsgeschichten. Iwein und Nibelungenlied, Moriaan und Walewein wissen vom Bahrgerichte, die älteste Stelle enthält der Chevalier au Lyon des Chrestien von Troyes. Der fanatische Thomas von Cantimpré flicht es in sein Werk über den Bienenstaat ein[34]). An jenem Zeitpunkt aber müssen wir Halt machen. Die Mitte des zwölften Jahrhunderts ist der früheste Zeitpunkt, in dem es auftritt[35]).

Was haben wir vor uns? Eine uralte, aus dem grauen Heidenthum stammende Reminiscenz? Oder ein neuerdings, im Zeitalter der Kreuzzüge und der Ritterorden, der Magie und Dämonologie, der Divinationen und Beschwörungen entstandenes Institut? Oder die Reception eines ausländischen Rechtsbrauches?

Und was stellt dieses Bahrgericht dar? Ist es Gericht oder Beweismittel oder Inquisitionsmittel? Und wenn es Beweismittel ist, ist es Gottesurtheil oder Augenschein oder Reinigungseid?

Die Ansichten gehen über diese Punkte auseinander.

Am ehesten herrscht noch Uebereinstimmung hinsichtlich des Alters. J. Grimm bemerkt[36]): „Dieser Prüfung gedenkt zwar keins der früheren gesetze noch der des mittelalters, sie galt aber noch später in vielen gerichten und scheint auf sehr altem volksglau-

ben zu beruhen". F. von Schulte[37]) lässt „wohl schon in der heidnischen Zeit" zum Feuer-, Wasser- und Loosordal die Bahrprobe treten. Siegel[38]) constatirt nur, dass „des in seinem Ursprung dunklen . . . . . Bahrrechts, jus feretri, Gesetze oder Capitularien nicht gedenken". Waitz[39]) sieht die Bahrprobe „vielleicht als alt" an. Patetta[40]) hält es für wahrscheinlich, dass „es sich in der Ueberlieferung und dem Bewusstsein des Volkes seit unvordenklicher Zeit erhalten habe, bevor es die Gesetzgebung berücksichtigte". Brunner[41]) erklärt es auf Grund der Rechtsvergleichung für uralt. Die positive Behauptung, dass wir es mit einem jungen Brauch zu thun haben, ist dagegen von Baechtold und Martin aufgestellt worden[42]).

Was den Ursprung des Brauches betrifft, so neigt die Mehrzahl dahin, ihn für „entschieden heidnisch" zu erklären. Früher dachte man anders. Man knüpfte an die Bibel oder an antike Schriftsteller an[43]) und ein Engländer[44]) hat noch in diesem Jahrhundert jüdisch-christlichen Einfluss als maassgebend erachtet und den Beifall eines deutschen Criminalisten[45]) gefunden. Das tiefere Eindringen in das germanische Heidenthum hat dagegen eine lebhafte Reaktion bewirkt. Jeglicher christliche Einfluss wurde negirt, so sehr, dass Dahn[46]) überhaupt bestritt, dass die Kirche das Institut mit ihren Formen umgeben habe. Dagegen hat Osenbrueggen[47]) sich erklärt. Neuere haben sich wieder für kirchlichen Ursprung ausgesprochen[48]).

Die Frage, ob nicht von den Kelten oder aus dem Orient her der Brauch entlehnt sei, verdient wenigstens aufgeworfen zu werden[49]).

Endlich geht man in der Deutung des Bahrrechts auseinander. Drei Ansichten lassen sich unterscheiden.

K. Maurer kam in seinem berühmten Aufsatz über das Beweisverfahren nach deutschen Rechten[50]) bei Besprechung der Gottesurtheile auch auf das Bahrrecht zurück. Er zählt dasselbe den eigentlichen Gottesurtheilen nicht zu. Es ist nach ihm „weniger Beweis- als Inquisitionsmittel und reiht sich demnach der Erforschung eines verborgenen Thäters durch Siebdrehen u. dgl. an". Diese Ansicht hat K. von Amira[51]) aufgenommen. Wie dem „Loosorakel" so misst er dem Bahrrecht „keine andere Funktion" bei, als „unter mehreren Beschuldigten den Thäter ausfindig zu machen" und verweist ebenfalls auf das Siebdrehen. Für die spätere Zeit vertritt diese Ansicht auch Osenbrueggen. Eine andere Auffassung hat Planck[52]). Nach ihm ist das Bahrrecht

ein Beweismittel und zwar fällt es unter den Begriff der leiblichen Beweisung, des Augenscheins. Derselben Ansicht ist Böhlau[53]). Die dritte Auffassung, welche die meisten Vertreter hat, erblickt darin ein Gottesurtheil[54]).

Denkbar aber, soviel ich sehe, nicht vertreten ist die Ansicht, dass es sich lediglich um eine eigenthümliche Form des Reinigungseides handelt.

Siegel[55]) fasst das Bahrrecht nicht als Gottesurtheil auf, sagt aber nicht, wofür es zu halten sei.

Einzelne Autoren unterscheiden beim Bahrrecht verschiedene Phasen. So nimmt Osenbrueggen an, es sei ursprünglich Gottesurtheil gewesen, sei dann aber zu einem Inquisitionsmittel geworden. Patetta ist der Ansicht, dass es in Deutschland Gottesurtheil, in Italien Inquisitionsmittel sei. Brunner entscheidet sich dahin, dass es ursprünglich ein Gottesurtheil nicht gewesen sei, sich aber zu einem solchen entwickelt habe.

II. Der Brauch hat in alter und in neuer Zeit dichterische Verwendung gefunden. Das deutsche Nationalepos wie der grosse Britte, wie der moderne Klassiker Schiller haben ihn benutzt. Ein phantastisches Dunkel umgiebt ihn in höherem Grade, als Feuer- und Wasserprobe, Loosordal und Zweikampf. Mit den tiefsten Gründen menschlichen Empfindens hängt er zusammen. Geheimnissvolle Naturkräfte, welche Anziehung und Abstossung zwischen einzelnen Körpern bewirken, die seltsame Wirkung des Blutes, das Fortleben der Seele nach dem Tode, die Rache des Todten, das Eingreifen der göttlichen Macht, welche ein „Zeichen" giebt, alle diese Vorstellungen kreuzen sich bei ihm. Was ist ursprünglich, was hinzugetreten? Mehr dichterisch, als wissenschaftlich angelegte Forscher sind mit der Antwort schnell zur Hand. Ihnen unterliegt es keinem Zweifel, dass wir es mit einem Erbstücke aus „altarischer" Zeit zu thun haben, das vorübergehend bei Seite gelegt im späteren Mittelalter wieder hervorgeholt worden sei. Im Urrecht lassen sie das Bahrgericht eine grössere Rolle spielen, als in der historischen Zeit, was wir von ihm gewahren, sei nur ein schwacher Abglanz eines früher bedeutsam gewesenen Rechtsinstitutes[56]).

Die exakte Forschung kann solche Wege nicht wandeln. Sie muss sich begnügen, an der Hand der Quellen zu versuchen, Alter und Entwicklung des Institutes zu eruiren. Sie wird im schlimmsten Falle ein Fragezeichen als ihr Ergebniss zu verzeichnen haben.

Sind nicht unsere Quellen reichhaltig genug, um wenigstens dieses Fragezeichen zu rechtfertigen? Volksrechte und Kapitula-

nen. Rechtsbücher, Landrechte und Stadtrechte der Südgermanen, Landschaftsrechte und Rechtsbücher Skandinaviens, Geschichtsquellen. Romane, poetische Quellen der früheren und späteren Zeit, geben sie nicht genügenden Stoff, um sich darüber klar zu werden, ob man ein Institut frischweg in die Urzeit zu versetzen oder doch wenigstens Zweifel darüber zu hegen habe?

Aber die Rechtsvergleichung [57]) lehrt das Vorkommen des Bahrrechts bei wilden Völkerschaften und die Religionsgeschichte zeigt den Todtencultus als primitive Form religiöser Vorstellungen. Rechtfertigt dies den Schluss, dass auch bei den Germanen das Bahrgericht zu den ältesten Rechtsinstituten zu zählen sei? Mit nichten. Die allgemeine Erwägung, dass, weil es etwa bei den Australiern und Afrikanern so sei, es auch bei den Germanen ursprünglich so gewesen sein müsse, wird bei aller Anerkennung der Rechtsvergleichung für durchschlagend nicht erachtet werden können. Selbst der Nachweis, dass der Todtenkultus in älterer Zeit bei den Germanen wahrzunehmen sei, würde die Existenz des Institutes noch nicht erweisen. Gleiche Vorbedingungen haben nicht überall sofort zu gleichen Rechtsgestaltungen geführt, häufig haben sie nur die Reception erleichtert.

III. Die Fragen nach Alter, Ursprung und rechtlicher Bedeutung des Bahrgerichts hängen unter einander zusammen. Die Beantwortung wird deshalb da einzusetzen haben, wo das Resultat am sichersten gewonnen werden kann, d. h. beim letzten Punkte.

1. Die herrschende Ansicht sieht das Bahrgericht für ein Ordal an. Betrachten wir den Hergang mit dem bei anderen Ordalen der fränkischen Zeit, so tritt ein beachtenswerther Unterschied hervor. Beim Kesselfang und der Eisenprobe, bei der Wasserprobe und beim Probebissen, beim Loosordal und Kampfordal wird Gott durch eine bewusste, auf dieses Ziel gerichtete menschliche Thätigkeit angerufen. Gleichgiltig ob das Ordal ein einseitiges oder zweiseitiges ist, es ergeht das Gottesurtheil gewissermassen auf Antrag. Beim Bahrgericht gilt dies nicht schlechtweg. Die poetischen und geschichtlichen Quellen, die Sagen und Mönchsgeschichten berichten uns den Hergang auch in der Weise, dass die zufällige Anwesenheit des Thäters die Leiche zum Bluten bringt, wodurch erst Dritte auf den Thäter aufmerksam werden. So ist es der Fall im Chevalier au Lyon des Chrestien von Troyes, der ältesten Stelle, die des Herganges Erwähnung thut, und im Iwein [58]), so im Moriaan [59]), so bei Thomas von Cantimpré [59a]), so in der Zimmerschen Chronik [60]), so meist in den Sagen. Auch bei Shakespeare wird Anna erst durch das

Bluten des Leichnams in ihrem Verdachte bestärkt. Hier haben wir also einen rein thatsächlichen Vorgang vor uns, ein „Wunder" vom christlichen, ein wahres „dînc", eine „provance veraie" vom heidnischen Standpunkte aus. J. Grimm, Brunner u. A. verwenden diese Berichte als Belege für die „Prüfung" des Bahrgerichts. Aber es liegt auf der Hand, dass sie höchstens als Belege für die dem Bahrgericht zu Grunde liegende Vorstellung verwendet werden dürfen. Denn mit dem Rechtsgange haben sie überhaupt nichts zu thun.

2. Scheiden demnach derartige Fälle aus, bleiben nur diejenigen übrig, in welchen innerhalb eines Verfahrens das Bahrgericht auftritt, oder in welchen es doch wenigstens bewusst erprobt wird, so ergiebt sich zunächst klar, dass die überwiegende Zahl der Rechtsquellen das Bahrgericht als Gottesurtheil ansieht.

Im Rechtsbuche von Freising[61]) ist Jemand bereits „an einem todschlag schuldigtt". Er erbietet sich zum „Todtengericht". Die Verwandten des Erschlagenen nehmen sein Angebot an oder nicht. Nehmen sie es nicht an, „so sol er fürbas ledig sein". Nehmen sie es an, so wird der Todte ausgegraben, seine Wunden werden gewaschen, er wird „auf den ring" getragen vor das Gericht. Der „das gerichtt tuet" soll dreimal an der Bahre knien, um die Bahre gehen, den Todten küssen, ihn nennen und sprechen „ich zeug es an got den herrnn unnd an dich das ich an deinem tod unschuldig pin". Das Ergebniss entscheidet, ob er schuldig ist oder nicht. Die Anklage ist erhoben, das Beweisurtheil ist ergangen. Das Bahrgericht ist Beweismittel und zwar für das Urtheil entscheidendes. Ein Ueberführen mit Zeugen etwa seitens der Kläger ist nicht zugelassen. Characteristisch ist, worauf schon Brunner[62]) hingewiesen hat, der Schluss der Stelle: „Das geschicht alzo allen den di sich verpottne recht annemenn das sy das haiss eysnn tragenn oder in ain wallenndn Kessel greiffenn unnd ist daz es sy prennt so ist er schuldig". Ausdrücklich wird hier das Bahrgericht der Eisenprobe und dem Kesselfang, als durch das lateranensische Concil verbotenen Ordalien, zur Seite gestellt. In der schwyzer Todtschläger-Einung von 1342[63]) geht der Angeklagte über den Todten auf Gottes Erbarmen. Auch hier liegt die Anklage einer bestimmten Person schon vor. Blutet der Leichnam, so wird der schuldige Mann getödtet und Niemand soll ihn davor schirmen. Auch hier ist der Ausgang also für das Urtheil entscheidend und von Gottes Erbarmen wird der Ausgang abhängig gemacht. Aehnlich in den anderen schweizer Ordnungen. In Memmingen[64]) sollen die oder der „die da richten wend" an die

Bahre treten und sollen einen Eid zu Gott und allen Heiligen erectis digitis schwören „das sy an dem todschlag unschuldig sigen mit råten und mit getåten“. Blutet der Leichnam, so sind sie des Todtschlags schuldig und man soll richten „baur gen baur“ [64a]). Blutet er nicht, so sind sie des Todtschlags ledig und los vor Jedermann.

Das niederländische Landrecht erklärt den „von Gott Entschuldigten“ für schuldlos [65]). Das Protokoll von 1550 des Jorker Gerichts [66]) behandelt den Fall, dass eine Frau angeklagt ist, ein Kind mit einem „kakiseren“ erschlagen zu haben. Der Kläger, d. h. der Vater des Kindes, hat die Klage im Ding erhoben, die Frau wird durch ihren Ehemann vertreten. Der Schein ist abgenommen. Der Ehemann leugnet die That „und but sik to rechte van wegen siner fruwen“. Gefunden wird, man soll die Frau vorfordern zum Schein auf Gottes Recht“. Also auch hier ein Angeklagter, erhobene Anklage, Beweisurtheil, Bahrgericht als Gottesurtheil.

Das Protokoll von 1566 [67]) hat wiederum einen Angeklagten, Harmen Röver, gegen den bereits die Anklage von den Verwandten erhoben ist. Er erbietet sich „zum Schein zu gehen“. Es ergeht bedingtes Endurtheil. Die Freundschaft sei den Thäter nicht ferner anzuklagen gehalten, wenn er die Probe vollführe. Es werden die näheren Umstände der Probe festgesetzt. Der Angeklagte wird vorgefordert, kommt, geht „im Nahmen des Herrn zum Schein dreymal nacheinander“ und hebt jedesmal nach Auflegung seiner Finger und gestabten Eid den Schein auf. Das Urteil ergeht: Weil Harmen Röver das Godes-Recht gestanden und dreymal zum Schein gegangen, und der Allmächtige ihn errettet, und kein Zeichen geschehen . . . , so sey er seines Halses heilig“. Alles ist hier so klar, dass es keiner Worte bedarf.

Im Rottweiler Protokoll von 1473 [68]) heisst es: Uff das stunden die gemelten Richter zusammen und erkanndten sich mit ainhelliger urtail uff ire aide zu urteilen. mügen N. undt N. baidt obgenanndt uff des toten leichnams wunden und jeglicher seine baidt finger in die wunden legen undt da schwören leiblich aydt zuo Gott undt den Hailligen, das sie baidt an dem totschlag, so da gegenwürtig stöh unschuldig seien und weder hilf noch rat darzuo getan haben. Und die Chronik ergänzt das unvollkommene Protokoll dahin, dass die Angeklagten, da die Wunden sich nicht verkehrt hätten, des Todtschlags ledig erkannt wurden und ihnen deswegen ein Brief zugestellt wurde.

Dieselbe Rechtslage wird in der Chronik Etterlins gewahrt. Auf Hans Spiess war längst der Verdacht gefallen, er habe die Frau ermordet, er war ergriffen und in den Kerker gesetzt worden. „Da ward er hart gestreckt und gemartrot", aber er leugnete. Und „die wil er je also an im selber so halsstack was, dass er durch deheiner Marter willen nit verjechen wolt und man aber alwegen ein bösen Zwifel zuo im het, er hette es getan", ward schliesslich „mit urteil erkannt" dass man die Frau ausgraben sollte[69]) etc. Ebenso in der Sage vom Züriheiri.

3. In allen diesen Fällen liegt ein Gottesurtheil vor, dem ein Eid des Angeklagten voraufgeht. Schon im Rechtsbuche von Freising ist dies der Fall und man wird es auch da anzunehmen haben, wo nicht ausdrücklich des Eides Erwähnung geschieht, wie in der Schwyzer Todtschlägereinung, da die anderen Schweizer Quellen dies hervorheben. Es fragt sich schon an dieser Stelle, ob nicht ursprünglich der Eid den Kern des Aktes ausmacht. Die Statuten von Dinkelsbühl schaffen das Bahrrecht ab, beharren aber bei dem Eide[70]). Die Handschrift des Lübecker Stadtrechts spricht nur von „sik up dem schine af sweren"[71]). Sollte nicht vom Eide ausgegangen und zum Gottesurtheile vorgeschritten sein?

Der Eid ist ein Reinigungseid auf den Leichnam. Nicht bloss Gott, auch der Todte wird im Freisinger Rechtsbuch als Zeuge angerufen, dass der Angeklagte die That nicht begangen habe.

Der Leichnam, auf den geschworen wird, könnte an sich gedacht sein als Sache, wie beim Anefangseid, oder als Gegner. Die Form des Freisinger Rechtsbuches lässt das Letztere annehmen. Solcher Eide auf den Gegner finden wir in den Rechtsquellen Erwähnung. Der Kläger, welcher den Beklagten in handhafter That erwischt und gebunden vorführt, soll ihn dergestalt überführen, dass er ihn im Gericht hinsetzt, das Reliquienkästchen auf sein Haupt legt und schwört[72]). Hat Jemand auf handhafter That den Verbrecher erschlagen, so soll er den Leichnam vor Gericht bringen, gegen den Todten, als ob er noch lebe, Klage erheben und ihn, wie vorhin den Lebenden, überführen, d. h. auf seinen Leichnam schwören[73]). Lag der Todte bereits im Grabe, so soll er auf dessen Grab schwören[74]).

Der Eid des Bahrgerichts lehnt sich offenbar in der Form an den letzten Eid an, nur dass er ein Reinigungseid ist. Zu erwägen ist weiter, dass, da die Thäterschaft eben zweifelhaft war, ein Reinigungseid des Angeschuldigten nach Volksrecht das ge-

gebene Beweismittel war[75]). Es ist denkbar, dass an diesen Reinigungseid das Gottesurtheil anknüpfte. Mit andern Worten, es ist denkbar, dass in der Entwicklung des Institutes dem Gottesurtheil des Bahrgerichts der Reinigungseid auf den Leichnam voranging.

Aber dies ist nur eine Hypothese, die des Beweises harrt. Auch beim Kampfordale begegnen wir bekanntlich dem Eide, ohne dass sich dort eine derartige Entwicklung annehmen lässt. Es ist ferner klar, dass selbst wenn die Hypothese völlig richtig wäre der Reinigungseid höchstens einen äusserlichen Anknüpfungspunkt geben konnte. Zu ihm tritt ja eben die Veränderung der Leiche, das von Gott gegebene „Zeichen" hinzu und auf dieses kommt es an. Wann diese Anschauung aufkam und welches ihre Wurzeln sind, das ist zu eruiren.

4. Nicht alle Quellen, die das Bahrrecht als Beweismittel im Rechtsgange behandeln, betrachten es als Gottesurtheil. Einen anderen Standpunkt nimmt das Stadtrecht von Visby ein. Hier heisst es: Werdet en man unwitliken ghemordet unde wörde ienich man dar umme an ghesproken unde dat lik opene wunde hedde. so solen de voghede gan to deme like unde laten entdecken de wunden. unde solen dat lik denne laten biwaren. unde laten dat ligghen al stille. al so langhe al so en half dach lang is. so zolen danne de voghede unde de anghesprokene. to deme like. in dad hus gan unde nemant zal mede in dat hus gan. dar dat like inne is. he nehebbe dat in der vöghede heten, so zal de anghesprokene man sine hand up de wunden legghen. blodet de wunde nicht, so entsegghe he sic mid XII mannen ede also ghescreven steit van eden to swerende. blödet de wunde so möghen des mordeden mannes vrynt sweren up den angesprokenen man. sylf tuelfte mid guden umbesprokenen unde unghemededen lyden. de al dus ghewunnen werd, de mach sik lözen.

Diese Bestimmung ist von hoher Wichtigkeit. Beinahe so alt wie die des Freisinger Rechtsbuches verräth sie eine ganz andere Auffassung. Von einem Gottesurtheil ist hier keine Rede, der Angeklagte wird auch gar nicht gefragt, ob er die „Probe" vornehmen wolle, ein Eid wird nicht geschworen. Die Vögte führen ihn zur Leiche und untersuchen, ob die Wunden bluten oder nicht. Bluten die Wunden, so gilt der Angeklagte als in handhafter That ergriffen, der Kläger überführt ihn, bluten sie nicht, so reinigt er sich mit Eideshelfern.

Das Bahrgericht ist also auch hier Beweismittel, aber es ist nicht Gottesurtheil, sondern leibliche Beweisung. Die That ist

nun eine scheinbare. Das Stadtrecht von Visby hat also eine heidnische Auffassung des Vorganges, nicht eine christliche. Das Bluten der Wunden ist kein „Zeichen" von Gott, sondern ein Merkmal der Thäterschaft, etwa wie das Haar des Mörders, welches die geballte Faust des Ermordeten hält, oder die gestohlene Sache, welche im Hause des Diebes gefunden wird, oder der Brand, welchen der Brandstifter in der Hand hat. Nicht „Gott der Allmächtige" hat etwas gethan, was wider den gewohnten Gang der Dinge ist, sondern geheimnissvolle Naturkräfte bewirken, dass der Thäter offenbar wird, etwa wie wenn durch chemische Processe eine verblichene Handschrift wieder aufgefrischt wird, oder der Phonograph die Stimme eines Verstorbenen wiedergiebt. Es ist mir fraglos, dass diese Auffassung die ältere gegenüber dem Gottesurtheile ist. Aber freilich steht das Stadtrecht von Visby unter den Rechtsquellen mit ihr vereinzelt. Von den poetischen Quellen hat sie vielleicht, aber nicht sicher, das Nibelungenlied. Zwar ist in ihm von einem Verfahren keine Rede, aber eine „Probe" soll vorgenommen werden und der Ausgang der Probe ist für die Rache der Kriemhild entscheidend. Ein Eid wird vor der Bahre nicht abgeleistet und Gott wird nicht angerufen. Immerhin bezeichnet das Lied die Sache als ein „Wunder".

5. Eine dritte Quellengruppe behandelt das Bahrrecht als ein Inquisitionsmittel. Dahin gehört zunächst die sg. Langenbeckische Glosse zum Hamburger Stadtrecht von 1497. Es heisst hier: Umme ein underscheit unde wetent tho hebbende des mordes under velen, dorch wehme he schole geschehen, leth men de bewanden minschen, den einen ersten, den anderen darnha und so vorth, thom schine gahn, dat is offt dat blot des doden minschen enen apenbaren schin wolde van sick geven, umme den schuldigen tho richtende und den unschuldigen tho quitende. Wor averst de wundede nenen schin van sick geve, effte noch so varsch were van blode, holt men nha guder wise tho Hamborch den bewaneden minschen tho gahnde in de bekantenisse, dath is in de pinebanck, so lange men ene schuldig vindt manck velen. So it geborede einem genandt Jochim Gunter, de des avendes up dem Berge tho der erden hauw einen Grossschmidt by dem Hoppenmarckede wanhafftich: und desulve Jochim wart thom schin bracht, und de schin nene teken van sick gaff. Inth ende averst bekande he in der pine, he de wunden gewracht hadde und worth darumme enthovedet anno 1511.

Also umme ein underscheit . . . tho hebbende . . . *„under velen"* wird das Bahrrecht angewendet, wie Siebdrehen, Erbschlüssel

u. s. f. Eine Anklage ist gar nicht erhoben, ein Beweisurtheil gar nicht ergangen. Der günstige Ausgang der Probe hindert die Folter nicht, wie es bei ungünstigem steht, wird nicht gesagt.

Aehnlich die Verordnung des Hadelerschen Land-Gerichts und Rechtens um 1583 Theil 5 Titel 20:

„So einer geschlagen wird und man nicht weiss, von welchem die That geschehen, alle diejenigen, so dabey betreten werden, sollen zum Schein ein jeglicher für seine Person gehen".

Auch das Dorfweisthum von Altenbruch, Lüdingwort und Nordleda aus dem Jahre 1439 gehört hierher:

„Wäre es aber sache, dass der todte keinen bekandten mann hätte, wol dar den mit beschlagen würde, de schall to den schien gahn und sien lief na unserm landrecht; wen de doden side beklagenden bekandten man sines dodes heft, so schall man niemand to dem schiene drengen edder rögen".

Auch in den Chroniken und Gerichtsprotokollen tritt uns diese Anwendung häufig entgegen, insbes. in der Zimmerischen Chronik [76]).

6. Was man unter Bahrgericht zusammenfasst, ist nach dem Vorgetragenen keineswegs ein juristisch einheitliches Gebilde. Es ist eine zufällig beobachtete wunderbare Begebenheit, ein Faktum, oder eine „Probe", ein Verfahren und letzterenfalls dient es als Inquisitionsmittel oder als Beweismittel und hier wiederum als Gottesurtheil oder als leibliche Beweisung. Wo liegt der Ausgangspunkt?

7. Ein innerer Zusammenhang liegt offenbar vor zwischen leiblicher Beweisung, Inquisitionsmittel und Faktum. Alle drei enthalten als Kern die Thatsache, dass die Leiche des Gemordeten blutet, wenn der Mörder sich naht. Diese Thatsache wird beobachtet (Faktum) oder herbeigeführt (Inquisitionsmittel) oder zur Unterlage des Urtheils verwandt (leibliche Beweisung). Nur die Bedeutung, welche der Thatsache beigelegt wird, ist eine verschiedene. Dagegen enthält das Gottesurtheil ein Mehr. Die Intervention Gottes wird angerufen, dazu werden bestimmte Förmlichkeiten vorgenommen. Soweit diese dazu dienen, schädliche Einflüsse abzuhalten, welche den erwarteten Gang der Dinge stören könnten, mögen sie ausser Betracht bleiben [77]). Aber nicht bloss dazu dienen sie. Der dreifache Eid des Angeklagten, der Kuss, den er dem Todten reicht, das Stellen der Bahre auf geweihten Boden, die Mitwirkung der Geistlichkeit — alles dies ist eine Zugabe, die den obigen Fällen abgeht. Das Gottesurtheil ist im altdeutschen Rechtsgang das Endstadium des Bahrgerichts.

8. Auch die leibliche Beweisung im juristischen Sinne steht nicht am Eingange der Entwicklung. Mochte die Ueberzeugung von der Begründetheit des Vorganges im Leben noch so stark sein, für die Annahme, dass das Urtheil der Gerichtsgemeinde darauf basirte, genügen die Quellenbelege nicht. Die poetischen Quellen, wie die Mönchsgeschichten können, wo es gerade auf die Unterscheidung zwischen formalem Recht und Vorstellungen des Lebens ankommt, nicht ausschlaggebend sein. So ineinander floss auch in der ältesten Zeit Sitte und Recht nicht, dass nicht von diesem Manches abgelehnt oder zögernd aufgenommen wurde, was jene übte. Nur das Recht von Visby prägt die Idee der leiblichen Beweisung aus. Wäre sie die allgemeine gewesen, so wäre das Schweigen der sämmtlichen älteren Rechtsquellen geradezu räthselhaft. Denn dass eine nicht selbstverständliche, sondern ausserordentliche Form der leiblichen Beweisung hier vorlag, musste auch dem überzeugtesten Anhänger der Probe klar sein.

9. So bleibt nur das Inquisitionsmittel übrig, da das blosse Faktum für den Juristen gleichgiltig ist. Das Bahrgericht ist ursprünglich ein Verfahren, welches bei „unwissentlichem Mord" bezweckt, einen näheren Anhalt für die Erhebung der Anklage zu gewinnen. Dass gerade „aus Vielen" der Thäter herausgesucht werden sollte[78]), war nicht begriffsnothwendig, regelmässig wird sich freilich der Vorgang in der Weise abgespielt haben, dass eine ganze Schaar an die Bahre heranzutreten hatte. Dieses Verfahren wurzelt in dem durch angebliche Fakta gestützten Glauben, dass die Leiche des Gemordeten beim Nahen des Mörders blute. Derjenige, gegen den die Probe ausfiel, galt der Sippe des Gemordeten als genügend belastet, um die Anklage gegen ihn zu wagen. Man rechnete vielleicht darauf, dass er keine Eideshelfer beim Reinigungseide finden werde. Nach erhobener Anklage kam das Bahrgericht juristisch nicht weiter in Frage. Der Rechtsgang wurde nach Volksrecht durchgeführt. Erst in späterer Zeit dringt das Bahrgericht als Beweismittel in den Rechtsgang ein.

10. Diese Entwicklung stimmt allein mit dem Bilde, welches uns die Quellen liefern, überein. Sie erklärt zunächst auch Denjenigen, die an das hohe Alter des Brauches glauben, die Thatsache, dass die sämmtlichen älteren Rechtsquellen von dem Bahrgericht nicht ein Wort sagen. Solange es nicht Beweismittel war, kam es eben für den Rechtsgang nicht in Betracht, mochte die ihm zu Grunde liegende Vorstellung selbst eine uralte sein. Fragt sich doch überhaupt, welche Rechtsmittel den Ver-

wandten des Ermordeten zustanden, um diesen oder jenen zum Herantreten an die Bahre zu zwingen. Der altdeutsche Rechtsgang mit seinem schroff durchgeführten Verhandlungsprincipe widerstrebte inquisitorischem Zwang gegenüber Freien. Wer sich nicht freiwillig der Probe unterwarf, mochte den Verdacht auf sich laden, dass er den Ausgang scheue, rechtlich erzwungen konnte das Inquisitorium von Freien nicht werden. Ein anderes galt freilich für Unfreie kraft des Eigenthums des Herrn, wie ja überhaupt die Ordale bei Unfreien besondere Anwendung fanden. Die Befugnisse des Herrn gegenüber seinen Unfreien abzugrenzen, lag aber in der Natur des ältesten Rechts nicht und so konnte es hierüber schweigen, wie über andere Handlungen des Herrn.

Sie stimmt ferner mit den Berichten der poetischen Quellen überein. Als „Verfahren" tritt uns das Bahrgericht lediglich im Nibelungenlied entgegen und auch da nicht kraft rechtlichen Zwanges, sondern kraft freiwilliger Vornahme. Und trotz des ungünstigen Ausganges, welcher die Grundlage der Rache Kriemhilds bildet, leugnet Gunther. Den Betheiligten ist es klar, dass er und Hagen die Mörder waren, er selbst betrachtet sich nicht als überführt, denn es ist eben kein „Beweismittel" im Rechtssinne.

Sie erklärt weiter das Misstrauen, welches das objective Recht diesem Verfahren entgegenbrachte, das Zögern, mit dem es als Beweismittel anerkannt wurde. Wie das Recht von Dinkelsbühl es verbietet, so motivirt das Rechtsbuch von Freising seine entscheidende Kraft damit „unnd hat dy urtail uber sich selbs gebenn das er sich des gerichts angenommen hatt, wann sein nyemand genött möcht habnn" und nach dem Landbuch von Uri soll es nur dann Platz greifen, wenn des Angeschuldigten „unschuld nicht anders bewährt mag werden" [78a]).

11. Die Richtung in der sich das Bahrgericht bewegt, hat nach dem Vorgetragenen zum Ausgangspunkt den ursprünglich rechtlich gleichgiltigen Glauben an das Faktum des Blutens der Leiche beim Nahen des Mörders, zum Endpunkt das Gottesurtheil. Von jenem Faktum zieht sich die Entwicklung in der Linie: freiwilliges Inquisitorium, rechtlich gebotenes Inquisitorium, Augenschein, Gottesurtheil, bis der römisch-kanonische Process ein Indiz daraus macht.

IV. Ist die juristische Analyse die richtige, so ergiebt sich zunächst hinsichtlich des Alters des Institutes der wichtige Schluss, dass wir es nicht mit einem aus der germanischen Heidenzeit überkommenen Rechtsinstitute zu thun haben. Im

Gegensatz zur Eisenprobe, die bei Indern, Griechen und Germanen von Alters her als Rechtsinstitut auftritt[79]), ist das Bahrgericht ein junges Rechtsinstitut. Dagegen fragt sich, ob nicht der dem Institute zu Grunde liegende Glaube an das Faktum ein altgermanischer sei.

An sich spräche nichts hiergegen. Den Glauben an das Fortleben der Seele nach dem Tode bezeugen uns die mythologischen Quellen des Nordens, aber auch die Eyrbyggjasaga klar genug in ihrer Erzählung von Þórólfr bægifótr[80]): Þórólfr bægifótr kam heim des Abends und sprach mit Niemand; er setzte sich nieder in seinen Hochsitz und ass des Abends nichts; er blieb da sitzen, als die Leute zu Bett gingen. Aber am Morgen, als die Leute aufstanden, sass Þórólfr noch da und war todt. Da sandte die Hausfrau einen Mann zu Arnkell und liess ihm den Tod Þórólfs sagen; Arnkell machte sich auf nach Hvamm mit einigen seiner Hausleute; und als sie nach Hvamm kamen, versicherte sich Arnkell, dass sein Vater todt war und im Hochsitz sass, aber alles Volk war voll Angst, weil Allen Missbehagen im Antlitze Þórólfs zu sein deuchte. Es ging nun Arnkell hinein in die Feuerstube und trat hinter den Sitz im Rücken Þórólfs, er hiess jeden sich dann in Acht nehmen, von vorn an ihn heranzutreten solange ihm nicht die letzten Dienste geleistet seien; es fasste nun Arnkell den Þórólf an die Schultern und er musste gewaltige Kraft brauchen bevor er ihn überwältigte; sodann verhüllte er dem Þórólfr das Haupt mit den Kleidern und verfuhr mit ihm nach der Sitte. Hernach liess er die Wand im Rücken von ihm durchbrechen, und brachte ihn da heraus".

Aber hier ist nur die Angst vor der Leiche überhaupt ausgeprägt, die in der heidnischen Zeit, wie Weinhold[81]) bemerkt, als „unheimliches, verderbliches Wesen" galt, nicht der specielle Gedanke, der dem Bahrgericht zu Grunde liegt. Immerhin wäre von dieser Grundanschauung aus in der nebligen, von abergläubischen Vorstellungen erfüllten Atmosphäre des Nordens der Fortschritt zum Bahrgerichtsgedanken begreiflich genug. Um so auffälliger ist es, dass weder die mythologischen noch die geschichtlichen Quellen des Nordens mit einem Worte des Bahrgerichtes gedenken. Weder die ältere noch die jüngere Edda wissen von der im Nibelungenliede vorkommenden Probe etwas und der Bericht der Völsungasaga lautet ganz anders[81a]). Gehen wir aber nach dem Süden, so machen wir für die fränkische Zeit die gleiche Beobachtung. Ist uns doch z. B. aus Sachsen ein vollkomner indiculus superstitionum et Paganiarum überliefert, welcher dem achten

Jahrhundert angehört[82]), ohne dass des Bahrgerichts dort Erwähnung geschieht. Dass in dieser ganzen reichen Litteratur ein im Leben geübter Brauch von solcher Bedeutung mit Stillschweigen übergangen sein sollte, ist schwer anzunehmen.

V. Weist also Alles darauf hin, dass erst im Zeitalter der Kreuzzüge der Bahrgerichtsgedanke aufkam, so fragt es sich, woher er stammt. Hier erhebt sich eine Fülle von Combinationen. Jüdisches und christliches, römisches und griechisches Alterthum, Morgenland und Keltenthum, religiöser Wunderglaube und Romantik des Mittelalters könnten ihn gezeitigt haben. Die nüchterne Prüfung wird auch hier eher auf Neubildung auf einheimischem Boden als auf Import von Aussen her gelangen. Die Anknüpfung an das alte Testament ist längst aufgegeben. Verwandte man die Erzählung von Kain und Abel[83]), so ist längst bemerkt worden, dass das Wort Gottes „Die Stimme Deines Bruders Bluts schreiet zu mir von der Erde" nur in dem Grundgedanken von der Feindschaft der Seele des Ermordeten mit dem Mörder einen gemeinsamen Punkt mit dem Bahrgericht hat, dass im Uebrigen aber Alles anders liegt, Gott nicht das Blut heraustreten lässt, sondern er, der Allmächtige und Allsehende, nur gewahrt, dass es, in Abwesenheit des Mörders zu ihm schreie. Noch gewichtiger ist, dass den Juden dieses Ordal gänzlich unbekannt ist[84]). Die Zurückführung auf urchristliche Ideen, wie sie Pitcairn versucht hat, operirt mit ganz äusserlichen Momenten und ist deshalb abzulehnen. Bei griechischen und römischen Philosophen und Dichtern hat man nicht mehr, als wieder jenen Grundgedanken vorgefunden und die Deutung der Verse des Lucrez im Sinne des Bahrgerichts ist ganz verfehlt[85]). Dass das römische Recht das Bahrgericht nicht kennt, ja dass es in Italien überhaupt erst ganz spät auftritt, ist ein klarer Fingerzeig, dass es nicht von den klassischen Ländern aus nach Deutschland gelangt ist. Dass die Kreuzfahrer es aus dem Orient mitgebracht haben, ist möglich, aber bisher nur eine Hypothese, die des Beweises harrt. Der keltische Ursprung, welcher durch das erste Auftreten des Bahrgerichts in den Niederlanden und in Nordfrankreich in Frage gebracht wird[86]), ist nach dem Urtheil von Sachkennern[87]) abzulehnen. Dass blosser religiöser Wunderglaube es gezeitigt habe, erscheint fraglich, da ja die Ausbildung zum Gottesurtheile der späteren Entwicklung angehört[88]). In der Zeit seiner vollen Herrschaft ist das Bahrgericht in ganz Deutschland, in Frankreich und England, in Italien und Spanien wahrzunehmen. Nach Norwegen und Island, wo es ursprünglich nicht gekannt ist, dringt

es vor. Im 12. Jahrhundert haben wir nur Zeugnisse aus der Gegend des Niederrheins, aus Nordfrankreich und vielleicht England. Dort mag die ihm zu Grunde liegende Vorstellung entstanden sein. In der Fluthwelle des Aberglaubens, die seit dem zwölften Jahrh. über Europa sich hinwälzt, ist Altes und Neues zu einem seltsamen Gemenge vermischt. Neben der religiösen Strömung läuft eine heidnische, die aus überkommenen Schätzen neue Gebilde formt. Altheidnischer Glaube mag mit christlichen und antiken Vorstellungen die Anschauung erzeugt haben[89]). Der Rechtshistoriker muss darauf verzichten, den einzelnen Fäden nachzugehen.

Anmerkungen.

1) Der Chevalier au Lyon des Chrestien von Troyes ed. Holland. 2. Aufl. 1880 p. 54. Die bekannte Stelle des Nibelungenliedes, welche nach Lachmann freilich späteren Ursprungs und aus dem Iwein übernommen ist, während Baechtold „Ueber die Anwendung der Bahrprobe in der Schweiz" (Romanische Forschungen Bd. V. S. 222 N. 1) und E. Martin (Zeitschr. für deutsches Alterthum Bd. XXXII, S. 380 ff.) sie für ursprünglich halten. Die Stelle aus dem Iwein V. 1355 ff., dem Moriaan (Lancelot ed. Jonckbloet 1846 Vers 44335—39 51—54, 98,99, 44406—9, 66—74), und Walewein (Vergl. A. Schultz, Das höfische Leben zur Zeit der Minnesinger 2. Aufl. Bd. II. S. 175 N. 5). Dagegen nicht der Reineke Vos, wie Pufendorf, Observationes II p. 23 irrig annimmt. Die späteren bewussten, tragischen und tragikomischen, Verwendungen bei Shakespeare (König Richard III) Cervantes (Don Quixote), Scott (Balladen) und Schiller (Braut von Messina). Dass freilich die Sache im Einzelnen verschieden hier liegt, mag jetzt schon bemerkt werden.

2) Vergl. z. B. Gebr. Grimm, Deutsche Sagen, 2. Aufl. N. 354; Deecke, Lübische Geschichten und Sagen 1852, Nr. 175; Witzschel, Sagen, Sitten und Gebräuche aus Thüringen 1878, Nr. 18; Graesse, Der Sagenschatz des Königreichs Sachsen, 2. Aufl., Nr. 744; Hallrich, Zur Volkskunde der siebenbürger Sachsen 1886 S. 313; Osenbrueggen, Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte 1868 S. 330, 331; Derselbe, Die Raben des heiligen Meinrad 1861, S. 29—31; Rochholz, Deutscher Glaube und Brauch I 1867, S. 243 (Aargauer Sagen).

3) Schweiz: Petermann Etterlins Chronik und andere Berichte bei Baechtold a. a. O. S. 225 ff.; Schwaben: Die Zimmerische Chronik, herausgeg. von Barack II, 473, III, 596, IV, 203, dazu Franklin, Die freien Herrn und Grafen von Zimmern 1884 S. 131. Franken: Heinrich Deichslers Nürnberger Chronik zum 25. Juli 1501 (Chroniken der deutschen Städte XI, 641). Niedersachsen: Hadeler Chronik in Grimms Weisthümern IV, 703 N. 2. Holstein: Westphalen, Monumenta inedita III Praef. p. 144 Note. Schlesien: Laubaner Chronik von 1645 bei Schindler, Der Aberglaube des Mittelalters 1858. S. 234.

4) Ausser Grimm, Rechtsalterthümern S. 931 vergl. für Schwaben:

Rottweiler Protokoll von 1473 bei Birlinger, Aus Schwaben II, 471. Franken: Jaeger, Jurist. Magazin für die deutschen Reichsstädte I 1790 S. 328. 329. Tirol und Oesterreich: Heyl, Das Gerichtswesen und die Ehehafttädigungen des Gerichts zum Stein auf dem Ritten 1891 S. 9, Tomaschek, Deutsches Recht in Oesterreich I 277. Obersachsen: Distel in der Savigny-Zeitschr. Germ. Abth. VI S. 188. Niedersachsen: Gloeckler, Das Compositionensystem und das Strafrechtsverfahren in Mecklenburg im 16. und im Anfang des 17. Jahrh. (Jahrbücher des Vereins für mecklenb. Geschichte 1850 S. 133), Böhlau, Der mecklenburg. Criminalprocess 1867 S. 181 N. 633a. Holstein: Westphalen a. a. O. Dazu die Berichte der Praktiker, vor Allem des Farinacius, Besold, Carpzow, Tessaurus, Doepler, S. Böhmer, Stryck, E. Pufendorf und das Glossar von Wachter. Für England Pitcairn, Criminal Trials in Scotland from a. D. 1488 to a. D. 1624 Vol. III S. 182 f. und darnach Heffter im Archiv des Criminalrechts N. F. 1835 S. 464—468.

5) Aus der Literatur besonders hervorzuheben: Schottelius, De singularibus quibusdam et antiquis in Germania juribus et observatis, Kurtzer Tractat von unterschiedlichen Rechten in Teutschland 1671 cap. III. Baar-Recht, wozu Gericken, Schottelius illustratus et continuatus 1715; J. Ch. Hundeshagen, Discursus physicus de stillicidio sanguinis in hominis violenter occisi cadavere conspicui an sit sufficiens praesentis homicidae indicium 1679; Patetta, Le Ordalie, 1890 S. 196—202; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. II S. 411, 412. Dann die genannten Arbeiten von Osenbrueggen, Pitcairn, Baechtold, Martin.

6) R.A. S. 930.

7) Ordalien, in Ersch und Grubers Encyklopädie.

8) Nederduitsche Regtsoudheden 1853 S. 442, der aber in Widerspruch damit eine niederländische Rechtsquelle citirt.

9) Studien S. 328, 329.

10) Walter DRG. 2. Aufl. § 756. Für Passau vergl. den gereimten Bahrgerichtseid bei Adriaan, Mittheil. aus Handschriften 1846 S. 71.

11) Codex juris municipalis Germaniae I S. 787, 788.

12) Bidrag till den svenska Samhälls-författningens historia II, 637 N. 27.

13) Der Zeitpunkt der Entstehung des Stadtrechts von Visby scheint mir genauer festzustellen zu sein, als dies von den Meisten geschieht. Napiersky (Quellen des Rigischen Stadtrechts S. XVIII und von Amira (Obligationenrecht I S. 7 und in Pauls Grundriss) weisen es der „Mitte des 14 Jahrhunderts" zu. Schlyter (Vorrede zur Ausgabe S. VI), Rydberg (Sverges Traktater II. S. 57), K. Maurer (Udsigt S. 172), Frensdorff (Das statutarische Recht der deutschen Kaufleute in Nowgorod 2te Abth. S. 28) beschränken sich darauf, den terminus a quo, als welchen sie mit Recht das Jahr 1332 bezeichnen, zu fixiren. Als terminus ad quem nimmt Hertzberg, (Nordisk Retsencyklopädi Heft 12 S. 120) das Jahr 1364 (1360 ?), Beauchet (Les sources du droit suédois in Nouvelle revue historique XV. S. 272) das Jahr 1361, K. Hegel (Städte und Gilden I S. 312) das Jahr 1342 an, die Ersteren, weil König Magnus Eriksson um jene Zeit den Titel „König von Schonen" den er in der Vorrede führt, aufgab und weil 1361 die Stadt von den Dänen zerstört wurde, Hegel, weil das Stadtrecht noch keine Bürgermeister kenne, während im Jahre 1342 zwei Bürgermeister zu Visby hingerichtet wurden. Allein Hegel hat das Cap. 10 des zweiten Buches nicht beachtet, wo vom Bürgermeister die Rede ist. Höhlbaum (Hansisches Urkundenb. III S. 17 A. 1) lässt das Stadtrecht um 1344 entstehen und

kommt damit m. E. der Wahrheit am nächsten. Nach der Vorrede gab König Magnus der Stadt das Recht „dat we hebben scolden en inghesegel van beyden tunghen". Bis dahin hatten die Deutschen ihr Siegel (die Lilie), die Gotländer ein anderes (das Lamm mit der Fahne). Von nun ab sollte die Verfassung und damit das Siegel ein einheitliches sein. Die beiden Siegel treten das dreizehnte und die ersten vier Jahrzehnte des 14. Jahrh. in den Urkunden auf (Dipl. Suec. No. 884, 2211, 2251, 2161, 2334, 2412). Auch die Urkunden vom 21. März 1341 (D. S. 3552) und vom 24. August 1341 (D. S. 3592) haben beide Siegel. Dagegen zeigt die Urkunde vom 16. Mai 1347 nur ein Siegel (sigillum nostrum D. S. 4182), nur ein Siegel hat auch das etwa 1344 angehörige Schreiben von Visby an Reval (Hans. Urkdb. III Nr. 656), ein Siegel das Schreiben der consules utriusque linguae in Visby vom 1. Oktober 1344 (ebenda Nr. 661).

14) I, 37 bei Schlyter.

15) Der Uffenbachsche Codex zu II/XCI (Hach S. 289) und nachher: me mach ene gripen unde bringhen ene to deme schine wil he denne dar nicht to kesen.

16) Lappenberg, Hamburg. Rechtsalterthümer S. 301.

17) Vergl. Fr. Brandt, Foreläsninger over den norske Retshistorie II 1883 S. 276, Loccenius, Antiquitates Sueo-Gothicae 1670 p. 62. 63.

18) Ueber die deutschrechtlichen Elemente im Stadtrecht von Visby vergl. neuestens K. Hegel, Städte und Gilden I S. 317 ff.

19) Weisth. IV, 703.

20) Observationes juris universi Tom. II p. 21—23.

21) In Schotts Jurist. Wochenbl. I S. 49—51.

22) Im Archiv des Vereins für Geschichte und Alterthümer der Herzogthümer Bremen und Verden und des Landes Hadeln IX S. 157.

23) A. a. O.

24) Geschichte der Ordalien 1795 S. 81. 82. 113—122.

25) In diesem Sinne empfiehlt noch der ganz aufgeklärte Stryck das Verfahren (De jure sensuum S. 344 ff.).

26) Darauf hat man schon früh aufmerksam gemacht, so Döpler in seinem Theatrum poenarum 1693 S. 49, Stryck a. a. O. S. 348. Der Art. 21 der Carolina deutet sogar auf eine feindselige Stellung des Reichsgesetzes hin. Vergl. Brunnenmeister, Quellen der Bambergensis S. 220 No. 3.

27) Gessler in Zeitschr. für deutsches Recht XX, 239.

28) Aubert, Bevissystemets Udvickling i den norske Criminalproces indtil Christian den femtes Lov 1864 S. 16 N. 2.

29) Instructiv die oben citirte Arbeit von Hundeshagen.

30) Ueber Italien vergl. Patetta S. 198, 199, 431, Brunnenmeister S. 220 N. 3. Erst seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. ist die Bahrprobe bei den italienischen Juristen zu verfolgen, während weder die Glossatoren noch das Speculum Durantis, nicht einmal Johannes Andreae und Angelus Aretinus etwas wissen. Am ausführlichsten handelt über sie Antonius Tessaurus, Novae decisiones sacri senatus Pedemontani 1597, Decis. 173 und Farinacius, Practica et theoria criminalis Pars I tom. II qu. 52 n. 154—156. Hippolytus de Marsilia (1450—1529), einer der Ersten, bei denen sie sich findet, berichtet in seiner Practica causarum criminalium (ed. 1542) § Diligenter n. 181 zwar von ihr, verhält sich aber ungläubig. Paris de Puteo dagegen (1413—1493) in seinem Tractatus de syndicatu 151 v. Tortus § Mandavit am Schlusse, Matthaeus de

Afflictis (1440—1520) in seinem Commentar zum Liber feudorum II/53 quart. n. 34, Blancus im Tractatus de indiciis (ed. 1597) § 408, Petrus Follerius, Practica criminalis (ed. 1556 p. 500 n. 73), Menochius, De arbitrariis judicum quaestionibus et causis lib. II (1607) cent. III cap. 270 § 16 halten sie dagegen für ein grosses Indiz. Ungläubig wie Hippolytus: Casonius, Tessaurus, Farinacius. Tessaurus erzählt als Witz eines Collegen, die Aerzte scheuten sich ad funera mortui accedere quod dubitent si forte morti causam praestitissent id detegi posse ex cadaveris sanguinoso aliquo defluxu.

31) Für ein vollkommnes Indiz halten es die Universitaet Marburg 1608, der Leipziger Berlich, für ein zweifelhaftes Carpzov, Stephani, Besold, die Meisten verwerfen es.

32) Vergl. Boerius (1469—1539), Decisiones qu. 166, Tholosanus, Syntagma juris universi 1611 Lib. 36 cap. 20 n. 8, De l'Ancre bei Pitcairn S. 188, den Pariser Discurs bei Schottelius. Einen Fall aus Montpellier berichtet Baechtold a. a. O.

33) Antonio Gomez, Opera omnia (1661) P. III cap. 13 n. 15.

34) Vergl. Carl Meyer, Der Aberglaube des Mittelalters 1884 S. 197, Hundeshagen § 46, Schottelius cap. 20. Nach Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter II S. 446 ist dies Werk 1263 geschrieben. (Der Pforzheimer Fall soll aber 1271 passirt sein?). Paris de Puteo beruft sich auf den 1293 gestorbenen Heinrich Goethals von Gent (Archidiacon zu Tournai), der in seinem Tractatus: Quodlibeta magistri Henrici davon sprechen soll. Mir ist es aber nicht gelungen, die Stelle aufzufinden.

35) Pitcairn und Heffter nehmen für Schottland ein Auftreten im 10. Jahrh. an. Aber der Bericht des Buchanan, auf den man sich beruft, kann nicht genügen. Die sonstigen Belege bei Pitcairn sind jedenfalls nicht älter, als die festländischen. Die Erzählung von König Heinrich aus dem Jahre 1189 hat mit dem Bahrgerichte nichts zu thun, da der König gar nicht erschlagen wurde. Auch die Erzählung aus dem Jahre 1282, auf die sich Schottelius S. 73 beruft, kommt hier nicht in Frage, da der heilige Thomas ohne alle Wunde starb. Martin in Z. f. d. A. zieht diese Fälle missbräuchlich heran.

36) R. A. S. 930.

37) Lehrbuch der deutsch. Rechtsg. 5. Aufl. S. 433 N. 13.

38) Deutsche Rechtsg. 2. Aufl. S. 488.

39) Deutsche Verfassungsgeschichte I S. 447 N. 1.

40) Ordalie p. 201.

41) A. a. O. S. 405.

42) Baechtold a. a. O. S. 223, nachdem schon Martin a. a. O. S. 383 „wol erst mit der religiösen Erregung der Kreuzzugszeit" den Brauch Eingang finden lässt.

43) Vergl. die Arbeiten von Schottelius und Hundeshagen.

44) Pitcairn.

45) Heffter in seiner Anzeige des Pitcairnschen Werkes.

56) Studien zur Geschichte der germanischen Gottesurtheile (Bausteine II, 45. 46).

47) Studien S. 328 ff.

48) Baechtold nimmt „kirchlichen Ursprung des Bahrrechts" an. Auch Martin ist für geistlichen Ursprung.

49) Martin und Baechtold bemerken, möglicherweise stamme er von den Kelten. Baechtold S. 222, Martin S. 383.

50) Krit. Ueberschau V S. 219 A. 1; Aehnlich auch Unger, Der gerichtliche Zweikampf S. 12.

51) In Pauls Grundriss S. 197.

52) Das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter Bd. II S. 144 N. 2.

53) Der Mecklenburgische Criminal-Process 1867 S. 181 N. 633a „superstitiose Art des Augenscheins".

54) Vertreten von Philipps, Majer, Wilda, Schulte, Patetta, Brunner u. a. Dahn schwankt zwischen Gottesurtheil und Inquisitionsmittel.

55) A. a. O. Ebenso Hildenbrand, Purgatio canonica und civilis S. 17, Zoepfl, Deutsche Rechtsg. III S. 450.

56) So Philipps.

57) Kohler, Ueber das Recht der Australneger (Zeitschr. für vergl. Rechtswissenschaft VII 366, 367), Post, Afrikanische Jurisprudenz II, 150 ff., Patetta, Le Ordalie p. 26, 27.

58) Der Iwein hat die Stelle dem Chevalier au Lyon bekanntlich entlehnt. Erzählt wird, dass der Held den Eigenthümer der Burg erschlagen hat und in die Burg selbst gelangt. Er erhält einen Zauberring, der ihn unsichtbar macht. Als die Leiche in das Zimmer getragen wird, in dem der unsichtbare Held sich befindet, blutet sie, wodurch die Anwesenden merken, dass der Thäter sich dort aufhält und vergeblich nach ihm suchen.

59) Vergl. Note 1.

59a) Dies gilt nicht bloss für den Mord des Abtes von Blois, sondern auch für den angeblichen Ritualmord zu Pforzheim, weil hier das ermordete Kind den Markgraf von Baden anfleht.

60) ed. Barack IV 298.

61) Herausgeg. von Maurer cap. 112.

62) Rechtsgeschichte S. 406 N. 26.

63) Bei Osenbrueggen a. a. O.

64) Freiberg, Sammlung historischer Schriften und Urkunden V 254.

64a) D. h. caput pro capite. Vergl. Günther, die Idee der Wiedervergeltung I 1889 S. 219.

65) Noordewier a. a. O.

66) Siehe Note 22.

67) Siehe Note 20, 21.

68) Birlinger, Aus Schwaben II, 471.

69) Baechtold a. a. O.

70) Swer eines totslages gezigen wirt, derselbe sol im einen tag nemen unde den selben tag sol er fride haben, er werde schuldig oder nicht, unde sol sich entslahen mit sinen zwein vingern uf der wunden swern, unde sol uf der bare niht rihten . . . . .

71) Siehe Note 15.

72) Planck, Gerichtsverfahren II S. 33. Vergl. ferner Grimm R. A. S. 900, Noordewier S. 428.

73) Behrend, Stendaler Urteilsbuch Nr. XIV.

74) Stemann, Retshistorie S. 144. A. A. Schlyter im Ordbok s. v. graf, der hierin nur ein Bild sieht. Aber es leistet ja auch der Todtschläger dem Todten auf dessen Grab Abbitte (Osenbrueggen, Alamann. Strafrecht S. 29), es findet sich das „Erzingen auf den toten man" (bæra fæst a fötær döþum). Vergl. auch Kalkar, Ordbog s. v. Grav, Frauenstädt, Blutrache und Todtschlagssühne S. 97 N. 18.

75) Das Vorbringen der Leiche in das Gericht fand nach südgermanischem Recht bei jedem Todtschlag statt ob handhafte That vorlag oder nicht. Es war der Formalakt, durch welchen die Mordklage eingeleitet wurde. Vergl. schon A. Matthaeus, De criminibus ad XLVIII/5 cap. 7 § 6, Grimm R.A. 880, 881, Walter, Deutsche Rechtsgeschichte, 2. Aufl. § 756, Osenbrueggen, Studien S. 327, von Amira in Pauls Grundriss S. 191. Und dieser Formalakt hatte lediglich den Zweck, die Thatsache der Ermordung zu constatiren. Solche Constatirung hiess auch Fahrrecht, Fahrgericht, Nothrecht. Vergl. Gloeckler S. 132, 133, Schroeder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte S. 716. Mit dem Bahrgericht darf das Fahrrecht nicht identificiert werden. Denn, wo das Bahrgericht Platz griff, lag an sich handhafte That nicht vor, der Thäter war eben ungewiss. Lag handhafte That vor, so wurde nach dem Rechtsbuch nach Distinctionen IV/6 Dist. 6 der Todtschläger an die Bahre geschmiedet und so vor Gericht gebracht. Vergl. auch Stendaler Urtheilsbuch Nr. XIV, Blume des Magdeburger Rechts (ed. Böhlau) I, 77. Mit Unrecht schliesst Philipps, Deutsche Geschichte I, 281 und Ordalien S. 12 aus der Aufbahrung des Todten in den Leges Henrici auf das Bahrgericht. Im isländischen Recht wird die Mordklage eingeleitet durch das nefna vatta at beniom, war die Leiche bereits begraben, so wurde sie zu diesem Zwecke wieder ausgegraben. Vergl. Lehmann und Schnorr v. Carolsfeld, Die Njálssage S. 54—56, V. Finsen, Om den oprindelige Ordning af nogle af den islandske Fristats Institutioner 1888 S. 102 N. 4. Im norwegischen Recht findet das örvarþíng vor der Leiche statt. Frederik Brandt II 338 ff.

76) Ed. Barack II, 512, IV, 62. In der letzteren Stelle heisst es: Es het der cammerrichter, auch die herrn beisitzer gern gesehen, gleichwol sie nit darauf trangen, das die personnen ob der leich mit angreifung, wann sie den aidt gethon, examiniert weren worden.

77) So wenn Aerzte hinzugezogen werden, die den Vorgang beobachten sollen, wenn dafür Sorge getragen wird, dass Niemand sonst sich der Leiche nähere, wenn der Angeschuldigte nackt oder nur mit einem Hemd bekleidet an die Leiche herantreten soll, wenn der Schein von der Behörde so untergebracht werden soll, dass kein anderer Körper seine Wirkung hemmen kann, wie im Protokoll von 1566, wo er zwischen zwei unbenützte Holzteller (eschenvaten) und auf rein Papier gelegt wird.

78) Wie Amira annimmt.

78a) Persiflirt wird der Vorgang schon in dem altfranzösischen fabliau „Le sacristain" bei Legrand d'Aussy IV 270 vergl. v. Hagen, Gesammtabenteuer III S. LVIII.

79) Vergl. Kaegi, Alter und Herkunft des germanischen Gottesurtheils (Festschrift der Universität Zürich zur XXXIX. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner) 1887.

80) Ed. G. Vigfusson S. 60. Vergl. ferner Egilssaga (ed. Jonsson) Kap. 58 und vor Allem Groenlendinga þáttr (Fláteyjarbók I 544).

81) Altnordisches Leben S. 476.

81a) Auch in der Niflungasaga (Didrik af Berns saga ed. Unger cap. 348) spielt sich der Hergang ganz anders ab. Vergl. Raszmann, Die Niflungasaga 1877 S. 100. Dagegen hat die isländische Prosabearbeitung, wie die schwedische gereimte des Iwein den Passus beibehalten (Kölbing, Riddarasögur p. 91, Samlingar utgifna af svenska Foruskr-Sällsk. II, 2 p. 31. 32).

82) Monumenta Germaniae 4° Leges Sect. II Capitularia Tom. I p. 223 und dazu das Schulprogramm von Saupe, Indiculus etc. 1891.

83) Schon Thomas von Cantimpré thut dies: Ecce vox sanguinis fratris sui Abel de terra quasi vindictam, clamans etc. Schottelius cap. 20.

84) Patetta handelt über die Ordale der Hebräer p. 77 ff.

85) Vergl. Patetta p. 201.

86) So von Baechtold und Martin.

87) Prof. Zimmer in Greifswald, an den ich mich mit einer diesbez. Anfrage wandte, wies darauf hin, dass in einer Kymrischen Prosabearbeitung des Chrestien die Scene mit dem Bahrrecht fehlt. Auch die leges Wallicae kennen es nicht und Patetta weiss von den Kelten nichts beizubringen.

88) Welche Wunder das Blut Heiliger im Mittelalter und in der Neuzeit verrichtet, lehrt die Geschichte der Stigmatisationen. Ich habe aber gerade Fälle des Bahrrechts vergeblich in den Heiligengeschichten gesucht.

89) Man lese, was Wattenbach am Schlusse seines Werkes über Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter sagt. Von Zeugen aus dem Mittelalter mögen noch angeführt werden der Malleus maleficarum von 1487 „ad praesentiam interfectoris manat sanguis ex vulneribus occisi" Pars I Qu. II und König Jacob I von England (1603—1625). Vergl. Pitcairn S. 190. Dass auch Luther davon spricht, wie Rochholz „Deutscher Glaube und Brauch I S. 58 sagt, scheint mir nicht erwiesen. Die citirte Aeusserung ist anders zu deuten.

II. Kauffriede und Friedensschild

von

Karl Lehmann.

Kauffriede „kaupfriðr“ kann den Frieden bedeuten, welcher für Handel und Verkehr zwischen zwei Ländern unerlässlich ist. In diesem Sinne setzt König Hákon góði „Frieden und Kauffahrten nach Jamtaland“ [1]) und beschweren sich die Götar in dem Streit zwischen dem Norweger- und Schweden-König „dass nicht sollte Kauffriede zwischen den Ländern sein“ [2]).

Kauffriede kann aber auch bedeuten den Frieden, welcher über dem Handel schwebt. Der letztere Sinn ist es, der hier in Frage kommt.

Wo Handelsstädte existiren mit Mauer, Markt und Hafen, da tritt dieser Kauffriede uns entgegen als Stadtfriede. Ein höherer Friede schwebt über der Stadt oder doch dem Markte oder dem Hafen. So bestimmt das Jyske Lov [3]):

> „Erschlägt ein Mann einen Anderen im Heer . . . oder auf dem Thing oder auf dem Wege zum Thing oder in seinem eigenen Hause oder in dem Herad, in welchem der König ist oder in der Kirche oder auf dem Kirchhof oder in der Kaufstadt . . . . . da büsse der Todtschläger ausser der rechten Mannesbusse vierzig Mark den Erben des Erschlagenen und ebenso dem König“.

Und das sg. Valdemarsche Rechtsbuch von Seeland [4]) sagt:

> „Erschlägt ein Mann einen Anderen auf dem Markte oder schlägt oder wundet er ihn, da hat der Mann für den Schlag zu büssen, was zukommt, und . . . . . dazu 40 Mark für den Marktfrieden dem Mann und ebenso dem König“.

Im schwedischen Stadtrecht wird doppelt gebüsst der Todtschlag auf dem Allermännermarkt des Vormittags [5]).

Ebenso im norwegischen Stadtrecht des Königs Magnús Lagabœtir [6]), während es im älteren Bjarkeyjarréttr an einer besonderen Bestimmung fehlt.

Der Kauffriede als Stadtfriede — das ist der Abschluss der Entwicklung.

Aber lange bevor die Stadt gegründet, Königsschlösser und Kastelle errichtet, Wälle aufgeworfen, Plätze für Häuser abgesteckt, Kirchen erbaut, Gilden gesetzt wurden, lange bevor zum mót das Horn einlud, gab es einen Kauffrieden. Er reicht weit vor die Zeit des Grosskönigthums zurück. Seine Formen waren verschiedene in den verschiedenen Perioden und an den verschiedenen Stellen.

1. Uralt ist der Kauffriede, der herrschte an den altheidnischen Opferstätten zur Zeit der grossen Feste. Snorri giebt uns eine anschauliche Schilderung von ihm[8]):

„In Schweden war das alter Brauch, solange das Heidenthum dort war, dass ein Hauptopfer sollte sein zu Upsala im Monat Gói; man sollte da opfern zu Frieden und Sieg für seinen König, und es sollten die Leute dahin ziehen aus ganz Schweden, da sollte auch sein das Thing aller Schweden; da war auch Markt und Handel und der hielt eine Woche an. Als das Christenthum in Schweden aufkam, hielt sich doch das Lögthing und der Markt. Aber hernach wie das Christenthum zur Herrschaft in Schweden gelangt war und die Könige es aufgaben in Upsala zu sitzen, da wurde der Markt verlegt nach Lichtmess; dass hat sich alle Zeit so gehalten, und er wird jetzt nicht länger als drei Tage abgehalten".

Aehnliches werden wir für die grossen Opferfeste in Norwegen anzunehmen haben. Der Kauffriede ist hier Gottesfriede. Wer ihn verletzt, ist ebenso geächtet, wie der Schänder des Tempelfriedens, er ist „vargr í véum". Der Kauffriede hat keinen selbständigen Schutz, er entnimmt ihn dem Fest, das der Kaufhandel begleitet.

2. Nicht minder alt ist der Kauffriede, der herrschte zur Zeit der grossen Volksversammlungen. In der Heidenzeit fielen diese ohnehin mit den Opferfesten zusammen. In der christlichen Zeit trennt sich sacrale und weltliche Versammlung. Dass die letzteren auch hernach der Markt begleitete, ergiebt der obige Bericht Snorris, ergeben andre Berichte. Wenn z. B. der Sysselmann des Norwegerkönigs mit den Finnen zusammenkam, um den Tribut einzutreiben, so schloss sich daran eine kaupstefna (finnkaup). Wo der Markt eine Volksversammlung begleitete, stand er unter dem Schutze des Thingfriedens. Wer den Kaupfriðr verletzte, verletzte den Thingfrieden.

3. Zusammenkünfte der nordischen Könige an der Grenze

ihrer Reiche, um Grenzstreitigkeiten zu schlichten und den Völkerfrieden aufrecht zu erhalten, sind uralt. Die Laxdælasaga [9]) berichtet uns: „Das geschah als Begebenheit im Beginn des Sommers, dass der König auf Heereszusammenkunft ostwärts nach den Brenneyjar zog und für sein Land Bündniss machte, nach dem wie gesetzliche Bestimmung war, jeden dritten Sommer. Die Zusammenkunft sollte unter den Häuptlingen stattfinden, um die Sachen zu erledigen, über welche die Könige zu entscheiden hatten. Es erschien unterhaltend, diese Zusammenkunft aufzusuchen, weil dahin Leute fast aus allen Ländern kamen, von denen wir Kunde haben. Höskuldr machte sein Schiff los, er wollte ebenfalls diese Zusammenkunft aufsuchen, weil er sich dem Könige (Hákon Aðalsteinsfostri) in diesem Winter nicht vorgestellt hatte. Auch Kaufverkehr war dort zu suchen. Die Zusammenkunft war sehr stark besucht. Da war viel Kurzweil, Gelage und Spiele und allerhand Vergnügen". Die Begebenheit gehört dem 10. Jahrhundert an.

Von einer anderen Zusammenkunft der drei Könige auf dem Danaholmbær berichtet das ältere Westgötalag [10]). Dort sollen die Grenzen zwischen Dänemark und Schweden gesetzt und hinsichtlich des Danaholmbær bestimmt sein, dass ein Theil dem Upsalakönig, ein anderer dem Dänenkönig, ein dritter dem Norwegerkönig gehören solle. Der Dänenkönig (Sven tjúguskegg) soll dem Schwedenkönig (Emunder slemæ) die Zügel der Rosses, der Norwegerkönig (Olaf Tryggvason) dem Dänenkönig die Steigbügel gehalten haben. Die Zusammenkunft geschah also auf neutralem Boden. Später ist gewöhnlicher Ort solcher Zusammenkünfte die auf norwegischem Boden liegende Stadt Konungahella, welche ihren Namen daher ableitete.

Dass diese Zusammenkünfte eine kaupstefna begleitete, ergiebt die Laxdælas. Es ist anzunehmen, dass aus solchen kaupstefnur sich die Kaufstadt Konungahella entwickelte.

Der kaupfriðr, welcher hier herrschte, war der Heeresfriede. Denn die Könige erschienen mit Heer und Gefolge. Ein Königsfriede, der sich dem Orte, wo der König weilt, mittheilte, ist erst das Produkt späterer Verhältnisse.

4. Liegen in den erörterten Fällen besondere Veranlassungen für kaupstefnur vor, so erhebt sich die Frage, wie es in der Zeit vor Gründung der Städte mit dem kaupfriðr überhaupt stand. Dass ein reges Handelsleben in der Nord- und Ostsee dem Treiben der Vikinger zur Seite ging, ist bekannt. An den Küsten, auf den Inseln, in den Buchten der beiden Meere strömten Kauf-

schiffe zusammen zum Austausch der Erzeugnisse ihrer Länder. Welcher Friede schwebte über diesen kaupstefnur?

Ein Zeugniss aus viel späterer Zeit gewährt uns die Antwort hierauf.

Der Prolog zum Stadtrecht von Visby auf Gotland sagt[11]:

> In goddes namen amen. Dat si witlic dat do sik de lyde to godlande. von manigherhande tunghen sammeden. do suorman den vredde. dat en jowelc scolde al ummet land den vorstrand vri hebben achte vadem up ind land oftar acker oder enghe vore were up dat en ilic sinem gude des to bad helpen möchte. So we oc queme under dat land to anker holde. de scolde sin under dem suornen vrede.

Schweden, Dänen, Norweger, Deutsche und andere „lyde" von mancherlei Zungen strömen nach Gotland zusammen zum Austausch der Produkte von Natur und Kunst, zum Weltmarkt der Ostsee. Und für diesen Weltmarkt beschwor man, d. h. beschworen die Schweden, Dänen, Norweger, Deutsche, Gotländer den Frieden. Der kaupfriðr war ein von ihnen vereinbarter und beschworener. Kein König, Herzog oder Jarl gab oder schirmte ursprünglich den kaupfriðr von Visby. Der Friede war ein vereinbarter Friede zwischen dem Freistaat Gotland und den fremden Kaufleuten. Er war ein dauernder, nicht vorübergehender Friede. Denn der Markt zu Visby sollte ein ständiger sein. Dieser vereinbarte Friede wird freilich später von den deutschen Kaisern und Herzögen, wie von den schwedischen Königen „bestätigt", weil sich „dicke groth teyse mord unde vorradnisse" in der Stadt erhoben hatte. Aber er ist von Anfang an nicht Königsfriede, sondern Vertragsfriede.

Die nordgermanische Rechtssprache scheidet bei dem vereinbarten Frieden zwei Worte, trygðir und grið. Trygðir sind die Treugelöbnisse, die zwischen den Parteien bei der Urfehde ausgetauscht wurden, grið sind die vorläufigen Friedensvereinbarungen, der Waffenstillstand. Der Prolog des Stadtrechts von Visby zeigt uns deutlich die ersten Anfänge städtischen Wesens. Ewiger Friede sollte herrschen zwischen den Kaufleuten verschiedener Nationen, die dort Platz gefasst hatten, um Handel und Schiffahrt zu treiben. Sie alle sollten unter dem „geschwornen Frieden" stehen. Nicht als „geschworene Brüder" einer Gilde mit Unterstützungspflicht, gemeinsamen Gelagen, Leichenfolge, Rachezwang — denn dass Visby aus einer Gilde hervorgegangen ist, ist schlechterdings abzulehnen[12]) — sondern als Individuen oder Gruppen

von Individuen, die mit einander dauernden Frieden vereinbart haben. Die trygðir sind der Anfang des Stadtrechts von Visby.

5. Wie Visby als Inselstadt gross wurde, so legt der Name Bjarkeyjarréttr den Schluss nahe, dass von einer Insel, mag man nun an eine bestimmte norwegische oder schwedische Insel oder an eine Handelsinsel überhaupt oder an eine birkenbewachsene Insel denken, das Kaufmanns-Recht des Nordens seinen Ursprung genommen hat. Solcher Inselsammelplätze gedenken die Frostuþingslög, wenn sie bestimmen[13]).

> „Wenn Leute fahren zur Fræsey oder nach anderen kaupstefnur mit des Königs Erlaubniss und es kommen dahin Unfriedensleute des Königs (úfriðarmenn konungs), dann sollen sie doch mit ihnen ebenso Handel treiben ungestraft, wie mit den Friedensleuten".

Neutraler Boden, auf dem auch „Unfriedensleute" des Königs Handelsbeziehungen anknüpfen können, wird gewählt für den internationalen Verkehr. Hier wird zugelassen, was im Banne des Landrechts verpönt ist[14]), der Verkehr mit Feinden des Landes. Auf diesen Inseln entwickelt sich bei günstiger Zeit ein reges Leben. Die kaupstefna wird abgehalten. Ist sie geschlossen, so liegt die Insel verlassen da, eine Zufluchtsstätte für Vikinger.

6. Ist in Visby der kaupfriðr ein dauernder, so ist er auf solchen kaupstefnur ein vorübergehender, begrenzt durch Anfang und Ende der kaupstefna. Denn in der Vikingerzeit ist nicht Friede, sondern „Unfriede" der an sich gegebene Zustand. Es bedurfte keiner Fehdeankündigung, keiner Kriegserklärung, sondern der Strandbewohner wie der fahrende Schiffer sah das sich nähernde Langschiff von vornherein als Heerschiff an, dessen Insassen das Haus anzünden, das Vieh forttreiben, das Gold rauben wollten. Umgekehrt, trieb den Viking ein widriger Wind an das fremde Land, so versah er sich des gleichen Schicksals von den Landbewohnern. Beides steht in Wechselwirkung. Das Strandrecht ist der Widerhall des Vikingerrechts. Kriegszustand und Raub ist das Normale, Friedenszustand und Kaufhandel die Ausnahme.

Der Nordländer der Heidenzeit ist in erster Linie Viking.

Er „fährt mit dem Heerschilde" zur Sommerzeit über England und Irland, Friesland und Saxland, Kurland und Esthland, „haut Strandhieb und plündert Landzungen", zur Winterszeit hat er sein „Friedland" daheim oder es gewährt ihm das „Friedland" ein befreundeter Herrscher.

Naht sich das Seeschiff einem fremden Strande, so erwarten

die Strandbewohner von vornherein „Unfrieden“. Als Þórólfr Skallagrímsson nach Halland kommt, schickt der Jarl Arnfiðr Leute zu ihm mit der Frage „ob sie da Friedland oder Heerung haben wollten“[15]). Als Olaf Pá sich an die irische Küste verschlagen findet, verlangen die Iren, dass ihnen alle Schätze des Schiffes ausgeliefert werden und Olaf erklärt dies für Rechtens, wenn kein Dolmetscher da wäre, der ausdrücklich die friedliche Absicht der Schiffer versicherte[16]).

Die kaupstefna schafft einen vorübergehenden Friedenszustand, sie findet statt in Folge geschlossener griđ, nicht in Folge geschlossener trygđir.

7. Griđ also sind die Form des ursprünglichen kaupfriđr, soweit nicht Gottes-Thing-Heerfrieden Platz griffen.

Das bestätigen uns zwei werthvolle Berichte.

Die Eigla erzählt von Þórólfr Skallagrímsson aus dem zehnten Jahrhundert:

> „Þórólfr und Egill blieben bei Þórir in guter Eintracht, aber im Frühjahr rüsteten sie ein grosses Langschiff aus und nahmen Leute dazu und fuhren im Sommer nach Osten und heerten und erwarben gar viel Gut und hatten grosse Schlachten zu bestehen. Sie hielten auch den Kurs nach Kurland hin und legten da an Land mit Halbmonatsfriede und Handelsverkehr. Aber als das zu Ende war, da begannen sie zu heeren und legten an verschiedenen Stellen an“.

Von Þórir hundr berichtet die Olafssaga hins helga[18]):

> „Aber als sie nach Bjarmaland kamen, da legten sie an einer Kaufstadt an. Da begann Kaufverkehr. Es erhielten da alle Leute reichlich Gut, die Geld darauf anlegen konnten. Þórir erhielt übergenug an Grauwerk, Biber und Zobel .... Aber als der Kaufverkehr zu Ende war, da fuhren sie hinaus auf der Dvina. Da war der Friede den Landleuten aufgesagt“.

Anschaulich tritt uns Viking und Kaufmann, Heerfahrt und Handelsverkehr entgegen. Jenes ist Regel, dieses Ausnahme. Die Heerfahrt gilt, solange nicht Waffenstillstand, griđ, ausbedungen ist. Kaupfriđr herrscht während und durch die griđ. Kaupfriđr und griđ sind das Gleiche.

8. Sollte der Kampf eingestellt werden, so bediente man sich im Mittelalter, wie heute, eines Friedenszeichens. Schultz drückt sich in seinem werthvollen Werke über das höfische Leben des Mittelalters[19]) dahin aus: „Gewöhnlich trug der Parlamentär einen

Lorbeer- oder Olivenzweig, im Nothfalle auch einen Fichtenzweig in der Hand" . . . „Oder er setzte sich einen grünen Kranz auf's Haupt oder nahm einen Falken auf die Hand. War er bewaffnet, so entfernte er . . . die Stahlspitze von der Lanze oder trug letztere verkehrt, das Eisen mit der Hand fassend. Oder er trug, unbedeckten Hauptes, den Schild mit der Spitze nach oben . . . . Ein weisses Tuch gilt gleichfalls als Zeichen des Friedens". Die letzteren Friedenszeichen kommen hier in Frage.

Des weissen Tuches gedenkt die Hákonarsaga Hákonarsonar [20]) mit den Worten:

> „Der König bewilligt ihnen Waffenstillstand und Vergleich und gab ihnen das Merkzeichen (mark) für alle die Gehöfte, die in dem Dorf waren, dass sie eine grosse Stange haben sollten und daran ein weisses Tuch binden und die auf das Haus aufstellen, welches das höchste im Gehöft wäre, daran sollte man die Gehöfte erkennen können, welchen der Waffenstillstand gegeben war".

9. Wichtiger ist der Friedensschild. Dem „Heerschild" wird häufig ein „Friedensschild" gegenübergestellt. Den Ausgangspunkt mag eine Stelle des älteren Bjarkeyjarréttr bilden, weil sie den Zusammenhang von Kauffriede und Friedensschild darthut.

Es heisst in dem ältesten der Fragmente [21]):

> „In allen Strafsachen, die auf dem Schiffe geschehen, gebührt die Hälfte dem styrimaðr, die andere Hälfte der Besatzung, ausser wenn es das þegngilldi ist, das gehört dem König, wo immer sie ihre Ladung heil löschen und ein christlicher König ist. Alle Klagesachen haben die Schiffsvorsteher einzuklagen an der Landungsbrücke und sie sollen den rothen Schild stets hochgezogen haben, solange sie am Lande liegen".

Die Stelle, auf welche von Konrad Maurer zu wiederholten Malen hingewiesen ist [22]), eröffnet eine Perspective in den Formalismus des alten Völkerrechts. Das in den Hafen eingelaufene Schiff ist in den Friedensbezirk der Kaufstadt gelangt, es zieht deshalb als Friedezeichen den rothen Schild am Mast empor.

Die Stelle steht in den Rechtsquellen vereinzelt da, wird aber durch mehrere Berichte der Geschichtsquellen gestützt.

Ordericus Vitalis berichtet zum Jahre 1098: Quondam Princeps militiae Magni (d. i. Magnus Olafsson) Regis cum sex navibus in Angliam cursum direxit, sed *rubeum scutum, quod signum pacis erat, super malum navis erexit* [23]).

Bei Saxo Grammaticus heisst es vom König Hotherus, als er

seine Niederlage voraussieht: *mali cacumen puniceo scuto complexus (indicium id pacis erat)* saluti deditioni consuluit[24]).

Und an einer anderen Stelle von dem norwegischen Könige Heðinn, der dem Frotho mit seiner Flotte zu Hilfe eilt: *erecto in malum scuto socios adventare significans*[25]).

Ueberall ist das Hochziehen des Schildes als Friedenszeichen aufgefasst. Auch in den mythologischen Quellen wird die Seeschlacht durch das Aufziehen des Friedensschildes beendet[26]). Angesichts so übereinstimmender Belege kann eine Stelle der älteren Edda[27]), in welcher Sinfiotli

„slaung up vīþ ra
rauþom skildi"

als sich sein Schiff in feindlicher Absicht dem Lande nähert, nicht in's Gewicht fallen. Wird doch in der Parallelstelle[28]) ein goldenes Panier auf den Vordersteven gestellt, wie überhaupt der Dichter hier wohl nur umschreiben wollte.

10. Betreffen die obigen Belege Schiffe, so begegnen wir dem Friedensschilde auch auf dem Lande[28a]). Auf eine sehr alte Quellenstelle haben Müller und Velschow[29]) aufmerksam gemacht. In den Annales Fuldenses heisst es zum Jahre 882, in welchem sich Karl der Dicke gegen die an der Mosel errichtete Befestigung der Normannen wandte, von den Normanen: ut pax ex illorum parte rata non dubitaretur, *clipeum juxta morem suum in sublime suspenderunt* et portas munitionis aperuerunt. Als die Belagerer sich in die Festung hineinwagen, *clipeum pacis deponunt*, portas claudunt et omnes ex nostris intus inventos occiderunt. Der Formalismus des Aufziehens ist hier genau der gleiche, wie auf den Seeschiffen. Man wird vielleicht eine Stange zu subintelligiren haben, an welcher der Schild hochgezogen wurde.

11. Nicht minder tritt uns der Friedensschild bei einzelnen Personen entgegen, die als Parlamentäre auftreten oder ihre friedliche Absicht bekunden wollen.

Im Orkneyíngaþáttr[30]) heisst es aus dem Jahre 1155:

„Es war eines Morgens früh, als Sveinn mit seinen Leuten ein grosses Langschiff von der Hrolfsey nach der Rinansey gehen sah und es erkannte Sveinn sofort, dass es das Schiff der Jarls Rögnvalldr war, welches er selbst gewöhnlich steuerte, und sie legten an der Rinansey an und zwar da, wo die Schute Sveins lag und es gingen 5 Leute vom Schiffe des Jarl an Land. Aber Sveinn und seine Leute waren in etwas höherer Lage und warfen von da mit Steinen auf die Leute des Jarl. Und als die das vom Schiffe aus

sahen, holten sie ihre Waffen hervor. Aber als das Sveins Leute sahen, liefen sie von der Höhe herab und an den Strand und stiessen ihre Schute hinaus und sprangen hinauf. Das Langschiff war so aufgerannt, dass es fest lag, Sveinn stand aufrecht in der Schute, als sie bei dem Langschiff vorbeiruderten und hatte einen Spiess in der Hand. Aber als das der Jarl Rögnvalldr sah, nahm er den Schild und legte ihn vor sich, aber Sveinn warf den Spiess nicht. Als der Jarl sah, dass man mit ihnen verhandeln könne, liess er den Friedensschild hoch schwingen und bat, Sveinn sollte mit seinen Leuten an Land gehen".

Die Fríssbók [31]) berichtet in der Saga Magnús berfœtts:

„Nun zieht der König von Víkin, bis er vor das Haus von Sveinki kommt. Da wünschten die Landmänner nach der Sachlage sich zu erkundigen, sie gehen von den Schiffen an Land und sehen den Zug Sveinkis, wie er von seinem Haus mit einem Heer Männer, wohlgerüstet, gekommen war. Nun schwingen die Landmänner den weissen Friedensschild. Sveinki lässt den Zug Halt machen und sie trafen sich. Da sprach Kolbiorn: „König Magnus sendet Euch seinen Gruss" und bittet ihn, auf seine Ehre zu achten wie auf die Hoheit des Königs, nicht sich zu gewaltsamem Kampfe mit dem König zu rüsten. Er erbietet sich, Friedensverhandlungen zwischen ihnen anzubahnen und ersucht ihn, seiner Schaar Halt zu gebieten".

Die norwegische Bearbeitung der vom Mönche Oddr verfassten Lebensbeschreibung Olaf Tryggvasons [33]) erzählt übereinstimmend mit der Fagrskinna [33]), wie die Dänen und Schweden dem Olaf Tryggvason am Holm Svoldr auflauern. Sie sehen verschiedene grosse Schiffe vorüberziehen und man streitet, ob der Ormr langi darunter ist. Der Jarl Sigvalldi, der dies bestreitet, will auf die Schiffe zu fahren, um sich zu erkundigen. Er fährt mit seinem Kriegsschiff hinaus nach jenen Schiffen, schwingt den weissen Schild und verhandelt mit den Leuten auf den Schiffen, wobei in der Ausgabe in den Fornmannasögur [34]) der Zusatz gemacht ist: „því at þat var friðmark".

In der Eiriks saga rauða [35]) heisst es:

„Und eines Morgens früh, als sie sich umsahen, sahen sie eine grosse Menge Lederboote und es wurde mit Stangen auf den Schiffen geschwungen und es machte einen Eindruck wie Dreschflegel und die Schwingung geschah in der Richtung der Sonnenbewegung (von Osten nach

Westen). Da sprach Karlsefni: „Was mag das zu bedeuten haben?“ Snorri Þorbrandsson antwortet ihm: „Vielleicht ist das ein Friedenszeichen, nehmen wir einen weissen Schild und halten ihn gegen sie“. Und so thaten sie. Da ruderten sie heran“.

Und nachher:

„Aber als es zum Frühjahr ging, da bemerken sie plötzlich eines Morgens früh, dass eine Menge Lederboote von Süden her an der Landzunge vorüberfuhren .... da wurden auch Stangen auf jedem Schiff geschwungen. Karlsefni und seine Leute schwangen die Schilde hoch und traten in Handelsverkehr mit einander“.

Endlich:

„Das trug sich zu, dass ein Stier, der Karlsefni und seinen Leuten gehörte, aus dem Walde lief und laut brüllte. Die Skrælinger erschrecken darüber und laufen hinaus nach den Booten und ruderten südwärts längs des Landes. Man bemerkte sie dann drei Wochen lang nicht. Aber als die Zeit verstrichen war, da sahen sie eine grosse Menge von Schiffen der Skrælinger von Süden her fahren ..... da wurde mit allen Stangen gegen die Sonne geschwungen und alle Skrælinger erheben ein lautes Geheul. Da nahmen sie rothe Schilde und hielten sie gegen. Da kamen sie ins Handgemenge und schlugen sich“.

Den Friedenszeichen der Eskimos — Schwingen von Stangen nach Westen — entspricht das Schwingen des Friedensschildes, dem Kriegszeichen — Schwingen von Stangen nach Osten und Kriegsgeschrei — das Ergreifen des Heerschildes.

12. In den obigen Quellenstellen treten gewisse gemeinsame Punkte neben einzelnen abweichenden hervor.

Ueberall wird der „Friedensschild“ in die Höhe gebracht, beim Schiff auf den Mast gezogen, bei der Burg auf eine Stange oder über das Mauerwerk gehängt, bei dem Parlamentär über das Haupt geschwungen. Hier liegt offenbar der Kern des Aktes, denn dieser Thatbestand ist überall wahrzunehmen. Der Sinn kann kein anderer sein, als dass der das Zeichen Gebende damit auf die Schirmwehr verzichten und dem Gegner seine Brust bieten, dadurch in ihm aber wieder die Vorstellung friedlicher Gesinnung erwecken will. Dies haben Müller und Velschow schon richtig bemerkt. Bei der einzelnen Person liegt dies auf der Hand. Der Schild deckt sie, hebt sie ihn hoch, so entblösst sie den Körper. Aber auch beim Schiffe liegt das Verhältniss ebenso.

Uplandslagen Manh. 11/3[36]) enthält folgende Bestimmung, die in die spätere Gesetzgebung bis auf Christophs Landrecht übergegangen ist:

Kunungær biuþær leþung ut. skip liggær i læghi lyptingær tiældæþær, skiöldær a stampni wærþær þær man dræpin fore borþe ok bryggiu sporþe. liggi i twæböte tiughum attæ.

Das Stadtrecht Königs Magnus[37]) hat: skioldher staar a stampne.

Das Kriegsschiff hat am Vordersteven einen Schild. Dieser wird am Mast aufgezogen, wenn Friedezeichen gegeben wird, genau so wie der Einzelne den vor die Brust gehaltenen Schild über den Kopf schwingt[37a]).

13. Dagegen herrscht über einen anderen Punkt Zweifel. In einigen Berichten ist von einem weissen Friedensschild die Rede. Es fragt sich, was dies bedeuten soll. Dass die weisse Farbe die Friedensfarbe war, lehrt der obige Bericht von dem weissen Tuch. Der „weisse Christ" ist der Friedensgott, der weisse Sonntag ist der Pfingstsonntag, weisse Schilde sollte nach dem alten Gesetzbuch, auf welches sich Sverrir beruft, der Erzbischof mit sich führen, wenn er über Land zöge[38]). Andererseits ist im Norden, wie sonstwo Roth die Kriegsfarbe. Nach dem gemeinen Landrecht des Königs Magnús Lagabœtir soll jeder Mann einen rothen, doppeltbeschlagenen Schild als Waffenausrüstung im Kriegsfall führen[39]). Die „rauðar randir" oder „rauða skjöldu" sind in den Skaldenvísur typisch und in einer friesischen Rechtsquelle heisst es: hwersa hir is en vrredere and hi wrreth lond and liude, and hi fart inur Saxenna merka, and hi ut halath thene haga helm and thene rada skeld[40]). Am schärfsten tritt in der Eiriks saga rauða der Gegensatz von weissem und rothem Schild hervor Man hat daraufhin angenommen, dass Friedenszeichen das Schwingen oder Hissen eines besonderen weissen Friedensschildes war und hat in dem Berichte Saxos ein Missverständniss erblickt (so Ettmüller[41]). Andere unterscheiden zwischen verschiedenen Perioden, entweder in der Art, dass ursprünglich rother und weisser Schild auseinandergehalten wurden und erst später die Farbenunterscheidung aufhörte (so Schroeder[42]), oder umgekehrt in der Art, dass ursprünglich der zur Hand befindliche Schild benutzt wurde, während man später einen besonderen, weissen Friedensschild anwandte (so Velschow und Müller, Steenstrup[43]). Die letztere Annahme hätte mehr für sich, als die erstere. Denn Saxo, Ordericus und der Bjarkeyjarréttr

stimmen darin überein, dass der rothe Schild hochgezogen wird und die Annales Fuldenses wie andere Berichte schweigen von der Farbe ganz. Aber es fragt sich, ob überhaupt geboten erscheint, auf die weisse Farbe Gewicht zu legen. Wissen wir doch, dass auch weissgefärbte Schilde im Kampfe vorkommen, wie z. B. der heilige Olaf, als er mit seinen Leuten gegen den Jarl Sveinn in den Kampf zieht, weisse Schilde führt[44]) und Odin als „albo clypeo tectus" bei Saxo figurirt[45]). Den richtigen Weg scheint mir Fritzner[46]) zu weisen, der unter skjóta upp hvítum skilldi das Hochschwingen des Schildes, so dass die innere, weiss bemalte oder unbemalte Seite sichtbar war, erblickt. Bei dieser Deutung stimmen alle Quellenstellen zusammen, wie sie auch den Verhältnissen des Kampfes am ehesten entspricht und durch eine Stelle der Laxdælasaga[47]) bestätigt wird.

14. Mit dem Schwingen des „Friedensschildes" werden grið und kaupstefna eingeleitet. Ist die vereinbarte Zeit verstrichen, so ist der Friede aufgesagt, der Schild sinkt vom Maste, der alte Kriegszustand ist wieder da. Aber während der Dauer der grið ist jeder Theil verpflichtet, Frieden zu halten. Bruch des Friedens machte zum griðniðingr. Da aber ein Landrecht für diese Zusammenkünfte auf neutralem Boden nicht maassgebend ist, so verbürgte allein religiöse Scheu das Halten des Kauffriedens.

15. Dieser völkerrechtliche Zustand galt, solange ein Grosskönigthum nicht vorhanden war, das Landrecht über das Volksland nicht hinausreichte, die im Meere liegenden Inseln unbewohnt oder in den Rechtsverband des Festlandes nicht inbegriffen waren, das Individuum auf sich gestellt erschien, der Fremde als friedlos galt. Seitdem aber in den drei Reichen das Grosskönigthum sein „rața boði oc banni" über Binnenland, Küsten und Inseln ausdehnte, die Grenzen zwischen den drei Grosskönigthümern fest gesetzt waren, der Fremde einer geminderten oder gleichen Mannheiligkeit vom Landrecht für werth befunden wurde, das Strafrecht mehr und mehr einen öffentlichrechtlichen Charakter annahm, übernimmt das Landrecht den Schutz der kaupstefna für Einheimische und Fremde, soweit sein Machtbereich reicht. Es bedarf keiner grið, sondern es tritt der Fremde unter den Frieden des Landrechts.

> „Die Isländer haben Hanldsrecht solange sie auf Kauffahrten sind . . . . alle anderen ausländischen Männer welche hierher in's Land kommen die haben Bauernrecht, ausser Zeugen bekunden ihnen ein anderes Recht"

bestimmen die Gulaþingslög[48]). Nunmehr war der Friede der

Fremden innerhalb des Rechtsverbandes gesichert, wie umgekehrt der Friede der Einheimischen durch das einheimische Landrecht geschirmt und die Festhaltung fremder Uebelthäter durch das königliche Recht des forbann garantirt war. Nur da, wo das Landrecht nicht genügende Satzungen bot und eines kräftigen Königthums Gebot nicht eingriff, wie auf Gotland, bleibt der Vertragsfriede die Grundlage der weiteren Entwicklung.

16. In sehr interessanter Weise dehnt nun aber das Landrecht seine Satzungen aus auf Verhältnisse, die ausserhalb seiner Grenze liegen.

Es ist der bekannte Satz des Bjarkeyjarréttr, der in Frage kommt:

„Bjarkeyjarréttr gilt an jedem Fischplatze und an den Heringsbänken und auf den Kauffahrten“ [49]).

Das kann nicht bedeuten, dass die Gesammtheit der Satzungen des Bjarkeyjarréttr dort zu gelten habe. Was über mót und vápnaþíng, über bœargiald und Feuerordnung, über Hausfriedensbruch und Almosenspendung gesagt wird, kann auf Fischplätzen, Heringsbänken und Kauffahrten nicht in Betracht kommen. Es kann nur bedeuten, dass diejenigen Satzungen des Bjarkeyjarréttr überall gelten, wo Handel getrieben wird, welche dem Handel unmittelbar dienen, d.h. einmal und in erster Linie die (strafrechtlichen) Satzungen über den kaupfriðr, sodann und in zweiter Linie die privatrechtlichen Satzungen über das kaup. Dass dieser Gedanke dem Satze zu Grunde liegt, ergiebt sofort der Zusammenhang. Denn die Stelle fährt fort: „Wenn Leute sich schlagen auf Kauffahrten und sie vergleichen sich da, dann hat der Schiffsführer das Recht zu nehmen wie der König in der Kaufstadt und die Schiffsgenossen das Recht wie die Stadtleute es nehmen in der Kaufstadt. Aber wenn sie zu einer Kaufstadt kommen, in welcher der Bjarkeyjarréttr gilt ohne dass gebüsst ist, dann haben König und Stadtleute das Recht zu nehmen ganz ebenso als ob die That innerhalb der Stadt geschehen wäre“. Oder wie es das älteste Bruchstück des Bjarkeyjarréttr ausdrückt [50]): „Solange sie an das Land nicht kommen können, ist ihr Mot [51]) am Segel, wie sonst an der Landungsbrücke. Alle die Sachen, die sie unter sich ausgleichen, die darf man nicht widerrufen. Aber alle unausgeglichenen Sachen die hat, wenn sie in den Stadtbezirk kommen, der König. Das heisst Stadtbezirk, was unter der Stadtmänner Recht ist“. Ebenso sagt das altschwedische Stadtrecht [52]): „Werden Leute sachfällig in anderen Ländern und anderen Städten, wird das nicht früher aus-

geglichen als bis sie nach Kungshamn kommen, das wird alles da nach Stadtrecht gebüsst".

Also die Bestimmungen des Bjarkeyjarréttr über den kaupfriðr finden Anwendung auf die auch ausländische kaupstefna. Diese Bestimmungen sind aber in Norwegen im Grunde nur die des Landrechts, sieht man von dem Fortfall der ständischen Gliederung ab, der jedenfalls erst später eingetreten ist.

Der Bjarkeyjarréttr ist ursprünglich nichts anderes als der auf ausländische kaupstefnur übertragene Friede des Landrechts, der Inländern wie Ausländern zu Gute kommt. Jede Friedensstörung, die auf der kaupstefna von einem Inländer verübt wird, wird nach dem Bjarkeyjarréttr, d. h. im Grunde nach Landrecht, bestraft.

17. Dieser Grundstock wird vermehrt durch die internationalen Gebräuche, die auf der kaupstefna zur Anwendung kommen, und die als Handelsrecht in den Bjarkeyjarréttr aufgenommen werden. Bei der bekannten Thatsache, dass die privatrechtlichen Satzungen des Bjarkeyjarréttr vom fremden Rechte beeinflusst sind, braucht nicht verweilt zu werden.

18. Dieser Bjarkeyjarréttr — kaupfriðr in objektivem Sinne und Handelsrecht — war bereits da, als die Periode der Städtegründungen begann, als Tunsberg, Niðaróss, Bergen, Oslo, Konungahella, Sarpsborg sich erhoben und von Norden und Süden, von Dänemark, England und Deutschland viel Verkehr und Zusegelung stattfand, die Könige ihre Residenzen dorthin verlegten, die Städte mit prächtigen Kirchen ausschmückten und Gilden mit Privilegien ausstatteten.

Die Folge der Städtegründung war nur, dass der Bjarkeyjarréttr ein Territorium erhielt, ein takmark, innerhalb dessen er galt, dass er bereichert wurde durch Bestimmungen über Stadtverfassung und ständische Gliederung, über Grundbesitzverhältnisse, Steuerzahlung und Baupolizei und dass sich die Nothwendigkeit ergab, Stadt- und Landrecht, Städter und Hundertschaftsbewohner zu scheiden. In weiterer Entwicklung wandelt dann das Stadtrecht seine eigenen Wege. Der kaupfriðr ist zum Stadtfrieden geworden. Diese Entwicklung ist hier nicht zu verfolgen.

19. Vorläufer des Stadtfriedens ist der Vertragsfriede des internationalen Verkehrs. Wie es einen Handelsverkehr vor dem Stadthandel gab, so gab es einen Handelsfrieden vor dem Stadtfrieden. Er wurde eingegangen in den Formen des Völkerfriedens und ihn schützte kein Landrecht und keines Königs Friede.

Das zweite Stadium ist, dass das Landrecht seinen Schutz auch der kaupstefna mittheilt. Das dritte ist die Festlegung des kaupfriðr in ein takmark[53]), die Schaffung des Stadtfriedens, die Sonderung von Stadt- und Landrecht. Diese Entwicklung hat der verehrte Mann, dem diese Zeilen gewidmet sind, längst angedeutet.

Anmerkungen.

1) Heimskringla, Hákonar saga goða cap. 14.
2) Heimskringla, Olafs saga hins helga cap. 65.
3) III, 22.
4) Cap. LXIII.
5) 12 § 2.
6) IV/19.
7) 10—12 mit Frþl. IV 1—4.
8) Olafssaga hins helga cap. 76.
9) Ed. Kålund cap. 12.
10) Conongs Balkær (Schlyter I p. 68).
11) Schlyter VIII p. 23.
12) Das Stadtrecht von Visby weiss von ihnen nichts, über spätere Verhältnisse siehe Hegel, Städte und Gilden 1 327.
13) VIII/27.
14) Gþl. 140, 314.
15) Eigla ed. Jónsson cap. 48.
16) Laxdæla saga cap. 21.
17) Cap. 44.
18) Cap. 143. Vergl. auch Orvar-Oddssaga cap. 6.
19) II, 367. Vergl. auch das von Haltaus Glossarium p. 1711 über den Stab Angeführte.
20) 113/304.
21) § 173.
22) Artikel Gulaþíngslög bei Ersch und Gruber S. 37, bei Schroeder, Rolande S. 18, 22. Vergl. zum Folgenden auch Joh. Steenstrup, Indledning i Normannertiden 1876 p. 360. 361.
23) Bei Duchesne X 767 und Langebeck, Scriptores rerum danicarum III, 216 N.
24) Ed. Müller et Velschow I p. 116.
25) Ibid. p. 238.
26) Vergl. Weinhold, Altnordisches Leben S. 207 N. 5.
27) Helgakviða Hundingsbana I 33 (ed. Bugge).
28) II 19.
28a) Stellen aus Heldensagen siehe bei Weinhold, Altnordisches Leben S. 207, vergl. auch Orvar-Oddssaga ed. Boer cap. 17.
29) In den notae uberiores zu I p. 116. Die Annalen finden sich in den Mon. Germ. Scriptores I und bei Langebeck V 128.
30) Flateyjarbók II, 504, Vigfusson Icelandic sagas I 205.

31) P. 267.

32) Ed. Munch p. 52.

33) P. 61.

34) X p. 347.

35) G. Vigfússon, Icelandic Prose-Reader p. 136, 137 und Antiquitates Americanae p. 148—152.

36) Schlyter III p. 141.

37) Schlyter XI p. 341.

37a) Den Gerichtsschild der lex Salica und anderer Quellen möchte ich dagegen nicht mit Schroeder, Rolande S. 33 hierher ziehen. Hier wird der Friede d u r c h den Schild geschirmt, nicht der Schild des Friedens wegen hochgehalten.

38) Sverrissaga 109/121 (ed. Unger). In der Jarla Saga (G. Vigfússon, Icelandic Sagas I 1887 p. 54. 55) erscheint þorfinnr, der grið will, in weissem Gewand vor dem König, während der Gefolgsmann des Königs, der Busse vom Jarl wegen Tödtung seines Bruders heischt, in rothem Rock auftritt.

39) III, 11.

40) Richthofen, Friesische Rechtsquellen p. 30.

41) Altnordischer Sagenschatz S. 78 Note, wie es scheint auch Weinhold, Altnordisches Leben S. 207.

42) Schroeder, Rolande S. 18, zweifelnd Maurer ebenda S. 22.

43) A. a. O.

44) Heimskringla, Olafs saga h. helga c. 41.

45) Ed. Müller et Velschow p. 107.

46) Ordbog. 2. Aufl. s. v. hvítr.

47) Vergl. Fritzner a. a. O. þórólfr styrimaðr hat den Olaf, Sohn von þórðr, erschlagen. þórvaldr, der Onkel des Erschlagenen übernimmt es, den Thäter, der an sich friedlos war, bei einem Freunde unterzubringen. Er will auf dem Allthing mit diesem Freunde reden und, wenn der Ausgang der Unterredung günstig sei, solle þórólfr herantreten. Als Zeichen wird verabredet, dass þórvaldr seinen Schild mit der inneren Seite nach ihm wenden solle, dann könne der Todtschläger ruhig herantreten „der Schild ist innen weiss".

48) § 200.

49) § 42.

50) § 173.

51) Vergl. Södermannalagen Kxb. 11 pr.: „Kommt ein Schiff ausser Wacht und Warte, dann sei es in vollem Seerecht .... Wird Jemand beschuldigt und ist nicht überführt, so wehre er sich mit 6 Männern, dreien vor dem Segel und dreien dahinter. Vergleichen sie sich in der Sache solange sie draussen sind mit Zeugniss von 6 Schiffern und des styrimadr, so seien sie frei wenn sie heim kommen.

52) 13 § 2.

53) Wahrzeichen des Stadtfriedens nach Art der deutschen Rolande suche ich im Norden vergeblich. Das Einzige ist das Thorsbild zu Skenninge in Ostergötland, über welches Olaus Magnus, Historia de gentibus septentrionalibus 1555 S. 217 und 486 handelt, Stellen, auf welche Loccenius und Stjernhiök verweisen. Dieses scheint aber auf ein altheidnisches Götterbild zurückzugehen.

Die staatsrechtliche Stellung

des

preussischen Gesamtministeriums

von

Philipp Zorn.

Ueber die staatsrechtliche Stellung des preussischen Gesamtstaatsministeriums bezw. des Ministerpräsidenten sind in den letzten Jahren mehrfach Streitfragen entstanden, welche zu folgenschwersten Ereignissen unseres inneren Staatslebens geführt haben. Eine befriedigende Lösung haben diese Streitfragen bis heute nicht gefunden. Ebenso geben die wissenschaftlichen Bearbeitungen des preussischen Staatsrechts einen genügenden Aufschluss über den Kern jener Streitfragen nicht. Es dürfte darum nicht als verlorene Mühe erscheinen, eine erneute wissenschaftliche Prüfung der einschlägigen Fragen zu unternehmen, insbesondere über die in den meisten wissenschaftlichen Darstellungen wiederkehrende und in der communis opinio als Dogma eingewurzelte Behauptung: das preussische Staatsministerium bilde rechtlich eine collegiale Centralbehörde der Staatsverwaltung eine genaue kritische Untersuchung anzustellen. Diese Untersuchung bedarf einer breiten rechtshistorischen Grundlage. Wie immer und überall, so ist auch hier das positive Recht ein Ergebnis geschichtlicher Factoren: diese Entwicklung und das auf ihrer Grundlage sich ergebende positive Recht aufzuzeigen ist Aufgabe der nachfolgenden Darstellung.

In seinem ausgezeichneten Werke „die Reform der Verwaltungs-Organisation unter Stein und Hardenberg“ (Leipzig 1881) hat Ernst Meier die Gesetzgebung von 1808—1810, vielfach auf Grund archivalischen Materiales, eingehend behandelt und die von Pertz für Stein, von Ranke für Hardenberg gegebenen urkundlichen Nachweisungen ergänzt, berichtigt, verarbeitet. Die Ernst Meier'schen Forschungen bilden die Grundlage der nachfolgenden Arbeit; die Ausgestaltung der Gesetzgebung durch die Akte von 1814 und 1817, sowie den Einfluss der Verfassungsurkunde auf die ältere Gesezgebung zu untersuchen, lag nicht im Plane der Meier'schen Arbeit, welche lediglich einen rechtshisto-

rischen Charakter trägt. Der Versuch, auf der rechtshistorischen Grundlage Resultate für das positive Recht zu gewinnen, ist somit durch die Arbeiten von Ernst Meier nicht nur nicht überflüssig gemacht, sondern vielmehr hervorgerufen, da anderweitige juristische Specialarbeiten über den Gegenstand nicht vorhanden sind, die Lehrbücher aber denselben völlig ungenügend behandeln.

I. Der alte Staat[1]).

Mit starkem Arm hatte der Grosse Kurfürst die preussischen Lande zum preussischen Staate vereinigt; Friedrich I. erwarb diesem Staat die Königskrone und Friedrich Wilhelm I. gab ihm zuerst seine bewunderungswürdige Verwaltungsorganisation. Die Verwaltung eines Staates, selbst eines kleinen, bedarf notwendig der Einheit in der höchstentscheidenden Instanz: ohne Einheit keine Kraft — diesen theoretisch feststehenden Grundsatz hat die Weltgeschichte zu allen Zeiten bewährt. Auch die Organisation Friedrich Wilhelm I. beruht auf diesem Grundsatz: die Einheit der Staatsverwaltung war der König. Unter dem Vorsitz und der unmittelbaren Leitung des Königs war das in provincielle Departements gegliederte Generaldirectorium oberste Centralstelle für die innere Verwaltung der Monarchie, indess Auswärtiges und Justiz schon damals in besonderen Centralbehörden bearbeitet wurden und im Geheimen Staatsrat das Ganze der Regierung und Verwaltung unmittelbar unter dem König zusammengefasst war. Die vom König selbst ausgedachte und mit eigener Hand niedergeschriebene Instruction für das Generaldirectorium — in entsprechender Weise gestaltet auch für die Bezirks- und Kreisbehörden, die Kriegs- und Domänenkammern und die Landräte — gab hiefür die Vorschriften bis in die kleinsten Einzelheiten[2]).

So repräsentirt die Verwaltungsorganisation Friedrich Wilhelms I. für den preussischen Staat eine vollständige Einheit im König. „Friedrich Wilhelm I. herrschte selbständig, beratschlagte, beschloss und führte aus durch und mit seinen versammelten Ministern. — Er bildete die noch vorhandenen Verwaltungsbehörden und regierte mit Sicherheit, Kraft und Erfolg“ (Stein in der Denkschrift v. 6. Mai 1806)[3]).

Dieser Aufbau und Abschluss der Staatsverwaltung, eine der grossartigsten und in ihren welthistorischen Folgen bedeutsamsten

1 Vgl. die vortreffliche Darstellung von E. Meier S. 3—131.

2) Vgl. E. Meier S. 11 N. 3. S. 30 N. 7. S. 70 N. 14. S. 98 N. 18.

3) Ranke Hardenberg V, S. 370.

Gestaltungen der preussischen Staats- und Rechtsgeschichte, war in der Zeit Friedrich Wilhelm I. möglich.

Noch war der Staat territorial nicht so gross, dass das wachsame scharfblickende Auge Eines Mannes dies Gebiet nicht hätte überschauen können; noch waren die Aufgaben der Staatsverwaltung im Vergleich mit unseren heutigen Zuständen einfach, fast patriarchalisch einfach: nicht tausende von ragenden Fabrikschlöten als Mittelpunkte von Arbeiterheeren, nicht hunderte von Eisenbahnlinien als Vernichter von Raum und Zeit, nicht Gegensätze der Nationalitäten und Confessionen, nicht der tausendarmige Proteus der die Länder und Meere umspannenden, kein Vaterland kennenden Börse waren vorhanden — keines dieser Probleme, deren jedes allein die grössten Schwierigkeiten bietet, stand als quaestio diabolica im Bereiche der Staatsverwaltung.

Der König hatte territorial wie sachlich die Möglichkeit, das Ganze der Staatsverwaltung zu übersehen, zumal wenn er nach Naturanlage und Neigung so zur Verwaltung bestimmt war, wie Friedrich Wilhelm I., der grösste Verwaltungskönig der preussischen Monarchie.

Vor allem aber hatte diese Verwaltungsorganisation zur Voraussetzung den absoluten Staat. Der Wille des Königs allein war Gesetz. War dieser Wille, wie dies in menschlichen Dingen nicht anders möglich, einmal im Irrtum, so konnte ohne Schwierigkeit und ohne Erregung eine Abänderung erfolgen: kein tausendstimmiger Chorus einer teils zwar ernst das Beste des Staates erstrebenden, teils aber auch leichtfertig oder böswillig die Unzufriedenheit der Menschen reizenden Presse begleitete diese Aenderung und vor allem anderen: keine Aufregung parlamentarischer Verhandlungen förderte oder hemmte die rein sachliche Erwägung und Erkenntnis. Die Autorität des Königs war, auch wenn der Wille des Königs sich änderte, nicht bedroht von den Gefaren einer erregten Volksmeinung. —

Diese Organisation hielt Friedrich der Grosse grundsäzlich fest. Die zwingende Gewalt der Thatsachen aber führte doch zu mehrfachen Veränderungen. Einmal blieb Schlesien ausserhalb der im Generaldirectorium dargestellten Verwaltungseinheit, wurde vielmehr formell wie materiell selbständig verwaltet. Sodann aber hatte die Erweiterung der Staatsthätigkeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Erweiterung des Generaldirectoriums derart zur Folge, dass neben die vier geographischen Departements noch vier sachliche traten. Damit war die ursprüngliche

Organisation aufgegeben: dem Bau Friedrich Wilhelm I. war ein Neubau auf ganz anderen Grundlagen angefügt. War dies Verhältnis zwar geeignet, die Einheit der Verwaltung aufs schwerste zu gefärden, so sicherte doch der Genius des grossen Königs, wenn nötig durch rücksichtsloses Zerreissen der sich verwirrenden Fäden, das unbedingt erforderliche Maass von Einheit für die Verwaltung des Gesamtstaates. „Friedrich der Grosse regierte selbständig, verhandelte und beratschlagte mit seinen Ministern schriftlich und durch Unterredung, führte durch sie aus, seine Kabinetsräte schrieben seinen Willen und waren ohne Einfluss. — Er besass die Liebe der Nation, die Achtung seiner Nachbarn, das Zutrauen seiner Bundesgenossen“ (Stein in der cit. Denkschrift a. a. O.).

Immerhin kann schon für die letzte Regierungszeit Friedrich des Grossen die Desorganisation der preussischen Verwaltung nicht geleugnet werden [1]). In der Regierungszeit Friedrich Wilhelm II. trat diese Desorganisation dann in erschreckender Weise hervor und unter Friedrich Wilhelm III. brach der Staat in der Katastrophe von Jena und Auerstädt zusammen.

Seitdem der König nicht mehr den Willen oder nicht mehr die Kraft hatte, selbst das ganze vielverzweigte Getriebe der Verwaltung in letzter Instanz persönlich zu leiten, hatte sich zwischen den König und die Centralstelle der Verwaltung, das Generaldirectorium, eine neue Behörde eingeschoben, das Kabinet, dessen verderbliche Wirksamkeit unter Friedrich Wilhelm II. und III. Preussen an den Rand des Abgrundes führte. Auch die innere Verwaltung wurde in dieser Periode nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern nach der Willkür des Kabinets geleitet. „Das Kabinet griff in alles ein, ohne jedoch zu einer eigentlichen Leitung der Geschäfte zu gelangen“ [2]). Stein sah das Verderben des Staates vor allem in dieser Kabinetsregierung, die darum der heisse Hass seines patriotischen Herzens bis zur Vernichtung verfolgte. —

II. Die Vorarbeiten der Reform.

Als Stein [3]) nach der Katastrophe den Wiederaufbau des

1) E. Meier S. 24.

2) Ranke Hardenberg IV, 98. Das Urteil Steins ebenda V, 370 f.

3) Die Persönlichkeit Steins zu würdigen liegt nicht im Plane dieser Arbeit. Ich begnüge mich zu verweisen auf Ranke a. a. O. IV, 130 f. E. Meier 139—148. Treitschke Deutsche Gesch. I, 269 ff. Stein ist ein unantastbares Kapital im Schatze der preussischen Geschichte. Das Urteil

Staates in Angriff nahm, war der Grundgedanke der grossen Reformarbeit: Wiederherstellung der unmittelbaren Verbindung zwischen dem König und seinen Ministern unter Beseitigung der Kabinetsregierung und Wiederherstellung der verloren gegangenen Beziehung zwischen Volk und Staatsverwaltung durch Einfügung volkstümlicher Elemente in den Organismus der Staatsbehörden. Der letztere Gesichtspunkt, der Gedanke unserer modernen Selbstverwaltung, ist hier nicht weiter zu verfolgen; der erstere bildet den Kernpunkt der Neuorganisation der Centralverwaltung. Demgemäss forderte Stein Beseitigung des „unverantwortlichen" Kabinets, Aufhebung der die Einheit des Staates gefärdenden Provincialministerien[1]) und directe Verbindung des Königs mit den an die Spitze der einzelnen Verwaltungszweige zu stellenden Ministern.

Schon in der Denkschrift v. 6. Mai 1806[2]), „dem ersten grossen politischen Schritt seines Lebens" also vor der Katastrophe, hat Stein diese Gedanken zuerst dargelegt und er hat sie dann sein ganzes Leben hindurch festgehalten. Die Kabinetsregierung war ihm eine verderbliche, kranke; eine gesunde Regierung hielt er nur für möglich bei directem Verkehr zwischen König und Ministern. Die Einheit der Staatsverwaltung aber erfordere eine „gesezliche Vereinigung der Minister", eine „Ministerialconferenz", in welcher der König „nach erfolgter Abstimmung sämmtlicher Mitglieder" entscheide; „das regelmässige und öftere Versammeln der Minister ist nötig, damit die Geschäfte gemeinschaftlich und nicht einseitig, nach übereinstimmenden Grundsätzen und nicht nach zufälligen momentanen Ansichten und Einfällen bearbeitet werden". In dem Schreiben v. 14. October 1806[3]) an den König führt Stein den Gedanken dieser Ministerialconferenz weiter aus: die „gesezliche Form der Vereinigung der Minister zum unmittelbaren Vortrag und gemeinschaftlicher Prüfung der für jedes Fach der Verwaltung zu sanctionirenden Grundsätze und daraus hergeleiteter

---

von A. Schmidt in der „Geschichte der deutschen Verfassungsfrage", herausgeg. von Alfred Stern (Stuttg. 1890) ist eine der traurigsten Verirrungen der deutschen Geschichtschreibung, was näher zu betrachten ich mir für einen anderen Ort vorbehalte.

1) Vgl. Pertz I, 416 ff. Ranke IV, 122. E. Meier 13 ff.

2) Abgedruckt bei Pertz I, 331—338. Ranke V, 368 ff. Vgl. E. Meier 181 [48].

3) Pertz I, 363 ff.

Vorschläge", wie sie früher bestanden, sei nicht mehr vorhanden, ihre Wiederherstellung in zeitgemässer Form aber unbedingt erforderlich, denn „vereinzelt, jeder auf sein Departement beschränkt, vermögen die Minister Eurer Majestät nicht die Kraft, deren schonende und nichts versäumende Anwendung den ersten Anfang besserer Zeiten bereiten müsste, nach ihrer Ueberzeugung aufzubieten und zu benutzen: und zwischen Eurer Königlichen Majestät und sich sehen sie eine Gewalt, ohne angewiesenen Beruf, ohne Responsabilität, in alles eingreifend und nichts leitend"; vor allem komme es darauf an, „dem Ganzen der Geschäfte" durch eine solche Zusammenfassung der Minister „Einheit und Kraft" zu verleihen.

Auf diesen Grundgedanken beruht auch der von Stein, Hardenberg und Rüchel dem Könige am 14. December vorgelegte, vom König am 16. genehmigte Verwaltungsplan [1]). Er sollte und wollte nur eine provisorische Ordnung geben; aber auch das Ziel dieser provisorischen Ordnung war: „Einheit und Vereinigung in allen Zweigen der Staatsregierung", darum „müssen alle Gegenstände ohne Ausnahme en dernier ressort vor das Kabinets-" (Gesammt-) „Ministerium gehören" und „alles wo es auf Grundsätze ankommt", insbesondere alle Angelegenheiten der Gesetzgebung müssen „von allen Ministern gemeinschaftlich erwogen" und mit Stimmenmehrheit entschieden werden.

In der Nassauer Denkschrift [2]) vom Juni 1807 [3]) setzt dann Stein als feststehend voraus, dass eine Centralstelle unmittelbar unter dem König vorhanden sein müsse, „die der endliche Vereinigungspunkt der verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung ist"; im übrigen verweist er hiefür auf die Denkschrift vom Mai 1806 und behandelt nur die Organisation der Specialministerien eingehender [4]).

Zwei Punkte bildeten die Grundlage aller Stein'schen Vorschläge über die Organisation der Centralverwaltung: 1. dass

---

1) Pertz I, 377 ff., vgl. Ranke IV, 104.

2) Dazwischen liegen Denkschriften von Hardenberg (Ranke V, 447) und Voss (a. a. O. 468), die Versuche einer Centralisation der Verwaltung durch die Kab. O. v. 11. März u. 26. April 1807 (Ranke III, 319 ff.), die Entlassung Hardenbergs und die Wiederberufung Steins auf Hardenbergs Vorschlag, s. über den historischen und politischen Zusammenhang Ranke IV, 111. Pertz I, 449 ff.

3) Pertz I, 415 ff. E. Meier 139 ff.

4) Nur insoweit ist es zutreffend, dass „die Neubildung der Centralbehörden sehr eingehend" (E. Meier 139) behandelt ist, wie dies übrigens S. 178 von E. Meier selbst bemerkt wird.

die Einheit der Staatsverwaltung in einer obersten Stelle vorhanden sein müsse. 2. dass diese Stelle, welche zugleich die volle äussere Verantwortlichkeit für die Akte der Verwaltung tragen müsse, nicht der König und ebensowenig ein unverantwortliches Kabinet sein könne.

Die Frage, wie diese oberste, die Einheit der Verwaltung darstellende Centralstelle zu gestalten sei, beantwortet Stein in den Arbeiten aus dem J. 1806 dahin: die gesetzlich geordnete Vereinigung der Minister, das Staatsministerium als beschliessendes Collegium.

Inzwischen wurde die Frage, ob das Ministerium als entscheidendes Collegium zu gestalten oder ob ein Ministerpräsident mit allein entscheidender Amtsgewalt, wie er später durch die Verordnung vom 27. Oct. 1810 geschaffen wurde und wie er nach der heutigen Reichsverfassung Art. 17 im Reichskanzler vorhanden ist, an die Spitze des Staates zu stellen sei, doch eingehend erwogen. Die Veranlassung dazu boten die grossen Denkschriften, welche Altenstein und Hardenberg d. d. Riga 12. Sept. 1807 erstattet hatten[1]). Hardenberg äusserte sich über diese Frage folgendermassen:

„Die Frage: ob der König für seine Beratung und zur Leitung als oberste Behörde einen ersten Minister oder ein Konseil anstellen solle, entscheidet sich nach meiner Ueberzeugung, in der gegenwärtigen Lage des Staates, wo es so sehr auf Einheit und Kraft ankommt, damit die Wiederherstellung ohne die Hindernisse, welche Verschiedenheit und Beschränktheit der Ansichten oder Handwerksneid in den Weg legen, schnell erfolge, ganz für einen Minister, der auf das Ganze wirke. Zugleich sind aber für einige Fächer, für das Militär, die auswärtigen Geschäfte, das Justizwesen, die Religion und den öffentlichen Unterricht auch Minister anzustellen, deren Wirksamkeit und Verantwortlichkeit sich blos auf ihre Fächer erstrecke. Dass diese Anstellung in Absicht der beiden ersten Gegenstände notwendig sei, hat Herr von Altenstein auseinandergesetzt, bei den beiden letzten es nicht für so nötig gehalten. Ich glaube aber, dass es der Opinion und des Wolstandes wegen gut wäre, und dass der Wirkungskreis übrigens doch in der Hauptsache so bleiben könne,

1) Die Hardenbergsche vollständig bei Ranke IV, 1*—108*, vgl. auch 103, 125; III, 531 ff. E. Meier 161. 166 ff. „es ist das jedenfalls eine der grossartigsten Staatsschriften, die jemals geschrieben worden sind".

als er angegeben ist. Findet man in der Folge die Einrichtung eines Staatsraths aus mehreren Ministern mit gleichen Befugnissen besser, so lässt sie sich ohne Störung der Maschine bald bewirken.

Die Verhältnisse der verschiedenen Behörden unter sich und ihre Obliegenheiten und Befugnisse sind vom Herrn von Altenstein sehr richtig angegeben: der König steht auf dem Centralpunkte, die Mittel werden ihm erleichtert, Alles stets im Ganzen zu übersehen und auf hinreichende Kenntniss seine Entschliessungen zu gründen: der erste Minister, sein Hauptorgan zur Ausführung seiner Befehle, erhält die nötige Macht dazu, mit der vollständigen Uebersicht und mit der nötigen Hülfe durch die Geheimen Staatsräthe, aber der König wird in Stand gesetzt, durch die Vorträge derselben und der andern Minister, den Premierminister selbst zu kontroliren und auch andere Meinungen als die desselben zu hören und zu erwägen. Dieser hat die Responsabilität für die Staatsverwaltung nach den Befehlen des Königs, aber er ist dabei noch weiter gesichert durch die Mitwirkung der andern Minister und der Geheimen Staatsräthe, sowie dadurch, dass sie als Chefs der ihnen besonders anvertrauten Partieen die vollste Responsabilität für solche ihrerseits auf sich haben und um desto leichter auf sich nehmen können, da sie den Vorträgen über solche bei dem König beiwohnen. Zusammenhang wird dadurch bewirkt und Einseitigkeit vermieden, dass der erste Minister alle Geschäftszweige, so weit es nötig ist, leitet und unter den Geheimen Staatsräthen die erforderlichen gemeinschaftlichen Versammlungen gehalten werden".

Altensteins Vorschlag war: „nur Einen Minister an die Spitze der ganzen Administration zu setzen. Er muss stets das Ganze übersehen können, und in solches auf allen Punkten, teils direct, teils indirect kräftig einwirken. Ist er auch nicht der einzige Minister, so muss doch sein Verhältniss zu den übrigen Ministern und Behörden so bestimmt werden, dass vorstehender Zweck vollkommen erfüllt wird, und er mit Recht Premierminister genannt werden kann. Dieses wird sodann auch die schicklichste Benennung für ihn sein. —

Zu wünschen wäre, dass der Premierminister durchaus alle Administrationszweige auf gleiche Art in sich vereinige und für alle gleichmässig das Band zwischen dem König und der Administration sein könne. Es würde hiezu führen, wenn er für jeden Administrationszweig und für den Zusammenhang des Ganzen einen Rath hätte, welcher die ganze Leitung der Partie mit voller Autorität und Repräsentation führte, der behufs des Vortrags bei

dem König ihn mit seinem Rath unterstützte, und von ihm dagegen alle Befehle zur Führung der Partie nach dem ausdrücklich oder im allgemeinen von dem König erklärten Willen erhielt, deren Befolgung der Minister controllierte".

Dazu bemerkte Stein in dem Promemoria v. 15. October 1807[1]):

„Ist es ratsam, die oberste Leitung der Staatsverwaltung einem ersten Minister oder einem Staatsrat anzuvertrauen? Durch das Erste wird mehr Kraft und Einheit erhalten, aber eine Folge der Beschränktheit menschlicher Kräfte ist es, dass die Fehler des Individuums einen zu überwiegenden Einfluss auf die Geschäfte erhalten und die collegialische Behandlung sichert einen stäteren Gang, der frei von Uebereilungen ist, und bewirkt eine grössere Mannigfaltigkeit in den Ansichten. Einem Mann übertrage man die Umformung der Regierungsverfassung; ist dieses bewirkt, so übertrage man die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten einem Staatsrat, der unter dem überwiegenden Einfluss eines Präsidenten steht" [2]).

Stein entscheidet sich demnach principiell — gegen Altenstein und Hardenberg — für das Collegialsystem, hält aber dennoch, sehr characteristischer Weise, den „überwiegenden Einfluss eines Präsidenten" für notwendig. Er spricht sich darüber noch eingehender aus: „das Wesentliche der Stellung im Geschäftsleben, welche dem Ersten Minister zu geben ist: Leitung der inneren Landesverwaltung, Mitwissenschaft von den Verhandlungen im Auswärtigen und Militärdepartement und Teilnahme an denselben wenn sie sich auf das Ganze der Monarchie überhaupt oder auf die inneren Angelegenheiten insbesondere beziehen".

Diese auffällige Aeusserung zeigt, dass Stein doch ins Schwanken gekommen war. Er modificirt seine principielle Erklärung fürs Collegialsystem in so weitgehender Art, dass man berechtigt ist, die Frage aufzuwerfen: was bleibt dann vom Collegialsystem noch übrig? — War es der Blick auf die Praxis der Dinge, insbesondere unter dem Eindruck der die sociale Grundlage der Monarchie völlig umgestaltenden Edicte v. 9. u. 28. Oct. 1807, welcher Stein unwillkürlich jene Aeusserung über den „überwiegenden Einfluss eines Präsidenten" thun liess? [3]).

In den späteren Arbeiten Steins scheidet jedoch dieser Ge-

1) Pertz II, 31 ff.

2) Vgl. hieher auch das von E. Meier 232 ff. mitgeteilte Votum Vinckes für das Collegialsystem.

3) Man vergleiche hieher die unten Absch. IX mitgeteilten Aeusserungen Bismarcks.

danke wieder vollständig aus und er stellt sich wieder ganz und ausschliesslich auf den Boden des Collegialsystems.

Den vorläufigen Abschluss fanden diese Vorarbeiten in dem von Altenstein nach Steins Weisungen verfassten Memeler Organisationsplan v. 23. November 1807[1]). Diese grosse Staatsschrift stellt wie alle früheren den Satz an die Spitze, der das bei dem Wiederaufbau des in Trümmern liegenden Staates zu lösende Problem präcisirt: es komme vor allem darauf an, „die möglichste Einheit und Kraft in der obersten Leitung der ganzen Staatsverwaltung zu vereinigen". „Dies — so heisst es weiter — lässt sich nur bewirken, wenn die ganze oberste Leitung von einem Punkt ausgeht, in welchem sich alle Hauptorgane der Ausführung, so wenige als möglich der Zal nach, concentriren". „Sämmtliche Departements müssen aufs genaueste unter sich und zu einem Ganzen verbunden sein". Die Form dieser Vereinigung soll zunächst provisorisch ein Ministercollegium, Kabinet genannt, weiterhin definitiv ein „förmlicher Staatsrat" als oberste leitende Verwaltungsbehörde, deren Abteilungen die Specialministerien bilden, sein. „Die sämmtlichen Minister mit den Geheimen Staatsräten" — den Chefs der einzelnen Ministerialabteilungen — „formiren das Plenum, wobei leztere ein votum curiatum haben". Die Entscheidung hat also durch Abstimmung zu erfolgen.

III. Die Verordnung v. 16. December 1808.

Den Character von positivem Recht empfingen die Stein'schen Organisationsgedanken durch die Verordn. v. 16. Dec. 1808, freilich, wie sich ergeben wird, ohne das Fundament, auf welchem Stein sein Gebäude aufgebaut hatte; diese ist noch heute die Grundlage des geltenden Rechtes in Hinsicht der Organisation des preussischen Ministeriums, viel mehr als die Verordn. v. 27. Oktober 1810, welche hiefür citirt zu werden pflegt. Die Verordn. v. 16. Dec. 1808 ist unzusammenhängendes Stückwerk. Zweimal ist der Versuch gemacht, dies unzusammenhängende unbrauchbare Stückwerk zu einer staatsrechtlichen Einheit zu gestalten: vorher in der Verordn. v. 24. Nov. 1808 im Sinne des Collegialsystemes durch den Staatsrat und später in der Verordn. v. 27. Oct. 1810 im Sinne des Präfectursystemes durch den Staatskanzler. Weder der Staatsrat

1) Pertz II, 642—670. Vgl. E. Meier 145 f. 180.

Steins noch der Staatskanzler Hardenbergs sind geltendes Recht; ersterer ist es nie geworden, letzterer war es nur bis 1822. Seitdem gilt nur das zusammenhangslose Stückwerk der Verordn. v. 16. Dec. 1808 und kein staatsmännischer Genius war dem preussischen Staate mehr beschieden oder hat die Zeit gefunden, dies zusammenhangslose Stückwerk zu einer wirklichen, starken staatsrechtlichen Einheit zusammenzufassen. Eine Zeit lang hat die Weltgeschichte durch eine Persönlichkeit den Zusammenhang gegeben, den das System nicht geben konnte, aber trotz des Gewichtes der Weltgeschichte auch in dieser Zeit nur unter den äussersten Schwierigkeiten[1]). —

Die V. v. 16. Dec. 1808 hat eine bedeutsame Vorgeschichte.

In dem Plan v. 25. Juli 1808[2]) hatte Stein den Gedanken des collegialen Staatsministeriums festgehalten und neuerdings entwickelt; mindestens einmal wöchentlich sollte das Staatsministerium zur collegialen Entscheidung der Staatsangelegenheiten zusammentreten.

Die — nicht in Rechtskraft getretene — V. v. 25. August 1808[3]) formulirt den Reformplan auf Grund der durchgeführten Vorarbeiten in Paragraphen. Die Verordnung bezeichnet sich als „Plan zur einstweiligen verbesserten Einrichtung"; sie zerfällt in zwei Abschnitte: General- und Specialconferenzen; erstere stellen sich als ein collegiales Staatsministerium dar. § 1 der Verordn. lautet: „Der Zweck der Generalconferenzen ist: die nötige Vereinigung aller obersten Staats-Verwaltungsbehörden in Ein Ganzes, zur Erhaltung einer allgemeinen Uebersicht und Verbindung der wichtigsten Staats-Verwaltungsgeschäfte und zur Vermeidung einseitiger, dem Allgemeinen schädlicher Grundsätze und Verfügungen. Diese Vereinigung beabsichtigt daher Einheit, Kraft und Schnelligkeit der Staatsverwaltung". § 2 zält sodann die Behörden auf — elf an der Zahl — deren Chefs der Generalconferenz angehören und § 3 bestimmt als deren Wirkungskreis: „so wie jede dieser obersten Behörden in sich selbst die Geschäfte bearbeitet, welche zu ihrem Ressort gehören, so bringen sie davon diejenigen zur Beratschlagung in den Generalconferenzen, welche in das Allgemeine der Staatsverwaltung eingreifen. Es gehören dahin vornämlich folgende Sachen:

---

1) Vgl. unten Absch. IX die Erklärungen Bismarcks.
2) Pertz II, 116 ff.
3) Pertz II, 128 ff.

1. alle Gegenstände der Gesezgebung, so bald die Sanction eines neuen oder die Abschaffung oder Modification eines bisher bestandenen Gesezes für notwendig gehalten wird; 2. alles, was neue allgemeine Einrichtungen oder Aufhebung alter Anordnungen betrifft; 3. alles, was ein gemeinschaftliches Interesse für mehrere Behörden hat"; 4. Competenzconflicte.

§ 4 regelt sodann den Geschäftsgang und gibt die das Collegialsystem feststellende Vorschrift: „in dieser Art" — indem jeder Minister eine Stimme hat, nicht aber die zu der Beratung zugezogenen Räte — „werden durch die integrirenden Mitglieder nach der Stimmenmehrheit die Beschlüsse gefasst". Jeden Mittwoch hat die ordentliche Generalconferenz stattzufinden, ausserordentliche nach Bedürfniss (§ 5). Die Verfügungen auf Grund der Beschlüsse des Plenums erfolgen durch die Departements (§ 11). „Mit der in dieser Art bewirkten und mitgeteilten Bestimmung allgemeiner Verwaltungsgrundsäze hört in der Regel die Einwirkung des Pleni auf und es tritt nun wegen deren Ausführung die Wirksamkeit der betreffenden einzelnen Departements ein", doch sollen auf beiden Seiten Rückfragen zulässig sein (§ 12). Die Verhandlungen und Beschlüsse werden protokollirt (§ 13). Die §§ 7—10 enthalten interessante und auch heute noch mustergiltige Vorschriften über die „gehörige Vorbereitung" der im Collegium zu entscheidenden Sachen. Ein vorherrschender Einfluss des Ministerpräsidenten ist in der Verordnung nicht in Aussicht genommen, wenigstens nicht juristisch formulirt; der Vorsitz trägt, abgesehen vom votum decisivum bei Stimmengleichheit, einen rein formalen Character (§§ 4. 7). —

Steins Absicht war, jene Ministerialconferenz so bald als möglich zu einem „förmlichen Staatsrat" zu erweitern. In dem Schreiben v. 28. Oct. 1808 entwickelt er seine Gedanken hierüber, welche sich lediglich als ein weiterer Ausbau der Augustverordnung darstellen. „Der Staatsrat als oberste Behörde wird betrachtet, als handle sie unmittelbar unter den Augen Eurer Majestät, sämmtliche einzelne Verwaltungszweige werden von den einzelnen Abteilungen des Staatsrates verwaltet".

Demgemäss bearbeitete Friese eine neue Verordnung, welche der König am 24. November — demselben Tage, an welchem auf französisches Geheiss Stein entlassen werden musste — vollzog[1]). „In dem festen Vertrauen auf die Solidität des von Ihnen bearbeiteten, mir schon früher mitgeteilten und mir jezt zur Vollziehung

1) Der Wortlaut bei Pertz II, 600—739, vgl. E. Meyer 177 ff.

vorgelegten Organisationsplanes der obersten Staatsbehörden trage Ich kein Bedenken, Ihnen denselben vollzogen zu übermachen", schrieb der König an Stein in demselben Briefe, der die schönen, wahrhaft königlichen Schlussworte enthält: „es ist gewiss ein höchst schmerzliches Gefül für mich, einem Manne Ihrer Art entsagen zu müssen, der die gerechtesten Ansprüche auf Mein Vertrauen hatte und der zugleich das Vertrauen der Nation so lebhaft für sich hatte. Auf jeden Fall müssen Ihnen diese Betrachtungen, sowie das Bewusstsein, den ersten Grund, die ersten Impulse zu einer erneuerten, besseren und kräftigeren Organisation des in Trümmern liegenden Staatsgebäudes gelegt zu haben, die grösste und zugleich edelste Genugthuung gewähren".

Die Verordnung v. 24. November, das eigenste Werk des Stein'schen Genius, führt sich mit folgenden principiellen Sätzen ein: „der Hauptzweck bei der neuen Verfassung ist, der Geschäftsverwaltung die grösstmögliche *Einheit*, Kraft und Regsamkeit zu geben, sie in einen obersten Punkt zusammen zu fassen und alle Kräfte der ganzen Nation und des Einzelnen auf die zweckmässigste und einfachste Art für solche in Anspruch zu nehmen. Die Regierungs-Verwaltung geht zu dem Ende künftig von einem, dem Oberhaupt des Staates unmittelbar untergeordneten obersten Punkt aus.

Das Ganze wird von solchem aus nicht blos übersehen, sondern auch zugleich kräftig auf die Administration unmittelbar eingewirkt. Eine möglichst kleine Zal oberster Staatsdiener stehen an der Spitze einfacher, natürlich nach Hauptverwaltungszweigen abgeteilter Behörden; im genauesten Zusammenhang mit dem Regenten leiten sie die Geschäftszweige nach dessen unmittelbar ihnen erteilten Befehlen selbständig und selbsttätig mit voller Verantwortlichkeit und wirken so auf die Administration der untern in gleicher Art gebildeten Behörden ein.

Die Nation erhält eine ihrem wahren Besten und dem Zweck angemessene Teilnahme an der Regierungsverwaltung, indem dem ausgezeichneten Talent in jedem Stand und Verhältnis Gelegenheit eröffnet wird, zum Besten der Verwaltung davon Gebrauch zu machen und indem neu angeordnete Stände des Reichs und deren Repräsentanten zu Beratungen allein oder gemeinschaftlich mit Staatsdienern zugezogen werden, Ersteres in verfassungsmässig gebildeten ständischen Versammlungen, Letzteres in den untergeordneten Behörden des Staats. Die Ausbildung der Nation

wird so befördert, Gemeingeist erweckt und die ganze Geschäftspflege einfacher, kräftiger und weniger kostbar".

Demgemäss wird die gesamte Verwaltung concentrirt im Staatsrat; die einzelnen Ministerien sind staatsrechtlich Abteilungen oder Departements des Staatsrates.

„Des Königs Majestät ordnet einen Staatsrat an, der unter dessen Allerhöchst unmittelbarem Vorsitz oder im Fall eingetretener Hindernisse unter dem Präsidio eines dazu ernannten Stellvertreters die oberste Leitung sämmtlicher Regierungsgeschäfte besorgt".

Dem Staatsrat gehören an: 1. die Prinzen des königlichen Hauses nach erreichtem 18. Lebensjahr, 2. die 5 Minister kraft ihres Amtes, 3.—8. eine Anzal anderer Personen, teils kraft ihres Amtes teils durch besondere Berufung, teils mit Stimmrecht teils nur beratend. Als ein sehr zalreiches Collegium war jedenfalls dieser Stein'sche Staatsrat nicht gedacht.

Die Arbeiten des Staatsrates erledigt entweder

A., das Plenum, der eigentliche Staatsrat,

oder

B., die Abteilungen;

diese sind 1. das Kabinet, 2. das Ministerium des Inneren, 3. das Finanzministerium, 4. das Ministerium des Auswärtigen, 5. das Kriegsministerium, 6. das Justizministerium.

Ueber die Competenz des Plenums wird Folgendes bestimmt:

„1. der Staatsrat als Plenum hat die Anordnung sämmtlicher Verwaltungsgrundsäze, die oberste Leitung der Verwaltung, soweit sie von einem Punkt ausgehen muss und die oberste Kontrolle des Ganzen der Verwaltung. Nach dieser allgemeinen Bestimmung gehören für solchen: a) alle Gegenstände der Gesetzgebung, sobald die Sanction eines neuen oder die Abschaffung und Modification eines bisher bestandenen Gesetzes für nötig gehalten wird; alles was neue allgemeine Einrichtungen oder die Aufhebung alter Anordnungen betrifft; Gegenstände welche ein gemeinschaftliches Interesse für verschiedene Haupt-Departements haben oder welche, wenn sie auch das Allgemeine der Verwaltung nicht betreffen, zwischen mehreren Hauptdepartements bei den darüber abgehaltenen Conferenzen streitig geblieben sind; alle solche Gegenstände, welche durch schon bestehende oder noch erfolgende Gesetze zur Entscheidung und Bestimmung des Staatsrats ein für allemal besonders ausgesetzt sind oder welche des Königs Majestät

in einzelnen Fällen besonders dahin verweiset. Es müssen: b) von den Ministern diejenigen Verhaltungspunkte im Staatsrat zum Vortrag gebracht werden, über welche ihnen die Genehmigung des Königs Majestät einzuholen, in der über die Leitung des ihnen anvertrauten Verwaltungszweiges erfolgenden besonderen Bestimmung zur Pflicht gemacht ist — — c) Sie müssen dem Staatsrate ferner jährlich den Zustand der ihrer Verwaltung anvertrauten Geschäftszweige darstellen". — —

Hinsichtlich des Geschäftsganges wird insbesondere bestimmt: „die Mehrheit der Stimmen gibt den Beschluss des Staatsrates. Ist solche zweifelhaft, so wird förmlich abgestimmt. Des Königs Majestät entscheidet im Falle der Anwesenheit mündlich *über den Beschluss* des Staatsrates. Im Fall der Abwesenheit wird der Beschluss des Staatsrates, wenn der Gegenstand die Allerhöchst unmittelbare Entscheidung oder Sanction bedarf, des Königs Majestät zu dem Ende vorgelegt, ausserdem sogleich darnach verfahren. Im Fall der Gleichheit der Stimmen wird jederzeit die Entscheidung des Königs Majestät, im Fall der Anwesenheit sowol als der Abwesenheit, sogleich erbeten". In die Lage zu entscheiden über Gegenstände der Competenz des Staatsrats kam somit der König überhaupt nur bei Stimmenmehrheit oder Stimmengleichheit; war nicht einmal letztere erzielt, so konnte die Sache überhaupt nicht an den König gelangen. —

Weiter behandelt die Verordnung sehr ausführlich die einzelnen Ministerien; an den König dürfen die Minister sich da, wo ihnen dies gesetzlich zur Pflicht gemacht ist, immer erst wenden, nachdem die Sache im Staatsrat zum Vortrag gebracht ist d. h. nach dem ganzen Zusammenhang dieses Gesetzes: auf Grund eines vom Staatsrat gefassten Beschlusses.

Ueber das Ministerium des Inneren heisst es: „es bleibt der Verfügung des Ministers allein und ohne Einholung einer besonderen Genehmigung und Autorisation alles überlassen, was auf die blose Administration nach bestehenden Vorschriften Bezug hat. Dagegen bedarf jede neue Gesetzgebung, die Abänderung der Verfassung, die Festsetzung allgemeiner Vorschriften, die Abweichung von bestimmten Regeln und die Erteilung grösserer Gnadenbezeugungen sowie die Besetzung gewisser bestimmter Stellen einen besonderen Vortrag im Staatsrat und durch diesen die Einholung der Königlichen Genemigung. — — Hieraus ergeben sich folgende specielle Bestimmungen: 1. Bei neuen Gesetzen und

Abänderungen der Verfassung durch solche wird der Gesetzentwurf, welchen das betreffende Departement vorschlägt, von der Gesetzescommission geprüft, an das Departement des Geheimen Staatsrates für die allgemeine Gesetzgebung eingesendet, von diesem an den Staatsrat gebracht, der das Ganze mit seinem Gutachten an des Königs Majestät überreicht. 2. Von allgemeinen Vorschriften für den Staatshaushaltsetat legt der Minister des Königs Majestät blos die Hauptetats, nachdem sie im Staatsrat zum Vortrag gebracht und mit dessen Gutachten begleitet worden, zur Genehmigung und Vollziehung vor. — — 3. Die Verwendung aller etatsmässigen Fonds nach ihrer Bestimmung bleibt dem Minister des Inneren lediglich unter nachstehenden Modificationen überlassen: — — d) bei Veränderungen der Administration, welche erhöhte Administrationskosten erfordern, neuen Anlagen, wozu der Plan nicht im Allgemeinen genehmigt ist, und allen dergleichen bei der Aufstellung des Etats nicht mit in Anschlag gebrachten Ausgaben, müssen selbige im Staatsrat zum Vortrag gebracht und die Königliche Genehmigung eingeholt werden. — — — 7. Der Minister des Innern legt des Königs Majestät bei der Vorlegung des Generaletats seiner Partie die Hauptrechenschaft ab. Er fügt solcher die Nachweisung über die Hauptveränderungen — — — bei. Ausserdem erhält des Königs Majestät durch den Staatsrat von ihm die monatlichen Abschlüsse der Generalkasse. Alle diese Gegenstände werden in dem Staatsrat vorgetragen, mit einem Gutachten versehen und mit diesem gehen sie an des Königs Majestät". Bemerkenswert ist auch die Bestimmung, dass die vortragenden Räte gegen den Minister auf die Entscheidung des Staatsrates oder des Königs provocieren dürfen. — Das Ministerium des Inneren sollte in 4 Departements zerfallen: 1. allgemeine Polizei, 2. Gewerbepolizei, 3. Cultus und Unterricht, 4. allgemeine Gesetzgebung für Inneres und Finanzen. Das dritte dieser Departements wurde wieder in 2 Abteilungen gegliedert, jedoch unter einem gemeinsamen Vorsitzenden; ausserdem aber sollte die Cultus-Abteilung noch einen besonderen Vorsitzenden mit weitgehender Selbständigkeit und besonderer Verantwortlichkeit haben; „es wird solchem die specielle Leitung überlassen und er hat bei Verschiedenheit seiner Meinung von der des Geh. Staatsrats (des gemeinsamen Vorsitzenden) ein votum suspensivum bis zu erfolgender Entscheidung im Staatsrat".

Der Abschnitt über das Finanzministerium enthält hinsichtlich des Verhältnisses zum Staatsrat folgende allgemeine Vorschrift: „das Verhältnis des Ministers der Finanzen zu des Königs

Majestät und dem Staatsrat ist mit Berücksichtigung der Verschiedenheit der zu ihrem (? seinem?) Geschäftskreis gehörigen Gegenstände ganz das nämliche, wie solches bei dem Minister des Inneren bestimmt ist", sodann einige besondere Bestimmungen, dass nämlich 1. „über alle neue Pläne bei dem Staatsschuldenwesen und den grösseren Operationen der Bank, die nicht zu der gewöhnlichen Geschäftsführung gehören, sowie auch veränderte Plane bei der Lotterie", 2. für Besetzung gewisser Stellen, 3. für „Erhöhung der Etatsposition im Ganzen und Anweisung extraordinärer Zuschüsse" Vortrag im Staatsrat erfolgen muss und zu 2. und 3. auf Grund dieses Vortrages die Königliche Genehmigung zu erholen ist.

Hinsichtlich der auswärtigen Verwaltung ist gemäss alter hohenzollerscher Tradition — nur in der Hardenberg'schen V. v. 27. Oct. 1810 ist diese grosse brandenburgisch-preussische Tradition bedenklich eingeengt — dem König eine weitgehende persönliche und directe Einwirkung vorbehalten. Der Staatsrat concurrirt hier nur gemäss folgender Vorschriften: — — „3. die Gesandten ernennt der König auf den Vortrag des auswärtigen Ministers im Staatsrat" — 4. „bei dem auswärtigen Departement selbst holt der Minister die Königliche Genemigung blos zur Anstellung der Geheimen Legationsräte und der Legationsräte, deren Bestallung des Königs Majestät vollzieht, nach erfolgtem Vortrag im Staatsrat, ein" — — 6. „des Königs Majestät bestimmt in jedem einzelnen Fall, welche Gegenstände, die auswärtigen Verhältnisse betreffend, im Staatsrat zum Vortrag kommen sollen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten gibt dem Staatsrat von den Veränderungen der politischen Verhältnisse, welche auf das Innere Einfluss haben können, Nachricht". Endlich hat der Minister „wegen des wichtigen Einflusses der guten Besetzung der Konsulate auf den Handel, wegen der Anstellung neuer Konsuln und Besetzung vacanter Stellen mit dem Departement der Gewerbepolizei zu communiciren, ehe der Gegenstand im Staatsrat zum Vortrag kommt".

Ueber das Verhältnis des Justizministers zum Staatsrat ist Folgendes angeordnet: „der Justizminister verliert die alleinige Leitung der Gesetzgebung. Er hat das Recht, gleich anderen Departementschefs neue Gesetze im Staatsrat in Vorschlag zu bringen, welcher sodann die weitere Prüfung veranlasst und er wird mit seinem Gutachten über das Verhältnis der vorgeschlagenen neuen Gesetze zu den allgemeinen Grundsätzen der Gesetzgebung bei dem Vortrag gehört". Im Einzelnen — — „2. die zur Voll-

ziehung von des Königs Majestät geeigneten Criminalerkenntnisse legt er in der bisher üblichen Art nach erfolgtem Vortrag im Staatsrat vor"; ferner wird namentlich bestimmt: „1. dass der Minister über jede Abänderung der Verfassung, es betreffe solche die Behörden und deren Belohnung oder die Form der Rechtspflege, ehe er solche bei des Königs Majestät in Antrag bringt, Vortrag im Staatsrat halten lassen muss. 2. Alle neuen Gesetzesvorschläge teilt er dem Minister des Inneren zur weiteren Veranlassung des Erforderlichen durch das Departement für allgemeine Gesetzgebung vor dem Vortrag im Staatsrat mit".

Endlich findet sich noch eine characteristische Vorschrift bezüglich der Oberrechenkammer. Diese soll „rücksichtlich des Materiellen ihrer Geschäftsführung möglichst selbständig und unabhängig erhalten werden. Sie bleibt rücksichtlich solcher unmittelbar des Königs Majestät verantwortlich und erhält unmittelbar die erforderlichen Befehle. Nur rücksichtlich des Geschäftsbetriebes selbst steht sie unter dem Staatsrat. Sie muss solchem über den Fortgang ihrer Geschäfte Rechenschaft ablegen, dessen dessfalsigen Weisungen Folge leisten und wo sie Unterstützung bedarf, sich an solchen wenden. Durch den Staatsrat bringt die Oberrechenkammer ihre Anträge wegen unmittelbar erforderlicher Bestimmungen an des Königs Majestät, wenn sie sich nicht über solchen selbst Beschwerde zu führen veranlasst sehen sollte, in welchem Fall sie sich direct an des Königs Majestät mit Anführung der Gründe wendet"; im übrigen wird für die Oberrechenkammer eine neue Organisation und Instruction vorbehalten.

Ausserdem sollen noch „unmittelbar unter dem Staatsrat" stehen die wissenschaftlichen und technischen Deputationen, jene eigentümlichen und bis auf den heutigen Tag für den preussischen Staat characteristischen Sachverständigencollegien, deren Einfügung in den ordentlichen Behördenorganismus in grossem Umfange eines der hauptsächlichsten Verdienste der Stein'schen Reformgesetzgebung ist.

„Durch die vorstehende veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden, eine solcher angemessene Umbildung der unteren Behörden und eine sorgfältige Auswahl der Individuen wird es möglich werden, die Grundsätze einer verbesserten Staatsverwaltung in Ausführung zu bringen, durch deren Anwendung das Glück des Staats allein dauerhaft neu gegründet werden kann" — mit diesen Worten schliesst die Verordnung, welche neben der Gesetzgebung Friedrich Wilhelm I. das Bedeutendste ist, was je

über die Organisation und oberste Leitung der preussischen Verwaltung in Gesetzesform ausgearbeitet worden ist.

Die Grundgedanken dieses Verwaltungsplanes sind demnach folgende:

1. der König entscheidet, gemäss fester hohenzollerscher Tradition, in allen wichtigen Staatsangelegenheiten selbst, insbesondre ist ihm auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ein directer und unmittelbarer Einfluss vorbehalten;

2. alle Staatsangelegenheiten, welche nach irgend welcher Richtung besondere Sachkenntnis erfordern oder welche für das Ganze des Staates eine besondere Verantwortung mit sich bringen, kommen zur Entscheidung des Königs nur auf Grund eines vom Staatsrat gefassten Mehrheitsbeschlusses, insbesondere alle Gesetzesvorschläge;

3. die Verwaltung der einzelnen Dienstzweige erfolgt durch die Minister als die Chefs der einzelnen Abteilungen des Staatsrates; der letztere leitet und beaufsichtigt grundsätzlich die gesamte Verwaltung; Gesetzesvorschläge aus den einzelnen Ministerien kommen nur gemäss Beschluss des Staatsrates zur Entscheidung des Königs. —

Die Verordn. v. 24. Nov. 1808 gelangte nicht zur Ausführung. Es war ein Moment verhängnisschwerster Bedeutung für den preussischen Staat, dass im Augenblick des Abschlusses der Arbeit der grosse herrliche Staatsmann, welcher allein den Mut und die Kraft hatte, jenen die Grundlagen des Staates neu gestaltenden Verfassungs- und Verwaltungsplan ins Leben einzuführen, von der Leitung der preussischen Staatsgeschäfte zurücktreten und, bald darauf von Napoleon für vogelfrei erklärt, in die Verbannung gehen musste. Steins Nachfolger, Alexander Dohna und Altenstein, hatten nicht die Kraft des grossen Entschlusses[1]). Sie begnügten sich mit der Verordnung v. 16. December 1808. —

Die V. v. 16. Dec. 1808[2]) bestimmt hinsichtlich der Specialministerien ziemlich wörtlich dasselbe wie die V. v. 24. Nov.; ebenso ist wörtlich übernommen der Eingang, weggelassen ist nur der Schlusssatz über die Notwendigkeit der Einführung zeitgemässer Reichsstände und einer bei den unteren Behörden einzurichtenden

1) E. Meier 162 ff. 188 f. Pertz II, 342.

2) Novum Corpus Constitutionum XII, S. 527 ff. Nr. LIX.

Selbstverwaltung. Der Zweck der neuen Organisation ist dahin bestimmt: dass „der Geschäftsverwaltung die grösstmöglichste Einheit, Kraft und Regsamkeit“ gegeben und dieselbe darum „in einen obersten Punkt“ zusammengefasst werden, dass „die Regierungsverwaltung zu dem Ende künftig von einem, dem Oberhaupt des Staates unmittelbar untergeordneten obersten Standpunkt“ ausgehen solle. Dies Programm aber, das in der V. v. 24. Nov. seine Durchführung in der grossartigen Gestaltung des Staatsrates gefunden hatte, wird in derjenigen v. 16. Dec. folgendermassen erledigt: § 1 „die oberste allgemeine Leitung der ganzen Staatsverwaltung vereinigt sich in dem Staatsrat unter Unserer unmittelbaren Aufsicht. Die näheren Bestimmungen über dessen Organisation und Verfassung behalten Wir uns indessen noch vor“. § 2 bestellt die einzelnen — fünf — Ministerien; „jeder Minister ist Chef desjenigen Departements, an dessen Spitze er steht und der solchem untergeordneten Abteilungen. Eines jeden Departements Wirksamkeit erstreckt sich in Rücksicht der Gegenstände desselben über sämtliche Provinzen. — — Durch eine besondere Instruction ist die Geschäftsführung des gesamten Ministerii als solchen näher bestimmt“. Weder die vorbehaltenen Bestimmungen über den Staatsrat, noch die Instruktion für die Geschäftsführung des „Ministerii als solchen“ wurden damals erlassen; es traten vielmehr nur die einzelnen Ressortministerien ohne irgend ein sie rechtlich zusammenfassendes Band ins Leben. Auch darin lag ja schon eine segensreiche Reform; aber die Hauptsache fehlte. Nicht eine Einheit, sondern eine Fünfheit der obersten Staatsverwaltung ohne Einheit war hergestellt.

IV. Die Verordnung v. 27. October 1810[1]).

Das Verdienst des Ministerium Dohna-Altenstein ist, die Specialministerien eingeführt und eingerichtet zu haben. Die Ressortverwaltung arbeitete nach Massgabe der Stein'schen Grundsätze, nur ohne den die einzelnen Ministerien zum Ganzen zusammenfassenden Staatsrat. Diesen einzurichten fehlte dem Ministerium Dohna-Altenstein Mut und Kraft, obwol Dohna selbst sich öfter dahin geäussert hatte, dass sein Fehlen bereits zu den unglücklichsten Folgen geführt habe. „Die Minister gewannen durch die

1) G. S. 1810, S. 3. Vgl. E. Meier 190 ff. Pertz II, 516. Ueber die Kab. O. v. 31. März 1810 s. Pertz II, 476.

vorläufige Suspension des Staatsrates eine ganz ausserordentliche Selbständigkeit", aber das ganze System „verlor durch den Wegfall des Staatsrates die Grundlage, auf der es beruhte" [1]). Eine wohleingerichtete *Ressort*verwaltung war geschaffen, aber es fehlte die *Staats*verwaltung. Die Conflicte zwischen den Ressortministerien, insbesondere des Inneren und der Finanzen, scheinen schon damals einen bedenklichen Umfang angenommen zu haben [2]).

Diesem Mangel des Fundamentes hat Hardenberg alsbald nach Uebernahme der Geschäfte in der V. v. 27. Oct. 1810 über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden abgeholfen. Aber in ganz anderem Sinne, als Stein dies in der V. v. 24. Nov. 1808 gethan hatte.

Zunächst decken sich bezüglich der Specialministerien die beiden Verordnungen allerdings in den Einzelheiten so gut wie ganz; nur ist die Verordnung v. 27. Oct. 1810 viel weniger sorgfältig redigirt als diejenige v. 24. Nov. 1808, was sich besonders in den vielfachen Wiederholungen zeigt. Dennoch wurde, wie sich weiterhin ergeben wird, die rechtliche Stellung der Ressortminister nach der Hardenberg'schen Gesetzgebung eine völlig andere. Jedenfalls aber war auch Hardenberg sich darüber klar, dass die Staatsverwaltung einer einheitlichen letzten Instanz unmittelbar unter dem König bedürfe; in diesem Grundprincip waren Stein und Hardenberg einig. Aber Hardenberg hatte schon in der Rigaer Denkschrift vom 12. Sept. 1807 [3]) sich dahin ausgesprochen: dass diese zusammenfassende einheitliche oberste Leitung durch einen Premierminister zu erfolgen habe, nicht durch das vielköpfige Collegium eines Staatsrates. Altenstein war ihm hierin vorausgegangen [4]).

Demgemäss schuf die V. v. 27. Oct. 1810 in dem Amte des Staatskanzlers den „vollendetstsn Ministerialdespotismus", der gedacht werden kann; die Machtfülle des heutigen deutschen Reichskanzlers ist eine wesentlich beschränktere als die des preussischen Staatskanzlers nach jener Verordnung.

1) E. Meier 189.

2) Pertz II, 477. E. Meier 190.

3) S. hierüber oben S. 73.

4) Schon 1807 hatte Hardenberg dies System durchgesetzt vgl. Ranke IV, 109 ff., besonders über den characteristischen Streit um das Wort „ganz". Schulze I, 245 erklärt überhaupt dieses System als dasjenige des absoluten Staates, was doch, wie die Gesezgebung von 1808 und die heutige Reichsgesetzgebung beweist, willkürlich ist.

Die Verordnung bestimmt über denselben Folgendes:

„Der Staatskanzler hat unter Unsern Befehlen die Oberaufsicht und Controlle jeder Verwaltung ohne Ausnahme und steht insofern an der Spitze einer jeden, dass er:

1. Rechenschaft und Auskunft über jeden Gegenstand fordern und in *jedem Falle Massregeln und Anordnungen zu dem Zweck suspendiren kann*, um Unsere Befehle darüber einzuholen oder da, wo die Bestimmung des Staatsrates eintritt, diese zu veranlassen;

2. in ausserordentlichen und dringenden Fällen oder wo Wir ihn besonders dazu beauftragen, *zu verfügen befugt* ist. Die Behörden müssen alsdann die Anordnungen desselben, wofür er Uns verantwortlich ist, befolgen.

Im Kabinet ist er Unser erster und nächster Rat, im Staatsrat Präsident desselben. Uebrigens werden ihm folgende Geschäfte besonders übertragen:

1. soll er die Ministerien des Inneren und der Finanzen übernehmen, bis Wir für gut finden, beide Ministerien mit eigenen Ministern zu besetzen, jedoch da der Staatskanzler die Leitung dieser Ministerien nur im Allgemeinen und in Absicht auf wichtige Gegenstände übernehmen kann, dergestalt dass die Hauptzweige derselben besonderen, für die Ausführung verantwortlichen, dem Staatskanzler untergeordneten Chefs vertraut werden;

2. denjenigen Anteil an den Geschäften des auswärtigen Departements nehmen, welcher unten näher bestimmt werden wird.

Ferner besorgt er:

3. die Angelegenheiten Unsers königlichen Hauses und Unserer Familie[1]);

4. die Verhandlungen mit den Städten, insofern sie vor die oberste Behörde gehören;

5. die Angelegenheiten der höheren Polizei;

6. was die Tronlehen, die höchsten geistlichen Würden[2]), als die Bischöflichen, Erbämter, höhere Hofchargen, Orden, Rang und Etikette und andere Hofsachen betrifft.

---

1) Das besondere Hausministerium ist errichtet durch V. v. 11. Januar 1819 Z. 4.

2) Gemäss Kab. O. v. 11. Januar 1819 Z. 6 ans Cultusministerium übergegangen.

Unmittelbar untergeordnet sind:

7. das Archiv,

8. die Oberrechnungskammer".

Im Kabinet hat der Staatskanzler „beständigen Vortrag"; im Einzelnen ist bestimmt:

4. „Die allgemeinen Militärsachen und solche, welche Einfluss auf die Landesverwaltung haben, desgleichen die Hof- und Civilsachen werden täglich dem Staatskanzler mit Auszügen aus den Journalen überschickt, welcher diejenigen auswählt, die er Uns selbst vortragen will, die übrigen aber teils dem Kabinetsrat zum Vortrag zurückgibt, damit den Departementsministern und dem Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements zustellt, teils diese Uns in der gemeinschaftlichen Conferenz davon Vortrag machen. Die andern Chefs der Abteilungen der Ministerien des Inneren und der Finanzen erscheinen nur dann bei diesen Vorträgen, wenn Wir es besonders befehlen, um sie über diesen oder jenen Gegenstand Selbst zu hören oder der Staatskanzler ihnen Vorträge überträgt. Sachen, die ohne Verfügung von Uns an die Behörden übergeben werden, desgleichen solche, die blos zum Bericht gehen, werden von dem Kabinetsrat sogleich mit der nötigen Verfügung versehen, aber mit den übrigen an den Staatskanzler geschickt, damit er von Allem unterrichtet bleibe. Er lässt sie dann aus seinem Bureau absenden. Die rein militärischen Sachen werden zwar nach dem bisherigen Geschäftsgange behandelt und bedürfen der Sendung an den Staatskanzler nicht, damit er aber das Ganze übersehe, soll ihm wöchentlich zweimal ein Auszug aus den Journalen darüber mitgeteilt werden.

5. Alle Concepte der ergehenden Kabinetsbefehle werden bei demjenigen entworfen, welcher den Vortrag darüber bei Uns gehabt hat, sodann dem Staatskanzler, insofern es nicht die rein militärischen Sachen betrifft, vorgelegt, in dessen Bureau reingeschrieben, und die Reinschriften gelangen dann an Uns zu Unserer Genemigung und Vollziehung. Erfolgt diese, so werden sie von dem Kabinetsrat abgeschickt. Werden von Uns Erinnerungen gemacht oder andere Befehle gegeben, so gehen die Ausfertigungen mit jenen an den Staatskanzler zurück.

6. Die Befehle, welche Wir gleich unmittelbar erlassen, werden dem Staatskanzler sogleich abschriftlich zugefertigt, insofern sie nicht zu den rein militärischen Sachen gehören. — —

8. Der Staatskanzler kann den Kabinetsvorträgen beiwohnen, so oft er es für nötig findet oder Uns Selbst Vorträge zu machen hat.

9. Die übrigen Staatsminister und der Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements tragen Uns wöchentlich einmal in Gegenwart des Staatskanzlers vor wie bisher". —

Die Plenipotenz des Staatskanzlers findet ihren staatsrechtlichen Ausdruck dann weiter in den Vorschriften über die Stellung der Specialminister.

„Jeder Staatsminister führt die ihm anvertraute Verwaltung selbständig, unter unmittelbarer Verantwortlichkeit gegen Uns Allerhöchstselbst. Sie berichten darüber an Uns und erhalten von Uns die Befehle darüber. Dem Staatskanzler sind wir schuldig, auf sein Verlangen Rechenschaft und Auskunft über jeden Gegenstand ihrer Verwaltung zu geben und auf seine eingelegten Suspensivanordnungen die ihrigen bis zu Unserer oder des Staatsrats Bestimmung einzustellen, auch seine Verfügungen in den oben erwähnten ausserordentlichen und dringenden oder durch Unsere besonderen Aufträge veranlassten Fällen zu befolgen.

Die den Abteilungen der Ministerien des Innern und der Finanzen vorgesetzten Chefs sind verantwortlich für die Ausführung, holen in allgemeinen und wichtigen Dingen die Anweisungen des Staatskanzlers als Ministers des Innern und der Finanzen ein, richten aber ihre Berichte an Uns. Sie stellen solche ohne Ausnahme dem Staatskanzler zu, welcher seine Beistimmung entweder durch sein beigesetztes Vidi ausdrückt oder seine abweichende Meinung beifügt".

Im Einzelnen ist aus den Specialressorts dem Staatskanzler vorbehalten:

A. aus dem Ministerium des Inneren,

1. die Verhandlungen mit den Ständen,

2. die Mitaufsicht auf die Provincialregierungen und die Genehmigung der Stellenbesetzung in denselben,

3. die Oberaufsicht über die Theatercensur,

4. die Besetzung der katholischen bischöflichen und weihbischöflichen Stellen;

B. aus dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten[1])

1. „der Staatskanzler wird durch ununterbrochene

---

1) Die Kab. O. v. 3. Juni 1814 übertrug die auswärtigen Angelegenheiten dem Staatskanzler ganz.

Mitteilung der eingehenden Berichte Unserer Geschäftsträger und der Noten, auch der mündlichen Eröffnungen der Gesandten in fortwährender Kenntniss der Verhandlungen erhalten. Wöchentlich einmal wohnt derselbe dem Vortrage des auswärtigen Departements bei und es werden alsdann die wichtigen Angelegenheiten desselben zum Vortrag gebracht. Wenn es nötig ist, werden ausserordentliche Vorträge gehalten".

2. „In Gegenwart des Staatskanzlers" hält der Minister die Vorträge über Berichte der Gesandten, auswärtige Noten oder gemachte Eröffnungen.

3. „In wichtigeren dringenden und eiligen Fällen, wo Unsere Genehmigung nicht eingeholt werden kann, geschieht dieses vom Minister, wo möglich gemeinschaftlich mit dem Staatskanzler".

4. „Die Concepte der Verfügungen an die Gesandten und andere Personen, welche Wir vollziehen, werden vor der Reinschrift dem Staatskanzler zur Mitsignirung mitgeteilt. Eben dieses findet in Absicht auf die Signatur der Concepte wichtiger Noten an fremde Gesandten und Geschäftsträger statt".

5. „Die Concepte der von dem Minister allein abgelassenen Verfügungen an die Gesandten und Geschäftsträger werden nach der Absendung dem Staatskanzler zur Einsicht mitgeteilt." —

Dem gegenüber ist die Aufgabe des Staatsrates folgendermassen bestimmt:

„Der Staatsrat hat keine Verwaltung. Zu seinem Wirkungskreise gehören blos: 1. alle Gesetze, Verfassungs- und Verwaltungsnormen, so dass sämtliche Vorschläge zu neuen oder zu Aufhebung und Abänderung von vorhandenen durch ihn an Uns zur Sanction gelangen müssen. Bei geheimen diplomatischen Angelegenheiten als Bündnissen, und dergleichen, tritt jedoch an die Stelle des Staatsrats der Staatskanzler; 2. diejenigen Gegenstände, bei welchen ein gemeinschaftliches Interesse verschiedener Ministerien, aber keine Vereinigung zwischen ihnen stattfindet; 3. die jährlichen schriftlichen Darstellungen der Staatsminister von ihrer Verwaltung; 4. alle solche Gegenstände, welche an den Staatsrat entweder durch schon bestehende oder noch erfolgende Gesetze oder in einzelnen Fällen von Uns Allerhöchstselbst gewiesen werden und 5. diejenigen Gegenstände, bei welchen der Staatskanzler die Ausführung suspendirt hat, insofern sie überhaupt zum Geschäftskreise des Staatsrats gehören; dieses

kann nur Sachen und nicht Personen betreffen, in Absicht der lezten gelangt es an Uns unmittelbar.

Vorgetragen im Staatsrat werden alle zu seinem Wirkungskreise gehörige Sachen, nachdem sie vorher an ihn abgegeben werden, von den betreffenden Staatsministern und Departementschefs selbst, jedoch so, dass ihnen von dem Staatskanzler ein nicht administrirendes Mitglied des Staatsrats als Correferent beigeordnet werden kann.

Nach erfolgter Beratung gibt die Mehrheit der Stimmen den Beschluss des Staatsrats. Ist solche zweifelhaft, so wird von allen anwesenden Mitgliedern, die Prinzen und den Präsidenten eingeschlossen, mit gleichem Stimmrecht darüber abgestimmt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Staatskanzlers den Ausschlag.

Den Vorsitz dabei führt der Staatskanzler, die übrige Geschäftsführung liegt dem Staatssecretär ob. Dieser fasst das Protokoll über die Beratung und den Beschluss ab. Der Beschluss wird Uns zur Entscheidung vorgelegt und zwar insofern eine Verwaltungsbehörde dazu Veranlassung gab, durch diese selbst. Bei Beschlüssen über Angelegenheiten, die der Staatskanzler suspendirt hat, und streitigen Gegenständen bedarf es dieser Vorlegung nicht, wenn die betreffenden Ministerien sich dabei beruhigen. Der Staatsrat versammelt sich wöchentlich einmal und wenn es erforderlich ist, ausserordentlich". — — „Ueberhaupt muss im Staatsrat, obgleich er nicht administrirend ist, dennoch in Dingen, wo eine gemeinsame Beratung nützlich oder nötig ist, diese erfolgen; der Staatskanzler soll hierüber besonders halten". —

Eine vergleichende Betrachtung der beiden grossen gesetzgeberischen Werke v. 24. Nov. 1808 und v. 27. Oct. 1810 ergibt jedenfalls soviel zur Evidenz, dass sowol Stein wie Hardenberg von der Unmöglichkeit eines Systemes unverbundener Specialministerien, also des Systemes der V. v. 16. Dec. 1808 überzeugt waren; doch waren ja Dohna und Altenstein theoretisch derselben Ansicht, vermochten nur das entscheidende Wort zur Lösung der Schwierigkeit nicht zu finden. Hardenberg setzte nun an die Stelle des Stein'schen Staatsrates den Staatskanzler als Centralstelle der Verwaltung. Der Staatskanzler vereinigt alle Macht in sich: er leitet direct die Specialministerien des Inneren und der Finanzen; er kann negativ, suspendirend, in dringenden Fällen auch positiv, anordnend, in jedes andere Ressort eingreifen; insbesondere die auswärtigen Angelegenheiten stehen unter seiner besonderen Con-

trolle; selbst die rein militärischen Angelegenheiten müssen ihm fortlaufend mitgeteilt werden, damit er das Ganze der Staatsgeschäfte jederzeit zu überblicken vermöge; er leitet den Staatsrat und hat im Kabinet des Königs in erster Linie den Vortrag.

In der Geschichte des deutschen Staatsrechtes ist nie vorher und nie nachher die Anhäufung einer solchen Machtfülle auf einen einzigen Mann vorgekommen. Ein „Viziriat" nannte Graf Arnim in einem Briefe an Stein die Stellung Hardenbergs [1]).

Daneben aber will Hardenberg auch einen Staatsrat. Dieser Staatsrat, der bei Stein neben seiner Eigenschaft als obersten Organs der Gesetzgebung zugleich oberste Centralstelle der Verwaltung sein sollte, ist bei Hardenberg von jeder unmittelbaren Einwirkung auf die Verwaltung gelöst; nur der Staatskanzler hat hier einzutreten; die dem Staatsrat im Rahmen der Verwaltung zugewiesenen Functionen — Entscheidung von Competenzconflicten der Ressortministerien, Entscheidung über suspendirende Verfügungen des Staatskanzlers — bilden nur die Ausnahme. Dagegen ist die eigentliche Aufgabe des Staatsrates die Vorberatung und Vorbereitung der Gesetze und allgemeinen Anordnungen; nur auf Grund eines vom Staatsrat gefassten Beschlusses gelangen diese an den König zur Sanction.

Man wird zugestehen müssen: das in der V. v. 27. Oct. 1810 von Hardenberg dem preussischen Staate gegebene Regierungs- und Verwaltungssystem ist für den absoluten Staat das denkbar vollkommenste. Aber ebenso wird man behaupten müssen: der im Staatskanzler geschaffene Ministerialdispotismus widerspricht deutschen Anschauungen. Stein hatte den Gedanken ausdrücklich abgelehnt; die Einrichtung der Specialministerien und der Staatsrat als oberstes Gesetzgebungsorgan sind Steins Gedanken; die Loslösung des Staatsrates von der Verwaltung war die notwendige Folge der Schöpfung des Staatskanzleramtes. Persönliche Anschauungen Hardenbergs, wie er sie schon 1807 ausgesprochen hatte [2]); französisch-westfälische Präfecturgedanken, wie sie auch sonst in der Hardenberg'schen Verwaltung stark zur Geltung

1) Pertz II, 566.

2) Ranke IV, 231: „von jeher, auch in seinen früheren Stellungen in Hannover und Braunschweig war sein Sinn dahin gegangen, die oberste Direction der Angelegenheiten allein in die Hand zu bekommen: es war gleichsam sein angeborener Ehrgeiz".

kamen; endlich die überaus schwierigen Zeitverhältnisse wirkten zusammen, um jenes omnipotente Staatskanzleramt entstehen zu lassen.

Ueber den schon 1808 eingerichteten Ressortministerien erhob sich machtvoll als oberster einheitlicher Factor der Staatsverwaltung: der Staatskanzler.

Der Staatsrat hingegen gelangte auch jetzt nicht zur Einführung; Hardenberg hatte offenbar keine Eile mit seiner Errichtung.

Die Behauptung: „die Stellung des Staatskanzlers war nur eine thatsächlich in den meisten Fragen ausschlaggebende, rechtlich waren ihm die anderen Minister nicht untergeordnet“ [1]) ist irrig; der Staatskanzler war rechtlich die oberste Centralstelle der Verwaltung, leitete die wichtigsten Verwaltungszweige direct und konnte in die übrigen jederzeit suspendirend, in dringlichen Fällen positiv anordnend eingreifen. Als erster Rat des Kabinets und Minister des königlichen Hauses stand der Staatskanzler überdies in der genauesten persönlichen Beziehung zum König; selbst die auswärtigen und die rein militärischen Angelegenheiten waren, „damit er das Ganze der Geschäfte jederzeit übersehen kann“, seiner Kenntnisnahme und Oberaufsicht unterstellt [2]).

V. Die Verordnung v. 3. Juni 1814 [3]).

Bornhak stellt die Behauptung auf, der Staatskanzler sei nur thatsächlich, nicht rechtlich der Vorgesezte der übrigen Minister gewesen und fährt dann fort: eine Kab. O. v. 3. Juni 1814 ordnete „daher“ die Einrichtung des Gesamtstaatsministeriums an. „Um weiterhin, auch abgesehen vom Staatskanzler, der rechtlich nicht der Vorgesetzte der einzelnen Minister war, eine einheitliche Centralbehörde für den ganzen Staat und für alle Verwaltungszweige zu schaffen, wurde durch Kab. O. v. 3. Juni 1814 die Bildung eines Staatsministeriums angeordnet, welches unter dem Vorsitz des Staatskanzlers aus den aktiven Ministern zu bestehen hätte“ [4]). In Consequenz dieses Satzes wird dann ferner behauptet: als nach Hardenbergs Tode 1822 der Staats-

1) Bornhak pr. Staatsrecht II, 379.

2) Wenn Schulze I, 237 bemerkt: durch die V. v. 27. Oct. 1810 sei in der Organisation „zwar manches verändert“ worden, „besonders durch die dem Staatskanzler zugewiesene hervorragende Stellung“, „im übrigen“ aber habe die V. v. 27. Oct 1810 sich derjenigen v. 16. Dec. 1808 angeschlossen, so wird diese Auffassung der Sache nicht gerecht.

3) G. S. 1814, S. 40.

4) Staatsr. II, S. 379. 389 f. Gesch. d. pr. Verw. R. III, 108.

kanzlerposten nicht wieder besetzt wurde, sei „die Einheitlichkeit der Centralverwaltung nur noch im Staatsministerium vertreten" gewesen[1]). Uebereinstimmend äussern sich andere Schriftsteller des preussischen Staatsrechts. Allgemein wird aus der Verordn. v. 3. Juni 1814 das Collegialsystem als das die preussische Ministerialorganisation beherrschende Princip abgeleitet[2]).

Diese Darstellung ist unrichtig und weder im Wortlaut noch im Sinn jener Verordnung begründet.

Der König spricht im Eingang der von Paris datirten Verordnung den Gedanken aus, dass die so glücklich veränderten Umstände des Staates, insbesondere die bedeutende Erweiterung seiner Grenzen eine „vollständige Organisation der inneren Verwaltung" nötig mache; zudem müsse, da die Zeitumstände noch eine längere Abwesenheit des Königs von seinem Lande und die Anwesenheit des Staatskanzlers beim Könige erforderlich machten, auch diesem Umstande in der Staatsleitung Rechnung getragen werden.

Die Verordnung bezeichnet sich nicht als eine vorübergehende, man ist demnach nicht ohne weiteres berechtigt, sie als ausser Kraft getreten zu erklären. Dennoch aber darf behauptet werden: die Verordnung trägt den Stempel ausserordentlicher Zeitumstände an der Stirne und sie will die durch diese besonderen Zeitumstände geforderten Anordnungen treffen; darum verweist dieselbe auch ausdrücklich für die wirkliche und erschöpfende Erledigung der Organisationsfragen auf die Zukunft. Da der durch die Verordn. v. 27. Oct. 1810 bestellte Staatskanzler sich im Feldlager beim König befand, ergab sich naturgemäss das Bedürfnis einer Vertretung desselben und diesem Bedürfnis ist die Verordn. v. 3. Juni 1814 entsprungen; in zaghafter und unzulänglicher Weise suchte sie diesem Bedürfnis abzuhelfen; die Einrichtung eines Gesamtstaatsministeriums als beschliessender Collegialbehörde der Centralverwaltung ist aber in derselben nicht beabsichtigt, diese Einrichtung war auch nur möglich bei Beseitigung des allmächtigen Staatskanzlers. Statt dessen bestimmt die Verordnung über den Staatskanzler Folgendes: „Ihre Verhältnisse als Staatskanzler bleiben im Ganzen die-

1) Gesch. III, 106.

2) Arndt, die Verf. Urk. (2) S. 113. v. Stengel Verwaltungsorganisation 69. Schulze, preuss. Staatsr. I, 282 und wol auch G. Meyer Staatsr. 261, zutreffend dagegen Löning Verw.-R. S. 67.

selben, wie sie in der Verordn. v. 27. Oct. 1810 geordnet sind. Alle Berichte des Ministerii oder der Minister an Mich werden Ihnen ohne Ausnahme zugeschickt, damit Sie die Uebersicht der ganzen Verwaltung behalten und nötigenfalls mir Ihre Meinung darüber abgeben können. Sie legen Mir sodann nach Beschaffenheit der Gegenstände diese Berichte selbst vor und machen Mir entweder daraus Vortrag oder überlassen solches den Ministern".

Sodann folgen Vorschriften über die Ressortministerien, welche sich von denjenigen der Gesezgebung von 1808 und 1810 nur im Einzelnen, insbesondre durch Schaffung eines besonderen Polizei-Ministeriums unterscheiden. Die Einrichtungen der Verordn. v. 16. Dec. 1808 haben eine principielle Veränderung weder durch die Verordn. v. 3. Juni 1814 noch durch irgendwelche spätere Anordnung erfahren.

Ueber die Zusammenfassung der Ministerien zu einem Staatsministerium enthält die Verordnung nur folgenden kurzen Satz: dasselbe solle „sich wöchentlich einmal oder falls es nötig ist, mehrmals versammeln und allgemeine Gegenstände, desgleichen solche, wo die Ressorts in einander greifen und eine gemeinschaftliche Ueberlegung erforderlich ist, mit einander *berathen*". Von einer Beschlussfassung, von selbständiger Anordnung der Ausführung ist keine Rede. Vielmehr gehen die „Berichte des Ministerii" an den Staatskanzler, welcher darüber dem König vorträgt. Im übrigen bleibt die ganze ungeheure Competenz, die die Verordn. v. 27. Oct. 1810 dem Staatskanzler gegeben hatte, völlig unberührt, insbesondre also sein Recht des suspensiven Eingreifens und für dringliche Fälle des positiven Anordnens in allen Ressorts, sein Recht, von allen Specialministern Rechenschaft zu fordern, sein Recht alle Angelegenheiten dem König in seiner Auffassung unmittelbar vorzutragen. An diesen das Ganze der Staatsverwaltung im Staatskanzler concentrirenden Befugnissen hat die Verordn. v. 1814 Nichts geändert, sie hat lediglich eine Form geschaffen, in welcher bei Abwesenheit des Kanzlers oder falls dieser — er war nunmehr 64 Jahre alt — eine Entlastung wünschte, Staatsangelegenheiten für die Entscheidung des Königs bearbeitet werden konnten, jedoch immer unter der Controlle und dem entscheidenden Einfluss des Staatskanzlers. Es ist somit schwer erklärlich, wie in dieser Verordnung die Herstellung eines wirklichen Collegial-Ministeriums hat gefunden werden

können; ein solches war bei Aufrechthaltung der Verordn. v. 27. Oct. 1810 unmöglich und an dieser hat die Verordn. v. 3. Juni 1814 nicht ein Jota geändert. Man braucht nur diese Verordnung mit derjenigen v. 24. Nov. 1808 zu vergleichen, um sich sofort über den himmelweiten Unterschied klar zu werden, welcher zwischen einer in Wahrheit collegialen Behörde der obersten Staatsverwaltung und dem wesenlosen Schein eines Gesamtstaatsministeriums der Verordn. v. 3. Juni 1814 besteht.

Der Staatsrat wird auch jetzt nicht eingeführt.

„Es ist — so erklärt der König — fortwährend meine Absicht, dass der Staatsrat so bald als möglich in Aktivität komme, und aus den Prinzen Meines Hauses, Ihnen als Präsidenten, den Staatsministern und den Personen, die Ich ausserdem zu Mitgliedern zu ernennen für gut finden werde, bestehen soll, jedoch soll derselbe keine Art der Verwaltung führen, sondern nur über allgemeine Gesetze, nachdem solche vorher in der Gesetzescommission geprüft worden sind, oder über besondere Gegenstände nach Meinem ausdrücklichen Befehl sich beraten. Ich behalte Mir vor, über die Anordnung desselben, sowie über die der ständischen Verfassung und Repräsentation nach Meiner Rückkehr einen Beschluss zu fassen" —

Die Verordn. v. 3. Juni 1814 hat somit ein collegiales Gesamtstaatsministerium im Rechtssinne nicht geschaffen, vielmehr rechtlich es lediglich bei den bestehenden Einrichtungen belassen, aber thatsächlich die Möglichkeit eröffnet, den Staatskanzler durch das Staatsministerium zu ersetzen, falls ersterer dies eben gestatten wollte. Die Berufung auf die V. v. 3. Juni 1814 für die behauptete Collegialität des preussischen Staatsministeriums entbehrt des Grundes; auch nach der V. v. 16. Dec. 1808 waren die durch die V. v. 3. Juni 1814 angeordneten beratenden Ministerialconferenzen jedenfalls rechtlich möglich; irgendwelche entscheidende Thätigkeit aber räumt die Verordnung dieser Ministerialconferenz nicht ein und letztere ist somit weit verschieden von der „gesetzlich geordneten Ministerialconferenz", wie solche Stein zuerst gedacht und wie sie ihm sich dann zum Gedanken des Staatsrates erweitert hatte.

Rechtsvorschriften enthält die V. v. 3. Juni 1814 nur bezüglich des neu errichteten Polizeiministeriums und des Ressortumfangs der Specialministerien.

VI. Die Verordnung v. 20. März 1817[1]).

So bedeutungslos die V. v. 3. Juni 1814 für die Entwicklung des Staates und Staatsrechtes in Preussen war, so bedeutsam wurde die Gesetzgebung des Jahres 1817, insbesondere die V. v. 20. März d. J. Durch sie gelangte endlich der Gedanke des Staatsrates zur Verwirklichung und dieser Staatsrat hat in der Zeit bis 1850 für die Staats- und Rechtsentwickelung in Preussen sich hohe Verdienste erworben und verdiente wol ein aus den Archiven gestaltetes Denkmal seiner segensreichen Wirksamkeit[2]). Auch der Gedanke des Gesamtstaatsministeriums ist in der Gesetzgebung dieses Jahres etwas weiter gefördert, wenn auch keineswegs in der Weise rechtlich ausgebildet, wie dies die herrschende Meinung schon für die V. v. 3. Juni 1814 behauptet.

Die Einzelheiten der V. v. 20. März zu betrachten liegt ausserhalb des Rahmens dieser Untersuchung, für welche lediglich die Feststellung der principiellen Punkte von Bedeutung ist. — Unter Berufung auf die Verheissungen der V. v. 27. Oct. 1810 und v. 3. Juni 1814 wird der Staatsrat nunmehr eingerichtet und seine Mitglieder ernannt[3]). Die Zusammensetzung ist die schon von Stein in der V. v. 24. Nov. 1808 vorgeschlagene, mit geringfügigen Abweichungen. Der Geschäftsgang wird sehr genau bis ins Einzelne geregelt.

Die principiell maassgebenden Gesichtspunkte sind:

1. An den bestehenden Einrichtungen der Centralverwaltung wird durch den Staatsrat Nichts verändert, insbesondere behalten Staatskanzler, Staatsministerium und Ressortministerien ganz unverändert ihren bisherigen Wirkungskreis. „Wir haben, sagt der König im Eingange, in Unserer V. v. 27. Oct. 1810 — — die Bestimmungen gegeben, nach welchen die obere Verwaltung Unseres Staats unter der Oberaufsicht und Controlle des Staatskanzlers geführt werden soll. Späterhin haben Wir durch einen Kabinetsbefehl v. 3. Juni 1814 unter dem Vorsitz des Staatskanzlers ein Staatsministerium angeordnet und dabei seine“ (sc. des Staatskanzlers) „Verhältnisse als solcher im Ganzen unverändert gelassen, insonderheit aber verordnet, dass alle Berichte

1) G. S. 1817 S. 67.

2) Vgl. E. Meier 138. Schulze, I, 287 ff. s. auch die Angaben bei Sailer: der preuss. Staatsrat (1884) S. 31–34.

3) Das Verzeichnis G. S. S. 74 f., ergibt 34 ernannte und 31 Mitglieder kraft Amtes, abgesehen von den Oberpräsidenten und commandirenden Generalen.

des Ministerii und der Minister an Uns ihm ohne Ausnahme zugeschickt werden sollen, damit er die Uebersicht der ganzen Verwaltung behalte und Uns nötigenfalls seine Meinung darüber abgeben könne. Wir haben ihm überlassen, Uns sodann nach Beschaffenheit der Gegenstände diese Berichte selbst vorzulegen und Uns Vortrag daraus zu machen oder solches den Ministern oder den bei Unserem Militär- und Civilkabinet angestellten vortragenden Personen zu übertragen.

Alle diese Einrichtungen bestätigen Wir und wollen, dass sie auch fernerhin genau beobachtet werden. Wir setzen auch fest, dass jeder Staatsminister mit dem Ende des Februars eine Darstellung seiner Verwaltung im abgelaufenen Jahre an Uns ablege und bei dem Staatskanzler einreiche".

2. In Consequenz der Bestimmung sub 1 ist sodann die Wirksamkeit des Staatsrates principiell festgestellt durch die Vorschrift: „der versammelte Staatsrat ist für Uns die höchste *beratende* Behörde; *er hat aber durchaus keinen Anteil an der Verwaltung*" [1]). Demgemäss gehören zu seinem Wirkungskreise nur „die Grundsätze, nach denen verwaltet werden soll, mithin:

a) alle Gesetze, Verfassungs- und Verwaltungsnormen, Pläne über Verwaltungsgegenstände, durch welche die Verwaltungsgrundsätze abgeändert werden, und Beratungen über allgemeine Verwaltungsmaassregeln, zu welchen die Ministerialbehörden verfassungsmässig nicht autorisirt sind, dergestallt dass sämtliche Vorschläge zu neuen oder zur Aufhebung, Abänderung und authentischer Declaration von bestehenden Gesetzen durch ihn an Uns zur Sanction gelangen müssen.

Die Einwirkung der künftigen Landesrepräsentation bei der Gesetzgebung wird durch die in Folge Unserer Verordnung v. 22. Mai 1815 auszuarbeitende Verfassungsurkunde näher bestimmt werden.

b) Streitigkeiten über den Wirkungskreis der Ministerien.

c) Alle Gegenstände, welche durch schon bestehende gesetzliche Bestimmungen vor den Staatsrat gehören (z. B. Entsetzung eines Staatsbeamten § 101 tit. X P. II A. L. R.).

1) Gneist a. a. O. S. 113: „der Staatsrat wurde 1817 wieder hergestellt, jedoch nur als gesetzberatender Körper; die Minister und ihre Räte behielten aber die uncontrollirte Direction ihrer Departements ungeschmälert bei"; dies ist zutreffend für die Zeit nach dem Tode des Staatskanzlers.

d) Alle Sachen, welche Wir in einzelnen Fällen an den Staatsrat weisen werden, welches dem Befinden nach besonders in Absicht auf die von Unseren Unterthanenen eingehenden Beschwerden über die Entscheidung der Ministerien geschehen wird. Wir werden jedesmal bestimmen, ob die Sache dem Staatsrat zur Entscheidung überlassen wird oder ob Wir dessen Gutachten verlangen.

Die auswärtigen Angelegenheiten sollen nur dann an den Staatsrat gebracht werden, wenn Wir es in wichtigen Fällen besonders verordnen".

Dem Staatsrat war durch diese Bestimmungen die Aufgabe gestellt, einmal ein Regulator in den Verhältnissen der Ministerien unter sich zu sein (oben b u. d); falls der Staatskanzler die ihm in der V. v. 27. Oct. 1810 übertragenen Machtbefugnisse energisch zur Geltung brachte, konnte diese Seite der Wirksamkeit des Staatsrates schwerlich zu erheblicher Bedeutung gelangen, wie dies auch, so lange Hardenberg lebte, thatsächlich der Fall gewesen zu sein scheint. Andrerseits aber war dem Staatsrat die hochbedeutsame und mit den Functionen des Staatskanzlers nicht collidirende Aufgabe gestellt: oberster Beirat der Krone in Sachen der Gesetzgebung zu sein. Hierin liegt principiell. und thatsächlich der Schwerpunkt der V. v. 20. März 1817. Dankbar darf und muss der Historiker des preussischen Staates anerkennen, was der Staatsrat als Gesetzgebungsfactor für den Staat geleistet hat, unbehindert durch hemmende Fractionspolitik, nicht hin- und hergeworfen von den Stürmen der Volksleidenschaft, durch keinerlei ausserhalb der Sache liegende Momente von dem strengen Ernste seiner Arbeit ab- und irregeleitet, nicht unter dem Banne einer manchmal sachkundigen, oft aber unwissenden oder oberflächlichen Eintagspresse stehend.

Alle Gesetze, Verwaltungsgrundsätze und allgemeinen Verwaltungsmaassregeln mussten erst vom Staatsrat mit Stimmenmehrheit beschlossen werden, ehe sie an den König gelangen konnten. Die Beratung im Plenum des Staatsrates wurde vorbereitet durch eingehende Beratung der zuständigen Abteilung; — es bestanden deren sieben: für Auswärtiges, Militär, Justiz, Finanzen, Handel und Gewerbe, Inneres und Polizei, Cultus und öffentliche Erziehung. „Zur gründlichen Erörterung der bei dem Staatsrate vorkommenden Gegenstände und zur Vorbereitung derselben für das Plenum, wo keine andere als völlig zur Entscheidung instruirte Sachen vorkommen dürfen, wird der Staatsrat in 7 besondere Abteilungen zerteilt" (§ 7). Mit grösster Sorgfalt und Genauig-

keit musste somit die Vorberatung der Gesetze erfolgen, ehe solche zur Sanction des Königs vorgelegt wurden. War, wie man dies vorauszusetzen berechtigt war, im Staatsrat die gesamte, durch Talent, Fleiss und Erfahrung gewonnene staatsmännische Einsicht der besten Köpfe des Landes concentrirt, so war die mit der V. v. 20. März 1817 geschaffene Form im absoluten Staat die denkbar höchste Garantie einer guten Gesetzgebung. An den Arbeiten der Abteilungen mussten die Minister selbst oder durch einen ihrer Räte teilnehmen, „um über alles Auskunft zu geben", jedoch ohne Stimmrecht (§ 10). Sowol in den Abteilungen als im Plenum erfolgte die Beschlussfassung mit Stimmenmehrheit, im Plenum mit Stichentscheid des Staatskanzlers bei Stimmengleichheit (§§ 12, 24[2]). Die im Staatsrat zu erledigenden Sachen mussten demselben vom König besonders zugewiesen werden, soweit diese Zuweisung nicht bereits in allgemeinen gesetzlichen Vorschriften enthalten war (§§ 20 verb. 2, b c). Nach dem Referenten sollte der Ressortminister sich äussern, daraufhin konnte eine Debatte stattfinden, vor der Abstimmung hatte der Referent das Recht des Schlusswortes (§ 24). Die Entscheidung erfolgte grundsätzlich durch Abstimmung: „die Gutachten oder Beschlüsse werden nach der vorhandenen Mehrheit der Stimmen im Staatsrat abgefasst" (§ 25). Jeder Beschluss des Staatsrates unterlag endlich der Entscheidung des Königs. Nur Beschlüsse aber d. i. mit Stimmenmehr gemäss §§ 24. 25 entschiedene Angelegenheiten kamen vor den König; die Ansicht einer Minderheit im Staatsrate zu sanctioniren, konnte der König somit rechtlich überhaupt nicht in die Lage kommen. „Wenn Wir nicht Selbst anwesend im Staatsrate entscheiden, wird Uns das Gutachten desselben durch Unsern Staatskanzler vorgelegt. Wir werden alsdann bestimmen, ob Wir den Beschluss des Staatsrates genehmigen oder die Genehmigung verweigern oder solchen mit Bemerkungen dem Staatsrate zur anderweiten Beratung zurückgeben. — Die Gutachten des Staatsrats und die entworfenen Gesetze und Verordnungen sind ohne Ausnahme Unserer Bestätigung unterworfen und erhalten für die ausübenden Behörden nur dann Kraft, wenn Unsere Sanction erfolgt ist. Jedes Gesetz wird vom Präsidenten contrasignirt und vom Minister-Staatssecretär beglaubigt" (§ 28).

In dieser Formation und auf Grund dieser materiellen Vorschriften hat der Staatsrat vom 30. März 1817, dem Tage seiner Eröffnung, bis z. J. 1848 segensreich gewirkt, eine Einrichtung des absoluten Staates für Ausübung der höchsten Function der

Staatsgewalt, der Gesetzgebung, welche in vieler Beziehung die bedeutsamen Vorzüge der modernen Parlamente in sich trug, in mancher Richtung dieselben erheblich übertraf.

Die Stürme des Jahres 1848 haben in den Staatsrat den Todeskeim gelegt. Während nach der Gesetzgebung von 1817 Gesetze, wenn auch immer die Beratung der einzelnen Entwürfe dem Staatsrat vom König besonders überwiesen wurde, die Beratung des Staatsrates durchmachen mussten und erst auf Grund seiner Beschlussfassung zur Sanction des Königs kommen konnten, hat die[1]) Verordn. v. 6. Januar 1848 § 5 die Beratung des Staatsrates über Gesetzentwürfe und damit den Staatsrat selbst rein facultativ gemacht. Man betrachtete ihn als durch die Einrichtung der Volksvertretung ersetzt und überflüssig gemacht[2]). So wenig diese Meinung juristisch als begründet zugegeben werden kann, so sind doch die wiederholten Versuche einer Wiederbelebung des Staatsrates im Rahmen der constitutionellen Staatseinrichtungen[3]) vergeblich gewesen. Das heutige Staatshandbuch[4]) führt zwar den Staatsrat als bestehende Einrichtnng auf; aber er ist zum wesenlosen Scheine geworden.

VII. Die Verordnung v. 3. November 1817[5]).

Der durch die V. v. 20. März 1817 angeordnete Staatsrat trat alsbald in Wirksamkeit. „Durch die Errichtung des Staatsrats ist dafür gesorgt, dass die Gesetze gehörig geprüft Meiner Sanction unterworfen werden" — so beginnt die Kab. O. v. 3. Nov. 1817 „wegen der Geschäftsführung bei den Oberbehörden in Berlin".

Die Neuerungen dieser Kabinetsordre beziehen sich vorzüglich auf die Ressortministerien, speciell die Ressorts der Finanzen, des Inneren und der Justiz; die einschneidendste derselben war die Errichtung eines besonderen Cultusministeriums, welches der König Altenstein übertrug. Alle diese Neuerungen enthalten nur einen weiteren Ausbau des Stein'schen, zuerst in der V. v. 16. Dec. 1808 positives Recht gewordenen Systemes der Ressortministerien und entbehren der principiellen Bedeutung (Ziff. I—IV).

---

1) G. S. S. 15.

2) Vgl. Gneist, die staatsrechtl. Fragen des Volksschulgesetzes (1892) S. 109.

3) A. Erl. v. 12. Januar 1852, Kab. O. v. 27. Juni 1854, dazu die Denkschr. d. Regierung v. 5. Januar 1855 (Sten. Ber. 1854/55 Anl. 36. 37).

4) Staatshandb. S. 53 ff.

5) G. S. S. 289.

Ausserdem aber enthält die Kabinetsordre noch folgende principiell wichtige Vorschrift:

„VIII. Damit das gesamte Staatsministerium das Ganze der Verwaltung stets übersehe, soll jeder Minister verpflichtet sein, von Zeit zu Zeit allgemeine Uebersichten der ihm anvertrauten Geschäftszweige zur Kenntnis des Ministeriums zu bringen; insonderheit aber sollen darin *vorgetragen* und *beraten* werden:

1. alle Entwürfe zu neuen Gesetzen und Abänderungen, ohne Ausnahme, bevor sie an den Staatsrat gelangen; desgleichen Anordnungen, die ein allgemeines Interesse betreffen oder in der bestehenden Verfassung etwas verändern;

2. die Verwaltungsrechenschaften der Oberpräsidenten für das abgelaufene Jahr;

3. die Verwaltungspläne derselben für das künftige Jahr;

4. die monatlichen sog. Zeitungsberichte der Regierungen;

5. periodische Uebersichten vom Zustande der Generalkassen;

6. die Etats der General- und Provincial-Hauptkassen, soweit sie die laufende Verwaltung betreffen[1]), auch die Militär-Etats;

7. abweichende Ansichten zwischen einzelnen Ministern;

8. Militär-Einrichtungen, sofern sie das Land angehen[2]);

9. die Vorschläge wegen Anstellung der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und derer der oberen Justizcollegien, der Directoren, der Oberforstmeister und mit diesen gleichen Rang habenden Beamten;

10. die Vorschläge zu vortragenden Räten bei den Departements bleiben den diese leitenden Ministern überlassen; nur müssen sie sich, wenn es einen in einem andern Departement angestellten oder unter demselben stehenden Beamten trifft, mit dem Chef desselben darüber vereinigen.

Sie, den Staatskanzler, und Sie, die Minister können durch die bei Ihnen angestellten Räte Vorträge im Ministerium halten lassen.

Wie oft das Ministerium sich versammeln müsse, wird von dem Umfang der Geschäfte abhängen".

Diese Vorschriften werden im Eingang der Kabinetsordre in

---

1) Ueber die Controlle des Kassenwesens s. noch die V. v. 11. Januar und 21. Oct. 1819, 17. Jan. 1820, 29. Mai 1826 (G. S. 1819, 10 ff. 1820, 21 ff. 1826, 45).

2) Dazu speciell über die Landgestüte noch Kab. O. 15. Febr. 1816.

folgender Weise begründet: durch die Errichtung des Staatsrates sei für gehörige Vorbereitung und Durcharbeitung der Gesetzentwürfe gesorgt, durch die Instruction für die Provincialbehörden ebenso dafür, dass die Verwaltung „nach allgemeinen Grundsätzen und Vorschriften unter ihrer Verantwortlichkeit selbständig" geführt werde; „die Ministerien aber sind zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgebracht, jene Vorschriften zu erteilen, die Gesetze vorzubereiten und darüber zu wachen, dass sie überall befolgt werden". „Um aber auch den Mängeln abzuhelfen, welche sich aus einer gar zu grossen Anhäufung von Gegenständen bei einer Geschäftsabteilung und Person ergeben zu haben", werden drei neue Ressortministerien errichtet; endlich: „um es einem jeden Minister möglich zu machen, den ihm anvertrauten Geschäftszweig gründlich zu übersehen und zu leiten, *dem gesamten Ministerium aber, das Ganze der Staatsverwaltung richtig zu beurteilen, und dahin zu sehen, dass der Zweck so vollkommen als möglich und mit Einheit erfüllt werde*", werden die Anordnungen über das Gesamt-Staatsministerium gegeben. —

Unzweifelhaft liegt in diesen Anordnungen eine weitere Entwickelung des Gedankens der V. v. 3. Juni 1814 und zwar in specieller Formulirung, nicht bloss in allgemeinen Wendungen. Dem Staatsministerium sind zugewiesen: 1. die „Vorschläge wegen Anstellung" der vortragenden Räte der Centralstellen und der leitenden Beamten für die Verwaltung der Provinzen (Ziff. 9. u. 10), also die für das Gesamtinteresse des Staates wichtigen Personalsachen; 2. Militärsachen, die das Ganze des Staates betreffen (Z. 8); 3. der Staatshaushalt für die Central- und Provincialverwaltung (Z. 6); 4. der Wirkungskreis der Oberpräsidenten als der Commissare des Ministeriums in den Provinzen (Ziff. 2 und 3); 5. die Presse (Z. 4); 6. der „Zustand der Generalkassen" (Z. 5); endlich und besonders 7. Competenzconflicte der Ministerien (Z. 7) und 8. „Entwürfe zu neuen Gesetzen und Abänderungen, ohne Ausnahme", sowie Anordnungen allgemeiner Natur und Verfassungsänderungen (Z. 1).

Man wird zugeben müssen: die materiellen Vorschriften der V. v. 3. Nov. 1817 sind sehr viel umfassender, als diejenigen der V. v. 3. Juni 1814; sie umfassen die wichtigsten Functionen des Staates nach allen Richtungen; in jenen Vorschriften konnte enthalten sein: 1. eine die Einheit der Verwaltungsgrundsätze in sachlicher und persönlicher Beziehung vollkommen garantirende Controlle der Central- und Provincialverwaltung (Z.Z. 2. 3. 9. 10);

2. eine positive Feststellung des Staatshaushaltes und Controlle des Staatsfinanzwesens (Z. 6. 5); 3. eine positive Feststellung des staatlichen Gesamtinteresses bei den Heereseinrichtungen (Z. 8); 4. eine positive Feststellung des staatlichen Gesamtinteresses bei allen aus den einzelnen Ressorts hervorgegangenen Gesetzentwürfen, vorbehaltlich der weiteren Prüfung und Entscheidung durch den Staatsrat (Z. 1).

Erwägt man lediglich diesen materiellen Inhalt unserer Verordnung, so gewinnt man unzweifelhaft das Resultat: der collegialen Erledigung durch das Gesamtstaatsministerium war zugewiesen einmal die Vorberatung der Gesetzentwürfe, sodanu die oberste einheitliche Leitung der Verwaltung. Der erste Punkt enthält keinen Widerspruch zu der V. v. 20. März 1817; die beiden Vorschriften fügen sich vollkommen ineinander: erst sollte das Collegium des Staatsministeriums, dann in höherer Instanz das Collegium des Staatsrates über Gesetzentwürfe seinen Spruch fällen.

Anders aber verhält es sich mit den auf die Verwaltung bezüglichen Vorschriften: der Widerspruch zu der Verordn. v. 27. Octbr. 1810 ist ein klaffender; nach der lezteren liegt die einheitliche Leitung der Verwaltung von Aufsichtswegen ganz in der Hand des Staatskanzlers, nach der V. v. 3. Nov. 1817 tritt das Staatsministerium breit in den Vordergrund; genau dieselben Motive, welche dort für die Functionen des Staatskanzlers, werden hier für die dem Gesamt-Staatsministerium zugewiesene Aufgabe geltend gemacht: „das Ganze der Staatsverwaltung richtig zu beurteilen und dahin zu sehen, dass der Zweck so vollkommen als möglich und mit Einheit erfüllt werde".

Die materiellen Vorschriften der V. v. 27. Oct. 1810 und derjenigen v. 3. Nov. 1817 über die centrale Leitung der Verwaltung schliessen sich aus: erstere begründet die Einheit der Staatsverwaltung auf das Präfectur-, letztere auf das Collegialsystem. Gleichwol wurde die V. v. 27. Oct. 1810 weder formell aufgehoben, noch als durch den Inhalt der V. v. 3. Nov. 1817, die den Staatskanzler nicht mit einem Wort erwähnt[1]), aufgehoben betrachtet. Der Grund hiefür liegt darin, dass die V. v. 3. Nov. 1817 ein Messer ohne Heft war; das Messer mit dem Heft hatte vorerst noch der Staatskanzler, Fürst Hardenberg, in der Hand.

1) Wol aus dem Grunde, weil die V. v. 20. März sich hierüber grundsätzlich ausgesprochen hatte s. oben S. 98 f.

Der V. v. 3. Nov. 1817 fehlt jegliche Executive. Richtig und präcis ist der Zweck bestimmt; richtig, präcis und vollkommen ausreichend sind die Einzelvorschriften, um eine collegiale Centralverwaltung herzustellen. Aber diese Gegenstände sollen nur „vorgetragen und *beraten* werden"; die einzelnen Minister sollen nur „verpflichtet" sein, dem Collegium den Stand ihres Ressorts „von Zeit zu Zeit" — „zur Kenntnis zu bringen". Weiter reicht die Sache nicht. Von einer wirklichen Entscheidung, von einer Beschlussfassung des Collegiums mit zwingender Kraft für den einzelnen Minister ist keine Rede: es wird nur „vorgetragen und beraten" und mit dem lehrreichen Vortrage kann dann der Ressortminister — thun, was er will![1]) Zunächst allerdings noch: vorbehaltlich des Eingriffes des gemäss der V. v. 27. Oct. 1810 allmächtigen Staatskanzlers. Die V. v. 3. Nov. 1817 aber enthält auch nicht eine Spur von Rechtsvorschriften über eine vom Collegium des Staatsministeriums nach dem Vortrag und der Beratung zu fällende Entscheidung; es sind auch später Rechtsvorschriften hierüber nicht ergangen; das preussische Staatsrecht enthält demnach Rechtsvorschriften dieser Art bis auf den heutigen Tag nicht. Die Vorschriften Ziff. VIII der V. v. 3. Nov. 1817, welche für die wirkliche Herstellung eines collegialen Staatsministeriums eine durchaus brauchbare Grundlage hätten sein können, sind Mangels einer Executiv-Vorschrift nicht viel mehr als ein „Monolog des Gesetzgebers" gewesen, ja sie konnten, weil sie den Schein eines Collegialsystemes, welches nicht vorhanden war, hervorriefen, geradezu verhängnisvoll wirken.

Somit muss das Schlussresultat dieser Untersuchung sein: auch die V. v. 3. Nov. 1817 hat, trotz des in dieser Beziehung erweckten Anscheines, ein wirkliches colle-

1) Schulze I, 245 erklärt es zuerst für unbedingt erforderlich, dass eine Ministerialconferenz besteht, in welcher „beraten und beschlossen" wird, fährt aber dann fort: „das Gesamtministerium beräth allerdings in Form eines Collegiums, eine bindende collegialische Beschlussfassung nach Stimmenmehrheit ist aber nicht denkbar; denn einerseits steht es dem Könige immer frei, die Ansicht der Minderheit zur seinigen und damit zur allein durchschlagenden und siegreichen zu erheben, andrerseits kann nie ein Fachminister gezwungen werden, eine seiner Ueberzeugung widerstrebende, von der Mehrheit beschlossene Maassregel in seinem Departement durchzuführen. Letzteres würde mit der Verantwortlichkeit der Ressortminister in Widerspruch stehen und sie aus selbständigen leitenden Staatsmännern zu Vollzugsorganen einer ihnen übergeordneten Instanz herabsetzen". — Das sind unlösbare Widersprüche: weder Stein noch Hardenberg waren dieser Meinung.

legiales Staatsministerium in Preussen nicht geschaffen.

VIII. Vom Tode des Staatskanzlers, Fürsten Hardenberg, bis zur Verfassungsurkunde.

Am 26. Nov. 1822 starb Hardenberg. Das Amt des Staatskanzlers wurde damals nicht wieder besetzt und ist seitdem nicht mehr besetzt worden. Schon vor Hardenbergs Tode war der Staatsminister von Voss zum Vicepräsidenten des Staatsrats und Staatsministeriums, nach demselben zum Präsidenten des Staatsrats, aber nicht des Staatsministeriums ernannt werden[1]). Zu irgendwelcher formalen Veränderung der vorhandenen Gesetzgebung aber gab die Nichtwiederbesetzung des Staatskanzleramtes keinen Anlass. Weder 1822 noch in den folgenden Jahrzehnten bis zum Erlass der Verfassungsurkunde hat die Gesetzgebung über Organisation und Wirkungskreis der obersten Staatsbehörden irgendwelche principielle Veränderung erfahren. Und auch im J. 1848 wurde durch die V. v. 6. Januar nur die rechtliche Stellung des Staatsrates dahin geändert, dass er aus einem obligatorischen in einen, dem Willen des Königs gemäss, facultativen Factor der Gesetzgebung umgewandelt wurde; die Stellung des Staatsministeriums dagegen erfuhr auch 1848 keine Veränderung.

Versuchen wir den durch diese Thatsachen hervorgerufenen Rechtszustand zu formuliren, so ergeben sich folgende Sätze:

1. die Ressortministerien, an welchen im Einzelnen mehrfache Veränderungen erfolgten[2]), entfalteten und consolidirten sich mehr und mehr gemäss den in den V. v. 16. Dec. 1808 und 27. Oct. 1810 enthaltenen leitenden Vorschriften;

2. der Staatskanzler existirte nicht mehr, somit waren alle in der V. v. 27. Oct. 1810 über dieses Amt enthaltenen Vorschriften unanwendbar geworden und damit dem durch diese Verordnung aufgerichteten Gebäude der Centralverwaltung die Grundlage entzogen; es ist in dieser Periode kein Versuch gemacht worden, auf die Gedanken der V. v. 27. Oct. 1810, etwa in der Form eines Ministerpräsidenten, zurückzukommen; zwar wurde weiterhin ein „Vorsitzender" des Staatsministeriums ernannt, jedoch ohne dass diesem Amt irgendwelche erhöhte rechtliche Bedeutung beigelegt worden wäre: keine Rechtsvorschrift irgend-

1) Kab. O. v. 18. Sept. u. v. 2. Dec. 1822 (G. S. 1822, S. 24, 1823 S. 1).

2) Ueber diese Einzelheiten s. Bornhak, Gesch. d. pr. Verw. R. III, 104 ff.

welcher Art wurde über diesen „Vorsitzenden" erlassen, so das diese Stellung in der That nur in der Sitzordnung und der äusserlichen Leitung der Beratungen erkennbar wurde; rechtlich, als Bestandteil der Organisation existirt das Amt eines preussischen „Ministerpräsidenten" bis auf den heutigen Tag nicht [1]).

Die Ressortminister waren somit seit 1822 in ihrer Selbständigkeit jedenfalls durch einen an der Spitze des „Collegiums" stehenden Premierminister nicht eingeschränkt.

3. Waren sie es durch das „Collegium"? Auch diese Frage muss verneint werden.

Die V. v. 3. Juni 1814 hatte ein „Staatsministerium" angeordnet und die V. v. 3. Nov. 1817 hatte dieser Einrichtung eine breite Grundlage gegeben. Aber die strenge juristische Prüfung des letzteren Gesetzgebungsaktes hat das negative Resultat ergeben: dass dieses mit einer Fülle wichtigster Functionen ausgestattete und auf Grund dieser Vorschriften zur Aufrechthaltung der Einheit in der Staatsverwaltung wol befähigte Staatsministerium nicht die allermindeste Executive besass; weder bestand für dieses „Collegium" eine Rechtspflicht, Beschlüsse zu fassen, noch hatte dasselbe als solches irgendwelche Möglichkeit, etwa gefasste Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Eine solche war nur auf Grund directen Befehles des Königs rechtlich möglich. Aber die V. v. 3. Nov. 1817 hatte nicht einmal den Weg geordnet, auf welchem etwaige Beschlüsse des Staatsministeriums an den König gebracht werden konnten. Mochte nun auch dieser formelle Mangel, so wenig man ihn bei den strengen Formen des monarchischen Staates unterschätzen darf, kein unübersteigliches Hindernis bilden, so ist doch zweifellos klar, dass dieser Weg nicht geeignet war, die Einheit der laufenden Verwaltung sicher zu verbürgen: der territoriale Umfang des Staates und die stets anwachsende sachliche Ausdehnung der Staatsgeschäfte war viel zu gross geworden, als dass eine so intensive Teilnahme des Monarchen selbst an der Staatsverwaltung wie zur Zeit Friedrich Wilhelm I. möglich gewesen wäre; zudem rief man gewiss die Entscheidung des Monarchen nur in besonders wichtigen Fällen an und dies konnte nicht ausreichen, die dauernde Einheit der Staatsverwaltung zu sichern.

Die Construction des Staatsministeriums war somit viel zu schwach, um dem Zweck der einheitli-

1) S. hierüber unten S. 121 ff.

chen Leitung der Staatsverwaltung genügen zu können[1]).

4. Endlich der Staatsrat.

Der Staatsrat war auf Grund der V. v. 20. März 1817 in volle und schöne Wirksamkeit getreten als oberster Kronrat in Sachen der Gesetzgebung; ausdrücklich aber hatte die Verordnung bestimmt: „er hat aber durchaus keinen Anteil an der Verwaltung". In den Specialvorschriften war nun dieser Gesichtspunkt doch nicht strenge festgehalten, vielmehr waren 1. Streitigkeiten über den Wirkungskreis der Ministerien der Entscheidung des Staatsrates überwiesen und 2. konnte der König jederzeit Sachen der Centralverwaltung dem Staatsrat direct übertragen. Damit war die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Ressortverwaltung im Sinne der grundsätzlichen Einheit der Centralverwaltnng immerhin gegeben. Aber die Voraussetzung für die Ueberweisung einer Sache an den Staatsrat durch den König war, dass dieselbe überhaupt an den König gelangt war: dass dies nicht die Regel sein konnte, sondern nur Ausnahme war, wurde oben bereits als aus der Natur der Dinge folgend festgestellt. Auch Streitigkeiten über den Wirkungskreis der Ministerien, obzwar durch gesetzliche Vorschrift der Entscheidung des Staatsrates vorbehalten, mussten demselben erst formell durch den König zugewiesen werden; trotz dieses schwerfälligen Geschäftsganges scheint der Staatsrat nach dieser Richtung eine erhebliche Wirksamkeit geltend gemacht und damit in der Periode bis 1848 doch die Einheit der obersten Staatsverwaltung unter und über den Einzelministerien einigermaassen gewahrt zu haben. Aber vollkommen genügend konnten in dem grossen Staate und bei der immer wachsenden Staatsthä-

1) And. Ans. Bornhak Gesch. III, 108: „das Staatsministerium und die einzelnen Staatsminister als höchste ausführende — — Behörde. Die ganze Centralverwaltung hatte vollständig die Klarheit und Einfachheit des französischen Systemes gewonnen. Durch die Begründung des Staatsministeriums und das Eingehen des Staatskanzleramtes war auch das gewonnen, was Stein mit seinem Staatsrat hatte erreichen wollen, die einheitliche Leitung der Verwaltung durch eine einheitliche Behörde. — — Im Staatsrat und Staatsministerium war jetzt eine Centralverwaltung erreicht, welche die Einheit der Verwaltung mit der Selbständigkeit der Ressorts, Schnelligkeit der Ausführung mit Gründlichkeit der Beratung vereinigte, welche mit einem Worte das würdige Seitenstück zu jener Organisation der Centralverwaltung bildet, welche einst Friedrich Wilhelm I. geschaffen". Leider ist dies Urteil ganz unzutreffend, vgl. hiefür auch Gneist: die staatsrechtl. Fragen d. preuss. Volksschulgesetzes S. 56: die Schulverwaltung ist wol das charâcteristischste Beispiel für die Allmacht der Ressortminister in Preussen.

tigkeit diese Vorschriften nicht sein: der Staatsrat war und blieb in erster Linie Organ der Gesetzgebung, nicht aber, wie Stein dies gewollt hatte, zugleich auch Regulator der Verwaltung[1]).

Von 1822—1848 war somit eine grundsätzlich organisirte, festgeordnete Behörde zur Wahrung der Einheit der Staatsverwaltung nicht vorhanden; die Entscheidung des Staatsrates oder des Königs selbst konnte nur in Ausnahmefällen den Mangel einer solchen Centralinstanz ersetzen, des ersteren nach der Lage der Gesetzgebung, des letzteren nach der Natur der Dinge. —

IX. Die Verfassungsurkunde und die Specialgesetzgebung seit 1850.

I. Die gewaltigste Umgestaltung, welche das preussische Staatsrecht je erfahren hat, liegt in der Verfassungsurkunde v 31. Januar 1850. Vorschriften über die Organisation der Centralbehörden enthält dieses preussische Grundgesetz nicht: weder vom Staatsrat noch vom Staatsministerium als solchem noch von einem Staatskanzler oder Ministerpräsidenten ist darin die Rede; nur „von den Ministern“ — Ueberschrift von tit. IV. — ist gehandelt, aber auch bezüglich ihrer nur, insoweit die Rechte des Königs und der Volksvertretung in Betracht kommen. Demnach ist das ältere Recht in Kraft geblieben, soweit dasselbe nicht ausdrücklich aufgehoben — dies ist nur in wenigen Punkten (s. unten S. 114) geschehen — oder unanwendbar geworden ist.

Die Verfassungsurkunde stellt zuvörderst in Art. 45 das Princip fest: „der König ernennt und entlässt die Minister“. Es ist unbezweifelt und unbezweifelbar, dass der König in der Berufung und Entlassung der Minister rechtlich völlig unbeschränkt ist. Man findet in diesem Satze mit Recht einen Grund- und Eckstein des preussischen und im weiteren Sinne des deutschen Staatsrechtes.

Vor diesen Satz aber hat die Verfassungsurkunde in Art. 44 den anderen Grundsatz gestellt: „die Minister des Königs sind verantwortlich“ und dieser Grundsatz hat noch eine Erläuterung gefunden in dem weiteren Satze desselben Artikels: „alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegen-

1) Vgl. hieher die Bemerkung von Gneist: die staatsrechtl. Fragen des Volksschulgesetzes (1892) S. 113.

zeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt". Unzweifelhaft waren die Minister auch vor Erlass der Verfassungsurkunde „verantwortlich", nämlich dem Könige; an diesem Grundsatze konnte und wollte die Verfassungsurkunde nichts ändern; er ist in dem oben erwähnten Satze des Art. 45 implicite enthalten. Die Verantwortlichkeit des Art. 44 aber ist nicht diejenige gegenüber dem Könige; dies ergibt sich mit Notwendigkeit aus dem zweiten Satze, wo dieselbe mit klaren Worten näher bestimmt ist als eine Verantwortlichkeit für „alle Regierungsakte des Königs". Demgemäss ist es unbezweifelt, dass die Verantwortlichkeit des Art. 44 der Volksvertretung gegenüber besteht; daraus sind dann in Art. 60 Abs. 2 und Art. 61 — allerdings in völlig ungenügender Weise — Folgerungen executiver Natur gezogen, die präcise Bestimmung aber über die Fälle der Ministeranklage, die Strafen und das Verfahren der zukünftigen Specialgesetzgebung vorbehalten; ein Specialgesetz hierüber ist jedoch bis heute nicht ergangen. — Die Streitfragen über die „Verantwortlichkeit" der Minister liegen ausserhalb des Rahmens dieser Arbeit; inwieweit etwa Verantwortlichkeit und Collegialsystem in — positivem oder negativem — Zusammenhang stehen, wird weiterhin noch zu prüfen sein.

II. Ueber das „Staatsministerium" als Gesamtorgan des Staates enthält die Verfassungsurkunde nur an drei Stellen Specialvorschriften materieller Art, welche das Vorhandensein eines solchen voraussetzen:

1. Art. 57. „Ist kein volljähriger Agnat vorhanden, und nicht bereits vorher gesetzliche Fürsorge für diesen Fall getroffen, so (a) hat das Staatsministerium die Kammern zu berufen, welche in vereinigter Sitzung einen Regenten erwählen. (b) Bis zum Antritt der Regentschaft von Seiten desselben führt das Staatsministerium die Regierung".

2. Art. 58[2]. „Bis zu dieser Eidesleistung" — des Regenten auf die Verfassung — „bleibt in jedem Falle das bestehende gesamte Staatsministerium für alle Regierungshandlungen verantwortlich".

3. Art. 63. „Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesamten Staatsministeriums, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber" etc.

Dazu kommen folgende Vorschriften der Specialgesetzgebung:

4. Die Auflösung der communalen Vertretungskörper — Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage, Provinciallandtage — erfolgt durch Königliche Verordnung, welche vom Gesamtstaatsministerium gegengezeichnet sein muss (Städte-O. § 79, Kreis-O. § 179, Provinc.-O. § 122, analog alle übrigen einschlägigen Gesetze für die Monarchie; für die Auflösung von Gemeindevertretungen fordert die Landgem.-O. § 142 nur allgemein „Königliche Verordnung").

5. Das Gesamtstaatsministerium kann zwar nicht den Belagerungszustand verhängen — dies Recht hat nach Reichsverf. Art. 68 nur der Kaiser[1]) —, wol aber unter gewissen, gesetzlich näher bezeichneten Voraussetzungen ohne Belagerungszustand bestimmte Verfassungsartikel (5. 6. 27. 28. 29. 30. 36) zeitweilig ausser Kraft setzen (Verf.-Urk. Art. 111 mit Ges. v. 4. Juni 1851 § 16, indess § 2 Abs. 2 durch Reichsverf. Art. 68 a. a. O. aufgehoben ist);

6. das Staatsministerium hat in Angelegenheiten der evangelischen Kirche folgende Functionen:

a) Kirchengesetzen nach der Beschlussfassung durch die Generalsynode und vor der Sanction durch den König das Placet zu erteilen (Ges. v. 3. Juni 1876 Art. 13 Abs. 2); ferner:

b) Kirchensteuern für die Stadt Berlin zur Unterstützung bedürftiger Gemeinden, welche den Betrag von 3% der Summe der von den pflichtigen Gemeindegliedern zu entrichtenden Staatseinkommensteuer übersteigen, bedürfen der Genemigung des Staatsministeriums (ebenda Art. 8, 2, b);

c) Kirchengesetze, welche neue landeskirchliche Umlagen feststellen, ebenso die Vereinbarung zwischen Generalsynode und Kirchenregierung über die Verteilung auf die Provinzen, bedürfen bevor sie dem König zur Sanction vorgelegt werden, das Placet des Staatsministeriums (ebenda Art. 15),

d) Kirchengesetze, durch welche die Einkünfte des Kirchenvermögens oder der Pfarrpfründen zu Beiträgen für kirchliche Zwecke herangezogen werden (Gen.-Syn.-O. § 15) dürfen die Pfründeninhaber in ihren früheren Rechten nicht schmälern, müssen die Heranziehung in den einzelnen Kategorien der Kirchenkassen oder Pfründen nach gleichen Procentsätzen anordnen und bedürfen, bevor sie dem Könige zur Sanction vorgelegt werden, der Zustimmung des Staatsministeriums, die aber nur wegen Gesetzwidrigkeit versagt werden darf (ebenda Art. 17).

1) Unrichtig Rönne I, 84. Schulze pr. StR. I, 284., deutsch. StR. II, 257. Bornhak Staatsr. II, 891, richtig Laband Staatsr. I 537, vgl. bes. N. 4, ferner 542 N. 1.

7. das Staatsministerium ist oberste Disciplinarinstanz für die nichtrichterlichen Beamten (Ges. v. 21. Juli 1852 §§ 41. 45 Abs. 2 und 3, 46 vgl. dazu jedoch Provinc.-O. § 98, Landgem.O. § 143);

8. das Staatsministerium macht die Vorschläge für Besetzung der Stellen im Oberverwaltungsgericht, beschliesst die Einteilung desselben in Senate und bestätigt dessen Geschäftsregulativ (G. v. 2. Aug. 1880 §§ 18. 26. 30);

9. die gemäss Ges. v. 26. April 1886 bestellte Ansiedelungscommission für Posen und Westpreussen ist dem Staatsministerium unterstellt (§ 12, V. v. 21. Juni 1886 §§ 4. 6. 10. 11. 13. 14. 15);

10. das Staatsministerium entscheidet in letzter Instanz über Beschwerden wegen Vereinigung von Landgemeinden und Gutsbezirken mit anderen im öffentlichen Interesse sowie wegen Abtrennung einzelner Teile von solchen und Vereinigung mit anderen (Landgem.-O. § 2 Z. 3. u. 4);

11. das Staatsministerium hat gemäss Ges. v. 14. Juli 1880 Art. 2—4 gewisse ausserordentliche Functionen gegenüber der katholischen Kirche;

12. das Staatsministerium macht den Vorschlag für Ernennung des Präsidenten der Oberrechenkammer (§ 2^2) und hat das Geschäftsregulativ dieser Behörde zu genehmigen (§ 7 Ges. v. 27. März 1872);

13. das Staatsministerium macht den Vorschlag für Ernennung des Präsidenten des Revisionscollegiums für Landesculturs sachen, jetzt Oberlandesculturgerichts (V. v. 22. Nov. 1844 § 8 vb. Ges. v. 18. Febr. 1880 § 2);

14. das Staatsministerium macht die Vorschläge für Besetzung der Stellen der Oberexaminationscommission für Verwaltungsbeamte und bestätigt das Geschäftsregulativ dieser Behörde (V. v. 14. Febr. 1846 §§ 18. 20 u. V. v. 27. Febr. 1846).

Diese Vorschriften fordern nicht allein Vortrag und Beratung, sondern Beschlussfassung: für eine solche gibt jedoch das publicirte Recht keine Anweisung. Ob dieser Mangel auf dem Wege der Praxis oder durch nichtpublicirte Instruction ergänzt ist, ist nicht ersichtlich, dass er irgendwie ergänzt wurde, aber feststehend und ebenso, dass in der Praxis das Gebiet der Abstimmung und Beschlussfassung weit über die oben angegebenen Specialvorschriften ausgedehnt wurde.

Alle diese Vorschriften aber beziehen sich nur auf Einzelfälle, die in der Verfassungsurkunde geregelten sogar nur auf solche ausnahmsweiser Not. Weder die Verfassungsurkunde aber noch die nach

1850 ergangene Specialgesetzgebung bietet eine allgemeine Vorschrift über den Wirkungskreis des Gesamtstaatsministeriums. Somit sind wir für die Erkenntnis des bestehenden Rechtszustandes nach dieser Richtung auch heute noch lediglich auf die Verordn. v. 3. Nov. 1817 angewiesen, welche fortgilt, soweit sie nicht aufgehoben oder unanwendbar geworden ist.

III. Der Kern der V. v. 3. Nov. 1817, dass „dem gesamten Ministerium" die Möglichkeit geschaffen werden müsse, „das Ganze der Staatsverwaltung richtig zu beurteilen und dahin zu sehen, dass der Zweck so vollkommen als möglich und mit Einheit erfüllt werde", hat durch die Verfassungsurkunde eine Aenderung nicht erfahren; er ist heute eben so richtig wie 1817, wird überhaupt als absolut richtig anzuerkennen sein, vorausgesetzt eben, dass diese Aufgabe nicht grundsätzlich einem leitenden Minister zugewiesen ist, was nach preussischem Staatsrecht nicht der Fall. In dem Satze: „dem König allein steht die vollziehende Gewalt zu" (Art. 45) hat überdies die Verfassungsurkunde geradezu ausgesprochen, dass der König und seine Minister nach wie vor „das Ganze der Staatsverwaltung" behalten sollen.

Von den Einzelheiten der V. v. 3. Nov. 1817 sind durch die Reichsgesetzgebung beseitigt in VIII, Z. 6 die Schlussworte „auch die Militär-Etats", ferner die ganze Z. 8: „Militäreinrichtungen, insofern sie das Land angehen". Militäretats und Militäreinrichtungen gehören gemäss Art. 4 Z. 14 und Absch. XI der Reichsverfassung in die Competenz des Reiches und können rechtlich in den Wirkungskreis des preussischen Ministeriums nur fallen, soweit dies etwa für die Instructionserteilung an die Bevollmächtigten zum Bundesrat erforderlich ist, ein Punkt, der hier nicht zu erörtern ist.

Die lediglich die Verwaltung betreffenden Z. 2—6 (ohne die Schlussworte), 7. 9. 10 sind durch die Verfassungsurkunde und die auf Grund derselben erlassene Specialgesetzgebung sowie von der Reichsgesetzgebung gänzlich unberührt geblieben. Endlich die Ziff. 1. Darnach soll das Staatsministerium behandeln: a) „alle Entwürfe zu neuen Gesetzen und Abänderungen, ohne Ausnahme, bevor sie an den Staatsrat gelangen; b) desgleichen Anordnungen, die ein allgemeines Interesse betreffen oder c) in der bestehenden Verfassung etwas verändern". Die unter b) erwähnte Function ist durch die Verfassungsurkunde gleichfalls nicht verändert, vielmehr durch Art. 45 derselben bestätigt. Anders dagegen verhält es sich mit den sub a) genannten Aufgaben, zu welchen die unter

c) bezeichneten gemäss Verfassungs-Urkunde Art. 107 auch gehören.

Den Mittelpunkt der ganzen Verfassungsurkunde bildet die Neugestaltung der Gesetzgebung durch Art. 62. Darnach sind der König und zwei Kammern die Organe der gesetzgebenden Gewalt. „Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich". Weder des Staatsrates noch des Staatsministeriums als eines an der Gesetzgebung beteiligten Factors gedenkt die Verfassungsurkunde. Die nach der V. v. 20. März 1817 rechtlich notwendige Zustimmung des Staatsrates hatte bereits die V. v. 6. Januar 1848 aufgehoben; dass dadurch nicht die Zulässigkeit der Befragung, überhaupt die ganze Einrichtung des Staatsrates aufgehoben war, ist juristisch unzweifelhaft; dass man thatsächlich den Staatsrat hat absterben lassen, ebenso. Das Staatsministerium dagegen besteht in Kraft und die Vorschrift des Art. 62 steht nicht in Widerspruch mit der Vorschrift der V. v. 3. Nov. 1817, dass „alle Entwürfe zu neuen Gesetzen und Abänderungen, ohne Ausnahme" dem Staatsministerium vorzulegen sind; aus dem gegenstandslos gewordenen Nachsatz: „bevor sie an den Staatsrat gelangen" wird man nicht in gleicher Weise die Beseitigung des Vordersatzes folgern dürfen, vielmehr anzunehmen haben, jene Function des Staatsministeriums habe einzutreten, bevor die weiteren Stadien der Gesetzgebung — Verf.-Urk. Art. 62 u. 45 Schlusssatz — beschritten werden.

Worin aber besteht die Function des Staatsministeriums? Auch heute noch kann auf diese Frage keine andere Antwort gegeben werden als: „insonderheit aber sollen darin vorgetragen und beraten werden". Eine Beschlussfassung ist nicht vorgesehen. Von einer rechtlichen Verantwortlichkeit des Ministeriums oder eines der Minister, wie sie Art. 44 feststellt, kann für Gesetze überhaupt nicht die Rede sein; jene Verantwortlichkeit besteht nur gegenüber der Volksvertretung, Gesetze aber muss nach Art. 62 diese selbst beschliessen, somit auch selbst die Verantwortlichkeit dafür tragen; eine Minister-Verantwortlichkeit im Sinne des Art. 44 Verf.-Urk. für ein Gesetz ist juristisch unconstruirbar. Die in Frage stehende Vorschrift bezieht sich überdem nur auf Gesetzentwürfe.

Der Gang der Gesetzgebung wird somit, wenn wir hiebei von der den Kammern zustehenden Initiative absehen, folgender sein 1. der Gesetzentwurf wird in einem der Ressortministerien ausgearbeitet und vom Minister gebilligt; 2. daraufhin ist es rechtliche Pflicht des letzteren, den Entwurf dem Gesamt-

staatsministerium vorzulegen und rechtliche Pflicht dieses letzteren, den Entwurf zu *beraten*; 3. als dann gelangt der Entwurf an die Kammern behufs der zu erteilenden, verfassungsmässig erforderlichen Zustimmung; 4. endlich kommt der Entwurf an den König zurück behufs Erteilung der Sanction. Von diesen vier Sätzen liegt der erste in der Natur der Sache, die drei anderen sind positive Rechtssätze und zwar der zweite beruhend auf der V. v. 3. Nov. 1817, die beiden letzteren auf der Verfassungsurkunde. Die Thätigkeit des Gesamtstaatsministeriums aber ist lediglich eine beratende; eine Beschlussfassung schreibt die Verordnung nicht vor, ja sieht sie nicht einmal vor. Somit fordert auch das geltende Recht nicht, dass Gesetzentwürfe auf Beschluss des Staatsministeriums an die Kammern gelangen. Wol aber ist es dermalen constant geübte Praxis, dass die Entwürfe den Kammern bereits im Namen des Königs vorgelegt werden. Diese Praxis beruht auf keinem Satz des geschriebenen Rechtes. Sie hat zur logisch notwendigen Voraussetzung: dass, nachdem das Staatsministerium den Entwurf beraten hat, ohne dass das positive Recht als Ergebnis dieser Beratung einen Beschluss fordert, der König seinerseits einen Ent- und Beschluss bereits über den Entwurf zu fassen genötigt ist; mag man diesem Beschluss einen noch so formalen Character beilegen, in jedem Falle liegt doch in demselben eine königliche Entscheidung positiver Art über den Entwurf, also eine irgendwie geartete Billigung desselben. An die Kammern gelangt somit der Entwurf nicht auf Grund eines vom Staatsministerium gefassten Beschlusses, sondern auf Grund einer königlichen Entscheidung; nicht die Autorität des Staatsministeriums, sondern der Wille des Königs liegt dem Entwurf, so wie er den Kammern vorgelegt wird, zu Grunde. Die ältere Praxis war dies nicht; vielmehr wurde bis 1868 der Entwurf nur von dem Ressortminister „beglaubigt" und so den Kammern vorgelegt; die erste Vorlage eines Entwurfes kraft königlicher Verordnung ist, soviel ich sehe, vom 2. November 1868[1]).

So das formell in Preussen geltende Staatsrecht und die ge-

1) Das Schema solcher Verordnungen lautet: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden etc. erteilen dem Finanzminister hiedurch den Auftrag, beiden Häusern des Landtags in Unserem Namen den Entwurf etc. vorzulegen", gerichtet an und gegengezeichnet vom Finanzminister.

übte Staatspraxis. Ob dies Recht und diese Praxis als richtig und dem Staatswol heilsam erachtet werden können, ist zu bezweifeln. Jedenfalls ist sowol nach der äusseren Entstehungsgeschichte als nach dem inneren Gehalt das bestehende Recht unzusammenhängendes, unsystematisches Stückwerk. Zudem bietet es die Möglichkeit, dass ein einziger Minister, trotzdem in der Beratung die übrigen Minister sich gegen einen Entwurf ausgesprochen haben, die königliche Entscheidung für Vorlage an die Kammern gewinnt: die Einheit des Staatszweckes, welche der Hauptgrund für Schaffung eines Staatsministeriums war, ist durch eine derartige Möglichkeit nicht gefördert und gewahrt, sondern in hohem Grade gefährdet. Es steht diesem Rechtszustande auch noch ein constitutionelles Bedenken insofern entgegen, als für einen hochwichtigen Staatsakt die verantwortliche Autorität des Staatsministeriums ersetzt ist durch den persönlichen Willen des Königs, denn wenn auch die formale Unverantwortlichkeit des Königs durch die Gegenzeichnung der Einbringungsordre Seitens eines Ministers gedeckt ist, so kann dies bei Gesetzentwürfen nicht als genügend erscheinen gemäss den durch die Gesetzgebung seit 1808 festgehaltenen und für diesen Punkt selbst durch die V. v. 27. Oct. 1810 nicht erschütterten Grundsätzen. Die Möglichkeit der — vielleicht im Gegensatz zu allen übrigen Ministern erfolgten — Contrasignirung eines Gesetzentwurfes durch nur einen Minister verstösst zweifellos gegen die unbedingt erforderliche Einheit des Staatszweckes und der Staatsleitung[1]).

Soll die grundsätzliche Einheit in der Staatsleitung, soll die Homogeneität des Staatsministeriums sowol in sich als gegenüber der Volksvertretung gesichert sein, so müsste als Rechtssatz gefordert werden: dass über jeden Gesetzentwurf ein Beschluss des Staatsministeriums gefasst wird, der in diesem Stadium über das Schicksal des Entwurfes entscheidet. Für die Arbeit der Gesetzgebung muss das gesamte Staatsministerium eintreten. Bei rein technischen Ressortfragen wird das Wort des sachkundigen Ressortministers ja thatsächlich allein massgebend sein, Fragen des allgemeinen

1) Vgl. Schulze preuss. Staatsrecht I, 242. Den Satz: „es ist weder Zufall noch blose Zweckmässigkeitsrücksicht sondern notwendige staatsrechtliche Consequenz, dass das Collegialsystem, welches in den grossen Centralbehörden des ständischen und absoluten Staates vorherrscht, in den Ministerien des constitutionellen Staates verschwindet" — bezieht Seydel Bayr. Staatsr. II, 322 auf die Organisation des Gesamtministeriums, Schulze hat ihn m. E. für die Einzelministerien ausgesprochen.

Staatsinteresses aber müssen unter der Verantwortung des Gesamtministeriums an die Volksvertretung gelangen. Es erscheint im constitutionellen Staate als unzulässig, ja unmöglich, dass grosse Fragen des Staatslebens als Ressortsachen behandelt werden, die nur vom Ressortminister vertreten werden und für die übrigen Minister rechtlich und politisch nicht existiren. Dass eine über solche Fragen stattfindende bindende Beschlussfassung des Collegiums dem constitutionellen Gedanken der Verantwortlichkeit der Ressortminister widerspreche, wie dies Schulze behauptet, ist so wenig zutreffend, dass vielmehr gerade die Beschränkung der Verantwortlichkeit auf nur einen Minister in den grossen Fragen des Staatslebens als inconstitutionell bezeichnet werden muss. Diese Anschauung allein entspricht auch der Amtsbezeichnung der Minister in Preussen: Staats- und Finanz-Minister[1]). Daraus ergibt sich als die richtige Consequenz der älteren Gesetzgebung für das heutige constitutionelle Staatsrecht: dass Gesetzentwürfe den Kammern auf und gemäss Beschluss des Gesamtstaatsministeriums vorzulegen seien, somit unter Gesamtverantwortlichkeit aller Minister. Dann allein ist die Einheit des Staatszweckes und der Staatsleitung gewahrt, die grundsätzliche Forderung erfüllt, die sowol in der Stein'schen als in der Hardenberg'schen Gesetzgebung die Grundlage bildet und die durch den Uebergang zum Constitutionalismus nicht hätte vermindert, sondern bei der im constitutionellen Staat mit Notwendigkeit gegebenen Verminderung der Concentration in der Regierung vielmehr hätte verstärkt werden müssen[2]). Liegt diese Verantwortlichkeit des Gesamtstaatsministeriums schon in der Consequenz des Gedankenganges der Gesetzgebung von 1808 und 1817, so liegt sie in derjenigen der Verfassungsurkunde noch in weit erhöhtem Masse.

Es erscheint kein richtiger Gebrauch der königlichen Autorität, Gesetzentwürfe auf königlichen Befehl und im Namen des

---

1) So auch der Abg. Lasker: „die vorwiegend politische Bedeutung der Ministerien liegt darin, dass jeder Minister Staatsminister ist und demgemäss an den höchsten Akten der Staatsleitung Anteil nimmt". (Sten. Ber. 1873, II, S. 763). Diesen Grundsatz hat Fürst Bismarck in der dem Abg. Lasker gegebenen Antwort voll anerkannt: „dass in dem Staatsministerium jedes Mitglied die gleiche politische Bedeutung als Staatsminister in Anspruch nimmt und in der That in gleicher Weise wie der Ressortminister für die Gesamtleitung der Politik verantwortlich ist".

2) Vgl. auch Gneist a. a. O. 109.

Königs den Kammern vorzulegen. Gewiss wird über den Beschluss des Staatsministeriums die Entscheidung des Königs erholt werden müssen. Entwürfe aber, über welche ein Beschluss des Staatsministeriums nicht hat erzielt werden können, erscheinen nicht als zur Vorlage an den König geeignet. Will der König eine Gesetzesvorlage, für welche ein Beschluss des Staatsministeriums nicht zu erzielen ist, so bietet der constitutionelle Weg des Art. 45 immer das Mittel zur Erfüllung des königlichen Willens. Andrerseits muss selbstverständlich dem König die Möglichkeit gewahrt bleiben, einen positiven Beschluss des Staatsministeriums umzustossen und die Vorlage des Entwurfes an die Kammern zu verbieten; dann ist der Entwurf gegenstandslos geworden.

Hat aber der König die Vorlage an die Kammern genehmigt, so soll doch formell den Kammern gegenüber in diesem Stadium noch die königliche Autorität nicht hervortreten und demgemäss die Praxis der Einbringung von Gesetzentwürfen durch königliche Ordre aufgegeben werden. Es ist der königlichen Autorität nicht förderlich, wenn die Volksvertretung einen im Namen des Königs eingebrachten Gesetzentwurf ablehnt und man wird das äussere Hervortreten des dadurch bekundeten Gegensatzes der Meinungen und den Anschein eines Sieges der Volksvertretung über die Ansicht des Königs doch im Interesse der königlichen Autorität zu vermeiden Grund haben. Es ist aber der königlichen Autorität geradezu schädlich, wenn ein auf Befehl und im Namen des Königs, möglicher Weise im Widersprnch zur Mehrheit des Staatsministeriums eingebrachter Gesetzentwurf, am Sturm der parlamentarischen Angriffe und der erregten Volksmeinung zerschellt. Darin liegt eine Schädigung der Autorität des Königs und das Bekenntnis einer Desorganisation in der obersten verantwortlichen Leitung der Staatsgeschäfte.

So ergibt sich als Resultat: 1. Gesetzentwürfe sind durch Beschluss des Staatsministeriums festzustellen und dem König vorzulegen; 2. der König entscheidet über die Vorlage oder Nichtvorlage an die Kammern; 3. die Vorlage hat zu erfolgen nicht durch königliche Ordre, sondern durch den Ressortminister Namens des Staatsministeriums.

Wird dann der Entwurf abgelehnt, so erwachsen Folgen nur für das Ministerium; die königliche Autorität aber ist dabei nicht in ungehöriger und unconstitutioneller Weise den parlamentarischen Stürmen ausgesetzt. —

IV. Weiter erhebt sich die Frage: ist das Staatsminis-

terium nach dem geltenden Rechte ein die grundsätzliche Einheit garantirendes Organ der Staats*verwaltung*? Auch diese Frage muss verneint werden.

In der grossen Stein'schen V. v. 24. Nov. 1808 war der Gedanke der „obersten Leitung der Verwaltung" und „der obersten Controlle des Ganzen der Verwaltung" durch die Plenarbeschlüsse des collegialen Staatsrates als des die einzelnen Abteilungen, die Ministerien, beherrschenden obersten Staatsorganes geradezu als Mittelpunkt und Grundlage für die preussische Staatsverwaltung angenommen. Die V. v. 20. März 1817, welche den Staatsrat wirklich einführt, weiss von jener obersten Verwaltungsfunction des Staatsrates Nichts; dieselbe war durch die V. v. 27. Oct. 1810 dem Staatskanzler übertragen, aber seit 1822 war kein Staatskanzler mehr vorhanden. Die V. v. 3. Nov. 1817 weist dem Staatsministerium eine grundsätzliche Gesamtleitung der Verwaltung nicht zu; sie konnte das auch nicht, da ja die V. v. 27. Oct. 1810 noch rechtlich und thatsächlich in Kraft stand, die diese Gesamtleitung dem Staatskanzler zuwies; die Gesetzgebung nach dem Tode des Staatskanzlers enthält keinerlei neue Vorschriften. Somit sind einzig und allein die Vorschriften der V. v. 3. Nov. 1817 geltendes Recht; dieselben übertragen dem Staatsministerium: Verwaltungsrechenschaften und Verwaltungspläne der Oberpräsidenten, Controlle der Kassenverwaltung, gewisse Personalien und abweichende Ansichten zwischen einzelnen Ministern; dazu kommt die im Eingang der Z. VIII enthaltene allgemeine Bestimmung, dass jeder Minister „von Zeit zu Zeit" eine „allgemeine Uebersicht" seiner Ressortverwaltung dem Gesamtministerium „zur Kenntnis" zu bringen habe. „Von Zeit zu Zeit" — „allgemeine Uebersicht" — „zur Kenntnis": diese Ausdrücke sind vage genug; die Einzelvorschriften ferner sind unzureichend, um dem Zweck einer einheitlichen Leitung der Staatsverwaltung zu genügen. Immerhin hätte die Praxis auf der Grundlage dieser Vorschriften zu einer einheitlichen Leitung der gesamten Staatsverwaltung gelangen können, wenn dem Staatsministerium das Recht zuerteilt worden wäre, Beschlüsse mit bindender Kraft für die Ressortminister zu fassen. Dass dies mit der Verantwortlichkeit der letzteren unvereinbar sei, ist eine des Grundes völlig entbehrende Behauptung[1]); jederzeit ist jeder

1) Auch Gneist die staatsrechtl. Fragen des pr. Volksschulgesetzes S. 85 f. constatirt diese „Lücke in der preussischen Behördenorganisation, welche die praktische Handhabung der Kirchen- und Schulgesetze in die endgiltige Auffassung der Minister legte, gewissermassen auf zwei Augen stellte".

Ressortminister, der einen Beschluss des Staatsministeriums auszuführen Bedenken hat, in der Lage, durch Niederlegung seines Amtes sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Zur Zeit aber besteht kein Rechtssatz, welcher von der Entscheidung eines Ressortministers die Berufung an das Staatsministerium grundsätzlich eröffnete und, falls solche Berufung thatsächlich zugelassen wird, den Ressortminister bände, sich der Entscheidung des Staatsministeriums zu fügen.

V. Endlich ist noch die Frage zu erörtern: hat seit Erlass der Verfassungsurkunde die Stellung des Ministerpräsidenten eine rechtliche Veränderung dahin erfahren, dass dem Vorsitzenden eine rechtliche Einwirkung auf die Ressortminister zukommt? Die Frage ist zu verneinen. Die vielerörterte Kabinetsordre v. 8. Sept. 1852 ist nicht publicirt, entzieht sich somit unserer Erörterung. In den Landtagsverhandlungen von 1873 hat über die Frage Fürst Bismarck die bündigsten Erklärungen abgegeben. Fürst Bismarck erklärte [1]): „wenn ich — — das preussische Ministerpräsidium los sein wollte, so war es in dem Gefühl, dass in diesem Ressort die Mittel, einen Einfluss auszuüben, im allergrössten Misverhältnis mit der moralischen Verantwortlichkeit stehen, welche die öffentliche Meinung an die Stellung eines Ministerpräsidenten knüpft"; ferner in Vergleichung mit der staatsrechtlichen Stellung des Reichskanzlers: „ganz anders und viel mühevoller ist die Aufgabe eines preussischen Ministerpräsidenten, der einen hohen Ehrenposten, eine grosse Verantwortung hat und sehr wenig Mittel, dieser Stellung seinen Collegen gegenüber irgend welchen Nachdruck zu geben und wenn gegen seine Einflüsse sich innerhalb eines Ressorts ein passiver Widerstand entwickelt, den die einzelnen Beamten dieses Ministeriums unterstützen, so habe ich darüber die Erfahrung, dass man gewissermassen im Sande ermüdet und seine Ohnmacht erkennt". „Es ist sogar bei uns der eigentümliche Fall, dass der Präsident des Staatsministeriums, obschon ihm ein grösseres Gewicht der moralischen Verantwortlichkeit wie jedem anderen Mitglied ohne Zweifel zufällt, doch keinen grösseren Einfluss als irgend einer seiner Collegen auf die Gesamtleitung der Geschäfte hat, wenn er ihn nicht persönlich sich erkämpft und gewinnt. Unser Staatsrecht verleiht ihm keinen. Wenn er diesen Einfluss gewinnen will, so ist er genötigt, ihn durch Bitten, durch Ueberreden, durch Correspondenzen, durch Beschwer-

1) Sten. Ber. 1873, B. II, S. 765.

den beim Gesamtcollegium" — dass solche eine rechtliche Kraft und Bedeutung nicht haben können, ist oben nachgewiesen — „kurz und gut durch Kämpfe zu gewinnen, welche die Leistungsfähigkeit des Einzelnen in sehr hohem Masse in Anspruch nehmen" (a. a. O. 764). „Es kann ja sein, dass man es für wünschenswert hält, dass das preussische Ministerium anders organisirt werde, dass unser Staatsrecht geändert werde, dass unserm Ministerpräsidenten mindestens die Befugnisse, wie sie etwa der Präsident eines Regierungscollegiums hat, das Inhibiren, das Veto auf königliche Entscheidung hin, beigelegt werde, das alles ist aber bisher nicht vorhanden und ich kann so rasch die Dinge nicht ändern. — — Der richtige Ausdruck der jetzigen Sachlage wäre eigentlich der, dass man den Titel des Ministerpräsidenten, der nichts weiter bedeutet, ganz fallen liesse und lediglich nach dem Princip gienge, dass von den gleichberechtigten 8 Ministern jeder Zeit der älteste Minister den Vorsitz führt. Soll aber der Titel des Ministerpräsidenten irgend etwas sich der Idee, die man sich von seinem Ansehen und seinem Einflusse macht, Näherndes gewinnen, dann erfordert es nach der heutigen Lage einen solchen Aufwand von faux frais an Arbeiten und Beeinflussen und Ueberreden der übrigen Ressorts, dass derjenige, der Ministerpräsident ist, gar Nichts nebenher thun kann, und immer nach dem Ende eines jeden Tags sich sagen muss, dass er hinter den Aufgaben, die er sich gestellt, zurückgeblieben ist. So gering sind die Mittel: man muss entweder die collegiale Verantwortlichkeit rein festhalten" — vielmehr erst in Wahrheit herstellen — „und sich nicht daran kehren, wer Ministerpräsident ist und diesem nicht das Geringste an grösserer Verantwortlichkeit, keine höhere Verantwortlichkeit zuweisen als jedem andern Staatsminister oder man muss diesen, wenn man ihn stärker zur Verantwortung ziehen will, also neben dem jedesmaligen Ressortminister in erster Linie, mit anderen Mitteln ausstatten" (a. a. O. 769). Der Abgeordnete Virchow (a. a. O. S. 767. 768) bemerkte hiezu: „daher haben wir uns allerdings zu fragen, ob es nicht notwendig sei — — mindestens die Staatsregierung aufzufordern, im Wege der Gesetzgebung eine wirkliche sichere Ordnung der höchsten Verwaltungsämter in Preussen endlich einmal herbeizuführen" und sprach sich für ein Gesetz über die Organisation des Staatsministeriums aus, „durch welches künftighin Willkürlichkeiten der einzelnen Minister verhindert werden könnten, die dem Willen des Ministerpräsidenten zuwidergehen", „es wäre nun an

der Zeit gewesen, die innere Consolidation des preussischen Ministeriums in der Weise vorzunehmen, dass jene Einheit, jene Eintracht, jene Einmütigkeit, jene kraftvolle Stellung der Regierung erreicht werden würde, welche der Herr Reichskanzler eben wegen dieser inneren Dissonanzen des Ministeriums mit Recht vermisste". Jedenfalls sind diese Aeusserungen ein Beweis sowol dafür, dass eine rechtliche Prärogative des Ministerpräsidenten über die Ressortminister nach preussischem Staatsrecht nicht besteht, wie andrerseits dafür, dass dieser Zustand völliger rechtlicher Unbeschränktheit der Ressortminister als schwierig, ja unhaltbar empfunden wurde, wobei dahingestellt bleiben mag, ob der von Virchow bezeichnete Weg der Abhilfe oder die Herstellung eines wirklichen Collegialsystemes vorzuziehen sei.

Sundurlausar hugleiðingar

um stjórnarfar

Íslendinga á Þjóðveldistímanum

eftir

Björn Magnússon Ólsen.

I.

Kjalarnesþing.

Í hinni ágætu ritgjörð sinni: „Om den oprindelige ordning af nogle af den islandske fristats institutioner“, hefur V. Finsen haldið því fram, að Kjalarnesþing hafi ekki verið allsherjarþing firir alt Ísland, heldur að eins sjerstakt þing firir nokkurn hluta lands, og reint að sanna þessa skoðun sína gagnvart K. Maurer, sem hafði látið í ljós þá ætlun, að þing þetta hefði haft almenna þíðingu firir alt land.[1]) Ari fróði getur um þetta Kjalarnesþing í 3. k. Íslendingabókar og fer um það þessum orðum: *Alþingi vas sett at ráþi Ülfljóts ok allra landsmanna, þar es nú es; en áþr vas þing á Kjalarnesi, þat es Þórsteinn Ingólfs son landnámamanns, faþir Þorkels mána lǫgsǫgomanns, hafði þar ok hǫfþingiar þeir es at því hurfo.* Með líkum orðum, enn þó eigi jafngreinilega, er sagt frá þessu í Landn. I. p. 9. k. (bls. 38). Frá hinu sama segir Melabók hin ingri í Viðbæti, enn hún greinir það framar enn Landn. og Íslendingabók, að Þorsteinn Ingólfsson hafi sett þingið *„við ráð Helga bjólu ok Erlygs at Esjubergi ok annarra vitra manna, ok fylgir þar enn sǫkum þess því goðorði alþingis helgun“* (Landn. II. Viðb. 336. bls.). Enn er þess getið í Grettlu, að eftirmál eftir Ófeig gretti, sem fjell firir Þorbirni jarlakappa í Grettisgeil hjá Hæli í Gnúpverjahreppi í Arnessíslu, hafi verið lagt til Kjalarnesþings, *„því at þá var enn eigi sett alþingi“*, segir sagan (Grett. 10. k. 14.—15. bls.).

Ef vjer nú first lítum á staðinn í Íslendingabók, þá er það ljóst, að orðin *„en áþr vas þing á Kjalarnesi“* standa í nánu sambandi við orðin, sem á undan fara og skíra frá setningu alþingis á Þingvöllum, og virðist nauðsin til bera að skilja þau svo, sem Ari hafi hjer sett Kjalarnesþing á bekk með alþingi, eða með öðrum

1) V. Finsen í nefndu riti 60. bls. K. Maurer, Island 48—49. bls. [Hjer á eftir nefni jeg hið umrædda rit V. Finsens til hægðarauka: »V. Finsen: Inst.«].

orðum skoðað það sem allsherjarþing enn ekki sem hjeraðsþing. Hefði Ari ætlað sjer að taka það fram með þessum orðum, að hjeraðsþing hafi verið á Kjalarnesi, áður alþingi var sett, þá lægi næst að álikta, úr því hann nefnir ekki önnur þing, að hann hafi eigi þekt nein hjeraðsþing önnur enn þetta eina, sem háð hafi verið, áður enn alþingi var stofnað, enda virðist V. Finsen hallast að þeirri skoðun[1]). Enn nú er það allsendis ólíklegt, að Ari hafi eigi vitað, að hjeraðsþingið á Þórsnesi að minsta kosti var eldra enn alþingi. Landn. II. p. 12. k. (bls. 97) getur þess, að Þórólfr Mostrarskegg hafi haft dóma alla þar á Þórsnesi og að þar hafi verið sett hjeraðsþing með ráði allra hjeraðsmanna. Frásögnin um þetta stendur svo samhljóða í öllum Landnámuhandritum, og er lítill vafi á, að hún er upphaflega frá sjálfum Ara runnin. Sama segir Eyrb., ein af vorum bestu sögum[2]). Ari virðist sjálfur hafa átt part í Þórsnesinga goðorði[3]). Hann var kominn af hinu göfga kini Breiðfirðinga og fæddur við Breiðafjörð, líklega að Helgafelli rjett hjá Þórsnesi, og þar ólst hann upp, þangað til hann var 7 vetra gamall[4]), og síðar mun hann hafa búið þar í grendinni að Stað á Snæfellsnesi[5]). Það eru því engar líkur til, að Ara hafi verið ókunnugt um upphaf Þórsnesþings hins forna, og mundi hann eflaust hafa talið það ásamt Kjalarnesþingi, ef hann hefði ætlað sjer að telja hjeraðsþing þau, sem til vóru, áður alþingi var sett. Af þessu virðist ljóst, að Ari hefur skoðað Kjalarnesþing sem allsherjarþing, og að hugsunin í hinum umræddu orðum er sú, að Kjalarnesþing hafi verið hið eina allsherjarþing, sem til var, áður alþingi var stofnað.

Að Kjalarnesþing hafi sjálft skoðað sig sem allsherjarþing, sjest glöggt, ef vjer lesum með athigli það, sem fer næst eftir hinum tilvitnuðu orðum í 3. k. Íslendingabókar. Þar segir frá því að Þórir kroppinskeggi hafi orðið sekur um víg Kols þræls eða leisings, og að land það, er Þórir átti í Bláskógum, hafi síðan orðið allsherjarfje, og hafi landsmenn lagt það til alþingis neislu og af því sje þar almenning að viða til alþingis í skógum og á heiðum hagi til hrossa hafnar. Sekt Þóris hlítur að hafa gengið á undan alþingis setningu, því að Ari segir: „*En maþr hafði sekr orðit*“ o. s. fr. í páliðinni tíð, og er það bersínilega miðað við alþingis setninguna,

1) V. Finsen: Inst. 61. bls.
2) Eyrb. 4. k. 7. bls.
3 K. Maurer í Germania XV. 293—297. bls. V. Finsen: Inst. 33. bls.
4) Sbr. Timarit hins ísl. bókmentafjelags X, 215. bls.
5) S. st. 217. bls.

sem skírt var frá rjett á undan. Enn hvar var Þórir gerður sekur? Hjer er ekki um að villast. Það hlítur að hafa verið á Kjalarnesþingi. Það vóru þá lög, að vígsakir skildi sækja á því þingi, er næst var *véttvangi*[1]), enn hjer lá *véttvangr* (Kolsgjá, Kålund, Hist.-topogr. beskr. af Island, I, 95. bls.) í landnámi Ingólfs landnámsmanns, föður Þorsteins, þess er setti Kjalarnesþing, og er þaðan skamt til Kjalarness. Sömuleiðis er líklegt, að vegandinn og sá, er veginn var, hafi átt heima í Bláskógum nálægt véttvangi. Af þessum ástæðum má ráða, að mál Þóris hafi verið dæmt á Kjalarnesþingi, enda sjest það á stað þeim, sem áður var tilfærður úr Grettlu, að vígsök úr hjeraði, sem lá lengra frá Kjalarnesi enn Bláskógar (Gnúpverjahreppi), var lögð til Kjalarnesþings. Enn nú segir Ari, að land Þóris í Bláskógum hafi síðan[2]) orðið allsherjarfje, eign allra landsmanna (sbr.: *„þat lǫgþo landsmenn til alþingis nayzlo)*. Það liggur í augum uppi, að þetta stendur í nánu sambandi við sekt Þóris. Það virðist hafa verið almenn regla frá alda öðli, að hálft sektarfje varð eign þess hjeraðs eða landshluta, sem dómurinn, er sektina dæmdi, var firir. Þannig skildi dæma þingunautum hálft sektarfje, ef maður varð sekur á vorþingi, enn fjórðungsmönnum ef maður varð sekur í fjórðungsdómi á alþingi eða í fimtardómi[3]). Það að fjórðungsmenn áttu að taka hálft sektarfje í þeim málum, sem dæmd vóru í fimtardómi, virðist í fljótu bragði vera undantekning frá þessari reglu, því að enginn vafi er á því að fimtardómur hefur verið skoðaður sem dómur firir alt landið, og hefði því fjeð átt að verða eign allra landsmanna, þar sem allsherjardómur átti í hlut. Enn þetta raskar ekki hinn almenna gildi reglunnar, og þar að auki ber þess að gæta, að fjórðungunum er hjer bersínilega öllum gert jafnhátt undir höfði, svo að alt kemur hjer um bil í sama stað niður, eins og þó að sektarfjeð irði eign allra landsmanna. Sektarfje það, sem fjórðungsmenn hlutu, skildi hafa til ómaga bjargar þess, er sekur varð, og segir í hinum fornu lögum, að ómögum hans skildi dæma för um þann fjórðung, sem fjeránsdómur var áttur í, ef hann varð á alþingi sekur[4]). Af þessu má ráða, að sá fjórðungur hafi einnig hlotið sektarfjeð, sem fjeránsdómurinn var áttur í, og hlaut það að koma nokkurnveginn jafnt niður á alla fjórðungana. Hjer varð sektarfje eign þrengra svæðis

1) Íslbk. 5. k. V. Finsen: Inst. 41. bls.

2) Orð þetta (*síðan*) þíðir hjer ekki sama sem síðar, heldur: „upp frá þeim tíma, upp frá þessu", sbr. rjett á undan í sama kapítula Íslendingabókar: *vip hann es kennd giá sú, es þar es kǫllop síþan Kolsgiá, sem hrœin fundusk.*

3) Grág. Ia, 86. (sbr. 115.) bls. II, 359. bls.

4) Grág. Ia, 86.—87. bls.

enn þess, er dómurinn var firir, fjórðungsmanna enn ekki allra landsmanna. Hins eru engin dæmi, að það hafi orðið eign víðara svæðis enn þess, sem dómurinn dæmdi firir, enda virðist það vera mjög svo óeðlilegt og jafnvel óhugsandi, að dómur hafi dæmt utanþingsmönnum, sem hann átti engin lög að segja og honum vóru alveg óviðkomandi, hlut í sektarfje. Þar sem því Þórir var dæmdur sekur á Kjalarnesþingi, og Ari sjálfur segir, að sektarfje hans hafi orðið eign allra landsmanna, þá má af því ráða, að Kjalarnesþing hafi skoðað sig og verið skoðað sem þing firir alt Ísland.

Til hins sama bendir einnig staður sá, er fir var getið í Viðbæti Melabókar hinnar ingri. Þar segir svo: *Þorsteinn Ingólfsson lét setja fyrstr manna þing á Kjalarnesi, áðr alþingi var sett, við ráð Helga bjólu ok Ørlygs at Esjubergi ok annarra vitra manna, ok fylgir þar enn sǫkum þess því goðorði alþingis helgun.* Hjer er það sagt berum orðum, að alþingis helgun hafi filgt goðorði Þorsteins og niðja hans, eða með öðrum orðum að þeir hafi haft allsherjargoðorð af því að Þorsteinn hafi látið setja þingið á Kjalarnesi. Ef vjer nú setjum svo að Kjalarnesþing að eins hafi verið hjeraðsþing líkt og Þórsnesþing eða önnur sams konar þing, sem líklega hafa verið til, áður alþingi var sett, þá er óskiljanlegt, að Þorsteinn Ingólfsson, stofnandi Kjalarnesþings, hafi haft meiri rjett til allsherjargoðorðsins, þegar alþingi var sett, enn stofnendur annara hjeraðsþinga eða afkomendur þeirra. Hafi Kjalarnesþing aftur á móti verið hið eina allsherjarþing, sem til var, áður alþingi var sett, þá verður það eðlilegt og auðskilið, að Þorsteinn og afkomendur hans hafi haft rjett til allsherjargoðorðsins fremur öllum öðrum. Vafalaust hefur Þorsteinn helgað Kjalarnesþing öll þau ár, sem það stóð, eða með öðrum orðum haft allsherjargoðorð á hendi á því þingi, þarsem hann var frumkvöðull þess, að þingið var stofnað, og sjálfsagt líka merkastur þeirra höfðingja, sem þangað sóttu. Hvað var þá eðlilegra, enn að hann og afkomendur hans að honum liðnum hjeldu þessari tign, þegar þingið á Kjalarnesi var aftekið og alþingið við Öxará sett í þess stað? Að svo hafi verið, á það bendir staður sá, er firr var tilfærður úr Viðbæti Melabókar. Allsherjargoðorðið virðist þannig hafa verið til á undan alþingi, enn Ülfljótr ljet það halda sjer sem einn lið í hinni níju stjórnarskipun, sem við hann er kend. Hitt er annað mál, hvort hann hafi haldið því alveg óbreittu. Meðan Kjalarnesþing var allsherjarþing landsins, er líklegt, að allsherjargoðinn hafi haft lík störf á hendi auk þinghelgunarinnar, eins og lögsögumaðurinn hafði síðar. Þegar svo alþingi var sett, ljetu menn allsherjargoðann halda nafninu og þeirri virðingu að helga þingið eins og nokkurs konar hugnun eða

þokkabót firir það vald, sem hann varð að sleppa við lögsögumanninn. Verið getur einnig, að trú manna hafi ráðið nokkru í þessu efni, og að Íslendingum hafi hjer farið líkt og Rómverjum, sem ljetu *rex sacrificulus* haldast við, þó að konungstignin væri af numin að öðru leiti.

Í Landn. er þess getið, að Björn, þræll Geirmundar heljarskinns, hafi sekur orðið um sauðatöku eftir dag Geirmundar, og almenningar á Ströndum orðið af sektarfje hans.[1]) Sturlunga segir einnig frá hinu sama í þætti Geirmundar.[2]) Hafi þetta orðið firir alþingis setningu, þá er líklegt, að málið hafi verið dæmt á Kjalarnesþingi, og væru þá almenningarnir á Ströndum vottur þess, að Kjalarnesþing hefði verið allsherjarþing. Enn það er allsendis óvíst, hvenær Geirmundr heljarskinn dó,[3]) svo að jeg læt það liggja á milli hluta, hvort þetta atriði hefur nokkra þíðingu firir sögu hins forna Kjalarnesþings.

II.

Um fimtardóminn.

A. Um nafn fimtardómsins.

Menn hafa leitt ímsum getum um það, hverja þíðingu nafnið „fimtardómur" hafi. Í Grágás stendur: „*Uér skolom eiga dóm inn fimta, enn sá heitir fimtardómr*".[4]) Af þessu er það víst sprottið, að Maurer segir í „Upphafi allsherjarríkis á Íslandi", að dómur þessi hafi verið nefndur fimtardómur, af því að hann var sá fimti,[5]) og svo skírir Guðbr. Vigfússon nafnið í orðabók sinni og V. Finsen í orðaskránni aftan við Grág. III, enn Guðbr. Vigfússon bætir því við, að hið gamla norræna laga-orð *fimt*, sem þíðir fimm daga frestur, hafi vakað firir mönnum, er þeir gáfu dóminum nafn, og vísar í sænska orðið *femt* (dómur sem menn eiga að mæta firir á fimm daga fresti). Á móti þessari síðari skíringu mælir það, að *fimt* og orð þau, sem þar af eru dregin (*fimta, fimtargrið, fimtarstefna, fimtarþing*), koma ekki firir í Grágás, svo að hugmindin

1) Landm. I. p., k. 20, 124. bls.
2) Sturl. Oxf. I, 3. bls.
3) Sbr. Guðbr. Vigfússon í Safni til sögu Íslands I, 228. bls.
4) Grág. I a, 77. bls.
5) Maurer, Upphaf & c. bls. 174.

virðist ekki hafa verið þekt í fornum íslenskum lögum. Heldur ekki getur það verið rjett, að *fimtardómr* sje dregið af „*inn fimti dómr*“ — slíkt væri á móti lögum íslenskrar tungu — enda er það ekki þíðing orða þeirra, sem til var vitnað í Grágás, ef þau eru rjett skilin. Þau segja að eins, að menn skuli eiga hinn fimta dóm (o: auk fjögurra fjórðungsdóma) og sje nafn hans *fimtardómr*, enn afleiðsla nafnsins er þar látin liggja í þagnargildi.

Nokkuð aðra leið fer Gísli Brynjúlfsson í ritgjörð sinni um goðorð í Níjum Fjelagsritum.[1]) Haun miðar skíringu sína við söguna um stofnun fimtardómsins, og segir, að þá hafi verið stofnuð ní goðatilft,[2]) til þess að munur gæti orðið á dómnefnunni í þennan dóm (fimtardóminn) og í fjórðungsdómana, og hafi tilft þessi verið kölluð *fimt*, „því að hún var í löglegu tilliti fimti fjórðungur landsins, ef svo má segja, þó það aldrei væri nema í huga manna“, og af þessu hafi dómurinn verið kallaður fimtardómur. Það er gallinn á þessari skíringu, að *fimt* þíðir ekki sama sem fimtungur eða fimti hluti, og eru því engar líkur til, að hin „nýja goðatilft“, sem við var bætt, hafi verið kölluð *fimt*.

Enn hvað þíðir þá orðið fimt? Ekki annað enn *fimm einingar*, eins og *sétt* þíðir sex einingar, *sjaund* sjö einingar, *níund* níu eíningar, *tylft* tólf einingar.[3]) Þetta er líka auðsjáanlega sú frummerking, sem liggur á bak við þíðingu þá, sem orðið hefur í norrænum lögum (fimm daga frestur — einingarnar eru hjer dagarnir). Einnig kemur orðið *fimtartala* firir í Biskupa sögum og þíðir: tala, sem felur í sjer fimm einingar.[4]) Það virðist því liggja í augum uppi, að fimtardómurinn hafi verið kallaður svo, af því að menn skoðuðu hann frá upphafi sem samsettan af fimm einingum. Enn hverjar vóru þá þessar fimm einingar? Það sjest, ef vjer lítum á samsetning fimtardómsins. Í honum sátu 9 menn úr fjórðungi hverjum firir hin fornu goðorð og tólf menn, sem hinir níju goðar nefndu. Ef vjer nú skoðum þá níu menn, sem í dómnum sátu úr hverjum fjórðungi, sem heild út af firir sig, verða það fjórar einingar, enn fimta einingin verður tilft sú, sem sat firir hin níju goð-

1) N. Fjelagsr XIII, 148—149. bls.

2) Það kemur ekki þessu máli við, þó að G. B. hjer hermi það rangt, að fernar tilftir fornra goðorða hafi verið hjer á landi um þessar mundir og 8 goðorð að auki í Norðlendingafjórðungi.

3) *tíund* virðist reindar þíða sama sem tíundi partur, enn það er víst af því, að menn hafa í vandræðum gripið til þessa orðs, þegar þurfti að þíða latínska orðið *decima*, af því að menn ekki höfðu neitt annað handhægt orð, afleitt af *tíundi*, er gæti táknað tíunda part (líkt og *fjórðungur* af *fjórði*, *fimtungr* af *fimti*).

4) Bisk. I, 190. bls. neðst.

orð. Er dómurinn þá fimmdeildur, og því rjettnefndur fimtardómur. Það raskar ekki þessu, þó að ein af þessum einingum væri þriðjungi stærri enn hinar fjórar; menn gátu þrátt firir það skoðað hana sem einingu gagnvart hinum fjórum, af því að hún var nefnd af hinum níju goðum, sem hjer bersínilega koma fram sem ein heild gagnvart hinum fornu goðorðum.

Hafi dómendatalan í fjórðungsdómunum á alþingi verið 9 í hverjum, þá verður það enn þá skiljanlegra, hversvegna dómur sá, sem hjer um ræðir, var nefndur fimtardómur, því að dómendatalan í honum hefur þá verið rúmlega fimm sinnum stærri enn í fjórðungsdómi hverjum ($5^1/_3 \times 9 = 48$). Nafn dómsins stirkir þannig óbeinlínis skoðum V. Finsens o. fl., að ekki hafi setið fleiri enn níu menn í fjórðungsdómi.

B. Um þingsköp í fimtardómi.

Í 47. k. Konungsbókar eru í Þingskapaþætti ákvæði um, hvernig haga skuli atkvæðagreiðslu í fimtardómi,[1]) og hef jeg í Arkiv for nordisk filologi I, bls. 298—301 sínt fram á, að textinn í Konungsbók muni hjer vera úr lagi færður og bent á, hvernig hann hafi verið upphaflega. Ef tilgáta mín er rjett, verða reglurnar um atkvæða greiðsluna þessar:

1. Ef dómendur verða eigi ásáttir, þá skal ráða meiri hlutur atkvæða.
2. Ef atkvæðatalan er jöfn, þá skal: a) dæma áfall, ef málið er ekki véfangsmál, b) varpa hlutkesti, ef véfðng eru.

Næst á eftir þessum reglum um atkvæðagreiðsluna koma svo almenn ákvæði um það, hvað dómendur eigi að hafa firir augum, þegar þeir dæma um véfangssakir, og standa þau ekki beinlínis í neinu sambandi við reglurnar á undan um atkvæðagreiðsluna. Efnið í ákvæðum þessum er í stuttu máli, sem nú skal greina:

A. Ef dómendurnir (í hinum lægra dómi) hafa hvorirtveggju farið rjett að véfangi, þá á þeirra dómur að rofna, sem „síður hafa að lögum dæmt."

B. Ef aðrir hafa farið rjett að véfangi (í hinum lægra dómi) enn aðrir rangt, þá á þeirra dómur að standast, er rjett fóru að véfangi „þótt aðrir hafi málaefni betri firir öndverðu".

C. Ef hvorugir hafa farið rjett að véfangi, þá á þeirra dómur að rofna, „sem firr hafa farið því að véfangi, sem lög eru, og á sá

1) Grág. I a, 83. bls., k. 47.

dómur að rofna, sem þeim (ɔ: dómendum í fimtardómi) hefur þótt firr lögum dæmdur.“ [1])

Þessi þíðing fæst út úr stað þeim, sem til var vitnað í Grágás, ef filgt er tilgátu minni, og virðist þá sá lagastaður, sem hjer ræðir um vera ljós og sjálfum 'sjer samkvæmur. Tilgátan er að eins í því fólgin að fella úr eitt *enn* í texta Konungsbókar, og færa til greinarmerki, og eru þessar breitingar mjög hóflegar og lítilvægar. Hins vegar hef jeg sínt það, að menn lenda í óbotnandi mótsögn, ef menn filgja textanum í Konungsbók óbreittum.

Konr. Maurer hefur alveg fallist á skíringu mína á þessum stað í Literaturbl. für germanische und romanische philologie, IV jahrg. (1883) bls. 411. Aftur á móti hefur hinn ágæti landi minn og vinur V. Finsen [2]) ekki getað verið henni samþikkur, og hefur hann andmælt henni í Arkiv for nordisk Filologi II, bls. 152—157. Ástæður þær, sem hann tilfærir þar á móti minni skoðun, hafa samt sem áður ekki getað sannfært mig um, að jeg hefði á röngu að standa, og í brjefum til mín hefur sömuleiðis Konr. Maurer líst ifir því, að hann væri á minni skoðun þrátt firir andmæli Finsens. Málið er í sjálfu sjer mikils vert, og mun því reina í stuttu máli að gera grein firir, hvers vegna jeg ekki get fallist á mótbárur þær sem Finsen hefur borið fram.

Eins og jeg þegar hef tekið fram, er það að eins eitt lítið orð — *enn* — sem að minni higgju hefur valdið ruglingnum á þeim stað, sem hjer er um að ræða. Ef því er haldið og að öðru leiti farið eftir greinarmerkjum Konungsbókar óbreittum, þá verða orðin ekki skilin öðruvísi enn svo, að þau 3 atriði, sem talin eru hjer að framan undir staflíðunum A B og C verða undantekningar frá reglunni um atkvæðagreiðslu í véfangsmálum (2 b), að í þeim skuli hlutkesti ráða, ef atkvæði eru jafnmörg. Um þetta erum við Finsen samdóma, enda getur enginn efi á því leikið. Enn nú nær hin firsta undantekning (A) ifir öll þau tilfelli, er hvorirtveggju (ɔ: báðir flokkar, sem véfengt hafa í hinum lægra dómi) hafa farið rjett að véfangi, önnur undantekningin (B) nær ifir öll þau tilfelli, er aðrir hafa farið rjett að véfangi enn aðrir rangt, og hin þriðja (C) ifir öll þau tilfelli, þar sem hvorugir hafa farið rjett að véfangi, og *allar saman ná þessar þrjár undantekningar ifir öll þau tilfelli, sem firir geta komið í véfangsmálum.* Undantekningarnar afnema

---

1) Grág. I a, 83. bls.

2) Línur þessar eru skrifaðar firir nokkrum árum, meðan Finsen lifði. Í þessu sambandi get jeg ekki bundist þess að láta í ljós harm minn og trega ifir því, hve mikils vísindin hafa mist í fráfalli þessa manns.

þannig með öllu þá reglu, sem þær áttu að takmarka (B), svo að hlutkesti kemst hvergi að. Ákvæði hinna fornu laga komast þannig í beina mótsögn við sjálf sig, ef farið er eftir textanum, eins og hann er í Konungsbók, og hlítur hann því að vera eitthvað afbakaður. Ef *enn* er slept og greinarmerkjunum breitt, eins og jeg hef bent á, þá fellur alt í ljúfa löð.

Enn Finsen vill ekki játa, að lagagreinir þær er fir var getið, A, B og C. nái ifir öll þau tilfelli, sem firir geta komið í véfangsmálum, heldur eigi A og C að eins við þau mál, er refsingu varða eða sakamál („straffesager"), enn öll önnur mál (t. d. um erfðir, eignarrjett, landabrigði o. fl.) sje undanskilin þessum ákvæðum, og hafi þessi hin síðarnefndu mál verið útkljáð með hlutkesti samkvæmt 2 b, ef atkvæði vóru jöfn í fimtardómi. Þessi ágreiningur milli okkar er sprottinn af því, að hann skilur orðin „*síðr at logom*" í A og „*firr því sem log ero*" í B öðruvísi enn jeg. Hann játar að vísu, að í þessum orðum g e t i legið sú þíðing, sem jeg hef í þau lagt — jeg hafði þítt þau með dönsku orðunum: „mindst overensstemmende med loven" — enn heldur því samt fram, að hugsunin í þeim sje hjer á þessum stað: „mindre overensstemmende med den for det foreliggende faktum gældende positive straffelovs strænghed", og af þessari þíðingu sinni leiðir hann þá áliktun, að hjer sje að eins talað um sakamál. Hann vísar til þess að orðatiltækið „*féra vígsǫk miðr til laga*" (Grág. I a, 194. bls.) þíði: „nedlægge påstand om en straf, der er mindre overensstemmende med lovens strænghed", og „*sókia til fullra laga*" (Grág. I a, 168. bls.) þíði: „forfølge en straffesag efter lovens fulde strænghed". Það er skoðun hans, að í véfangsmálum hafi að nokkru leiti gilt lík regla, þegar atkvæði vóru jöfn í fimtardómi, eins og gilti í þeim, sem ekki vóru véfangsmál, því að í þeim skildi dæma áfall, ef atkvæði vóru jöfn (2 a), og telur það skíringu sinni til gildis, að með henni fáist fult samræmi milli ákvæða laganna um véfangsmál þessi og önnur mál

Móti skíringu Finsens mælir first og fremst það, að orðin *at lǫgom* þíða alstaðar, þar sem þau koma firir í Grágás, sama sem „samkvæmt lögum", og koma aldrei firir í þíðingunni „samkvæmt strangleika laganna". Þó að orðin „*til (fullra) laga*" geti í sambandi við *sókia*, *féra* og önnur þvílík orð þítt „samkvæmt strangleika laganna", þá sannar það með engu móti, að „*at lǫgom*" í sambandi við *dóma* geti haft sömu þíðingu. Enn verði það nú ekki sannað, að orðin *at lǫgom* þíði nokkurstaðar annað enn „samkvæmt lögum", þá hlítur einnig *síðr at lǫgom* að þíða sama sem síður samkvæmt lögum. Það er í fullu samræmi við þetta, að orðin „*helzt at*

lǫgom“ þíða „samkvæmast lögum“ eða „í mestri samkvæmni við lög“.[1])

Enn fremur komast menn í vandræði með orðin „*í öllom stoðom þeim er domendr hafa vefengt*“ ef filgt er Finsens skíringu. Hann heldur, að „*í öllom stoðom*“ sje sama sem „í öllum hinum einstöku atriðum málsins“, enn tilfærir engin dæmi þess, að þetta orðatiltæki komi firir í þeirri merkingu annarstaðar. Auk þess virðist hjer á þessum stað ekki vera nein ástæða til að taka sjerstaklega fram hin einstöku atriði málsins, þó að menn vildu að öðru leiti aðhillast skíringu Finsens. Jeg hef haldið því fram, að orðin „*í öllom stoðom þeim er*“ þíddu sama sem nú er sagt „í öllum þeim tilfellum, þegar“. Sömu orðin koma firir í sömu þíðingu á tveimur öðrum stöðum í Konungsbók.[2]) Sömu hugsun tákna einnig orðatiltækin: „*hvarvetna þess er*“, „*hvar þess er*“ og „*hvargi er*“ á mjög mörgum stöðum í Grágás.[3]) Öll þessi orðatiltæki standa vanalega í birjun setningar, og er það því til stuðnings, að púnktur eigi að standa á undan orðunum „*í öllom stoðom* “, á þeim stað, sem hjer er um að ræða, eins og jeg hef haldið fram. A báðum hinum stöðunum, þar sem „*í öllom stoðom*“ kemur firir í Konungsbók standa þessi orð í upphafi setningar.

Að því er snertir þá mótbáru Finsens, að ákvæðin í lagagreinunum A og C hjer að framan eigi að eins við sakamál, enn önnur véfangsmál, sem snerta þegnrjettindi (civilretlige sager) sjeu undan skilin, ber þess að gæta, að öll véfangsmál vóru um leið sakamál. Maurer hefur sínt þetta svo ljóslega í brjefi til mín, dags. 5. ágúst 1882, að jeg get ekki bundist þess að tilfæra orð hans: „Abgesehen von einem ganzen haufen anderer einwendungen, die ich gegen Finsen's erklärungsversuch vorzubringen hätte, scheint mir dieser schon an dem einzigen umstande zu scheitern, dass alle und jede véfangsmál eo ipso immer strafsachen sind. Die beim véfang anzuwendende lýsing, Konungsbók § 42, s. 77, geht dahin, dass den gegnern vorgeworfen wird, „*at þeir hafa demt ólög*“, und die klage geht nicht nur auf *dómrof*, sondern

---

1) Sjá t. d. Grág. I a, bls. 79[22], 80[6], 81[2], 81[13].

2) Grág. I a, bls. 133[8]. I b, bls. 51[4] (sbr. 237[15]). Í Staðarhólsbók má finna fleiri dæmi, sbr. Arkiv for nord. fil. I. bls. 300.

3) *Hvarvetna þess er:* Grág I a, bls. 6[3], 41[24], 63[19], 65[9]. 66[14], 101[7], 143[15], 248[16]. I b, bls. 75[5], 102[6], 173 neðst, 178[3]; *hvar þess er*: Grág. I a, bls. 66[6], 145[22], 157[17], 161[26], 166[13], 167[3], 171[19], 241[6]. I b, bls. 88[6], 153[26], 159[9]; *hvargi er*: Grág. I b, bls. 121[15]. Sbr. einnig: *of alt þat er* Grág I b, bls. 67[12]. Fleiri staði úr Staðarhólsbók hef jeg tilfært í Arkiv á þeim stað sem fir var getið.

auch auf *útlegð*. Die vergleichung des norwegischen rechts, und auch der übrigen germanischen rechte, zeigt deutlich, dass dieser punkt ein sehr wesentlicher ist für die auffassung der urtheilsschelte; sie läuft ursprünglich stets auf den vorwurf einer wissentlich falschen urtheilsfindung hinaus, und ist somit immer crimineller natur. Damit scheint mir aber die grundlage Ihrer auffassung der stelle nothwendig gegeben: zunächst scheidung der véfangsmál von allen anderen fimtardómssakir, und für die ersteren die entscheidung durch das loos, für die letzteren die entscheidung für das condemnatorische urtheil im falle der stimmengleichheit, — eine verschiedenheit der behandlung, welche sich dadurch rechtfertigt, dass bei den véfangsmál das urtheil immer condemnatorisch ausfallen muss, nämlich für die eine parthei oder für die andere. Steht aber dieser punkt fest, so ist auch sofort gegeben, dass die weiteren sätze über die entscheidung nach der realitæt oder formalitæt nur noch als eine den richtern im fimtardómr ertheilte instruction gelten können, der sie bei ihrer abstimmung folgen sollen; Ihre emendation aber wird nöthig, um den allein möglichen sinn der stelle herzustellen, und sie ist zugleich so ungemein leicht, dass ich nicht das mindeste bedenken hege mich ihr anzuschliessen, obwohl ich — wie gewiss Sie selber auch — dem von Finsen aufgestellten grundsatze alle anerkennung zolle, dass man einer im allgemeinen guten handschrift gegenüber nicht ohne noth zu emendationen greifen soll."

III.

Um Lögberg.

Enginn staður í þingmarki alþingis hins forna er nefndur jafnoft í fornum ritum eins og *Lögberg*. Í sögunum er oft minst á það og í Grágás skifta þeir staðir hundruðum, þar sem talað er um Lögberg. Enn mjög fáir af öllum þessum mörgu stöðum, þar sem Lögbergs er getið, eru svo vaxnir, að af þeim megi ráða nokkuð um það, hvar þessi merkilegi staður hafi legið. Orsökin til þessa liggur í augum uppi. Sagnaritararnir og þeir, sem skrifuðu hinar fornu lögbækur, þektu þennan stað betur enn alla aðra staði á Þingvelli, og þeim datt ekki í hug, að nokkurn tíma mundi verða hinn minsti vafi á, hvar hann hefði legið; enn af þessu leiddi aftur,

að þeir ekki hirtu um að skíra fírir lesendum sínum legu þessa staðar, einmitt af því að hún var svo alkunn og sjálfsögð.

Guðbrandur Vigfússon mun firstur manna á þessari öld hafa efast um það, að Lögberg hið forna hafi verið þar sem nú er kallað Lögberg, á hraunrima þeim, sem gengur norður úr Þingvallatúni milli tveggja gjáa, sem nú eru nefndar Flosagjá og Nikulásargjá. Síðan tók Kr. Kålund þetta mál til rannsóknar í riti sínu „Hist.-topogr. beskrivelse af Island" og komst að þeirri niðurstöðu, að Lögberg hefði ekki verið fírir austan Öxará, heldur fírir vestan hana, líklega á hinum lægri barmi Almannagjár norður frá „Snorrabúð", þar sem mannvirki sjest enn þá uppi á gjábarminum.[1]) Að sömu niðurstöðu komst Guðbr. Vigfússon í ritgjörð, er fílgir Sturlungu hans, öðru bindi.[2]) Aftur á móti var Sigurður Vigfússon, bróðir Guðbrands, á annari skoðun. Hann rannsakaði hinn forna alþingisstað árið 1880 að tilhlutun fornleifafjelagsins, og skírði frá rannsókninni í Árbók fornleifafjelagsins fírir árin 1880—1881, á 8.—52. bls., og heldur hann því fast fram, að Lögberg hafi verið milli gjánna, þar sem almenningur kallar Lögberg. V. Finsen virðist hafa fallist á mál Sigurðar í Grág. III á 644. bls.

Því verður eigi neitað, að Sigurður Vigfússon hefur að sumu leiti rjettara fírir sjer enn þeir Kålund og Guðbr. Vigfússon. Þannig hefur hann sínt það, sem vafalaust er rjett, að Grágás á við dagsmörk, þar sem hún segir, að dómar skuli út fara (til sóknar) „eigi síðar en sól kemur á gjábakka hinn hærri frá lögbergi úr lögsögumannsrúmi að sjá",[3]) og að sá maður, sem sök hefir að sækja, skuli vera út kominn, „þá er sól er komin á gjábakka hinn vestra úr lögsögumanns rúmi að sjá".[4]) Þetta hvorttveggja er auðsjáanlega sama tímaákvörðunin, og að hjer er um dagsmark að ræða, sjest glöggt á því, hversu nákvæmlega staður sá er til tekinn, sem sólin er miðuð frá (lögsögumanns rúm). Ef hjer væri að ræða um skin sólarinnar framan á vesturbarm Almannagjáar, eins og Kålund hefur ætlað, þá væri viðbótin „úr lögsögumanns rúmi að sjá" alveg óþörf, því að þetta sjest á sama augabragði, hvar sem sjáandinn stendur, frá öllum þeim stöðum, sem gjábarmurinn blasir við. Kålund hefur vilst á þessu, af því að honum hafði verið skírt rangt frá um sólarganginn á Þingvelli, að sólin sæist aldrei á neinum tíma dags bera ifir vesturbarminn á

1) Kr. Kålund: Hist.-topogr. beskr. af Island I, 131.—142. bls.
2) Sturl. Oxf. II, 505.—511. bls.
3) Grág. I a, 52. bls. neðst.
4) Grág. I a, bls. 53^{14}.

Almannagjá, enn það er rjett, sem Sigurður segir, að vesturbarmurinn mindar sjóndeildarhringinn bæði í vestri og útnorðri, og að sól ber þar ifir allan síðari hluta dags alt til sólarlags á öllum tímum árs, þegar sólargangurinn er svo langur.

Enn fremur er það vafalaust, að Sigurður Vigfússon hefur rjett að mæla, þar sem hann heldur, að átt sje við dagsmark í 24. k. Konungsbókar, er birjar svo: „*Ver scolom fara til logbergs a morgin oc fœra doma vt til hrvðningar sva it siþarsta, at sol se a gia-hamri envm vestra or logsogvmanns rúmi til at siá a logbergi.*[1]) Hitt er nokkuð efasamt, hvort Sigurður hefur rjett firir sjer í því, að *gjáhamarr enn vestri* sje annað enn *gjábakki enn vestri* (eða *hærri)*, og tákni örnefni á gjábakkanum. Eftir því væri hjer um annað dagsmark að ræða enn á tveimur hinum stöðunum. Í málinu, eins og það er nú, má hafa gjáhamar í alveg sömu þíðingu og gjábakka, enn það getur líka táknað einhvern einkennilega afmarkaðan part af gjábakkanum. Það sem helst virðist mæla með skoðun Sigurðar, að hjer sje um tvö mismunandi dagsmörk að ræða, er það, að ef gjáhamar er sama sem gjábakkinn allur, þá er það nokkuð óljóst og óákveðið í hinum fornu lögum, þar sem svo er að orði kveðið, að dóma skuli færa út til hruðningar „*sva it siþarsta at sol se a gia-hamre*“, því að þetta má skilja svo, að hjer sje átt við allan þann tíma, sem sól ber ifir gjábarminn einhverstaðar, enn það gerir hún, eins og Sigurður hefur tekið fram, allan síðari hluta dags til sólarlags, svo að eftir þessu hefði mátt draga að færa út dómana, þangað til sól var að ganga undir. Aftur á móti væri þetta engum misskilningi undirorpið, ef gjáhamar væri einhver lítill, ákveðinn og afmarkaður partur af gjábakkanum. A báðum stöðunum, þar sem gjábakki er nefndur, er nákvæmar til orða tekið, því að þar segir á firri staðnum „*eigi síðarr enn sol kœmr a giabakka*“, og á síðari staðnum: „*þa er sol er komin* a giá-bakka“, og verður það ekki misskilið, að þar er átt við þá stund, þegar sólina first fer að bera ifir gjábarminn. Þó finst mjer eigi óhugsandi, að orðin, „*sva it siþarsta, at sol se a gia-hamri*“ tákni alveg sama sem „*eigi síðarr enn sól kœmr a giábakka*“, því að í daglegu tali getur „*sól er á gjáhamri*“ verið haft í sömu merkingu og „*sól kemur* (eða *er komin) á gjáhamar* (eða *gjábakka)*“, þó að það sje ekki nákvæmlega til orða tekið. Örnefnið „Gjáhamar“, sem Sigurður segist first hafa heirt árið 1879, er víst nokkuð vafasamt — að minsta kosti munu fáir þekkja það, þó að kunnugir sjeu á Þingvelli.

1) Grág. I a, 45. bls.

Sömuleiðis hefur Sigurður Vigfússon sínt, að sönnun sú, sem þeir Kålund og Guðbr. Vigfússon hafa komið fram með firir því, að Byrgisbúð hafi staðið á hraunrimanum, þar sem nú er nefnt Lögberg, er hvergi nærri einhlít eða óiggjandi. Þeir Kålund ráða þetta af einum stað í Sturlungu, þar sem talað er um viðureign þeirra Hafliða Mássonar og Þorgils Oddasonar[1]), Er þar sagt, að Hafliði hafi ekki getað sett dóminn niður á vanalegum stað firir ofríki Þorgils, og hafi hann þá fært dóminn »*austr í hraunit hjá Byrgisbúð; þar gæta gjár þrim megin, en virkisgarðr einum megin*«. Þessi lísing á staðnum á mæta vel við hraunrimann milli gjánna, sem menn kalla Lögberg, enn Sigurður hefur sínt, að hún á eins vel við um annan hraunrima, sem liggur norðar, og hefur hann þar fundið leifar af grjótgarði, sem hann heldur hafi verið virkisgarður, enn það er þó nokkuð efasamt. Það er víst, að Byrgisbúð hefur verið á öðrumhvorum þessara hraunrima, enn á hvorum þeirra hún hefur verið, er ósannað, því að lísingin í Sturlungu er ekki svo greinileg, að hún taki af öll tvímæli, og því síður sker Njála úr þessu, þar sem hún talar um Byrgisbúð[2]).

Enn þó að Sigurður Vigfússon hafi rjettara að mæla enn þeir Kålund og Guðbrandur Vigfússon, að því er snertir þau atriði, sem nú vóru greind, þá sannar það alls ekki, að hann hafi rjettara firir sjer í því, sem er aðalefni málsins, því að ekkert af þessum atriðum er svo lagað, að af því megi ráða með nokkrum líkindum, hvar Lögberg hafi verið. Ef vjer vissum firir víst, á hverri stundu dags dómar fóru út til hruðningar eða til sóknar, þá þirfti ekki annað enn reisa upp lóðrjetta stöng á Nónþúfu, þar sem efri gjábarmurinn first fer að gnæfa ifir hinn neðri[3]) og taka eftir í hverja stefnu skugginn af stönginni fjelli á hinni ákveðnu stundu um alþingistímann, því að í þeirri stefnu[4]) hliti þá Lögberg að hafa legið. Enn vjer vitum ekki neitt um, á hverri stundu athafnir þessar fóru fram, annað enn það, að það var einhvern tíma síðari hluta dags, eins og ráða má af því, sem sagt er hjer að framan, og þetta er alt of óákveðið til þess, að af því megi leiða nokkra áliktun. Og þó að það irði sannað, sem ekki hefur verið sannað, að Byrgisbúð hafi ekki staðið á hraunrimanum, sem nefndur er Lögberg, þá er það engin sönnun firir því, að þar hafi verið Lögberg hið forna. Við

1) Sturl. Oxf. I, 26. bls.

2) Njála k. 136[74].

3) Sbr. Uppdrátt þann af Almannagjá og alþingisstaðnum, sem filgir Árbók fornleifafjelagsins 1880—1881.

4) Eða jafnhliða (»parallelt með«) henni, ef Lögberg hefur legið á þeim stað, sem Nónþúfa ekki sjest frá.

gröft Sigurðar bæði á hraunrimanum milli gjánna og á gjábakkanum eistri, þar sem Kålund og Guðbr. Vigfússon halda að Lögberg hafi verið, kom og ekkert það í ljós, er tæki af öll tvímæli. Hið hringmindaða mannvirki, sem Sigurður gróf í á hraunrimanum, virðist líkast lögrjettupöllum þeim, sem hafðir vóru, eftir það að landið komst undir konung og líst er í Íslandslísingu Kålunds á 128.—130. bls. Ef lögrjettan einhvern tíma hefur verið hjer, þá er auðskilið, af hverju hraunriminn hefur fengið nafnið *Lögrjettuspöng*, sem hann hefur verið kallaður til skamms tíma[1]), og væri þá heldur eigi ólíklegt, að einmitt þetta nafn hefði gefið tilefni til þess, að menn fóru að kalla hraunrimann Lögberg, því að Kålund hefur sínt það með ljósum rökum, að seinni tíma menn hafa ekki haft neina hugmind um muninn á lögrjettu og lögbergi, heldur blandað hvorutveggju saman[2]). Hin ferhirnda rúst innan í mannvirkinu kringlótta er víst ekki annað enn ómerkileg búðarrúst frá síðari tímum, ef hún hefur ekki verið lögrjettuhús eins og Sigurður Vigfússon getur til[3]). Meiri líkur eru til þess, eftir því sem fram kom við gröft Sigurðar á gjábarminum lægra, að þar hafi Lögberg verið. Mannvirkið, sem Sigurður gróf í á þessum stað, virðist bersínilega gert til þess að jafna eða sljetta gjábarminn að ofan, svo að þar irði gott að standa og sitja. Á það bendir það, að reglulegur grjótgarður fanst ekki í þessu mannvirki nema að neðanverðu, og hefur hann auðsjáanlega verið hlaðinn svo til að jafna hallann, enn til beggja enda að sunnan og norðan vottar ekki firir neinum grjótgarði, heldur er þar alt filt með mold. Hefði þetta verið búðarvirki Orms Svínfellings, eins og Sigurður heldur, þá er óskiljanlegt, hvers vegna engin hleðsla fanst að sunnan og norðan, og þar að auki hefði þá átt að votta firir búðarrúst innan í mannvirkinu, því að virkin vóru hlaðin í kringum búðirnar[4]). Í miðju mannvirkinu fann Sigurður merkilegan grjótbálk, „lítinn og stuttan, sem reinslan þó síðar sindi, að ekkert áframhald hafði á neinn veg“. Sigurður gerir enga tilraun til að skíra, hvað þessi grjótbálkur hafi verið. Þess mætti til geta, að grjótbálkur þessi sje leifar af fornum hörg eða blót-

1) Sjera Jens Pálsson á Þingvöllum sagði mjer árið 1880, að sig minti, að hann hefði heirt hraunrimann kallaðan Lögrjettuspöng. Á Þingvöllum er hann vanalega að eins nefndur »Spöngin«. Sbr. Kålund: Hist. topogr. beskr. af Island I, s. 141.

2) Kr. Kålund: Hist. topogr. beskr. af Island I, 138. bls.

3) Arbók hins ísl. fornleifafjelags 1880—1881, 12. bls. þó er það ólíklegt, að rústin hafi verið lögrjettuhús, því að hús var ekki reist handa lögrjettunni fir enn eftir 1690, og virðist það altaf síðan hafa staðið firir vestan á; sbr. Kålund, s. st. bls. 126—131 og Árbók s. st.

4) Sbr. Sturl. Oxf. I, bls. 83 neðst.

stalla, sem staðið hafi á hinu forna Lögbergi í heiðni, og hafi hann síðar, þegar mannvirkið var hlaðið til að jafna gjábarminn, verið látinn standa í undirstöðunni. Øskulag það, sem Sigurður fann neðst niður við bergið undir mannvirkinu fyrir neðan grjótbálkinn, gæti þá verið leifar af gömlum blóteldum. Það er engum vafa bundið, að alþingi hefur í heiðni verið helgað með blótum. Á það benda orðin *þinghelgi*, *at helga þing*, *alþingis helgun*[1]). Það er eigi ólíklegt, að þessi blót hafi farið fram á lögbergi, og að grjótbálkurinn og askan sjeu menjar þeirra. Ofan á mannvirkinu vóru til forna ferhirndir hraunsteinar, mátulegir til að sitja á, og var þeim raðað í hálfhring, þegar Jón Ólafsson frá Grunnavík sá þá í æsku sinni um 1724, enn líkur þóttu honum til, að steinarnir hefðu upphaflega verið settir í hring, enn síðan hefði hrunið af vestari hluta hringsins ofan í Almannagjá. Þessum steinum velti Jón og fleiri niður af gjábarminum og bjuggu til úr þeim stillur ifir Öxará, til þess að gengið irði þurrum fótum ifir ána[2]). Steinaröð þessi kemur mæta vel heim við það, að hjer hafi Lögberg verið. Á Lögbergi átti lögsögumaðurinn sjálfur sæti og þeir menn, sem hann skipaði Lögberg, og er líklegt, að steinaröðin hafi verið ætluð þeim að sitja á. Aftur á móti er óskiljanlegt, hvað steinar þessir áttu að gera í búðarvirki Orms Svínfellings. Steinarnir eru nú auðvitað sokknir niður í árfarveginn og orpnir auri, enn þó fann jeg einn slíkan stein í ánni, niður undan mannvirkinu á gjábarminum, árið 1880, þegar jeg kom á þingstaðinn og skoðaði hann ásamt vini mínum, rektor Jóni Þorkelssini.

Vegsummerki þau, sem fundist hafa á gjábarminum eistra, virðast þannig heldur mæla með því, að þar hafi Lögberg verið. Enn þó eru þau ekki svo einhlít eða óiggjandi, að þau taki af öll tvímæli.

Næst kemur til athugunar, hvor staðurinn sje hentugri fyrir þær athafnir, sem áttu fram að fara að Lögbergi. Að Lögbergi fóru fram allar lísingar, sem almenning vörðuðu, þar sagði lögsögumaðurinn upp lög og nímæli og lögrjettu leifi, — það var auglísingastaður þingsins[3]). Það er nú auðsætt, að þessar athafnir gátu ekki farið fram á afviknum stað, heldur var staðurinn því hentugri sem hann var nær miðju þingstaðarins, þar sem flestir gátu heirt lísingarnar. Í

1) Sbr. V. Finsen í orðasafninu aftan við Grág. III undir orðinu *þinghelgi*. Landn. II. Viðbætir (Melabókar hinnar yngri), bls. 335 og 336. Það að *allsherjargoðinn*, enn ekki lögsögumaðurinn, átti að helga þing, bendir líka til þess, að blót hafi verið samfara helguninni.

2) Kålund, s. st. 138.—140. bls.

3) Sbr. V. Finsen í orðasafninu aftan við Grág. III undir orðinu *lögberg*. Kålund s. st. 132. bls.

fjölmennum bæ mundi enginn festa upp auglísing, sem alla bæjarbúa varðaði, í útjaðri bæjarins, heldur sem næst miðjunni, þar sem umferðin væri mest. Líkt stendur á, að því er Lögberg snertir. Hraunriminn milli gjánna er nokkuð afskektur, og er því ólíklegra, að Lögberg hafi verið þar enn á gjábarminum eistra firir norðan Snorrabúð, sem liggur í miðjum búðakransinum firir vestan ána. Enn fremur heirist hvergi eins vel það, sem talað er, eins og ef mælandinn stendur uppi á gjábarminum eistra, því að first og fremst heirist hvert orð, sem sagt er, þó ekki sje hátt talað, eftir allri Almannagjá suður undir Kárastaðastíg, og auk þess varpar efri (vestari) gjábarmurinn hljóðinu austur á sljettuna, sem Öxará rennur eftir, svo að þar heirist glöggt, þó að staðið sje langt burtu úti í Öxarárhólma. Þetta kemur af því, að gjábakkinn vestari er miklu hærri enn hinn eistri, svo að hann kastar hljóðinu frá sjer aftur niður á sljettuna. Jeg reindi þetta sjálfur árið 1880 á Þingvelli, og heirðist þá vel alt, sem jeg sagði, út í Öxarárhólma, þrátt firir það þó að lest færi um sama leiti ifir ána rjett hjá og talsverður hávaði glepti firir af gutlinu, þegar hestarnir óðu, og þó að nokkur gola væri.

Fullkomin sönnun firir því að Lögberg hafi verið firir vestan Öxará enn ekki firir austan, fæst af nokkrum stöðum í Sturlungu. Firsti staðurinn er í Sturlu sögu[1]), og hefur hann verið rjett metinn af Guðbrandi Vigfússini og Kålund, og þarf jeg því ekki annað enn vísa til þeirra[2]). Reindar vantar þau orð, sem alt er hjer undir komið („*á virkit fyrir búð sína*“) í hið elsta handrit af Sturlungu, enn þau hljóta samt að vera upphafleg, því að auðskilið er, að þau gátu fallið burtu, enn hitt óskiljanlegt, að nokkur hafi farið að bæta þeim við, hafi þau ekki staðið hjer upphaflega[3]).

Annar staðurinn er í 39. k. Íslendingasögu[4]). Er þar talað um deilur þeirra Magnúsar goða[5]) og Snorra Sturlusonar. Þeim lenti saman eitt sumar á alþingi út úr skærum manna þeirra, og veitti Sæmundr Jónsson frá Odda frænda sínum Magnúsi. Búðir þeirra Snorra og Magnúsar stóðu hvor hjá annari á völlunum firir

---

1) Sturl. Oxf. I, 83.—84. bls.

2) Kålund s. st. 136. bls. Sturl. Oxf. II, 505. bls.

3) Á hinum umrædda stað í Sturl. virðist »*leiddisk mönnum*« vera misskrifað firir »*leiddusk menn*«, því að á sambandinu er auðsjeð, að mönnum hefur þótt gaman að hlusta á ræður Sturlu enn ekki leiðst þær, sbr. það sem stendur i B: »*þviat maðrinn var bæði vitr ok tungumjúkr*«.

4) Sturl. Oxf. I, 235. bls.

5) Svo er víst rjettara enn »*góða*«, sbr. Sturl. Oxf. I, 284. bls. neðanmáls.

austan ána[1]), og það sjest á sambandinu, að búð Oddaverja stóð líka þar nálægt. Sæmundr veitti Snorra aðgöngu, enn hann filkti liði í sundinu milli sinnar búðar og Allsherjarbúðar, sem Magnús goði tjaldaði, og sendi orð eftir bræðrum sínum Þórði og Sighvati; komu þeir og báðir með alla sína menn og þótti Sighvati Snorri ekki hafa haldið vel stöðunni, áður hann kom til. Það sjest á þessari frásögn, að þeir bræður Snorra, Þórðr og Sighvatr, hafa haft búð fjarri Snorra, og má telja það víst, að þeir hafi tjaldað Hlaðbúð, sem filgdi Snorrungagoðorði, erfðagoðorði Sturlunga[2]), og kemur það vel heim, því að Hlaðbúð lá firir vestan Öxará[3]). Á þessu þingi urðu þær málaliktir, að Snorri varð að leggja mál sitt á vald Sæmundi, og undi illa við. Næsta vor stefndi Snorri Magnúsi goða skóggangssök um erfðamál til Þverárþings og gerði hann þar sekan skógarmann. Eftir það fjölmentu hvorirtveggju til alþingis. Þá stendur svo í hinu elsta og besta handriti Sturlungu (AM. 122 a fol.): „*Snorri let gera bvð þa vpp fra lǫgbergi, er hann kallaði grylv*“ og litlu síðar: „*Bræðr hans varo þar baðer með miklo liði. Aller varo þeir firer vestan ǫ*“[4]). Það er nú auðsjeð á sambandinu, hvers vegna Snorri lætur gera sjer nýja búð firir vestan ána. Hann hafði reint það sumarið áður, að það gat verið hættulegt firir hann að hafa búð sína rjett hjá búðum óvina sinna, þar sem bræður hans vóru fjærri firir vestan ána. Hefur hann því látið gera nýja búð vestan megin árinnar til að geta verið nálægt bræðrum sínum, ef í hart færi. Orðin „*upp frá lǫgbergi*“ má ekki skilja svo, sem búð Snorra hin nýja hafi gnæft ifir Lögberg eða staðið hærra enn það, heldur táknar *upp* hjer stefnuna frá fjöru til fjalls, eins og altítt er í fornu máli og nýju, og þíða orðin hjer því sama sem stæði „norðar enn Lögberg“, miðað eftir meginstefnu Öxarár, sem hjer rennur næstum því í suður. Guðbr. Vigfússon hefur aflagað þennan stað herfilega í Sturlungu sinni með því að taka upp í textann *Lögréttu* firir Lögbergi eftir lakari handritum og breita greinarmerkjunum af handa hófi, svo að ekkert vit verður í málinu. Sambandið sínir, að textinn í 122 a (B) er alveg rjettur, og að hjer á að standa *Lögbergi* enn ekki *Lögréttu*, því að allir sjá, að það getur ekki verið rjett að miða búð, sem stóð firir vestan

1) Um Valhöll, hina vanalegu búð Snorra, sjá Kålund: Hist.-topogr. beskr. af Island I, 107., 120.—121. bls.

2) Sbr. Sturl. Oxf. I, 265.—266, 276, 279 og 291. bls.

3) Kålund s. st. bls. 103—106. Sturl. Oxf. II, 505. bls. Árbók fornleifafjel. 1880—1881, bls. 45—49.

4) Vinur minn, viceprófastur Eiríkur Jónsson, hefur góðfúslega skírt mjer frá, að þetta standi þannig orðrjett í 122 a.

ána, við lögrjettuna, sem var austan árinnar upp á völlunum, og segja að búðin hafi staðið upp frá Lögrjettu. Þess ber vel að gæta að ekkert rúm er firir búð vestan árinnar, fir enn kemur niður firir útrensli hennar úr Almannagjá (Drekkingarhil), og er það talsvert neðar enn á móts við þann stað, sem lögrjettan var höfð á um þessar mundir austan árinnar.

Þriðji staðurinn, sem mjer finst sína, að Lögberg hafi verið firir vestan á, er í 80. k. Íslendinga sögu[1]). Þar standa þeir andvígir hvorir öðrum bræðurnir, Snorri og Þórðr öðrumegin, enn hinu megin Sighvatr með Sturlu sini sínum. Þeir bræður Sighvatr og Þórðr semja svo um, að Sturla skildi tjalda Hlaðbúð, og sagði Sighvatr það ráð, „*at sínum megin ár væri hvárir*“. Af þessu má ráða, að þeir Sighvatr og Sturla hafi verið firir vestan á, enn Snorri og hans flokkur firir austan, og hefur Snorri þá tjaldað hina vanalegu búð sína Valhöll. Hefur þessu auðsjáanlega verið þannig hagað til þess, að flokkunum skildi síður lenda saman í illdeilum, og til þess að hvor flokkur um sig hefði sína menn á einum stað, ef til þirfti að taka, og er hjer líkt ástatt, eins og þegar Snorri og bræður hans deildu við þá Magnús og Sæmund. Síðan segir Sturlunga: „*Þeir Sighvatr létu lýsa hernaðarsakir at Lögbergi á hendr Vatsfirðingum, en Snorri lét segia til sekðar Hrafnssona í Lögréttu; þat görði Jón murtr*“. Hjer er athugavert, að það átti að lögum að lísa sekt að Lögbergi enn ekki í lögrjettu[2]). Hvernig stendur þá á því, að Sighvatr skuli hjer lísa hernaðarsakir að Lögbergi, eins og rjett var að lögum, enn Snorri skuli bregða frá lögunum og láta segja upp sekt í lögrjettu? Ef Lögberg hefur verið að vestanverðu við ána, þá er það auðskilið. Þá var Lögberg á valdi Sighvats og hans manna, sem vóru firir vestan á, og hefur Snorra ekki þótt árennilegt að fara þangað til að lísa sektinni eða senda menn sína þangað til þess undir vopn þeirra Sighvats. Því kís hann heldur að segja upp sektina austan árinnar í Lögrjettu, þó að það væri ekki lögmætt. Ef Lögberg aftur á móti er firir austan ána á hraunrimanum milli gjánna, þá er þetta alveg óskiljanlegt. Þá verður ekki sjeð, að Snorra hafi getað gengið neitt til að breita frá lögunum, þar sem Lögberg þá hefði verið á valdi hans, og hins vegar gat það þá verið hættulegt firir Sighvat og hans menn að filgja ákvæðum laganna og lísa hernaðarsakirnar að Lögbergi, því að þá hefði hann orðið að fara ifir ána til þess í hendur fjandmanna sinna.

1) Sturl. Oxf. I, 291.—292. bls.
2) Grág. I a, bls. 108 og 122.

Sjerhver af þeim þrem stöðum í Sturlungu, sem nú vóru taldir, virðist þannig benda til, að Lögberg hafi verið firir vestan ána. Og ef vjer lítum á þá alla í heild sinni, þá stiðja þeir hvor annan svo, að með þeim virðist vera fengin full vissa firir því, að Lögberg hafi ekki verið á hraunrimanum milli gjánna heldur að vestanverðu við Öxará. Með hraunrimanum mælir í raun og veru að eins það, að hann hefur nú um nokkurn tíma verið kallaður Lögberg, enn Kålund hefur sínt, að þetta nafn á hraunrimanum kemur ekki firir fir enn á öldinni, sem leið. Eldri höfundar, eins og t. d. Arngrímur lærði og Grunnavíkur Jón, virðast ekki hafa þekt þetta örnefni á hraunrimanum. Að það hafi ekki verið eins alment og nú um miðja 18. öld virðist mega ráða af annál Sveins Sölvasonar, sem er geimdur í landsbókasafninu í Jóns Sigurðssonar safni Nr. 296, 4° og nær ifir árin 1740—1755. Þar er sagt frá dauða síslumanns Nikuláss Magnússonar, sem drekti sjer árið 1742 í gjá þeirri, sem takmarkar hraunrimann að austan og síðan er kend við hann og kölluð Nikulásargjá, og segir, að silfurdósir hans hafi fundist „á gjáarbarmi firir norðan Þingvallatún“ og hafi menn af því ráðið, að hann mundi hafa kastað sjer í gjána, og hafi það reinst rjett, því að lík hans hafi fundist sama morgun. Hefði Lögbergs-nafnið á hraunrimanum verið kunnugt Sveini Sölvasini, þá hefði hann eflaust miðað gjána við Lögberg enn ekki við Þingvallatún[1]). Hjer að framan hef jeg bent á, hvað first muni hafa gefið tilefni til þess, að menn fóru að kalla hraunrimann Lögberg.

Það má því telja víst, að Lögberg hafi verið vestan megin við Öxará, og er enginn staður líklegri enn gjábarmurinn norður frá „Snorrabúð“, þar sem þeir Kålund og Guðbr. Vigfússon halda að Lögberg hafi verið.

Að því er snertir dagsmarkið eða dagsmörkin „sól á gjábakka hinum efri (vestari)“ eða „sól á gjáhamri hinum vestari“, skal þess getið, að sól sá mjög óglöggt, þegar jeg skoðaði alþingisstaðinn á Jónsmessu árið 1880, enn, eftir því sem jeg gat næst komist, kom sól first á gjábakka hinn efri kl. $1^1/_2$ e. m., enn á „Gjáhamar“, sem Sigurður Vigfússon kallar svo, kl. 2 e. m. Eftir tilmælum mínum athugaði presturinn á Þingvöllum, sem þá var, sjera Jens Pálsson, þetta betur 4 dögum síðar, 28. júní 1880 í sólskini og heiðríku veðri, og hefur hann skírt mjer frá því brjeflega, að sól hafi first komið á gjábakka hinn efri kl. 1,28′ e. m., enn á „Gjáhamar“ kl. 2 e. m. Allar þessar athuganir, bæði mínar og prestsins eru gerð-

1) Sbr. Árbækur Espólíns IX, 148. bls.: »í vatzgjá nærri Þingvelli«.

ar frá grjótbálkinum, sem Sigurður fann nálægt miðju mannvirkinu á gjábarminum firir norðan „Snorrabúð".

Jeg hef heirt ímsa mæla á móti því, að Lögberg hafi verið á gjábarminum eistra, af þeirri ástæðu, að svo örðugt væri að miða sólina þaðan við sjóndeildarhringinn til útsuðurs og vesturs, sem mindast af efra gjábarminum, því að sjóndeildarhringurinn sje svo nærri manni. Enn þess ber að gæta, að meginstefna vestari gjábarmsins er frá suðri til norðurs, og af því leiðir, að sólinni miðar mjög fljótt eftir honum á leið sinni til vesturs first framan af, eftir það að hana fer að bera ifir gjábarminn í útsuðri, þangað til hún fer að nálgast hávestur.

Om Indmaning i Danmark

indtil Christian V's Danske Lov

af

Axel Petersen.

Hvor nær det end maatte ligge at forsøge at sætte det i Danmark allerede tidlig forekommende Indmaningsinstitut[1]) i mere eller mindre *direkte* Forbindelse med de til væsentlig de samme Formaal sigtende Instituter, der have deres Rod i de ældste nordiske Retsforfatninger selv, vil et Forsøg i denne Retning dog være ganske frugtesløst, forsaavidt det drejer sig om at finde Udgangspunktet for Institutet som saadant og ikke blot om at paavise de almindelige Grundtanker, der alt efter Tid og Sted gave sig Udslag i forskjellige Former. Medens saaledes f. Ex. det vigtige Institut Gjældstrældom vel frembyder Lighedspunkter med Indmaningen, maa man dog, forsaavidt man begrænser Blikket til de nordiske Folk, nøjes med at opstille den sidste ved Siden af hin som en ganske selvstændig Fremtoning, idet der ikke blot savnes de fornødne umiddelbare Tilknytningspunkter mellem Indmaningen paa den ene Side og det nævnte eller andre tilsvarende Instituter paa den anden Side indenfor den nordiske Ret, men Forholdet langt mere er det, at de historiske Vidnesbyrd om det heromhandlede Instituts første Optræden hos os utvetydig vise ud over Nordens Grænser, særlig til Tyskland. Men om der end saaledes er Tale om en udefra importeret Retsdannelse[2]), gaar denne ikke des mindre op som Moment i den nordiske Retshistorie, idet In-

1) Bortset fra kortfattede Bemærkninger hos Rosenvinge, Larsen, Stemann o. fl., findes Æmnet især omhandlet af Treschow: Dissert. de obstagio (1762), af Schlegel i Kofod-Anchers saml. jur. Skrifter II. 2 (1809) p. 585 Note (p. 585—88, jfr. Kofod-Anchers egne Bemærkninger sammesteds p. 584—90) samt af Dreier: Dissert. de arresto civili (1836) p. 41—48, saml. Kall i Maanedsskrift for Literatur XIX (1838), især p. 182—83.

2) Det beror naturligvis, som allerede af Schlegel paavist og som det af det følgende tilstrækkelig vil fremgaa, paa en ren Misforstaaelse, naar Kofod-Ancher l. c. p. 585 af den gamle Gaardsret Art. 11: „Ængin man mo annen om giald eller om skyld (uhøwæslighæ) *mane;* hwo thet giør stande samme ræth som fyrre ær sauth om uquæmsord," vil udlede, „at Indlager, jus Obstagii, har sin Oprindelse fra os."

stitutet ikke blot har spillet en væsentlig Rolle i vort Retsliv, men ogsaa i Tidernes Løb paa ejendommelig Maade er smeltet sammen med hele det til Rettigheders Haandhævelse sigtende System af Retsregler. Jeg tror derfor, at det fra et retshistorisk Synspunkt ikke vil være uden Interesse at kaste et Blik tilbage paa Indmaningsinstitutet, saaledes som det anerkjendtes i Danmark i ældre Tid.

Indmanings- eller Indlagerinstitutionen (Obstagium — Einlager, Einreiten o. s. v.), der i sin normale Skikkelse gik ud paa, at den berettigede under visse Forudsætninger, naar en vis anden (principal) Forpligtelse ikke skete Fyldest, med forbindende Virkning kunde beordre den til Indlager forpligtede til at begive sig til et nærmere bestemt Sted for der paa egen Bekostning at forblive, indtil Hovedforpligtelsen (den principale Forpligtelse) var opfyldt eller Retsfornægtelsen paa anden Maade var gjenoprettet, kan med Sikkerhed føres tilbage allerede til Begyndelsen af det første Korstog, og arbejdede sig i de følgende Aarhundreder op til en ligefrem dominerende Stilling i Retslivet, ikke mindst i Tyskland, hvor dens Blomstringstid falder i det 14de og 15de Aarhundrede, og for hvis Vedkommende det udtrykkelige Forbud i Reichs-Polizei-Ordnung af 1577 vel betegner at Vendepunkt men ingenlunde den endelige Afslutning[1]).

At de skandinaviske Lande under disse Omstændigheder skulde forblive uberørte af Fænomenet, maatte allerede paa Forhaand være lidet antageligt, og man finder da ogsaa, at Institutet faktisk banede sig Vej, ikke blot til Danmark, men ogsaa til Sverige[2]), ja at end ikke Norge forblev uden Berøring med samme[3]). Hovedinteressen knytter sig dog paa dette Omraade til Danmark, hvis

---

1) Jfr. herved fornemmelig Le Fort: L'otage conventionnel d'après des documents du moyen âge i Revue de législation franç. et étrang. 1874 p. 408—33, Stobbe: Zur Geschichte des deutschen Vertragsrechts (1855) p. 178—206, Friedlaender: Das Einlager (1868). — I den første og den tredie af disse Afhandlinger vil et stort Antal Diplomer findes samlet, hvis Jævnførelse med de tilsvarende danske i flere Henseender frembyder den største Interesse.

2) Jfr. for dette Lands Vedkommende v. Amira: Nordgerm. Obligationenrecht I (1882) p. 692—93.

3) Indlagerinstitutionens første Spor i Norge er, saavidt vides, den mellem Kong Erik Præstehader og flere af Hansestæderne d. 12. Juni 1293 i Bergen sluttede Aftale, efter hvilken Stædernes Repræsentanter vare forpligtede til eventuelt at holde Indlager i Tønsberg (Trykt i Meklenburg. Urkundenb. III (1865) p. 509—10 o. fl. St.).

Retspraxis og Retsregler[1]) her alene skulle være Gjenstand for Omtale.

Naar man vil gjøre sig Rede for, i hvilket Omfang Indmaningen i den væsentlig til det tyske „Einlager" svarende Skikkelse anvendtes i Danmark, med andre Ord, hvilken Rolle den her i Praxis har spillet, da møder der os ved Betragtningen af Diplomerne strax en Vanskelighed, der staar i Forbindelse med den her uddannede Terminologi, hvorfor der om denne allerede paa dette Sted maa forudskikkes et Par Bemærkninger. Den senere Tids tekniske Udtryk for Institutet var nemlig slet og ret *Maning* (Indmaning), hvortil svarer Verbet at *mane* (indmane). Særlig bemærkes, at Ordet Maning i snævrere Forstand benyttedes til — i Lighed med Ordet Manelse — at betegne Rettighedshaverens Opfordring til den forpligtede om at efterkomme sin Maningspligt, medens det ligesaa vel betegnede Forpligtelsen som saadan, o: Forpligtelsen til, som det f. Ex. i KRRD. af 2. Juni 1592 hedder, at „indholde" i det opgivne Sted[2]) og der at forblive („holde Maning"). Men de anførte Udtryk havde ved Siden heraf en Betydning, der nødvendiggjør en vis Forsigtighed i Henseende til at slutte fra Ordenes Forekomst til Anvendelsen in casu af det heromhandlede Retsmiddel. Grundbetydningen af Verbet mane — og noget tilsvarende gjælder om Substantivet Maning — er nemlig simpelt hen: at fordre eller kræve, hvorfor Ordforbindelsen at mane ind betyder at indfordre eller indkræve, dog at hine Udtryk som Regel kun synes at blive brugte, hvor der er Tale om et Paakrav, der fremtræder i en mere nærgaaende Form. Heraf bliver det, som det vil ses, let forklarligt, hvorledes den ovenfor angivne tekniske Sprogbrug har udviklet sig, medens paa den anden Side, forsaavidt og saalænge *andre* ejendommelige Former for slige forstærkede Paakrav laa Tanken nærmest, det naturlige Resultat maatte blive, at hine Udtryk nærmest knyttedes til *disse* Former, og paa denne Maade forklares det saaledes, at Ordene Maning og mane til Tider specielt benyttedes til at betegne Paakrav, forbundne med Anvendelsen af Skjældsord, noget, hvorpaa der navnlig findes utvetydige Exempler i Kong Valdemar Atterdags Haandfæstning af 1360 Art. 18[3]), Kong

1) Medens de i det følgende anførte, trykte Domme findes i Rosenvinges Udvalg af gamle danske Domme IV (1848) og Sechers Samling af Kongens Rettertings Domme 1595—1614, I—II (1881—86), maa Lovstoffet endnu søges paa de forskjelligste Steder, hvilke det i det følgende dog kun rent undtagelsesvis er fundet fornødent at citere.

2) Rosenvinge: Udv. IV p. 345.

3) Item quicumque aliquem verbis malis et contumeliosis, que manyngh dicuntur . . . alloqutus fuerit vel infestaverit . . .

Olafs Haandfæstning af 1376 Art. 33[1]) og den gamle Gaardsret Art. 11[2]). De oftanførte Ord havde altsaa dels en almindelig, dels — om man vil — to tekniske Betydninger, af hvilke kun den ene vedkommer os her, idet der nemlig ikke foreligger tilstrækkelig Hjemmel til at knytte dem sammen paa den Maade, at Maning i den sidstanførte Forstand (med Skjældsord) specielt skulde betegne den Berettigelse, der udsprang af, at vedkommende ikke havde „holdt Maning" i den førstomhandlede Forstand. Under Hensyn til denne Flertydighed af Betegnelserne vil man oftere, naar Sammenhængen ikke yder den fornødne Vejledning, være i Uvished om, hvorvidt der i det givne Tilfælde foreligger en Hentydning til Indlagerinstitutionen eller ej. Naar der f. Ex. i et Brev af 1406 tales om, at „mane mik oc mine arfwinge thøm (o: Pengene) in til gothæ thet raskeste hun kan"[3]), eller i talrige Kvitteringer fra Dronning Margrethes Tid tilsiges Frihed for „nøth eller maninghe", „maning oc rætæ tiltale" o. lgn.[4]), da har man ingen Føje til heri at søge Udtryk for en in casu paatagen Indlagerforpligtelse, noget, der ligesaa vel gjælder om mange Diplomer fra langt senere Tid, som f. Ex. om Udtrykkene i et Overdragelsesdokument af 1546: „uden ald klagemol, tiltalle oc epthermaning . . ."[5]) At Sprogbrugen endnu i Christian III's Tid ikke havde fæstnet sig paa den Maade, som det senere blev Tilfældet, vil nemlig være tilstrækkelig dokumenteret ved Henvisning til Diplomer, i hvilke indmane ikke *kan* betyde indmane til Indlager, saaledes kongl. Befaling af 1536 til Herredsfogden i Andst Herred om at „indmane" et Jordstykke[6]) og af 1549 til Sander Leygel om at „igenn indmanne" de Penge, som han havde fremsendt til Betaling af en Kjøbmand i Andrup, men som Adressaten, der skulde overbringe dem, havde underslaaet[7]). — At endelig Udtryk som „stræng forplicht,"[8]) „sterch obligation"[9]) o. lgn., naar de staa alene, i og for sig intet bevise i denne Retning, er en Selvfølge.

---

1) Forsaavidt ligelydende med den sidstanførte Bestemmelse.

2) Anført ovenfor p. 151 Note 2.

3) Udvalg af danske Diplomer og Breve, udg. af Molbech & Petersen (1858) Nr. 193.

4) Jfr. saal. l. c. Nr. 9, 47, 89, 92, 106, 201, 208.

5) Danske Kancelliregistranter 1535—50, udg. ved Erslev & Mollerup (1881—82) p. 471.

6) Danske Magazin III 6 (1860) p. 125.

7) l. c. IV 5 (1884) p. 60.

8) Jfr. f. Ex. Diplomatarium Vibergense, udg. af Heise (1879) Nr. 116.

9) Jfr. l. c. Nr. 194.

Om end saaledes en stor Del Materiale, der kunde synes at høre herhen, maa bortkastes som ubrugbart, bliver der dog et ret anseligt Antal Diplomer tilbage, med Hensyn til hvilke der ikke er nogen Tvivl om Anvendelsen af Indmaning i egentlig (teknisk) Forstand, idet man i disse enten — med eller uden Anvendelse af de tekniske Udtryk — finder Forpligtelsen nøjagtig beskrevet i Henseende til dens Indhold, eller finder det utvetydige Udtryk Indlager eller de dertil ganske svarende benyttet, eller endelig — navnlig i den yngre Ret — træffer Ordet Maning i saadanne Forbindelser, at der kun vil være en meget fjærn Mulighed for Misforstaaelse til Stede.

Saameget staar altsaa fast, at Indlagerinstitutionen faktisk har fundet en ret frugtbar Jordbund i Danmark, og Bekjendtskabet med den ældre Række Diplomer vil endvidere give en tydelig Anvisning paa den Vej, ad hvilken den først banede sig Adgang til vort Retsliv. Den ældste mig bekjendte, danske Indmaningsforskrivelse er udstedt i Aaret 1230 af Kong Valdemar II til Grev Gunzelin af Schwerin i Anledning af Overenskomsten om Kongesønnernes og de andre danske Gidslers Løsladelse af Grevens Fangenskab, og herefter følger da et ret betydeligt Antal Forskrivninger af lignende Art fra Kongerne Erik Glipping, Erik Menved og Christoffer II til nordtyske Fyrster eller Hansestæderne ved Østersøen. Den første Impuls til Institutets Omplantning paa dansk Grund maa da utvivlsomt søges i de nordtyske Magnaters, Stæders og Borgeres Benyttelse af de Forlegenheder, der ramte den danske Stats Overhoveder, til at paatvinge disse Forpligtelser, der vare analoge med dem, der i lignende Tilfælde overtoges af Tysklands egne Stormænd. Men medens dette vel afgiver en tilstrækkelig Forklaring af Institutets *Forekomst* i Danmark, selv i enkelte Undtagelsestilfælde, hvor der ikke var Tale om internationale Forbindelser, saa bliver Forklaringen dog ufyldestgjørende, naar det drejer sig om den egentlige *Reception*. I Forhold til et Institut af saa ejendommelig Beskaffenhed som det heromhandlede kunne saadanne mere tilfældige Berøringer med Udlandet vanskelig tænkes at have været tilstrækkelige, og ganske naturlig kommer man da til at søge efter en Faktor af mere intensiv og stabil Karakter og, ikke mindst, efter en Kilde, hvoraf Sædvaneretten under sin Udvikling umiddelbart kunde øse sit Stof og søge Forbilledet for de specielle Regler. Disse Momenter frembyde sig imidlertid af sig selv; Hovedfaktoren var den stadig vedligeholdte Forretningsforbindelse med Holsten og Hovedkilden den der udviklede Sæd-

vaneret[1]). Som bekjendt, var Holsten Indlagerinstitutionens egentlige Hjemsted, og talrige Vidnesbyrd foreligge, dels om umiddelbare Berøringer med holstensk Indlagerret, saasom naar man Gang efter Gang ser danske Adelsmænd indmanede til Kiel og der at holde Indlager, dels om, hvorledes holstensk Ret paa dette Omraade har yttret sin umiskjendelige Indflydelse paa den danske, baade med Hensyn til de Indlagerinstitutionen beherskende Hovedprinciper og med Hensyn til flere karakteristiske Enkeltheder ved Maningsreglerne. Det bliver saaledes, for at danne sig et Billede af Indmaningsinstitutets Historie i Danmark, indenfor visse Grænser en Nødvendighed at have den holstenske Ret in mente, om det end selvfølgelig ikke kan anses for berettiget i det hele og uden nærmere Undersøgelse at *supplere* de hos os dokumenterede Retssætninger ved Hjælp af hin[2]).

Paa ydre Impulser manglede det saaledes ikke og ej heller paa Adgang til et brugbart Materiale, der kunde yde den sædvansmæssige Retsdannelse det positive Stof, den behøvede; fremdeles vare de samme Forudsætninger, der andetsteds befordrede Institutets Opkomst og videre Udbredelse, ogsaa her tilstede, især Nødvendigheden af at skaffe de bedst mulige Midler til Kreditens Opretholdelse i Forbindelse med den indenfor de privilegerede Stænder herskende Standsfølelse, i hvilken sidste Henseende det navnlig kan fremhæves, at Institutet *faktisk* formaaede at hævde sin Stilling som *væsentlig* forbeholdt Adelen, at den i hvert Fald principielt fastholdte Frivillighed var et Moment, hvorpaa Adelen i særlig Grad maatte sætte Pris, og at man her i Landet havde set selve Kongerne gaa i Spidsen og saaledes paatrykke Institutet Præget af noget, der passede sig netop for de første i Samfundet. Imidlertid har man villet gaa endnu videre, nemlig ved lige fra Begyndelsen af bestemt at angive Institutets Forhold til andre retlige Fænomener, med hvilke det havde indre Berøringspunkter tilfælles, at paavise det Hul i Lovgivningens System, som det var bestemt

1) Jfr. ogsaa den udtrykkelige Fremhævelse af, at Institutet „her er af Holsten introduceret", og at det synes bedst at holde sig til den der udviklede Praxis, der gjentagende forekommer i Statskollegiets Betænkning om Maning af 19. Juli 1665: Forarbejderne til Kong Christian V's Danske Lov, udg. ved Secher & Støchel I (1891—92) p. 599 og 601.

2) Af den særdeles rige Literatur om Indlagerinstitutionen i Holsten og tildels Slesvig kan som nyere Fremstillinger særlig fremhæves Schrader: Handb. der vaterl. Rechte in den Herzogth. Schleswig und Holstein III (1793) p. 30—65, jfr. I (1784) p. 217—23, Paulsen: Lehrb. des Privat-Rechts der Herzogth. Schleswig und Holstein etc. (2 Aufl. 1842) p. 209—13, Krieger: Den slesvigske Formueret (1855) p. 360—62.

til at udfylde. En hertil sigtende Theori, der i 1838 er fremsat af J. C. Kall i hans udførlige Recension af G. H. Dreiers Dissert. de arresto civili[1]), fortjener her at omtales, idet den, skjøndt baseret paa urigtige Forudsætninger, ikke er uden Betydning ved den Parallel, den drager med Indlagerinstitutionen. Det Forhold, hvortil der herved sigtes, er det — sikkert ligeledes under Paavirkning fra Tyskland til Norden overførte — foreløbige Retsmiddel, der i vore ældre Kilder betegnes ved Ordet *besæt* eller *besetning*, nemlig forsaavidt dette gaar ud paa Nedlæggelsen af Forbud for den i Byen antrufne udenbys Skyldner mod, at denne selv uddrager af Byen (Jurisdiktionen), forinden Gjælden er betalt[2]). Med Hensyn hertil har nu Kall[3]) anført, „at de privilegerede Stænder have været undtagne fra Forbudsinstitutionen i Gjældssager", hvilket bl. a. sluttes deraf, „at Lovgivningen optog en særegen Retstvang imod dem, hvis Virksomhed var ligeartet med Personalarrestens, men skaanede Standsfordommene, nemlig *Maning*." Under Henvisning til det Tidspunkt, fra hvilket Institutionen kom i Brug, fortsætter den nævnte Forfatter saaledes: „Manings Oprindelse viser sig da i en aldeles naturlig Forbindelse med Middelalderens Forbud mod Bortrejse, hvortil den just var et nødvendigt Supplement". Med andre Ord, den var en Erstatning for den Sikkerhed, der var Kreditorerne berøvet ved hint Standsprivilegium, med hvis Bortfald med Christian V's Lovbog Maningsinstitutet ogsaa ganske naturlig maatte gaa af Brug. Imod denne Theori er der imidlertid to afgjørende Indvendinger at gjøre. Til Forsvar for den Lære, at det forommeldte Forbud mod Bortrejse fra Byjurisdiktionen ikke skulde kunne nedlægges for Personer af privilegeret Stand, kan vel for Gejstlighedens Vedkommende anføres Bestemmelsen i Haderslev Stadsret af 1292 Art. 16, jfr. Ordene: „og han er leckman", men medens der ikke findes nogen særlig Hjemmel for den herved betegnede Regels Almengyldighed, maa det for Adelens Vedkommende fremhæves, at først Christian IV's Birkeret af 1623 Art. 13 indskrænker sin Forbudsregel til alene at gjælde „ufri" Mand,

1) Maanedsskr. for Liter. XIX p. 153—235.

2) Jfr. herved især Haderslev Stadsret 1292 Art. 16, Aabenraa Skraa 1335 Art. 42, Ribe (nyere) Stadsret Art. 52 (73), (75), Privilegier for Viborg 1440 Art. 13, Privilegier for Kolding 1452 Art. 19, Kong Hans' første Privilegier for Aalborg Art. 2, Privilegier for Odense 1477 Art. 16, Privilegier for Stubbekjøbing 1354 Art. 1, Kjøbenhavns Stadsret 1254 Art. 11, Privilegier for Kjøbenhavn 1485 Art. 10, Privilegier for Mariested (Sæby) 1525 Art. 8, Privilegier for Holstebro 1552 Art. 9; endvidere Thords Artikler, Anh. Art. 11 og Christian IV's Birkeret af 1623 Art. 13 og 14.

3) l. c. p. 182—83.

medens paa den anden Side Stubbekjøbings Privilegier af 1354 Art. 1 udtrykkelig som Objekter for en saadan Forfølgning nævner: milites, armigeri, homines nostri seu alii cujuscunque status fuerint, jfr. ogsaa til Sammenligning Privilegier for Malmø af 1360 Art. 23[1]). Hine Betegnelser kunne efter den i samtidige Kilder fulgte Sprogbrug[2]) sikkert umulig bortforklares, og kunne navnlig ikke med Kall fortolkes som særlig sigtende til det kongelige Følge, Kongens Hoffolk (homines nostri) af hvad Rang og Stilling de end vare (cujuscunque status fuerint), aldeles bortset fra, at denne Tolkning i og for sig ikke vilde hjælpe stort paa Forfatterens Theori, hvis Forudsætning paa dette Punkt saaledes ikke holder Stik. Men dernæst lader det sig heller ikke gjøre at opstille Benyttelsen af Indlagerinstitutionen som et retligt Prærogativ for Adelen eller overhovedet de privilegerede Stænder. At kun Personer, henhørende til disse, underkastede sig Maningsforpligtelse, var og forblev ganske vist den almindelige Regel, men ligesom en Begrænsning af denne Art aldrig ses at have fundet noget utvetydigt Udtryk her i Landet, saaledes foreligger der, som af det følgende vil ses, virkelig Exempler paa, at ogsaa uprivilegerede Personer her som andetsteds have forskrevet sig til eventuelt at holde Indlager. Theorien om Indlagerinstitutionen som et nødvendigt *Supplement* til Byretternes Forbudsinstitution i Gjældssager maa saaledes som juridisk Konstruktion vel forkastes, men ligefuldt bliver det dog ikke uberettiget ligeoverfor det førstnævnte Retsinstitut at drage det sidstnævnte som det nærmestliggende og paa en tilsvarende Tankegang baserede Retsinstitut frem til Sammenligning, naar man blot i Gjennemførelsen af denne Sammenligning udviser den fornødne Forsigtighed. Erindres det, hvad den oftnævnte Forfatter selv andetsteds[3]) udtaler, at de enkelte Dele af den danske Middelalders „Retssystem", som en Følge af Mangelen paa en ovenfra ordnende Autoritet, mere synes at have været dannede efter de retlige Interesser, som efterhaanden gjorde sig gjældende i konkrete Tilfælde, end under en Tendens til indbyrdes Harmoni — en Sætning, der egentlig kun har Betydning som en Advarsel mod at

---

1) Om nogen udenbyis mand, *ehuad statt eller skickelse hand er* [lat. Text: Item si quis ruralis vel extraneus, *cujuscunque conditionis et status extiterit* . . .] giør nogenn bymand urett eller schade udi forneffnte by, tha skulle forneffnde bymend haffue fuld macht att hindre hannom och rette offuer hannom effther forneffnde byess loff och retth.

2) Jfr. f. Ex. Kong Christoffer II's Haandfæstning af 25. Januar 1320 Art. 11, Valdemar Eriksens Haandfæstning af 7. Juni 1326 Art. 9 jfr. Art. 10.

3) l. c. p. 165.

lægge en altfor doktrinær Maalestok til Grund for Forhold, der havde hele Datidens Samfundsordning og Kulturtilstand til sin Basis, men som der i hvert Fald paa det heromhandlede Omraade er fuld Føje til at pointere —, da vil en Parallel, som den her fremdragne, formentlig ogsaa vise sin Brugbarhed, uden at behøve at strækkes videre, end de positive Regler tillade det. Det vil nemlig erkjendes, at naar man først var naaet til at indrømme Kjøbstadborgerne et Retsmiddel, der dels for Skyldneren medførte et personligt og som oftest temmelig besværligt Baand, som han af al Magt maatte søge at frigjøre sig for ved at opfylde sine Forpligtelser, dels fastholdt ham indenfor Enemærker, paa hvilke Rettighedshaveren kunde udøve en Kontrol med ham og i Henseende til den videre Forfølgning imod ham raadede over særlige Fordele, saa maatte det ligge nær at imødekomme den udenfor hint Retsmiddels begrænsede Omraade tilstedeværende Trang til yderligere Beskyttelse ved Anerkjendelsen af et til de faktiske Forudsætninger svarende Retsmiddel, der medførte tildels tilsvarende Fordele for den berettigede som hint. Et tilfældigt Ophold i en Byjurisdiktion var, navnlig i Forhold til Transaktioner mellem Adelen indbyrdes, en til de faktiske Omstændigheder lidet svarende Betingelse for vedkommende Retsmiddels Anvendelighed, hvorfor den yderligere Betryggelse, der tilsigtedes, ikke kunde bindes til en saadan Forudsætning, men maatte være af en langt mere elastisk Natur. Et Retsmiddel, der svarede til de herved bestemte Krav, og som Adelen, efter det foran anførte, særlig maatte føle sig opfordret til at acceptere, forefandt man imidlertid i Indlagerinstitutionen, hvis Anerkjendelse i Danmark derfor ingenlunde er saa paafaldende, som den, hvis Institutet alene betragtes som et rent isoleret Fænomen, maaske kunde synes at være. Jeg opfatter derfor Indmaningen i Danmark ikke saa meget som et Supplement til Kjøbstadretternes Besætning af Person eller Forbud imod, at udenbys Skyldnere forlode Byen uden at betale, men mere som et af en tilsvarende og navnlig blandt Adelen i dens indbyrdes Mellemværender opstaaet Trang fremgaaet Analogon til hin Forbudsinstitution, et Analogon, der spændte over et videre Omraade og var anvendeligt ogsaa udenfor de for Forbudsinstitutionen afstukne Skranker, men saa til Gjengjæld havde sin Begrænsning i den som Regel forudgaaende Vedtagelse.

At der overhovedet kan tales om en Analogi eller Parallel mellem Forbud i den heromhandlede Forstand (Nedlæggelsen af saadant Forbud) og Indmaning (Fremsættelsen af Kravet paa Indmaningsforpligtelsens Opfyldelse, paa at vedkommende skulde ind-

holde i N. og der forblive), beror ikke saa meget paa de rent ydre Momenter, som paa, at det Baand, der paalagdes den indmanede, og det tvingende Moment, der her skulde befordre Hovedforpligtelsens Opfyldelse, i det væsentlige var ligeartet med det retlige Baand og Tvangsmomentet ved det personlige Forbud, idet man nemlig — bortset fra enkelte Undtagelsestilfælde — ikke her som i Frankrig og Tyskland naaede til at gjøre den med Indlageret forbundne pekuniære Opofrelse til det principale, og altsaa holdt sig borte fra de Yderligheder, der medførte, at der for det heromhandlede Institut maatte anlægges et helt andet Synspunkt, nemlig et saadant, der stærkt nærmede sig til det, hvorfra Tvangsmidler som Konventionalbod og Strafrenter maa ses.

Medens der i det følgende paany vil blive Lejlighed til at berøre det sidst omtalte Moment, skulle her et Par Bemærkninger hidsættes om Institutets systematiske Plads i Retssystemet, om end dette Spørgsmaal i en monografisk Fremstilling som nærværende i og for sig er af underordnet Interesse og dets fyldestgjørende Besvarelse strængt taget forudsætter, at Detaillen allerede i det væsentlige er bragt paa det Rene. Kun følgende skal derfor herom bemærkes. I de almindelige Fremstillinger af Retssystemet findes Indmaningsinstitutet som Regel anbragt paa samme Plads, idet det opføres under „unselbständige Verträge“ [1]), „personlige Sikkerhedsforbund“, o. lign.[2]), og det ses ej heller rettere, end at denne Rubricering ogsaa for dansk Rets Vedkommende vil kunne forsvares, forudsat, *dels* at man i tilbørlig Grad paaagter, hvilke væsentlig forskjellige Synspunkter, der kunne ligge til Grund for slige „Sikkerhedsforbund“, noget der allerede antydningsvis er berørt i det foregaaende, *dels* at man ganske vil abstrahere fra den nedenfor omtalte Gruppe af Retsregler, der lade Maningsforpligtelsen indtræde umiddelbart i Følge Loven og uden nogen særlig derpaa rettet Villieserklæring. Vil man imidlertid undgaa de herved betegnede Vanskeligheder og navnlig søge en Plads for Institutet, der afgiver en tilstrækkelig vid Ramme til at omfatte alle dets Afskygninger, da synes man ubetinget helst at maatte vælge Læren om Exekution (Exekutivprocessen), idet man da blot her foretager en Sondring mellem de Tilfælde, i hvilke Loven som saadan hjemler Anvendelsen af denne ejendommelige processuelle Fremgangsmaade, og saadanne, i hvilke en særlig Vedtagelse

1) Paulsen: Lehrb. p. 199.

2) Krieger: Slesv. Formuer. p. 349, jfr. Stobbe: Handb. des deutschen Privatrechts III (1878) p. 140: Bestärkung der Obligationen, v. Amira: Nordgerm. Obligationenr. I p. 689: Sicherungsverträge, o. s. v.

herom udfordres (Vedtagelse om udvidet Retsbeskyttelse). I Civilretten vil der da alene være at gjøre Rede for de civilretlige Virkninger af, at Maningsprocessen overhovedet bringes til Anvendelse, altsaa paa tilsvarende Maade, som Systemerne sædvanlig forholde sig overfor Arrest, Udlæg o. lign. —

At der i den lange Tidsperiode af halvfemte hundrede Aar, der her er Gjenstand for Betragtning, gjøre sig forskjellige Nuancer gjældende, er en Selvfølge, men ligefuldt vil en gjennemført Sondring i bestemte Tidsafsnit her hverken være formaalstjenlig eller engang mulig for Tidsrummet indtil Lovgivningsmagtens direkte Indgriben. Kun maa det med Hensyn til det følgende forud fremhæves, at de ældste Spor af Indlagerinstitutionen i Danmark falde udenfor den Parallel, der med den danske Ret for Øje foran er forsøgt draget med Forbudsinstitutionen i Gjældssager. De ældste herhen hørende Exempler, der ere at føre tilbage til Rigets Overhoved i hans udenrigske Forbindelser, eller dog maa opfattes som enkeltstaaende Efterligninger af slige internationale Forbund og Kontrakter, hvile strængt taget ikke paa dansk men paa fremmed (tysk) Retssædvane, hvis særlige Regler det sikkert har været Meningen i det enkelte at følge; de indtage derfor en Særstilling indenfor Kredsen af danske Indmaningsforskrivninger og have for den specifik danske Ret deres væsentlige Betydning som Kjendsgjærninger, der ved selve deres Forekomst have medvirket til den *efterfølgende* Dannelse af dansk Sædvaneret paa dette Gebet, uden at der dog derfor kan være Tale om at forbigaa dem eller Grund til under Fremstillingen helt at udsondre dem fra den senere Række. Selve Diplomerne udgjøre iøvrigt blandt de Kilder, der staa til Raadighed til Oplysning om den Maade, hvorpaa Indmaningsinstitutet bragtes til Anvendelse i Danmark, den, hvortil man i første Række vil vende sig. Pladsen tillader mig imidlertid ikke her at optage nogen Codex diplomaticus, hvorfor jeg maa indskrænke mig til at meddele nedenstaaende Liste over Diplomer, der findes trykte paa de vedføjede Steder, idet jeg da i det følgende henviser til denne Liste blot ved Anførelsen af vedkommende Diploms Udstedelsesaar.

For *Tidsrummet fra 1230 til c. 1600* anføres følgende *Indmaningsforskrivelser* o. lign. (derunder nogle, der paa de angivne Steder ikkun findes meddelte i Referat eller Uddrag): *1230.* Forlig i Slesvig mellem Kong Valdemar II og Grev Gunzelin af Schwerin (Latin): Meklenb. Urkundenb. I (1863) p. 359—60. — *1272.* Forpligtelseserklæring, udstedt i Nyborg af 30 Riddere, blandt hvilke flere bekjendte Mænd, overfor nogle Borgere i Lübeck til Sikkerhed for et Kong Erik Glipping ydet Laan paa 2000 Mark Sølv (Latin):

Sartorius: Urkundl. Geschichte des Ursprunges der deutschen Hanse, herausgegeb. von Lappenberg, II (1830) p. 104—5. — *1282.* Forskrivning, udstedt i Roeskilde af Kong Erik Glipping til Greverne Helmond og Niels af Schwerin for 800 Mark Sølv med Forløfte af Bernhard af Werle og 7 Riddere (Latin): Meklenb. Urkundenb. III p. 39—40. — *1299.* Lejdebrev for Ærkebiskop Johan Grand og hans Følge, udstedt i Aalborg af Kong Erik Menved med Forløfte af 7 Biskoper, Grev Gerhard af Holsten, Kongens Broder Christoffer samt 30 Riddere (Latin): Script. rer. Dan. VI (1786) p. 341—42, jfr. Riddernes Forpligtelseserklæring l. c. p. 342—43. — *1302.* Gjældsbrev, udstedt i Odense af Kong Erik Menved for 15.000 Mark slavisk til Borgerne i Rostock med Forløfte af Kongens Brødre, Christoffer og Valdemar, tilligemed 160 danske Riddere, Væbnere og Vasaller samt Niels af Rostock tilligemed 19 slaviske Stormænd (Latin): Suhm: Hist. af Danmark XI (1812) p. 884—87. — *1314.* Forlig i Brodersdorf mellem Kong Erik Menved og Markgreverne Valdemar og Johan af Brandenburg om Voldgift: Hvitfeld: Danmarckis Rigis Krønicke, Kvartudg. III p. 182—83, Folioudg. I p. 371—72 (Ref.). — *1315.* Kjøbekontrakt, afsluttet mellem Kong Erik Menved og Markgreverne Valdemar og Johan, betræffende Halvparten i Verneminde Taarn: l. c. Kv. III p. 198—99, Fol. I p. 378 (Ref.). — *1316.* Forlig imellem Kong Erik Menved og Niels af Werles Enke, Fru Margrethe, bl. a. gaaende ud paa Betaling af 2000 Mark sjællandsk, for hvilken Sum sættes et stort Antal Forlovere: l. c. Kv. III p. 217, Fol. I p. 385—86 (Ref.). — *s. A.* Forbund i Ribnitz mellem Kong Erik Menved m. fl. paa den ene Side og Ærkebiskop Borckert af Magdeburg paa den anden, hvorefter der bl. a. i Besoldning skulde ydes til Ærkebispen 3000 Mark: l. c. Kv. III p. 218—19, Fol. I p. 386 (Ref.). — *s. A.* Forlig mellem Kong Erik Menved og Ærkebiskop Esger af Lund, hvorefter sidstnævnte bl. a. skulde betale Kongen 5000 Mark Sølv inden 10 Aar, medens 2 Biskopper, 16 Riddere og 6 Væbnere indestaa for Gjælden: l. c. Kv. III p. 224—25, Fol. I p. 388—89 (Ref.). — *1317.* Tilsagn fra Kong Erik Menved om en Medgift paa 1000 Mark Sølv for Niels af Werles Datter Elisabeth i Anledning af hendes Ægteskab med Grev Christian af Delmenhorst, saaledes at for Beløbet indestaa 7 Riddere, 3 Væbnere samt Henrik af Mecklenburg med 10 af hans Riddere: l. c. Kv. III p. 237—38, Fol. I p. 394 (Ref.) — *1319.* Forbund mellem Kong Erik Menved, Henrik af Mecklenburg og Biskop Herman af Schwerin, hvorunder træffes Aftale om Betalingen af en Sum Penge til sidstnævnte (Latin): Monum. ined. rer. German. ed. Westphalen IV (1745) Sp. 959—60. — *1320.* Forbund mellem Kong Christoffer II og Hertug Erik af Sachsen, hvorunder Hertug Vartislav af Pommern i Kongens Navn lover 1000 Mark Sølv (Latin): Scheidt: Nachrichten von dem... Adel in Teutschland (1754) p. 471—73. — *1420.* Gjældsbrev, udstedt af Hartvig og Jacob Nielssen tilligemed 3 Forlovere til Biskop Jens Andersen af Roeskilde og Kapitlet sammesteds for 400 Mark lybsk: Danske Magazin I 5 (1751) p. 297—98. — *1468.* Forhandlinger i Halmstad mellem danske og svenske Afsendinge angaaende forskjellige Tvistepunkter: Diplomatarium Christierni primi ved Knudsen, udg. af Wegener (1856) p. 199—201. — *1533.* Forløfte af 4 Adelsmænd for Udredelsen af den Johan Valkendorf af Jørgen Gyldenstierne tilsagte Pension af 120 rhinske Gylden aarlig for Overladelsen af Retten til Vor Frue Provsti i Odense efter Indehaveren, Anders Globs Død: Danske Mag. I 4 (1750) p. 168—70. — *1540.* Forpligtelseserklæring betræffende et Beløb af 25.000 Daler med Renter, som Kong Christian III var

Kong Gustav I skyldig: Hvitfeld l. c. Kv. IX Lll, Fol. II p. 1514—15 (Ref.) — *1541.* Gjældsbrev fra Kong Christian III til Predbiørn Podebusk for 2000 Jochimsdaler med Rente og med 4 Adelsmænd som Forlovere: Danske Mag. III 6 (1860) p. 282—83. — *1546.* Løftebrev fra Jep Tordssen til Kong Christian III med Borgensforpligtelse af 10 Adelsmænd: Danske Kancelliregistr. 1535—50 p. 470—71. — *1547.* Forløftesbrev, udstedt af 6 Adelsmænd til Kongen for den af Fængslet løsladte Erik Christoffersens fremtidige Vandel: Danske Mag. IV I (1864) p. 264—65. — *s. A.* Gjældsbrev fra Anders Bille til Peder Oxe for 500 Jochimsdaler med Rente og med 2 Adelsmænd som Forlovere: Ryge: Peder Oxes Liv og Levnets Beskriv. (1765) p. 68. — *1552.* Kongebrev til Jacob Beck angaaende hans Ansvar for 1500 Daler, som han uden Kongens Befaling i Kiel havde overgivet Henrik Skult: Kancelliets Brevbøger 1551—55, udg. ved Bricka (1885—86) p. 117—18 (Uddr.). — *1555.* Forløfte, afgivet af 4 Adelsmænd til Kongen for Overholdelsen af den af Anders Emiksen under en Bøde af 4000 rhinske Gylden paatagne Forpligtelse til Husarrest paa Steensgaard: l. c. p. 398 (Uddr.) — *1577.* Skadesløsbrev, udstedt af 3 adelige til Erik Lange i Anledning af en af ham overtagen Kautionsforpligtelse (Tysk; kan vistnok tildels betragtes som henhørende til holstensk Ret): Danske Mag. I 4 p. 26—27. — *1588.* Kongelig Befaling til 3 Adelsmænd om i Anledning af et begaaet Vildttyveri at affordre Eske Krafse en med Hensyn til Indhold nærmere bestemt Indlagerforskrivning: Danske Mag. IV I p. 363—65. — *1589.* Gjældsbrev fra Frants Urne til Morten Nielssen for 450 Daler: Rosenvinge: Udv. IV p. 345—46 smh. med l. c. p. 387 og 388 samt Secher: Saml. I p. 155—56 (Ref. i Domme af 1592, 1594 og 1598). — *1593.* Gjældsbrev fra Fru Mette Rud, Henrik Gyldenstiernes Enke, til Kong Christian IV for 10.000 Daler med Forløfte af 10 Adelsmænd: Edvardsen: Underretn. om Schielschiør Kiøbstæd (1759) p. 613—15; jfr. et næsten ligelydende Gjældsbrev l. c. p. 624—25.

Som Exempler paa *Maningsbreve* kunne nævnes et af *1590* fra Christian IV til Erik Lange: Danske Mag. I 4 p. 31—32, et samtidigt hermed udstedt, i væsentlig de samme Udtryk affattet Brev til Kongens Kontrakautionister for Erik Langes Gjæld: Kjøbenhavns Diplomatarium, udg. af Nielsen, IV (1879) p. 689—90, og et af samme Konge (?) forinden vedkommende Gjælds Forfaldstid til Forloverne udstedt Maningsbrev: Edvardsen l. c. p. 616.

Forsaavidt angaar *det syttende Aarhundrede* vil det være tilstrækkeligt at henvise til de fra denne Tid stammende *Formularer til Maningsforskrivninger*, hvoraf *fem* findes aftrykte hos Nic. Heldvaderus: En ny oc skøn Formular-Bog (1625 & 1650), nemlig fire Gjældsforskrivninger, dels med, dels uden Forlovere, med Forpligtelse til Indmaning og et Skadesløsbrev med Maningsforpligtelse for Udstederen overfor hans Forlovere, samt *et* meddeles hos Arent Berntsen Bergen: Danmarckis oc Norgis fructbar Herlighed (1650—56) III p. 338—39, nemlig Gjældsbrev med Indmaningsforpligtelse for Hoveddebitor og hans Forlovere.

Med Hensyn til den i Diplomerne anvendte *Terminologi* er kun lidet særligt at bemærke, idet deres ydre Fremtræden i det hele er i Overensstemmelse med den i Udlandet brugte Udtryksmaade, og Betegnelserne gjennemgaaende have Karakteren af ligefremme Oversættelser af de sædvanlige latinske og tyske Formler.

Den ældre Række Breve anvender regelmæssig Verbet intrare med Tilføjelse af Indlagerstedets Navn, dog at den ejendommelige Formel: . . . intrabunt ad injacendum, non exituri . . . ogsaa forekommer hos os (1319); i de danske Breve beskrives Forholdet saaledes, at vedkommende skal komme ind udi, inddrage udi, indgaa udi, indride udi, indholde udi N. eller et ærligt Herberge i N., saaledes at der dog fra det sextende Aarhundrede af sædvanlig gjøres en yderligere Tilføjelse med Benyttelse af den efter det tyske Ord „Einlager" dannede Benævnelse *Indlager* (Indleg, Indleger, Indlegere, Indlegger, Indleggere, Indlejr, Indlejre o. s. v.), nemlig at vedkommende paa det angivne Sted skal holde et ærligt og redeligt, ridderligt eller adeligt Indlager. Som en mere ejendommelig Udtryksmaade kan nævnes den i Diplom af 1468 forekommende: inkomme vdi Køpendehaffn vdi Gerlich Floors hws . . . oc holde eet widerlicht fenxlæ[1]) till ænde vt.

Forinden jeg — under gjentagen Fremhævelse af Paavirkningen fra holstenske Retssædvaner — gaar over til i Korthed at gjøre Rede for de enkelte, materielle Regler, der paa dette Omraade bragtes til Anvendelse, skulle endnu nogle almindelige Bemærkninger hidsættes om det Hovedtvangsmiddel, hvormed Institutet skulde virke. Fremmede Forfattere lære nemlig i Reglen, at Hovedvægten i den senere Periode — den, der for Danmarks Vedkommende frembyder den største retlige Interesse — lagdes paa Omkostningsspørgsmaalet. De Udgifter, der ved Indlagerets Opretholdelse paabyrdedes den principalt forpligtede, navnlig naar det var andre end ham selv, der paa Grund af Hovedforpligtelsens Ikke-Opfyldelse skulde holde Maning, betragtedes med andre Ord som Retsmidlets egentlige Tvangsmoment (d. v. s. til Hovedforpligtelsens, ikke til Maningsforpligtelsens Opfyldelse), men om end Omkostningerne ogsaa her i Landet i sidste Instans maatte falde den til Last, for hvis Forpligtelse Maningen holdtes, kan hint Synspunkt dog ikke siges at have været det afgjørende i Danmark. I saa Henseende er det nemlig ikke bevisende, at man ofte finder et særdeles stort Antal Forlovere forpligtede til eventuelt at lide Indmaning, saasom 10 eller 30, ja i Kong Erik Menveds Forskrivning overfor Borgerne i Rostock af 1302 endog et Antal af 162 danske og 20 slaviske Herrer, idet den Omstændighed, at netop

1) Sml. hermed Udtrykket „rittermässiges Gefängniss" i Johan Pogwischs Maningsbrev til Jacob Rantzow i Lübeck af 1548 (Trykt i Jahrb. für die Landesk. der Herzogth. Schleswig, Holstein und Lauenburg IX (1867) p. 533—34 o. fl. St.)

de i Diplomerne navngivne Mænd selv skulde holde Maning og ikke uden videre kunde ombyttes med andre, langt snarere peger i Retning af det personlige Tvangsmoment som det væsentlige. En Ombytningsret[1]) hjemles vel netop i det nysnævnte Diplom af 1302, men paa en Maade, der tydelig tilkjendegiver det rent extraordinære heri, idet det nemlig om en enkelt af Forloverne hedder: Pro domino autem Kanuto camerario nostro, si forte necesse habuerimus, ut pro negociis nostris procurandis exeat, miles unus villam Nestwediensem medio tempore intrabit . . . Et Diplom danner dog i hvert Fald en Undtagelse og kan uden Betænkelighed jævnstilles med de videstgaaende tyske Forskrivninger af denne Art[2]), nemlig den Forpligtelseserklæring, der 1540 afgaves af Kong Christian III's Afsendinge angaaende Betalingen af 25.000 Daler med Renter til Kong Gustav I. Hvis Pengene skulde udeblive til den fastsatte Tid, da skulde nemlig ikke blot de danske Afsendinge indrage til Hamburg eller Lüneburg *hver med 5 Heste*, men Kong Gustav skulde yderligere have Ret til at *lade indride 200 Heste i Tyskland* paa Kong Christians Tæring og Omkostning, en Vedtagelse, med Hensyn til hvilken den truende Forøgelse af Gjælden selvfølgelig var det egentlige Tvangsmiddel, men som, efter de andetsteds forekommende, tildels tilsvarende Vedtagelser meget vel lader sig indordne under Maningsinstitutets vide Ramme. Dette Diplom, der, saavidt vides, ikke har noget Sidestykke i dansk Retspraxis og saaledes maa betegnes som et ganske extraordinært Fænomen, savner imidlertid sikkert enhver Basis i Folkets Retsopfattelse, og tager man Sigte paa den Periode, da Institutet havde vundet en fast Plads og var optaget som et stadig benyttet Led af Retssystemet, kan det næppe være Tvivl underkastet, at det den indmanede paalagte personlige Baand var Hovedsagen; hvis en Manelse til Indlager for andres Forpligtelser havde været enstydig med Udsigten til en Tid lang at leve højt paa fremmed Bekostning, vilde der næppe have vist sig en saa gjennemgaaende Ulyst til at efterkomme Maningspligten, og hvis Institutet her i Landet virkelig var udartet paa en saadan Maade, som det i det sydlige Udland og navnlig i Tyskland var Tilfældet, da havde Lovgivningen

---

1) Naar det i en Notits i Thyge Bekkers Samlinger (paa det st. kgl. Bibl. i Kbhvn.) hedder, at A. v. d. Werder „blev indmanet i Indlager i Itzeho *for Kongen* 1535, laa der i 13 Uger og fortærede 32 Mk., hvilket Kongen maatte betale som billigt", da antager jeg, at der herved kun er Spørgsmaal om en Indmaning i Henhold til et af den indmanede selvstændigt overtaget Forløfte for Kongen.

2) Jfr. Friedlaender: Einl. p. 68—72.

næppe langt ind i det syttende Aarhundrede taget sig af det, søgt at hævde dets Bestaaen og udvide dets Omraade — i hvert Fald ikke uden af al Magt at træde op imod en ved Institutet klæbende Misbrug af en i flere Henseender saa betænkelig Art som den heromhandlede, hvilket sidste faktisk viste sig ikke at have været fornødent. — Efter disse almindelige Bemærkninger om Institutets Hovedfunktion, som ogsaa det følgende vil give Bidrag til at belyse, vil jeg kunne vende mig til en Betragtning af de enkelte konkrete Spørgsmaal, hvis Besvarelse hører med til at danne sig et anskueligt Billede af det hele Forhold.

Den Art af Forpligtelseserklæringer, til hvilke der hyppigst knyttedes Vedtagelser om Indmaning, var naturligvis saadanne, der gik ud paa Pengebetalinger, derunder særlig Tilbagebetaling af Laan, uden at dog Skyldgrunden i og for sig spiller nogen Rolle. Man finder Exempler paa Maningsforskrivninger til Sikkerhed for en tilsagt Medgift (1317), for Udredelsen af traktatmæssig eller paa tilsvarende Maade vedtagne Udbetalinger (1230, 1316, 1319, 1320), for stipulerede Kjøbesummer (1315, 1589), for Udredelsen af en aarlig Pension (1533) o. s. v. Endvidere finder man en Adelsmand for utilbørlige Ord mod Kongen og andre Forseelser forpligte sig til at drage hjem til sin Gaard og ikke overskride Ejendommens Grænser undtagen til Kirke under en Bøde af 4000 rhinske Gylden, medens hans Forlovere tilsige i Overtrædelsestilfælde at betale den nævnte Sum eller ogsaa holde Maning indtil Betalingen finder Sted (1555), samt tvende andre Adelsmænd, der til Sikkerhed for deres fremtidige Opførsel maa stille henholdsvis 10 og 6 Forlovere, hvilke sidste i Tilfælde af Misligholdelse skulle betale Kongen 4000 Daler hver for sin Part under Maningsforpligtelse (1546 og 1547). Men ogsaa for andet end direkte Pengeudbetalinger paatog man sig eventuelt at lide Maning; saaledes bestemmes det i et Lejdebrev til Ærkebiskop Johan Grand af 1299, at Forloverne for det Tilfælde, at Lejdet blev brudt og der skete Ærkebispen nogen Overlast, skulde holde Indlager, indtil han igjen var bleven stillet tilfreds; i et Forlig af 1314 forene Parterne, hvoriblandt Kong Erik Menved, sig om Voldgift samt om Indlager, forsaavidt de ikke holde, hvad som sagt bliver, og 1468 aftales det under et Forlig i Halmstad, at 12 svenske Stormænd under en tilsvarende Forpligtelse fra dansk Side skulde holde Indlager i Kjøbenhavn, hvis de indgaaede Aftaler maatte blive brudte.[1]) Kunde saaledes Hoved-

1) Naar v. Amira l. c. I p. 693 siger: „Eigen ist hingegen der schwedischen Rechtsübung, dass das Einlager niemals für andere als Geldschulden zugesagt wird", da er denne Udtalelse altsaa noget for bestemt.

forpligtelsens Art og causa i og for sig være af temmelig forskjellig Natur, saa gjælder noget tilsvarende ikke mindre om de til Indlager forpligtede Personers Forhold til Hovedforpligtelsen. Særdeles ofte er den i det til Grund liggende Retsforhold principalt forpligtede tillige selv forpligtet til Indlager, enten alene eller i Forbindelse med sine Forlovere, men Forholdet er dog ofte det, at alene Forloverne paatage sig Maningsforpligtelse, saa at Hovedmanden enten helt gaar fri herfor eller dog kun i Relation til sine Forlovere maa underkaste sig Maning for Regresfordringen. Kun det sidste tiltrænger her en nærmere Omtale, idet det om Samforpligtelser til Indlager blot erindres, at Forpligtelsen ofte udtrykkelig paatoges „manu coadunata" (1302), af „alle oc huer besønderligenn met samblede hender oc en for oss alle" (1533), „mett en sametlig hand och en for oss alle" (1541, 1547), „med een samblet haand, alle for en og en for alle saa mange, huilken en eller fleere aff os eller wohris arffuinger eskedt eller manedt worder" (1593) o. s. v. Det vigtigste Spørgsmaal er, om Maningsretten uden videre overførtes til den regressøgende, saaledes at navnlig den maningsforpligtede Forlover, der havde indfriet Gjælden, kunde lade sine Medforlovere eller Hoveddebitor indmane for Regreskravet. Dette Spørgsmaal kommer dog forholdsvis sjældnere frem i sin Renhed, idet det var et i Praxis særdeles almindeligt Tilfælde, at særligt Skadesløsbrev med Maningsforpligtelse stod til den regressøgendes Raadighed, saaledes som det ses af Diplomerne (1577, 1590), af talrige Domme fra Overgangen til det syttende Aarhundrede, jfr. saaledes KRRDD. af 23. April 1602, 13. Juni 1608, 5., 7. og 12. Juni 1613[1]), af Arent Berntsen Bergens Bemærkning om, at Forløftesmændene tage „*gierne* aff den, for hvilcken de god sige, Forvaring oc Skadesløs Breff"[2]), af Heldvaderus' Formular til et sligt Skadesløsbrev med Maningsret, o. s. v. Imidlertid findes dog oftere den regressøgendes Indmaningsret anerkjendt eller forudsat uden Paaberaabelse af særligt Skadesløsbrev, der hjemler en saadan Ret, jfr. saaledes KRRDD. af 12. Oktober 1599, 22. og 24. April 1602, 10. Marts 1606[3]) o. fl., og da man i slige Tilfælde ikke kan være berettiget til uden videre at forudsætte en uomtalt speciel Hjemmel for Maningsretten, ses det saaledes, at dette ikke altid har været en absolut Betingelse. Spørgsmaalet maa imidlertid for disse Tilfældes Vedkommende

1) Secher: Saml. I p. 401, II p. 214—15, 432, 441—42, 506—7.
2) Danm. oc Norgis fructb. Herligh. III p. 339.
3) Secher: Saml. I p. 269—70, 400, 406—8, II p. 5—8.

sikkert besvares derhen, at Maningsretten under Regressen i hvert Fald var *knyttet til (den retmæssige) Ihændehavelse af det Maningsretten hjemlende Hovedbrev.* I de sidst anførte Domme er Forholdet da ogsaa det, at den regressøgende indløser Hovedbrevet, lader sig dette overlevere og maner paa Grundlag af det ligesom en almindelig Transporthaver. Kun under denne Forudsætning holder det Stik, hvad en Forlover under den d. 24. April 1602 paadømte Sag anfører, at han „vidste icke andet end en forlofver motte mane den anden", nemlig for denne sidstes Anpart. Den angivne Regel kan mulig allerede sluttes af Dommen af 10. Marts 1606, hvorefter den ene Forlover, der var indmanet af en Medforlover, havde indsat Pengene i „Lossementet", hvor han først blev manet, og nu begjærer, at den manende skulde modtage Pengene og *udlevere* Hovedbrevet, *for at* han derefter kunde søge sin Opretning, en Paastand, som Dommen ogsaa tiltræder, men navnlig vil Maningsberettigelsens nøje Tilknytning til den samme udtrykkelig hjemlende Forskrivning fremgaa af KRRD. af 13. April 1602 [1]), hvor det angaaende en af Sagsøgeren iværksat Maning statueres, at „efterdi hand alenist hafver manit efter forn. contract (et om Mellemværendet indgaaet Forlig) *och icke efter hofvidbrefvit*", bør Sagsøgte forsaavidt være fri for hans Tiltale. Det gjælder om at holde sit Brev og Segl, og kun den, der møder frem med Brevet som berettiget Fordringshaver i Henhold til samme, vil kunne gjøre en slig speciel Rettighed, som Beføjelsen til Indmaning stedse var, gjældende overfor Udstederen. — Diplomernes Betegnelse af den til Maning berettigede omfatter iøvrigt som Regel kun den, til hvem Brevet udstedes, eller denne og hans Arvinger, undtagelsesvis, saasom i Diplom af 1541, med Tilføjelsen: „heller huem som mett hans eller met hans arffuinges vilge och sambtygke haffuer thette breff", men hvad enten Udtryksmaaden i det givne Tilfælde var den ene eller den anden, maatte man vistnok som Betingelse for Indmaningsrettens Overførelse til andre end de i Brevet udtrykkelig nævnte Personer og disses Arvinger — foruden Brevets Ihændehavelse — fordre en utrykkelig Cession, noget, der dels synes at maatte følge af Forholdets ejendommelige Beskaffenhed, dels gjøres i høj Grad sandsynligt ved den sidst anførte Doms strænge Fordringer til Maningsgrundlaget og ved, hvad der i saa Henseende var fastslaaet i holstensk Ret.[2])

1) l. c. I p. 357—59.

2) Jfr. Dantzmann: Versuch einer kurzen Abhandl. von dem . . . Einlager (1754) p. 9, Schrader: Handb. III p. 40 Note d.

Forsaavidt der skulde tilkomme den maningsforpligtede Ret til at lade sig repræsentere af en anden, maatte særlig Vedtagelse desangaaende foreligge, jfr. f. Ex. det ovenfor omtalte Brev af 1302, ligesom omvendt en udtrykkelig Hjemmel ogsaa maatte udfordres, for at man efter den til Indlager forpligtedes Død skulde kunne indmane en anden fremmed Person i hans Sted, noget, hvorpaa der foreligger Exempel i et Diplom af 1320, i hvilket Hertug Vartislav af Pommern under Forpligtelse til at holde Indlager tilsiger Hertug Erik af Sachsen 1000 Mark Sølv, medens Kong Christoffer II lover, for det Tilfælde, at Hertug Vartislav skulde dø, før Pengene bleve betalte, selv tillige med sin ældste Søn at holde Indlager i Vordingborg. Noget tildels tilsvarende bestemmes i et Diplom af 1282, hvori Kong Erik Glipping forpligter sig til, hvis en af Forloverne skulde dø, „alium eque bonum et dignum loco ipsius ... subrogare". Særlig vigtigt er dog Spørgsmaalet om, hvorvidt *Arvingerne* efter Forskrivningens Udsteder kunne indmanes, idet det atter her navnlig drejer sig om, hvorvidt disse i bekræftende Fald uden videre underkastes Maningsforpligtelse efter Arveladerens Død forinden Fyldestgjørelsen, eller om der dog i saa Henseende maatte foreligge udtrykkelig Hjemmel i Arveladerens Forskrivning. At denne sidste til en vis Grad kunde forbinde Arvingerne, er for det første en given Sag, jfr. saaledes KRRDD. af 22. April 1602 og 5. Juni 1613[1]), og det kan, i alt Fald for den senere Tids Vedkommende, siges at være det ubetinget almindelige, at man samtidig med at forbinde sig selv til Indlager, tillige udtrykkelig underkastede sine Arvinger den samme Forpligtelse, jfr. i saa Henseende Forskrivninger af 1420, 1468, 1541, 1547, 1555, 1577, 1589 og 1593, alle de af Heldvaderus meddelte Formularer o. s. v. Men Forudsætningen var dog tydeligvis den, at Arvingerne overhovedet optraadte som Arvinger, hvorfor ogsaa en KRRD. af 23. April 1602[2]) frikjender den maningsforpligtedes Enke og Børn for Maning og Tiltale, „efterdi hun beretter sig paa sin egen och hinders børns vegne at hafve fratrinned arf och gield, och hans (Arveladerens) løesøere at verre indset och siden efter aar och dag er blefven os och kronen forfalden".[3]) Det videre Spørgsmaal bliver imidlertid, om *de Arven*

1) Secher: Saml. I p. 400, II p. 434–35.

2) l. c. I p. 401.

3) Om Tiltrædelse af Arv cum beneficio inventarii — hvorom Dantzmann l. c. p. 15 — bliver der for hin Tid ikke Spørgsmaal i Danmark, da dette Beneficium her først hjemledes ved Frd. 8. April 1768.

tiltrædende Arvinger ogsaa *uden udtrykkelig Hjemmel* i Arveladerens Indmaningsforskrivning kunde tilpligtes at holde Maning til Fremtvingelse af Hovedpræstationen eller pekuniær Skadesløsholdelse for dennes Ikke-Opfyldelse. Dette Spørgsmaal kan naturligvis ikke uden videre besvares benægtende under Henvisning til den blotte Existens af Vedtagelser i modsat Retning[1]), og er i det hele vanskeligt med Bestemthed at afgjøre. Medens nyere Forfattere besvare Spørgsmaalet ubetinget benægtende for Tysklands og Frankrigs Vedkommende[2]), hersker der derimod, forsaavidt angaar holstensk (og slesvigsk) Ret, nogenlunde Enighed om, at *en* af Arvingerne uden videre kunde indmanes efter Arveladerens Død.[3]) Den Omstændighed, at den holstenske Ret var saaledes, i Forbindelse med, at Klausulen om Arvingernes Indmaningsforpligtelse i den senere Tid hos os ligefrem blev til en *staaende Formel* i Forskrivningerne, samt at der i en Kommissionsbetænkning af 16. Februar 1663 forefindes en, formentlig ganske utvetydig Forudsætning i samme Retning,[4]) gjør det imidlertid efter min Mening temmelig utvivlsomt, at der forsaavidt dette Punkt angaar ikke forelaa nogen Undtagelse fra Reglen om Arvingernes Indtræden i Arveladerens Forpligtelser i disses fulde Omfang, men at det ogsaa i Kongeriget fastholdtes, at en hvilkensomhelst af Arvingerne — men vistnok ogsaa kun en af disse — kunde indmanes for den hele Gjæld. Dog ogsaa med Hensyn hertil maa en Restriktion gjøres, nemlig forsaavidt der var Spørgsmaal om Forløfte for andre. Det var vel ikke her nogen Sjældenhed, at Forloverne baade forpligtede sig selv og deres Arvinger til Indlager,[5]) jfr. saaledes navnlig de ovennævnte Breve af 1541, 1547, 1555 og 1593 samt Formularerne, men forsaavidt og saa længe det anerkjendtes i Praxis, at Arvingerne ikke vare bundne ved Arveladerens Forløfte, *hvis* denne sidste var død *inden Gjældens Forfaldstid*, jfr. bl. a. Danmarks Rigens

---

1) Saaledes synes Friedlaender: Einl. p. 91—92 dog at argumentere.

2) Jfr. saal. Stobbe: Vertragsr. p. 195—96, Friedlaender l. c. p. 91—94, Le Fort i Revue de législ. 1874 p. 422.

3) Jfr. saal. Dantzmann l. c. p. 15, Paulsen: Lehrb. p. 212, Krieger: Slesv. Formuer. p. 362, sml. Schrader: Handb. III p. 43—46.

4) „Umyndige med deris Formyndere søgis udi Gieldsager med samme Proces, som den afdøde kunde være undergifven, oc svare oc rette Formynderne, saa vit den umyndigis Gods tilstrecker. Dog bør ingen umyndig, førend den er sine 18 Aar, at indmanes". Forarb. til Chr. V's D. L. I p. 82.

5) Jfr. derimod for tysk Ret Friedlaender l. c. p. 93—94.

Ret Art. 36[1]), da maatte Maningsforpligtelsen utvivlsomt falde bort samtidig med Gjældskravet i Følge Forløftet.

Maningsberettiget i Henhold til en Maningsforskrivning kunde enhver være uden Hensyn til Stand eller Kjøn, hvilket ogsaa udtrykkelig bevidnes af Osterssøn Veylle, der siger: „hvilcken forn. Indmanings Forskriffning en hver tilstedis at annamme til Forsickring for sin Gield“[2]). Baade i ældre og nyere Tid se vi Kongerne betinge sig Maningsret, saaledes Erik Menved (1316), Christian III (1546, 1547, 1552, 1555), Frederik II (1588) og Christian IV (1590, 1593), fremdeles Biskopperne, saasom Ærkebiskop Johan Grand (1299) og Biskop Jens Andersen (1420), medens man fra senere Tid som Exempler paa maningsberettigede Borgere kan nævne Morten Nielssen, Borger i Kjerteminde (1589), Marinne, Niels Bagers, Borgerske i Odense (1603)[3]), Bernt von Oesede, Borger i Flensborg (1608)[4]) o. s. v. — Maningsforpligtet kunde fremdeles i og for sig alle være, dog at Indmaningsforskrivelser, udstedte af Borgere og Bønder faktisk hørte til Undtagelserne, saa at Institutet virkelig i det store og hele kan siges at være de privilegerede Stænders Domæne. Som alt ovenfor anført, gik selve Kongerne oprindelig i Spidsen ved endog personlig at paatage sig Indmaningsforpligtelse, saaledes Erik Menved (1302, 1314, 1316, 1317, 1319) og Christoffer II (1320); i 1316 se vi dernæst to Biskopper stille sig som maningsforpligtede Forlovere for Ærkebiskop Esgers Forpligtelser overfor Kongen, medens naturligvis Hovedmassen af Maningsforpligtelserne rammer Personer, henhørende til Adelsstanden. Vidnesbyrd om, hvorledes Bevægelsen forplantede sig længere ned i Samfundet, forefindes imidlertid ogsaa, saasom i KRRD. af 28. Juni 1598[5]), i hvilken man ser en Borger i Odense sagsøge en Adelsmand til Erstatning for ulovlig Indmaning i Henhold til Sagsøgerens eget Brev, samt mulig ogsaa Diplom af 1420. — Kvinder kunde endelig, ligesaa vel som Mænd, forpligte sig og forpligtes paa den heromhandlede Maade, hvorpaa findes Exempler i Diplom af 1577 og KRRD. af 23. April 1602[6]), jfr. ogsaa KRRD. af 13. Juni 1608[7]), efter hvilken en Adelsmand indmanedes

---

[1]) Danske Mag. III 1 (1842) p. 192 med Noten p. 215—16.
[2]) Glossar. jurid. danico-norveg. (1665) s. v. Maning (p. 552).
[3]) Se KRRD. af 22. Maj 1604: Secher: Saml. I p. 571.
[4]) Se KRRD. af 28. Marts 1610: l. c. II p. 366.
[5]) Secher: Saml. I p. 201—2.
[6]) l. c. I p. 401.
[7]) l. c. II p. 214—15.

tilligemed sin Hustru, hvilken sidste havde indholdt Maningen, sandsynligvis fordi hendes Husbond dengang var fraværende i Skaane.

Indlager*stedet* fastsloges som oftest mere eller mindre bestemt i Forskrivningerne, men kunde iøvrigt indenfor visse Grænser nærmere betegnes af den maningsberettigede, forsaavidt der efter Brevets Stedsangivelse overhovedet blev Spørgsmaal om yderligere Præcisering. Kun sjældent forpligtede danske sig til at holde Indlager udenfor Riget (samt Holsten), noget, hvorpaa der dog foreligger Exempler i Diplomer af 1230 (Erfurt og Schwerin), 1272 (Rostock eller Wismar, „si securitatem pro personis nostris et rebus ibidem intrandi potuerimus obtinere"; i modsat Fald et sikkert Sted i Danmark), 1314 (Kong Erik i Magdeburg) og 1540 (Hamburg eller Lüneburg). Hensynet til, at Rejsen til Indlagerstedet ikke skulde blive for lang og besværlig for vedkommende, ses tydelig at gjøre sig gjældende, saaledes i det oftnævnte Diplom af 1302, hvorefter Sjællænderne skulde holde Indlager i Næstved. Skaaningerne i Lund, Fyenboerne i Odense, Jyderne i Ribe eller Viborg og Junker Christoffer i Lund eller Næstved; Kongerne betingede sig gjærne Ophold i Vordingborg eller Søborg, men iøvrigt møder man i denne Forbindelse Navnene paa de fleste større Kjøbstæder i Riget. Huset, i hvilket Indlageret skulde holdes, betegnes i Reglen som „et ærligt Herberge"[1]) eller en Borgers Hus, og synes det, at navnlig Borgmestrenes Huse i saa Henseende have været stærkt benyttede[2]). — Selve Indmaningen (Manelsen) kunde ske ved et „Maningsbrev" — der vistnok ikke altid var affattet i de mest skaansomme Udtryk[3]) — eller, som det ogsaa kaldtes, ved en „Indmanelse-Seddel"[4]), men kunde ligesaa vel foregaa mundtlig, i hvilken Henseende bestemte Former ikke ses at have været fastslaaede, idet man baade finder Maning paa Landsting[5]) og Maning, forkyndt ved fire Adelsmænd[6]) eller ved to Borgere[7]) o. s. v. For-

[1]) Saadanne vare f. Ex. Oxekoppen og det lybske Herberge i Kjøbenhavn, jfr. Maningsbreve af 1590.

[2]) Jfr. saal. Diplom af 1552 (Borgmester Jep Hofmands Hus i Randers) og KRRDD. af 13. April 1602 (Borgmester Anders Nielssen Skrivers Hus i Næstved), 28. Marts 1610 og 12. Juni 1613 (Borgmester Morten Hvas' Hus i Viborg), 12. Juni 1613 (Borgmester Niels Skrivers Hus i Aalborg) o. s. v.

[3]) Jfr. f. Ex. KRRD. af 13. Juni 1606, Secher: Saml. II p. 214—15 („skrevet hans Hustru et Skjældsbrev til").

[4]) Forarb. til Chr. V's D. L. I p. 101.

[5]) Rosenvinge: Udv. IV p. 346.

[6]) Secher: Saml. I p. 155.

[7]) l. c. II p. 406.

dringen om, at Maningsbrev skulde udstedes og derpaa læses til Tinge. staar derimod i Forbindelse med Maningens, først ved Christian V's Lov nærmere bestemte, tingligretlige Virkning, hvorom nedenfor, og kan som retlig Betingelse for Maningens Virksomhed næppe føres tilbage til Tiden forud for Lovbogen[1]). Maningen maatte efterkommes umiddelbart efter Forkyndelsen og nogen særlig Frist gaves vistnok sjældent, ligesom Undskyldninger, der ikke stode i umiddelbar Forbindelse med selve det Mellemværende, paa Grundlag af hvilket der manedes, ikke anerkjendtes for fyldestgjørende, saaledes end ikke Paaskud om Svagelighed. jfr. KRRD. af 12. Juni 1613[2]). eller om tidligere for anden Gjæld at være indmanet andetsteds[3]), jfr. KRRDD. af 12. Oktober 1599, 5. og 12. Juni 1613[4]), idet Synspunktet netop var, at hvis vedkommende ikke strax kunde fyldestgjøre Hovedforpligtelsen (betale Pengene), maatte han i hvert Fald holde sig beredt til strax at drage i Indlager, hvortil han forudsattes altid at maatte have været i Stand. Det maatte strængt overholdes, at den indmanede ikke forlod Indlagerstedet under noget Paaskud eller Undskyldning, „ved hvad Navn nogen Undskyldning nævnes eller kaldes kan", hvorfor ogsaa Kong Erik Menved i det oftnævnte Brev af 1302, ved hvilket han forbandt sig og en stor Del af sine Mænd til Indlager, udtrykkelig maatte betinge sig, at de indmanede midlertidig maatte forlade Maningsstedet i Tilfælde af, at Rigets Forsvar krævede det. Med Hensyn til de indmanedes Frihed til at bevæge sig, kan dernæst mærkes, at man i 1589 finder et til den holstenske Retssædvane[5]) ganske svarende Exempel paa en Vedtagelse om, at vedkommende ikke maatte begive sig over Rendestenen udfor det Hus, i hvilket han var indmanet[6]). Kun naar den manende gav sit Samtykke dertil, naar den indmanede i de Tilfælde, hvor der undtagelsesvis var indrømmet ham Ret hertil, stillede en anden i sit Sted, samt naar Hovedforpligtelsen var opfyldt og fuld Skadeserstatning var præsteret, havde den indmanede Ret til at forlade Maningsstedet og drage af Indlager. Forpligtelsen til *personligt* Fremmøde var, som ovenfor allerede bemærket, ubetinget det normale, og naar denne Fordring undertiden, saasom i Diplomer af

[1]) Jfr. dog Rosenvinge l. c. Note 8.
[2]) Secher: Saml. II p. 507.
[3]) Sml. herved Haderslevske Constitution af 1604 Art. 3 (se nedenfor).
[4]) Secher: Saml. I p. 269—70, II p. 432, 506—7.
[5]) Jfr. Schrader: Handb. III p. 59 Note i.
[6]) Secher: Saml. I p. 155.

1468, 1590 og 1593, særlig pointeres, kan dette kun antages at være sket ex tuto, uden at der herfra kan drages nogen Slutning i modsat Retning. — Hvor strængt end saaledes Forpligtelsen i enhver Henseende maatte efterkommes, stode ikke des mindre Indsigelser, hentede fra selve det retlige Mellemværende, hvortil Maningsforpligtelsen sluttede sig, den indmanede aaben til Støtte for hans Frifindelsespaastand under den efterfølgende Proces, og Exempler paa, at Maningsforpligtelsen gjøres til Gjenstand for Undersøgelse paa Basis af det hele bestaaende Retsforhold, findes hyppigt, saaledes i en hel Række Domme angaaende et enkelt Mellemværende af 2. Juni 1592, 13. Marts 1594, 16. og 25. Juli 1595, 28. Juni 1596 og 16. Juni 1598[1]), efter hvilke Præstationerne i det gjensidige Forhold skulde udvexles „det ene imod det andet", fremdeles i KRRDD. af 23. April 1602, 24. s. M., 18. Marts 1606, 1. Juni 1613[2]) o. fl. Ansaa den indmanede sig imidlertid enten kun betingelsesvis eller slet ikke forpligtet, var det dog efter Retsmidlets Beskaffenhed det sikreste for ham at indfinde sig paa Maningsstedet med Præstationen og deponere den der til den manendes Ordre mod Modpræstationens Erlæggelse, behørig Dokumentation af hans Ret, Kvittering for Opfyldelsen ell. lign., en Fremgangsmaade, der oftere anvendes og navnlig illustreres ved KRRDD. af 10. Marts 1606, 13. Juni 1608 og 12. Juni 1613[3]). En uberettiget Indmaning kunde iøvrigt uden videre indstævnes til Underkjendelse, og Erstatning for paa den Maade at være tvungen til at holde Indlager søges, hvorom kan henvises til flere Domme, saasom KRRDD. af 19. Oktober 1599 og 28. Marts 1610, jfr. ogsaa KRRD. af 28. Juni 1598[4]).

Særlige retlige Virkninger af den *overholdte* Maning blev der først paa et meget sent Stadium Tale om, jfr. nedenfor, medens det vigtige Spørgsmaal her maa berøres, hvilken Virkning Maningens *Ikke-Overholdelse* drog efter sig, hvori Tvangsmidlet (d. v. s. til Maningsforpligtelsens, ikke til Hovedforpligtelsens Opfyldelse) ret beset bestod. Netop i denne Henseende viser Institutets Ejendommelighed sig særdeles slaaende, idet det var Æresmomentet, saaledes som det vurderedes af selve Samfundsopinionen, der her spillede Hovedrollen. Medens man vel kunde finde plausible Undskyld-

[1]) Rosenvinge: Udv. IV p. 344—48, p. 386—92, Secher: Saml. I p. 8, p. 40, p. 130—32 og Rosenvinge l. c. p. 465—68, Secher l. c. p. 155—56.
[2]) Secher l. c. I p. 401, 406—8, II p. 72—73, 405—7.
[3]) l. c. II p. 5—8, 214—15, 506—7.
[4]) l. c. I p. 289—91, II p. 363—65 jfr. I p. 201—2.

ningsgrunde for ikke i rette Tid at have erlagt en bestemt Præstation af Pengeværdi ell. lgn.. betragtedes Forholdet anderledes i Henseende til Forpligtelsen til at drage i Indlager[1]); Ikke-Overholdelsen af en klar Forpligtelse hertil, som man havde paataget sig ved en Forskrivelse paa (fyrstelig eller ridderlig) Tro og Love, ansaas med andre Ord her som andetsteds for i en ganske anden Forstand ærerørig end Misligholdelsen af almindelige Forpligtelser, og at det endvidere her var Samfundet som saadant, der gjennem den indenfor samme raadende Opfattelse afgav Tvangsmidlet i Stedet for selve den positive Retsnorm, er ikke tvivlsomt. Der findes intetsteds i dansk Ret nogen Lovbestemmelse, der udtaler sig om den af Maningens Ikke-Efterkommelse følgende Æreløshed paa tilsvarende Maade som Kong Christian IV's og Hertug Johan Adolphs Haderslevske Constitution af 1. Marts 1604, jfr. samme Konges og Hertug Frederik III's Renovatio Constitutionis af 1. Oktober 1630 og Landgericht-Ordnung 4—14 og 15, hvilke Bestemmelsers Ordlyd med Hensyn til det heromhandlede Moment intet lader tilbage at ønske i Djærvhed[2]). Æreløsheden indtraadte ipso facto her som efter holstensk Ret[3]), saa at der oprindelig ikke behøvedes nogen Dom for at hidføre denne Virkning, i hvert Fald kun for at konstatere Betingelsernes Tilstedeværelse, navnlig Indmaningens Berettigelse. Det hele Instituts Basis og Forudsætning var altsaa, forinden Lovgivningen i Tidens Løb fandt paa at knytte andre Retsvirkninger til Maningen, den levende Erkjendelse indenfor Samfundet og specielt den adelige Stand af, at Misligholdelse af Æresforskrivninger af *dette* Indhold i og for sig konstaterede, at Forudsætningerne for vedkommendes hidtidige Position

---

[1]) Sml. herved navnlig Le Fort l. c. p. 432—33.

[2]) De anførte Bestemmelser findes trykte bl. a. hos Michelsen & Johansen: Samml. der hauptsächl. Schleswig-Holsteinischen gemeinschaftl. Verordnungen (1773). — Den mærkelige Oplysning findes iøvrigt hos Stobbe: Vertragsr. p. 193 Note 22 under Henvisning til Potgiessers Comment. de obstagio p. 329, at „Konstantin, König von Dänemark, und Adolf, Herzog von Holstein" i 1606 skulde have givet hin Lov. Medens det urigtige Aarstal ogsaa forekommer andetsteds, synes Angivelsen af „König *Konstantin*" som Lovens Medudsteder unægtelig at være mindre let forklarlig, men skjøndt Potgiessers ovennævnte Skrift ikke har været mig tilgjængeligt, forekommer det mig en ret antagelig Gisning, at Hjemmelen maa søges i en Misforstaaelse af den abbrevierede Betegnelse *Const.* (o: Constitutio) Haderslev.

[3]) Jfr. forsaavidt ogsaa Statskollegiets Betænkning om Maning af 19. Juli 1665 ad 3: Forarb. til Chr. V's D. L. I p. 599.

indenfor hans Stand vare bristede, og med Afsvækkelsen af denne Opinion, der i Følge den hele Ordning var og maatte være det principale, maatte Institutet ogsaa successive gaa sin Undergang imøde. En Forudsætning om, at Retsbrugen i Danmark dog til en Tid har anerkjendt den manendes Krav paa at se den Maningen foragtende Debitors Æreløshed udtrykkelig fastslaaet ved Dom, altsaa i Lighed med, hvad der efterhaanden i Holsten blev fast Praxis[1]), synes vel at foreligge i Store Reces 2—15—14 (... faar Dom, i Steden for Æren, paa hans Frelse oc til Fengszel ...), sml. Frd. 12. Juni 1679 Art. 3 (... dog ... icke dømmis enten paa sin Person til Fengsel eller at lide paa sin Ære ...), men at denne Regel i videre Omfang skulde være bragt til Anvendelse her, synes dog ikke rimeligt, ihvorvel det kan ses, at Frygten for den ipso facto indtrædende Æreløshed ingenlunde altid var af tilstrækkelig afgjørende Betydning for vedkommende. Af de, andetstedsfra saa vel kjendte, Handlinger, der paa direkte Maade skulde manifestere vedkommendes Æreløshed, navnlig i Henseende til Behandlingen af deres Lig, der vare døde i Indlager, uden at Hovedforpligtelsen var fyldestgjort, findes, saavidt ses, kun sparsomme Spor her i Landet. Der forefindes saaledes ikke her særlige Bestemmelser om, at naar en Forlover dør i Indlager, kan en „christiana sepultura" ikke nægtes ham[2]) — noget, som det antagelig her har været overflødigt at udtale —, ej heller omvendt nogen Regel som den, at den indmanedes Lig „sol unter der Thürschwell herausgetan, und nicht darüber getragen werden"[3]) ell. lgn. Fra Holsten og Slesvig findes vel graverende Exempler nok, saasom naar det berettes[4]), at endnu i det syttende Aarhundrede Liget af en i Indlager død slesvigsk Adelsmand blev anbragt under Tagdryppet fra Kirketaget og mishandlet af Ungdommen, og et Tilfælde af denne Art ses da ogsaa at være kommet for dansk Retterting, nemlig i en Sag, hvorunder det anførtes, at Sagsøgtes Broder var død i Haderslev i Sagsøgerens Indmaning og endnu stod ubegravet, noget hvorpaa der vel siges *udenlands* at haves mange Exempler, medens det tillige af Sagsøgte bemærkes,

---

[1]) Jfr. Dantzmann: Einl. p. 36—38, Schrader: Handb. I p. 218—20 med Note c.

[2]) Charte af 1210, Le Fort l. c. p. 422 Note 30.

[3]) Formularbog, formentlig fra det sextende Aarhundrede, Friedlaender l. c. p. 147.

[4]) Se Friedlaender l. c. p. 141; yderligere Henvisninger hos Schrader l. c. I p. 222 Note h.

at hverken Kejserretten eller nogen anden kristelig Ret tilstedede „først at bevise det sl. Lig Schimpf og Spot paa sin Jordefærd og siden der til at ville have sin Betaling", men KRD. i Sagen af 24. Januar 1614[1]) indlader sig ikke nærmere herpaa, idet den i forskjellige Henseender finder Sagens Lejlighed „meget perplex" og foretrækker at henskyde den til næste Herredag, og da saa Sagen igjen kommer for her og endelig naaer til en Afslutning ved KRRD. af 16. Marts 1615 (utrykt), bliver Sagen forligt og de nærmere Omstændigheder ved Indmaningen fuldstændig forbigaaede i Tavshed. — I det hele synes det, at man i Danmark i denne som i andre Henseender saa nogenlunde har formaaet at holde Institutet fri for dets mest uheldige Udvæxter; Sædvaneretten har med Hensyn til Misligholdelsens Følge, Ærestabet, vel i det hele været i Overensstemmelse med, hvad der i Const. Haderslev herom bestemmes, men nogen nærmere Regulering af denne Side af Sagen har næppe nogensinde været fastslaaet, men været overladt til Standsfællernes — som Regel vistnok temmelig liberale — Skjøn i hvert enkelt Tilfælde.

Lovgivningen forholdt sig, som det allerede af det foregaaende fremgaar, længe passiv overfor Forholdet. I Christian III's Kjøbenhavnske Reces af 1547 Art. 27 og Koldingske Reces af 1558 Art. 35 om Forbud mod Luxus i Klædedragt findes vel i det *om Adelen* handlende Stykke en Regel om, at det ulovligt baarne skal være forbrudt til næste Hospital, saaledes, at naar Hospitalsmesteren æsker det af vedkommende, „tha liide hand ther *maninge* fore som for anden gield", medens de tilsvarende Bestemmelser i Frederik II's Kallundborgske Reces af 1576 Art. 10 og Frd. 24. September 1651 ikke tale om nogen „Maning"; men som det vil fremgaa af Sammenhængen og navnlig af Udeladelsen af det stadig mere og mere til en speciel teknisk Betegnelse blivende Udtryk i de senere Lovbud om Æmnet, er Formodningen i høj Grad imod, at der i Recesserne af 1547 og 1558 skulde være sigtet netop til Indlager, jfr. herved det ovenfor om Sprogbrugen paa Christian III's Tid bemærkede. Og naar fremdeles Osterssøn Veylle i sit Glossarium s. v. Maning som Hjemmel for sin Redegjørelse herom henviser til „privil. Christ. 3 parag. 13", da maa jeg efter det foreliggende Materiale bestemt gaa ud fra, at denne Henvisning beror paa en ren Misforstaaelse[2]). Den første Gang Indmaning i tek-

[1]) Secher: Saml. II p. 538—43.

[2]) Saaledes allerede Treschow: de obstagio p. 18 Note, jfr. derimod Dreier: de arresto p. 47 Note 25. — Om mulig den Haderslevske Con-

nisk Forstand med Sikkerhed ses at forekomme i dansk Lovgivning er i Frederik II's Gaardsret af 1562 Art. 31, hvor det hedder, at den, der tager en Svend i sin Tjeneste, der har forladt sin forrige Husbond her i Riget uden Pasbord, har strax at betale 100 Mark dansk i hvilken By han tiltales „under et indleigre". Denne Bestemmelse i Forbindelse med et Par andre fra Christian IV's Tid frembyde ved deres Ejendommelighed den største Interesse, idet Indmaningsforpligtelse her fastsættes som en umiddelbar Følge af Loven, uden at en særlig herpaa rettet Forpligtelseserklæring behøver at gaa forud. Noget saadant hører afgjort til Sjældenhederne, ihvorvel man ogsaa andetsteds, saasom i Bremen, træffer paa noget tildels tilsvarende[1]), og det vil ogsaa let skjønnes, hvor uheldigt det i enhver Henseende var, at ville benytte sig af den Respekt for paatagne Indmaningsforpligtelser, der hidtil havde været til Stede, paa et Omraade, hvor netop en saa væsentlig Faktor som Frivillighedsmomentet i Form af det paa Tro og Love afgivne Tilsagn ganske manglede. De vedkommende Forordninger fra Christian IV's Tid ere af 26. Juni 1637 og 10. Februar 1638 og angaa begge Inddrivelsen af Vederlag for Kost og Exercitier paa Sorø Akademi. Efter den første Forordning skulde Akademiets Hovmester, naar Restancerne efter Udløbet af en de vedkommende forelagt Frist ikke vare indgaaede, have Magt til at „mane" Debitor og forfølge Sagen videre til Doms imod ham „effter Forordninggen, ligesom Academiet vitterlig Gieldsbreff paa manelse[2]) samme Rest oc paagaaende bekostning at fordre giffuet vaar", medens den sidstnævnte Forordning, der refererer den førstes Indhold saaledes, at Akademiets adelige Debitorer skulde betale „vnder it Adeligt indlager", og klager over, at „en deel paa Manings breffue ingen Suar ville giffue", paalægger Lehnsmændene at bistaa Hovmesteren og paa dennes og Akademiets Vegne at lade mane de gjældskyldige Personer. Til nærmere Illustration af Forholdet kan iøvrigt følgende Exempel anføres. I 1588 se vi Kongen udstede Befaling til 3 Adelsmænd om, i Anledning af et af Krafsernes Skytte begaaet Vildttyveri paa Kronens Enemærker, bl. a. at begive sig til Eske Krafse og *„thage handen aff hannom*, att hand jnddrager vdj ett herberg vdj Kiöpnehaffn ... och ther

---

stitution kan have foresvævet Ostersøn Veylle, skal kun henstilles som en blot Gisning, idet det iøvrigt kan fremhæves, at ikke engang Paragrafangivelsen paa nogen Maade svarer til denne.

[1]) Jfr. Stobbe: Vertragsr. p. 192—93.

[2]) I Aftrykket: „paa-manelse".

att holde enn adelig jndleger thill saa lenge wij haffue vdførtt mett hannom, huis wij hannom haffue mett rette att thillthalle"; Frivillighedsmomentet er allerede her trængt en Del i Baggrunden, men er dog altid i Formen til Stede, medens man i Lovbestemmelserne af 1562, 1637 og 1638 ikke har taget i Betænkning at gaa et Skridt videre, nemlig til ganske at springe Maningsforskrivningen over. At de vedkommende, som det i Forordningen af 1638 bevidnes, have foragtet Maningsbrevene og ikke engang givet noget Svar paa disse, er derfor ikke at undres over, da de jo netop i disse Tilfælde ikke havde sat deres „Tro og Love" i Pant, og man kan derfor godt forstaa, at den senere Lovgivning ikke fandt sig fristet til at gaa videre ad den her betraadte Vej.

I Christian IV's Tid hørte Fremgangsmaaden ved Gjælds Indrivelse, særlig hos Adelsmænd, som bekjendt til de brændende og ofte af Lovgiveren til fornyet Behandling optagne Spørgsmaal, jfr. i saa Henseende navnlig Frd. 4. Juli 1616 og 1. Juli 1623 foruden de herhenhørende Bestemmelser i Store Reces; og med specielt Hensyn til Maning er det af Interesse at se, at Institutet allerede i 1612 findes behandlet i vor Literatur[1]), at en hel Række Formularer til Maningsforskrivninger meddeles af Heldvaderus allerede i hans første Formularbog af 1625 og at der i Frd. 1. Juli 1623 Art. 3, jfr. St. Reces 2—15—5, blandt Forhindringer for dem af en afdød Adelsmands Frænder, der have at registrere hans Bo, særlig nævnes, at nogen af dem er „udi Indmaning". Hovedbestemmelsen før Lovbogen er dog først fra Frederik III's Tid, nemlig Frd. 5. Juli 1651 „om dennem, som deris udgiffne Brefve, paa Maning lydende, icke effterkommer," hvilken Forordning dels klager over den hidtilværende Uefterrettelighed, og dels, „paa det Credit oc strenge Forskrifvelser maa bliffve udi den tilbørlig act som det sig bør, oc effterdi en hver ærlig Mand er plictig sit Breff oc Segel at holde", befaler, at saasnart nogen ikke efterkommer sit Brev og Segl med Betaling eller Maning og dette bevises og derpaa stævnes, han da „uden videre dilation at skulle dømmis *efter Forordningen* at stande til Rætte". Spørgsmaalet er altsaa, hvortil der her — saavelsom ogsaa i Frd. 1637 — sigtes ved Henvisningen til „Forordningen". Der savnes den fornødne Hjemmel til med Dreier her at tænke paa den af Osterssøn Veylle

1) Nemlig af Leonhard Metzner i en Afhandling de fidejussoribus & jure obstagii (Hafniae 1612). Dette Skrift maa imidlertid antages nu at være ganske forsvundet; det findes ikke paa de offentlige Bibliotheker i Danmark, ej heller paa Universitetsbibliothekerne i Lund eller Kiel (derimod citeres det endnu af Dantzmann: Einl. p. 59).

nævnte Kilde, hvis Existens, som ovenfor anført, er mere end tvivlsom; ligeledes vil det uden aldeles tvingende Grunde naturligvis være uberettiget at forudsætte en Henvisning til den kun for Hertugdømmerne givne Haderslevske Constitution, men hvad der herefter bliver tilbage er da de for Kongeriget i Christian IV's Tid givne almindelige Bestemmelser om Gjælds Inddrivelse overhovedet. Et Fingerpeg til Bedømmelsen af Udviklingens Gang i denne Periode vil imidlertid netop kunne findes i den Haderslevske Constitution, i hvis § 9 det hedder: „Und soll dieser Verordnung ihres Inhalts biss dahin gestrengiglich nachgesetzt werden, *biss wegen Anstellung eines Schuld-Thurms* und anderer ernsten Straffen und Mittelen wieder unehrbare, betriegliche, unbegüterte und ihrer Obligationen vergessene Schuldigere fernere Beschaffung erfolget". Hensættelse i Gjældsfængsel synes altsaa her at være forudsat som en eventuel Afløsning af eller Erstatning for det lovbestemte Ærestab[1]), og virkelig bærer Lovgivningen i Kongeriget allerede paa et forholdsvis tidligt Stadium Vidne om, hvorledes man her slog ind paa en i denne Retning gaaende Modifikation i og nærmere Bestemmelse af Følgerne af Maningens Ikke-Overholdelse. Herom kan mærkes følgende. Ved kongl. aabent Brev af 15. Januar 1556[2]) befaledes Oprettelsen af et Gjældsfængsel i Kjøbenhavn („Sueltte kielderen") i Forbindelse med Paabud om, at den, der sagsøgtes for Gjæld og ikke betalte inden den ham forelagte Frist, af Borgmestre, Raadmænd og Byfoged skulde indsættes der, indtil Forpligtelsen var sket Fyldest. Ved Frd. 4. Juli 1616 „om *Adels* Personer, som setter sig vdi større gield end de selff betale kunde" gives der dernæst Forloverne, der have betalt og derpaa forgjæves søge Regres hos Hoveddebitor, Ret til at paagribe denne og lade ham indsætte til Forvaring i Kjøbenhavn i „det fengsel som der til er forordnet oc giort" — altsaa utvivlsomt det af Christian III oprettede Gjældsfængsel — indtil han tilfredsstiller dem, der have ladet ham indsætte. Og naar det derefter i Frd. 1. Juli 1623 Art. 1 foreskrives, at den insolvente Debitor straffes „med Fengsel effter Forordningen", da kan der herved umulig være sigtet til nogen anden Bestemmelse end Frd. 1616. Men paa ganske samme Maade forholder det sig baade med Frd. 26. Juni 1637 og med Frd. 5. Juli 1651, med Hensyn til hvilken sidste Bestemmelse der fra den

1) En af Dantzmann l. c. p. 37 meddelt Gottorpsk Dom af 1648 viser, hvorledes en Domfældelse ad perpetuos carceres ansaas som en væsentlig Formildelse af den forskyldte Domfældelse til „die pæn der Haderslebischen Constitution".

2) Kbhvns. Diplom. I (1872) p. 426—27.

mellemliggende Periode endnu maa henvises til St. Reces 2—15—14, hvorefter den Forlover, der har indfriet en Adelsmands Gjæld og derfor stævner ham efter hans Æres Forpligtelse og, „for hand sin Æris Forskriffning icke effterkommet haffuer, faar Dom, i Steden for Æren, paa hans Frelse oc til Fengszel", kan paagribe Debitor og lade ham indsætte i det fornævnte Fængsel i Kjøbenhavn, saaledes som det foreskrives allerede i Frd. 1616. „Efter Forordningen" i Frd. 1651 betyder altsaa det samme som „med Fængsel efter Forordningen" ɔ: Frd. 1616, jfr. St. Reces 2—15—14, og Hensættelse i Gjældsfængsel kunde altsaa herefter ogsaa blive Følgen af en Maningsforpligtelses Ikke-Efterkommelse, en Regel, der sikkert var motiveret ved, at den forudsatte faktiske Infami havde vist sig mindre virksom til alene at hidføre det forønskede Resultat, og at man ikke ønskede at gaa til det yderste i Retning af de strænge Æresdommes Anvendelse paa dette Omraade. — Sager angaaende Adelens Maningsforskrivelser maatte imidlertid ogsaa under den her angivne Forudsætning, at der søgtes Dom til Fængsel, indstævnes direkte til Kongens Retterting (Højesteret) i Henhold til Frd. 1. Juli 1623 Art. 6 og St. Reces 2—6—12.

Det sidste Stadium, hvorom der i denne Forbindelse bliver Spørgsmaal, tilhører Tiden umiddelbart forud for Christian V's Lovbog af 1683 og frembyder Interesse i en dobbelt Retning. For det første kan mærkes et Par Bestemmelser, der slutte sig til de i det umiddelbart foregaaende omtalte, nemlig *dels* Grevernes Privilegier af 25. Maj 1671 Art. 7 og Friherrernes Privilegier af s. D. Art. 6, der næst at fastslaa, at hverken nogen Lehnsgreve eller nogen Lehnsfriherre „maa for nogen Gield paa sin Person af sine Creditorer arresteres, med mindre han tilforn dette Privilegium ved sin sær Forskrivelse og udgivne Haandskrift expresse renuncieret haver"[1]), endvidere giver den vigtige Regel, at *„ingen Herrestands Person*, i hvor streng Forskrivelse eller Forpligt han nogensinde kan fra sig have givet", skal kunne dømmes *„paa sin Ære*, gode Navn og Lempe *for nogen Gields Sag"*, *dels* det ejendommelige Forsøg paa en yderligere Lempelse, der foreligger i Frd. 12. Juni 1679 Art. 3, hvorefter den, der ved Højesteret søges, fordi han ikke har villet efterkomme sin Forskrivelse paa rede Penge, hverken med Betaling eller Maning at holde, dog „i betragtning aff disse Vanskelige Tiders tilstand", ikke strax skal dømmes paa sin

1) Jfr. til Forstaaelse heraf kongl. aabent Brev af 9. Juni 1683 (Trykt bl. a. i Algreen-Ussings Register til Fogtmans Reskriptsamling under Rubrum „Gjeld").

Person til Fængsel eller lide paa sin Ære, men at der først efterat det har vist sig, at han ikke formaar at stille tilbørlig *Sikkerhed*, skal gives Dom „offver hans Person til Fengsel effter Recessen (ɔ: St. Reces 2—15—14) oc voris om Gield udgangne Forordninger", en Regel, der dog atter blev opgivet ved Christian V's Lov, jfr. dennes 5—14—54 og 1—5—11. — Den anden Gruppe af Bestemmelser, der her skal omtales, er ikke mindre vigtig, idet den viser, hvorledes man endelig naaede til definitivt at indordne Maningsinstitutet som Led af det hele til Gjældskravs Indfordring sigtende System. I saa Henseende maa her først erindres om, at det i dansk Ret allerede var en forlængst fastslaaet Regel, at den, over hvem Dom var erhvervet, ikke til Skade for Domhaveren maatte afhænde sit Gods, jfr. den udtrykkelige Bestemmelse herom i Frd. 1. Juli 1623 Art. 5 og St. Reces 2—15—7, samt om, at denne Regel om en Indskrænkning i vedkommendes Raadighedsret med visse Begrænsninger, der ikke behøve her nærmere at specialiseres, ogsaa var gjældende uden Hensyn til, at Forfølgningen endnu ikke var bragt til Afslutning, hvilket i specielle Anvendelser oftere fremhæves, saaledes i Rigens Ret og Dele af 1621 Art. 4, 56 og 57 og den i KRRD. af 20. April 1602 paaberaabte Sætning af „Rigens Ret"[1]), sml. iøvrigt som Udgangspunkt for alle de herhenhørende Bestemmelser Reglen i J. L. 2—68. Med Hensyn til Forfølgning med Maning vilde en direkte analogisk Anvendelse af den citerede Art. 4 i Rigens Ret og Dele af 1621 vel have medført, at Uraadighedstilstanden for den indmanede maatte datere sig fra den Tid, da han, efterat have foragtet Maningen, havde modtaget Forkyndelse af Stævning til Kongens Retterting eller Højesteret, og denne Stævning derpaa var bleven behørig tinglæst. Men herved blev man dog ikke staaende og det med god Føje, særlig naar Hensyn tages til Beskaffenheden af det ved Maningsforskrivningen konstaterede Gjældskrav. Dettes (forudsatte) „Vitterlighed" gjorde, at Uraadighedstilstanden meget vel lod sig føre tilbage til Foretagelsen af det første retlige Skridt til dets Inddrivelse, og allerede paa de første Stadier af den nye Lovbogs Forberedelse finder man da ogsaa Forslag til udtrykkelige Bestemmelser i denne Retning, nemlig til, at ligesaa vel den (til Landstinget) forkyndte Maning som en allerede falden Dom skal drage Uraadighedsvirkningen efter sig, jfr. saaledes Kommissionsbetænkninger af 16. Februar 1663 (ad V) og 20. April 1664, Statskollegiets Betænkning af 9. Juli 1664, Højesterets Erklæring af c. 1665 og Statskollegiets Be-

1) Secher: Saml. I. p. 387.

tænkning af 19. Juli s. A.[1]) — Detaillerne af disse Forslag saavelsom af den endelige Ordning vil der ikke være Grund til at dvæle videre ved paa dette Sted, ligesom ogsaa en nærmere Omtale af Institutets Forhold til de andre Gjældsinddrivelsesmaader her maa forbigaaes, idet det i sidstnævnte Henseende dog endnu bør fremhæves, hvorledes en vis Analogi i Henseende til Hovedtrækkene i Udviklingsgangen her virkelig er forhaanden, nemlig forsaavidt som Maningsinstitutionens Historie i Danmark betegner en Afsvækkelse af den (forudsatte) totale Udstødelse af det retlige Samkvem og af Samfundet med Standsfællerne henimod en midlertidig Friheds-berøvelse (forbunden med en Indskrænkning i vedkommendes Formuesraadighed).

I denne sidste Form, hvori Institutet er gaaet over i Christian V's Lovbog[2]), er det i Virkeligheden af temmelig uskadelig Karakter, men er da paa den anden Side ej heller udrustet med saadanne særlige Fortrin, at det kunde antages i Tidens Løb at hævde sin Stilling i det praktiske Liv, navnlig efterat det Moment, der fra Begyndelsen af havde været dets væsentligste Forudsætning, var faldet bort eller dog trængt stærkt tilbage. Om dets Omraade kan iøvrigt tilføjes, at der i den forud for Lovbogen gaaende Lovgivningsperiode gjentagende findes Forudsætninger om, at Maningsinstitutet alene var forbeholdt Adelen, men disse Forudsætninger ere dog formentlig i og for sig ikke af saa bindende Natur og ere navnlig i en saa afsvækket Form gaaede over i Lovbogen, at der paa dem næppe kan bygges en Regel om, at de uprivilegerede Stænder, i Modsætning til, hvad der forhen havde været Tilfældet, fremtidig ganske skulde have været udelukkede fra med Retsvirkning at underkaste sig Maning, hvorfor det ej heller kan erkjendes for berettiget i Grundlov 1849 § 97 (rev. Grundlov 1866 § 92) at søge Hjemmel for Institutets endelige Ophævelse. I en vis Forstand kunne de om det handlende Lovbestemmelser derfor endnu betegnes som „gjældende Ret", men fra denne Side set skal Undersøgelsen dog ikke her føres videre, dels fordi Oversigter over

---

1) Forarb. til Chr. V's D. L. I p. 76—77, 248—49 (173), 251—52, 596—98 og 598—601. — Herved kan tillige henvises til de mere vidtgaaende Forslag, der omhandles l. c. p. 52—53, 86—89 og 159. — Særlig Opmærksomhed fortjener det, at Højesteret i sin ovennævnte Erklæring hævder en fuldstændig Ligestilling mellem Maning og Arrest, navnlig i Henseende til Forfølgningen, medens nogle af Statskollegiets Medlemmer med stor Styrke opponere mod denne Opfattelse, der i D. L. 1—22—2 heller ikke ubetinget er accepteret.

2) Jfr. dennes 1—22, smh. med 1—8—3, 4, 1—24—26, 44, 1—25—12, 5—2—65, 5—3—18, 5—7—16, 5—14—38 og 54.

Systemet i dets nyere Skikkelse allerede foreligge andetsteds[1]), dels fordi Institutet, hvad enten det betragtes som formelt staaende ved Magt eller ej, saa afgjort tilhører et tilbagelagt Kulturstadium, at en Gjenoplivelse deraf i det praktiske Retsliv med Føje kan betragtes som udelukket.

---

1) Jfr. saal. bl. a. Dreier: de arresto civ. p. 254—61, Bang & Larsen: System. Fremstill. af den danske Procesmaade III (1841) p. 446—49.

Die Ueberlieferung

der ältesten

Münchener Ratssatzungen

von

Oscar Brenner.

Das Münchner Stadtarchiv enthält zwei Handschriften mit Rechtsaufzeichnungen, welche älter sind als das von Kaiser Ludwig verliehene Stadtrecht; den cod. U. 7 (früher V) und cod. U. 8 (früher VI). Die Bezeichnung „Consules", die nach der ersten Seitenüberschrift von C. 8 für die Sammlungen sich einzubürgern beginnt ist irreleitend, denn ausser den (Sätzen über die) Consules enthalten diese auch zahlreiche Handwerkssätze wie so viele ältere Stadtbücher[1]). Am ehesten empfiehlt sich die in anderen Städten üblich gewordene Benennung Stadtbuch; denn es ist cod. 7 wirklich ein „codex civitatis, quo privilegia, ritus, consuetudines, leges definitivae vel iudicialiter latae sententiae continentur[2]). Was das Verhältniss von C. 8 zu C. 7 anlangt, so mag vorläufig so viel bemerkt werden, dass beider Zweck und Inhalt wesentlich gleich und dass C. 7 älter ist als C. 8, also unseren Ausgangs- und Mittelpunkt zu bilden hat.

Cod. 7 besteht aus 7 Lagen, einem halben und sechs ganzen Quaternionen; diese sind einzeln geheftet, aber an einander mit Lederriemen geknüpft, in ein Paar der Quaternionen sind Zettel eingeheftet[3]), die Blätter sind jetzt numeriert. Auers Auszüge (StR. S. 270 ff.) beginnen bei Blatt 1, mit Unrecht, denn die Lage die jetzt vorne liegt war von Anfang an nicht die erste. Allerdings ist fol. 1^r so schmutzig und abgegriffen, dass man sieht, es hat lange, lange Zeit als Decke gedient. Für München wäre der Beginn des Stadtbuches mit einem Artikel über das Bierglöcklein (Auer No. 1) recht hübsch. Aber es war ursprünglich eigentlich gar kein Artikel als erster, sondern jedes Heft war als Ganzes

1) S. Schmoller, Strassburger Qu. u. F. XI, S. 11.

2) König Rudolfs Bestätigung des Augsburger Stadtbuches 1276. S. Homeyer, Die Stadtbücher des Ma., Berl. Akad. 1860.

3) S. Auer StR. S. LVII, No. 40.

für sich gedacht[1]); solche Hefte sind es vier, nämlich I. Lage 1 + 2 (Bl. 1—6), II. Lage 3 + 5 (Bl. 7—10, 15—18), III. Lage 4 (Bl. 11—14), IV. Lage 6 + 7 (Bl. 19—26). Wurde von diesen Heften eines zur Zeit der Entstehung als erstes betrachtet, so war es das zweite und zwar in der Reihenfolge Bl. 14—18, 7—10. Denn damit beginnt die alte Abschrift cod. U. 8! Ihm folgte das IV., Bl. 19—26, Heft I und III lagen dem Schreiber von C. 8 noch nicht vor! Mit Heft II, Bl. 15 wurde auch wohl — nach Ratsbeschluss? — die Sammlung angefangen; dafür spricht, dass allein hier ein Raum für eine Initiale gelassen ist. Dass die jetzt vorausgehende Lage Bl. 7—10 die jüngere ist, lässt sich aber auch auf andere Weise zeigen. Das Pergament zu unserer Sammlung ist durchaus nicht ausgewählt, aber doch in der Grösse leidlich übereinstimmend. Mitten unter ziemlich gleichgrossen Blättern steht nun Bl. 16 um ein gutes Stück verkürzt: über ein Drittel ist abgeschnitten. Cod. 8 zeigt, dass mit dem Pergament auch ein Stück Text wegfiel, den uns eben an der Stelle C. 8 bietet; in Cod. 7 steht dieses Stück nun — etwas verändert — auf dem ersten Blatt der jetzt vorausgehenden Lage, auf Bl. 7, und zwar von der gleichen Hand, nicht etwa geschrieben nachdem die Lage im Uebrigen fertig war an einem freigebliebenen Plätzchen, sondern gleich am Anfang mit der Ueberschrift *Consules*. Die Sammlung begann also mit Bl. 15 mit dem Satze: *(D)ie gesworn habent gesetzet des ersten vber sich selb.* Der erste Schreiber ist der von uns als **A** bezeichnete.

Heft IV ist im Ganzen von Schreiber **B** gefüllt, es führt die Handwerkssätze fort, in Cod. 8 geschieht dies in gleicher Weise.

Heft I lag, wie erwähnt, dem Schreiber des Cod. 8 noch nicht vor. Es nimmt rein äusserlich eine Stellung für sich ein. Es hat keine Ueberschriften, ist bloss zum Teile beschrieben: in der Mitte stehen ganze und halbe Seiten leer. Fremdartig mutet es einen an hier einmal die Worte 'Omnia mea tua sunt et vice versa' quer über eine leere Seite geschrieben, an anderer Stelle ein zähnefletschendes Tier gezeichnet zu sehen, während die übrigen Hefte den kühlen amtlichen Charakter streng gewahrt haben. Die Einträge stammen abwechselnd von **C** und **D** her. Da nun **C** sich als Ueberarbeiter von **A** und **B** erweist, indem er zu Beiden Korrekturen und Nachträge geliefert hat; so ist **C**, der die Einträge auf Bl. 1 beginnt, somit das ganze erste Heft jünger als **A** und **B**, als Heft II und IV. Nach C und D arbeitet auch noch **F** an

1) Wie beim Stadtbuch von Rostock, Homeyer a. a. O.

Heft I, von ihm stammt der Schluss von Bl. 6 (Auer No. 26), der sich deutlich als Schluss der ganzen Sammlungsarbeit kennzeichnet: *Der rat vnd die Gemain sint also überain chomen vmb dev reht — — — daz sie deu stœit behalden wellent* u. s. w. Man beachte die feierliche, an Formeln verhältnissmässig reiche Sprache[1]).

Es ist nun noch Heft III zu mustern. Der Anfang desselben ist von einer besonderen, sonst in Cod. 7 nicht vorkommenden Hand **E** geschrieben. Er enthält eine Abschrift der Arbeit über die *'vlæschhákel'* wie sie in Heft II stehen, also sammt den Nachträgen und Korrekturen, genauer gesagt, eine neue Bearbeitung, die sich nicht an den Buchstaben der Vorlage hält. Sie ist wohl als die gültige Fassung betrachtet worden, denn in ihr hat C seine ferneren Nachträge eingeschrieben, und an sie seine Ergänzungen zu den Fleischhauerartikeln und Anderes angefügt, sie ist also wohl unmittelbar nach Vollendung des Heftes II entstanden, fällt somit noch in den Rahmen unserer alten Sammlung; der Schreiber von Cod. 8 kennt aber unser Heft III noch nicht. All dieses gilt auch von einem der eingehefteten Zettel, der eine Neubearbeitung eines zweiten Abschnittes von Heft II, desjenigen über die Caupones, enthält; er ist von der Hand **G**, die auch sonst Nachträge auf Zetteln schrieb, angefangen, von C vollendet[2]) und korrigiert. Für Cod. 8 ist wie diese Arbeit, so auch der Zettel zwischen den Bll. 17 und 18 (von C und G herrührend) nicht benützt.

So ist denn die Geschichte unserer Sammlung zunächst die: Schreiber **A** beginnt die geltenden Sätze allgemeinerer Art, dann die über Schiffer, Wirte, Metzger aufzuschreiben. Nach Beendigung des ersten Quaternio wird dieser von C überkorrigiert und wird in das schöne Buch (Cod. 8) in Buchschrift übergetragen, darnach noch einmal von A geprüft, Blatt 3 (jetzt 17) wird unten abgeschnitten und mit dem Inhalt des kassierten Stückes ein zweiter Quaternio begonnen und bis Blatt 4 (jetzt 10) gefüllt. Damit schliesst die Thätigkeit von A.

Etwa gleichzeitig beginnt **B** seine Arbeit, er bringt Sätze

---

1) Es scheint fast, als ob dieser Abschluss sich auf die Bestätigung Ludwigs vom gleichen Jahre 1315 Mon. Boic. 35, 2 S. 40 beziehe. Dann wäre etwa die Sammlung angelegt worden um als Ganzes bestätigt zu werden? Das würde zu der unten versuchten Datierung stimmen. Auf Zusammenhang mit jener Urkunde Ludwigs deutet vielleicht die merkwürdige Tatsache, dass der Schreiber, der 1315 sonst noch mehr altertümliche Formen gebraucht, hier ganz die modernere Art der Ludwigschen Kanzlei nachahmt, also fast durchweg *deu* für *diu*, *ellen gemainleich* u. s. w. schreibt.

2) C löst G mitten im Satz ab.

über die Bäcker, Korn- und Salzmesser (Müller, Fragner), Salzsender, Fischer, Kürschner, Tucher und zuletzt 'Consules' d. i. allgemeine Ratssatzungen, und solche über die Hutmacherzunft und über die Weber. Sein Eintrag wird sogleich in das schöne Buch übergeschrieben [1]).

Nun beginnt wieder die Tätigkeit von C, er füllt den Rest des Heftes, schreibt an leeren Stellen und auf einzelne Zettel Nachträge, lässt die Carnifices und Caupones neu bearbeiten, korrigiert die neuen Lagen und vervollständigt sie mit Unterstützung von E und G, später korrigiert er auch ein paar Stellen des cod. 8 nach, aber sein Handexemplar bleibt doch C. 7. Endlich nimmt er selbst frisches Pergament (Heft I) und schreibt was auf dem alten nicht unterzubringen war unter Beihülfe von D nieder.

Dieser Schreiber C ist eine wichtige Persönlichkeit. War es der Stadtschreiber? An der Hand der Originalurkunden liesse sich der Frage näher treten als mir möglich ist. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass auch die Urkunden [2]) zwischen Bl. 7 und 8 und zwischen Bl. 17 und 18, auf deren Rückseite C und G Nachträge geschrieben haben von der Hand des C herrühren. Er hat also Urkunden geschrieben, und über dieselben (nachdem sie verfallen) frei verfügt. Die erste der Uu. (ohne Datum) ist für zwei Weinhändler ausgestellt, die zweite (1310) handelt von einem Weinkauf. Beide sind rückseitig mit Sätzen über die Wirte beschrieben, der erste Artikel in dem von C angelegten Heft I handelt vom Wirtshausbesuch. Ist das Zufall? oder war C mit den Caupones näher verbunden?

Aus Homeyers Zusammenstellung (a. a. O.) ergibt sich, dass für die Sammlung von Stadtbüchern mit Vorliebe 4 Männer bestimmt wurden. In München ist diese Zahl nicht wahrscheinlich. Die eigentlichen Sammler sind A, B und C; D und G sind doch wohl nur Hülfsarbeiter von C, wie sicher E.

Der vorläufige Abschluss durch C und unter seiner Aufsicht

---

1) Aber schon mit vermindertem Eifer, denn von dem Abschnitt Textores ab hört die Buchschrift auf; die Abschrift erfolgte ganz kurz nach der Entstehung des Originales, da die gleichen Pfleger angeführt sind, die in einem folgenden Jahr in 7 und 8 von C durch neue ersetzt wurden.

2) Die ich oben als eingeheftete Zettel erwähnt habe. Die Urkunden sind noch nicht veröffentlicht; die erste schliesst mit den Worten: „*das waif wol der hæselær* (*hoeselær*?)". Auch die U. zwischen Bl. 18 und 19 v. J. 1308 (Hand G?), die einen noch unbekannten Albrecht Rindsmaul nennt, erwartet ihre erste Veröffentlichung im Dipl. Monac.

geschah nach Ludwigs Erhebung zum König[1]). Kurz darauf nimmt sich F der Sammlung an. In zierlichen, teils lateinisch abgefassten Einträgen ergänzt er alle Hefte, bald mit kurzen Korrekturen, bald mit zusammenhängenden Artikeln. Einige seiner Zusätze sind mit Tag und Jahr des betr. Ratsbeschlusses (1315—1317)[2]) versehen. Wieder einen vorläufigen Abschluss scheint der Artikel auf Bl. 6^{v} (Auer 26), anno domini MCCCXV prima die sabbati post diem Sti Vrbani zu bilden, worüber unten gehandelt werden wird. Nach F hat Cod. 7 keine Zusätze mehr erhalten[3]). Dagegen ist nun wieder Cod. 8 mit solchen versehen worden, freilich nur ein paar Jahre lang (1320 und 1322 gibt die Hs. selbst als Data an). Dann blieb das Buch Jahrzehnte hindurch unbeachtet, bis auch noch die letzten Blätter einen Eintrag erhielten.

Ueber das Alter des Cod. 7 sowohl als des Cod. 8 sind durch Auers Ausgabe des Münchner Stadtrechtes (Mch. 1840) falsche Vorstellungen verbreitet worden. Auer sagt S. LVII unter No. 40 von C. 7 „Sämmtliche Schriften sind alt, und mögen mit wenigen Ausnahmen aus der ersten Hälfte des 14. Jahrh. (einige vielleicht schon aus dem J. 1320) herrühren"; und S. LVII von C. 8: „Die Handschrift scheint aus der Mitte des 14. Jahrh. herzurühren". Entschieden richtiger hatte schon 1813 GvSutner in den historischen Abhh. der Mch. Akademie II, S. 475 ff. geurteilt, dass C. 7 abgesehen von den späteren Zusätzen aus dem letzten Jahrzehnt des 13., spätestens aus dem ersten des 14. Jahrhunderts stamme, dass einzelne Teile vielleicht weit in das dreizehnte (1239) zurückgiengen. An Sutner schliesst sich Schlichthörle an[4]) und Schmoller[5]). Ein Urteil aus eigenem Augenschein gibt nach Auer erst wieder v. d. Pfordten, der C. 7 in die Zeit zwischen 1296 und 1318 setzt[6]). Man kann meines Erachtens die

---

1) Wie der Wortlaut eines der Schlussartikel beweist (Auer No. 20, von Hand D).

2) Ein Artikel hat auch noch den Vermerk in domo consilii Bl. 15^{v} am Rand, s. unten No. I des Anhanges.

3) Die wenigen Einträge, die ich keiner der oben aufgezählten Hände bestimmt zuweisen kann sind älter als die von F, sie haben bequemere Plätze als die von F.

4) Die Gewerbsbefugnisse in der k. Haupt- und Residenzstadt München (Erl. 1844) S. XXXVI „Verordnungen-Sammlung aus der 2. Hälfte des 13. Jahrds.", S. LVIII nennt er Sutners Gründe „triftig".

5) Strassburger Tucher- und Weberzunft, S. 373 und 557 „Münchner Ratsverordnungen 1290—1300".

6) Studien zu Kaiser Ludwigs oberb. Stadt- und Landrecht, Mch. 1875, S. 48 f.

Entstehung von C. 7 innerhalb dieser zweiundzwanzig Jahre noch enger abgrenzen. Ueber sie hinaus rückwärts zu gehen erlaubt schon die sprachliche Form nicht. In unserer Handschrift ist kein Artikel enthalten, der die alten Längen *î*, *û* [1]) bewahrt hätte, während Münchner Urkunden noch vom Jahre 1307 sie vereinzelt zeigen, solche aus den 90er Jahren sie öfter überwiegen lassen; altes *û* ist allerdings schon in den Achzigern durch *áu* verdrängt [1]). Aber auch über 1318 herab dürfen wir nicht gehen. Der Schreiber F, dem wir die datierten Einträge von 1315, 1316 und 1317 danken, ist, wie wir sahen der letzte Bearbeiter gewesen; erst nachdem zwei, drei Andere die Seiten gefüllt kam er an die Reihe und musste für seine Zusätze manchmal mit den Rändern der Pergamentblätter sich begnügen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass er nach 1317, zwar noch Einträge gemacht, sie aber nicht datiert habe. Schon die Artikel von 1316 und 17 sind nur nachträgliche Ergänzungen aus gleichzeitigen Ratsbeschlüsssen; die eigentliche Redaktion hat unser Schreiber im Mai d. J. 1315 beendet, in diesem Jahr schliesst er eine Reihe von Sätzen mit einer Zusammenfassung und förmlichen Bestätigung ab; auf Bl. 6^{1}, s. Auer No. 26 und unter den Anhang. Auch der längere Artikel Bl. 5^{r} (Auer 22) fällt vor Ende (ja vor den 6. Mai) 1315, die dort erwähnten Gefangenen, Saller und Genossen, wurden durch Vertrag vom 6. Mai 1315 (Qu. u. Erört. VI, 233) freigegeben. Gerade in diesem Jahre scheinen rechtliche Fragen die Bürgerschaft besonders bewegt zu haben, wie die Urkunden Mon. Boic. 35 II 39 ff. zeigen. Andere Artikel von F nennen Ludwig König, wieder andere erweisen sich als gleichzeitig dadurch, dass sie Nachträge zu den Sammlungen der übrigen Schreiber bilden. Diese aber beziehen sich ihrerseits schon zum Teil auf den König, so D, der Bl. 4^{b} von *'vnsern herren dem chůnig* Lud.' spricht, und A, der in einem Artikel (42 bei Auer, s. unten den Anhang), Oberbaiern als *des kůneges lant* bezeichnet. Dass A vor F schrieb (s. ob.) ergibt sich mit aller Sicherheit schon daraus, dass F zu seinen Beiträgen den schmalen Seitenrand der von A beschriebenen Seiten benützen musste. A aber ist, wie wir oben sahen derjenige, der die Sammlung begonnen hat. Wir dürfen also nicht Jahrzehnte zwischen die einzelnen Teile der Sammlung legen. Das

1) S. meine Nachweise Germania 34, 245 ff.; dagegen ist der Diphthong *iu* noch 1810 fast unerschüttert; das einzige *zitlich*, Zettel nach Bl. 18, in der Bedeutung 'gehörig' kann kurzes i haben; in unbetonter Silbe wechseln i und ei noch Ende der Dreissiger und später, so auch in Cod. 7.

beweist auch noch zum Ueberfluss der Umstand, dass die von verschiedenen Händen (B, C, F) eingetragenen Pflegerlisten z. T. die gleichen Personen enthalten, und dass einige von den Pflegern in Urkunden von 1314, 1316, 1318[1]) wiederkehren, so Heinrich Zehender (B), Ulrich Saurlocher (D), Eberhard Sleishaimer (C und F) 1318; Chunrad Orlos (C) 1316, Ch. Hûnvlæsch und H. Hager (C) 1314 (MB. XIX); während ältere Urkunden des Rates, z. B. von 1297, 1300, 1301 keinen der vielen Männer unseres C. 7 kennen, wohl aber die ältere Generation vorauszusetzen scheinen: dieselben Familiennamen sind um 1300 alle mit anderen Vornamen verbunden als in Cod. 7[2]).

Wenn an verschiedenen Stellen unserer Sammlung von „unseren Herren den Herzogen" die Rede ist, so Bl. 2 (Hand D), Bl. 7 (Hand A) Bl. 15 (Hd. A und C) u. ö., an anderen Stellen aber, in ganz den gleichen Phrasen, von 'unserem Herren dem Herzog' (Hd. A, C), so liegt es nahe, daraus eine Zeitbestimmung abzuleiten, also etwa in folgender Weise. Da A, der älteste Schreiber, und D in die Königszeit hineinreichen, und es an und für sich wahrscheinlicher ist, dass zwischen den Einträgen eines Jeden kleinere Zeiträume liegen, so dürften die Einträge mit dem Singular auf die Jahre 1310—13, da Rudolf in Oberbaiern regierte, die mit dem Plural auf 1313—14 gehen, da Rudolf und Ludwig wieder gemeinschaftlich regierten, daran schlössen sich die Einträge, in denen König Ludwig allein oder mit Herzog Rudolf zusammen genannt wird, die also 1314—17 fielen. Doch diese Konstruktion erweist sich als trügerisch. Zwar sind die Einträge mit dem Singular teilweise bestimmt älter als die mit dem Plural, wie ein Blick in den unten gegebenen Abdruck von Bl. 15 lehrt, aber eben nur teilweise, an anderen Stellen ist der Plural älter, so gleich wieder auf Bl. 15 weiter unten, wollten wir darnach die Zeit der Eintragung bestimmen, so müssten die von einer Hand, auf der gleichen Seite über die gleichen Dinge geschriebenen Sätze teils vor 1302, teils zwischen 1302—10, teils zwischen 1310—13 und spätere (auf Bl. 7) von derselben Hand 1313 oder 14, endlich wieder ein früher mitten im fortlaufenden Text stehender, der den König nennt, 1314 oder später geschrieben sein. Daran wird Niemand der die Hs. einsieht glauben.

1) Bergmann, Gesch. M's. S. 55, MB. 35, II S. 51. Sicheres Vergleichungsmaterial bieten wohl auch die leider noch immer nicht veröffentlichten Kammerrechnungen aus dieser Zeit.

2) Wüssten wir wie oft die Pfleger wechselten, dann wäre eine viel sicherere Chronologie herzustellen.

Zweitens wäre es auffällig, wenn die Erwähnung eines oder mehrerer Herzoge sich auf bestimmte, eben regierende Personen bezögen ohne sie mit Namen zu nennen, während doch der König an verschiedenen Stellen allein oder mit Herzog Rudolf zusammen genannt ist. Ist das Zufall oder beziehen sich die betr. Stellen in Cod. 7 gar nicht auf gleichzeitige Herzoge? In Sätzen, die von König Ludwig stammten, konnte er wohl kaum als Herzog bezeichnet werden; er hat sich selbst, soweit ich es verfolgen kann, in Schriftstücken, die für München bestimmt waren, nie mehr Herzog, sondern nur noch König genannt. So müssen die Sätze älter sein als die Sammlung in der sie stehen. Nun konnte ein Redaktor wohl den Rednereid so umformen, wie er zu seiner Zeit und auf unbestimmte Jahre hinaus wirklich lauten musste, also König für Herzog einsetzen, sonst aber lag für ihn hier keine Nötigung, dort keine Berechtigung vor, den 'König' an Stelle des überlieferten 'Herzogs' zu setzen. Ersteres nicht, wo 'der Herzog' oder 'die Herzoge' abstrakt, in der Bedeutung 'der jeweilige Regent' stund, wo F einmal den Ausdruck 'die herschaft'[1]) gebraucht, letzteres nicht, wo ein früherer Herzog als Urheber des Satzes genannt war. Dass nun in der That in unserem Stadtbuch 'der Herzog' wie 'die Herzoge' abstrakt gebraucht wurde, lässt sich zum Glück beweisen. Beide Wendungen sind nämlich in ganz gleicher Weise gebraucht in Artikeln, die aus dem Rudolfinum von 1294 geflossen sind. Rudolf spricht dort von sich immer im Plural mit wir, uns, unser. Bei der Umgiessung der Handfesteartikel in die Form von Stadtrechtssätzen nun wurde zumeist 'unser Herr der Herzog' (ohne Namen) gesetzt, das gieng zunächst wohl auf Rudolf persönlich, aber doch nicht in dem Sinne, als ob mit seinem Tod die Sätze ihre Kraft verlören. An einer Stelle hingegen (Bl. 2, Hand D) steht

Cod. U. 7.	Rudolf. (MB 35 II, 2)
So iſt er vnsern herren den hertzogen ſchuldig dreizzich pfunt pfenning als oft er den vrid frevntlichen verseit hat oder verseit.	so ist er uns schuldik dreizzich phunt phenning als diche er den frid vræuelichen versait hat oder verseit.

Der gewissenhafte Schreiber D hat offenbar nicht das Rudolfinum korrigieren, als Bussempfänger Rudolf und seinen Bruder angeben wollen, sondern das 'uns' in der Bedeutung 'mir und den

1) So hilft sich auch der Schreiber des Cod. 550 des Stadtrechtsbuches bei der oben abgedruckten Stelle aus dem Rudolfinum, s. Auer StR. 247, während der Schreiber des Cod. U. I (8) zu König Ludwigs Lebzeiten 'dem Herzog' schrieb.

künftigen Herzogen' verstanden und darnach in seiner Weise umschrieben. Anders ist der Plural gebraucht in dem Artikel auf Blatt 16[1]: *Wir haben einen alten Satz* . . ., der unten abgedruckt ist, in welchem aber auch der Singular vorkommt.

Das Vorkommen des Herzogstitels in Cod. 7 kann sonach für die Bestimmung des Alters unserer Sammlung nicht verwendet werden. Dagegen haben wir noch einen Anhaltspunkt hiefür in dem Umstand, dass der Schreiber C, die Seele des Ganzen, nicht bloss einzelne späte Nachträge, sondern ganze Abschnitte auf die Rückseite von Urkunden schrieb und schreiben liess[1]), welche im J. 1310 ausgestellt, also frühestens in diesem Jahre kassiert und für andere Benutzung verwendbar wurden. Ein Teil seiner Tätigkeit fällt also unzweifelhaft nach 1310. Ist nun aber unsere Sammlung nicht ein ganz allmählich angewachsenes Protokollbuch oder Kopierbuch gewesen, was es seiner ganzen Anlage nach von Anfang an gar nicht gewesen sein kann, sondern ein etwa durch den Rat veranlasster Versuch, die geltenden Sätze für den Gebrauch zusammenzustellen, dann wird es nach Allem was wir bisher beobachten konnten, wahrscheinlich, dass wir die Niederschrift des Grundstockes des Cod. 7 in die Jahre 1314 und 1315 verlegen dürfen. Wir kommen somit auf die Datierung v. Rockingers, der, freilich ohne alle Begründung[2]) unsere Sätze 'amtliche Aufzeichnungen um d. Jahr 1315' nennt. Wenn er nun aber dieselben als „Reste von Stadtratsbeschlüssen" bezeichnet, so darf das nicht so ausgelegt werden, als ob Cod. 7 nicht mehr vollständig wäre. Sein Verhältniss zu Cod. 8 beweist uns vielmehr, dass um 1315 eine umfassendere Sammlung nicht vorhanden war und die leeren Seiten unserer Hs. zeigen, dass man vorläufig nichts sonst zusammentragen konnte oder wollte.

Cod. 8 nun soll nach Auer spät im 14. Jhd. aus Cod. 7 abgeschrieben sein, Sutner setzt ihn richtiger zwischen 1300 und 1320, v. d. Pfordten in das erste Drittel des 14. Jhds. Die Haupthand ist aber älter als 1320, ja als Ende 1315, denn sie hat die Einträge von D und F, ja einen grossen Teil der von C noch nicht vor sich gehabt. Andererseits finden sich Einträge von C, wie wir sahen, auch in unserem Cod. 8, C ist aber 1315 von F abgelöst worden. Genaueres über die Entstehung von C. 8 aus C. 7 ist oben festgestellt worden.

1) S. oben S. 190.

2) Wiener Sitzungsberichte, Phil.-hist. Cl. Bd. CXX Heft 7, 1890, S. 64 und Anm. 2.

Ist nun die Sammlung C. 7 der erste Versuch eines Rechtsbuches? Man findet auf diese Frage in der bisherigen Literatur übereinstimmend die Antwort nein. Aus dem Vermerk auf Bl. 21ᵛ *„continetur in antiquo libro primo ///// R^ca“* hat schon Sutner geschlossen, dass ein älteres Stadtbuch vorausgesetzt werden müsse. Ich glaube mit Unrecht. Aehnliche Vermerke sind in Cod. 7 (und 8!) häufig: *libro primo*, *lib. 1, 2, 3*, *r(ubri)ca*[1]), *r(ubrica)tum*, endlich Bl. 22ᵛ: *R^tum l 1 Fol. 14.* Ist es denkbar, dass ein späterer[2]) Benützer unseres Cod. 7 neben diesem ein älteres in mehrere „libri“ geteiltes, foliiertes Rechtsbuch vor sich gehabt habe, oder gar mehrere? Wie wären die Bearbeiter von C. 7 dazu gekommen ihr Vorbild so zu zerzausen, bald Artikel aus lib. 1, dann aus 2, dann wieder aus 1 regellos, unordentlich, unübersichtlich zusammenzustellen? Der liber antiquus, primus ist wohl eine jüngere Hs., etwa des Stadtrechtes oder der Zusatzartikel[3]). Einem späteren Sammler lag wohl daran, bei der Durchmusterung alter Satzungen für sich oder Nachfolger in dem Cod. 7 anzumerken, welche Bestandteile desselben in seine oder eines Anderen Sammlungen übergegangen seien, und dadurch mittelbar, welche dem Cod. 7 allein eigen seien. In Cod. 8 steht einmal bei einem Artikel (Bl. 1)[4]) *l. 2 et ponatur circa finem* +, d. h. wohl: in dem neu anzulegenden oder zu ergänzenden Buch ist der Artikel an die und die Stelle einzurücken. Für diese Auffassung spricht auch, denke ich, die Verwendung der Vermerke *r(ubri)ca*, *r(ubrica)tum* und die Verweisung auf eine foliierte Hs., endlich auch der Gebrauch von roter Tinte zu einem der Vermerke. Eine sehr schwache Stütze ist dagegen der Umstand, dass ein guter Teil der mit Vermerken versehenen Sätze ihrer Form nach — sie beginnen mit Formeln wie: *Die gesworn haben gesetzet*, *Wir verpieten* u. dgl. — neugesetztes Recht sind. Sie brauchen zur Zeit, da Cod. 7 geschrieben wurde, nicht mehr neu gewesen zu sein. Bei der Uebertragung alter Sätze in Sammlungen — z. B. in jüngere Stadtrechthandschriften — wurde die ursprüngliche Form oft

---

1) Da *c* und *t* kaum zu unterscheiden sind, so könnten die Abkürzungen wie mich L. v. Rockinger freundlich belehrt auch *registratum*, *-a* bedeuten!

2) Die Zahlen bei all den Vermerken sind arabisch, der Text enthält nur römische.

3) Am ehesten würde, soviel ich ohne Einsicht der Hss. urteilen kann Cod. U. 5 zu dem Bild stimmen, das man sich vom lib. 1 zu machen hat.

4) = Auer 89; öfters findet sich auch *'non notabile'* am Rand, heisst das: nicht wert abgeschrieben zu werden?

ganz genau beibehalten. Das ist schon oben in Hinblick auf die Herzogstitel in Cod. 7 hervorgehoben worden.

Wenngleich nämlich ein älteres Rechtsbuch in München nicht nachweisbar ja, nicht einmal wahrscheinlich ist, so kann nach den Ausführungen auf S. 194 nicht bestritten werden, dass Cod. 7 und 8 viele aus älterer Zeit schriftlich überlieferte Sätze enthält. Dass das Rudolfinum Quelle war ist oben schon erwähnt. Doch ist es nicht zusammenhängend und ganz abgeschrieben worden. Von noch älteren Rechtsaufzeichnungen spricht das Rudolfinum selbst indem es von 'verschriebenen Sätzen' handelt und ausdrücklich bemerkt: München *„hat geschribeniu reht"*. Zwei Artikel sind aus der dem Münchener Rat gehörigen alten Schwabenspiegelhs. Cod. U 14 abgeschrieben[1]). Einer ist als *„briuilegium"* bezeichnet, ein anderer (Bl. 2) beruft sich auf einen Landfriedensbrief. Andere stimmen mit erhaltenen Urkunden, mit sonstigen Stadtrechten so nahe überein, dass schriftliche Mittelglieder höchst wahrscheinlich werden. Es sind wohl alle herzogliche Privilegien und Handfesten alsbald in die Form von Stadtrechtsartikeln gebracht worden, wenigstens ist dies im J. 1315 nachweisbar, wo königliche Entschliessungen sofort, ja einmal vor ihrer Veröffentlichung im Stadtbuch sich spiegelten. Man vergleiche Mon. Boic. 35, II S. 40 mit dem Artikel Auer 26, oder Mon. B. ebd. S. 39 vom 4 Mai 1315 mit Bl. 14[1] vom 28 April 1315 (s. unten im Anhang I) und mit Auer No. 42 über das Pfänden.

Auf die Benützung schriftlicher Vorlagen für einzelne Sätze weist v i e l l e i c h t noch, dass vier Artikel in zwei verschiedenen Heften je einmal mit gleichem Wortlaut vorkommen. Da Schreiber F, der in Heft I zwei jener Artikel schrieb, Heft IV, wo sie noch einmal stehen, sicher in Händen hatte (versah er es doch mit Nachträgen) so kann er natürlich auch aus Heft IV abgeschrieben haben. Und dafür spricht auch der Schluss dieses Aufsatzes mitgeteilte Wortlaut der betr. Artikel anscheinend sehr bestimmt. Aber es ist mir ganz und gar unerfindlich, warum F wohl die Sätze wiederholt haben könnte und für D, der weitere zwei Sätze aus Heft IV in Heft I eingetragen, gilt dasselbe. F wusste sicher, D doch höchst wahrscheinlich, dass Heft IV, wenn gleich vorerst nicht mit I zusammengebunden, doch zu I gehöre. D konnte allenfalls bei dem e i n e n der Artikel hervorheben wollen, dass er

1) L. v. Rockinger, Wiener Sitzungsberichte a. a. O. Brieflich teilt mir R. mit, dass es der Doppelartikel Auer No. 75 ist, der aus zwei Stellen des § 39 (Wackn.) des Schwsp. floss.

nicht nur für die Weber, sondern auch für die Schneider gelte, bei dem anderen, dass er für die Schneider noch einen Zusatz habe, F dagegen konnte auch diese Absicht nicht haben. Er betrachtet seine Artikel als allgemein gültig, während sie in Heft IV anscheinend auf die Hutmacher allein bezogen sind. Die Allgemeingültigkeit hätte F nach seiner Art durch einen Zusatz in H. IV hervorgehoben, etwa wie an einer Stelle wo es heisst (Bl. 18[1]): *'der Satz ist vber alle die Sætze da man pfleger vber genomen hat'*. Ich kann mir nur denken, dass F (und D?) aus Versehen, aus Vergesslichkeit, nach der gleichen Vorlage nach der es in H. IV geschehen war, die Sätze in Heft I noch einmal eingetragen[1]).

Diese Vorlage bestand wie die übrigen, die für Cod. 7 benützt wurden wohl aus losen Blättern, Zetteln und Urkunden. Sie mögen wohl etwas schwer zu handhaben und dem Verlust ausgesetzt gewesen sein. Daher schrieb man sie in einzelne Hefte (nicht in ein Buch[2])) zusammen. Ebenso scheint man sich um dieselbe Zeit in Rostock[3]) geholfen zu haben, während die Stralsunder nur das vorliegende Material zusammenhefteten. Wann die Münchener Hefte mit den Lederriemen zusammengeknüpft wurden ist nicht zu ermitteln, jedenfalls noch zur Zeit der amtlichen Benützung der Sätze, denn nur so erklärt sich der Schmutz auf dem jetzigen Bl. 1.

Neben den schriftlich überlieferten Sätzen wurden wohl auch ungeschriebene, über deren Geltung kein Zweifel bestand in die Sammlung einverleibt, über andere mag eine Entscheidung von den Pflegern, vor Rat und Richter erholt worden sein, endlich kamen noch neue Beschlüsse, Verordnungen und die Listen neu gewählter Pfleger zur Aufnahme; damit war das Stadtbuch — für einige Zeit — wirklich auch zum Protokollbuch geworden.

Cod. 7 war trotz der unordentlichen Form nicht bloss ein Entwurf für C. 8, sondern wurde neben diesem, ja wie die Abnützung zeigt, vorwiegend und lange Zeit, auch nach der Verleihung des Stadtrechtes, als Handexemplar benützt. Davon sind mancherlei Spuren vorhanden. Die Verweisungen auf andere Sammlungen, die sich eingeschrieben finden, sind oben auf spätere Juristen zurückgeführt. Aus der praktischen Verwendung dürften die Striche durch viele Artikel hervorgegangen sein. Auer meldet von ihnen nichts, lässt aber die gestrichenen Stellen z. T. weg.

---

1) Die an und für sich untergeordnete Frage, wie sich die Wiederholung erklären lasse, erhält durch die neckische Ueberlieferung ihren besonderen Reiz.

2) Als Buch, wohl mehr für das Archiv als für den täglichen Gebrauch, war dagegen von Anfang an Cod. 8 angelegt.

3) S. Homeyer a. a. O. S. 86.

Ich muss es Rechtsforschern überlassen zu ermitteln, weshalb die Striche gezogen wurden. Sie trafen z. B. die Artikel aus dem Rudolfinum, die von todeswürdigen Verbrechen handeln, ferner die Sätze Auer No. 17, 22, veraltete Pflegerlisten, und einzelne Zunftartikel oder Teile von solchen. Sind alle Striche gleich alt, dann reichen sie bis in die Entstehungszeit von Cod. 7 und bedeuten, dass das Durchstrichene nicht mehr zu gelten habe. Weshalb sind dann aber manche der gestrichenen Abschnitte in spätere Sammlungen übergegangen [1])?

Für den amtlichen Gebrauch sind dann noch andere Einträge gemacht worden; vor zahlreichen Artikeln lesen wir *le* oder *si* oder *non le*, ausgeschrieben *lege*, *sile*, *non lege*, einmal auch (Bl. 14) *hic incipe*. Es waren also die Artikel unseres Stadtbuches zum Vorlesen bestimmt — aber nur zum Teil. Von wem und unter welchen Gesichtspunkten die Auswahl getroffen wurde ist nicht zu erraten. Die Vorlesung erfolgte, wie uns Cod. 7 selbst angibt Bl. 15^{r}, Auer StR. 308, wenn „*der Rihter ze chrieg wirt mit einem vmbe der burger satz*“, und wenn der Richter die Handwerke und ihre Pfleger 'anspricht' (Bl. 19), was der Regel nach alle 4 Wochen zu geschehen hatte (ebd. und an vielen Stellen), und zwar wohl immer '*vor dem rat, uf dem hause ze der rihtærs begagen*'. Wer das Vorlesen besorgte, sagt Cod. 7 nicht (*man sol lesen, der rihtær sol heizzen lesen*), wohl aber das Stadtrecht (Auer 270), nämlich: *des rihtærs schreiber*. Ein einziger Satz trägt, soviel ich sehe, in seiner Form schon von Anfang an der Verlesung Rechnung. Bl. 25^{v} Auer No. 84 heisst der Schluss: *vnd darumb tûn wir iu den satz chunt*.

Sprachliche Untersuchungen haben mich s. Zeit zu Cod. 7 geführt. Und in der Tat ist die Sprache unseres Denkmales der Beachtung wert; sie stellt den Uebergang vom mittleren zum neueren bairischen Schriftdialekt dar, bietet auch für das Wörterbuch wertvolle Nachträge und Belege. Aber im Stil steht das alte Stadtbuch sehr tief. Die schöne, kräftige Ausdrucksweise z. B. des Schwabenspiegels fehlt, dafür finden wir kalte nüchterne Geschäftsprosa. Schon Formeln wie '*Maister, chnappe oder chnecht*' Bl. 24^{v}, werden gemieden, Wendungen wie Bl. 19 '*wan wir ze aller zeit sulen rehte tûn . . . .*' oder 25 (Auer No. 86) '*swer aber geheisset*

1) So Auer StR. 247, 249, 330, 340. Einige durchstrichene Artikel waren von Anfang an nur für kurze Zeit berechnet, so der über die Gefangenen vom J. 1315, im Art. 84 (Auer), beseitigt der Strich einen Widerspruch, in dem zwischen No. 67 und 68 (Auer) gestrichenen ist der Wortlaut höchst unverständlich, die Bauordnung hat ihn nicht aufgenommen. Die gestrichenen Artikel decken sich mit den als nicht zu lesende bezeichneten nicht!

einem also Ich isse da heim in meinem haus niht niur iuch gewere iuch e . . .' sind ganz vereinzelt. Die etwas gehobenere edlere Sprache im Eid der Gemeine „*gen dem Redner*" (Auer 19)[1]) und im Judeneid (Auer StR. 393) ist auf Rechnung einer früheren Periode der Münchner Rechtssprache zu setzen.

Trotz der geringen Originalität hätte aber unser Stadtbuch die Veröffentlichung schon längst verdient. Auers Auszug genügt durchaus nicht. Ich bin als Philologe nicht im Stande die Bedeutung der Handwerkssätze ins rechte Licht zu stellen, kann aber nicht umhin, auf Folgendes hinzuweisen. Die alten Sätze erkennen nur den Schneidern und Hutmachern eine Zunft zu[2]). Die Weber werden nur als 'Handwerk' zusammengefasst, so sehr auch in ihren Sätzen die Geschlossenheit des Gewerbes hervortritt und obwohl eine Busse dem auferlegt ist, '*swer tût das dem hantwerche niht erbær ist*'. Schmoller[3]) gibt an, die Münchner Pfleger seien städtische Beamte, nicht Mitglieder der Zünfte gewesen. In der Tat scheint dies der Fall, wenn wir sehen, dass dieselbe Person Pfleger — nicht „des Handwerkes" sondern „über seine Sätze"[4]) — bei verschiedenen Gewerken ist nämlich Ulrich Græul bei den Kornmessern, Salzmessern und Hutmachern und wenn als Pfleger bei den Bäckern ein Eseltreiber, Schiffer, bei den Salzsendern ein Lederer angeführt wird. Auf der andern Seite werden aber bei den Fleischhauern '*des langen vlæschhækels aidem*' bei den Fragnern Berhtold der Fragner genannt, kommen Knechte, ja auch Frauen (*diu drescherinne, Margaret Peizzer*) als Pfleger vor, die man doch wohl nicht als Beamte ansehen kann, endlich ist in den unten S. 204 abgedruckten Sätzen die Ausübung des Handwerkes von der Annahme der übertragenen Pflegschaft abhängig gemacht. Was hat das eigne Handwerk mit der Pflegschaft über ein fremdes zu thun? Vielleicht, dass sich Rat und Handwerke in die Pflegschaft teilten?

Nach Schmoller sind weiter die Gewerbesätze alle von den Behörden erlassen, nicht von der Zunft. In München dürften gleichfalls unter den 'wir' in '*wir wellen*', '*wir verpieten*' 'Rat und

---

1) Natürlich ist hier 'König' für 'Herzog' erst vom Redaktor eingesetzt, s. oben S. 194.

2) Anders Schlichthörle XXXVI f.

3) Strassb. Tucherzunft S. 374 nach Sutner.

4) Ja einmal werden Pfleger über einen einzelnen Satz aufgestellt, allerdings nur zwei, während sonst vier ernannt werden und gesetzlich bestimmt sind, s. Bl. 23v. Was den Pflegern obliegt ist Bl. 24 und darnach oder wieder nach derselben Vorlage auf Bl. 4 ausgeführt: *si meldent, rüegent, pflegent.*

Gemeinde, oder die Bürger' zu verstehen sein, wie es oft genug auch an andern Stellen heisst, aber die Hutmachersätze lehren uns Genaueres: Bl. 23[b] *der hůter hantwerch ist gemeinlichen ze rat worden mit der gesworn und mit der gemein urlaub der burger hie ze Můnchen dez ersten daz* . . . . Allerdings ist ein Schluss von den Hutmachern auf die anderen Gewerbe nicht völlig verlässig; denn einmal sind die Hutmacher eine Zunft und dann nehmen sie — was damit zusammen hängen mag — dem Richter gegenüber eine besondere, wie mir scheint begünstigte Stellung ein. — Doch hier heisst es für den Philologen Halt machen, um nicht von Dir, dem diese Zeilen gewidmet sind, an die zünftige Regel ne sutor ultra crepidam erinnert zu werden, die ich schon zu lange ausser Acht gelassen.

Anhang.

I.

Muthmasslicher Anfang der Sammlung[1]).
(Cod. 7 Bl. 15.)

(D)ie gesworen habent gesetzet dez ersten vber ſich ſelb A
ob ir deheiner durch neit von ir ſatze auf den andern iht
seit wirt er ſein vber ret. daz er sein ſchuldich iſt. er geit
an die ſtat V ℔. Sie wellent auch ſwaz. Si gesetzent. ob der
rihter dar vber iht erlaubet, daz ſi vnschuldich ſein. vnd daz
der rihter dem hertzogen bezzer vnd půzze.
vnd ſwelhen ſatz der Rihter v̊ber varoder preche, daz er daz den hertzogen C
pezzer vnd pů̊ſſe.

(38) Vnd erlaubet auch ieman vnder den geſworen iht an A
gemainen rat vnd deheinen verboten man vristet der geit dem
rihter I ℔ c. I ℔.

(39) Ez habent l. 1. die pvrger vnd die gesworne gewalt A+C
v̊ber alle ir Sætze ſwenne gůt tunchet vf iren ait daz ſi di ſætze
vercherent. oder abenement oder niwe ſætze machent. vnd
Swenne ſi daz tůnent, daz ſůln ſi dem Rihter chvnt tun vnd
ſol der Rihter da nach rihten.

(40) Es mag auch ein igleich redner ſwenne er ſein zeit gæintzleichen F
ausgeredet hat daz redampt wol auf geben einem andern von dem Rat. ſwo
der merer tayl dez Ratz, durch Rat zesammen choment.

---

1) Die Zahlen in ( ) weisen auf Auers Auszüge in der Ausgabe des StR., die Buchstaben am Rand auf die Schreiber.

Swer den gesworne an iren ait ſprichet wan ſi habent vor A
dem hertzogen geſworen. vnd ir ſætz velschet, der geit an
die ſtat IIII ß ℔ LX dn̄ wirt er sein vber wært.

lege L 3
Swenne der Rihter ze chrieg wirt. mit einem vmbe der A
bvrger ſatz. so ſol man den ſelben ſatz vor dem rat. vf
dem hauſe ze dez Rihtærs begagen lesen vnd ſwaz der Rat
dar vber ſpricht daz reht ſei das ſol man gelauben vnd ſtæt
behalten wan ſi habent dar vmb geſworn vnſern herren den
hertzogen vnd der Stat.

Nach ſwem di geſworen ſendet iſt er da heim er ſol A+C
zehant mit dem boten chômen oder er geit der ſtat LX dn̄ XII ß
chümt er mit dem andern boten niht, er geit XXIIIor ß. chümt er mit dem
tritten poten niht er geit LX ß.

(41) Ez habent die burger geſetzet ob der rihter oder ein A
burger ieman gewalt oder vnreht tů, oder has oder veintſchaft
trag oder erzaige der ſol daz den burgern an den rat chunt
tůn vnd niht vnserm herren dem hertzogen ez wær danne daz
im di burger daz niht [15v] verrihten wolten vnd im daz reht
verzigen oder ſwer den ſatz prichet, der geit der ſtat v ß.

Sie habent auch geſetzet das nieman has oder veint- A
ſchaft einer gen dem andern niht haben noch tragen
ſol vnd ſwer ſich versiht von dem andern veintſchefte
der ſol das dem Rat chvnt tůn daz man div veint-
ſchaft hintů vnd zerleg.

lege Swer her ein pfentet chvmt der gaſt her nach A
dem ſol man daz reht tůn dezſelben tages. wær daz
man im daz reht verzvge ſo ſint ſeiniu pfant ledich
vud ob der wirt niht anhaim iſt. ſo ſol div hauſfraů
div pfant ausgeben. Ez ſol auch der Rihter dem bur-
ger der gepfentet hat cheinen tack geben,

Swer her ein pfenten wil der ſol daz tůn mit ſot-
taner beſcheidenheit das er dem den er pfenten wil
daz vor chvnt tů vierzehen tag vnd ob er mit im niht
verrihtet wirt ein denſelben vierzehen tagen ſo ſol in
der pfenter pfenten. vnd im div pfant auſgeben auf
gůt gewiſheit. vnd auf gut pargſchaft vierzehen tag.
vnd ob er niht verrihtet wirt ein den vierzehen tagen
ſo ſol er mit den pfanten tůn als den reht iſt.

der nideren Herren
F (42) Swer pfentet in dez chůniges lant oder in hertzog Otten [1])

Famuli pheinterii s(un)t Frid. Hæidrerius Hainr. Roſtchopf Otto de Perchach omnes jurati anno dñi M°CCC°XVI° proxima ſexta feria post diem Sti Mathye in domo consilii.

1) Otto starb 1312 und hinterliess nur unmündige Erben; sein Land konnte

lant ſwelhen Schaden vnſer bvrger des nement den ſol er in abtůn er vnd ſein hælfer.

(43) Swenne der Rat vnd die geſworen an dem rat ſint vnd wirt ir einem fvrgeboten er verliuſet chein vnreht . vnd verlivſet dez tages ſeines rehtes niht an ob im ein gaſt fvrpivtet . dem ſol man dæz ſelbentages reht tvn.

Swer einen fronpoten oder einen frondiener vbelhandelt mit worten oder C mit wercken darumb daz er ſein ampt tůt alſ im enpfolhen iſt, der geit der Stat vier ſtunde vnde alſ vil půzze alſ vmbeinen andern man.

II.

Der mutmassliche Schluss der eigentlichen Sammlung durch F.

(A 26) Φ

Der Rat vnd div Gemain ſint alſo vber ain chomen vmb dev reht, div der Stat verschrieben ſint von chvnik Lud. von Hertzog Ruđ. vnd von iren vordern. vnd auch vmb ellev dev reht, dev von vnſern vordern, vnd auch von alten rehten her chomen ſint, daz ſi dev ſtæit behalden wellent, vnd ob in dev ſelben reht, ieman vber fůr, daz ſi daz wenden. vnd auch vnderſten ſůln. vnd wellent nach rat, ſo ſi peſt chvnnen vnd mvgen, mit leib vnd mit gůt, vnd dez gemainleich bei ein ander beleiben wellent, mit gantzen triwen. darvmb, daz dev ſtat vnd die burger gemainleich be iren rehten . eren . vnd gůten, deſte paz beleiben vnd beſten můgen . vnd daz auch ſi irr herſcheft [deſte paz] chvnik Lud. hertzog Ruđ. vnd iren chinden deſte paz gedienen mvgen vnd ſol auch nieman iht da von zereden haben bei dem ſelben ayd, den ſi geſworen habent, daz iſt geſchehen Anno dñi M°ccc°xv° prima die ſabbati poſt diem Sti vrbani et illud votum ſev juramentum ſtabit et ſtare debet firmum et ratum vſque ad festum Sti Johis Baptiſte eiusd' anni proxime venturum, et ab hinc ad circulum vnius anni.

III.

Die doppelt geschriebenen Artikel des Cod. 7.

a)

Bl. 4 Hand D (Schneider- und Tuchscherersätze).

Ez můgen auch die phleger der fætz pfenten an fronpoten alle

Bl. 24 Hand C (Webersätze).

ez mvgen auch die pfeger ſelbe an fronpoten pfenten // vnd ſwer

---

unter Ludwigs vormundschaftlicher Regierung wohl noch Ottos Land heissen, der Korrektor hat aber daran Anstoss genommen.

die pûswirdich werdent vnd swer in pfant versait oder verstet oder wert der geit dem Rihter ein vnnreht vnd ſûllen ſi ſelb div pûzz der Stat vnd zû der zunft als vorgeſchriben ſtet ein nemen vnd antwurten.

Vnd ſwer daz prichet daz die pfleger verpietent der geit dem Rihter ein vnnreht vnd ſwer ze pfleger genomen wird er hab ez versworen oder niht der ſol pflegen oder ſol ſein hantwerch niht wûrchen vntz daz er pflege.

in pfant verſait oder versteet oder wert der geit dem Rihter ein vnreht.

Der Sætze ſûlen pflegen Ber Rudolfes aidem an dem anger Ott Snevogel. ch' hv̊nvlæsch vnd H der Hager // vnd ſwer daz prichet, daz die pfleger verpietent, der geit judici cin vnreht vnd ſwer ze pfleger genomen wirt; er hab es verſworen oder niht der ſol pflegen oder er ſol ſein hantwerch niht wûrchen vntz daz er pflegt.

b).

Bl. 6ᵛ Hand F (Allgemeine Sätze)

Swer an ſeiñ.

Ob ein ledik diern oder chnecht div maiſterscheft dienet, oder niht, einer hauffrawen in ir haus, v̊bel mitredet vnd ſi erzûrnet mit vnbeſcheiden worten, ſwaz div hauſfrawe, oder ir wirt, der diern oder dem chnecht dar vmb tûtit daz ſv̊ln ſi niht wandeln noch pûzzen.

Vnd ſwer ſeinen ehalten erzûrnt oder ſleht, oder ſtôzzet, oder rauffet, vmb ſein vngetat . der ſol daz nieman pûzzen.

Bl. 24 Hand B, Korrekturen von C (Hutmachersätze).

le Ob ein ledich diern oder chnecht div Maiſter ſchefte dienet oder niht einer Hausfrawen in ir haus vbel mit redet, vnd ſi erzv̊rnet mit vnbeſcheiden worten, ſwaz div Hauffrawe oder ir wirt der dieren dar vmb tûnt daz ſûlen ſi niht wandeln noch bûzzen.

Swer an ſeinen ehalten erzv̊rnet oder ſleht oder ſtôzzet oder raufft vmb ſein vngetat, der ſol daz niemen bûzzen.

Man beachte in dem angefangenen Satz oben bei F das *an*, welches C auf Bl. 24 einkorrigiert hat; bemerke ferner, dass *div* im unkorrigierten Artikel auf Bl. 24 passt (es ist das Relativum auf *diern* bezüglich) nicht aber im Text von F, wo *oder chnecht* vorausgeht.

IV.

Bl. 16ᵛ [1]) *Auer StR. 319.*

lege Wir haben einen alten [man] ſatz gehabt und ein reht von A+C

1) Die Worte in [ ] sind in der Hs. ausgestrichen oder untertüpfelt.

vnſer herren genaden der hertzogen ſeit das diſiu ſtat gestiftet wart, daz man cheinen man hie vahen ſol . der haus vnd hof hat . wan durch ein totſlach . oder durch dief . die hintz dem tode geziech . vnd ſwaz anders hie geſchicht daz ſol man dem rihter bůzzen vnd [ſwaz] niht dem hertzogen vnd dieweil daz leben in dem wunten iſt ſol man nieman vahen der hie haus vnd hof hat.

Bemerkungen

zu

Kaiser Karl's des Grossen

Capitulare de Villis

von

Carl Gareis.

I.

§ 1. In einer Zeit, welche sich selbst mit so schweren socialpolitischen Aufgaben zu beschäftigen hat, wie die unserige, wird jeder Versuch, den eine vorausgegangene Periode zur Lösung einer socialen Aufgabe gemacht hat, volle Aufmerksamkeit verdienen. Die Zeit Karls des Grossen hatte ausserordentlich schwierige Probleme vor sich, sowohl auf dem wirthschaftlichen, wie auf dem kirchlichen, militärischen und socialen Gebiete. Kein Wunder, dass mit jener Zeit sich die Literatur unserer Tage eifrig beschäftigt und in allen erwähnten Beziehungen aus dem überlieferten Urkundenmateriale Neues herausgräbt. Bereits vor der jetzt lebenden Generation hat man erkannt, dass die auf die Verwaltung der Krongüter bezügliche Verordnung Karls des Grossen, welche gewöhnlich „Capitulare de villis" oder auch „Capitulare de villis et curtis imperialibus" genannt wird, viel Wichtiges zur Kenntniss des Rechtslebens, der Wirthschaft und Kultur des Frankenreiches enthält; neue Gesichtspunkte zur Beurtheilung der Tragweite einer Reihe von Bestimmungen jenes Capitulare wurden aber in jüngster Zeit durch die Fortschritte der Wissenschaft von der Geschichte des deutschen Rechts, sowie durch die exacte Quellenausgabe geboten, und so dürfte es aus mehrfachen Gründen nicht unangemessen sein, sich aufs Neue mit jener Krongüterordnung zu beschäftigen. Sie ist, wie der Hauptexeget derselben, Guérard[1]), bereits richtig bemerkt hat, kein eigentliches Capitulare, sondern ein „règlement presque exclusivement domestique", eine Haus- und Geschäftsordnung für die Verwaltung der kaiserlichen Hofgüter, aber dieses beeinträchtigt die Bedeutung der sich äusserlich jedenfalls als Capitulare darstellenden kaiserlichen Verord-

1) Guérard in den Mémoires de l'Institut impérial de France, Académie des inscriptions et belles-lettres 1857, Tome 21, I p. 165 ff.

nung keineswegs; für Hunderttausende von Menschen aller Stände war das Capitulare, selbst wenn es nur rein intern wirken sollte, bei der grossen Anzahl der königlichen Güter und der darauf lebenden Personen sofort und ohne Weiteres maassgebend, einige Bestimmungen[1]) mussten sofort auch nach aussen eine Wirksamkeit äussern, andere sind, um zu dieser zu gelangen, mit synodaler Gesetzeskraft versehen worden[2]); wieder andere, wie z. B. die auf die Handwerker und deren Vertretung bezüglichen Bestimmungen[3]) trugen in sich die fruchtbaren Keime zu überaus wichtigen und reichen socialen Gebilden; alle aber wirkten als Muster weithin auf den Betrieb weltlicher und kirchlicher Güterverwaltungen ein[4]).

§ 2. Das Capitulare de villis handelt von den verschiedenen Arten der Villen, von deren Gebäuden und deren Einrichtung und Ausrüstung; es enthüllt ferner ein anschauliches Bild der Thätigkeit auf jenen Gütern, stellt die Hierarchie der befehlenden und ausführenden Beamten und den Dienst der Angestellten vom Obersten bis zum Untersten dar; aus ihm wird die gesammte rechtliche Organisation, das Verordnungs- und das Disciplinarstrafrecht, sowie dessen Verhältniss zum volksrechtlichen Compositionensystem klar, nicht minder aber auch das eigentliche Wirthschaftsrecht, das landwirthschaftliche Etatwesen und das System der landwirthschaftlichen Buchführung, Ablieferung und Verwendung; das Capitulare enthält eine Gesindeordnung, und bietet Vorschriften für Jagd- und Forstwirthschaft, für Viehzucht, Fischerei und Bienenzucht, für Ackerbau und Wiesencultur, für Weinbau, Bierbrauerei und Gartenwirthschaft, für Handwerk und Hausindustrie.

Die Literatur, welche sich bisher mit dieser Verwaltungsordnung beschäftigte — und sie ist sehr umfangreich[5]) — hat je

---

1) Man vergl. c. 4, c. 6, c. 52 u. a. S. unten S. 245, 246.

2) S. unten § 12.

3) S. unten § 22 Ziff. 7.

4) S. unten §§ 14, 15, 20—22. Vergl. Giesebrecht, Gesch. d. d. Kaiserzeit, 5. Aufl. Bd. I S. 138.

5) Literatur. — Ueber die Handschrift, nach welcher die bisherigen Drucke des Capitulare de villis hergestellt sind, sowie über diese Drucke selbst, namentlich Baluze I 331, Pertz L. L. I 181 ff. und die Uebersetzungen und Exegesen des lateinischen Textes s. Boretius in Monumenta Germaniae Historica Legum sectio II Capitularia regum francorum. Tomus I. Hannoverae MDCCCLXXXIII, p. 82 ff. Hier sind die Uebersetzungen und Bearbeitungen, so wie Erläuterungen angeführt, welche das Cap. d. villis insbesondere durch Bruns, Tresenreuter, Kinderling und Anton, dann durch Guérard (s. vor. S. Anm. 1) und

nach dem Standpunkte der Verfasser bald die eine, bald die andere Seite von den Bestimmungen des Capitulare beleuchtet, — die vorliegenden Bemerkungen sollen sich nur bemühen, einiges Licht auf die bestrittene Zeit der Entstehung unseres Capitulare, sowie auf dessen Verhältniss zu anderen Capitularien zu werfen (Abschnitt II §§ 3—16), wobei die Frage nach der geistigen Urheberschaft gestreift werden wird (§ 16); sie sollen sodann die bisher noch nicht erörterte Frage nach dem Geltungsgebiet zu beantworten versuchen (§§ 17) und sich schliesslich mit der socialen und politischen Bedeutung unseres Capitulare beschäftigen (§§ 18—22).

II.

§ 3. Ueber die Zeit der Entstehung des Capitulare de villis sind die Meinungen getheilt. Die Mehrzahl der neueren Schriftsteller nimmt das Jahr 800 oder einen noch früheren Zeitabschnitt als Geburtszeit unseres Capitulare an[1]). Als Haupt- oder als einziger Grund für diese frühe Datierung wird angeführt, dass in den Capiteln 16, 27, 47 und 58 des Capitulare von einer regina gesprochen wird, während Karl der Grosse, von welchem diese

zuletzt durch Meyer 1856, sowie durch A. Thaer erfahren hat; ferner beschäftigen sich mit dem Capitulare G. L. von Maurer, Geschichte der Fronhöfe, der Bauernhöfe und der Hofverfassung in Deutschland Bd. I, 1862, S. 121 ff., 212 ff., 229 ff., ferner G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte Bd. IV, S. 141 ff., K. Lamprecht, Wirthschaftsleben I, S. 719 ff., 804 ff. (vgl. auch Desselben Deutsche Geschichte Bd. II, 1892, insbesondere S. 40 ff.), K. T. von Inama-Sternegg, Deutsche Wirthschaftsgeschichte bis zum Schluss der Karolingerperiode, (I. Band seiner Deutschen Wirthschaftsgeschichte) 1879, S. 123 ff., Derselbe in G. Schmoller, staats- und socialwissenschaftlichen Forschungen Bd. I, 1. Heft 1878, R. Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte 1889, § 26, S. 190 ff., H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte (Binding, Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft II. I) Bd. II, § , S. 125 u. a., F. Dahn, Urgeschichte der germanischen und romanischen Völker in W. Onckens Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen Bd. IV, (1889), S. 52, 65 u. a., derselbe in Geschichte der europäischen Staaten, Gotha 1888, Deutsche Geschichte I. Band, Zweite Hälfte, S. 479 ff., vgl. auch O. Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen I. Abth., 1860, S. 229, H. F. Gengler, Germanische Rechtsdenkmäler (1885) S. 57, 684 ff., Wilhelm Roscher, Nationalöconomie des Ackerbaus u. s w. (System der Volkswirthschaft Bd. II) 11. Aufl. 1885, S. 266 ff.; eine Uebersetzung des Cap. d. villis s. auch bei Erler, Deutsche Geschichte Bd. II, S. 64 ff.

1) Guérard a. a. O. p. 169: j'estimerai le capitulaire de Villis écrit avant le 4 juin de l'an 800; Boretius l. c. pag. 82 fügt die Bemerkung „800 vel ante" bei, bezeichnet diese Annahme in der Einleitung a. a. O. aber doch nur als wahrscheinlich, das Alter des capitulare überhaupt als nicht sicher; Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte § 26, Anm. 52: „Karls spätestens 800 erlassenes Cap. de villis".

Verordnung ohne allen Zweifel herrührt, seine letzte Gemahlin am 4. Juni 800 verloren hat, und es wäre doch schwer zu erklären, meint Guérard a. a. O., wie Karl der Grosse dazu gekommen wäre, einen Theil der Last der Güterverwaltung von seinen Schultern auf diejenigen einer Person zu laden, welche nicht existierte. Diese Beweisführung geht von einer Auffassung des ganzen Capitulare aus, welche der grossen, dauernden und fundamentalen Bedeutung dieser Verordnung nicht im Entferntesten gerecht wird; die Maassregeln des Capitulare sind nicht auf die jetzt lebende Generation, seine Wirkungen nicht etwa nur auf die Mitlebenden berechnet. Unter dem majestätischen „Wir" (nos, an vielen Stellen des Cap.) ist freilich der jetztlebende König, ebensogut aber jeder seiner Nachfolger in der Königsgewalt zu verstehen, und unter der regina nicht etwa eine bestimmte, zur Zeit des Erlasses der Verordnung lebende Königin, sondern die Königin schlechthin, die jeweilige Königin. Wahr ist, dass Karls letzte Gemahlin, Luitgarde die Allemannin, im Jahre 800 gestorben, aber: post cuius mortem — fährt sein Biograph [1]) fort — tres [2]) habuit concubinas, Gersuindam Saxonici generis, de qua ei filia nomine Adaltrud nata est, et Reginam, quae ei Drogonem et Hugum genuit, et Adallindem, ex qua Theodricum procreavit. Lag nicht hierbei, wenigstens die Möglichkeit, in jedem Augenblick nahe, dass das Land wieder zu einer Königin gelange? [3]). Uebrigens besass das fränkische Reich thatsächlich sowohl im Jahre 800 wie 812 eine regina, nämlich Irmingard, die Tochter des Grafen Ingram, eines Neffen des Bischofs Chrodegang von Metz, die seit 794 oder 795 Gemahlin († 819) des schon von 781 an mit dem Königstitel begabten Ludwigs des Frommen war. Natürlicherweise soll auf diese letztere Thatsache jedoch kein entscheidendes Gewicht gelegt werden. Aber das müssen wir für ganz wesentlich halten, dass die Erwähnung einer regina nicht einer concreten damals lebenden oder nicht mehr lebenden Persönlichkeit wegen geschah, sondern weil eine gewisse Betheiligung der Frau an der Hausverwaltung und der Güterökonomie sowohl der fränkischen Königsgeschichte als dem deutschen Hauswesen entsprach [4]). Schon in der Merowingerzeit hatten die Königinnen nicht bloss eine alles Maass überschrei-

1) Einhard, c. 18, Pertz SS., II p. 453.

2) Nach anderer Lesart: Quatuor habuit concubinas Mathalgardim scilicet, quae peperit ei filiam nomine Rudhildam, Gersuindam etc.

3) Dahn, Urgesch. der germanischen und romanischen Völker Bd. III, S. 1177 u. 1178; Thijm, Karl d. Gr. und seine Zeit, München 1868, S. 143, 144.

4) Vgl. die „Majorissa" der lex Salica, Herold, II 6, 7, Hessels, Col. 61,

tende Herrschaft ausgeübt, sondern eine wohlbegründete, gesetzliche Einwirkung auf das Haus und dessen inneres Leben; sie hatten nicht bloss Haushaltung und Haushaltungsgeschäfte, sondern auch eigene Pferde, einen eigenen Marstall hiefür, einen eigenen comes stabuli, eigene Diener, die sie versenden u. s. w.[1]). Wichtiger aber noch als dies ist die eigentliche Haushaltung und die mit ihr der germanischen Hausfrau zustehende Schlüsselgewalt. Auf diese — nebenbei bemerkt auch vom Sänger des Heliand[2]) erwähnte — wirkliche Frauenkompetenz im Hause, auf den echten Wirkungskreis der deutschen Frau[3]), beziehen sich in der That auch die der regina gedenkenden Stellen unseres Capitulare: die Königin hat, was in c. 16 ausdrücklich vorgesehen ist, die Hausgewalt und infolge dessen ein Anordnungsrecht gegenüber dem Amtmann gerade wie der König, und neben dem Seneschall und dem Erzschenken, und kann dementsprechend gegen Ungehorsame Disciplinarstrafen, darunter auch Speiseabzug, Prügelstrafen und Entziehung von Getränken verhängen, eine Befugniss, welche der Königin namentlich um der Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung in den Spinnstuben u. dgl. (genetia) der Domänen willen nothwendig ist. [Ueber die Genetien s. insbes. die c. 31, 43; über die Aufrechthaltung der Zucht in den Palästen, Ausweisung der gadales u. dgl., s. Cp. de ministerialibus palatinis, (Baluze c. 3) a. l. alam. 80[4]) Cap. ad. leg. alam. c. 42. L. Langobard. l. 2. l. 37 § 6. l. 2. t. 9. § 2. Ed. Rothar. t. 88. § 11. Anordnungen von fränkischen Königinnen in Bezug auf Genetien s. z. B. Gregor v. Tours IV 26. Dahn, Urgeschichte Bd. III, S. 128, 129, 221 u. a. Lieferung an Genetien s. C. Aquisgr. 813, c. 19, Boretius p. 172.] Der Stellung der Königin als solcher entspricht es ferner, dass sie ebensogut wie der König anordnen kann, es dürfe, was regelmässig nicht gestattet ist, ein Königsbote oder ein Gesandter auf einem königlichen Hofgute beherbergt werden (c. 27); die Königin

H. Brunner, Deutsche Rechtsgesch. Bd. II, S. 104, Anm. 1, (Binding, Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft II, I, 2).

1) Vgl. Dahn, Urgeschichte Bd. III, S. 221 u. a.

2) „Siu mosta siu mid ira brudigumon bodlo giuualdan"; Heliand, herausgegeben von Eduard Sievers; Germanistische Handbibliothek, herausgegeben von Julius Zacher, Bd. IV, Halle 1878, S. 39, Monac. Zeile 509.

3) Vgl. Tacitus Germania: Cap. 15: delegata domus et penatium et agrorum cura feminis . . .; vgl. ferner ebenda Cap. 18 ff.; H. Brunner, Deutsche Rechtsgesch. Bd. II, S. 100; A. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts Bd. II, S. 295, 297 („Herrin im Haushalt"); R. Schroeder, Deutsche Rechtsgesch. S. 300 ff., 309, 684.

4) K. Lehmann in LL. V, 1, (1888) p. 139, 140.

kann Dienstleute vom Hofe mit besonderen Aufträgen auf die Hofgüter schicken, Falkoniere, Jäger und andere Hofbeamte, und die Verwalter der Hofgüter haben solche Abgesandten thunlichst in der Vollziehung ihrer Aufträge zu fördern (c. 47), auch dass Hunde ausnahmsweise von den Erträgnissen der Domäne und auf dieser selbst — nicht auf Kosten der Bediensteten, denen sie zur Haltung übergeben sind — gehalten werden, kann die Königin anordnen, und die Amtmänner haben ihr auch hierin zu gehorchen (c. 58). Aber nicht bloss die Königin hat solche Rechte im Hause, es entspricht gerade dem für das Karolingische Geschlecht maassgebenden ribuarischen Recht am meisten, dass überhaupt der Frau eine Rechtsstellung in der Hauswirthschaft, eine ertragliefernde häusliche Thätigkeit geschaffen werde, denn gerade nach diesem den Karolingern als Stammesrecht [1]) dienenden Volksrechte gebührt ihr ein Theil der Errungenschaft [2]).

§ 4. Muss man demnach die Erwähnung einer Gemahlin des Königs für sachlich gerechtfertigt und dauernd nothwendig halten — in einem nicht bloss als ephemere Gelegenheitsanordnung gedachten organisatorischem Gesetz, wie wir das C. d. villis auffassen, — so fällt die Beweiskraft jener Erwähnung für die Zeitbestimmung weg. Das Capitulare kann demzufolge auch **nach** dem Jahre 800 erlassen worden sein. Dass dieses Jahr selbst und auch die unmittelbar vorhergehenden, durch kriegerische und kirchenpolitische und andere die gesammte Thätigkeit des Staatshauptes in Anspruch nehmende politische Ereignisse voll ausgefüllten Jahre kaum geeignet waren, eine derartige Organisation und Detailregulierung der Domänenverwaltung und der damit zusammenhängenden socialen Verhältnisse zu zeitigen, erweist ein Blick auf die Geschichte Karls. Es ist von vornherein glaublich, dass derartige friedliche Organisationen mehr an das Lebensende Karls zu rücken sind.

§ 5. Zwar hat schon Pippin 768 im sog. Capitulare Aquitanicum den Inhabern von Beneficien die gute Verwaltung derselben bei Meidung ihres Verlustes zur Pflicht gemacht, eine Verfügung, die Karl bestätigt (Pertz LL. II 13, Boretius p. 42, 43), und auf deren Beobachtung sowohl in dem „duplex legationis edictum“ (vom 23. März 789, Baluze I 241, Pertz LL. I 67, Boretius S. 62—64) c. 35 [3]), als auch in der ungefähr gleichzeitigen Instruction für

1) **Schröder**, DRGesch. S. 112.

2) K. **Gareis**, Die Errungenschaftsgemeinschaft in den althessischen Gebietstheilen der Provinz Oberhessen, Giessen 1885 (Ludwigsprogramm) S. 5 u. 6.

3) „Ut missi nostri provideant beneficia nostra quomodo sunt condricta, et nobis renuntiare sciant“.

die aquitanischen Sendgrafen (Pertz II 14, Boretius S. 65) c. 6[1]) ausdrücklich aufmerksam gemacht ist.

Diese Normen bezogen sich wohl nur auf das neu unterworfene Aquitanien, dessen Grossgrundbesitz um jene Zeit stets schwierig war und kurze Zeit nachher wieder abfiel, und gewiss nur auf solche Güter, die der König Anderen zur Nutzung übergeben, nicht aber in Selbstverwaltung behalten hatte. Das C. de villis aber hat gerade die Selbstverwaltung königlicher Hofgüter zur Voraussetzung und zum Gegenstande.

§. 6. Auf diese letzteren bezieht sich vielmehr zuerst das C. de justitiis faciendis, welches frühestens in das Jahr 811 und jedenfalls vor die Synode von Rheims 813 zu setzen ist, — aus den von Boretius a. a. O. S. 176 dargelegten Gründen[2]); dieses Capitulare ist von grosser Wichtigkeit und in den hier interessierenden Bestimmungen auch von Ansegis seiner Capitulariensammlung einverleibt (Ansegisi capitularium l. III c. 80—82): die Sendboten sollen untersuchen und beschreiben lassen, ein jeder in seinem Sendbotenbezirk (missaticum), quid unusquisque de beneficio habeat vel quot homines casatos in ipso beneficio[3]); die Sendboten sollen feststellen: quomodo eadem beneficia condricta sunt, aut quis de beneficio suo alodem comparavit vel struxit[4]). Diese Anweisung stützt sich auf eine Reihe von früheren Anordnungen: eine Synode zu Frankfurt a. M. hatte im Juni 794 die fleissige Bebauung der vom Könige als Beneficien vergebenen Grundstücke angeordnet, in erster Linie aus der socialpolitischen Erwägung, dass nur, wenn die Grundstücke möglichst ertragsfähig gemacht werden, die zu denselben gehörigen Leibeigenen, wohl Unfreie und Halbfreie, mansionarii, unter dem Namen mancipia zusammengefasst, vor dem wirthschaftlichen Elende, ja geradezu:

---

1) „Quomodo illis beneficiis habent condrictos provideant vel suos proprios".

2) Boretius hält für wahrscheinlich, dass dieses Capitulare zu Boulogne — Bononiae statt Boloniae — im Jahre 811 gegeben worden sei; es wird in den Handschriften sowohl als bei Ansegis unmittelbar nach den Bestimmungen des im Monat October des Jahres 811 erlassenen Capitulare Bononiense (Boretius S. 166, 167) vorgetragen: bei Ansegis sind die Anordnungen des Cap. Bolonienso als c. 67—75 seines III. Buches (die c. 9 u. 11 allerdings erst im App. II 36, 37, Boretius p. 449) und die des C. de justitiis faciendis als c. 76 bis 88 ebendaselbst. Das Concil von Rheims nimmt in can. 44 seiner Beschlüsse inhaltlich auf c. 8 des Capitulare de justitiis faciendis, „quod ille (Imperator) Bononiae statuit", Bezug, während c. 1 desselben Capitulare an can. 48 jener Concilbeschlüsse sich anzulehnen scheint.

3) C. 5, C. d. just. fac. (Boretius p. 177, c. 80, Ansegis III, Boretius p. 433).

4) C. 6, C. d. just. fac. (Boretius p. 177, c. 81, Ansegis III, Boretius p. 433).

vor dem Hungertode geschützt werden können[1]). Hier zeigt sich nämlich die Kehrseite der Einrichtung, dass die landwirthschaftliche Arbeiterschaft an die Scholle gebunden ist: diese Scholle muss für ihre Ernährung ausreichen; in Zeiten der Noth können hieraus grosse Schwierigkeiten entstehen. Aber noch zwei andere Pflichten hat der Beneficiar, neben der Pflicht das beneficium gut zu verwalten, ja zu meliorieren: er darf dasselbe nicht weiter verleihen, und er darf dasselbe nicht in Alod verwandeln, s. Capitulare missorum generale de anno 802 c. 6[2]) Cap. miss. Niumagae datum a. 806 m. Martio[3]). Dasselbe wird dann in dem Capitulare missorum generale von 802 c. 6 (Boretius a. a. O. S. 93) und im Capitulare missorum speciale von vermuthlich demselben Jahre, c. 49 (Boretius a. a. O. S. 104), sowie durch das Capitulare de causis diversis vom Jahre 807 (?) c. 4 wiederum eingeschärft[4]).

Von den erwähnten Anordnungen zur Sicherung der Beneficien (c. 5 u. 6 d. C. d. just. fac.) geht der Kaiser sodann zur Sicherung des Besitzstandes von nicht vergabten kaiserlichen Hofgütern über: c. 7 schreibt vor, dass nicht bloss die Beneficien der Bischöfe, Aebte, Aebtissinnen, Grafen und aller anderen Vasallen des Kaisers, sondern auch die in eigener Regie verwalteten Hofgüter — nostri fisci[5]) — beschrieben, inventarisiert werden sollen:

---

1) Qui nostrum habet beneficium, diligentissime praevideat, quantum potest Deo donante, ut nullus ex mancipiis ad illum pertinentes beneficium famen moriatur; et quod superest illius familiae necessitatem, hoc libere vendat jure praescripto (l. c. c. 4, Boretius p. 74).

2) Ut beneficium domni imperatori desertare nemo audeat, propriam suam exinde construere (c. 6 C. miss. gen. 802, Boretius l. c. p. 93).

3) Auditum habemus, qualiter et comites et alii homines qui nostra beneficia habere videntur conparant sibi proprietates de ipso nostro beneficio et faciant servire ad ipsas proprietates servientes nostros de eorum beneficio, et curtes nostrae remanent desertae et in aliquibus locis ipsi vicinantes multa mala paciuntur c. 6, C. miss. Niumag. datum (806). Ansegis c. 19, lib. III, Audivimus quod aliqui reddunt beneficium nostrum ad alios homines in proprietatem, et in ipso placito dato pretio conparant ipsas res iterum sibi in alodem: quod omnino cavendum est u. s. w. c. 7 eod. C. Ansegis c. 20 lib. III. Boretius l. c. p. 130 ss., 427.

4) Boretius a. a. O. S. 136 (ebenda ist statt 37 35 und statt 9 46 zu lesen).

5) „Nostri fisci" ist nicht Genitiv sing., sondern Nomin. plur., königliche Landgüter, wie in Cap. de villis c. 4: Franci autem qui in fiscis aut villis nostris commanent. Ebenso in Brevium exempla ad describendas res ecclesiasticas et fiscales (Boretius p. 250, 254) c. 25: Invenimus in Asnapio fisco dominico salam regalem ex lapide factam optime, etc. Weitere Belege s. Du Cange, Glossarium edd. GAL., Henschel Tom. III (1884) p. 511, 512. Brunner, deutsche Rechtsgesch. Bd. II, § 85, insbesondere S. 123 u. 125, ferner § 91 Anm. 71.

etiam nostri fisci describantur, ut scire possimus quantum etiam de nostro in uniuscuiusque legatione habeamus; der Kaiser wünscht zu wissen, wie viel von dem Seinigen, nämlich von dem in eigener Verwaltung stehendem Vermögen, in eines jeden Sendboten Amtsbezirk vorhanden sei; etiam de nostro: auch das in Eigenverwaltung stehende will der Kaiser kennen lernen, die Kenntniss der Beneficien entnimmt er den schon vorher (c. 5) angeordneten Aufzeichnungen.

§ 7. Ist es wohl anzunehmen, dass der Kaiser die Fülle von Detailberichten eher gefordert habe, als eine Aufstellung der Inventare, der Güterverzeichnisse überhaupt? Ueber Hühner und Gänse, über Wachs und Honig, über alle Gemüse, Seife, Wein, Bier, kurz alle landwirthschaftlichen und hausindustriellen Producte sollte der Kaiser schon vor dem Jahre 800 umständliche Jahresberichte, zu erstatten zu Weihnachten, gefordert haben, und erst 11 oder 12 Jahre später soll es ihm nothwendig erschienen sein, generelle Güterverzeichnisse aufstellen zu lassen? Im Cap. de justitiis faciendis, also erst 811, October, hält der Kaiser für erforderlich zu wissen, wie viele Beneficien sich in jedem Missaticum befinden, und schon im Jahre 800, oder vorher bereits, soll die überaus sorgfältige Registrierung aller Abgaben und Erträgnisse der königlichen Güter gefordert worden sein!? Auch das Capitulare de causis diversis, dessen Entstehungszeit Boretius (S. 135) mit „807?“ bezeichnet, muss seinem allgemein gefassten Inhalte nach (c. 4) v o r dem Capitulare de villis erlassen worden sein; Letzteres setzt bereits eine geordnete Güterübersicht voraus, überhaupt einen genaueren Einblick in die Ertragsverhältnisse des Landes, als er — dem Stande der Gesetzgebung von 811 nach mittels Rückschluss zu urtheilen — im Jahre 800 bestand.

§ 8. Zwei Arten von Uebelständen oder Uebergriffen werden, wie man sieht, durch die Gesetzgebung von 807 bis 812 — unter anderen — konsequent bekämpft: die Misswirthschaft auf den königlichen Beneficialgütern und die Misswirthschaft auf den königlichen Regiegütern; erstere bestand darin, dass die Bebauung der Beneficialgüter vernachlässigt und dieselben alodificiert oder beliebig veräussert wurden, letztere darin, dass die Erträgnisse der Regiegüter von den Verwaltern verwendet wurden, wie wenn die Regiegüter Beneficialgüter der Amtmänner wären, und dass die casati und sonstige Ganz- und Halbunfreie der Regiegüter behandelt wurden, wie wenn sie mansionarii oder dergl. von Beneficialgütern oder gar der Amtmänner selbst wären.

§ 9. Der diesen beiderartigen Uebelständen förderlichen Un-

klarheit sucht der Kaiser zunächst durch Anstellung genauer Verzeichnisse der Beneficialgüter (Cap. de justit. fac. c. 5. Ansegis c. 80) und der Regiegüter, nostri isci (Cap. de justit. fac. c. 7, Ansegis c. 82) entgegenzuwirken; ferner durch Aufzeichnung der casati der Beneficien, c. 5 eod., dann durch Untersuchung über den baulichen Zustand der Beneficien verglichen mit dem der Alode der Beneficiare. C. 4 causis div. c. 4 i. f. über die zulässige Besserung der Alode durch die Erträgnisse der Beneficien, sofern diese gut gehalten sind, über die unzulässige Besserung der Alode durch die Erträgnisse vernachlässigter Beneficien (Cap. d. causis div. a. a. O. u. Cap. de just. fac. c. 5. Ansegis c. 81) und durch scharfe Trennung der Erträgnisse der Regiegüter. — zu welchen auch die Leistungen der Leibeigenen der Regiegüter gehören — von den Erträgnissen der Beneficialgüter. Dieses letztere Auseinanderhalten wird einerseits durch die Registrierungen, welche das Capitulare de justitiis faciendis vorschreibt, andererseits durch die vom Capitulare de villis angeordneten Detailberichte und Einzelregister angestrebt; tageshell einleuchtend tritt die erwähnte Tendenz des Capitulare de villis, die Erträgnisse der Regiegüter scharf gesondert zur Disposition des kaiserlichen Fiscus gestellt zu erhalten, insbesondere aus c. 1. c. 3. c. 10, aber auch noch aus manchen anderen Paragraphen hervor: Diejenigen kaiserlichen Hofgüter, welche wir nicht als Beneficien vergabt, sondern in Regiebetrieb (Eigenverwaltung) gestellt haben — ad opus nostrum [1]) serviendi institutas habemus — sollen ihre Erträgnisse ganz und voll dem kaiserlichen Fiscus einbringen, sub integritate partibus nostris [2]) deserviant, nicht anderen Leuten (non aliis hominibus) insbesondere nicht den mit der Güterverwaltung betrauten kaiserlichen Beamten, nicht etwa den judices [3]) (Amtmännern, Herrschaftsrichtern), majores (Meiern), forestarii (Forstbeamten) u. s. w., — auch nicht wenn diese Beamten etwa Beneficien auf der villa selbst

1) „Opus nostrum" ist das wirthschaftliche Unternehmen, die königliche Eigenverwaltung, der Regiebetrieb der nicht vergabten Villa. Vgl. Cap. Aquisgranense 801—813 nach Boretius I S. 171 ss., c. 6, 7, 8, 19, 30, 48, 55 u. a.; auch Caroli ad Pippinum filium epistola 806—810, Boretius p. 212, erste Zeile: in eorum opera, id est in vineis et campis seu pratis etc. — Guérard a. a. O. S. 172; H. Brunner, D. Rechtsgesch. Bd. II S. 72.

2) „*Partibus nostris*" bedeutet: unserer Partei — so im Fidelitätseid s. duplex legationis edictum, von 789 März 22, (Boretius p. 63) c. 18 — unsere Finanzen: die königliche Kasse, die kaiserliche Kammer, „camera nostra" Cap. de villis c. 1, c. 4. Cap. Aquisgran. 813 c. 19 (Boretius p. 172); H. Brunner, D. Rechtsgeschichte Bd. II S. 72.

3) Vgl. auch H. Brunner, Deutsche Rechtsgesch. Bd. II S. 128 u. 134.

oder in nächster Nähe derselben haben sollten. Letzteres mag sehr häufig der Fall gewesen sein: statt des Gehaltes erhielten die Beamten in Karolingischer Zeit regelmässig Beneficien; bestanden diese in fruchttragenden Ländereien sammt Wohnhaus und gebrödeten Dienstleuten auf der kaiserlichen Villa selbst oder in geographischer Berührung mit dem in Regieverwaltung stehenden Theile einer solchen Villa, so lag die Versuchung nahe, die Erträgnisse der Villa, wenigstens die Arbeiten und Lieferungspflichten der königlichen Dienstleute auf der Villa, zu Gunsten der diese Villa verwaltenden Beneficiare zu verwenden: der Judex konnte sich durch die Dienstleute der Villa die landwirthschaftlichen Arbeiten seines Beneficiums bestellen, sich Naturalien von diesen Leuten des Königs liefern lassen, wie wenn diese seine oder seines Beneficiums Leute wären, — und vielleicht entsprang diese Konfusion, dieses Virement keineswegs immer dem bösen Glauben oder einer fraudulosen Absicht, — häufig mochte die Verwirrung ohne eine Schuld eingetreten sein, und nun die Scheidung der dem benachbarten oder auf einem Theile der Villa selbst eingesessenen Beneficiar (z. B. Judex) gegenüber bestehenden Abgabenpflicht von der der königlichen Villenverwaltung selbst gegenüber obliegenden für die Vergangenheit gar nicht mehr radikal vorgenommen werden können: solchen konfusen Verhältnissen gegenüber sucht das Capitulare de villis nun durch folgende Grundsätze Ordnung zu schaffen:

1. die Amtmänner dürfen das Gesinde der königlichen Hofgüter (es ist der weiteste Ausdruck gewählt: nostra familia, und hierunter sind sowohl freie Leute (franci, c. 4), als Unfreie oder Halbfreie (cfr. c. 4, 16, 52, 57 u. a.), möglicherweise auch Kleriker (c. 6) zu verstehen, (Guérard a. a. O. p. 169)[1]) nicht *in eorum servitium* ponere, d. h. sowohl: sie dürfen die Freien nicht verknechten, — in *servitium* ponere — dieses Verbot berührt auch c. 2, auch c. 4, wo gewisse Exemptionen von der frauda bestehen, auch c. 12, wo verboten ist, dass die Amtmänner sich von königlichen Geiseln[2]) huldigen[3]) lassen, — sie dürfen die Kommendation von

1) G. L. v. Maurer, Fronhöfe Bd. I S. 255 ff. Bd. IV S. 3.

2) *Obsides*: Das Nehmen von Geiseln war zu Karls d. Gr. Zeit ungemein gebräuchlich. Vgl. (Einhardi) Annales ad annum 755, 760, 761, 772, 775, 776, 779, 781, der König selbst stellt Geiseln, ebenso 785, 786, 787, 794, 795 u. a. — Fredegarii cont. c. 109 ann. 737, c. 121 ann. 756, c. 124 ann. 760, c. 134 ann. 768. Annales Met. ad annum 753. Greg. Tur. III 15. Divisio regnorum de ann. 806, Boret. p. 126. Indiculus obsidum Saxonum Moguntiam deducendorum, Boretius p. 233, 234.

3) Kommendation und Huldigung nach fränkischem Recht v. Victor Ehrenberg (1877) S. 14, 69 u. a.

Geiseln des Königs nicht annehmen — als auch: sie dürfen die Hörigen des Königs nicht in ihre Hörigkeit bringen (non ..... in *eorum servitium* ponere).

2. Die Amtmänner dürfen von den Angehörigen des königlichen Gesindes keine Frondienste fordern: non corvadas non materia cedere nec aliud opus sibi facere cogant (c. 3 des Cap. de villis), auch nicht Beherbergung, Wohnung und Verpflegung von ihnen beanspruchen (c. 11 eod.).

3. Die Amtmänner dürfen keine grossen Abgaben von den königlichen Bediensteten fordern (non caballum non bovem non vaccam non porcum non berbicem non porcellum non agnellum nec aliam causam) sondern nur — und das ist eigentümlich — kleine Abgaben: buticulas (s. u.) et ortum, poma, pullos et ova; die an sich auffallende Thatsache, dass der königliche Amtmann überhaupt von dem königlichen Gesinde, das ja nicht sein Gesinde ist, irgend Etwas an Abgaben zu fordern hat, ist vielleicht aus der nicht ganz zu entwirrenden, sondern nur zu durchhauenden Konfusion, von welcher vorhin (S. 219) gesprochen wurde, zu erklären, vielleicht auch aus dem Disciplinargerichtsbarkeitsverhältniss, in welchem die Familia zum judex steht (c. 4 u. a.) [1]), vielleicht aus beiden Gründen zugleich [2]).

---

1) Abgaben von Gerichtsholden an die Gerichtsherren oder Gerichtshalter — zur Recognition dieses Subjectionsverhältnisses — sind wenigstens später nicht selten.

2) Die unter den zulässigen Reichnissen zuerst genannten buticulas werden übereinstimmend als Getränke erklärt; buticula heisst aber niemals potus, Getränke, sondern immer nur Gefässe hierfür, Flasche (s. Du Cange s. eod. v.); auch kommen niemals Wein- und Bierabgaben vor, die in Flaschen zu liefern gewesen wären; die metaphorische Bezeichnung des Getränkes durch die Flasche ist hier sicher ausgeschlossen; vielleicht ist es nicht zu gewagt, aus der Zusammenstellung mit ortum, Gartengewächsen, unter denen in c. 70 auch die cucurbitae (Boretius Anm. 15 zu c. 70: cucurbita pepo; Kürbis nach Meyer, Geschichte d. Botanik) — neben cucumeres u. pepones (Gurken und Melonen) als obligatorisch anzubauen aufgezählt werden, und aus dem vom Alterthum bis zum heutigen Tage bekannten Gebrauche von Kürbisflaschen bei den Romanen darauf zu schliessen, dass den Gesindeleuten die Lieferung von Kürbisflaschen auferlegt werden durfte, buticulas et ortum. L. Junius Moderatus Columella (Zeitgenosse und Landsmann Senecas), schrieb um ca. 65 n. Chr.: cucurbitae. . . . nam sunt ad usum vasorum satis idoneae (Col. 11, 3, 49); Plinius: (19, 71) ad vina condenda. V. Hehn, Kulturpflanzen, S. 276. Ueber ortum s. die in c. 70 aufgezählten herba; poma ebenda, pullos et ova: Hühnerzinse und Eierzinse sind durch das ganze Mittelalter hindurch überaus gebräuchlich, erstere namentlich als Recognitionsgebühr Leibeigener.

4. Die königlichen Verwalter (majores), Forst-, Gestüts-, Kellerei-, Sicherheits- und Zollbeamten haben sämmtlich Mansen (mansus, mansiones, Wohnhäuser) — Dienstwohnungen — mit Gärten und Hofräumen, so dass ihnen der Anbau von Gemüsen und anderen Gartengewächsen, wie die Zucht von Hühnern und anderem Geflügel, sowie die Schweinezucht ermöglicht ist, — auch wenn sie kein selbständiges Landgut als beneficium haben; letzteres scheint, abgesehen vom Judex, der stets mit einem neben der königlichen Villa (vielleicht aber auch im geographischen Bezirk derselben) bestehenden beneficium belehnt zu denken ist, nur bei dem unter dem judex fungierenden eigentlichen Güterverwalter (Gutsinspektor, major, Maier) und bei den Gestütsbeamten, welche theils Beneficia, theils Mansen, theils weder das Eine noch das Andere haben (c. 50), vorgekommen zu sein. Das Amtsgehalt aller höheren und niederen Domänialbeamten besteht sonach in Naturalien, deren Erzielung dem Beamten entweder auf einem beneficium oder auf einem zum Hofgute gehörigen mansus selbst ermöglicht ist[1]). Für diese in selbständiger Haushaltung, sei es des vom Hofgute getrennten Lehens (Beneficium), sei es des einen Bestandtheil des königlichen Hofgutes bildenden mansus, zu gewinnenden und zu geniessenden Amtsemolumente hat der Beamte theils Arbeit zu leisten, theils eine Lieferungspflicht zu erfüllen; die Arbeit ist vor Allem die Versehung des Dienstes, für welchen er bestellt ist[2]), und dieser muss regelmässig persönlich geleistet werden, nur in besonderen Fällen ist dem Judex gestattet, sich durch einen zuverlässigen missus vertreten zu lassen, und dem Maier, der ein beneficium hat, also selbst eine eigene Wirthschaft führt und zwar führen muss, denn er darf das Beneficium nicht vernachlässigen, sondern muss es sogar meliorieren (s. unten), erlaubt (c. 10 des Cap. de villis), sich einen Vicarius zu substituieren, der für ihn den Dienst versieht. Ausser diesen Amtsarbeiten haben die unter dem Judex stehenden Domänenbediensteten aber, vom Maier angefangen, noch sogenannte regae zu leisten: darunter sind — im Ge-

1) Weder beneficium noch mansus haben die sog. provendarii, deutsch vielleicht Hagestolzen, hagastalti, haistalti genannt, s. Du Cange s. ub. v. haistalti; Schade Altd. W. B. I S. 363. G. L. v. Maurer, Fronhöfe IV 80. Die provendarii sind solche Bedienstete, welche kein Grundstück erhalten, sondern ihren Unterhalt oder, wie man im deutschen Mittelalter sagte, ihre „Proeve" (Praebende, victus) auf dem Herrengut erhalten. Boretius a. a. O. S. 86 Anm. 39. Von diesen Leuten handelt das Cap. de villis in c. 31 u. c. 50 Brevium exempla: „Staphinseie" c. 7, Boretius a. a. O. S. 251 Anm. 15; s. u. S. 282.

2) Cap. de Villis c. 5.

gensatz zu den als corvadae (c. 3) bezeichneten Frondiensten, die ungemessen sind und in den verschiedenartigsten, auch gemeinschaftlich von dem niederen Dienstpersonal vorzunehmenden Arbeiten bestehen, — gemessene Feldarbeiten, bei deren Vornahme sich die damit belasteten Beamten auch durch ihre Familiengenossen oder durch juniores vertreten lassen können, zu verstehen[1]); die Lieferungspflicht erstreckt sich ausschliesslich auf die Lieferung von jungen Schweinen (sogales, Frischlinge, friskinguae, wie das Staphinseier Exemplum c. 8, Boretius a. a. O. S. 252, sagt)[2]), und diese Frischlinge sind nicht etwa dem Amtmann zu seinem Gebrauche oder seiner Bereicherung zu liefern (c. 3), sondern gehören zu den Einkünften des königlichen Fiscus, kommen also entweder zur königlichen Tafel (Hofküche, ad discum nostrum c. 24) oder werden verkauft und verrechnet (c.c. 28, 30).

5. Die fast peinliche Sorgfalt, mit welcher die Abgrenzung zwischen den Einkünften der Amtmänner und denen des Fiscus in der Villenverwaltung durchgeführt ist, und die Genauigkeit, mit welcher die Lasten auferlegt sind, zeigt sich ganz besonders in den die Hundezucht betreffenden Anordnungen. Den Amtsmännern ist vor Allem verboten, die ihnen gehörigen Hunde königlichen Bediensteten zur Fütterung und Führung zu übergeben[3]); nun konnte es aber vorkommen, dass der König oder die Königin einem Amtmanne einen oder einige von ihren Hunden zur Aufzucht übergab (c. 58): in diesem Falle darf der Amtmann, wofern ihm nicht das Gegentheil ausdrücklich vom König oder der Königin gestattet ist, die Hunde nicht auf Kosten der königlichen Gutsverwaltung halten und füttern, sondern er muss sie auf seine Kosten (de suo) aufziehen, darf sie aber zuverlässigen Untergebenen anvertrauen, die sie dann aus ihrem Einkommen —

---

1) *Regae, rigae,* = arare certum terrae mensuram (Boretius p. 84 Anm. 15); riga ahd. = rige mhd.; Reihe, Furche, franz. raie, Schade AWB. II 713; Polyptychon Irminonis edd. Guérard, I §§ 345—850. Guérard, zum Cap. de villis p. 182.

2) Cap. de villis c. 10; über das „Staphinseier Exemplum" s. unten S. 232 ff.

3) C. 11 des Cap. de villis: „Ut nullus judex mansionaticos ad suum opus nec ad suos canes super homines nostros atque in forestes nullatenus prendant". Ich halte die Uebersetzung, welche Thaer diesem Paragraphen werden liess, für in der Hauptsache richtig und übersetze: „kein Amtmann darf Herberge und Verpflegung bei unseren Untergebenen zum Zwecke seiner Wirthschaft beanspruchen, auch nicht für seine Hunde, und insbesondere auch nicht in den königlichen Forsten". Ganz anders, aber völlig unberechtigt Guérard a. a. O. p. 182—183, der aus forestes forenses macht. Mansionaticos accipere = Herberge nehmen, s. auch Epistola Caroli ad Pippinum filium, Boretius, a. a. O. S. 211.

auf Risico und Kosten des Amtmanns — halten müssen; verordnet der König oder die Königin, dass Hunde aus dem Villenertrag gehalten werden sollen, dann darf dies nicht etwa so gemacht werden, dass der Beauftragte täglich aus den Scheunen der Villa das holt oder holen lässt, was zur Hundefütterung gehört, — wäre dies erlaubt, so wäre der Vorrath in der Scheune der Kontrolle entzogen, und die Möglichkeit von Ungenauigkeiten oder gar von Defraudationen naheliegend! — sondern es muss alsdann ein eigener Hundewärter ernannt, und diesem das Hundefutter so vorgegeben werden, dass er nicht nöthig hat, täglich zu den Scheunen hin und her zu laufen (c. 58 d. Cap. de villis).

§ 10. Auf diese Detailbestimmungen ist im Vorstehenden nur deshalb eingegangen worden, weil daraus der Schluss gezogen werden soll, dass das Capitulare de villis jedenfalls nach den nur ganz allgemein redenden auf die Güterverwaltung, sei es der beneficien, sei es der im Eigenbetrieb stehenden Höfe bezüglichen königlichen Verordnungen erlassen worden ist. Auch das Schreiben, welches Karl d. Gr. an seinen Sohn Pippin nach Italien richtete, zw. 806 und 810, kann hier erwähnt werden (obgleich das Capitulare de villis sich meiner Meinung nach nicht auf Italien bezog), weil vermuthet werden kann, der Kaiser werde, wenn irgendwo in seinem Reiche eine so detailierte Verordnung wie das Capitulare de villis es ist, bereits existiert hätte, auf dieselbe ebenso sicher ausdrücklich verwiesen haben, wie er in jenem Briefe auf das Capitulare legibus add. vom Jahre 803 verweist (s. Boretius a. a. O. S. 212 Anm. 2). Der Fall, dass Vornehme und Beamte unberechtigt bei Untergebenen und Anderen Herberge und Verpflegung heischen, ist in dem Briefe Karl's an Pippin allgemein erwähnt, im Capitulare de villis in Rücksicht auf die Amtmänner speciell vorgesehen.

Jedenfalls ergiebt sich aus der Nothwendigkeit, dass die Aufstellung der Güterverzeichnisse, der Inventare und der Güterbeschreibungen stets der detailierten Verwaltung, wie sie das Capitulare de villis vorschreibt, vorangehen muss, zur Evidenz, dass dieses Capitulare erst nach dem Capitulare de justitiis faciendis erlassen worden sein kann. Die Entstehungszeit dieses letzteren aber wird, wie oben Seite 215 erwähnt, festgelegt durch das aus dem October 811 stammende Capitulare von Boulogne s. m. einerseits und die im Jahre 813 abgehaltene Synode von Rheims andererseits: am wahrscheinlichsten ist, dass das Capitulare de justitiis faciendis noch im Jahre 811 abgefasst wurde und das Capitu-

lare de villis frühestens in das nächstfolgende Jahr — 812 — zu legen ist.

§ 11. Das Jahr 812 erscheint aber nicht bloss „frühestens", sondern auch „spätestens" als die Geburtszeit unseres Capitulare bezeichnet werden zu müssen. Im Jahre 813 nämlich fand ein wichtiger Reichstag zu Aachen statt, welchen der grosse Kaiser dahin berufen hatte, um eine Reihe von Regierungshandlungen vorzunehmen, deren Erledigung dem kränkelnden Fürsten besonders am Herzen liegen mochte: die Krönung Ludwigs, seines Sohnes, die Einsetzung Bernhards, seines Enkels, die Abordnung einer Gesandtschaft an die Nordmannen und die reichsgesetzliche Sanctionierung der um jene Zeit von den Kirchenversammlungen zu Mainz, Rheims, Tours, Chalons an der Saone und Arles (am Rhone) gefassten Beschlüsse [1]). Obgleich nun Boretius (Capitel I p. 170) die Annahme von Pertz (LL. I p. 187) nicht für erwiesen hält, dass das — von Boretius ganz weit zwischen 801 und 813 gelegte — „Capitulare Aquisgranense" auf jenem Reichstag von Aachen entstanden sei, muss doch wenigstens für höchst wahrscheinlich gehalten werden, dass dem so ist. Sicher ist nicht bloss, dass es, wie seine Bezeichnung sagt, in Aachen entstand, sondern auch, dass es in der letzten Zeit der Regierung des grossen Karl abgefasst wurde: die von Boretius a. a. O. selbst angeführte Thatsache, dass es in allen Handschriften unter die Capitularien von Karls Nachfolger gerathen ist, während seine Eingangsworte unzweifelhaft Karls gesetzgeberische Autorschaft feststellen, spricht jedenfalls auch dafür, dass es am äussersten zeitlichen Ende von Karls Regierung steht. Jedenfalls fand jener Reichstag zu Aachen nach der vorerwähnten Synode von Rheims statt, und das Capitulare de villis müssen wir zeitlich vor jenen von den Annalen und Chroniken gleichmässig emphatisch hervorgehobenen feierlichen Reichstag von Aachen [2]) vom Jahre 813 stellen.

---

1) Concilia quoque iussu eius super statu ecclesiarum corrigendo per totam Galliam ab episcopis celebrata sunt, quorum unum Mogontiaci, alterum Remis, tertium Turonis, quartum Cabillione, quintum Arelati congregatum est, et constitutionum, quae in singulis factae sunt, collatio coram imperatore in illo conventu habita; quas qui nosse voluerit, in supradictis quinque civitatibus invenire poterit, quamquam et in archivio palatii exemplaria illarum habeantur. (Einhardi) Annales ann. 813. Pertz S.S. I p. 200.

2) (Einhardi) Annales l. c. Pertz §§ I 200. Chronicon Moissiacense ad annum 813 Pertz SS. I 310. Einhardi vita Caroli Imperatoris c. 30 (congregatis solemniter de toto regno Francorum primoribus etc.) Pertz SS. II S. 459.

Die Capitel 10, 18 und 19 des demnach auf das Jahr 813 (August oder September) zu legenden Capitulare Aquisgranense, werden als Reflexe des vorher ergangenen Capitulare de villis angesehen, und in gewissem Sinne trifft dies, wie sich ergeben wird, auch in der That zu.

§ 12. Das Verhältniss der Landgüter-Verordnung zu den Reichstagsbeschlüssen von Aachen vom Sommer 813 ergiebt sich nämlich aus folgender Betrachtung:

Mit Recht nimmt Boretius (a. a. O. S. 170) an, dass die im Prologe des Aachener Capitulare hervortretende Bezugnahme auf das salische, römische und burgundische Recht [1]) so zu verstehen ist, dass dieses Capitulare in einem Theile des Frankenreiches gegolten habe, nämlich da wo jene Volksrechte galten, aber nicht nothwendig in ganz Westfrancien, wie aus Boretius entnommen werden könnte, sondern eben nur im Gebiete des salfränkischen, römischen und burgundischen Rechts: das römische Recht dürfte vielleicht nur zur Mehrung des Ansehens dieses Capitulare überhaupt genannt sein, vielleicht aber auch römischer Provincialen und der Kirche wegen; das Geltungsgebiet des Capitulare würde demnach auf das salfränkische Land (Neustrien, alles Land westlich von der Maass) und Burgund, welches mit seinen Gebieten von Autissiodurum (pagus Autissiodorensis, Auxerre), Senones (Sens), Barrensis (ducatus Barrensis, Barrois) und Basiniacum (Bassiniacus ager, le Bassigny) an Neustrien grenzte; es galt also nicht in Aquitanien und Wasconien, nicht in Allamannien und Bajuvarien, nicht im Sachsen- und Friesengebiet, dagegen vielleicht in Austrasien, da die lex ribuaria zu jener Zeit aufgehört haben dürfte, ein besonderes Geltungsgebiet neben der lex salica in Anspruch zu nehmen, und wenigstens in so allgemeinen Bezeichnungen das Gebiet der lex salica als altfränkisches Rechtsgebiet

---

Ob wirklich Baluze (mit Boretius) Recht zu geben ist, wenn er behauptet, dass die Worte des Chronicon von Moissac:

„et ibidem constituerunt capitula quadraginta sex de causis quae necessariae erant ecclesiae Dei et populo christiano"

sich auf das Chamavische Volksrecht — das unbedeutendste von allen Volksrechten — beziehen, einzig deshalb, weil die lex Francorum Chamavorum in ihrem ersten Capitel de causis ecclesiae et de illis Dei servis qui ibidem deserviunt, handelt, mag hier dahingestellt bleiben; es ist aber schwer glaublich, dass des kleinen Gauvolks der Chamaven wegen „de *omni* regno et *imperio* convenerunt episcopi, abbates, comites, prespiteri, diacones, et senatus Francorum ad imperatorem in Aquis", ein Satz, an welchen sich der vorerwähnte: „et ibidem constituerunt u. s. w." im Chronicon Moissiacense unmittelbar anschliesst.

1) S. Prologus auf folgender Seite (226) Anm. 2.

überhaupt angesehen werden konnte, sodass sich die Geltung jenes Capitulare alsdann wohl auch auf die altfränkischen Gebiete an der Mosel und am Rhein nördlich vom Main bis an die Grenzen von Thüringen und Sachsen ausgedehnt haben mochte.

Die Vergleichung des Inhalts dieses Capitulare von Aachen, welches ich in das Jahr 813 legen zu müssen glaube, mit dem Inhalte zahlreicher vorausgegangener Verordnungen ergiebt nun das interessante Resultat, dass das Capitulare Aquisgranense vom Jahre 813 auf dem Wege der Gesetzgebung, der Reichsgesetzgebung (wenn auch nur für einen Theil des Reiches, wie erwähnt) das durchzusetzen bestimmt ist, was auf dem vorher beschrittenen Verordnungsweg nicht oder nur unvollständig durchzusetzen war[1]).

Desshalb nimmt, um den älteren Verordnungen ein höheres Ansehen, eine grössere Autorität zu geben, der Prologus auf die erwähnten Volksrechte Bezug, genau betrachtet ein amtliches falsum, denn die Volksrechte enthalten Nichts auf jene Gegenstände Bezügliches; aus gleichem Grunde erklärt sich überhaupt die ganze Feierlichkeit des dem Capitulare Aquisgranense von 813 vorangestellten Prologus, und die Hervorhebung der eigenhändigen Firmierung durch den Kaiser[2]).

1. Es ist aber nicht bloss Festigung und erneute Einschär-

---

1) Ich muss es mir hier der Raumverhältnisse wegen versagen, auf alle Details vergleichend einzugehen, und behalte mir vor, bei einer Kommentierung des Capitulare de villis auf die Einzelheiten sorgfältig einzugehen. Nur einige Andeutungen darf ich mir hier gestatten. Schon in c. 1 des Cap. Aquisgr. 813 fügt der Kaiser ausdrücklich bei: quia jam frequenter jussimus, ne monachi foras monasterio habitassent. In der That sind zahlreiche Verordnungen in dieser Richtung schon vorher ergangen, vgl. z. B. duplex legationis edictum v. 23. März 789 c. 1, c. 18, c. 30, Synod. Franconofurdensis v. Juni 794 c. 11, Capitulare Missorum generale v. 802 c. 17, Capitulare Missorum speciale v. dems. Jahre c. 4 u. a. Ebenso ist der Königsbann zur Befriedung von Kirchen, Wittwen und Waisen — c. 2 d. Cap. Aquisgr. — wiederholt ausgesprochen. Dass die königlichen Landleihegüter gut zu halten sind, war, wie bereits, s. o. S. 214 ff., dargelegt, Gegenstand zahlreicher Verordnungen, cfr. c. 4 d. Cap. Aquisgr. Zu den c. 13, 14, 15, 18, 19 und 20 s. die von Boretius a. a. O. p. 172 in seinen Anmerkungen 5, 7, 8, 9, 10 u. 11 angeführten früheren Capitularien. In Betreff des Capitulare de villis s. unten S. 227—232.

2) Karolus serenissimus imperator augustus, a Deo coronatus, magnus et pacificus, cum episcopis, abbatibus, comitibus, ducibus omnibusque fidelibus christianae ecclesiae cum consensu consilioque constituit ex lege Salica, Romana atque Gombata capitula ista in palatio Aquis, ut unusquisque fidelis justitias ita faceret: qui et ipse manu propria firmavit capitula ista, ut omnes fideles manu roborare studuissent.

fung der früheren Königsverordnungen, sondern auch ein Fortschritt in dem Inhalte der Anordnungen zu beobachten: so wird nicht bloss die gute Erhaltung der Beneficien [1]), wie im Capitulare de villis, sondern ausdrücklich die Verbesserung dieser Güter zur Pflicht gemacht. c. 4 Cap. Aquisgr. —

2. Gleiches zeigt sich hinsichtlich der Versuche, die Wölfe auszurotten, deren Zahl jedenfalls namentlich in den Ardennen, welche durch ihr dichtes Niederholz noch bis in's 19. Jahrhundert [2]) den Wölfen sicheren Aufenthalt boten, sehr bedeutend war, und welche die dem Rande der Ardennen, des Kohlenwaldes und den Argonnen nahe gelegenen königlichen Hofgüter in Longlare (Longlare), Duciacum (Douzy), Theodonis villa (Dietenhofen), auch wohl Attiniacum (Attigny), Salmoniacum (Salmoucy) u. A. unzweifelhaft schwer belästigten und beschädigten. Das Capitulare de villis (c. 69) verordnet: „In Betreff der Wölfe sollen die Amtmänner uns berichten, wie viele gefangen wurden, auch sollen sie uns die Häute (felles, Wolfsschuren) vorlegen lassen: im Monat Mai sollen sie die jungen Wölfe aufsuchen und jagen mit Gift, Netzen, Wolfsgruben und Hunden". Diese Bestimmung bedurfte einer Ergänzung, und sie fand sie in dem Capitulare Aquisgr. von 813, welches in c. 8 vorschreibt: „Die vicarii (Stellvertreter der Grafen, die Schultheissen) [3]) sollen eigene Wolfsjäger anstellen, ein jeder zwei in seinem Amtsbezirke; der Wolfsjäger braucht weder in den Krieg zu ziehen, noch auf dem Grafen- oder Schultheissending zu erscheinen, es wäre denn, dass clamor super eum eveniat! (dass das Gerüfte ihn trifft, d. h. dass der Feind in den Gau selbst kam, oder das Ding im Wohnort des Wolfsjägers oder in dessen unmittelbarer Nähe stattfindet; oder: es wäre denn, dass er besonders geboten, aufgeboten wurde); dafür sollen die Wolfsjäger sich aber auch alle Mühe geben, Besserung zu erzielen; die Häute sollen sie an unsere Höfe (ad nostrum opus) abliefern; alle Dingpflichtigen des Amtsbezirks aber müssen den Wolfsjägern jährlich je ein Scheffel Korn liefern." — Man sieht, wie die Maassregel des Aachener Capitulare weiter greift als die des Cap. de villis, eigene Organe schafft, diese privilegiert — zu Lasten der Gaugenossen, was natürlich nicht durch ein einfaches Königsgebot, wie das Capitulare de villis es ist, sondern, wie wir konstitutionell sagen würden, nur durch Gesetz geschehen kann —, und man entnimmt aus der Anordnung der Ablieferung der Wolfshäute an

1) Vergl. oben S. 214, 215.

2) Vergl. „Globus" Bd. LXIII (1893) S. 79.

3) Brunner, D. Rechtsgesch. Bd. II S. 177 ff.

die königlichen Villenverwaltungen den Weg, auf welchem der König selbst die Zahl der erlegten Wölfe erfährt und damit die Thätigkeit der Jäger und Amtleute kontrollieren kann: von den Hofverwaltungen gelangen die Häute nebst den Berichten der Judices an die Centralstelle.

3. In einem ähnlichen Verhältniss wie c. 69 des C. d. villis zum c. 8 des C. Aquisgr. von 813 steht, stehen eine Reihe weiterer Bestimmungen des Ersteren zum Letzteren: sie finden ihre Ergänzung, Erweiterung, Festigung und konstitutionelle Bekräftigung in nachfolgenden feierlich decretierenden Synodalbeschlüssen, Reichsgesetzen. Natürlich hat das Letztere überhaupt weitere und auch andere Ziele als das Erstere; so wird z. B. im C. de villis, während das Aachener Gesetz energisch in c. 1 die Kirchen- und insbesondere Mönchsdisciplin hervorhebt, nur ein einzelner die Kirchendisciplin berührender Punkt festgestellt, nämlich in c. 6: Et non alii clerici habeant ipsas ecclesias nisi nostri aut de familia[1]) aut de capella[2]) nostra, — das Capitulare de villis hat nicht weiter Veranlassung, sich mit kirchlichen Dingen zu beschäftigen, aber beide Normen treffen sich in der Bekämpfung eines gewissen clericalen Vagantenthums der damaligen Zeit. Die Befriedung, welche das Aachener Gesetz von 813 für ecclesiae, viduae, pupilli und jumenta (c. 2 u. 3) ausdrücklich ausspricht, versteht sich für die königlichen Villen von selbst: es ist der Hausfrieden, der dort herrscht, fremdes Eindringen von vornherein ausschliesst und durch die eigene Gerichtsbarkeit innerlich gewahrt ist, s. c. 2, 3, 4, 16 u. a.

4. In der Sorge für die Erhaltung des königlichen Gesindes, der socialpolitischen Hauptaufgabe des C. d. villis, wird dieses (c. 2) durch das Capitulare Aquisgranense an zwei Punkten unterstützt, wo die Ergänzung oder Aenderung des Volksrechts in jener Tendenz Noth that: c. 5 ut vicarii nostri vel centenarii a servo regis mancipia non emant. c. 15 ut vicarii eos qui pro furto se in servitio tradere cupiunt non consentiant, sed secundum justum iudicium terminetur, womit zu vergleichen ist einerseits c. 4 des C. de villis und andererseits Capitulare Heristalense 779, c. 22 (Boretius p. 51).

5. Der Mehrung des „opus nostrum“ (s. oben S. 218) dient selbstverständlich das C. de villis in der Hauptmasse und Gesammttendenz seiner Einzelbestimmungen: es ist aber interessant, wie das C. Aquisgr. mit ausdrücklicher Erwähnung des technischen

1) S. oben S. 219.

2) S. Zorn, Kirchenrecht, S. 60. Ueber capella s. Du Cange a. a. O. II 116 ff.

Ausdrucks „opus nostrum“ Mehrungsquellen zu sichern sucht, die demselben von Aussen zufliessen, also nicht durch ein in der Hauptsache als Hausordnung wirkendes Königsgebot, sondern nur durch Gesetz eröffnet werden können:

Capitulare Aquisgranense c. 5 . . . . Et ut ipsi vicarii de hereditate, foris heredibus si extiterit, ad opus nostrum recipiatur, ne illud fraudetur.

C. 6 De his qui a litterarum conscriptione ingenui fuerint, si sine traditione mortui fuerint, hereditas eorum ad opus nostrum recipiatur; nec comes nec vicarius illud sibi societ, sed ad opus nostrum revocetur. Similiter volumus ut banni nostri de illis unde censa exigunt, ut ipsa censa ad nostrum opus vel ubi nos jubemus veniant.

C. 7 De hereditate inter heredes, si contentiose egerint, et rex missum suum ad illam divisionem transmiserit, decimum mancipium et decimam virgam hereditatis fisco regis detur [1]).

1) Die in c. 7 d. C. Aquisgr. statuierte, dem königlichen Villenbetrieb durch Mehrung der Arbeitskräfte zu Gute kommende Gebühr für Erbschaftsauseinandersetzung durch königliche Beamtenintervention ergiebt sich auch aus formula 20 Marculfi, auf welche Boretius (p. 171 Anm. 1) mit Recht verweist; diese Formel (Pertz LL. Sectio V Formulae Merovingici et Karolingi aevi edd. Karolus Zeumer Hannoverae MDCCCLXXXVI p. 56) lautet:

De divisione, ubi rege accederit missus. Dum et divisio vel exequatio inter illos et illos seu consortes eorum de alode lui, aut de agro illo, caelebrare debetur, et quatenus petitio illorum adfuit, ut missus de palatio nostro ad hoc inter eos dividendum vel exequandum accedere deberet, ideo cognuscite, nos misso nostro inlustris viro illo ad hoc inter eos exequando visi fuimus direxisse. Propterea per praesentem decernemus et iobemus preceptum, ut ipsum in hoc vos recipere faciatis, et unicuique ex ipsis iustae debita portionem terminetur, et decimo illo suntelites; quod exinde in fisci dicionibus, tam de terra, vineas, mancipia vel undecumquae reddebetur, ipse vir ille habeat ex nostra indulgencia concessum, vel quidquid exinde facire voluerit, liberam habeat potestatem. — Von Interesse sind hier besonders die Worte: „et decimo illo *suntelites*“, Varianten des letzteren Wortes lauten: „suntellitis (A. 2 s. Zeumer a. a. O. S. 56 Anm. x) sunt ellitis (A. 3 ibidem); „Bignon conjecit: sumptus litis“ (Zeumer ibidem). Zeumer bemerkt hiezu (Anm. 3): „Decimarum illarum consuetudinem denuo sanxit Carolus imperator anno 813 LL. I p. 188 c. 7 (— es ist dies unser eben besprochenes Cap. Aquisgran., 813, edd. Boretius p. 17 —) Vgl. Waitz V.-G. II 2 p. 588, IV p. 106“ Anm. 4 zu „suntellites“: „Idem ni fallor, ac sincelites in formula quadam (saec. IX) extr. in codice San. Gall. (Roz. 766) ubi domesticus seu satelles imperatoris significari videtur“. Hiebei ist zu bemerken: die zuletzt erwähnte Stelle könnte an ein Wort wie syncellita (concellaneus) — Du Cange Bd. VII (1886) p. 688 — oder syncellus (dignitas ecclesiastica etc., Du Cange a. a. O. S. 688, 689, erinnern. Es ist mir aber wahrscheinlicher, dass wir es in suntelites (wie in „Sindleozes Auva“ monasterium apud Neugart, episcop. Constant., Pertz Mon. SS. II p. 427) mit einem deutschen zusammengesetzten Sub-

6. Die in c. 64 d. Cap. de villis enthaltene Bestimmung über die Feldausrüstung der Bagage des königlichen Hauptquartiers findet ihre Ergänzung durch c. 10 d. Cap. Aquisgran.

Ersteres lautet:

„Ut carra nostra quae in hostem pergunt basternae[1]) bene factae sint, et operculi[2]) bene sint cum coriis cooperti, et ita sint consuti, ut, si necessitas evenerit aquas ad natandum, cum ipsa expensa[3]) quae intus fuerit transire flumina possint, ut nequaquam aqua intus intrare valeat et bene salva causa nostra, sicut diximus, transire possit. Et hoc volumus, ut farina[4]) in unoquoque carro ad spensam[5]) nostram missa fiat, hoc est duodecim modia[6]) de farina; et in quibus vinum[7]) ducunt, modia XII ad nostrum modium mittant; et ad unumquodque carrum scutum et lanceam, cucurum[8]) et arcum habeant;" und hiezu gehört auch c. 68: „Volumus ut bonos barriclos[9]) ferro ligatos, quos in hostem et ad pala-

---

stantivum zu thun haben: **sind**, sinth (altd.) und sint (mhd.) = Reise, Weg, Ankunft, Unternehmen, Beginnen, was einem widerfährt, wie es einem ergeht, Reisezweck, Werbung, Botschaft (Schade, AWB. II S. 765), (wozu gehört: gasindi = Wegegenossen, Reisegefährten, Gefolgsleute, Hausmänner) u. A.; — und **lid**, lith; letzteres Wort lässt dreierlei Erklärungen zu: a., lid, lith (altd.) lît (mhd.) = poculum, fiala, sicera, latex, liquor, lyaeus = Getränke, künstlicher Wein, Obstwein, Würzwein (s. Cap. de villis c. 34, c. 45) altsächs. (Heliand) lith, starkes Getränk, Graff II 192, Schade I 553, ferner b. ein dem altnord. lit, isländisch lid (auxilium, auxilia, helfende Personen, Gefolge, Mannschaft) entsprechendes Wort, s. Schmeller, Bayer. W.-B. II S. 439, vgl. auch Weigand, W.-B. I S. 949, endlich c. litus, lidus, lito = höriger, halbfreier Diener, s. Jacob Grimm, R. A. 358 u. Weigand a. a. O. Man wird sich m. E. für eine der beiden letzteren Bedeutungen entscheiden müssen.

1) Basternae = altd. sambuch, sambuoch, sambûh, sambuch, sampôch = essedum, esseda, Sänfte, auch Streitwagen. Schade AWB. II 741; Diez W.-B. II c. 675. Es sind dies eben die Karren, welche für den Kriegsdienst, auch zum Transport von Kranken, Frauen u. s. w. bestimmt sind.

2) *operculi* die Dächer, Wagendächer.

3) *expensa* Fourage, Proviant.

4) *farina* s. unten c. 10 des C. Aqu. und c. 24 und c. 45 des C. d. vill.: „pistores qui similam ad opus nostrum faciant", solche müssen auf allen Hofgütern sein, (simila = Semmel, von gr. σεμιδαλίτης, σεμίδαλις feines Weizenmehl).

5) *spensa* Verpflegung, Verbrauch, Verwendung.

6) modius s. c. 9 u. Br. c. 24. S. unten S. 232, 233.

7) vinum s. auch C. de vill. c. 8, 48, 62.

8) cucurum altd. chochar, cohhar, Köcher. Schade I 503, Weigand I 616.

9) barriclos oder dolia = Fässer, ahd. littefass, Lidfaz, lîdfaz = lidvaz, lithfaz, Fass oder Gefäss für Obstwein, vas vinarium, poculum, in Brev. exempla c. 6 u. 7 (Staphinseie): *tine*, welches nach einer St. Galler Glosse s. X (Hattener S. 808) = zubar, also Tonne, Zuber.

tium mittere possint, indices singuli praeparatos semper habeant, et buttes ex coriis non faciant".

Die ergänzenden Vorschriften des c. 10 des C. Aquisgr. sind: „Ut regis spensa in carra ducatur, simul episcoporum, comitum, abbatum et optimatum regis: farinam, vinum, baccones [1]) et victum abundanter, molas [2]), dolatorias [3]), secures [4]), taretros [5]), fundibulas [6]), et illos homines qui exinde bene sciant jactare. Et marscalci regis adducant eis petras in saumas [7]) viginti, si opus est."

7. Das 18. Kapitel der Aachener Beschlüsse von 813 enthält eine Bestätigung und Ergänzung von c. 21, 36, 46 und 65 d. C. de villis, und das 19. Kapitel jener Beschlüsse bringt in der allgemeinen Dienstpflichtsatzung für den Villicus zahlreiche Einzelbestimmungen des C. de villis in Erinnerung, z. B. c. 7, 8 (servitium perficere), 27, 46 (aedificia emendet); c. 23, 35 (porcos nutr.); c. 14, 15 (jumenta); c. 44, 70 (ortos pomaria); 17, 34, 59 (apes); 18, 38 (aucas, pullos); 21, 45 (vivaria, pisces, vennas = piscatoria, septum ad intercipiendos pisces, Du Cange VII 271); 18 (molina);

1) *baccones*: 1. porcus saginatus, ustulatus (gesengt) et salitus (Du Cange). 2. petason aut perna (πετασών Vorderschinken, κέρνα Hinterkeule) So sind z. B. nach Brev. exempl. (s. S. 232) c. 25 u. 30, vorräthig im Hofgut Asnapium: baccones de anno praeterito X, novos CC cum minucia (Würste) et unctis (Speckseiten), vorräthig im Kloster Staffelsee (c. 7 ebenda): bacc. XX pariter cum minutiis, unctos XXVII (lardum überhaupt genannt, Br. c. 7, c. 25, c. 30). Vgl. C. d. villis c. 34; exungia ist gleiche smero leib, St. Galler Glossen edd. Hattemer S. 309. Vgl. auch Lörsch, Schroeder und Reiferscheid, Urkunden zur Geschichte des deutschen Privatrechts, Bonn 1881, S. 36 Anm. 1.

2) *mola* Handmühle, altd. quirn, churn, chwirna, mhd. kurn, kürne, kürn (Schade II S. 690). Auch zur Feldausrüstung röm. Soldatenabtheilungen gehörig.

3) dolatoria = dolabra, doloire, Schneidemesser, Hobeleisen, Bandmesser, Breitbeil, früher Streitaxt mit kurzem dickem Stil, Zimmermannswerkzeug. S. C. d. villis c. 42, hiezu Boretius p. 87 Anm. 61, inventarisiert in Staffelsee und Asnap. Brev. c. 7 u. c. 25, Boretius a. a. O. S. 252 Anm. 25. Glossen s. X (St. Gallen edd. Hattemer, pag. 244): sneid.

4) secures s. Br. c. 7 (7 in Staffelsee), c. 25 (2 in Asnap).

5) *taretros* = taradros = franz. tarières, der Bohrer (C. d. villis c. 42). Boretius a. a. O. S. 87 Anm. 63. Vgl. Epist. ad Fulradum, Boretius p. 168. terebros s. Br. c. 25 (2 vorräthig in Asnap). terebellus = „Nabager", von Nabe und Ger (Spiess, telum), s. Schmeller, Bayer. W.-B. II p. 61, St. Galler Glosse s. X (Hattemer S. 309).

6) *fundibula* = machina oppugnatoria, qua jactantur lapides, fondefle, Schleudermaschine; fundibulare, fundiblare = e fundibula lapides emittere. Du Cange a. a. O. p. 627. Ueber die fränkische Kriegsausrüstung s. auch Brunner, R. Gesch. II S. 208 ff.

7) *saumas* = Säume, Traglast eines Thieres, darnach eine bestimmte Gewichtsgrösse, ahd. der saum (Plur. saumâ), soum, mittell. sauma aus sagma, σάγμα = Packsattel, Packlast. Du Cange a. a. O. VII p. 269, Weigand II 531.

37, auch 36 (Ackerbaupflicht; die Pflicht, zu düngen, ist im C. de villis nicht erwähnt, das Aachener Gesetz setzt sie fest: terram aratoriam studeant femare); Rodungsgebot c. 36 (silva ad stirpandum), Lieferung an die Frauenarbeitsräume — genetien s. oben S. 213; c. 31, 43 (feminae servientes habeant lanam et linum u. s. w.). —

§ 13. So zeigt die genaue Betrachtung des Inhalts der drei hier zu erörternden Capitularien, in welcher Zeitfolge wir uns ihre Entstehung zu denken haben:

Das Capitulare de justitiis faciendis (s. oben S. 215) müssen wir in das Spätjahr 811, das Capitulare de villis in das Jahr 812 (s. oben S. 223)[1]) und das von Pertz I p. 187, Boretius p. 170 mitgetheilte Capitulare Aquisgranense in das Jahr 813 setzen (s. oben S. 224 ff.).

§ 14. Die Brevium exempla ad describendas res ecclesiasticas et fiscales (Pertz I 175 ff., Boretius p. 250 ff.) — echte oder (ganz oder theilweise) fingierte Berichte über Inventaraufnahmen zu Staphinseie (vermuthlich Kloster Staffelsee, Bist. Augsburg[2]), ferner aus Besitzungen des Klosters Weissenburg im Wormser Gau[3]) und endlich über Inventaraufnahmen zu Asnapium, einem vielleicht zu Gennep, s. w. von Cleve, gelegenen königlichen Hofgut, —[4]) stehen jedenfalls mit dem C. d. villis in irgend einer Verbindung; ob diesen theilweise nach Art von Formulae abgefassten, jedenfalls den mit der Visitation von Hofgütern betrauten königlichen Kommissären (Waltboten) als Anhaltspunkte dienenden und als Instructionen zugestellten Inventurberichten bereits das Capitulare de villis als maassgebende Norm und rechtskräftige Verordnung zu Grunde liegt, oder ob nicht etwa umgekehrt jene Berichte als Anhaltspunkte bei der Abfassung des Capitulare de villis dienten und dann allerdings auch noch die erwähnte Verwendung pro informatione fanden, lässt sich nicht mit Sicherheit behaupten. Boretius nimmt das Erstere an; auf ihn scheint insbesondere der Satz 29 des Berichts über das Hofgut Asnapium:

„Mensuram modiorum et sestariorum ita invenimus sicut et in palatio“

1) Das Jahr 812 nimmt auch Eckard 1729, ferner Pertz (LL. I p. 181), Gengler a. a. O. S. 634, Erler a. a. O. S. 64; Dahn, Urgeschichte Bd. IV S. 52, Letzterer allerdings mit ? an. — Der Schreiber der Handschrift, welche den Kaisertitel beifügt, de villis et curtis imperialibus, ist wohl auch Denjenigen beizuzählen, die das Cap. nach 800 entstehen lassen. —

2) Brevium exempla c. 2—9, Boretius p. 250—252.

3) Brevium exempla c. 10—24, Boretius p. 252—254.

4) Brevium exempla n. 25—39; Boretius p. 254—256.

in dieser Richtung bestimmend eingewirkt zu haben, er glaubt, dass sich dieser Satz auf den in c. 9 d. C. d. villis enthaltenen Befehl des Kaisers beziehe:

„Volumus ut unusquisque iudex in suo ministerio mensuram modiorum, sextariorum — et situlas pro sextaria octo — et corborum eo tenore habeant sicut et in palatio habemus".

Zwingend ist dieser Schluss nicht, wenn man bedenkt, dass die Hofgüterordnung in jenem c. 9 nicht etwa neu diese Maasse erst einführt, und dass der Asnapische Bericht auf das Detail — situlae — und die corbes in jenem Satz 29 nicht eingeht (— die corbes, Körbe, werden aber in Satz 25 ausdrücklich als Getreidemaass angeführt —), und in Satz 25 ein kleineres Maass, modios ad minorem mensuram erwähnt.

§ 15. Enger als durch die Bezugnahme auf die Maassordnung wird der Zusammenhang zwischen jenen Berichten und dem Cap. de villis hergestellt durch die Aufzählung der Gartengewächse, insbesondere der Heilpflanzen; mit Ausnahme einer einzigen Pflanze (vittonica) sind die in Asnapio fisco vorgefundenen Pflanzen (c. 29 der Brev. ex.) alle auch im Capitulare de villis c. 70 genannt, die erwähnte einzige Pflanze — bethonica officinalis — steht in c. 29 des Inventars an letzter Stelle, ist also angehängt, an die nach dem officiellen Erlass zu bauende Pflanzenreihe; die im Capitulare an erster Stelle genannte Lilie steht auch im Bericht c. 29 an erster Stelle; das räthselhafte costum [1]) ist im Bericht c. 29 an

1) *costum*, das dreimal und stets an so hervorragender Stelle genannte, soll, nach Meyer in Uebereinstimmung mit Sprengel und Ress, wie schon nach Gesner, de hortis German., balsamita vulgaris, nach Anton aber der arabische costus sein (Ernst H. F. Meyer, Geschichte der Botanik Bd. III Königsberg 1856 S. 404). Nach einer Aeusserung der „Apothekerzeitung" vom 26. Nov. 1892, welche durch freundliche Vermittelung des Herrn Fr. Kunze d. J. veranlasst wurde, ist unter Costum Tenacetum balsamita L. zu verstehen (F. A. Flückiger, Bern); eine andere Notiz ebenda (gezeichnet W.) macht darauf aufmerksam, dass schon Dioskorides drei Sorten von Costus unterschied, arabischen, indischen und syrischen: die herba costi — so fährt jene zweite Notiz in No. 95 der Apothekerzeitung fort — ist balsamita vulgaris = tanacetum B aus Südeuropa, das Kraut wurde als aromatischer Thee, die Früchte gegen Spulwürmer verwendet; im Mittelalter war sie bereits in unseren Gärten; der Name Costus hortorum (herba et fructus Costi) stammt von Walafridus Strabo „letzteres ist das Costum des Capitulare". So die mit W. unterzeichnete Notiz a. a. O. Unter den von dem genannten Mönche Walafridus Strabo (oder Strabus, geb. 807, einem Schüler des Hrabanus Maurus) besungenen 23 Pflanzen finde ich übrigens costum so wenig wie balsamita oder tanacetum genannt. Vgl. Meyer, Gesch. der Bot. III S. 425. Uebersehen darf nicht werden, dass sowohl im C. de villis wie in den Berichtsformularen ausser costum ausdrücklich auch noch das tanacetum

zweiter Stelle, c. 37 gar an erster Stelle, unter den 73 Gartengewächsen des Cap. de villis als viertes genannt; die in der letztgenannten Verordnung unmittelbar hintereinander genannten apium und levisticum stehen auch im Asnapischen Bericht neben einander; die für die an beiden Stellen genannten Pflanzen gebrauchten Namen sind trotz der bereits zur karolingischen Zeit vorhandenen Mehrheit von Benennungen für ein und dieselbe Pflanze doch offenbar dieselben; es sind nicht die volksthümlichen, nicht die altdeutschen lateinisierten [1]), und nicht lateinische germanisierte, auch nicht die von den griechisch schreibenden Aerzten der vorausgehenden Jahrhunderte angewandten Namen, deren sich Capitulare und Berichte bedienen, sondern es sind die unter den Kirchen- und Vulgärlatein schreibenden und sprechenden Mönchen [2]) gebräuchlichen und von ihnen aus in die staatlichen Verwaltungsvorschriften und Berichte übergegangenen und auf diesem Wege sich behauptenden Pflanzenbezeichnungen. Der jener Sprache und dieser

---

(Cap. de villis tanazitam, bev. ex. c. 29, ebenso c. 37 tanezatum) genannt wird. Zur sachlichen Aufklärung kann vielleicht auch das von Boretius (a. a. O. S. 86, Anm. 47) mitgetheilte Recept dienen, wonach im neunten Jahrhundert zur Besserung von Maulbeerwein auch costum verwandt wurde: si volueris mittes cenamo, gariofle, costum et spicanardi tantum.

1) z. B. Alium (botan. allium sativum, Knoblauch) heisst in St. Galler Glossen s. X chlonoloch (Hattemer, p. 289), anetum (bot. anethum graveolens, Dill.) heisst ebenda s. X tille (Hattemer a. a. O.), apium ebenda epphi, ascolonica: asclouh, balsamita sisumbra, beta: peta piozza (Hattemer S. 290); cerfolium: cheruola (Hattemer S. 289), coriandrum (bot. coriandrum sativum) heisst im St. Galler Gloss. coliandrum: chullintar (Hattemer S. 289), die im Capitulare erwähnte und in Asnapio fisco vorgefundene „savina“ (bot. sabina, Sadebaum, eine in der Volksmedicin althergebrachte Heilpflanze, deren äth. Oele innerlich als heftiges, bluterhitzendes, stark auf das Uterinsystem wirkendes Mittel und äusserlich gegen Geschwüre und Knochenfrass gebraucht wurden) heisst in dem von Johannes Schmidt im Hermes Bd. 18 (1883) S. 251 ff. herausgegebenen medicinisch-botanischen Glossar von Siena (wohl s. X), „artiotitas: pomas juniperi“ bei Dioscorides *A*, *Κεφ. ργ'*: *Ἄρκευθος* s. Schmidt a. a. O. S. 520, N. 15, ebenda s. Paulus von Aegina 614, F. Levisticum, das ebenfalls sowohl im C. d. villis wie im Asnapischen Bericht sich findet, wird in einer St. Galler Glosse s. X genannt „lubisticum, lubistechal“ hzt. = Liebstöckel, früher als Brustmittel gebräuchlich. Mismalva (bot. altaea officinalis) heisst im Glossar ibischa und althaea, wird aber sowohl im Cap. d. villis wie im Bericht von Asnapium (c. 37) als mismalva aufgeführt. Satureia ist altd. chlenula (Hattemer S. 289), Tanazita (Tanacetum vulgare, als Wurmmittel, auch gegen Magenkrampf und Zahnweh in der Volksmedicin gebräuchlich) heisst in den St. Galler Glossen s. X: „reiniuano“ jetzt Reinfarn (Hattemer a. a. O. S. 291).

2) z. B. von Walafridus Strabus, s. vorige Seite Anm. 1 und Meyer, Gesch. d. Botanik III S. 425.

Bezeichnungen kundige, vermuthlich klerikale missus dominicus, welcher das Inventar eines Kloster- oder herrschaftlichen Gartens zuerst aufnahm, wandte dabei die ihm bekannten Namen der Küchen- und Heilgewächse an, und wie die späteren Inventaraufnahmen, so acceptierte auch der Verfasser des Capitulare de villis eben jene in der Klostersprache gebräuchlichen Pflanzenbezeichnungen.

§ 16. Der Verfasser des Capitulare de villis: Man ist geneigt, die Initiative zu den Regierungsmaassnahmen und Verordnungen aus der Zeit Karls d. Grossen stets diesem grossen Fürsten persönlich zuzuschreiben, und man trifft damit gewiss in vielen Dingen das Richtige[1]). Aber nicht minder ist bekannt, wie diesem imposanten Herrscher auch die schon damals nicht weniger als später zum Herrschen nothwendige Gabe verliehen war, die richtigen Berather für seine Thaten zu finden! Es ist dann freilich in der Regel dabei nicht festzustellen, wie weit des Herrschers eigener Plan und wie weit des Berathers einsichtige Prüfung und Kenntnissfülle reichte — auch hinsichtlich des C. de villis wird es so sein und bleiben, aber über die Person des Berathers darf wenigstens eine bescheidene Vermuthung gewagt werden.

Sie dürfte nicht zu gewagt sein! Von vornherein ist es als wahrscheinlich anzunehmen, dass die Anordnung der Inventarisation und der pfleglichen Behandlung der Hofgüter von klerikaler und klösterlicher Seite ausging: lange vorher hatten schon die Klöster ihre ausführlichen Inventare, ihre codices traditionum, Urbarien und Register[2]), und an diese knüpft offenbar die oben S. 215 besprochene Vorschrift des Cap. de justitiis faciendis von Boulogne sur mer (c. 7, Boretius p. 177) an. Auch in den drei Beispielen von Berichtsformularen oder Berichtsvorbildern sind zwei klösterlich: Staphinseie und Wizenburch. Auch die Sprache z. B. in den Pflanzenbezeichnungen, wie schon Anm. 1 u. 2 v. Seite erwähnt, deutet auf klösterlichen Ursprung. Nun wissen wir, dass am Hofe Karls oder in dessen Nähe wenigstens von 807 an ein Benedictinermönch

1) Vgl. Waitz, V. G. III 519 ff.

2) Vgl. z. B. Codex Laurishamensis. Ueber das Urbar von Prüm s. Beyer im Mittelrhein. Urkundenbuch I S. 142. — Ueber das polyptychon Jrminonis abbatis sive liber censualis antiquus monasterii sancti Germani Pratensis, s. Guérard, polyptyque de l'abbé Jrminon, Paris, T. I u. II 1844; Nitsch, Geschichte des deutschen Volkes I S. 214. Wenn Nitsch a. a. O. sagt, die königlichen Güter wurden Musterwirthschaften für das ganze Reich, insbesondere für die kirchlichen Verwaltungen, so ist das gewiss richtig, aber mit der geordneten Aufzeichnung haben die Kirchen und Klöster den Anfang gemacht, und die weltlichen Verwaltungen sind ihnen gefolgt.

weilte, der nach Allem, was wir von ihm erfahren, wie geschaffen war, die Hofgüterverwaltung finanziell und socialpolitisch richtig zu regeln und dieser Regelung auch den zutreffenden Ausdruck zu verleihen: „nam in praeceptis rei rusticae sagacissimus erat", so rühmen von ihm die Gesta abbatum Fontanellensium c. 17 (Pertz, SS. II p. 293), — es war Ansegis, der später (823) Abt von St. Wandrille (Fontenella) wurde und dann die nach ihm benannte Capitulariensammlung anlegte. Was die erwähnten gesta abb. Font. von diesem Manne rühmen, lässt selbst nach Abzug der auf die Beredsamkeit seines Lobredners allein zu rechnenden Epitheta so viel des Bedeutenden und zwar gerade auf dem Felde wirthschaftlicher Arbeit Bedeutendes übrig, dass die hervorragende Stellung, welche Ansegis bei Karl und dessen Sohne einnahm, durchaus begreiflich wird. Und zwar liegt die Kraft und Wirksamkeit des Abts gerade auf demjenigen Gebiete, auf welchem auch die Bedeutung des Cap. d. villis liegt. Und Ansegis besass gerade dasjenige Talent und diejenigen Kenntnisse, auf welche es bei der Abfassung einer Hofgüterordnung ankam[1]): Orga-

1) Duae vero clarissimae virtutes in eo maxime refulgebant, quarum prima illi fuit bene vivere, secunda recte docere. Denique tenente locum regiminis huius coenobii Geroaldo abbate, propinquo suo, hoc accessit monasterium, tonsuramque capitis ab eo suscepit. Deinde non multo post ad palatium eum perducens, in manus gloriosissimi regis Caroli commendare studuit. Defuncto vero Geroaldo, Trasarius hoc adeptus est coenobium, ac non post multum temporis praefatus domnus Ansigisus Flaviacum monasterium, quod sanctus Geremarus fundavit ac corpore requiescit, quod est situm in pago Bellovacensi, a domno rege Carolo in praecarium accepit, anno videlicet incarnationis domini Jesu Christi 807, qui erat annus magni Caroli ex quo rex Francorum constitutus est 39, ex quo vero Imperator et Augustus appellatus est annus 7. Quod fere aedificiis destitutum ac in egestate redactum atque relictum invenit; sed intra pauci temporis spatium nobili sua industria recuperare studuit. Omnia namque aedificia, et publica et privata, ipse ibidem eliminatis atque proiectis iis quae vetustate consumpta fuerant, a fundamentis construi, atque in maiori elegantia restaurari fecit, veluti cunctis illo advenientibus palam est. Nam in praeceptis rei rusticae sagacissimus erat; unde factum est, ut diversarum frugum maxima illi copia nunquam deesset, quam semper larga manu cunctis indigentibus erogare noverat. Erat namque eleemosynarius valde pauperumque refector, profluus ditator ac defensor ecclesiarum, clericorum nutritor, monachorum verissimus pater, peregrinorum laetissimus susceptor, viduarum ac pupillorum maximus adiutor. Denique ante Flaviacense coenobium duo alia ad regendum ab invictissimo rege Carolo ei commissa fuerant coenobia; unum quod est situm prope muros urbis Remensis et in honore sancti Sixti, primi eiusdem urbis praesulis, constructum, et est in ditione eiusdem civitatis; alterum in territorio Catalaunici castri, quo sanctus episcopus Memmius corpore quiescit humatus. Quibus desertis, Flaviacensis rector constituitur anno supra scripto. Praeterea dum praedictum Flaviacense coenobium iure precarii

nisations- und Verwaltungstalent, — Beweis: die Reorganisation mehrerer Klöster, die des Königs Sorgfalt ihm anvertraut, namentlich die Wiederherstellung ihrer Gebäude und wirthschaftlichen Verhältnisse; ferner umfassende landwirthschaftliche Kenntnisse — in praeceptis rei rusticae sagacissimus; nicht minder Einsicht in die socialen Verhältnisse, auch in die Nothlage der arbeitenden Bevölkerung, — pauperum refector, larga manu cunctis indigentibus erogare noverat u. s. w.; endlich vollständige Kenntniss der juristischen Verhältnisse, — Beweis: die Capitulariensammlung, die seinen Namen trägt, die Ernennung zum exactor operum regalium im Palaste zu Aachen und die erfolgreiche Verwendung zu verschiedenen legationibus (diplomatische Gesandtschaften? oder Sendbotenaufträge? Vielleicht beides). Es ist vielleicht nicht zu gewagt, wenn ich in der Biographie des genannten Abts von St. Wandrille sogar einige Züge finde, welche an die Vorschriften des C. de villis erinnern, z. B. wie dafür gesorgt wird, dass Getreide in hinreichendem Maasse vorräthig sei [1]), dass die Gebäude wohlverwahrt und in gutem baulichen Zustande erhalten seien [2]). Ganz besonders aber erinnert an das Capitulare de villis das Detail der „Constitutio Ansegisi Abbatis quam servis Dei isto in coenobio degentibus de victu ac vestitu instituit" (Pertz a. a. O. p. 299, 300): man sieht an Diesem und Allem, dass Ansegis in der That ein Mann war, welcher bene vivere auch im Sinne klösterlicher Kultur wohl verstand und das Dasein der ihm Unterstellten menschenwürdig zu gestalten und durch Regeln fest zu umgrenzen wusste, — von gleicher Absicht ist auch der Verfasser des C. de villis geleitet. Aber — könnte man einwerfen — ist es nicht auffallend, dass Ansegis das C. d. villis, von welchem wir annehmen sollen, dass es in der Hauptsache sein Werk ge-

---

ac beneficii teneret, etiam exactor operum regalium in Aquisgrani palatio regio sub Heinhardo abbate, viro undecunque doctissimo, a domino rege constitutus est. Quod nobilissime administravit, atque in cunctis operibus suis prudenter se agebat. Plurimis vero eiusdem regis iussu legationibus strenuissime functus est.

1) Man vergleiche z. B. C. d. villis c. 30, 31, 32, 38, 55, 62, 20 mit den in voriger Anmerkung mitgetheilten Thatsachen über den Fruchtertrag der Klöster.

2) Man vergleiche z. B. C. de villis c. 41, 27, 46, 49, mit den auf die Bauten bezüglichen Stellen in obigem Bericht (Anm. 1 vorig. Seite und Pertz II p. 296: Aedificia autem publica ac privata ab ipso coepta et consummata haec sunt (es folgt nun eine genaue Beschreibung seiner Bauten). Die im Capitulare de villis c. 46 gegebene Vorschrift: die Amtmänner sollen mit den Baureparaturen nicht warten bis der Verfall soweit vorgeschritten ist, dass ein Neubau nothwendig wird, würde ganz besonders begreiflich von einem Manne ausgehen, der soviel mit ruinos gewordenen Bauten zu thun hatte, wie Ansegis von Fontanella.

wesen, nicht in seine Sammlung aufgenommen hat? Die Weglassung kann verschiedene Gründe haben: das C. d. villis ist, wie erwähnt und schon von Guérard hervorgehoben, kein wirkliches Capitulare (s. S. 209), sein Geltungsgebiet ist keineswegs das ganze Frankenreich, oder auch nur ein ganzes Stammgebiet, sondern unserer Meinung nach nur Nordfrankreich, vielleicht veranlasste dieser Umstand in Verbindung mit jenem den Abt, das C. nicht seine Sammlung einzuverleiben, vielleicht auch erschien ihm die erforderliche Publicität und Festigkeit der wichtigsten Bestimmungen des C. d. villis bereits durch das Aachener Capitulare von 813 gegeben[1]). Selbstverständlich wäre nicht ausgeschlossen, dass Karl sich neben Ansegis auch anderer Berather bedient habe, und als ein solcher darf auch Adalhard, Abt von Corbie (Alt-Korvei, Corbie in der Picardie), gedacht werden (geb. 753, gest. 826), welcher ein Verwandter des Karolingischen Hauses war und einen leider verloren gegangenen libellus de ordine palatii schrieb[2]).

III.

§ 17. Das Geltungsgebiet des Capitulare de Villis umfasst nicht die ganze fränkische Monarchie, die Karl's Scepter im Jahre 812 beherrschte, die Frage ist bereits oben (S. 225, 226, 238) berührt, verdient aber noch eine genauere Untersuchung.

Schwerlich hat die Hofgüterordnung für das bajuwarische Herzogthum gegolten. Dort hatten die Frankenkönige, obgleich sie das Land selbstverständlich wiederholt besuchten und auch in der alten Herzogstadt an der Donau, zu Regensburg, wiederholt Hof hielten, so Karl d. Gr. in den Jahren 788, 791, 792 u. 793, ausser den in der divisio regnorum[3]) genannten zwei Villen Ingoldestat und Lutrahahof, wohl kaum ein nennenswerthes Hofgut, dessen Verwaltung von der Centralstelle des Reiches aus zu regeln gewesen wäre. Baiern nahm die Aufmerksamkeit der Frankenkönige

1) Ueber Ansegis v. Fontanella s. Stobbe, Rechtsquellen I 231 ff., Boretius, a. a. O. p. 382 ff., W. Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen Bd. I (5. Aufl.) 1885, S. 207, 208, P. Hinschius, in Herzogs Real-Encycl. I 422. O. Schmid, in Wetzer u. Weltes Kirchenlexicon (2 Aufl. Hergenröther u. Kaulen) 1882 Bd. I S. 883, A. Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands, II. Theil, Leipzig 1890, S. 170. Ulysse Chevalier, Repertoire d. sources hist. Paris 1877 I p. 131.

2) Vgl. acta sanctorum juni I S. 96 ff., Pertz, Monumenta Germaniae historica SS. II S. 524 ff., Wattenbach, Deutschlands Geschichtsquellen I[6] 235 ff., Prou, Hincmar de ordine Palatii S. 32, Anm. 1, S. 98, H. Brunner, Deutsche Rechtsgesch. Bd. II, S. 96.

3) Anno 806 (s. Boretius S. 126 ff., Pertz LL. 140, Dahn, Urgeschichte Bd. III, S. 115 ff. Einhardi Annal. ad annum 806.)

fortwährend von drei anderen Gesichtspunkten aus dergestalt in Anspruch, dass ein Interesse an einem detailiert geregelten Hofbesitz wohl kaum für den König in Frage kam. Dort handelte es sich um die Suprematie des Frankenreiches im Allgemeinen, um die Kämpfe mit den Avaren und um die Regelung kirchlicher Verhältnisse. Für Grunderwerbungen auf bairischem Boden selbst war für die Frankenkönige mindestens in der letzten Zeit der Karolinger kaum noch ein Raum. Ausserordentlich ausgedehnt war der Grundbesitz der bairischen Klöster, von denen z. B. Tegernsee zu jener Zeit 11866 Mansen besass [1]), und dass sich seit 791 durch das ganze neunte Jahrhundert hin bairische Ansiedler in das den Avaren abgenommene Land östlich von der Enns auswandernd ergossen, beweist, wie stark damals die Besiedelung der altbairischen Stammlande gedichtet war [2]). Das Cap. de villis würde auf die in Baiern etwa vorhandenen fränkischen Hofgüter keine Anwendung haben finden können. Das karolingische Capitulare kennt die in Baiern, wie man annimmt, seit der Römerzeit betriebene Alpenwirthschaft nicht, es kennt nicht die Sömmerung der Rinderherden auf den Almen und deren herbstlichen Abtrieb zu Thale, es kennt nicht die hiermit zusammenhängenden Koppelhutverhältnisse. Die Fischerei wird im C. d. villis zwar erwähnt, aber doch nur mit Bezug auf geschlossene Gewässer, Vivarien u. dgl., nicht aber mit Rücksicht auf die weiten und fischreichen Seeen des bairischen Stammlandes und die daselbst bestehenden Regalien. Auch der Bergbau, der in der Salzburger Gegend, in der Rauris und auf dem Nassfeld u. s. w., wohl seit der Römerzeit betrieben ward und jedenfalls im eilften Jahrhundert bereits dort blühte und auch Gold förderte, würde, wenn sich unser Capitulare auf Bajuwarien bezogen hätte, jedenfalls ganz anders erwähnt worden sein, als in den Worten des cap. 62: quid . . . . . de ferrariis et scrobis, id est fossis ferrariciis vel aliis fossis plumbariciis. Dazu kommt, dass das Capitulare nicht der Raubthiere des Gebirges, von denen die Luchse und die Bären auf jenen Höhen doch mindestens ähnliche Maassnahmen wie die Wölfe [3]) am Rande der Ardennen erheischt hätten, nicht des Holzflössens, nicht der Gebirgswege und Saumthiere gedenkt, welch' letztere wenigstens in dem südlichen Theil Bajuwariens sicherlich

1) Von Jnama, Grundherrschaften S. 82, Riezler, Geschichte Bayerns I S. 185.

2) S. Riezler a. a. O. S. 184 ff.

3) S. oben S. 227.

in jener Zeit schon gebräuchlich und den Zeitgenossen Karls bekannt waren [1]).

Ein Theil dieser Erwägungen spricht auch dafür, dass das Cap. de villis nicht in Allamannien gegolten habe. In Bezug auf die beiden Herzogthümer Baiern und Schwaben mag wohl auch dies noch als ins Gewicht fallend hervorgehoben werden, dass für diese das Wort judex eine ganz andere Bedeutung hat als im fränkischen Capitulare. Hier ist er Domänenverwalter, dort Rechtweiser im Ding, ein Urtheilfinder, dem der Umstand sein Vollwort leiht [2]).

Dass es in Aquitanien Anwendung gefunden, ist ebenso sehr zu bezweifeln. Die politische Lage in Aquitanien gestattete bis in die letzten Jahre der Karolingischen Herrschaft wohl kaum eine friedliche Ausdehnung und Bewirthschaftung königlicher Hofgüter; dort waren die Verhältnisse durch Ludwig des Frommen schwache Regierung in Bezug auf die Krongüterverwaltung schon zu Karls d. Gr. Zeit sehr getrübt. Die aquitanischen Grossen nutzten Ludwigs Unerfahrenheit aus, um die Krongüter an sich zu reissen, sodass es des Eingreifens Karls bedurfte, um dieselben wieder einzubringen [3]). Das Capitulare de villis beschäftigt sich überhaupt nicht mit Ländern, welche südlich der Loire gelegen sind, des Stromes, welcher in Bezug auf Flora wie auf Fauna eine deutliche Grenze durch das Frankenreich zieht [4]). Es fehlen im Capitulare die südlichen Früchte und die Blumen des Südens, während andererseits aus der apodiktischen Sprache des Capitulare hervorgeht, dass die erwähnten Pflanzen im ganzen Geltungsgebiet desselben gebaut werden sollen, letzteres also auf einen verhältnissmässig engen Raum beschränkt gewesen sein muss. Auch dass nicht die Gewinnung von Pech, dessen man zum Dichten der Basternen und Tonnen bedurfte, und welches die Römer vom Rhone [5]), die Späteren aus Alpenwäldern bezogen, auch nicht der Bau von Hopfen, welcher bei der Bierbereitung offenbar durch andere Mittel nur mangelhaft ersetzt werden konnte, so dass, wie sich aus dem Capitulare c. 34 und 45 ergiebt, das Bier nicht transportabel war [6]), im Capitu-

---

1) Vgl. V. Hehn, Culturpflanzen S. 117 ff.

2) H. Brunner, Deutsche Rechtsgesch. Bd. I, S. 150 und die in den Noten 33—37 angegebene Literatur und Quellen.

3) B. Simson in der Allgem. Deutschen Biographie, Bd. XIX, S. 397.

4) Vgl. Berghaus, Physikalischer Atlas, (Gotha, Justus Perthes, 1886) insbes. die Tafeln No. 29, 45, 47, 48, 52, 55 u. a.

5) Vgl. Hehn, Culturpflanzen S. 168.

6) Der Hopfen soll den Franken durch die Slaven bekannt geworden sein;

lare erwähnt wird, darf vielleicht zur Bestimmung der Geltungsgrenzen herangezogen werden.

Als das Wahrscheinlichste ergiebt sich, dass das salfränkische Stammland, die Gegenden, von welchen die Reichsgründungen Chlodwigs und Karls ausgingen, und die welthistorischen Walstätten von Soissons und Chalons s. M., von Valmy, Waterloo und Sedan umschlossen werden, die Gegenden, in denen die Hauptmasse der in den Lebensbeschreibungen Karls des Gr. erwähnten Hofgüter gelegen war, das Geltungsgebiet unseres Capitulare bilden, dasselbe trifft alsdann zusammen mit dem durch die Bezugnahme auf die lex salica bestimmten Geltungsgebiete des Cap. Aquisgr. von 813. (Vgl. oben S. 225.)

IV.

§ 18. Die Mehrzahl der älteren Schriftsteller, welche sich mit der Besprechung des Cap. d. villis befassten, haben dessen Bedeutung für die Kenntniss der Landwirthschaft der Karolingerzeit an die Spitze ihrer Betrachtungen gestellt[1]). Sieht man aber genauer zu, so findet man, dass unser Wissen von der Technik jener Landwirthschaft wenig oder garnicht berührt wird. Wir erfahren aus dem Cap. d. villis Nichts über Brache und Fruchtwechsel, über Düngung (diese ist, wie oben S. 232 erwähnt, erst im Cap. Aquigr. von 813 angeordnet) und Getreidearten, Nichts über Sommer- oder Wintersaat, Nichts über Ackergeräthe, Nichts über Be- und Entwässerung u. s. w. Nur das c. 32 kann allenfalls auf die Technik des Ackerbau's bezogen werden, insofern es den Bezug des Saatkorns von auswärts anordnet, also dem heutigen landwirthschaftlichen Gebrauche entspricht, den Acker nicht aus seinem eigenen Ertrage zu besäen. Dass der Pferdezucht an mehreren Stellen des Capitulare gedacht wird (c. 13, 14, 15 u. 50), entspricht der ausserordentlich grossen Bedeutung, welche das Pferd in der Karolingischen Zeit für den Staat, für den königlichen Hof und für den immer mehr in den Vordergrund tretenden militärischen Reiterdienst besass[2]).

---

ein Menschenalter nach Karl d. Gr. beginnt seine Erwähnung in den fränkischen Urkunden und zwar zuerst im Polyptychon Irminonis, s. Hehn, Culturpflanzen S. 415 ff.

1) Auch K. W. Volz, „Beiträge zur Kulturgeschichte. Der Einfluss des Menschen auf die Verbreitung der Haustiere und der Kulturpflanzen". (Leipzig 1852), der sich eingehend (S. 177—188) mit dem C. d. villis beschäftigt, würdigt nur die landwirthschaftlichen, kaum die finanziellen und garnicht die socialpolitischen Verdienste Karls d. Grossen in diesem Cap.

2) Vgl. Stenzel, Versuch einer Geschichte der Kriegsverfassung Deutsch-

Offenbar war kein Bedürfniss vorhanden, die landwirthschaftlich technischen Angelegenheiten von oben herab zu regeln, sie konnten bei der gewiss sehr einfachen Gestaltung und gewohnheitsmässigen Behandlung derselben völlig dem Ermessen der Maier und anderer untergeordneter Organe überlassen werden.

§ 19. Andere Schriftsteller, so namentlich die Rechtshistoriker vom Fache, heben die finanzielle Bedeutung der im C. d. villis enthaltenen Vorschriften hervor, so namentlich Brunner, Dahn, Schroeder a. a. O.; auch Lamprecht weist darauf hin, wie die Einnahmen des Königs überwiegenden Theils aus den Erträgen der fiskalischen Landwirthschaften bestanden, die in Geld umzusetzen das geringe Leben der Volkswirthschaft noch nicht gestattete: „und da es ferner die schlechten Verkehrsverhältnisse unmöglich machten, diese Erträge nach wenigen Punkten des Reiches zum Gebrauch des Herrschers und seines Hofes zusammen zubringen: so blieb dem König nichts übrig, als persönlich mit Hof und Familie von Pfalz zu Pfalz zu ziehen und seine Einkünfte da zu verzehren, wo sie gewachsen waren“ [1]). Der Staat war auch in der Karolingerzeit selbstverständlich in erster Linie ein Machtwesen, und die Obrigkeit, vor Allem das Staatshaupt, die staatsbildende Kraft und der wichtigste staaterhaltende Factor [2]). Um den Willen des „herrschenden Gemeinwesens“, d. i. des Staates, geltend machen zu können, nöthigenfalls unter Anwendung der äussersten Gewalt, bedurfte und bedarf dasjenige Organ, welches zur Geltendmachung des Staatswillens berufen ist, materieller Machtmittel, solche schuf dem grossen König Karl in

---

lands S. 93, 303, Waitz, V. G. Bd. IV, S. 462, H. Brunner, R. Gesch. II 207 ff., Martin Baltzer, Zur Geschichte des deutschen Kriegswesens in der Zeit von den letzten Karolingern bis auf Kaiser Friedrich II. (Leipzig 1877) S. 2. Wie hoch die Pferdezucht gehalten wurde, kann wohl auch daraus geschlossen werden, dass sich der Dichter des Heliand die Hirten, denen der Engel nach dem Lucas-Evangelium die Geburt des Erlösers verkündet, als Rosshirten vorstellt („. . . . unardos antfundun thea thar ehuscalcos uta unarum . . . uneros an unahtu uniggeo gomean“), E. Sievers, a. a. O. Heliand, Monac 387 ff., S. 31, Koene, Heliand S. 24, und dass nach der lex Saxonum, c. 29, der einfache Pferdediebstahl mit dem Tode bestraft wird.

1) Lamprecht, Deutsche Geschichte Bd. II S. 55.

2) Vgl. P. Kloeppel, Gesetz und Obrigkeit (1891), aber auch ebenso schon Gierke, Zeitschr. für die gesammte Staatswissenschaft Bd. XXX (1874) S. 304 ff., 319 u. a., Max Seydel, Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre 1873, S. 18, 19, 30 ff., F. Dahn, Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft Bd. III, K. Gareis, Allgemeines Staatsrecht in Marquardsen's Handbuch des öffentlichen Rechts I, 1883, S. 10, 16 u. a.

erster Linie der Ertrag seiner Krongüter, und unser Capitulare sucht ihm diesen Ertrag in der den Rechtsvorschriften möglichen Weise zu sichern, daher das Verbot der Entfremdung der Produkte und der Arbeitskräfte, die Bestimmungen der c. l. 3, 12 u. a. unseres Capitulare, daher die scharfe Trennung der dem Judex zukommenden Reichnisse u. s. w. von dem dem Hof gebührenden Gutsertrage, wovon oben § 8 ff. gesprochen wurde, daher das im C. d. villis nur angedeutete, in den Aachener Reichstagsbeschlüssen von 813 aber schärfer hervortretende Streben, das Krongut zu bessern und zu mehren (s. oben § 12, 1), daher die Vorschrift der Buchung, Bereithaltung des Vorraths, der Hauptabrechnung zu Weihnachten (c. 62) u. s. w., kurz die finanzielle Bedeutung des Cap. de villis ist ausser Frage.

§ 20. Sie wird aber überragt von der socialpolitischen Tragweite des Cap. de villis und der damit zusammenhängenden oben § 6 S. 215—217 erörterten anderen Verordnungen Karls d. Gr. Auf diese Bedeutung des Systems der grossen Grundherrschaften, welchem die angeführten Karolingischen Verordnungen dienen, unter Heranziehung reichsten historischen und statistischen Materials klar und ausführlich aufmerksam gemacht zu haben, ist das dauernde Verdienst Gierke's und von Inama's[1]). Was nach Diesen hier noch ausgesprochen werden kann, muss nothwendig nur den Character bestätigenden und im Detail ausführenden Beiwerks haben. Bei der Beurtheilung der socialpolitischen Maassregeln muss von dem einerseits zersetzenden, andererseits neu concentrierenden Einflusse der Stammeswanderung und der Landeroberungskämpfe der Franken ausgegangen werden; wie die Völkerwanderung überhaupt, so wirkte auch die Wanderung der Salfranken, so klein sie im Verhältniss zu den Zügen anderer Germanenstämme auch war, doch zersetzend auf die vorher und am Anfang der Wanderung bestehenden Verhältnisse ein, freilich kennen wir diese letzteren nur wenig durch directe und positive Mittheilungen, mehr durch leicht trügende Ahnungen und Schlussfolgerungen, aber soviel ist sicher: das stark individualistische Einzelwirthschaftsleben, dem als associierendes Mittel nur der Verwandtschaftsverband und vielleicht in Kämpfen noch die engbegrenzte Führerschaft eines vielleicht adeligen Häuptlings oder Gaufürsten zur Seite stand, war schon zu Chlodwig's Zeit unmöglich und unzureichend geworden und aufgegeben. Die Sippe hatte

1) Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. I (1868), insbesondere S. 99 ff.; K. T. von Inama-Sternegg in den beiden oben S. 211 angegebenen Werken.

nicht mehr die alte Kraft, und hätte sie sie gehabt, so wäre sie doch unzureichend gewesen. Ein auf dem Ruhme uralten Geschlechtes beruhender Gau- oder Kleinadel war, abgesehen von den Merovingern, vielleicht entweder nie vorhanden bei den Salfranken oder weggefegt in den Kämpfen des einen Häuptlings, des Stammkönigs. Die Marschformationen, die der landerobernde Zug aus den zahlreichen Gemeinfreien des Volkes, aus den Einzelnen oder ihren Sippen gebildet hatte, nämlich die Hundertschaften oder ähnliche Sammelmassen, waren entweder garnicht in den Friedensstand und die Landvertheilung übergeführt oder für diese unzureichend, dabei war die Stellung und Bedeutung des einzelnen freien Mannes für sich allein tief gesunken.

Diesen auflösenden Elementen und Erscheinungen gegenüber stand wenigstens seit Chlodwig die starke Königsmacht, die über weites Land und mittelst desselben über zahlreicher Menschen Kräfte verfügte, und die starke Macht Derer, denen der König, weil sie ihm dienten, Land und Gewalt gegeben. Zwar kennt die Karolingerzeit ausser den nach dem Ebengesagten sich ergebenden neuen Koncentrationspunkten der Gesellschaft im modernen Sinne dieses Wortes auch noch zwei andere: die Markgenossenschaften und die in dieser Periode beginnenden Gilden, aber diese überragt bei Weitem die Grossgrundherrschaft des Königs und der übrigen weltlichen Grossen, sowie die der kirchlichen Optimaten an Dauerkraft und Wirkungsfülle, denn der Grossgrundbesitz hatte die mächtigsten und natürlichsten Interessen; mit diesen verflochten sich die Interessen möglichst vieler anderer Personen, und sonach verfügte der Grossgrundbesitz auch über die meisten Mittel, seine Interessen zu vertreten [1]).

Allerdings hat das System, welches Staat und Gesellschaft vornehmlich auf den Grossgrundbesitz baut, auch seine schweren Gefahren in sich: nach oben zu für den Staat, nach unten zu für die Gesellschaft.

§ 21. A. Den Staat als solchen, nämlich den Kern des Staates, bei den Franken die Königsgewalt, bedroht der zu mächtig werdende und dann zur Unbotmässigkeit neigende Grossgrundbesitz der übrigen Mächtigen im Staate und in der Kirche. Die Mittel, dieser Gefahr zu begegnen, liegen selbstverständlich zum grössten Theil ausserhalb der Wirkungssphäre des Cap. de villis, doch einige und nicht unbedeutende Bestimmungen enthält auch dieses in der angegebenen Richtung: sie sorgen dafür, dass sich

1) Vgl. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht Bd. I S. 137, 142 u. a.

jene Gefahr nicht aus den eigenen Krongütern des König selbst ergebe; ich rechne hieher

1. alle Bestimmungen des Capitulare, welche den unbedingten Gehorsam der Amtmänner zum Gegenstande haben, vor Allem c. 16 des Cap.;

2. alle Verbote ungerechtfertigter Bereicherung des Judex aus dem Krongut, c. 1, 3 u. s. w., wovon oben § 8 gesprochen wurde;

3. das Verbot der Kommendation königlicher Geiseln, c. 12 des C. d. villis;

4. das Verbot der Ernennung von homines potentiores zu Güterverwaltern, majores, — solche sollen vielmehr aus der Zahl der mediocres qui fideles sint genommen werden, c. 60 des C. d. villis.

§ 22. B. Wird auf solche Weise gesorgt, dass die Krongüterverwaltung nicht dem Hofe selbst über den Kopf wachse, so trachtet das Capitulare andererseits auch danach, dass das dienende Volk der Krongüter nicht tiefer sinke: jede Anstellung auf einem königlichen Hofgute, und sei sie auch die niedrigste, soll ein Hort sein für eine menschenwürdige Existenz. Gefährdet war diese namentlich durch die dem insolvent gewordenen Gemeinfreien drohende Schuldknechtschaft und freiwillige Verknechtung, welche durch das an Stelle des Fehdegangs regelmässig getretene Kompositionensystem mehr gefördert als vermindert wurde[1]). Das drohende Herabsinken eines grossen Theils des Volkes[2]), überhaupt den wirthschaftlichen und sittlichen Niedergang des Frankenvolkes sucht Karl d. Grosse durch eine ganze Reihe seiner Capitularien zu hemmen und zu hindern, z. B. durch die die Militairlasten vermindernden Anordnungen[3]), ferner durch eine Anzahl von Bestimmungen, welche gegen den Pauperismus, gegen Bettel und Vagabondage gerichtet sind, Fürsorge in Zeiten der Hungersnoth anordnen, wie Guérard a. a. O. S. 170 u. 171 anführt. Die Maassregeln des C. d. villis sind aber nicht gegen den Pauperismus, sondern als sociale Maassnahmen gegen das Proletariat gerichtet. Freilich schwebt den Verfassern der menschliche und christliche Gedanke vor, der in einem Capitulare Ludwigs des Frommen[4]) später ausgesprochen worden ist, dass „nobiles et ig-

1) H. Brunner a. a. O. I S. 206. F. Dahn, Deutsche Geschichte II S. 478.

2) Solches Herabsinken bespricht für Angelsachsen K. Maurer, Kritische Ueberschau, Bd. II (München, 1855) S. 60 ff.

3) S. Boretius, Beiträge zu Capitularienkritik Leipzig 1874; H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte § 87 Bd. II S. 208, 209.

4) Cap. e consiliis excerpta 826, 827 (?) Boretius S. 313, c. 9 und Ansegisi Capitularium lib. II cap. 39; Boretius S. 422.

nobiles, servi, coloni, inquilini etcetera hujusmodi nomina, Alle Brüder seien und in Gott Einen Vater haben" u. s. w., aber nicht den bereits elend Gewordenen wendet sich das C. d. villis zu, sondern es richtet sich in seinen eminent socialpolitischen Bestimmungen gegen das Elendwerden der Massen. Ich rechne zu den dieses Ziel verfolgenden Bestimmungen

1. c. 2, das Gebot pfleglicher Behandlung des gesammten Krongütergesindes und das Verbot, Mitglieder desselben in Schuldknechtschaft zu stossen oder sonst in Elend verkommen zu lassen.

2. c. 4 des Cap. de villis, die Regelung der Deliktshaftung des Gütergesindes in einer Weise, dass die Verknechtung ausgeschlossen erscheint; man muss in der That annehmen, dass die c. 2 und 4 des C. d. villis prozessrechtlich wirken und die Execution gegen die Person von Hofgüterbediensteten hemmen.

3. die feste Regelung der von den Angestellten zu leistenden gemessenen Dienste, wodurch eine Ueberlastung und Willkür ausgeschlossen erscheint, so in c. 3, 10, 11 u. a.

4. die Regelung des Beschwerdewegs, also Herstellung eines wirklichen Rechtsschutzes für alle Bediensteten, c. 29 u. 57.

5. die Versorgung sämmtlicher Angestellten mit den erforderlichen Mitteln zur Befriedigung der Bedürfnisse des leiblichen Lebens und zwar in der Regel durch Zuweisung von Beneficien oder wenigstens von Mansen, wodurch das überaus wichtige Ziel der Auftheilung der Grundrente, wie H. Brunner vollkommen zutreffend hervorhebt[1]), erreicht wird, C. d. villis c. 10 und s. oben § 9 S. 219, während nur ausnahmsweise „Hagestolzen" (s. Anm. 1 S. 221) und, wie es scheint, nur zu besonderen Diensten (z. B. für die Bienenzucht c. 17, ausnahmsweise auch für die Pferdezucht c. 50) zugelassen sind, vergl. c. 31 mit 17 u. 50.

6. der Frauenfrage ist die Karolingische Zeit freilich noch nicht vollständig gewachsen. In manchen hieher gehörigen Fragen schwanken Herrscher und Volk zu Karls Zeit noch bedenklich[2]), aber Karl sucht wenigstens wirthschaftliche Ordnung und persönliche Sicherheit in den Genetien herzustellen, C. d. villis c. 31, 43, auch 41 und insbesondere 49.

7. hervorragend wichtig sind die Ansätze, die sich zur Organisation des Handwerks im C. d. villis finden. Wir dürfen darin, dass für jedes Handwerk — und es werden mehr als ein Dutzend

---

1) H. Brunner, Dentsche Rechtsgeschichte Bd. I S. 210.

2) S. Felix Dahn, Urgeschichte Bd. III S. 1177, 1178; Karl Lamprecht, Deutsche Geschichte Bd. II S. 52.

verschiedener Handwerke genannt, c. 45 — Vorgesetzte und Untergeordnete, magistri und juniores, bestellt, angenommen werden, dass die magistri — Handwerksmeister — für ihr Amt (Handwerk) dem königlichen Amtsvorsteher Bericht zu erstatten und Rechnung zu stellen haben, c. 63, und ferner darin, dass den Meistern die Vertretung ihrer Handwerksgenossen in ihren Rechtsansprüchen obliegt, c. 57, auch 29, nichts Geringeres erblicken als die deutlichen Anfänge des späteren Zunftwesens, der obligatorischen Innung des deutschen Mittelalters[1]).

8. endlich sei auch darauf aufmerksam gemacht, dass das Pflanzenverzeichniss von c. 70 des Cap. bei genauer Betrachtung der einzelnen dort genannten Gewächse und in Erwägung des damaligen Standes der Medicin keine bloss kulinarische oder ästhetische Bedeutung hat, sondern der Volkswohlfahrt durch Darbietung sämmtlicher damals bekannten Heilpflanzen, welche die Sonne Nordfrankreichs zu zeitigen vermochte, zu dienen bestimmt war, denn ausser einigen, vielleicht dort neu eingeführten Küchengewächsen und den vielleicht neben kosmetischen Zwecken um des Kirchenschmuckes willen zu pflegenden Lilien und Rosen sind alle in jenem c. 70 erwähnten Pflanzen im deutschen Mittelalter zur Bereitung von Heilmitteln verwandt worden. S. oben § 15, S. 233, 234.

---

1) Vgl. L. v. Maurer, Fronhöfe Bd. I S. 241, 244, Bd. II S. 315, Derselbe, Städteverfassung Bd. II S. 365; Gierke, Das deutsche Genossenschaftrecht Bd. I S. 360 ff.

Nogle meddelelser

om

skurdsmænd eller skursnævninger

og om

udmældelsen af ransnævninger

på landet i Jylland,

af

V. A. Secher.

På grund af den knaphed, hvormed kilderne til den ældre danske rets historie flyde, er man på mange punkter nødt til fra forholdet i yngre tid gennem tilbageslutninger at søge oplyst forholdet i ældre tid, og ikke mindst gælder dette de i overskriften nævnte æmner, til hvilke her særlig skal fremdrages, hvad de bevarede herredstingbøger oplyse nogenlunde let tilgængeligt. Af disse vigtige kilder til det 16. og 17. århundredes rets- og kulturhistorie findes nu forholdsvis kun få bevarede. Det vides, at der er blevet ført tingbøger ved herredstingene fra midten af det 16. årh.[1]), og det var en stående regel, at tingbogen, som avtoriseredes af lænsmanden, kun måtte omfatte et års forhandlinger og derefter skulde afleveres til lænets arkiv[2]). Kun undtagelsesvis omfatter et bind flere årgange, og så er det gærne blevet avtoriseret på ny for hvert år. I tidens løb er en stor del af disse bøger rådnet op af fugtighed i arkiverne eller ødelagt af rotter og mus eller af fjenderne i svenskekrigens tid således, at man nu kun undtagelsesvis har tingbøger for en landjurisdiktion, som ere ældre end c. 1630, og selv efter dette år og til Danske lov 1683 ere rækkerne meget ufuldstændig tilstede, ja for mange herreder, og dette gælder særlig den sydlige og midterste del af Nörrejylland, findes tingbøgerne först fra tiden efter 1660, da svenskekrigen var forbi. En tingbog begynder gærne på 1. side med lænsmandens avtorisation, og øverst på 3. side meddeles forhandlingerne på årets snapsting eller det ting, som holdtes på förste tingdag efter tolvte dag jul. På den mellemliggende side findes gærne oplysninger om dem, som året om havde faste funktioner ved tinget, men disse meddelelser kunne også om end sjældnere gives under den förste tingdags forhand-

---

1) Se Aubert: Grundbøgernes historie i Norge, Danmark og til dels Tyskland, S. 108.

2) V. A. Secher: Samling af kongens rettertingsdomme 1605-14 S. 427, 429 jfr. 431; Secher og Støchel: Forarbejderne til Danske Lov 1, 592.

linger. Der kan således her fås oplysning om. hvem der er herredsfoged og dommer. eller herredsskriver, sandemænd. ransnævninger, tinghørere, helligbrødenævninger[1]), skursnævninger o. s. v. Tit gives lister over flere af disse klasser af funktionærer, men tit også kun fortegnelse over en enkelt. Da imidlertid de første blade fattes i mange tingbøger, vil det forstås, at dermed er de pågældende oplysninger tabte for den årgang. Dette har måttet anføres til forståelse af tingbogscitaterne i det følgende og til forklaring af, hvorfor forholdsvis få årgange citeres, skönt de første blade ere gennemsete i alle de bevarede jyske herredstingbøger, for så vidt de f. t. findes i det danske rigsarkiv.

I.

Skurdsmæn forekomme, som bekendt, kun på jysk retsområde og i Jylland[2]), og blive i systemerne[3]) sædvanlig kun lige omtalt med henvisning til JLov 3, 5 og 3, 12 og et par citater fra yngre tid; Stemann tænker sig nærmest, at „de vistnok ere bortfaldne ved den senere forandring i krigstjænesten". De nævnte steder af JLov lyde med varianter fra de ældste håndskrifter:

1) Ifølge JLov 2,78 skulle biskopsnævninger, to af hver fjærding eller kirkesogn, der skulle omskiftes efter jul ligesom andre nævninger, sværge i sager om helligbrøde, J. E. Larsens Saml. skrifter, 1,93. Deres eksistens i yngre tid er ikke påvist, og Sylow: Den materielle bevisteoris udviklingshistorie i dansk ret, s. 126, siger endog, at de forsvandt efter reformationen, men de forekomme dog i tingbøgerne for Slavs herred 1662, 1665, 1668, 1681, Brusk herred 1661, 1662 og Holmans herred 1661, 1663 under navnet: „helligbrødenævninger", medens de ikke opføres i andre bevarede tingbøger for disse herreder. Da de opføres foran i bindet sammen med ransnævninger for pågældende år, ere de altså blevne valgt for ét helt år ad gangen i overensstemmelse med JLov 2,78: efter jul skulle de omskiftes ligesom andre nævninger. Antallet var i Brusk og Holmans herreder 8, i Slavs herred kun 4. Holmans herred består af 6 sogne og de 8 helligbrødenævninger opføres her regelmæssig med 1 for hver af de fire sogne: Pjedsted, Smidstrup, Skærup og Vindinge, og med 2 for hver af de to sogne: Gaverslund og Gårslev. Sognene have altså i forhold til deres störrelse haft ret til at repræsenteres af en eller to nævninger. Når der i Slavs herred kun findes opført 4 helligbrødenævninger ved siden af 4 ransnævninger, turde grunden være, at de i tallet 8 manglende suppleredes fra en anden jurisdiktion, se ndfr. S. 275.

2) Ikke derimod i Fyn.

3) Kofod Ancher: Lovhistorie 2, 454; Rosenvinge: Retshistorie § 178 b no. 5; J. E. Larsen: Saml. skrifter 1, 1,92; Stemann: Retshistorie s. 186; Sylow: Den materielle bevisteoris udviklingshistorie i dansk ret, s. 126—27.

JLov 3,5: Thær skip ær gørth, tha skulæ allæ skipæræ a thæn dagh, thæm worthær foræ lagth, skip ut draghæ oc up draghæ, thær hem kumær; æn hwa, sum æi kumær til, gjaldæ swa witæ, sum withær ær lagth[1]) ok skipæræ gawæ ja til; æn swa længi ma han, thær wit ær, haldæ the witæ, at styræman ma delæ thæm ut mæth thre marc; thæt skulæ witæ *skurthæsmæn*[2]) æthæ skipsnæfningæ, thær summæ kallæ farwitænæfningæ. The[3]) witæ a styræsman æi, num skulæ læggæs til allæ skipæræ tharf; æn del han thæt ut mæth thre marc, tha aghæ skipæræ witæ, oc styræmæn thre marc.

JLov 3,12: Æn worthær skialnæth a mællæ styræsman oc utgærthæsmæn, tha skulæ *skyrthæsmæn*[4]) æth skipsnæfningæ witæ mæth theræ eth, hwat hin skal utgøræ, thær sæctæth ær.

Når skib er bygget, da skal hele skibsmandskabet på den dag, som bliver det forelagt, drage skib ud og drage (det) op, når det kommer hjem; men hvo, som ej indfinder sig, betale således bøde, som er vedtaget og skibsmandskabet samtykkede i; men så længe kan han, som beskyldes, beholde de bøder, at styresmanden må søge dem ud med tre mark; herom skulle sværge skurdsmænd eller skibsnævninger, som somme kalde skibsbødenævninger. De bøder skal styresmanden ikke have, men de skulle anvendes til hele skibsmandskabets tarv; men søger han det ud med tre mark, da have skibsmandskabet bøder og styresmanden de tre mark.

Men bliver der uenighed mellem styresmand og udgærdsmænd (om ledingspligtens störrelse), da skulle skurdsmænd eller skipsnævninger afgöre med deris ed, hvad den skal udrede, som er sagsøgt.

---

1) Nogle håndskrifter (C 63, Gml. kgl. Saml. 295 8°, AM453) læse her: worthær lagth, og i det følgende: giwæ, for: gawæ, og deres læsemåde er optaget af N. M. Petersen i hans tekst, men den ovenfor givne er sikkert rigtigere, og den eller den dermed enstydige: withær liggær ... gawæ, findes i de ellers indbyrdes stærkt afvigende håndskrifter: Flensb. håndskr., C 39, AM 286, C 44, C 41, hvorefter meningen ikke er, at den forskyldte bod först nu skal fastsættes med skibsmandskabets samtykke, men at boden forud er bestemt i skibsmandskabets vedtægt.

2) Således Flensborg håndskr., og de andre med dette her nærmest beslægtede håndskrifter: C 63, Gml. kgl. saml. 295 8°, C 44, AM 453, C 48, C 41, læse: *skyrthæsmæn*, *skyrsmæn* eller *skorsmæn*, medens C 39 og de dette nærmest stående håndskrifter (gl. kgl. saml. 3657 8°, C 40, den gamle latinske oversættelse) have: *styræsmæn* eller (AM 286): *styræsman*.

3) C 39, AM 286, C 40 læse her: *at the*, hvorved den følgende sætning aldeles urigtig bliver afhængig af den foregående; „at" er bleven indskudt for at denne sætning ikke skulde blive meningsløs derved, at der for: scyræsmæn, var kommet til at stå: styræsman; på denne kunde: witæ, i betydning: sværge, ikke passe, og man forstod det da som: vide. Det ellers i dette kapitel med de nævnte håndskrifter beslægtede gl. kgl. saml. 3657 8° læser også: The witæ aghæ ollæ skipær at læggæ thæm siæluæ til thæruæ. æn del han...

4) Således Flensborg hdskr., C 63, 295, C 44, medens AM 286, C 41 har: *skorœsmæn*, C 39, C 37, C 40, 3657 8° have: *skorsmæn*, og den latinske oversættelse: *skyresmen*, (i nogle håndskr.: skursmen), medens Ribe håndskr. her læser: *styræsmæn*.

Der kan nu ikke være tvivl om, at der foreligger en fejllæsning i de håndskrifter, som i det anførte stykke af JLov 3, 5 læse: *styræsmæn* for: *skyræsmæn*, i det t, hvad allerede N. M. Petersen har fremhævet [1]), er blevet læst for c, hvormed hint bogstav i ældre håndskrifter har stor lighed. De øvrige i håndskrifterne forekommende former udgå fra Flensb. håndskriftets *skurthæsmæn*, i det der under stedse tiltagende sammentrækning heraf fås: *skyrthæsmæn*, *skyræsmæn*, *skyrsmæn*, eller: *skoræsmæn*, *skorsmæn* eller *skursmæn*. *Skurthæsmæn* må udgå fra oldn. *skurðarmenn* [2]) og en mellemform findes i Ribe håndskr., som i JLov 3, 5 har: *skyrthermen*. I *skyrthermen* findes endnu ejeformsmærket bevaret, skönt dette ellers på de ældste lovhåndskrifters tid i hanköns i-stammerne er gået over til -æ [3]); det paafaldende her i falder bort, hvis det kan antages, at dansk: **skurthær* ikke mere som oldn.: *skurðr* er hankön [4]), men ligesom svensk: *skyrþ* er blevet hunkön, ti hunköns i-stammerne have endnu i de ældste lovhåndskrifter bevaret det gamle ejeformsmærke [5]). Til overgangen — r < — s i dette findes en parallel i Lunds Ordbog [6]): *byrþæsman* svarende til oldn.: *burðarman*, men efterses ordet i det hos Lund citerede kildested SkLov § 33 viser det sig, at der foreligger en trykfejl hos Lund: der skal stå: *byrþærman*. Det synes dog utvivlsomt, at formen *skurthærnan* vil være at lægge til grund for bestemmelse af ordets etymologi.

I JLov 3, 5 ere alle ældre håndskrifter enige om efter: skurdsmænd at tilföje: „æth *skipsnæfningæ*, thær summæ kallæ *farwitænæfningæ*“. Denne tilföjelse har aldeles karakter af en randglosse, som en afskriver har taget med ind i teksten; den må derfor opfattes som en forklaring til ordet skurdsmænd, der altså formodentlig lokalt er blevet ombyttet med: skibsnævninger eller farvidensævninger,

1) Kong Valdemar den andens jyske lov s. 123. Ikke desto mindre kan man endnu hos Holberg: Dansk rigslovgivning, s. 214 finde det anførte sted oversat efter AM 286, som om andre håndskrifter ikke havde bedre læsemåde; forfatteren tager ikke anstød af, at subjektet i dette håndskrift i modsætning til de beslægtede (se S. 254 note 1) står i éntal (styræsman), prædikatet i flertal (skulæ); han oversætter uden betænkelighed: „det skal styresmand ...“ Forfatterens påstand (a. st. 119, 191, 287) om, at AM 286 er „det ældste og bedste håndskrift af JLov“, beror på en forveksling af palæografisk og tekstkritisk betragtning og er desuden aldeles urigtig.

2) N. M. Petersen a. st. s. 122.

3) Wimmer: Navneordenes böjning i ældre dansk s. 64.

4) I: Om vitterlighed og vidnebevis i den ældre danske proces 1,33 er jeg gået ud fra, at ordet var hankön ligesom i oldn.

5) Wimmer a. st. s. 70.

6) Det ældre danske skriftsprogs ordforråd s. 21.

hvilket sidste ord sikkert rigtig oversættes af N. M. Petersen[1]) som *skibsbødenævninger*. Det bliver naturligvis uden betydning, at ganske unge håndskrifter her læse: *ok*, for: *æth*. Men er sagen således i JLov 3,5, gælder det samme JLov 3,12, hvor der i Flensborg håndskriftet og beslægtede håndskrifter står: »skyrthæsmæn æth skipsnæfning". Der kan ikke være tvivl om, at jo: *æth skipsnæfning* også her er en i teksten indløbet randglosse, og det maa blive uden betydning, at selv et så gammelt håndskrift som C 39 og de dermed beslægtede, som i JLov 3,5 stemmer med Flensborg håndskriftet, i JLov 3,12 læser: *ok* for: *æth* således, at det ser ud, som om skibsnævninger var noget fra skurdsmæn forskelligt og dermed parallelt stående. Den gamle latinske oversættelse af JLov gengiver også stedet i 3,12 som: „skyresmen, hoc est forwithæ nefning"[2]). Ved siden af de tre nævnte synonyme terminologier findes der i Ribe håndskr. (fra beg. af 15. årh.) endnu en fjærde. Dette håndskrift, som i JLov 3,12 ligesom de andre håndskrifter har: „skyræsmen[3]) æth skipsnefninge", læser i 3,5; „skyrthermen ok (ɔ: æth) *skyrsnefninge*". Denne sidste betegnelse er, som de ældre håndskrifter vise, ikke oprindelig i JLov; den er dannet i yngre tid, men den fortrængte de andre synonymer, og i 16. og 17. årh. er den i formen *skursnævninger* den eneste, som findes brugt; den vil derfor også udelukkende blive anvendt i det følgende af denne afhandling.

I tiden fra Jyske lov til ind i 15. årh. findes i kilderne intet spor af skursnævningers anvendelse, selvfølgelig ikke, fordi skursnævninger ikke have fungeret i denne tid, men fordi der overhovedet kun findes bevaret forholdsvis få aktstykker fra den tid og særlig få af den art, i hvilke skursnævninger kunne ventes omtalt. Först efter at frdg. 1526 1. novbr. har udvidet deres kompetence, se nedenfor, findes skursnævninger så hyppig omtalt, at man kan få et noget fyldigere billede af deres funktion, men det bliver selvfølgelig ofte vanskeligt at angive overgangen fra reglerne på Jyske lovs tid til den i yngre tid anvendte praksis, og man må her oftere ty til hypotesen for at danne sig et billede af den foregåede udvikling.

Hvad nu först den udbredelse, som anvendelsen af skurs-

1) A. st. s. 122.

2) Til samme resultat, men ad anden vej kommer også Velschow: De institutibus militaribus Danorum, s. 205, medens N. M. Petersen kun anser det for sandsynligt, at de tre benævnelser betegne det samme (a. st. s. 123).

3) Egentlig *styræsmen*.

nævninger har fundet i Jylland, angår, så se vi dem ganske vist endnu i 15. årh. fungere i Vestjylland, således 1492 i Ulvborg herred[1]), 1542 træffe vi endnu på dem i Vester Horne Herred[2]), men efter den tid er det påfaldende, at skursnævninger kun påtræffes i en lille kreds af herreder, der alle findes i den østlige del af Nörrejylland, i Århus og Riber Stifter, og dette gælder, hvad enten man efterser tingbøger eller undersøger dokumenter. Man træffer således skursnævninger i:

Dronningborg læn:

Rovse herred, i tingbøgerne for 1679—1683.

Galten herred, i tingbøgerne for 1671 og 1672 er sat en rubrik af med overskrift: *skursnøfninger*, men den er ikke udfyldt.

Hovlbjærg herred, i tingbogen for 1679.

Kalø læn:

Hald (ɔ: Sønder Hald) herred, i en dom af 1590[3]). Ved et kgl. åb. brev 1570 faar en bonde i V. Alling sogn, hvis gård var skuret i fald, sin ejendom tilbage[4]). I samme læn lå en i fald skuret gård, som nævnes i en dom af 1552[5]). Rosenvinge henfører rigtignok gården, som kaldes „Kousterupgaard", til Hassing herred i Ty, men domsslutningen viser tilstrækkelig tydelig, at der er tale om Kalø læn.

I et kgl. missive 1609 5. novbr. omtales desuden en selvejerbondegård i Kalø læn, som var blevet skuret i fald, men herredet nævnes ikke[6]).

Skanderborg læn:

Sabro herred, i tingbog for 1661.

Framlev herred, i tingbøger for 1661, 1663—68, 1670, 1674—79.

Gern herred, i tingbøger for 1663—67, 1669—72, 1674—80.

Tyrsting herred, i tingbøger for 1662—64. Desuden omtales i kgl. missive 1608, at en gård i Ring i Tyrsting herred „for nogen efterstaaendis rettighed til os och cronen udi den sidste forledne pestilentz skal verre skurit udi fald"[7]).

---

1) O. Nielsen: Gamle jyske tingsvidner, s. 28.

2) A. st. s. 57.

3) Rosenvinge: Udvalg af gmle. danske domme 4, 233.

4) Brevet er trykt hos P. V. Jacobsen: Om selvejergods og de måder, på hvilke denne art af ejendom overgik til fæste under Kristian III og Fredrik II (Jur. tidsskr. 18, 284—85).

5) Rosenvinge: Udvalg 1, 187.

6) Danske kancellis Jyske tegnelser 5, 494.

7) Jyske tegn. 5, 408.

Vor herred, i tingbøger for 1664—66, 1668—82.

Åkær læn:

Hads herred, i tingbøger for 1657, 1661—68.

Stjærnholm læn:

Nim herred, i tingbogen for 1673.

Bjerre herred: 1564 omtales, at en jordegen bondeejendom „kom i fald" på grund af ejerens fattigdom [1]).

Koldinghus læn:

Brusk herred: noget bøndergods i Eltang, som var blevet skuret i fald under kronen, tilbagegives 1554 den tidligere ejer [2]).

Holmans herred: noget bondegods i Smidstrup og Velling marker, hvorpå der kom fald, tilbage gives 1542 den tidligere ejer [3]).

I de nævnte herreder træffe vi altså skursnævninger lige til tiden op imod Danske lov (1683), medens de i den större, den nordlige og vestlige, del af Nörrejylland synes forsvundne för midten af det 16. årh. Heller ikke i Sønderjylland findes der efter de af Stemann offentliggjorte uddrag af tingbøger fra sønderjyske herreder [4]) at dömme spor af skursnævninger, men om man deraf tör slutte, at de ikke have været i anvendelse her, turde være tvivlsomt.

Dette tilsyneladende gådefulde forhold, at skursnævningerne, til trods for udvidelsen af deres kompetence 1526, i det 16. og 17. årh. have fundet en i territorial henseende så lidet udstrakt og så ulige fordelt anvendelse, kan dog få en ikke fjærnt liggende forklaring. Dette forhold står nemlig, da skursnævninger kun svore i visse sager, som anlagdes mod jordegne bønder, uden al tvivl i en væsentlig forbindelse med konfiskationen af jordeget bøndergods efter skipper Klemens fejden 1534 [5]), som netop fandt deltagere blandt bønderne i de herreder, de nordlige og vestlige, i Nörrejylland, i hvilke man senere ikke træffer skursnævninger. I denne

1) Kronens skøder på afhændet og erhvervet jordegods i Danmark, 1. bd. 1535—1648 s. 99.

2) Kronens skøder 1. bd. 1535—1648 s. 46.

3) A. st. s. 14.

4) Schleswigs rechts- und gerichtsverf. im 17. jahrh.

5) V. A. Secher: Meddelelser om slægten Secher, s. 6—7, listen over de oprörske herreder hos Paludan-Müller: Aktstykker til nordens historie i grevefejdens tid, s. 503—5, samt sammes: Grevens fejde 1, 289, P. V. Jacobsen a. st. i Jur. tidskr. 18, 246.

konfiskation må grunden søges til det misforhold mellem de jordegne bønders antal i de forskellige dele af Nörrejylland, som giver sig udtryk i forekomsten eller ikkeforekomsten af skursnævninger. Vel blev ved de senere særlig i Fredrik II.s tid så hyppig forekommende mageskifter mellem kongen og adelsmænd, hvorved disse fik overdraget kronens ret i jordegne bøndergårde og desuden ret til at handle med bønderne selv om ejendommen og bonderettigheden i disse gårde [1]), de jordegne gårdes antal stærkt formindsket, men da disse handler fordelte sig nogenlunde ligelig over hele landet, fik de ikke videre indflydelse paa hint misforhold. En sådan indflydelse kan kun spores i den sydøstlige del af Nörrejylland, i Koldinghus læn, en egn, som ikke havde noget med skipper Klemensfejden at göre. Den ovenstående liste viser, at man endnu midt i 16. årh. kan se skursnævningers anvendelse i dette læn, medens de slet ikke påtræffes i tingbøgerne fra 17. årh. Grunden hertil må søges i Fredrik II.s opkøb af jordegods netop i dette læn; „Vi ere til sinds at have Koldinghus læn for vort eget fri enemærke, hvor ingen skal have lod eller del uden kronen", ytrer kongen i et åb. brev af 1580 [2]), og i åb. brev af 1579 11. april [3]) udtaler han som sit formål hermed „at opelske os en fredejagt" der i lænet. Kongen har derfor ikke alene tilforhandlet sig adelens gods i lænets herreder men også fået de jordegne bønder til at tage deres gårde i fæste af kronen; hans efterfølgere have fulgt det givne eksempel, og resultatet er efter hånden, om end noget senere, så dog blevet det samme som i den nordlige og vestlige del af Nörrejylland: der har efterhånden ikke været så mange jordegne bønder i herrederne [4]),

---

1) P. V. Jacobsen a. st. i Jur. tidsskr. 18, 236 samt mange steder i: Kronens skøder 1535—1648.

2) P. V. Jacobsen a. st. i Jur. tidsskr. 18, 228

3) V. A. Secher: Corpus constit. Daniæ 1558—1660, 2, 130.

4) Vi have en officiel oplysning om det samlede antal jordegne bønder i Danmark i begyndelsen af 17. årh. i lister, som benyttedes 1614 ved indrettelsen af den ny landmilits. Denne skulde egentlig udskrives af jordegne bønder, og særlig skulde de bedste gårde udlægges, men det viste sig, at der i mange læn intet valg var: snart måtte man udskrive alle jordegne bønder i et læn, snart supplere det ønskede antal med fæstebønder, snart atter nöjes med fæstebønder alene. Af listerne ses, at der i lænene nord for Limfjorden kun kunde udskrives ialt 15 jordegne bønder, og at man derfor yderligere måtte tage 85 fæstebønder; i det hele kunde man fra Ålborg og Viborg stifter og det nordligste læn i Århus stift: Mariager klosters læn, kun udskrive 112 jordegne bønder og måtte derfor endvidere udskrive 348 fæstebønder, og fra Vestjylland: Bøvling, Lundenæs og Riberhus læn kun 164 jordegne bønder hvortil kom 46 fæstebønder. Derimod kunde der af de læn, i hvis herreder

at det var nødvendigt eller måske endogså muligt at udmælde skursnævninger, og så faldt udmældelsen bort.

Da skursnævningerne anvendtes i sager om ledingspligtens opfyldelse, ligger den gisning nær, at deres udmældelse var knyttet til skipæns-inddelingen. Et *skipæn* var som bekendt et distrikt, der skulde udrede et skib, og vel kunde et skipæn falde sammen med herredsgrænsen, men ét herred kunde også omslutte to til tre eller fire skipæn, medens på den anden side skipænsgrænsen og herredsgrænsen ikke skar hinanden [1]). Er hin formodning rigtig, må man altså, da der ikke nævnes noget herom i JLov, i yngre kilder vente at finde skursnævningerne udmældte i et antal og efter en distriktsinddeling, som kunde minde om skipæns-inddelingen. I reglen findes nu skursnævninger omtalte i det i forhold til tallet på andre nævninger påfaldende ringe antal af to for hvert herred [2]), en omstændighed, som kun synes at kunne forklares ved at antage, at skursnævningernes udmældelse oprindelig ikke direkte har været knyttet til herredsinddelingen, og det ligger da nær at tænke sig antallet: to for hvert herred, opstået ved, at hvert skipæn har valgt en nævning, som så sammen med nævningerne for de andre skipæn i herredet har afgjort de i herredet forekommende ledingssager. De herreder, som i yngre tid optræde med to skursnævninger kunne da tænkes i sin tid at have omfattet to skipæn. Hvis den opstillede gisning er rigtig, skulde altså hver af skursnævningerne repræsentere en vis afgrænset del af herredet, og der findes nu også spor af, at dette har været tilfældet. I reglen opføres vel skursnævningerne i tingbøgerne, uden at hver angives valgt for et bestemt distrikt i herredet, men en saadan angivelse forekommer dog en enkelt gang. I Gern herred fremhæves udtrykkelig, at hver skursnævning repræsenterer sin del af herredet, således at der for 1663—80 kan opstilles en særskilt række skursnævninger for hver del [3]). De to distrikter betegnes som „Silkeborg side" og „Skanderborg side", medens herredet i sin helhed

---

skursnævninger påtræffes, udskrives et langt større antal jordegne bønder, således fra Dronningborg læn 100, Skanderborg læn 159, Akær læn 309, Stjærnholm (Bygholm) læn 64; i Koldinghus læn fandtes den gang endnu 324 jordegne bønder til udskrivning, se listerne i Corpus constitutionum Daniæ 1558-1660 3. bd. tillæg jft. med s. 423.

1) Steenstrup: Studier over Valdemars jordebog s. 191.

2) Tingbøgerne for de ovennævnte herreder; Dom af 1590 hos Rosenvinge: Gamle danske Domme 4, 233 og Ostersön Weylle: Glossarium juridicum 1652 s. 718.

3) Se listerne ndfr. s. 261.

hørte under Skanderborg læn. Hvis man havde haft fuldstændige rækker af tingbøger for de andre herreder, kunde man måske af bopælsangivelserne for skursnævningerne have konstateret, at disse også her udmældtes efter bestemte distrikter, men nu vil et sådant forsøg ikke føre til noget sikkert resultat. I et herred, Hovlbjærg herreds tingbog for 1679, opføres kun én skursnævning, men heraf kan ingen slutning drages, da de øvrige bevarede tingbøger for dette herred ikke omtalte skursnævningerne, og forskellige årsager til, at kun navnet på én skursnævning er indført i tingbogen, ere tænkelige. Derimod bidrager en optegnelse i et andet herreds tingbog meget til at styrke den ovenfor udtalte formodning. I Sabro herreds tingbog for 1661 findes nemlig ikke alene indført navne på tre skursnævninger, men deres bopæl angives så nöje, at der ikke kan foreligge skrivefejl, og boligens beliggenhed antyder netop, at hver af de tre nævninger repræsentere sit distrikt i herredet. Der opføres nemlig:

Raansnefninger:

Skiøldelef trending:
Niels Christensøn i Faistrup.
Peder Jensøn i Hommerloe.
Niels Mortensøn i Fuolbye.

Saubro trending:
Rasmus Lauridsøn i Mundelstrup.
Christen Mickelsøn i Kvortrup.
Niels Pedersøn i Faarup.

Haldumb trending:
Niels Jensøn i Haaer.
Jacob Nielsøn i Haldumb.
Las Nielsøn i Velten.

Skorsnefninger:
Jens Mickelsøn i Skiøldelef.
Niels Lavridsøn i Kvortrup.
Anders Hansøn i Haldumb.

Her må man först lægge mærke til, at en tredeling af herredet ligger til grund for udnævnelsen af ransnævningerne, og disses antal er derfor blevet tre for hver treding eller ni ialt. Ganske vist står der ikke, at de derefter opførte skursnævninger ere udtagne efter tredings-inddelingen, men det er dog let at se, at denne også står i forbindelse med, at skursnævningernes antal er blevet större end ellers sædvanlig. De byer, i hvilke de tre skursnævn-

inger angives at bo, ligge nemlig, således som listen over ransnævningerne vise, hver i sin treding. Desværre er der kun bevaret denne ene årgang af Sabro herreds tingbøger således, at dette forholds udvikling ikke kan forfølges videre.

Der bliver dernæst spörgsmål om længden af skursnævningernes funktionstid, hvorom JLov heller intet oplyser. At de ikke valgtes for hver enkelt Sag [1]), fremgår af, at lister over dem ligesom over de andre faste nævninger: sandemænd, ransnævninger og helligbrødenævninger, opføres först i årgangene af tingbogen, men de kunne så enten tænkes valgte for et år ad gangen som ransnævninger eller på livstid som sandemænd. Til belysning heraf må nogle lister over skursnævninger med funktionstid meddeles:

Hads Herred:

Morten Knudsen 1657, 1661—62.
Peder Jensen 1657, 1661—68.
Anders Søvrensen 1663—68.

Gern herred:

på Silkeborg side:

Jens Søvrensen 1663—66, 1669—72, 1674.
Jan Knudsen 1675.
Jens Kristensen 1676.
Jens Mogensen 1677—78 [2]), 1680.

på Skanderborg side:

Kristen Pedersen 1663—66, 1669—72, 1674—76.
Enevold Rasmussen 1677, 1680.
Søvren Albrektsen 1678.

Framlev herred.

Hans Andersen 1663—64.
Kristen Nielsen 1663—66.
Kristen Lassen 1665.
Niels Rasmussen 1666.
Rasmus Madsen 1667.
Niels Simonsen 1668, 1670, 1674.
Rasmus Nielsen 1674.
Hans Rasmussen 1675—76.
Jens Lassen 1675.
Daniel Madsen 1676.

---

1) Sylow: Den materielle bevisteoris udviklingshistorie i dansk ret s. 127, finder det „troligt", at skursnævninger udnævntes for en længere funktionstid, men noget sikkert herom drister han sig ikke til at påstå.

2) 1679 vare Jens Bjerregaard og Kristen Jensen skursnævninger uden at det kan ses, for hvad side af herredet de fungerede.

Oluf Nielsen 1677—79.
Simon Jensen 1677.
Niels Jacobsen 1678—79.

Medens skursnævningerne i Gern og Hads herreder med den lange funktionstid kunde synes valgte for en længere årrække, stiller forholdet sig anderledes i Framlev herred, hvor omskiftning foregår altfor hyppig til, at dødsfald kan have været dens årsag. Man må derfor antage, at disse nævninger kun have været udmældte for ét år ad gangen, men at man lokalt i stort omfang har benyttet sig af genvalg, en omstændighed, der ikke tyder paa, at deres virksomhed i 17. årh. har været meget omfattende eller byrdefuld.

Om den måde, hvorpå skursnævninger udmældtes, meddeler hverken JLov eller yngre kilder noget.

Under skursnævningernes kompetence faldt efter JLov 3,12 uenighed mellem styresmanden og havnebønderne i hans skipæn om störrelsen af den hver enkelt af disse påhvilende ledingspligt. Et skipæn deltes efter antallet af pladser på skibet, som skulde udredes og besættes, i lige så mange havne, der hver skulde stille én mand. Forpligtelsen hertil kunde atter påhvile flere bønder i fællesskab (havnebrødrene) efter ulige forholdstal. JLov giver udførlige bestemmelser herom, men der kunde dog om den nærmere anvendelse heraf blive fuldt op af uenighed.

Af nogen anden karakter er det forhold, som efter JLov 3,5 er lagt under skursnævningernes kompetence, se ovfr. s. 253. Det forudsættes her, at ledingspligtens störrelse er in confesso, og det drejer sig kun om skibsmandskabets pligt til at hjælpe med til at sætte skibet i vandet eller op på land igen. For undladelse af at møde til deltagelse i dette arbejde på fastsat dag, skal der bødes, når pågældende er fældet ved skursnævningers ed. Alt dette er dog et mellemværende, som angår skibsmandskabet indbyrdes; dette har derfor ret til i en vedtægt at fastsætte boden for forsömmelsen, og dennes beløb tilfalder derfor også kammeraterne, som have udført den forsömmeliges arbejde, kun påhviler det styresmanden på skibsmandskabets vegne at inddrive boden (*the witæ*), når den ikke erlægges i rette tid, eller som der står a. st.: *delæ them ut mæth thre mark*. Disse tre mark sammenstiller Holberg[1]) med den i JLov 3,7 nævnte straf for kongens mænd, som svigte den dem påhvilende forpligtelse til at göre krigstjæneste, og han opfatter dem derfor som en „straf for dem (ɔ: bønderne), der ikke fare i leding“,

1) Kong Valdemars lov, Kbh. 1886 s. 286.

i modsætning til den i JLov 3,7 nævnte straf, som kongens mænd i faldt for samme forseelse. Men dette er aldeles urigtigt.[1]) JLov 3,5 handler, som den nys givne redegörelse har vist, om en helt anden forseelse, og boden for denne er ikke de af Holberg citerede tre mark; disse er boden for ikke at erlægge den först nævnte bod. Ved skursnævningernes afgörelse er kravet på den den forsömmelige skipper påhvilende bod til skibsmandskabet blevet vitterligt, og når styresmanden skal „søge den ud med tre mark", vil dette sige, at han skal indkræve den under procesformerne for vitterlig sag; de tre mark er ikke en bod for forsömmelse af ledingspligten, men den almindelige ransbod for ikke at rette for sig i vitterlig sag o: den vitterlige forpligtelse til at erlægge den ved skursnævningernes ed ifaldne bod, der som en ubetydelig disciplinærbod behandles som anden gæld[2]). „Det er heraf klart, siger Holberg[3]), at det, der her (o: JLov 3,5) omhandles, er undladelse af den bønderne påhvilende almindelige ledingspligt, ti for forsömmelse af denne opstiller JLov jo netop böder til det offentlige af 3 mrk.", men denne sidste sætning støtter han også på JLov 3, 5[4]), således at han her bevæger sig i en fuldstændig cirkel. Holberg er da også senere kommet til bedre erkendelse, og lærer nu[5]), uden dog at antyde sin tidligere mening, at 3 mrks. boden i JLov 3,5 er tvangsmidlet, som anvendes mod den, som ikke erlægger den omtalte bod til skibsmandskabet. I det hele taget findes der i JLov ingen bestemmelse om, hvad følgen blev af, at nogen blev fældet ved skursnævningers ed. En udtalelse herom findes först i den såkaldte Abel-Kristofferske forordning redaktion I § 6 og redaktion II § 8: „Si qvis convictus fuerit pro expeditione, terram non amittit, sed in tribus marcis puniatur", o. s. v., men spörgsmålet bliver så, hvad vægt der kan tillægges dette kildested. Som bekendt har Holberg opstillet den hypotese, at den nævnte forordning skulde være netop de »leges Valdemari regis", hvortil der hentydes i yngre love, og han påstår derfor, at forordningen, der af ham henföres til Valdemar II.s tid, har været en virkelig gældende lov. Imod denne hypotese, som hidtil ingen tilslutning har

1) Velschow a. st. s. 204 gengiver JLov 3, 5 således: si qvis mulctam ... communi usui commissam ultra statutum tempus retinuerit, gubernatori pro exactione insuper tres marcæ solvantur. Men der står intet i JLov 3, 5 om, at de tre mark skulle erlægges pro exactione.

2) Jfr. Secher: Om vitterlighed etc. 1, 47 og 130—35

3) A. st. s. 303.

4) A. st. s. 286.

5) Dansk rigslovgivning, s. 214.

fundet, står den almindelige anskuelse, hvorefter forordningens tekst må henføres til årene for kongerne Abels og Kristoffers regering, og hertil er der i den sidste tid af Matzen[1]) föjet den formodning, at den såkaldte forordning kun er et udkast, som aldrig er blevet lov[2]). Denne formodning finder, som det her skal påvises, foruden i de af Matzen fremdragne grunde, støtte ved en nærmere undersøgelse af den citerede §. Om denne har rigtignok Holberg i sin tid gjort gældende, at den indeholder ganske den den samme straffebestemmelse som JLov 3, 5, men da han nu selv har frafaldet sin oprindelige forståelse af JLov 3, 5, bortfalder også for ham ligheden mellem JLov og den citerede §s fastsættelse af en 3 marks bod for ikke at præstere sin skyldige leding. Denne bestemmelse står også ganske isoleret; den citerede § forudsætter selv, at det hidtil var gældende ret, at man mistede sin jord, når når man ikke præsterede sin leding, og da yngre kilder vise, at denne regel holdt sig gennem tiderne som en ejendommelighed ved ledingen[3]) i modsætning til den øvrige landgilde, selv da ledingen var gået over til at blive en pengeydelse[4]), er det klart, at der

1) Danske kongers håndfæstninger, s. 33.

2) Holberg har, dog med ringe held, søgt at forsvare sin oprindelige hypotese overfor Matzens angreb, se afhandlingen „Leges Waldemari regis" i „Dansk og fremmed ret", Kbhvn 1891.

3) Tingsvidne 1492 (O. Nielsen: Gamle jyske tingsvidner, s. 28): „skursnefuing i forskrefne herrit skurde oc sagde i fæld Sandfer gordstet ... oc alle andre øde bygge..., som bønder hafver i vere, som ei er gifvit leding oc setgierd af."

4) Denne overgang har allerede taget sin begyndelse i det 13. årh. Frdg. 1284 for Nörrejylland § 10 om leding indeholder nemlig vist en herhenhørende bestemmelse: „Når kongen udbyder sin skibsleding, skulle de alle fare ligesom i kong Valdemars dage, og enten göre det, som kongen byder dem, eller også *wæghæ up theræ hafnæ*". Dette sidste uklare udtryk synes at kunne tydes ved hjælp af en bestemmelse i det mellem kong Erik og hertug Valdemar 1286 sluttede forlig: „Debet et dominus rex, qvando sibi et regni sapientibus de expeditione edicenda videbitur, eandem in Sunder Jutia edicere et edictionem redimi facere, ita qvod pecunia pro redemptione [expeditionis] exsolvenda [et] victualium receptio, qvæ wpurghaffn dicitur vulgariter, ac alia servitia cedant nobis". (P. Hasse: Schlesw. Holst. Lauenb. Regest. u. Urkund. 2, 284). Hr. stud. mag. M. Mackeprang, hvem jeg skylder dette citat, har tillige, da det anførte dokument kun foreligger i yngre afskrift og ordet: *wpurghaffn* öjensynlig er en fejllæsning, foreslået, at dette rettes til: *wpueghaffn* Under hensyn til frdg. 1284 § 10 synes denne rettelse slående rigtig, særlig når man husker på den noget afsnuppede skikkelse, i hvilken danske ord ofte findes gengivne i latinske dokumenter af en måske i dansk mindre kyndig skriver. Meningen har derfor sikkert været, at der a. st. skulde stå: *wp wæghæ hafnæ*, hvilket ogsaa stadfæstes af Hvitfelds oversættelse af brevet („En kaart Chronologia" o. s. v. 1182—1148, 1. part i kvart s. 367: ... „*dog saa, at hvis*

her må være tale om ældgammel, sammenhængende ret, og der bliver slet ingen plads i udviklingen for straffen efter den Abel-Kristofferske forordning § 6 eller § 8. Men selv om det skulde lykkes at påvise, at denne forordnings tekst virkelig var blevet udstædt af lovgivningsmagten som lov, følger deraf dog ikke, at den anførte § nogen sinde er blevet praktiseret som gældende ret. Tvertimod: retten både för og efter dens tid ser helt anderledes ud, og der er i hvert fald, hvad der så end har været meningen med teksten, ingen grund til at tro, at den har kunnet få bugt, selv for en kortere tid, med den fra fædrene overleverede ledingsret.

Da undladelsen af at erlægge ledingsafgiften således drog strængere følger efter sig end pådragne restancer af andre afgifter, sørgede de jordegne bønder al tid for i rette tid at klare ledingsafgiften fra sig, hvorimod de uden bekymring lod deres øvrige afgifter til kongen føre på restancelisten. Frdg. 1526 1. novbr. klager herover og tilföjer, at bønderne i Nörrejylland år efter år lode sig fordele for disse afgifter. De risikerede heller ikke stort herved: de mistede vel ved fordelingen deres retlige handleævne, indtil de rettede for sig. og skulde desuden bøde tre mark, men denne på den tid ringe sum stod ikke i forhold til den med at pådrage sig restance for ledingsafgiften forbundne risiko. For at fremkalde en forandring heri bestemtes det nu ved den nævnte frdg. 1526[1]), at „de, som have kronens læn i værge" måtte lade „*skure fald i*" de jordegne bønders gods, som ej udgav „sin årlige bonderedsel" til st. Andreæ apostoli dag[2]) „ligervis og udi alle måde som for deres leding".

Ved det anførte udtryk sigtes til skursnævningers afgörelse; dette siges ikke alene i Østerssön Weylles Glossarium[3]) men ses også af et tingsvidne af 1492[4]): „*skursnefning* i forskrefne herrit

---

penninge, som gifvis for løsen oc fetalie, som almindeligen kaldes vpurgshaffnæ, oc anden tieniste skal følge os". De anførte danske ords betydning svarer da til de latinske: „pecunia pro redemptione [expeditionis] exsolvenda et victualium receptio" jfr. dommen af 1285 (Regesta dipl. hist. Dan. no. 1352): „pro redemptione expedicionis in Sunder Jutia", hvad der i Hvitfelds oversættelse (a. st. s. 364) gengives med: udbuds løsen. Meningen af frdg. 1284 § 10 bliver altså, at bønderne til en havn have valget mellem personlig at udøve ledingstjænesten og at udløse sig af denne med en samlet ydelse af penge eller viktualier, som kan veje op imod den havnen påhvilende forpligtelse.

1) Se kong Fredrik I.s danske registranter, s. 120.

2) Se om denne forfaldsdag frdg. 1284 for Sælland § 7, for Skåne § 13.

3) S. 719.

4) O. Nielsen: Gamle jyske tingsvidner, s. 28.

skurde oc sagde *i fæld* Sandfer gordstet"[1]), og en Viborg landstingsdom 1590: „da *skurit* forskrefne *skursnefninger samme gaard* i Alling och gaardseiendom och tilliggelse *udi fald* fra rette, sande arfvinger och til dend, som kongsagen hafver". Terminologien er i aktiv: *skure i fald fra nogen*, og i passiv: *skures i fald,* eller blot: *skures.* Ordet *skure,* oldn. *skora* er af samme rod som förste led i skursnævning; medens det i oldn. med udgangspunkt i betydningen: skære ind i, inddele, bruges med forskellige betydningsnuancer, forekommer i dansk kun betydningen i det anførte *skure i fald.* Ordet: *fald,* betyder ikke alene forseelsen eller retsbrudet, men også den herved forskyldte bod; *skure i fald* svarer i betydning til *dömme ham i fald*[2]), kun at genstanden for handlingen i förste ordforbindelse er det, som forbrydes ved retsbrudet[2]), i anden er selve den person, som begår retsbrudet, men i hvert tilfælde bruges: skure i fald i kilderne kun om skursnævninger, og, da disse kun forekomme i Nörrejylland, derfor også kun i jyske kilder. Det er derfor urigtigt med Rosenvinge at benytte hin terminologi om tilfælde fra andre landsdele, hvor forsömmelse i udredelsen af de en jordejendom påhvilende afgifter eller af ejendommens vedligeholdelse medfører ejendommens forbrydelse eller dens overtagelse af frænder, som om „skures i fald" ganske i almindelighed betyder at „selvejergods tildömmes kronen, naar enten leding eller andre afgifter ikke ere erlagte".[3]) Han citerer vel som hjemmel fem domme fra 1558, men disse ere alle fra Fyn, hvor man ikke brugte skursnævninger og derfor heller ikke kendte udtrykket „skure i fald"; desuden ses det af de fire domme, at bonden selv enten havde solgt den omtvistede gård til lænsmanden på kongens vegne eller var römt fra den, og proceduren drejede sig om, hvorvidt salget havde været mere eller mindre fremtvunget af lænsmanden og derfor var ugyldigt, eller om den øvrige slægt kunde miste sin ret ved besidderens römning[4]). I den femte dom[5]) tales vel om, at 12 ejere eller jordegne bønder havde dömt bonden fra gården, men det ses, at denne i forvejen var „en lovfældt mand", i det lænsmanden havde ladet „hanum tiltalle med logen", fordi han

1) Bevissteder hos Kalckar: Ordbog til det ældre danske sprog 1, 495.

2) Dette gælder også udtrykket: *være fri af samme fald,* om en gård, som er blevet skuret i fald, men nu tilbagegives den tidligere ejer, se kgl. åb. brev 1570 hos Jacobsen a. st. i Jur. tidsskr. 18, 255.

3) Gml. danske domme 2, s. XXI.

4) A. st. s. 194—96, 196—99, 204—5, 214—15.

5) A. st. s. 216—17.

ikke kunde udgive sit landgilde. Undladelsen af at betale denne førte altså netop ikke til, at gården blev skuret i fald, men at sagen mod bonden blev ført i den almindelige fordelingsprocedures former, der just anvendtes, når fæstebønder pådrog sig landgilderestancer[1]).

Det er følgelig også urigtigt, at Rosenvinge[2]) forstår frdg. 1526, som om den angik hele riget, medens den selv angiver Nørrejylland som sit gyldighedsområde[3]). Ligeså urigtig er P. V. Jacobsens forklaring af „skures i fald" som: „tiltales til forbrydelse til kronen"[4]); det var, som påvist, skursnævningerne, der foretog skuringen, medens tiltalen efter frdg. 1526 påhvilede lænsmanden eller den, som repræsenterede kronens interesse, og „skure" kan følgelig ikke betyde „tiltale".

Til det anførte udsagnsord *at skure* (i fald) svarer navneordet: *en skure*, der forekommer i yngre kilder om den af skursnævningerne trufne afgörelse, se ndfr. s. 270; denne form har altså fortrængt den til oldn. skurðr svarende, som endnu findes i sammensætningen skurthærmæn, jfr. *skure*, en ved gnidning fremkaldt fordybning, og *skure*, rense ved gnidning, af mellemnedertysk *schuren*, højtysk, *scheuern*.

Ved frdg. 1526 blev altså skursnævningernes kompetence betydelig udvidet. Fra kun at sværge i sager om ledings restancer, kom de nu til at sværge i alle sager om jordegne bønders skatterestance, og følgen af, at skursnævningers tov gik en bonde imod, blev den samme, hvad enten sagen angik den ene eller den anden slags skatterestance: *„Hvilket af same gods, som er skurit udi fald, da bliffe thet herepter som andit kronegods och festegods"*, hedder det i en kongen og rigens råds dom af 1552[5]). Når Osterssön Weylle alligevel taler om skursnævninger, som om de kun havde med ledingssager at göre, kan det kun være, fordi han er mindre vel underrettet om jyske ret. Han kender saaledes ikke frdg. 1526 og nævner dem heller ikke i sin „Fortegnelse paa lovgifverne", der meddeles i begyndelsen af hans glossarium.

I de i det foregående og ellers i litteraturen fremdragne eks-

---

1) V. A. Secher: Om vitterlighed og vidnebevis 1, 48—49.

2) A. st. s. XXI note 31.

3) Kalckars: Ordbog til det ældre danske sprog 1, 495 og Molbech: dansk glossarium 2, 121 gentage kun Rosenvinges forklaring a. st.

4) Om selvejergods etc. i Juridisk tidsskrift 18, 251.

5) Rosenvinge: Gmle. danske Domme 1, 188.

empler på skursnævningers funktion har spörgsmålet al tid drejet sig om jordeget gods på landet, men der haves dog også eksempler på skursnævningers anvendelse i tilfælde, hvor afgifter ikke erlagdes af købstadejendomme, og det er formodentlig frdg. 1526, som er skyld i denne udvidelse af skursnævningernes kompetence, skönt den selv kun taler om jordegne bønder og bonderedsel. Eksemplerne haves fra Ålborg og angår grunde i denne by. I „Ålborg bys bog“ [1]) findes nemlig blad 397 følgende liste:

Anno domini 1529 palmi mandag.
Jorde, som er skurit uti fald i Olborig.

Item hafver Niels Anderssen i Torup i Hellom herret met hans broder ret for then jord, som han hafde ligendis her i byen oc skal gifve 40 mrk. oc beplictede seg redeligen efter thenne dag at bygge then oc rette for then uti hver skat 8 sk. eller sette then therpaa, som retter theraf.

Item Gertrud Kieruls hafver ret af hendis jord, som var skurd i fald, oc skal gifve 16 mrk. til byen oc hafver beplictid sig efter thenne dag at rette af samme jord 8 sk. i hver skat.

Item her Hermand Kordsen hafver ocsaa ret af sin jord her i byen, som vor skurid i fald, oc skal gifve 7 mrk.

Item Niels Brun hafver uptingit for hans jord, som vor skurd, oc skal gifve byen 15 mrk. post Michaelis. [2])

Item Sevren Tollisen i Jesmark hafver uptingit for hans jord, som vor skurt i fald, oc skal gifve byen 10 mrk. [3]).

Item hafver Jens vogenfører uptingit for then jord uti Nygade, som kallis Prestegildjord, oc skal gifve byen 15 mrk. at poske nestkomendis [4]).

Af disse optegnelser ses det, at borgemester og råd i Ålborg ikke satte pris på at overtage på byens vegne alle de grunde i byen, som skuredes i fald for en eller anden skatterestance (man vilde måske have ondt ved at udleje dem igen), men foretrak at slutte forlig med ejerne om, at disse erlagde en mindre pengesum mod at beholde ejendomsretten til den forbrudte jord. Det synes imidlertid, at denne anvendelse af skursnævninger i en by er aldeles enestående.

Under skursnævningernes kompetence lå endvidere i enkelte

---

1) I byens arkiv.

2) Senere er tilskrevet: byen qvittede hannem, for han førde 3 fanger til Kiøfnehafn.

3) På samme måde optingede Niels Andersen og Las Nielsen Færing hver for sin jord.

4) Senere tilskrevet: 1539 fredagen post Andree byen qvittid meth hannem saa vel til 5 mrk.

jyske herreder den årlige udnævnelse af ransnævninger, men herom henvises til denne afhandlings 2. afsnit.

I JLov findes der ingen anvisning til, hvorledes proceduren med skursnævninger skulde drives, og man kan derfor kun søge oplysning herom i yngre kilder. Når der heller ikke findes anvisning til denne procedure i de afhandlinger, der under forskellige titler, f. eks.: „Forklaring på de fornemste artikler udi loven og recessen, som mest bruges til herredsting, birketing og udi købstæderne med tiltale og gensvar“ [1]), så ofte påtræffes i lovhåndskrifter fra 16. og 17. årh. og indeholde vejledning til under proceduren at benytte høringer, sandemænd, rans- og herredsnævninger, o. s. v., turde grunden hertil være, som det hedder i Osterssön Weylles Glossarium [2]), at „såvidt herom i den jyske lov anmældes, er ikke nu synderlig i brug“, jfr. i øvrigt ovenfor s. 262. Hvorledes det gik til med at få en ejendom skuret i fald, kan imidlertid dog ses af Weylles glossarium [3]) og en Viborg landstingsdom af 1590 [4]). Betingelsen for, at proceduren overhovedet kunde gennemføres, var, at restancen var tre år gammel. Dette siges udtrykkelig af Weylle og forudsættes i dommen af 1590: efterdi en part af forskrevne afgift findes udi 3 år [5]) af forskrevne gård at være efterstået og leding ikke i sin tilbörlig tid at være udgivet o. s. v., og hermed stemmer også Norske lov 1604 6,1 § Hvilken jord. Denne bestemmelse, til hvilken Brandt og Hallager [6]) ikke har kunnet påvise nogen kilde, lyder såvidt denne undersøgelse vedkommer:

Norske lov 6, 1: Hvilken jordegen bonde, som besidder sin egen jord og ikke giver leding af i tre år, da være samme gård forbrudt under kronen.

Denne regel gentages i frdg. om ledingsskattens opbørsel, odelgodses forbrydelse og adskilligt mere i Norge 1634 24. oktbr. § 3, som atter er kilden til Reces 1643 3. 33.

Frdg. 1634 24. oktbr. § 3: Eftersom tvivl indfalder, hvorved odelsgods forbrydes, så sker sådant ikke alene ved avindskjold, medens end også ... så og når leding af det gods, odelsmænd selv besidder, ikke i tre år udgives.

I de citerede lovsteder finde vi utvivlsomt en formulering af

---

1) Secher: Om vitterlighed og vidnebevis 1, 23.
2) S. 497.
3) S. 719.
4) Rosenvinge: Gle. danske Domme 4, 233—35.
5) Nemlig landgilde for 1587, 1588 og 1590.
6) Udgaven 1855 af Norske lov 1604 s. 110 note 3.

deres funktion og virksomhedsråde fremgå så meget, at de hidtil med rette i systemerne ere blevne sideordnede de andre i danske retskilder forekommende nævninger.

II.

Bestemmelserne i Jyske lov om udmældelsen af ransnævninger findes i 2, 51, der lyder uden nævneværdig forskel i håndskrifterne:

JLov 2, 51: Nævninger skulle være åtte i hvert herred, to i hver fjærding, de som eje tre marks værd, adelbonde og ikke bryde eller landbo, men de, som udrede fuld landeværn for dem, og bønderne skulle komme til tings med dem på det ting, som er næst efter tolfte dag jul, og nævne for ombudsmanden dem, som de have udnævnt. Ombudsmanden skal tage dem i ed . . . Men glæmme bønderne dem og ville ikke udtage dem, som skulle være nævninger, og göre rede herfor for ombudsmanden, da må denne selv udtage sig nævninger.

I det følgende skal nu göres rede for, i hvilket omfang Jyske lovs regler være gældende i Nörrejyllands landjurisdiktioner[1] endnu i 17. årh.

Reglen om, at ransnævningernes antal skal være åtte, fastholdes i de fleste herreder, men i reglen opføres på tingbogens förste blad kun navnene på de 8 mænd, som skulde fungere i året, uden nærmere oplysning om, hvorvidt de i overensstemmelse med JLov ere udmældte fjærdingsvis. En udmældelse efter fjærdinger træffes udtrykkelig omtalt kun i få herreder, således regnet fra nord först i Hundborg herred i Ty; ransnævningerne ere opførte i herredets tingbøger[2] med to for hver fjærding, men fjærdingerne nævnes uden nærmere betegnelse kun som 1., 2., 3. og 4. fjærding. I Galten herreds tingbog for 1671 og 1672 findes derimod navnene angivne for fjærdingerne, såsom:

Raandsnøfninger:
Galten fierring:
fuldgiør: N. S. i Ventersløf.
J. P. i Galten.
vargield: S. P. i Galten.
P. M. i Ersløf.

1) De for jyske købsteder bevarede tingbøger meddele kun af og til lister over sandemænd og ransnævninger, men ingen nærmere oplysninger.

2) Tingbog 1672, 1674, 1676—79. Fjærdingsinddeling nævnes ikke i tingbog 1666.

at jeg skulde have fylling på skursnævninger i dag; vil i unde mig to mænd, som kan følge dem til tov?" Hertil svarer fogden ja, afsiger sin dom som ovfr., opnævner straks to mænd og siger til dem: „I Danemænd! følger skursnævninger til deres tov." Herefter begære fyllingerne[1]) lyd af fogden og sige: „Vi følge de Danemænd skursnævninger til at göre ret tov", hvorpå skursnævningerne afsige deres „skure" af indhold som ovfr. i dommen af 1590, om på samme ting eller 3. ting er usikkert, om end det sidste er sandsynligst jfr. Tors artikler § 65. Tilsidst tages tingsvidne om det passerede[2]). Det vil heraf ses, at den dom, hvortil Weylle i det ovfr. citerede sted sigter, må være den kendelse, hvorved fogden går ind på at opnævne fyllingerne.

Osterssön Weylle fortæller som anført ikke alene, at afgiftsrestancen skal være tre år gammel for at føre til forbrydelse af pågældende jordejendom, men også, at forfølgningen hertil skal gentages tre år i træk for at føre til dette resultat. Hvorvidt denne påstand er rigtig, får stå hen. Landstingsdommen af 1590 viser intet herom.

Endnu skal i al korthed berøres den af Sylow[3]) rejste tvivl om, hvorvidt skursnævninger „endog rettelig bör henføres under nævningerne"; den tvivl støtter han dog kun ved en henvisning til deres „hele ejendommelige stilling". Muligvis skyldes Sylows tvivl den urigtige oversættelse af det sidste af det ovfr. s. 253 citerede stykke af J Lov 3, 5, som N. M. Petersen giver; denne oversætter nemlig[4]): „*thæt skulæ witæ skurthesmæn*", med: „derom skulle dömme sk." i stedet for: „derom skulle sværge sk.", i det witæ her som så ofte har betydningen sværge[5]) jfr. Sk. lov § 71 (Had. hdsk.): *twe men witi hans forfal.* Vi have jo også ovenfor s. 270 set, at skursnævningernes udsagn kaldes: tov, ligesom sandemænds og ransnævningers, ikke: dom. Der vil i det hele af de ovenfor fremdragne om end fragmentariske oplysninger om skursnævningerne,

---

1) I „Den materielle bevisteoris udviklingshistorie i dansk ret" s. 142—50, har Sylow søgt at bestride den almindelige mening, at fyllingerne vare testes processus legitimi, og at fogdens dom var den egentlige kompetencedom, men så vidt skönnes uden held.

2) Se ovfr. og tingsvidne 1492 hos O. Nielsen: Gamle jyske tingsvidner s. 28.

3) Den materielle bevisteoris udviklingshistorie, s. 126.

4) Kong Valdemar den andens Jyske Lov, s. 122.

5) Holberg: Dansk rigslovgivning, s. 214, der oversætter de andre citerede ord efter den dobbelt urigtige læsemåde i AM 286, se ovfr. s. 254, gengiver også: witæ, aldeles urigtig med: vide, skönt N. M. Petersen a. st. har påvist det uholdbare af denne oversættelse, der oprindelig skyldes Rosenvinge.

deres funktion og virksomhedsråde fremgå så meget, at de hidtil med rette i systemerne ere blevne sideordnede de andre i danske retskilder forekommende nævninger.

II.

Bestemmelserne i Jyske lov om udmældelsen af ransnævninger findes i 2, 51, der lyder uden nævneværdig forskel i håndskrifterne:

JLov 2, 51: Nævninger skulle være åtte i hvert herred, to i hver fjærding, de som eje tre marks værd, adelbonde og ikke bryde eller landbo, men de, som udrede fuld landeværn for dem, og bønderne skulle komme til tings med dem på det ting, som er næst efter tolfte dag jul, og nævne for ombudsmanden dem, som de have udnævnt. Ombudsmanden skal tage dem i ed . . . Men glæmme bønderne dem og ville ikke udtage dem, som skulle være nævninger, og göre rede herfor for ombudsmanden, da må denne selv udtage sig nævninger.

I det følgende skal nu göres rede for, i hvilket omfang Jyske lovs regler være gældende i Nörrejyllands landjurisdiktioner[1] endnu i 17. årh.

Reglen om, at ransnævningernes antal skal være åtte, fastholdes i de fleste herreder, men i reglen opføres på tingbogens förste blad kun navnene på de 8 mænd, som skulde fungere i året, uden nærmere oplysning om, hvorvidt de i overensstemmelse med JLov ere udmældte fjærdingsvis. En udmældelse efter fjærdinger træffes udtrykkelig omtalt kun i få herreder, således regnet fra nord först i Hundborg herred i Ty; ransnævningerne ere opførte i herredets tingbøger[2] med to for hver fjærding, men fjærdingerne nævnes uden nærmere betegnelse kun som 1., 2., 3. og 4. fjærding. I Galten herreds tingbog for 1671 og 1672 findes derimod navnene angivne for fjærdingerne, såsom:

Raandsnøfninger:

Galten fierring:
fuldgiør: N. S. i Ventersløf.
J. P. i Galten.
vargield: S. P. i Galten.
P. M. i Ersløf.

---

1) De for jyske købsteder bevarede tingbøger meddele kun af og til lister over sandemænd og ransnævninger, men ingen nærmere oplysninger.

2) Tingbog 1672, 1674, 1676—79. Fjærdingsinddeling nævnes ikke i tingbog 1666.

Øedumb fiering:
fuldgiør: N. S. i Øedumb.
J. N. i Adstrup.
vargield: J. M. B. i Sielling.
R. J. K. i Hadbierig.

Rud fiering:
fuldgiør: C. P. i Trustrup.
M. S. i Roptrup.
vargield: P. P. i Brambstrup.
J. R. i Halindrup.

Brouf fiering:
fuldgiør: N. R. i Tebistrup.
M. C. i Vorup.
vargield: R. A. i Verumb.
C. N. i Haslund.

I Gern herred er forholdet atter et andet. Ligesom skursnævningerne her fordeltes ligelig mellem „Silkeborg side" og „Skanderborg side", se ovfr. s. 259, er det samme tilfældet med ransnævningerne: fra hver side udnævnes fire. Helt abnormt og lige i mod JLov er ordningen i Sabro herred, hvor ransnævningerne udmældes efter en tredings-inddeling i stedet for efter fjærdingsinddeling, se ovfr. s. 260. Spörges der herefter, om det kan antages, at en udmældelse af ransnævninger efter fjærdingsinddeling har fundet sted i mange herreder til trods for, at den ikke udtrykkelig omtales i tingbøgerne, må svaret sikkert blive, at dette ikke er sandsynligt. Dette spörgsmål står i nær forbindelse med forandrede krav til ransnævningernes habilitet. I følge JLov 2, 51 kunde kun adelbønder med en vis formue blive ransnævninger, og det tilföjes udtrykkelig, at bryder og landboer vare inhabile. Dette krav kunde ikke fastholdes efter hånden, som de jordegne bønders antal aftog, se ovfr. s. 258, og det er da fuldstændig opgivet i 16. årh.s sidste halvdel, skönt det ikke ses, at en udtrykkelig forordning havde ordnet forholdet. Det var imidlertid efterhånden blevet praksis, at sandemænd og nævninger udtoges blandt hovedlænets bønder i herredet o: kronens bønder til det læn, hvis lænsmand udnævnte herredsfogden. Men heller ikke denne regel lod sig overalt fastholde, da hovedlænet som følge af de mange i 16. årh. stedfundne mageskifter mellem kronen og adelen ofte ikke havde så meget strøgods tilbage i herredet, at bønderne på dette kunde besætte nævninge- og sandemandspladserne; ved åbne breve[1]) af 1582 21. juni, 1587 6. septbr., 1590 12.

1) Disse findes alle hos V. A. Secher: Corpus constit. Daniæ 1558—1660, 2. Bd.

marts, 1593 26. juni søgte man at råde bod på de opståede ulæmper. Det vil blive for vidtløftigt på dette sted at komme nærmere ind herpå, men så meget følger af det fremdragne, at havde man allerede vanskelighed nok med at besætte det samlede antal ransnævninge- og sandemandspladser for herredet, har man sikkert ikke tøvet med, hvor det var nødvendigt, at lade udmældelsen efter fjærdinger falde.

Fra det i JLov foreskrevne antal af ransnævninger findes der afvigelser i tingbøgerne. Antallet kan være både større og mindre end JLov angiver. Det første er tilfældet i det nys anførte Sabro herred, hvor udmældelsen af nævningerne efter tredingsinddelingen, da man vilde have lige mange nævninger i hver tredding, har medført, at tallet blev 9 i alt, se aftrykket ovfr. s. 260 Uheldigvis haves kun den ene tingbog for 1661 for dette herred, men angivelsen i denne er for omstændelig til, at der kan foreligge fejltagelse eller skrivfejl fra herredsskriverens side. En enkelt gang meddeles grunden til den niende nævnings udmældelse udtrykkelig, i det det opgives, at en af de andre er blevet inhabil, nemlig i Kær herreds tingbog 1632, hvor det tilföjes, at den ny nævning er tiltrådt, fordi en af de oprindelig udnævnte havde ladet sig engagere som skovfoged[1]). Men antallet kan også være mindre end JLovs. Af og til må det dog bero på en tilfældighed, at der i enkelte tingbøger opføres færre ransnævninger: således i Hindsted herred 1659 og 1673 kun fem, medens der i 27 årgange fra 1625—74 stadig opføres åtte; i Revs herred 1659, hvor ligeledes kun nævnes fem, medens der i 12 årgange 1657—77 opregnes åtte. Derimod må det være mere end en tilfældighed, at der i 22 komplette årgange af Han herreds tingbog 1630—68 konsekvent kun opføres 5 ransnævninger, ligesom der også kun nævnes 5 sandemænd. Denne abnormitet forklares imidlertid forholdsvis let. For nabojurisdiktionen Hannæs birk, som formodentlig i sin tid er blevet udsondret af herredet, findes nemlig ligeså konsekvent i 17 årgange 1631—64 kun opført 3 ransnævninger, og i 13[2]) årgange 1648—64 ligeledes kun 3 sandemænd. Der kan herefter ikke være tvivl om, at det landområde, som tidligere dannede det gamle Han herred, og som senere deltes mellem herredet og birket, vedblivende har haft ransnævninger og sandemænd i fællesskab, således at det første

1) Om udmældelse af et större antal ransnævninger end foreskrevet i JLov se videre ndfr. s. 277.

2) I de 4 årgange af tingbogen findes sandemændene ikke angivet for det pågældende år.

besatte $^5/_8$, det sidste $^3/_8$ af pladserne. Denne formodning stadfæstes ved, at der i tingbogen 1631 for Hannæs birk udtrykkelig angives, at de der undtagelsesvis opførte 8 sandemænd skulle fungere såvel i herredet som i birket[1]). På samme måde turde det forklares, at der for Løgstør birk i 15 årgange 1630—80, Nörholms birk[2]) i 13 årgange 1671—83, Storvorde birk i 11 årgange 1662—79, Hals birk[3]) i 14 årgange 1636—63 og endelig for Hunderup birk i 9 årgange 1662—79 stadig kun opføres 4 sandemænd; ransnævninger nævnes ikke, men dem har man formodentlig haft i samme antal som sandemændene. I Slavs herreds tingbøger i 4 årgange 1662—81 opregnes stadig kun 4 ransnævninger. Dette må stå i forbindelse med, at herredet først er dannet i henhold til åb. brev 1552 18. avgust af to sogne, som udskiltes af Tørrild herred, og 6 sogne fra Jerlev herred. Der har ikke foreligget tilstrækkelig til fuldt ud at forklare sammenhænget. I Vester Horne herreds tingbøger opføres kun i en årgang, 1663, ransnævninger og da kun fire. Også dette herred har formodentlig haft ransnævninger fælles med et birk, nemlig det fra herredet ved åb. brev 1572 13. marts og 24. juli oprettede Kærgårds birk, i hvis temmelig rigelig bevarede tingbøger dog intet nævnes om udmældte ransnævninger. Imidlertid lader det sig sikkert fastslå som en almindelig praksis i Nörrejylland, at birkerne have været fælles om de faste nævninger, ransnævninger så vel som sandemænd og helligbrødenævninger, med de herreder, hvorfra de i sin tid ere blevne udskilte, og at de i fællesskabet deltagende jurisdiktioner efter forskellige forholdstal have deltaget i udmældelsen.

Vi komme nu til en ejendommelighed ved ransnævningernes antal som særlig stærkt træder frem i det ovenfor s. 272—73 meddelte uddrag af Galten herreds tingbog, hvorefter det egentlig ser ud, som om der var udmældt 16 ransnævninger, 4 for hver fjærding. De udnævnte stilles imidlertid i to klasser, af hvilke den ene betegnes som: *fuldgiør* den anden som: *vargield*. Betegnelsen *fuld-*

1) De opføres under overskriften: „Sandmend i Han herrit och paa Hanis".

2) Birket er udskilt fra Hornum herred, men i dettes tingbøger (14 årgange 1637—82) opføres ingen sandemænd, dog i almindelighed 8 ransnævninger, der formodentlig have været fælles for birk og herred; 1637 nævnes kun 4 nævninger, i det formodentlig de af birket udmældte ved forglæmmelse ikke ere blevne indførte.

3) Birket er udskilt fra Kær herred, men i 29 årgange 1630—77 nævnes ingen sandemænd, således at forholdet her er som ved Hornum herred og Nörholms birk, se note 2.

giør er kun påtruffet i dette ene herreds tingbøger, derimod findes i andre herreder jævnlig særlige ransnævninger udmældte til: *vargierd*, men rigtignok ikke i så stort antal som i Galten herred: i almindelighed nævnes foruden de sædvanlige 8 ransnævninger en eller to mænd til „*vargierd*“, således i Gern herred i 16 årgange tingbøger 1663—80: 1 mand, i Lysgaard herred 1683[1]): 2 mænd, i Vor herred i 14 årgange 1664—78: 2 mænd, i Nim herred 1673[2]): 2 mænd, i Framlev herred i 14 årgange 1661—78: 1 mand.

Spörgsmålet er nu, hvad der skal forstås ved disse terminologier. Ved siden af *vargield* og den almindeligste form *vargierd*[3]) findes retskrivningerne: *vardgierd*[4]), *vardgier*[5]), *vargier*[6]), *vargied*[7]), *vuardgierd*[8]), *vaargierd*[9]), *vorgierd*[10]), *vorgieldr*[11]), *voegierd*[12]), *vaergier*[13]), *vaargiest*[14]). Denne brogede mangfoldighed viser dog hen til to udtaleformer, nemlig enten *vårdgierd* eller *vargierd*. For denne sidste form taler særlig retskrivningen: *vaergier*, samt den to gange hos P. Tidemand forekommende form: *waregierd*[15]), for den förte de mange former med o eller å. Det sidste ord i sammensætningen kan kun være oldn. *gerð* gl. dsk. *gærth*[16]). Antages *vårdgierd* for den rette form, må förste led være oldn. *vǫrðr*, gl. dsk. *wårth*, og ordet måtte da paralleliseres med oldn. *varðhald*, gl. dsk. *wårthhæld*. Herimod kunde, hvad hr. cand. mag. M. Lorenzen gör mig opmærksom på, tale, at der ikke jævnsides med oldn. *halda vǫrð* forekommer oldn. *gera vǫrð*, men da der i svensk findes: *göra wardh ok waku* (Magnus Erikssons stadslag koningsb. 15 § 12), synes dog den antydede oprindelse at

---

1) I de i øvrigt bevarede 8 årgange 1662—82 nævnes ingen.

2) I de i øvrigt bevarede 3 årgange 1674—76 nævnes ingen.

3) Framlev herred 1667—68, 1674, Tyrsting herred 1660—63, Vor herred 1673, Gern herred i alle årgange af tingbogen.

4) Vor herred 1675.

5) A. st. 1669, 1674.

6) A. st. 1671—72.

7) Framlev herred 1663.

8) Vor herred 1665—66, 1668.

9) Tyrsting herred 1664.

10) Framlev herred 1670, Giern herred 1674.

11) Lysgård herred 1683.

12) Framlev herred 1677.

13) Vor herred 1677.

14) Nim herred 1678.

15) Molbech: Dansk glossarium 2, 263.

16) Se ovfr. s. 253: *utgærth* af: *gøræ ut*.

måtte fastholdes. Formen *vargierd* derimod kunde sammenstilles med varetægt, men der forekommer ikke noget: göre vare, ved siden af: tage vare; til fordel for den kunde tale, at der i Lysgård herreds tingbog 1682 foruden de 8 sædvanlige ransnævninger også opføres 3 *varenefninger*, svarende til de ellers opførte nævninger til *vargierd*, men dette udtryk står aldeles isoleret og skyldes måske udelukkende et etymologisk forsøg fra herredsskriverens side.

Gå vi altså ud fra, at *vårdgierd* svarer til et oldn. *varðgerð*, må *fulgiør* formentlig svare til oldn. *fullgerð* og formodentlig læses *fuldgierd*. Meningen med at udmælde nogle nævninger til *fuldgierd* andre til *vårdgierd* må herefter være, at de første udmældes til den fulde gærning, jfr. *gera full*, altså til at være virkelige ransnævninger, medens de andre skulle have en vagtgærning eller passe at være til rede, når der blev brug for dem, fordi en eller flere af dem til *fuld*gierd udmældte fik forfald, med andre ord: de skulde være suppleanter. Har det al tid været praksis i nogle herreder foruden det ved loven normerede antal ransnævninger straks at udmælde suppleantnævninger, er man berettiget til at formode, at man også i andre tilfælde, i hvilke der uden nærmere specifikation opføres flere end de i loven foreskrevne 8 ransnævninger, kun har opført det overskydende antal som suppleanter. At dette må være således i Lysgård herred, i hvis tingbøger for 1662, 1676 og 1677 der opføres 10, medens der i tingbogen for 1678 nævnes 14 nævninger, skönt der i tingbøgerne for 1669—71 kun omtales det normerede antal, stadfæstes udtrykkelig af samme herreds tingbog for 1682, i hvilken der, som allerede ovenfor omtalt, findes indført tre *varenefninger*, og for 1683, hvori to ransnævninger opføres som: *vorgieldr*. På samme måde må det forholde sig med det aldeles abnormt store antal ransnævninger, som pludselig dukker op i Vennebjærg herreds tingbøger. Efter at der i fire årgange 1632—35 kun har været indført det sædvanlige antal, træffes 1669 navnene på 10 ransnævninger, der alle ere indførte på én gang; 1672 er tallet steget til 15 og 1673 findes endogså 18, der alle genvælges for 1674[1]), og hver gang ere alle navne indskrevne på én gang og med samme håndskrift, således at det ikke kan antages, at man i årets løb har valgt nye ransnævninger, fordi de, som tiltrådte til snapstinget, vare blevne f. eks. nederfældige og derfor inhabile i årets løb.

Forudsætningen imidlertid for, at der kan blive tale om at

1) „Rafnsnefninger indeverende aar 1674 forblifver som neste afvigte aar, nemlig ... och som herefter til første tingdaug skal vorde nafngiven."

udmælde suppleanter, er, at der i jurisdiktionen findes et tilstrækkelig stort antal habile personer. Hvor sådanne ikke findes, må man give afkald på at få suppleanter. Når det derfor ikke, i hvert fald ikke i yngre tid, var praksis i forskellige dele af Nörrejylland at udnævne sådanne suppleanter, står dette formentlig ligeledes i forbindelse med de ovfr. s. 258—59 omtalte vanskeligheder ved at få det ordentlige antal nævninger udmældte.

I henseende til selve udmældelsen af ransnævningerne findes store uoverensstemmelser mellem JLov og jysk praksis i 17. årh. I følge JLov skulde bønderne selv udmælde ransnævninger, og det forudsættes i JLov 2,51, at udmældelsen har fundet sted för afholdelsen af det förste ting efter tolfte dag jul, det senere såkaldte snapsting[1]), på hvilket bønderne skulde indfinde sig med de udmældte ransnævninger, for at disse kunde blive edsfæstede af ombudsmanden. Ordene i JLov a. st. synes ikke at kunne misforstås[2]), men dog har Stemann[3]) fået den opfattelse, at bøndernes udmældelse skulde foregå på selve snapstinget. En sådan bestemmelse måtte imidlertid ofte medføre, at de udmældte ransnævninger ikke vilde kunne edsfæstes på snapstinget simpelthen, fordi de måske ikke vare tilstede på tinget, og JLov 2,51 vilde således have givet to bestemmelser, der kunde komme i strid med hinanden.

Fra bestemmelsen om bøndernes udmældelse forekommer nu følgende afvigelser:

I enkelte herreder foretage sandemændene udmældelsen. Dette ses i tingbøger fra Vendsyssel og Ty, altså Jylland nord for Limfjorden: I Hvetbo herreds tingbøger for 1634, 1636, 1640—41, 1643 og 1647 hedder det regelmæssig: „*Sandmen her udi herred hafver lagt til ransnefning dette aar ...*“, ligesom i Hassing herreds tingbog 1632: „*otte ransnefninger i samme herret, udlagt af sandmend paa snapsting aar 1632 ...*“

I andre herreder sker udmældelsen ved skursnævningerne, og det ikke alene ransnævninger til fuldgærd, men også til vård-

---

1) Der er ingen grund til at forlade den gamle forklaring af oprindelsen til dette ords förste led som dannet af begyndelsesbogstaverne i følgende ord: sessio novi anni prima, og Rosenvinges svage (Udvalg af gml. domme 4, 296) af Kinch (Saml. til jysk historie 1, 67 og 431—32) stærkt adopterede formodning om, at der i Viborg også skulde have været holdt et „snapsting“ om efteråret, støtter sig udelukkende på den helt tilfældige orden, i hvilke nogle dokumenter opregnes i en kongens og rigens råds dom af 1591 (Udvalg 4, 296).

2) I JLov 2, 78 hedder det også om biskopsnævninger: „efter jul skulle de skiftes ligesom andre nævninger“.

3) Dansk retshistorie s. 183.

gærd. Dette gælder således Framlev[1]) og Gern[2]) herreder, i hvis tingbøger regelmæssig står f. eks.: „*Skuersnefning H. A. i Skovby, C. N. i Skøring tillagde disse efterskrefne ransnefning ...*“; endvidere Hads herred: „*Skursnefninger M. K. i Balle, P. G. i Oldrup udlagde i aar ransnefninger ...*“[3]), eller som eksempel på, at skursnævninger også måtte foretage udfyldingsvalg i årets løb:

Hads herreds tingbog 1667: „Ransnefninger dette aar, som af skursnefninger, nemlig Anders Søfrensen i Fielerup och af Peder Jensen i Ollerup, er udlagt at vere dette aar efter lofven rettelig tilfelden at skal vere ... (8 navne) ... Efter at N. R. af Trudstrup er af herrid bortvegt och icke i herrid tilstede, udlagde Peder Jensen R. J. i Haadrup, som i dag den 9. decemb. gik ved hans tov“[4]).

Så kan der atter findes Spor af, at herredsfogden selv har udmældt ransnævningerne, ikke alene i overensstemmelse med JLov når bønderne undlade at benytte sig af den dem tilkommende udmældelsesret, men efter en som det synes år efter år iagttaget praksis, så som:

Rovse herreds tingbog 1678: „10. januar ... formedelst herritsfogden møtte icke, blef ingen ransnefninger opkrefvit ei heller nogen ting holt. 17. jan. herritsfogden møtte icke heller i dag at opkreufve ransnefninger. 7. febr, M. P. herritsfoged møtte men icke opkreufvit nogen ransnefninger.“

Nörvang herreds tingbog 1664: „opkrefvit af heridsfougden ransnefning for dette nerverrendis aar nemblig“ ... Ligeså 1667—69, 1671.

Tørrild herreds tingbog 1668 1. avg.[5]): „ransnæfninger, som den 11. januarii i nerverende aar af heridsfogden er opnefnt, som er“...; 1669 9. jan.: „randsnæfninger opkræfvid af heridsfogden for dette nerverendis aar 1669..“; 1677 13. jan.: ransnæfninger, som paa T. h. snapsting af heridsfogden for nerverende aar 1677 for retten er opkrefvid och tilnefvnit“ ...

Jerlev herrids tingbog 1671—72, 1676—77: „ransnefninger, som er for nerverinde aar 1671 paa Jærløf herids snapsting af heridsfogden er opkræfvid och tilnefnt“ ...

I de her anførte herreders andre bevarede tingbøger, som i øvrigt kun er få i tallet, findes slet ingen antydning om, at udmældelsen af ransnævninger i andre år end de citerede er foregået på anden måde, og man kan derfor sikkert gå ud fra, at udmældelsen i disse herreder al tid foretoges af herredsfogden.

---

1) Tingbog 1661, 1663—67, 1670, 1674—79.

2) Tingbog 1662—64, 1666, 1668.

3) Tingbog 1662—64, 1666, 1668.

4) Denne sidste sætning er tilskrevet med andet blæk end det foregående.

5) Hermed begynder et nyt bind og optegnelsen om ransnævninger er derfor gentaget fra forrige bind.

Med hensyn til udmældelsestiden har man i Hads herreds tingbøger oplysninger, som stemme med den ovenfor antagne forudsætning i JLov om, at udmældelsen normalt bör være i orden inden snapstinget, og det ses, at den af skursnævninger foretoges under særlig höjtidelighed nytårsaften:

Hads herreds tingbog 1664: „Nytaarsaften udleggis ransnefninger sædvanlige ved Odder kirke, som skal verre dette aar nemlig" ...; 1666: „Skursnefninger, som aarlig møde udi Odder kirke nytaarsaften och der udlege 8 ransnefninger efter lofven at gange til tinget næste tingdag efter jul och for retten giøre deres ed. Anders Søfrensen i Fillerup, Peder Jensen i Oldrup udlegge dette aar 1666 ransnefninger" . . .

Når derimod herredsfogden foretog udmældelsen foregik den sædvanlig på snapstinget, se citaterne ovenfor.

Efter udmældelsen af ransnævningerne skulde edsfæstelsen efter JLov foregå på snapstinget, og dette synes også regelmæssig at være blevet iagttaget i det 17. årh. således som de lejlighedsvis derom i tingbøgerne indførte optegnelser vise:

Kær herreds tingbog 1648: de åtte ransnævninger „hafve alle verid udi æd tagen efter lofven och fest udi toufvid".

Hellum herreds tingbog 1627: „hvilke forskrefne ransnefninger alle hafve denom udi ranstofvit indført at skal vere retferdeligen udi di sager dennom lofligen tilkrefvis". I lignende udtryk omtales edsfæstelsen i de følgende årgange.

Der forekommer dog også eksempler på, at ransnævningerne ikke edsfæstedes på snapstinget, men denne dag kun fik pålæg om møde en senere tingdag til edsfæstelsen.

Jerlev herreds tingbog 1676 og 1677: „herritsfogden forelagte forskrefne ransnefninger paa ko. maits. veigne at møde i dag ote dage och giøre deris ed efter loven eller derfor at udlege deris bøder och lide efter loven"

I et enkelt herred synes man aldeles at have strøget edsfæstelsen på snapstinget og at have nöjedes med at indskrive ransnævningerne i tingbogen og give dem pålæg om i årets løb at udføre deres hverv forsvarlig, saaledes i

Han herreds tingbog 1659 snapsmandag: „vaer den daug inted at bestille undertagen efterskrefne ransnefninger at indskrifve nemligge . . . och befaled dennem at efterrette dete aer at verre ransnefninger och giøre deris æd och tov, udi hvis di lovlige tilkreffes, som di ville foer andsvaerre".

Så kan det atter indtræffe, at der vel har fundet en edsfæstelse sted, men ikke som ellers sædvanligt ved herredsfogden, men for lænsmanden, såsom:

Hillerslev herreds tingbog 1673: „Forskrefne mend (ɔ: ransnævningerne) er i dag, som er dend 25. februarii nerværende aar, forrelagt at møde paa Søegaard nu paa førstkommende torsdag der deris æd for deris gunstige lensherre at aflegge".

Endnu må tilföjes, at der ikke i tingbøgerne er fundet spor til, at ransnævningerne således som sandemændene have en fast formand, en såkaldet *„fortovsmand"*. I listerne over sandemændene i nogle tingbøger udpeges nemlig en enkelt af disse under dette navn [1]). Herved må forstås den sandemand, som formulerede edstemaet for de andre og aflagde eden (gjorde sit tov) först, hvorefter de andre gentoge den eller udtalte deres afvigende ed. I en enkelt jurisdiktions [2]) tingbøger opføres han tilmed som *„fortougswand och beseglingsmand"*. Hermed stemmer også praksis i Sønderjylland [3]).

Öjemedet med ovenstående bemærkninger har kun været til belysning af de fremdragne æmner at offentliggöre noget nyt stof, som tid efter anden er faldet mig i hænde, ikke derimod at give en systematisk fremstilling, og det så meget mindre, som også herefter det, der foreligger om de behandlede forhold, kun er fragmentarisk. För en skildring af disse forholds udvikling fra JLovs tid til Danske lov kan gives klart eller fuldstændig, må endnu mange fund göres i hidtil utrykte kilder.

---

1) Således Hals birks tingbog 1636, 1644, Gjessingholms birks tingbog 1673—80, Ålborg bys tingbog 1666.

2) Gjessingholms birk.

3) Stemann: Schlesvigs rechts- u. gerichtsverf. s. 9.

Lén og veizla

i Norges sagatid

af

Ebbe Hertzberg.

At lenet[1]) ogsaa i sagatiden[2]) regelmæssig udgjordes af et distrikt, en større eller mindre del af land eller rige, fremgaar især af følgende kildesteder:

Fagrsk. kap. 11: *Hákon (gamli jarl, á Hlöðum) beiddisk léns af konungi yfir Sygnafylki með þeim hætti sem Atli jarl hafði; konungr veitir honum þat.* — Fornm. Sögur II s. 91: *hann (Hafgrimr) hafði í lén hálfar Færeyjar af Haraldi gráfeld.* — Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 99[3]): *eptir þat sættust þeir (Haraldr) konungr (hinn hárfagri) ok (Einarr) jarl, ok gerðist jarl hans maðr ok tók lönd* (nl. Orkn- og Shetlandsøerne) *í lén af konungi*; — kap. 105: *jarlar höfðu haft jafnan síðan lönd þau at léni, en aldregi at eign . . . vill ek (Ólafr konungr) gera þér (Brusa jarli) þann kost, at þú gerist minn maðr, mun ek þá fá þér eyjarnar í lén*[4]). — S. Magn. Erlingssónar, kap. 30: *Erlingr gerðist handgenginn Valdimar konungi, en konungr leiddi Erling til sætis ok gaf honum jarldóm ok Víkina til léns ok yfirsóknar*; — Sverres s. kap. 104: *leitaði Eiríkr konungsson við Sverri konung, bróður sinn, ef hann vildi . . . veita honum nökkut af ríki;* — kap. 105: *þá er Sverrir konungr var í Víkinna, skipti*

---

1) Jfr. K. v. Amira, Paul's Grundriss d. germ. Philol. II b. s. 159: „. . . von dem wn. nationalen Institut der *veizla (veizlujörð)*, welche vom *lén* in einer noch nicht genügend aufgeklärten Weise unterschieden wird."

2) Fra diplomtidens begyndelse gjøre sig visse fra det mellemeuropæiske feudalvæsen stammende indvirkninger mere og mere gjældende, hvorfor nærv. undersøgelse vil blive indskrænket til behandlingen af det ældre tidsrum.

3) Kongesagaerne citeres, hvor ikke anderledes er anført, efter Ungers udg. i Norsk Oldskriftselskabs skrifter.

4) Jfr. ogs. kap. 107 samt de tilsvarende steder i Orkneyinga saga (Vigfussons udg.) s. 23—24. Se ogs. om forholdet mellem Sigurd jarl og kong Olaf Tryggvesøn Flatöb. II 187: *síðan gjörðist Sigurðr jarl, eptir veraldar virðingu, jarl Ólafs konungs ok hélt af honum lönd ok lén.*

hann landi við Eirík bróður sinn ok gaf honum land austan frá Svínasundi til Rygjarbits ok þar með öll Upplönd, hann gaf honum ok jarlsnafn. I kapitlets overskrift betegnes dette med ordene: *Eiríki gefit lén ok jarlsnafn.* I kap. 107 siges derpaa Sverre, da Erik var død, atter at tage *ríki allt.* — S. Hák., Guth. ok Inga, kap. 19: *þá hafði lén á Rogalandi Stýrkárr Stagnáll.* — Hák. S. Hákónarsónar, kap. 12: *beiddu frændr konungssónar Inga konung, at hann mundi fá Hákóni lén nökkut at halda sik við ok frændr sína. Konungr spurði, hvert þeir beiddist um. Þeir beiddust Jamtalands*; — kap. 176: *Knútr (jarl) hafði þá hálft Rygjafylki ok Sogn ok þótti þat lén minna en hugir hans stóðu til*; — kap. 190: *Þá er Arnbjörn kom heim í Valdisholma, þá sendi hann orð sýslumönnum (Skúla) jarls, at þeir skyldu a braut fara, ok kvezt fyrir engum manni mundu upp gefa Borgarsýslu, fyrr en hann heyrði orð Hákonar konungs*; — kap. 192: *ok er þingit hafði skamma stund staðit, mælti Skúli jarl: Hví raktu sýslumenn mína ór Borgarsýslu? Arnbjörn svaraði: því at ek em öruggr at láta fyrir engum laust þat lén, sem konungr hefir fengit mér, fyrr en ek vissa með sannleik, at hann vildi af mér taka.* — I lovene er det særlig at mærke, at naar Hirdskr. kap. 14 udtaler som fast regel, at kongen overdrager jarlen *„slíkt af lande ok þo í þeim stoðum ríkissins sem honum synist með sliku skilorðe, sem hann skipar“*, saa kaldes vedkommende landsdel i afskrifterne af Landsl. II 9 om hinanden *„len“* og *„þann luta lands, er hann veitir mer“*, og den samme vexling i udtryksmaaden opvise varianterne til Hirdskr. kap. 7. — Iøvrigt kunde til disse vidnesbyrd føies adskillige andre, hvis anførsel dog hensigtsmæssigst sker nedenfor i anden forbindelse[1]).

Under visse, sjeldnere indtræffende forudsætninger antydes ogsaa landet eller riget i dets helhed at kunne danne et len; se saaledes især Fagrsk. kap. 273: *Hákon hinn ríki jarl hafði haldit Noregsveldi at léni af Danakonung*[2]).

---

1) Som oplysende for brugen af betegnelsen *lén* hidsættes desuden fra sagaernes omtale af forholdene i nabolandene, at der i Heimskr. S. Ólafs Tryggvasónar, kap. 10, er spørgsmaal om at skaffe Harald graafeld *land ok lén þat sem þeir* (Harald og hans brødre) *höfðu fyrr her í Danmörk*, i hvilken anledning Fagrsk. kap. 42 angiver Jylland som det *mikit lén*, hvorom der her var tale. Ifølge Ólafs S. h. helga (Kristiania 1849), kap. 22, gav kong Knut Jarlen Haakon (III) af Lade *mikit lén ok land í sínu ríki* (d. e. i England), eller, som Fagrsk. kap. 89 udtrykker det, *mikit lén ok ríki*. Og naar S. Har. hárðráða, kap. 55 lader kong Svein give Finn Arnesön *jarldóm ok Halland til ýfirsóknar*, saa kaldes dette i Morkinsk. s. 61 *jarldóm ok mikit lén*.

2) Jfr. ogs. Heimskr. Ólafs S. h. helga, kap. 57.

Af de ovenanførte kildesteder kan ligeledes med tilstrækkelig sikkerhed sluttes, at naar en landsdel af kongen overdroges en høibaaren mand til særskilt styrelse, saa skede dette i regelen paa saadanne vilkaar, at der fremkom et len, selv om dette ord ikke for anledningen udtrykkelig benyttes[1]). I første række finder denne slutning anvendelse paa de i rigets historie saa dybt indgribende jarler. Ligesom jarlerne Atle af Gaular og Haakon (I) af Lade havde Sogn til len af kong Harald haarfagre, Orknøjarlerne de vestlige øer til len af kongerne fra Harald af, jarlen Haakon (II) af Lade (størstedelen af) Norge og jarlen Erling skakke Viken til len af danske konger, jarlen Erik kongsbroder Oplandene og størstedelen af Viken til len af kong Sverre, Knut jarl halve Rygjafylke og Sogn til len af kong Haakon, samt ligesom jarlen Finn Arnesøn havde Halland til len af kong Svein, saaledes er det ogsaa selvsagt, at den samme Haakon (I) af Lade, da han af kong Harald erholdt *„yfirsókn um Strindafylki“* [2]), fik dette fylke som len, — at den samme kong Harald, da han overlod den forrige kong Rollaug *„Naumdœlafylki ok setti hann þar jarl yfir“* [3]), eller da han satte Ragnvald Mørejarl over de to fylker Nordmøre og Romsdalen[4]), herved fremdeles uddelte len, — at Sigurd af Lade, da han ved sin fader Haakons død *„tók hans ríki og gerðist jarl í Þrándheimi“* [5]), overtog faderens len, — og at kong Harald graafeld, da han tilbød Sigurds broder, Grjotgard, at *„vera jarl hans ok hafa ríki þat alt, er áðr hafði Sigurðr jarl“* [6]) gav løfte om et len. Ligeledes er det klart, at naar kong Harald blaatand *„sendi Eirík norðr í Noreg ok gaf honum jarldóm ok þar með Vingulmörk ok Raumaríki til yfirsóknar“* [7]), og naar kong Svein tveskjæg senere *„veitti Eiríki jarli Raumaríki ok Heiðmörk“* [8]), saa fik

---

1) Der kan saaledes f. ex. ikke være tvivl om, at da kong Haakon Haakonssøn ifølge sagaens kap. 354 overdrog sin søn Magnus Rygjafylke blev dette ligesaa godt dennes len, som halve Rygjafylke og Sogn tidligere under samme konge havde været Knut jarls len, og Rygjafylke (eller en del deraf) endnu tidligere Styrkaar Stagnaals len, eller som Jæmteland vilde være blevet Haakons eget len, om kong Inge havde opfyldt hans frænders begjæring.

2) Heimskr. Har. S. h. hárfagra, kap. 7.

3) ib. kap. 8.

4) ib. kap. 10; jfr. ogs. kap. 30 om hans søn og efterfølger Thore jarl, som havde *ríki þvílíkt sem haft hafði Rögnvaldr jarl, faðir hans.*

5) ib. kap. 40.

6) Heimskr. Sagan af Har. gráfeld, kap. 4.

7) Heimskr. S. Ólafs Tryggvasónar kap. 20. Jfr. Flatøb. II 339, der lader kong Mælkolm af Skotland give sin dattersøn Thorfinn af Orknøerne *jarlsnafn ok Katanes til yfirsóknar.*

8) Heimskr. S. Ólafs Tryggvasónar, kap. 121.

Erik jarl ved begge leiligheder len, og det samme var tilfældet med hans broder Svein, da denne samtidig med Eriks sidste forlening *„tók jarldóm af Ólafi hinum sœnska“* og af ham lod sig overdrage styrelsen af hans andel af Norge[1]). Efterat landet atter havde faaet indfødte konger, finde vi Orm Eilifssøn som *jarl á Upplöndum*[2]), og ved hans død gav Kong Harald haardraade Haakon Ivarssøn *„jarlsnafn ok veldi slíkt sem haft hafði Ormr jarl“*[3]). I det følgende kalde Oplændingerne selv dette *veldi* for Haakons *ríki*[4]) og betegne det derved middelbart som hans len. Endelig kan det heller ikke betvivles, at den samme Knut jarl, som før havde halve Rygjafylke og Sogn til len, ligeledes besad de ham senere betroede „fire fylker i Throndhjem“[5]) som len.

Hvad særskilt angaar de af kong Harald haarfagre udnævnte jarler, om hvilke det i henhold til det ovenfor anførte maa ansees sikkert, at de samtlige havde sit distrikt som len, heder det i sin almindelighed: *„Hann setti jarl í hverju fylki, þann er dœma skyldi lög ok landsrétt ok heimta sakeyrir ok landskyldir, ok skyldi jarl hafa þriðjung skatta ok skylda til borðs sér ok kostnaðar . . . Jarl hverr skyldi fá konungi í her 60 hermanna af sínum einum kostnaði . . . En sva mikit hafði Haraldr konungr aukit álög ok landskyldir, at jarlar hans höfðu meira ríki en konungar höfðu fyrrum“*[6]). Rigtigheden af denne beretning er vistnok bleven betvivlet, idet man har antydet muligheden af, at den kunde være et aandsfoster af Snorre selv[7]). Men herimod synes overveiende at tale, at jarleværdighedens anvendelse og betydning i statslivet paa Snorres tid og længe forud var saa afvigende fra den kong Harald tillagte ordning, at denne overhovedet ikke kan antages at være bleven sat sammen over en senere tidsalders kjendsgjerninger som læst. Det vilde have været forstaaeligt, om en historieskriver i det 13de aarh. enten i god tro eller tendentiøst havde tilskrevet rigets stifter indførelsen af det paa forfatterens egen tid herskende statssystem; men saadant er her saa langt fra tilfældet, at den af Snorre med saa udførlig bestemthed skildrede ordning kun fik en uforstyrret tilværelse paa nogle faa aarti. Heller ikke vilde det ligne Snorres øvrige forfatterskab at gribe oplysninger af denne art ud af luften. Den samme

1) ib.
2) Heimskr. S. Har. hárðráða, kap. 42.
3) ib. kap. 52.
4) ib. kap. 72.
5) Hák. S. Hákónarsónar, kap. 272.
6) Heimskr. S. Har. h. hárfagra, kap. 6.
7) G. Storm, (Norsk) Hist. Tidsskr. 2den række, IV s. 181–82.

mand, der har givet os den fortræffelige oversigt over lagmandsinstitutionen i Sverige, tør visselig staa til troende, ogsaa naar han meddeler træk af den institutionelle udvikling i det ham i enhver henseende saameget nærmere liggende Norge, inden hvis styrende kredse han selv i længere tid færdedes og med sin titel af lendermand endog var optagen, og hvis traditioner han saaledes havde fortrinlig anledning til at indhente kundskab om. Til disse betragtninger kommer imidlertid ogsaa, at den kong Harald tillagte foranstaltning ikke staar ganske isoleret. Allerede blandt hans egne forfædre anføres der et par exempler paa, at de i landskaber, som de ikke selv umiddelbart kunde styre, ansatte jarler[1]), og ligeledes nævner kong Haralds tidsfælle, skalden Thjodolf, i sit Ynglingatal den danske kong „Frodes jarler", *Vöttr* og *Fasti*[2]), paa en saadan maade, at titelen kan sees allerede paa denne tid at have betegnet kongens høieste ombudsmænd i visse landsdele. Tidligt organiseret synes ogsaa at have været det under Upsalakongerne lydende jarledømme i Vestergautland, idet jarlerne her ikke alene gribe betydeligt ind i Sveriges ældste, sikkre historie, men tillige hyppigt indflettes i sagnhistoriske fortællinger[3]). Ogsaa i det tilgrændsende norske fylke, Ranrike, ansatte Upsalakongen Erik paa Haralds egen tid en jarl[4]). Naar derfor kong Harald haarfagre berettes at have indsat en jarl i hvert fylke, saa kan dette blot opfattes saaledes, at han i større og fuldstændigere maalestok har anvendt en administrativ forholdsregel, som allerede tidligere var kjendt og praktiseret, ligesom det da overhovedet er selvindlysende, at han ved sin underkastelse af det hele land maatte se til at istandbringe en eller anden ordning, der tillod ham effektivt at gjøre den kongelige myndighed gjældende og i enhver del af riget at oppebære kongedømmets indtægter. I virkeligheden anføres ogsaa adskillige af de af ham udnævnte jarler ved navn[5]), og ligeledes haves der fra det

1) Heimskr. Ynglíngas. kap. 50 (Værmeland); S. Hálfd. svarta, kap. 3 (Sogn). Jfr. ogs. det i Hálfs s. kap. 1 berettede sagn: *konungr launaði Koll vel trúleik sinn ok gaf honum jarldóm ok atsetu i Kollsey fyrir útan Harðsæ ok er þat fjölbygt herað.*

2) Ynglíngas. kap. 31.

3) Se f. ex. Vatnsdœlas. kap. 3—7; i Frithiofs s. er Angantyr en jarlesøn fra Gautland, i Ragnar lodbroks s. Herrød jarl sammesteds.

4) Heimskr. Har. s. h. hárfagra, kap. 14.

5) To af dem, Asgaut og Asbjørn, faldt i det andet slag ved Solskel (ib. kap. 11; Eigla kap. 4); i Namdalen indsattes Rollaug, i Strindafylke Haakon Grjotgardssøn, i Nordmøre og Romsdal Ragnvald Eysteinssøn (se ovenfor), i Firdafylke Roald Arinbjørnssøn (Eigla kap. 4); Sogn havde allerede fra før af Atle mjove (Heimskr. S. Hálfd. svarta kap. 3); i Egdafylke nævnes Audun jarl

følgende aarh. uafviselige vidnesbyrd om, at jarleværdigheden fremdeles ikke var saa ganske sjelden i landet[1]).

Men er der saaledes al grund til at anerkjende Snorres beretning om kong Haralds jarleordning som i alt væsentligt værende i overensstemmelse med de virkelige forhold, lader der sig i hovedsagen heller intet indvende mod hans meddelelse om de vilkaar, hvorpaa jarlerne modtog sine len. Idet jeg udsætter til nedenfor at omhandle deres militære forpligtelser, gjælder det her nærmest at fastslaa deres fiskale stilling, særlig for den ældre tids vedkommende. Som vi saa, lader Snorre dem indkræve alle kongedømmets indtægter *(heimta sakeyri ok landskyldir)* og deraf selv beholde trediedelen *(hafa þriðiung skatta ok skylda)*. De to trediedele havde de altsaa i regelen at afgive til kongen. At denne regel kunde lide undtagelser, se vi vistnok strax et exempel paa i den mellem kong Harald og jarlen Einar af Orknøerne trufne aftale, ifølge hvilken den sidste skulde være fritagen for enhver skatteafgift, fordi øerne vare saa stærkt udsatte for vikingeangreb[2]). Men ligesom i

---

(Grettes s. kap. 7 ff.); Haalogaland har maaske en tidlang været overdraget kongens svigersøn Halfdan jarl (Fornm. sögur, Olaf Tryggvesøns s. kap. 2), ligesom Hedemarken synes at have været styret af Eystein jarl, fader til en af kongens hustruer. Enkelte andre jarler, der levede paa denne tid, have maaske ogsaa tilhørt kredsen af de af Harald udnævnte (jfr. Munch, NFH. I s. 575).

1) I kvadet Vellekla, digtet af skalden Einar skaaleglam til hans samtidige Haakon (II) af Lades ære, siges det ikke alene, at der i Haakons kamp mod hans farbroder Grjotgard faldt *„þrir jarlssynir"*, hvoraf G. selv var den ene (Heimskr. S. af Har. gráfeld, kap 15), men ogsaa, at Haakon under sit herredømme kunde tælle *„16 jarlar"* (Heimskr. S. Ólafs Tryggv. kap. 50). Hvormeget dette høie tal end kan skyldes skaldens lyst til at tage munden fuld ved i regnestykket at medtage alle, som paa nogen maade kunde betragtes som værende eller havende været Haakons undermænd, kan det dog ikke helt bortforklares. Det maa erkjendes at bevise, at der endnu i den anden halvdel af det 10de aarh. fandtes adskillige levninger af Harald haarfagres jarleordning. Derfor kan heller intet væsentligt indvendes mod Snorres tolkning af en tredie strofe i det samme Vellekla, hvor det heder, at der i slaget mod kong Ragnfred Erikssøn deltog *„sjau landrekar"*; thi da ordet *landreki* stadig sees at betegne fyrster, og der ved denne leilighed af fyrstelige personer blot kunde være spørgsmaal om jarler, maa Snorres gjengivelse af stedet med *„7 jarlar"* have sin rigtighed, om det end er sandsynligt, at ogsaa Haakon selv var medregnet i tallet (Heimskr. S. Ólafs Tryggv. kap. 18 jfr. Fagrsk. kap. 48, der omskriver skaldebetegnelsen med *„sjau tignir"* (d. e. fyrstelige) *menn"*). Navnet paa en enkelt af de paa Haakons tid levende jarler er da ogsaa bleven opbevaret, nl. Arnungeættens stamfader, Arnmod jarl (Fagrsk. kap. 215; han skal ifølge Jomsvikingas. være falden i Hjørungavaag).

2) Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 99.

denne undtagelse den modsatte grundsætning middelbart ligger udtalt, saaledes maatte ogsaa Orknøjarlerne senere bekvemme sig til at erlægge skat[1]), og overhovedet er den en jarl paahvilende afgiftspligt et almindelig forudsat vilkaar, hvoraf der oftere sees gjort udtrykkelig anvendelse[2]). Paa den anden side erfare vi ligeledes, at jarlen ogsaa længe efter Harald haarfagres tid var den, som i sit len indkrævede alle offentlige udredsler. Dette gjælder ikke alene for de forholdsvis fjernt boende Orknöjarlers vedkommende[3]); men det samme fremgaar med stor tydelighed af Snorres beretning om stridighederne mellem kong Harald haardraade og jarlen Haakon Ivarssøn[4]).

Var skattepligten saaledes et væsentligt træk i lensforholdet, saa følger heraf imidlertid videre, at ogsaa de i Norges og Nordens ældste historie saa hyppigt omtalte skatte- eller underkonger ligeledes havde sine „riger" til len af overkongen. Dette forklares da ogsaa paa et enkelt sted ganske ligefrem[5]), hvorhos det paa et par andre fuldkommen klart, omend blot middelbart, fremgaar af saga-

1) Sverres s. kap. 124; — fra hvilket tidspunkt Orknøjarlernes regelmæssige afgiftserlæggelse til kongedømmet bør ansees at være begyndt er usikkert; det historiske værd af fortællingerne i Njála kap. 86, 87 og 90 samt Flóamannas. kap. 14—16, er trods Munchs paaberaabelse deraf (NFH. I 2 s. 135—37) mere end tvivlsom. Rimeligvis er det først kong Olaf d. hellige, der ogsaa har bragt dette punkt i fuldt regelmæssig orden.

2) Se f. ex. de nedenfor nærmere omhandlede meddelelser i Fagrsk. kap. 11 og Heimskr. S. Ólafs Tryggv. kap. 15 og 121.

3) Sverres s. l. c.; Orkneyinga s. passim, særlig s. 17 og 28.

4) Da Harald nl. vægrede sig ved længer at anerkjende Haakon som jarl, sendte han sine mænd op til Oplandene, der udgjorde Haakons len, med det opdrag at indkræve samtlige skatter og afgifter af bønderne (*skatta ok landskyldir ok konungs sakeyri*). Men jarlen var kommen kongen i forkjøbet og havde hos de ham personligt hengivne indbyggere allerede oppebaaret, hvad de skulde erlægge. Kongens udsendinge fik derfor af bønderne det svar, „*at þeir mundu greiða allar skyldir, þær er þeir áttu at greiða, ok fá í hendr Hákoni jarli, meðan hann var á lífi, ok hann hafði ekki fyrirgert sér eða ríki sínu; ok*", tilføier sagaen, „*fékk konungr þaðan enga rlandskyldi á þeim vetri*" (Heimskr. S. Haralds hárðráða kap. 72). Heraf sees altsaa, at bønderne overhovedet ansaa kongen uberettiget til at blande sig op i oppebørslerne inden jarlens „rige"; derimod oplyses her intet om, hvor stor del Haakon jarl under fredelige forhold havde at afgive til kongen af de indkrævede udredsler; man faar kun vide, at han benyttede sig af striden med kongen til intet at erlægge.

5) Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 57, hvor den svenske konges skatteopkræver paa sin herres vegne opfordrer kong Olaf digre til at underkaste sig ham: „*ef þú vilt þráliga halda ríkinu, þá mun þér hinn til, at fara á fund hans ok gerast hans maðr, munu vér þá biðja með þér, at hann fái þér at láni þetta ríki*". Med hensyn til ordet *lán* = *lén* se nedenfor.

ernes ord [1]). Disse leilighedsvis forekommende udtalelser stadfæstes desuden ganske ved, hvad vi forøvrigt erfare om stillingens beskaffenhed. Snorre beretter udførlig, hvorledes kong Harald haarfagre, da hans mange sønner voxede til, *„skipti landi með þeim“* og indsatte dem til (under-) konger hver i sin landsdel, hvor han indrømmede dem *„hálfar tekjur við sik“* [2]). Ved denne foranstaltning trængte han rigtignok sin tidligere jarleordning tilside [3]) og svækkede i væsentlig grad det nystiftede riges sammenhold; men han søgte dog, saavidt omstændighederne tillod det, at hævde overkongens myndighed, og underkongernes forpligtelse til at afgive halvdelen af sit distrikts indkomster som skat [4]) stillede dem i administrativ og økonomisk henseende i linie med jarlerne [5]), alene med den forskjel, at disse

---

1) Saaledes Heimskr. S. Ólafs Tryggv. kap. 121, hvor det om den svenske konge Olafs besiddelser i Norge heder: *„þetta ríki fékk Ólafr konungr í hendr Sveini jarli með þvílíkum formála, sem höfðu haft skattkonungar eða jarlar af yfirkonungum“*. Denne sammenstilling af skattekongerne og jarlerne viser, at begges vilkaar principielt vare ensartede, ligesom det da ogsaa allerede ovenfor vistes, at Svein og hans broder Erik jarl havde Svia- og Danekongernes andele af Norge som len. — Den samme betragtning af underkongernes stilling fremgaar af en jævnførelse mellem Fagrsk. kap. 273, der lader jarlen *„Hákon hinn ríki“* have Norge *„at léni af Danakonungi“*, og Heimskr. S. Ólafs Tryggv. kap. 15, hvoraf erfares, at han modtog sit omraade *„með þvílíkum formála sem Haraldr hinn hárfagri gaf sonum sínum“*, hvilke, som vi saa, netop vare underkonger.

2) Heimskr. Har. s. h. hárfagra, kap. 35.

3) Det er overhovedet det mest fremtrædende træk i kong Haralds sønners historie, at de med voldsomhed reagere mod jarlerne: *„þeir ráku af eignum jarla konungs, en suma dráþu þeir“*, Heimskr. Har. s. h. hárfagra kap. 35; *„þeir undu illa við, er konungr gaf þeim ekki ríki, en setti jarl í hverju fylki, ok þótti þeim jarlar vera smábornari en þeir váru“*, ib. kap. 30; jfr. ogs. 31.

4) De betegnes derfor ogsaa udtrykkeligt som skattekonger, se ovenfor anm. 1.

5) Jfr. ovenfor anm. 1. Munch udtaler sig vistnok gjentagende, som om underkongerne i tiden efter Harald haarfagre nærmest kun vare at betragte som „anseede godseiere“, „konger i, ikke over fylkerne“ (NFH. I 1 s. 712; 2 s. 520 anm.). Men han gaar herved ganske udenfor kildernes forklaringer. Under kong Haakon d. gode oplyses det, at underkongerne fremdeles *„skyldi hafa helming skatta ok skylda við hann“* (Heimskr. S. Hák. góða, kap. 2). Ytringen gjælder vistnok umiddelbart blot to af dem; men Munch indrømmer selv (I 1 s. 712), at der er grund til at antage, at ogsaa andre dele af det søndenfjeldske paa kong Haakons tid stod under underkonger, og til at formode, at disses vilkaar vare væsentlig anderledes end hines, foreligger der ikke spor af motiv. — Da senere de danske og svenske konger erhvervede overherredømmet i landet, lægger sagaen en af underkongerne selv i munden, at *„heldr vildu menn útlenda konunga* (d. e. overkonger) *yfir sér ok vera sjálfráðari, því at útlendir höfðingjar váru jafnan fjarri ok vönduðu lítt um síðu*

kun beholdt en trediedel af indtægterne selv. Som ovenfor paavist, er der desuden spor af, at der ogsaa i det følgende aarh. ved siden af underkongerne har holdt sig en del jarler i funktion.

Heller ikke skattekongedømmet var imidlertid en opfindelse af kong Harald selv. Tværtimod gaar det øiensynligt endnu meget længer tilbage i tiden end skattejarledømmet. Vistnok besidde vi for aarhundrederne før Harald og hans samtid væsentlig blot en række mere eller mindre forvirrede sagnberetninger, og disses nedskrivelsestid falder tillige saa sent, at deres historiske kjærne er vanskelig at udskille. Men til de sikkreste, deri opbevarede træk turde netop under- eller skattekongedømmet høre. Det 12te og 13de aarhundredes sagnoptegnere stod denne institution allerede saa fjernt, at deres hyppige omtale af den alene kan have sin grund i, at sagnet har fastholdt den som et nødvendigt tilbehør til hine længst forsvundne tider, og det maa følgelig erkjendes at vidne om, at skattekongedømmet dannede det ældste og i sig selv nærliggende, omend tillige raae, lidet paalidelige og lidet haandterlige

manna, höfðu slíkan skatt af landi, sem þeir skildu sér". Ifølge den foranledning, der fremkaldte denne udtalelse, gjaldt den paaberaabte selvraadighed med tilhørende skattepligt nærmest netop de i begyndelsen af det 11te aarh. endnu tilværende underkonger. Det fremhæves udtrykkeligt i det samme foredrag, at i modsætning til de udenlandske overkonger gik kong Olaf Tryggvesøn dem mere ind paa livet: *„gékk hann við fréku at við oss smákonunganna at heimta undir sik þær skyldir allar, er Haraldr hinn hárfagri hafði hér tekit, ok en sumt frekara"*. Heraf sees altsaa, baade at „smaakongerne" endnu paa Olaf Tryggvesøns tid vare dem, som overkongen holdt sig til, naar det gjaldt af vedk. distrikt at skaffe sig *þær skyldir allar*, som siden Harald haarfagres tid ansaaes at tilkomme overkongen, og at de udenlandske overkonger, om de end fandt sig opfordrede eller tvungne til at indrømme underkongerne og deres distrikter gunstigere betingelser, dog ligeledes fik sig skatterne erlagte gjennem under- eller skattekongerne (Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 34). Disse indtog følgelig lige til værdighedens afskaffelse under kong Olaf d. hellige i det væsentlige samme stilling inden landets administrative og finantsielle ordning, som Harald haarfagre havde anvist dem. Munch synes (I 2 s. 520), at lægge særlig vægt paa underkongen Sigurd syrs, af sagaen saa malende fremhævede interesse for sit gaardsbrug; men heraf kan naturligvis ikke sluttes, at han ikke ogsaa oppebar sit distrikts udredsler og igjen afgav halvdelen deraf til den til enhver tid herskende overkonge. Paa den anden side var det vistnok en ligefrem følge af hin periodes usikkre tilstande og navnlig af rivalisationen mellem Harald haarfagres ætt og Ladeætten, at ogsaa underkongerne ofte maatte se sig fordrevne fra sin stilling og erstattede ved sine modstandere. Saaledes synes underkongen Harald grenske at have levet under lidet sikkrede forhold, og kong Harald blaatands indsættelse af Erik af Lade som jarl i visse søndenfjeldske fylker kan neppe være skeet uden fortrængsel af medlemmer af kongeætten.

middel, hvormed man i det skandinaviske Norden søgte at binde de forskjellige smaariger sammen i en begyndende, større statskomplex. Særlig synes det olddanske, i det væsentlige forhistoriske erobringsmonarki at have tyet til denne organisationstype[1]). Det næste og allerede noget mere hensigtssvarende trin i udviklingen udgjøres af jarledømmet. Dettes indehaver krævede ikke at ansees som overkongens jævnbyrdige og savnede saaledes i nogen grad den stadige opfordring til at gjøre sig personlig uafhængig, der som oftest synes at have været forbunden med kongetitelen.

Som ovenfor antydet have de af Snorre anførte vilkaar for jarlernes og underkongernes afgiftspligt neppe været ufravigelige. Foruden meddelelsen om de ældste Orknøjarlers skattefrihed samt om den lempeligere behandling, som de danske og svenske overkonger lod de norske underkonger blive tildel, have vi et i samme retning gaaende vidnesbyrd i Heimskr. Ólafs s. Tryggvasónar kap. 15, et kildested, som overhovedet aabner et nøiere indblik i de forhold, hvorunder lensmodtagerne virkede. Det heder nemlig her, at kong Harald blaatand forlenede jarlen Haakon Sigurdssøn af Lade med (*gaf honum til forráða*) det norden- og vestenfjeldske Norge efter

---

1) Allerede i de fuldkommen heroiske Tyrvingsagn (Hervarars., Bugges udg., VII, s. 226) og i sagnene om Hadding (Saxos 1ste bog) saavelsom i den romantiske Frithjofs s. er der tale om skattekonger. Ligeledes lader Saxo Saksernes konger flere gange blive tvungne til at erlægge Danerne skat (4de bog, s. 175—77; 6te bog, s. 278 ff.). Omvendt indsætter ifølge de esromske annaler den svenske konge Adils underkonger i Danmark, og da saa kort efter Rolf krake atter bringer det danske herredømme paa fode, har ogsaa han, saavel ifølge den nævnte krønikke som ifølge Rolf krakes saga og Saxo underkonger under sig. I et lignende forhold stod Upsalakongen Egil til den danske konge Frode frøkne (Ynglíngas. kap. 30—31). De berømte sagnkonger Harald hildetand, Sigurd ring og Ragnar lodbrok udstyres med en mængde underkonger (Sögubrot, i Fornm. sögur XI, kap. 3—4 og 10; Sagaen om Ragnar Lodbroks sønner, i Fornaldar sögur I, kap. 2; Saxo, 9de bog s. 456—58), og navnlig omtales paa den tid, hvortil de henføres, en række underkonger i Jylland (Olaf Tryggvesøns s. i Fornm. sögur III, kap. 61 og 62). Paa samme maade berettes om Upsalakongerne, at de havde „herredskonger" under sig: *„viða um Svíþjóð váru heraðs konungar Braut-Önundar"*, Ynglíngas. kap. 38. Med hensyn til disse svenske forhold vilde det have været en kjærkommen oplysning, hvis Brunner kunde gives ret, naar han (Rechtsgeschichte I s. 121) synes at opfatte runeindskriften paa Rökstenen derhen, at den anvender ordet *„thiaurikr* für den Groszkönig, welchem daselbst 20 Häuptlinge als *konukar* (Könige) gegenüberstehen". Sagen er imidlertid, at de 20 konger ikke vare svenske underkonger, men „sad paa Sjælland", og at de betegnes som fældede af *„thiaurikr"*, d. e. thjodkongen. De kunne derfor blot opfattes som vanlige søkonger, ikke som underkonger (jfr. S. Bugge, Antiquarisk tidsskr. f. Sverige, V s. 40—41, 54 jfr. 56, 91, 141).

samme aftale, som Harald haarfagre indrømmede sine sønner, »*nema þat skildi, at Hákon skyldi eignast þar* (d. e. vestenfjelds indtil Nordmøre) *ok svá í þrándheimi öll konungsbú ok landskyldir, hann skyldi ok hafa konungsfé, ef herr væri í landi*". Meningen var følgelig, at Haakons lensvilkaar skulde være endnu gunstigere end underkongernes, idet han 1) skulde *eignast öll konungsbú ok landskyldir* og 2) i tilfælde af fiendtligt indfald skulde have adgang til at tage, hvad han behøvede, af *konungsfé*, d. e. de for kongen oppebaarne skattebeløb. Modsætningen til de betingelser, som Harald haarfagre indrømmede sine sønner, udtrykkes altsaa især ved ordet *öll*, idet underkongerne for egen regning kun oppebar *hálfar tekiur* og saaledes blot den halve afkastning af *konungsbú* og den halve landskyld[1]). Betegnelsen *landskyldir* bruges nemlig her klarlig i dens vanlige, indskrænkede forstaaelse af betaling for jordleie, ikke, som i de historiske sagaer oftere sker, i betydning af offentlige „afgifter af landet" overhovedet. Til en saadan begrændsning af Haakon af Lades skattepligt overfor den danske overkonge, hvorved denne for sin del kun forbeholdt sig halvdelen af sagøren og andre ikke til landskylden i engere forstand henregnede udredsler, forelaa her den særskilte foranledning, at jordleien altid erlagdes i naturalfrembringelser (senere tiders saakaldte landskyldsspecies), medens sagøren vistnok i flerheden af tilfælde betaltes i sølv eller andre mindre voluminøse værdigjenstande eller i ethvert fald forholdsvis let kunde omsættes i saadanne værdiformer. Derimod maatte det fremstille sig ligesaa vanskeligt at faa omsat krongodsets store landskyldsmængder af smør, korn og fisk i mere kontante værdier, som det maatte ansees hensigtsløst at sende kvantiteter af deslige fødemidler fra det magre Norge til det kongelige hofhold i det med saadanne artikler vel forsynede Danmark. En lignende begrundelse underligger bestemmelsen om, at Haakon jarl udelt skulde beholde kongsgaardene (og deres afkastning). Det var jo ikke den danske konges mening at opholde sig i Norge og der at reise om fra kongsgaard til kongsgaard for, som det hed, at tage veizler. Men om

1) Munch (I 2 s. 53) forstaar rigtignok stedet, som om sætningen „*ef herr væri i landi*" skulde være at henføre til b e g g e de forudgaaende led (*eignast öll konungsbú ok landskyldir — hafa konungsfé*); men dette er aabenbart en misopfatning, der hverken stemmer med ordlyden, som vanskelig tillader en saadan konstruktion, eller med de materielle forudsætninger for stedets forklaring. Heller ikke indsees det, paa hvilken art „kongeligt gods" Munch i sin oversættelse kan have tænkt, hvis derved ikke netop skal forstaaes de kongen tilkommende skatter; thi kongedømmets faste eiendomme ere jo allerede omhandlede i det umiddelbart forudgaaende led.

nogen anden erstatning for den ved undladelsen heraf tabte forpleining end gaardsprodukternes delvise nedsendelse in natura til Danmark kunde der ifølge datidens økonomi ikke vel være tale, og da en saadan nedsendelse ikke kunde ansees mere rimelig end for landskyldens vedkommende, saa laa det ogsaa her i forholdenes medfør, at den sig i Norge opholdende jarl fik sig overdraget ogsaa denne kongelige rettighed i dens helhed. Som enhver undtagelse tjene disse Haakon af Lades lensvilkaar imidlertid til at kaste lys over udøvelsen af den almindelige regel. Ikke alene bekræftes derved de andetsteds givne meddelelser om underkongernes og jarlernes afgiftspligt; men man forstaar ogsaa, hvilken indgribende betydning den omstændighed, at datiden med sine langsomme og tungvinte kommunikationsmidler tillige paa afgiftsvæsenets omraade for en meget stor del var henvist til naturalydelser, maatte have for den hele oppebørselsteknik. Det er klart, at det ogsaa for den inden landet selv residerende overkonge oftest maatte falde mere bekvemt personlig at forflytte sig med sit hofhold til de forskjellige lensmodtageres distrikter for her paa selve stedet i bogstavelig forstand at „fortære sine indkomster", end at lade sig disse tilsende. Fra dette synspunkt af bliver det derfor ogsaa fuldt begribeligt, hvad der i Fagrsk. kap. 11 berettes om de kongelige besøg hos Atle mjove, der var Harald haarfagres jarl i Sogn. Kongen pleiede, siges der, i fredstid selv at indfinde sig hos ham for at „tage veizler", d. e. at lade sig underholde af de af lenet skyldige naturalydelser; men naar han heri var forhindret, lod han istedet sine mænd drage derhen og nyde godt af den forpleining, som egentlig tilkom ham selv. Denne sidste udvei ledede dog hurtig til misligheder, og den synes heller ikke senere at være bleven synderlig benyttet; men beretningen er i sig selv af stor vigtighed, idet den maa erkjendes at bevise, at lensindehaveren var forpligtet til i det mindste delvis at yde kongen sine afgifter i form af veizleunderhold[1]).

Betegnende for lensindehaverens funktion at indkræve de offentlige oppebørsler i sit distrikt er det ligeledes, at han sagdes inden dette at have det saakaldte *yfirsókn*[2]), d. e. det offentlige søgs-

1) Jfr. forøvr. ogsaa den sildige meddelelse i Flatøb. I s. 570.

2) Exempelvis anføres: »*þa gaf hann* (*Haraldr konungr*) *Hákoni jarli yfirsókn um Strindafylki*", Heimskr. Har. s. h. hárfagra, kap. 7; — „*konungr fekk honum* (*Hákoni jarli*) *yfirsókn i Firðafylki*, ib. kap. 13; — „*Guthormi hafði hann* (*Haraldr konungr*) *gefit til yfirsóknar frá Elfi til Svínasunds ok Ranríki*, ib. kap. 35 (jfr. 28—29); — „*norðr i þrándheimi gaf hann* (*Haraldr konungr*) *yfirsókn Hálfdani svarta ok Hálfdani hvíta ok Sigröði*" ib. (jfr. 40); — „*lén ok yfirsókn*", S. Ólafs Tryggv. kap. 11; — „*sendi Danakonungr Eirík norðr i Nor-*

maal[1]). Ikke alene udtryktes nemlig herved hans ret og myndighed til at anlægge de egentlige straffesøgsmaal til inddrivelse af sagøren; men da selvfølgelig enhver undladelse af at udrede skyldige beløb, saasom landskyld, landøre etc., til det offentlige fra dettes side ledede til søgsmaal, saa ligger i det nævnte ord udtalt. at lensindehaveren i regelen sad inde med den fulde inddrivelseskompetentse med hensyn til samtlige kongens indkomster i den ham betroede landsdel. Imidlertid er det herved at mærke, at et saadant *yfirsókn* dog ogsaa tillagdes de kongelige gaardsfogder, aarmændene[2]), ligesom at disse overhovedet af de gamle love sees at have været dem, der i ældre tid hyppigst fungerede som offentlige anklagere paa herredsthingene. Forholdet mellem dem og lensindehaveren maa derfor tildels blive at forklare saaledes, at aarmændene, ligesom senere de saakaldte lensmænd, virkede som lensindehaverens underordnede oppebørselsbetjente hver i sit bygdelag[3]). Men ved siden heraf har der efter al sandsynlighed delvis ogsaa fundet en anden ordning sted. Af Morkinsk. s. 128—29 sees det at kongen ved leilighed lod den ham i et distrikt tilkommende landskyld indsamle gjennem særlige udsendinge, der indfandt sig hos hver enkelt af de paa kronens eiendomme siddende leilændinge. Da nu landskylden utvivlsomt ligesaa vel i første haand indkrævedes af lensindehaveren[4]), om en saadan fandtes, som

---

eg ok gaf honum jarldóm ok þar með Vingulmörk ok Raumaríki til yfirsóknar með þeim hætti sem fyrr hafði haft skattkonungar", ib. kap. 20; — „*Sveinn konungr gaf Finni jarldóm ok Halland til yfirsóknar*", S. Har. harðráða, kap. 55; — „*veitti Steinkill konungr (Hákoni) jarli þar (i Vermalandi) yfirsókn*, ib. kap. 72; — „*(Valdimarr) konungr leiddi Erling til sætis, ok gaf honum jarldóm ok Vikina til léns ok yfirsóknar*", S. Magn. Erlingssónar, kap. 30. Se ogs. Flatöb. I 462, 464; II 339; Fagrsk. kap. 26; o. m. a.

1) Af *sækja* i betydningen anlægge søgsmaal (nl. til inddrivelse af de offentlige fordringer), og *yfir* med den dobbelte bemærkelse af udover (hele distriktet) og overordnet. I mindre streng teknisk forstand anvendtes dog ordet *yfirsókn* undertiden om kongen selv (Fagrsk. kap. 113; Flatöb. I 464) eller dem, der i kongens fravær midlertidig repræsenterede hans hele magtfylde paa en vis kant af landet, og som følgelig forsaavidt vare de egentlige lensindehaveres overordnede (Heimskr. S. Har. h. hárfagra kap. 28—29 og 40, hvilke steder overhovedet kun gjennem denne forstaaelse lade sig bringe i samklang med kap. 6 og 35 samt Fagrsk. kap. 19).

2) Gul. kap. 271, 301; Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 173; jfr. ogs. Maurer, Die ármenn n. altnorw. Rechte (Sitzungsberichte der Bayr. Akad. d. Wissens. 1879, philos. - hist. Classe, 1) s. 55—58.

3) Jfr. nedenfor under omtalen af lendermændene.

4) Se især Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 21; Morkinsk. s. 122; jfr. ogs. S. Hák. Hákonars kap. 57—58. Af Fagrsk. kap. 257 (slutn.) kan det ikke sees, om den der omtalte indsamler af landskylden var lensindehaver eller ei.

lenets øvrige indkomster, maa kongerne tildels have undladt at bortsætte denne eller hin landsdel som len og istedet ladet indkomsterne deraf umiddelbart og uafkortede inddrive til fordel for det kgl. hofhold og den kgl. kasse[1]). I saa fald er da tillige, som det anførte sted af Morkinskinna synes at vise, indkrævningen undertiden bleven delt saaledes, at landskylden indsamledes af udsendinge fra kongens hird, medens sagørens inddrivelse, som knyttet til udøvelsen af den lokale politimyndighed, nødvendigvis maa være forbleven i de stedlige aarmænds hænder. Det er, som sagaberetningerne antyde, især kong Olaf den hellige, der har søgt at bryde gjennem det ældre lenssystems, for kongedømmet i flere henseender saa stærkt hemmende baand ved istedetfor lensindehavere at overdrage aarmændene udøvelsen af de kongelige rettigheder i distrikterne[2]).

Et andet og meget oplysende udtryk, hvormed lensindehaverens stilling til lenet betegnedes, var, at det kaldtes hans rige, *ríki*. Dette var ikke alene tilfældet med skattekongerne[3]), men ogsaa med jarlerne[4]), ja endog lendermanden Erling af Sole, der af kong Olaf Tryggvesøn forlenedes med kystfylkerne fra Lindesnæs til Sogn, siges gjentagende at have *ríki*[5]). I sin fulde almindelighed lægges da ogsaa den paastand i munden paa en anden, med et større len udrustet lendermand[6]), at han og hans lige vare *„ættbornir til ríkis at hafa af konungum“*, medens omvendt kong Olaf den hellige ligeoverfor Erling af Sole nødes til ligesaa stærkt at hævde den modsatte synsmaade, at *„eigi láta svá sem lendir menn sé óðalbornir til ættleifðar minnar“*, d. e. til riget eller nogen af dets enkelte dele[7]). Disse skarpt mod hinanden staaende opfatninger ere vel skikkede til at kaste lys over, hvad man ved en lensindehavers *ríki* forstod. Fra begge sider er man øiensynlig enig om, at det

---

1) Jfr. hvad Aschehoug for en senere tid oplyser om syslernes delvise henlæggelse til „kongens fadebur“, Statsforf. i Norge og Danmark, s. 52.

2) Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 127, 178.

3) F. ex. Heimskr. Har. s. h. hárfagra, kap. 35, 39, 44; S. Ólafs Tryggv. kap. 15, 52; S. Ólafs h. helga, kap. 34, 78; Fagrsk. kap. 95, 168.

4) F. ex. Heimskr. Har. s. h. hárfagra, kap. 6. 14, 30, 40; S. af Har. gráfeld, kap. 3, 4, 6; S. Ólafs Tryggv. kap. 121; Har. s. harðráða. kap. 72; Fagrsk. kap. 46 jfr. 45, hvor der i et vers af skalden Einar skaaleglam er tale om Haakon af Lades *jarlsríki* (se ogs. et vers af samme i kap. 48); endvidere kap. 181, 149, 210.

5) Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 21, 122.

6) Haarek af Thjotta, der af kong Olaf Tryggvesøn var bleven forlenet med hele Haalogaland, Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 132 jfr. S. Ólafs Tryggv. kap. 84.

7) Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 58.

indeholdt en overdragelse af den kongelige myndighed inden distriktet, altsaa væsentlig det samme som i den tydske lensret kaldes „Landeshoheit". En saadan kræver lenenes indehavere, og en saadan vægrer kongen sig ved at indrømme dem. Tværtimod søger han, dels ved anvendelse af aarmændene, dels, som nedenfor skal vises, paa anden maade at bringe de forskjellige landsdele under mere umiddelbar beherskelse af kongedømmet, navnlig ogsaa i finantsiel henseende. I det store taget lykkes ogsaa disse hans bestræbelser. Lendermændenes krav paa overdragelse af et *ríki* bliver der fra nu af ikke mere tale om, og jarleværdigheden, hvortil det samme krav med endnu mere begrebsmæssig styrke knyttede sig, indskrænkes til herefter kun at tildeles en enkelt ad gangen[1]), medens den ogsaa ofte i længere tider ikke bæres af nogen. Skattekongedømmet afskaffes ganske. Med andre ord, den lensforfatning, som kong Harald haarfagre havde indført, og som under inden- og udenlandske kongers vexlende overhøihed havde bestaaet i henimod halvandet aarhundrede, ryddede kong Olaf den hellige i det væsentlige tilside. Efter hans dage var det kun de nu og da forekommende fyrstelige len, der betragtedes som et *ríki* i riget[2]), som et mindre *veldi* inden det store *Noregsveldi*[3]), og selv denne opfattelsesmaade synes tilsidst saagodtsom at have tabt sig[4]).

Til denne kongedømmets beseirelse af de til lensvæsenet knyttede, statsopløsende tendentser maa det i særlig grad have bidraget, at det aldrig lykkedes at gjøre lenene retligt arvelige. Faktisk sees de vistnok hyppigt at forblive i samme ætt[5]); men saavel den indbyrdes rivalisation mellem jarle- og underkongedømmet som ogsaa tidens urolige og usikkre forhold overhovedet hindrede lensindehaverne fra at sætte sine ætter fuldkommen fast i vedkommende „riger". Endog underkongerne synes, om de end ansaaes at have havt retligt krav paa at faa sig overladt en del af riget, ikke at have kunnet gjøre fordring paa en bestemt landsdel som deres *„óðal"*, uagtet der naturligvis ogsaa i deres slægtlinier viser sig en stærk tilbøielighed til at holde sig i visse distrikter[6]). Saa meget

1) Heimskr. Har. s. harðráða, kap. 49.

2) Ib. kap. 72; Sverres s., kap. 104 jfr. 107; Hák s. Hákonars., kap. 2, 25.

3) Heimskr. Har. s. harðráða, kap. 52.

4) Hverken Knut jarl eller kongesønnen Magnus siges i Haakon Haakonssøns saga at have noget *ríki*, uagtet de vare fyrster og havde len.

5) For Orknøjarlernes vedk. er dette mest iøinespringende; men ogsaa andre exempler kunne anføres; se saaledes Heimskr. Har. s. hárfagra kap. 30, 40; S. af Har. gráfeld, kap. 6.

6) Videre synes det ikke tilladt at tolke beretningerne i Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 33, 34 og 73.

mere maatte denne mangel paa virkelig arvelighed bidrage til at gjøre lensindehaverne personligt afhængige af kongedømmet, som det af en række træk fremgaar, at lenet ansaaes at skaffe dets modtager en særdeles eftertragtelsesværdig stilling ogsaa i rent økonomisk henseende[1]).

Ved at fremholde de enkle, men haandgribelige træk. der karakterisere navnlig de ældste norske lensoverdragelser. har jeg ovenfor søgt at paavise lensvæsenets trinvise udvikling inden de skandinaviske landes eget omraade. Mod dette resultat kunde dog ved første øiekast synes at tale, at selve ordformen *lén* maa erkjendes at være af fremmed oprindelse. Til det tyske *Lehen* (middelnedertydsk *lên*, oldhøitydsk *lehan*) svarer nemlig etymologisk det oldnorske *lán* (angelsaksisk *læn*), og filologerne anse det overveiende usandsynligt, at dette har havt nogen oprindelig indenlandsk sideform *lén*. Men af betegnelsens indførelse fra udlandet følger i dette tilfælde ingenlunde tillige retsinstitutionens. Det viser sig nemlig, at den indenlandske ordform *lán* i den os her vedkommende anvendelse efterhaanden er bleven fortrængt af sin mere berømte, tydske slægtning, og at den nordiske institution saaledes heller ikke har savnet en oprindelig nordisk betegnelse. Endnu i Hák. s. Hákonarsónar kap. 163 heder det, at *„konungr* (Valdemar Seier) *gaf jarli* (Skule af Rein) *at láni hálft Halland“*, og paa lignende maade har saavel Kristianiaudgaven af den større Olaf d. helliges saga kap. 45 — efter et haandskrift, der ifølge de kyndige udgiveres dom maaske er fra det 13de aarh.'s første halvdel[2]) — som kap. 57 i Ungers udgave af samme saga i Heimskringla — efter et omtrent ligesaa gammelt haandskrift[3]) — i en og samme anvendelse formen *lán*. Dette vidner altsaa om, at endnu langt ude i det 13de aarh. — Sturla Thordssøn skrev i 1265 Haakon Haakonssøns saga — benyttedes formen *lán* jævnsides med *lén*, omend maaske blot i skriftlig, historisk stil[4]). Naar det

1) Jfr. især Sverres saga kap. 104; Hák. s. Hákonarsónar, kap. 12, 176, 354. Sidstanførte sted beretter for første gang om nogle en kvinde tilstaaede len; i kap. 12 tilsigtedes lenet overdraget et barn; i begge tilfælder var lensindtægten det eneste motiv, som havdes for øie. Hermed kan ogsaa sammenholdes de len, som kong Harald haardraade, ifølge Morkinsk. s. 25 og Heimskr. S. Har. harðráða kap. 38 overlod et par af sine personlige tilhængere. Endelig hvile paa samme betragtning de hyppigt anvendte udtryk *lén góð*, *mikit lén* o. lign. (se f. ex. Fagrsk. kap. 72: *sumum veitti hann* (Olaf Tryggvesøn) *ok mikit lén ok stórar gjafir, þeim sem efla villdu hans erendi.).*

2) Jfr. ogs. G. Storm, Snorre Sturlasons Historieskrivning, s. 220.

3) Ib. s. 206; Unger i fortalen s. IV.

4) Det kan ogsaa bemærkes, at det tilsvarende verbum *ljá*, at udlaane, findes benyttet i betydning af at „forlene“ i et par haandskrifter (fra 2den

ikke desto mindre kun er i et faatal af tilfælder, at sagaliteraturen i dens os foreliggende skikkelse, i anvendelsen paa lensforholdet, har bevaret den ældre ordform, saa tør grunden hertil antages at være den, at det 13de og 14de aarh.'s afskrivere i stor udstrækning har indsat det i mode komne, fremmede udtryk istedetfor det ældre indenlandske. Et enkelt exempel paa en saadan ombytning af de to ord sees ogsaa virkelig i den ovennævnte Olaf d. helliges saga, kap. 112, samt Ungers udgave af Heimskringla, Ólafs s. h. helga, kap. 132, der begge have *lén*, hvor udgaven i Fornm. sögur IV s. 275 har *lán*. Vistnok er det her det yngste haandskrift — fra den tidligere del af det 14de aarh. — der har bevaret den ældre ordform; men denne hidrører selvfølgelig fra en til grund for afskriften liggende, oprindeligere text. og den omstændighed, at membranerne fra det 13de aarh. skrive *lén*, viser saaledes blot, at dette udtryk allerede paa deres tilblivelsestid var ifærd med at fortrænge *lán*. For en tidligere tidsalders vedkommende bevidnes formen *lán* i et vers af Olaf d. helliges samtidige, Sighvat skald, som kalder selve Norge et *lán*, hvorved han vistnok mener et kongen af Gud betroet len[1]), idet han selvfølgelig vel vogtede sig for at tænke sig muligheden af, at Olaf besad sit rige som laan af nogen anden. Trods billedets kristelige tilsnit er det derfor et uafviseligt vidnesbyrd om, hvor fortrolig man allerede paa den tid var med den ved udtrykket *lán* betegnede lensoverdragelse. Endnu meget længere tilbage peger imidlertid ordets forekomst i den mærkelige sammensætning *lánar-dróttinn*. Medens det i Sighvats vers allerede optræder som neutrum, er det her i overensstemmelse med sin sproglige dannelse[2]) hunkjønsord, hvilket tilstrækkeligt beviser ordforbindelsens høie alder. Betegnelsen *lánar-dróttinn*, hvis betydning ligefrem er „laan-herre", har i Vestgøtaloven[3]) en privatretlig anvendelse, idet den bruges om grundeieren i modsætning til hans jordleier. Hvis denne bemærkelse ogsaa har været kjendt i Norge, er den i ethvert fald tidligt bleven trængt tilside ved den tilsvarende benyttelse af ordet *lands-dróttinn*, medens *lánar-dróttinn* nærmest er blevet forbeholdt den offentlige ret, hvorfra

halvdel af det 14de aarh.) af Hirðskrá kap. 17, saavelsom i en dom af 1347 (NgL. IV s. 377).

1) S. Ólafs ens helga, Kristiania 1853, kap. 248; Heimskringla, S. Ólafs h. helga, kap. 260: *Ólafr réð hit öfra, andprútt höfuð, landi fulla vetr, áðr felli, fimtán á þvi láni.*

2) *lá-n*, hvor *n* er en vanlig femininendelse (jfr. f. ex. *þjá-n*, *bœ-n*, *sjó-n* o. fl.).

3) I Arfþær B. kap. 24 § 1; II Arue B. kap. 34.

det dog atter i svækket betydning er gaaet over paa visse privatforhold, der intet „laan" forudsætte. Inden statsretten er det særlig kongen i hans overordnede stilling til hans haandgangne mænd, der i sagaerne betegnes som *lánar-dróttinn*. Saaledes indprentes etsteds[1]) en lendermand *„at hallda einörð við lánardróttin sinn"*, og et andet sted[2]) faar en hirdmand, der faldt sammen med sin konge, det lov, at *„hann þótti vel ok prúðliga hafa fylgt sinum lánardróttne"*. Ligeledes kalder Halfred Vandrædaskald kong Olaf Tryggvesøn, hvis hirdmand han var, sin *lánardróttinn*, idet han tillige anfører hint gamle ordsprog, der er saa betegnende for det personlige forhold mellem en høvding og hans haandgangne mænd: *„heit er lánar-dróttins ást."*[3]) Allerede i betydelig mere udvidet anvendelse forekommer ordet derimod i Gul. lovens indledningskapitel, hvor *land* og *lánar-dróttinn* sammenstilles som lige nært vedkommende alle rigets indbyggere[4]). Den alliterererende og tildels fra hedendommen arvede sammenhæng, hvori betegnelsen her sees indflettet, viser imidlertid, at denne udvidelse af begrebet har fundet sted i forholdsvis tidlig tid, og det kan derfor saameget mindre forundre, at det 13de aarh.s sagaer gaa endnu videre og bruge ordet om enhver, ogsaa rent privat, „husbonde"[5]). Af alle de i de ovenanførte steder omhandlede underordnede var det i virkeligheden alene lendermanden, der havde modtaget noget til „laan" af kongen, og som altsaa i egentlig og oprindelig forstand[6]) kunde benævne ham sin *lánar-dróttinn*. For alle de øvrige beror ordets anvendelse paa en udvidelse i brugen, og jo tidligere og mere udbredt denne udvidelse fremtræder, des længer tilbage maa dets oprindelige, strengt tekniske, af dets sammensætning betingede bemærkelse ligge. Udtrykkets betydningsovergange vidne følgelig ligesaa stærkt om dets ælde, som tilfældet er med dets sproglige form.

Spørgsmaalet bliver da kun, hvilket *lán* ordet fra først af har

---

1) Heimskr., S. Ólafs h. helga, kap. 148; S. Ólafs ens helga (1853), kap. 145.

2) Morkinsk. s. 218.

3) Fornsögur, s. 111.

4) „ . . *at ver halldem lande vare bygðu, ok lánar drottne varum heilum, se hann vinr varr, en ver hans* . .".

5) Njála, kap. 38 og 88; Grettes saga s. 127 og 184. Flatöb. I 502 benytter ordet endog om en hunds „herre". Hos Odd munk, Munchs udg. s. 9, betegner det en træls eier.

6) Selv for lendermandens vedkommende dog kun under bestemte forudsætninger, som nedenfor skal vises.

sigtet til, den privatretlige leiejord eller det statsretlige len. Men mellem disse alternativer er det her unødvendigt at foretage noget valg. Ligesom den privatretlige og den statsretlige *óðal* kunde bestaa side om side — det norske rige var kongeættens *óðal*, samtidig med at jordeierne, fra kong Haakon den godes tid af, sad inde med den fulde *óðal* til sine gaarde —, saaledes kan ogsaa laanebegrebet have været anvendt paa engang med hensyn til et privatretligt og et statsretligt forhold. Den fremspirende offentlige ret viste netop sin ringe grad af selvstændig udvikling deri, at den for en stor del maatte benytte sig af begreber og termini, der ligesaa meget hørte hjemme inden privatretten. Da vi nu desuden paa den ene side se ordet *lán* udtrykkelig blive anvendt paa det lensforhold, hvori en underkonge ansaaes at staa[1]), og paa den anden side finde underkongedømmet gaaende langt tilbage i sagntiden, saa turde det erkjendes, at hin ældgamle femininform i *lánar-dróttinn* i høi grad styrker den opfattelse, at dette udtryk paa det statsretlige omraade oprindelig har betegnet lensherren i forholdet til lensindehaveren og først efterhaanden er bleven udvidet til at betegne kongen i forholdet til hans haandgangne mænd og sluttelig ogsaa til undersaatterne overhovedet.

Hvad iøvrigt selve laanebetragtningen angaar, saa dannede den i principiel henseende korrelatet til forholdets praktiske side, skattepligten. Skatten ansaaes med andre ord som den skyldige leiegodtgjørelse for det „rige", lensindehaveren havde faaet sig overladt til brug. For den konge, der vilde undgaa at stemples som en andens undermand, gjaldt det derfor særlig at frigjøre sig for udseendet af at betale skat, og sagaerne have opbevaret flere exempler paa, hvorledes tvungne udredsler søgtes meddelt karakteren af frivillige gaver[2]). Uagtet den materielle opoffrelse herved blev den samme, mentes uafhængigheden i princippet at være reddet, naar blot betegnelsen skat forblev uanvendt. Denne oprindelige opfattelse af skatten som en leiesum møde vi ogsaa i meget udpræget skikkelse i anledning af den i Norges ældre historie saa dybt indgribende forfatningsændring, der var en følge af kong Harald haarfagres samling af riget. Naar Harald, som bekjendt, blev beskyldt for at have tilegnet sig al „odel" i landet, saa har nemlig Sars[3]) tilfulde

---

1) S. Ólafs ens helga (1853) kap. 45; Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 57.

2) Se især Ynglingas. kap. 30—31; jfr. ogs. Angantyrs svar i Frithjofs saga.

3) (Norsk) Hist. Tidsskr. 1ste række II s. 194—96; i den videre udførelse falder dog, som det vil sees, min opfattelse ikke paa alle punkter sammen med

paavist, at en saadan tilegnelse privatretlig aldrig har fundet sted. Hvad der skede, var, som det ogsaa udtrykkelig i sagaberetningerne fremhæves, at kongen af egen magtfuldkommenhed paalagde befolkningen bestemte skatteudredsler og derved i deres egne øine reducerede de frie jordeiere, fiskerne etc. til „leilændinge“ [1]), der erlagde „jordleieafgift“ [2]). Nøiagtigt samme anskuelse kom endnu til orde, da den danskfødte kong Svein Knutssøn lagde skat paa fiskerierne; thi dette opfattedes, som om „fiskerne paa den tid leiede søen“ [3]). Fra denne Nordboernes oprindelige betragtning af paalagte skatteudredsler som leieafgifter, der uvilkaarlig medførte en opgivelse af det retsprincip, i kraft hvilket man hidtil havde eiet sin egen jord og, enhver anden uadspurgt, udøvet sin egen næringsvei, maa der nødvendigvis gaaes ud, naar det gjælder at forstaa den dybe misfornøielse, hvormed befolkningen saa sig tvungen til at underkaste sig kong Haralds regjeringsforanstaltninger. Det var ikke de nye skatter i og for sig i deres materielle tyngde, der i første haand fremkaldte modvillien, men den omstændighed, at de, som underkastelsens paatagelige udtryk, omsatte den originære eiendomsret til en leieret og den frie okkupationsret til en afledet nytteret. Det hjalp ikke, at alt, rent privatretligt seet, forblev ved det gamle, idet man kunde arve og odle, kjøbe og sælge, handle og vandle som før; thi skatten var der som det synlige og for alle forstaaelige vidnesbyrd om, at hvad man tidligere besad og udøvede i kraft af sin egen ret, det tilkjøbte man sig nu brugsret til af en anden. „Odelen“ var borte, og med den i virkeligheden den fulde, personlige uafhængighed; alle vare, som sagaen udtrykker det, blevne kongen *„lýðskyldir“* [4]).

Det kan imidlertid spørges, om ikke denne opfattelse af Harald haarfagres enevoldsforfatning i det væsentlige falder sammen med den af tidligere historikere [5]) hævdede lære, at den nævnte konge indførte en fuldt færdig lensforfatning ogsaa i den forstand, at jorden i overensstemmelse med den feudale sætning „nul terre sans seigneur“ i princippet gik over til at betragtes som kongens eiendom og opsidderne alene som kongelige lensbesiddere. Naar bønderne

---

prof. Sars's, idet han synes mig at lægge for liden vægt paa, hvad der øiensynlig for sagaerne er hovedsagen, skattepaabudene.

1) *leiglendingar*, Eigla kap. 4.

2) *landskyldir*, ib. samt S. Har. h. hárfagra, kap. 6.

3) Fagrsk. kap. 111.

4) Eigla kap. 4.

5) Munch, NFH. I 1 s. 132—33, 466—68, 714—15; Keyser, Efterladte Skr. II 1 s. 30—32; Aschehoug, l. c. s. 12—13.

selv, kunde man sige, ansaa sig degraderede til leilændinge og berøvede sin odel, d. e. fulde eiendomsret, medens denne ligesaa udtrykkelig af sagaerne berettes at være gaaet over paa kongen (*„hann eignaðist óðul öll“*), saa maa jo dog feudalrettens egentlige grundtanke erkjendes at foreligge i paatagelig anvendelse. Dertil kommer ikke alene, at ordet *lán*, svarende til det tydske Lehen, efter hvad ovenfor paavistes, netop brugtes i betydning af overdragelse mod skatteerlæggelse, men ogsaa, at *lánar-dróttinn*, som nævnt, i en af Nordens gamle retsbøger betegnede grundeieren som saadan; naar da Norges bønder i sit forhold til kong Harald stemplede sig selv som siddende paa leiet land, saa kunde det ansees at være i overveiende grad sandsynliggjort, at den senere benyttelse af udtrykket *lánar-dróttinn* inden den norske statsret som betegnelse for kongen i hans forhold til samtlige landets indbyggere ikke, saaledes som i det foregaaende hævdet, hidrørte fra en udvidelse af et oprindelig meget snævrere begreb, men tværtimod maa have været en arv fra kong Haralds forfatningssystem, under hvilket kongen betragtedes som enhver bondes personlige *lánardróttinn*, hans laane- eller lensherre. Men en saadan argumentation vilde være ikke lidet misvisende. Mod de ovenanførte historikeres fremstilling af feudalrettens anvendelse i kong Haralds erobringsmonarki, have Maurer og Sars forlængst paapeget, at feudalretten paa Haralds tid endnu i selve Frankerriget væsentlig befandt sig i sin vorden, og at navnlig grundsætningen om kongen som den egentlige eier af al jord dengang var baade ukjendt og uanvendt. Hertil kan desuden føies, at feudalordningen var af militær oprindelse, medens Haralds saakaldte tilegnelse af odelen intet har med forsvarsvæsenet at gjøre, men saameget mere med hans fiskale foranstaltninger. Hverken forbilledet eller formaalet tjener derfor til at forbinde hans skattevæsen med feudalvæsenet. Og ligesaa umulig er sammenligningen paa andre punkter. Medens et frankisk feudum var et kongeligt jordegods eller andet „beneficium“, der overdroges den belenede mod visse tjenestepligter, overdrog kong Harald de norske bønder intetsomhelst, men lod dem, forsaavidt de underkastede sig ham, rolig forblive i besiddelse af sine arvede eller anderledes erhvervede eiendomme, og medens feudallenet ansaaes for og fra først af ogsaa benævnedes en „velgjerning“, for hvis modtagelse „beneficiaren“ var kongen tak og troskab skyldig, var det med alt andet end erkjendtlige følelser, at de norske bønder modtog den skattebyrde, der var den eneste foranstaltning, som Harald haarfagre for deres vedkommende satte i værk. Men forsvinder saaledes ved nærmere undersøgelse enhver lighed mellem

kong Haralds „tilegnelse af odelen“ og den i de følgende aarhundreder i Mellemeuropa udviklede lensordning, saa bør det dog paa den anden side heller ikke oversees, at der til grund for den norske erobrers system laa en opfattelse af magtforholdene, som, hvis det var vedblevet at bestaa og havde faaet tid til at afsætte sine konsekventser, uvilkaarlig vilde have ledet til en ligesaa stiv og gjennemført feudalisme, som i noget andet land. Uagtet bøndernes betragtning af skattepaalæggene som leieafgifter egentlig blot beroede paa en hadefuld, omend for dem meget nærliggende bedømmelse af det dem hidtil i denne anvendelse ukjendte beskatningsinstitut, saa laa der netop i denne betragtningsmaade et tilløb til anerkjendelse af, at et med erobringens ret optrædende monarki faktisk havde evne til at ombytte den retsadkomst, i kraft af hvilken landets jordbrugere sad paa sine gaarde. Havde kongedømmet formaaet at fastholde og videre at udvikle og udnytte denne folkelige anskuelsesmaade af dets tilegnelse af odelen, saa vilde ogsaa ad denne vei en virkelig lensforfatning have dannet sig, og det indsees ikke, at en saadan her i landet til trods for udgangspunktets forskjellighed kunde have antaget synderlig andre former end de almindelige feudalistiske. Men kongedømmet blev i Norge allerede efter et par generationers forløb tvunget til at opgive erobringsmonarkiets stilling og finde sig i en kapitulation, der, som det hed, gjengav bønderne deres odel, d. v. s. tillod dem at betragte sig som selvstændige eiere af sine gaarde ifølge sin egen originære ret. Det kan maaske være tvivlsomt, i hvilken udstrækning de af kong Harald paalagte skatter ved denne leilighed afskaffedes; men som sikkert tør det ansees, at de skatter, som vedblev at bestaa, i befolkningens øine erholdt en ganske anden karakter end de tidligere derved, at de fra nu af frivillig vedtoges af bønderne selv. Naar undtages Knut den stores kortvarige forsøg paa fra nyt af at indføre erobringsmonarkiets enevoldsprincipper og skattepaalæg, er det i de følgende aarhundreder en hovedsætning i den norske statsret, at udredsler af nogen art ikke af kongen kunne udskrives uden thingforsamlingernes udtrykkelige indvilgning. Bag den hele strid om odelen skjuler sig med andre ord, iklædt en antik dragt, men ikke desto mindre meget haandgribelig, den fra alle landes historie saa velbekjendte antagonisme mellem den kongelige suverænitet og folkets selvbeskatningsret, og idet den sidste gik af med seiren, oprykkedes ogsaa den spire til en feudalforfatning, som Harald haarfagres fiskale ordning i modsat fald kunde have vist sig at være istand til at fremelske. De dertil sigtende konsekventser blev saaledes aldrig dragne. De misfornøiede bønder behagede

sig vistnok under Harald i at anse sig selv som en art leilændinge; men de drev dog ikke denne retslige fiktion saa langt, at de nogensinde lod sig sine eiendomme overdrage af kongen. Han blev følgelig heller aldrig deres *lánar-dróttinn* i egentlig forstand, og dette ords senere udvidelse til at gjælde forholdet til alle kongens undersaatter kan saaledes heller ikke føres tilbage til nogen under Harald haarfagre herskende, feudal og bønderne omfattende lensforfatning. De len *(lán)*, han uddelte, vare tværtimod udelukkende styrelseslen og angik som saadanne kun landets administration, ikke dets privatret.

Medens det af flere træk med bestemthed synes at fremgaa, at kong Olaf Tryggvesøn under sin kortvarige regjering har bragt levningerne af Harald haarfagres lensordning i fornyet og tildels forstærket virksomhed, have vi ovenfor seet, at hans efterfølger, Olaf den hellige, slog ind paa den modsatte vei og efter evne søgte at omlægge den lokale myndighedsudøvelse paa grundlag af forudsætninger, som aabnede kongedømmet adgang til en mere umiddelbar indgriben og kontrol. Til denne ende ryddedes skattekongedømmet ganske og skattejarledømmet i det væsentlige af veien. Istedet se vi ham delvis ty til benyttelse af aarmændene som distriktsforstandere og oppebørselsbetjente. Men ved siden af disses som *ármenningar* betegnede hverv begynder fra den heromhandlede tidsperiode af tillige ordet *sýsla* at antage en teknisk-administrativ betydning. Oprindelig kun bemærkende „forretning, hverv" overhovedet, anvendes det i beretningerne om Olaf den helliges landsstyrelse som betegnelse for det under en vis lokal øvrighedsperson henlagte distrikt[1]). Vistnok er der ingen nødvendighed for at formode, at Olaf med forsæt har indført denne nye benævnelse; thi det laa i ordets almindelige betydning, at det ogsaa tidligere har kunnet være brugt om offentlige embedsforretninger[2]). Men den regelmæssige anvendelse af ordet som betegnende et administrativt distrikt kan først konstateres i Olaf den helliges saga[3]), og da dette stemmer saa vel med nævnte konges

1) Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 132, 173, 177, 180; paa de to sidste steder omtales syslerne som en over hele landet gjennemført, administrativ inddeling.

2) Navnlig anvendtes ordet i denne mindre tekniske forstand om den saakaldte *„konungs sýsla á fjalli"*, hvorunder ikke saa meget er at forstaa et vist distrikt, som indbegrebet af de forretninger, som det norske kongedømmes forhold til fjeldfinnerne førte med sig; Eigla kap. 8—10, 12, 16, 17; Heimskr. S. Ólafs h. helga. kap. 110.

3) Den ganske enkeltstaaende meddelelse i Heimskr. Ólafs s. Tryggv. kap. 103, gaaende ud paa, at denne konge før sin afreise til Vendland *„skipaði*

hele regjeringstendents, tør det antages, at ordet paa hans tid er kommet i mere sædvansmæssig brug, fordi det bedre end noget andet udtrykte den betragtning af myndighedsudøvelsen, at den var et af kongen betroet og af ham kontrolleret, offentligt hverv. Heller ikke er der oprindelig bleven skjelnet skarpt mellem en *ármenning* og en *sýsla*; ikke alene omtaler sagaen [1]) en aarmand, der havde syssel, men ogsaa Gul. lovens ældre text anerkjender udtrykkelig, at saa kunde være forholdet eller endog regelen [2]). Hvor de to ord brugtes i modsætning til hinanden, har man imidlertid ved *ármenning* øiensynlig tænkt paa den egentlige gaardsfogdsbestilling tilligemed de dermed forbundne lavere politigjøremaal, ved *sýsla* derimod paa opdraget som distriktets høieste, lokale øvrighed. Dog har der efter al sandsynlighed i en enkelt, men særdeles vigtig retning gjort sig en anden og principiel forskjel gjældende. Det erfares nemlig, at syslen, naar den indehavdes af en mere høibyrdig mand, dannede dennes l e n [3]) eller med andre ord, at de

---

mönnum um öll prændalög i sýslur ok ármenningar", er enten, som af Sars antydet (Udsigt II s. 139 i noten), en anakronisme, der dog ikke kan være saa stor, som Sars mener, eller ogsaa har det kun gjældt en interimistisk forholdsregel for den tid, da de egentlige lensindehavere ledsagede kongen paa toget. Der er ingen antydning andetsteds at finde af, at Olaf Tryggvesøn har søgt at fortrænge lensaristokratiet til fordel for aarmandsbestillingen.

1) Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 173; S. Ólafs ens helga (1853), kap. 155.

2) Gul. kap. 3: *armaðr konongs eða lendr maðr hverr i sinni syslu.*

3) Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 122: „*setti konungr hann (Áslák) niðr á Sunnhörðalandi, fekk honum þar lén ok veizlur stórar . . . . Áslákr hélst eigi við i sýslunni*". Paa lignende maade kalder lendermanden Arnbjørn Jonsson i S. Hák. Hákonars. kap. 192 den syssel, han indehavde (*Borgarsýsla*), ligefrem „*þat lén sem konungr hefir fengit mér*", og rigtigheden af denne udtryksmaade stadfæstes paa det klareste i Hirdskraaens kap. 19 („*þar sem lendr maðr hefir len, ef konongr vill honum syslu fá*") og kap. 36 („*hverr syslumanne af sinu leni*"). Ligeledes truer Retterb. af 23de april 1293 § 8 enhver sysselmand, der undlader at opfylde sin embedspligt, med tab „*af þeirri syslu ok leni, sem ver hofum fengit honum*", hvor begge ord øiensynlig staa pleonastisk udfyldende hinanden. En pleonasme er det ogsaa, naar en variant til Landsl. III kap 8 taler om at have „*len eða syslu af konongi*", saavelsom naar de fleste haandskrifter af Hirðskr. i slutningen af kap. 3 udvise læsemaaden „*hafa aðr konungs fe at varðveita eða len eða syslur af konongi*", hvor den oprindelige text synes at være standset med ordet „*fe*". Endelig stadfæstes den samme betragtningsmaade ved Byl. IX kap. 13. Idet nemlig dette lovsted anvender de norske ord *umboðsmaðr* og *syslumaðr* paa udenlandske forhold og særlig for at betegne den øverste lokale embedsmyndighed i fremmed havn, saa følger heraf, at det ved udtryk som „*sa konongs umboðsmaðr, sem þar hefir len*", eller „*þeir syslumenn, sem þar hafa len ifir*", henholde sig til den norske opfattelse, ifølge hvilken *lén* og *sýsla* dengang var et og det samme. Saameget sikkrere bliver

gamle lensoverdragelser fra Olaf d. helliges tid af have fortsat sig i skikkelse af de aristokratiets medlemmer betroede sysler. Dette har derimod neppe været tilfældet med de sysler, der tildeltes aarmændene. Der er ingen antydning til, at aarmænd nogensinde have erholdt len, og formodentlig har det ikke stemt overens med tidens sociale begreber at overlade virkelige len til saa lavbyrdige mænd. De have vistnok, som ovenfor paapeget, maattet indskrænke sig til umiddelbart for kongens regning at indkræve distriktets udredsler. Paa den anden side er det selvsagt, at hvor syslen overdroges nogen i form af len, skede oppebørselen for lensindehaverens regning; thi heri laa netop betydningen af ordet *lán (lén)*. Imidlertid synes lensafgifterne fremdeles, ligesom for Harald haarfagres jarler, regelmæssig at have udgjort hele to trediedele af de indkommende beløb. Endnu i Retterb. af 19de juli 1320 [1]), i henhold til hvilken ogsaa varianterne i tillægget til Byl. IX kap. 23 maa blive at forstaa, sees sysselmændene, i ethvert fald i de større byer, at have oppebaaret en trediedel af sagøren, og det tør derfor neppe være for dristigt at formode, at dette forholdstal har holdt sig som det almindeligst benyttede ned gjennem tiderne lige fra den første enevoldskonge af [2]). K. Lehmann [3]) maa derfor erkjendes at have

---

denne slutning, som flere af lovens haandskrifter istedetfor *len* her netop indsætte *syslu*. Omvendt byder en variant til Landsl. III 1 kap. istedetfor *sysla* læsemaaden *læn*.

1) Norges g. Love III s. 150.

2) At sysselmændene for sine personer beholdt en vis andel af syslens indtægter, stadfæstes ogsaa af Hirðskr. kap. 36, der paalægger dem at indsende kongens visøre *„með skilum ok rettum skorðum;"* thi disse „rigtige fradrag" maa navnlig have bestaaet i sysselmændenes egne andele. Lehmanns fortolkning af dette lovsted (Abhandlungen s. 211) kan jeg derfor ikke slutte mig til. Det vilde da ogsaa have været uforklarligt, hvorfor kongen, hvis sysselmændene ingen personlig interesse havde i inddrivelsen af de størst mulige, kongelige indtægter, saa idelig skulde have behøvet at minde dem om ikke at udsuge bønderne ved hjælp af ulovlige søgsmaal o. desl. Overhovedet var det gaaet datiden saaledes ind i bevidstheden, at indehaveren af len i særlig grad arbeidede for egen fordel, at endog et skrift som Postolasögur (s. 652) kunde finde anledning til en yttring som denne: *„skuli þeir fa len nökkut, at því helldr megi þeir kuga þann hinn fátœkia"*. — Naar Lehmann (l. c.) omvendt vil forstaa Landsl. III kap. 9 og 14 derhen, at sysselmanden opkrævede de der opførte bøder i deres helhed for sig personlig, har han neppe heller ret; sysselmanden staar her visselig kun, ligesom i ældre love tildels aarmanden, som repræsentant for det offentliges klage- og inddrivelsesret, og de omtalte bøder have følgelig neppe i saa henseende været underkastede andre regler end den øvrige sagøre.

3) Overhovedet fritager prof. Lehmanns afhandling „Der Ursprung des norw. Sysselamtes" i hans „Abhandlungen" (1888) samt Maurers dertil knyt-

ret, naar han hævder, at sysselmandsembedet „baut sich principiell auf lehnrechtlicher Grundlage auf". Kun maa man herved ikke tænke paa mellemeuropæisk feudalret, men alene paa den nedarvede, hjemlige statsretslige betragtningsmaade.

Efterhaanden svækkedes imidlertid denne mere og mere. Kongedømmets voxende evne til at instruere og kontrollere syslernes indehavere medførte uvilkaarlig, at ordet *lén* el. *lán* i dets regelmæssige anvendelse indskrænkedes til at betegne den embedsmæssige, med en brökandel lönnede inddrivelse af distriktets offentlige indtægter. Lenet var ikke længer noget „*ríki*", men en oppebørselsforretning, i det høieste en „generalforpagtning"[1]). Saa stærkt gjorde denne forskydning i betydningen sig gjældende, at ordet ved leilighed endog kunde bruges om den kongen selv af lenet eller overhovedet af landet tilkommende indtægt[2]). Et andet sted betegnes med *lén* de lempelser og afslag i ydelserne til kongen, hvilke bønderne i en vis landsdel paastod at have faaet sig indrømmede[3]). Men i regelen var det selvfølgelig lensindehaveren, der ogsaa i denne nyere og snævrere forstand havde „lenet". Navnlig hører saaledes hid det bekjendte sted i processen mod Sigurd Ranesøn[4]), hvor Sigurd erklærer: *(„Magnús konongr) veitti mér þat lén, at ek skyldi hafa Finnför ok kaup með Finna . . . skyldi ek gjallda kononge 60 marka hver misseri, en niota sjálfs, ef ek fengi meira*". Her er der overhovedet ikke tale om noget lensdistrikt, men om den indtægt, som samfærselen med Finnerne kunde kaste af sig[5]), og ligheden med et len i egentlig forstand laa alene deri, at lensmodtageren havde at afstaa en vis betydelig del af indkomsterne som afgift til kongen[6]).

---

tede bemærkninger i Krit. Vierteljahresschrift, N. F., XII s. 208—12, mig fra en mere indgaaende behandling af dette emne. Som det vil sees, er jeg med Maurer enig i at ansætte selve embedets udvikling adskilligt tidligere end Lehmann, om jeg end maa indrømme denne, at titelen „*sýslumaðr*" vistnok først tilhører det 12te aarh.'s 2den halvdel, idet dens anvendelse paa ældre tider nærmest synes at bero paa anakronismer fra sagaskrivernes side. I de gamle love optræder ordet „*sýslumaðr*" først i lovgivningen af 1164 (Gul. kap. 8), medens *sýsla* allerede findes i Gul. lovens ældre text.

1) Jfr. Aschehoug, l. c. s. 52.

2) „*þitt ríki liggr undir ofriði ok tekr þú eigi af þvílikt lén, sem þú ættir at hafa*", ere de ord, som Ólafs s. hins helga (Kristiania 1849), kap. 43, lægger Hjalte Skeggesøn i munden i en samtale med den svenske konge.

3) „*Réttarbœtr . . um skyldir ok útgerðir ok mörg önnur lén, er Ólafr konungr hefði þeim veitt eptir Nesjar orrostu*", Fornm. sögur, VI s. 339.

4) Storms udg. s. 7.

5) Jfr. ovenfor s. 307 note 2.

6) Naar denne del her er ansat til et vist bestemt beløb, istedetfor, som regelen ellers synes at have været, til en vis brøkdel af indtægterne, saa var

Særlig betegnende for den paapegede indsnævring af begrebet *lén* er ligeledes det i retterb. af 22de juli 1297 § 15 opbevarede udtryk at „*reka lenit*“, idet nemlig herved forstodes at være i virksomhed for at inddrive de i syslen faldende indkomster[1]). I denne bemærkelse af „inddrivelse, oppebørsel“ gjenfinde vi ordet ogsaa i den bekjendte sammensætning *lénsmaðr*, d. e. den „mand“, der „*rekr lenit*“, altsaa sysselmandens „oppebørselsmand“, „inddrivelsesmand“[2]). Tilsidst naaede man endog hen til at tale om lensmandens „*lén*“[3]), uagtet han selvfølgelig i ældre og egentlig forstand aldeles intet *lén* havde, men alene et ham af lensindehaveren betroet, engere „oppebørselsdistrikt“ eller „inddrivelsesbestilling“, senere kaldet „lensmandsombud“.

En side ved lensforholdet, som her kun i sine største hovedtræk skal berøres, var den militære. Snorre[4]) oplyser, at hver jarl havde at stille kongen 60 stridsmænd paa egen bekostning. Uagtet

---

grunden hertil selvfølgelig den usikkre karakter af de indtægter, det her gjaldt; dog er naturligvis heller ikke den mulighed udelukket, at ogsaa andre „len“ kunne være blevne bortsatte paa tilsvarende vilkaar.

1) Jfr. hos Fritzner udtryk som: *reka konungs erendi*, *reka þetta erendi*, *reka aðra syslu* (d. e. drive paa med en anden beskjæftigelse), *reka hernað*, *reka kaupferðir*, *reka kaupstefnu*.

2) Ikke, som Fritzner vil, ligefrem hans „fuldmægtig“, omend fuldmagten implicite indgik i forholdet.

3) I denne stærkt afsvækkede bemærkelse bruges ordet f. ex. i retterb. af 8 jan. 1357, hvor, i tilfælde af pligtforsömmelse, sysselmanden trues med at afsættes „*af syslunni*“ og lensmanden „*af lenenu*“. Jfr. ogs. Dipl. Norv. II 381, hvor en sysselmand erklærer at have overdraget „*len mitt her með yðr*“ til vedkommende lensmand. — Forövrigt er det endnu at mærke, at baade *lán* og *lén* anvendtes i overfört og symbolsk forstand for at betegne, hvad der faldt i nogens lod, hvad der betroedes nogen af Gud o.s.v. Sighvat skald kalder saaledes selve livet „*guðs lán*“ (Heimskr. S. Magnús góða kap. 10), og i en homilie hedder det: *Þeir eru sumir, er litils láns er her lét i heimi ok gefa þó þeir opt góð dæmi ... af því hinu litlu láni* (Ungers udg. af Homiliebogen s. 178). Hermed kan jævnføres den i Snorra Edda 11 forekommende sententa: *sumir menn hafa gótt líf ok ríkulikt, en sumir hafa lítið lén eða lof.* I Gýðínga saga 2 heder det: *guð mun ýðr svá hátt setia ok mikit lén i hendr fá*; Strengl. 2 kalder *vizka, kunnasta ok mild* for *guðs lán*, og Biskupa sögur II 69 bruger sammenstillingen *líf ok lán manna*, d. e. folks liv og eiendom. Paa samme maade taler erkebiskop Arne i sin statut (N. g. L. III s. 300) om folks eiendele „*sem guðs lani, sem guð hefir hverium lent*“, og Hirðskr. kap. 29 (s. 421) indprenter, at jordiske goder har man „*með lane, en eigi með eign*“, en yttring, der minder om kong Olaf d. helliges paastand, at Orknøjarlerne altid havde havt øerne „*at léni en alldrigi at eign*“. Ogsaa fra denne symbolske sprogbrug falder saaledes adskilligt lys over de tilsvarende statsretlige udtryk.

4) S. Har. h. Hárfagra kap. 6.

man senere kun lidet erfarer om denne forpligtelse, idet sagaerne under omtalen af forleningerne ellers lægge hovedvægten paa de fiskale vilkaar, kan det ikke betvivles, at der den hele middelalder igjennem til hvert len har knyttet sig en pligt til at stille en vis kontingent af vaabenføre mænd. Endnu i kong Magnus lagabøters hirdskraa (kap. 36) bestemmes, at „hver sysselmand af sit len" skal stille et antal, der sammen med de øvriges for det hele land udgjør 1150 mand[1]). Regner man efter kong Haralds ordning 60 mand fra hver af de ca. 25 fylkers jarler, faar man tilsammen omtr. 1500 mand. I tidens løb synes derfor kontingenten fra lenene som saadanne heller at være falden end stegen. Paa den anden side maa det ikke oversees, at landets forsvarsvæsen siden kong Haakon den godes tid væsentlig hvilede paa den almindelige ledingspligt, hvis organisation vistnok underlaa lensindehavernes tilsyn, men som ikke tilførte dem nogen personlig magtforøgelse, idet de saa langtfra ansaaes som selvskrevne førere hver for sit distrikts mandskab, at kongerne tværtimod kun synes rent undtagelsesvis at have udnævnt dem dertil. Hovedgrundsætningen var nemlig: *sá skal skipi stýra er konongr nefnir til*[2]). Dette princip, der uden al tvivl gaar tilbage til tiden for ledingsvæsenets oprettelse, har i høi grad maattet tjene til at svække lensindehavernes stilling som saadanne og at bevirke lenenes overgang til simple embeder (*sýslur*). I virkeligheden umuliggjorde det befæstelsen af et personligt troskabs- og lydighedsforhold mellem lenets modtager og dets indvaanere, og det blev kongen saameget lettere at hævde sin udelukkende, forfatningsmæssige ret til som krigsherre at *„ráða boðe ok bannc"*, d. e. at paabyde og forbyde det værnepligtige mandskabs samling[3]).

Idet jeg saaledes har gjennemgaaet de væsentligste punkter, der maatte udredes for at begrunde min opfatning af de gamle norske len, gaar jeg over til undersøgelsens andet led. Som ovenfor fremhævet, ansaaes lenet at være en vigtig indtægtskilde og personlig fordel for dets modtager. Denne side af forholdet fik sit særlige udtryk deri, at kongen regelmæssig sagdes at *„veita honum lén"*[4]), d. e. at yde, overdrage ham et len, altsaa med betoning af den kongelige gunstbevisning som saadan. Herfra var der

1) Fr. Brandt i Militært Tidsskr. 34te bind s. 16.

2) Gul. kap. 299; Frost. VII 7; Landsl. III 8.

3) Frost. VII 1; Landsl. III 1.

4) Se f. ex Ólafs s. h. helga (1849), kap. 90; Landsl. II 9; Sigurd Ranesøns proces s. 7; S. Hák. Hákonars. kap. 354 jfr. 384; Fagrsk. kap. 11; jfr. ogs. Sverres s. kap. 104; Heimskr. S. Ólafs Trygvas. kap. 64, 121; Fornm. sögur III s. 15; VI s. 339; dom af 1347, N. g. L. IV s. 377.

da kun et skridt til det tilsvarende substantiviske udtryk, hvorved lenet betegnedes som en *veizla*, d. e. en ydelse, overdragelse, nl. fra kongen til lensmodtageren[1]). Ikke desto mindre fremtræder denne anvendelse af ordet *veizla* i kilderne jævnførelsesvis sjelden[2]). Som oftest benyttes det i en snævrere teknisk betydning, der stiller veizlen i en bestemt og paatagelig modsætning til lenet. Stærkest udhæves denne modsætning i Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 132[3]), hvor det om Haarek af Thjotta oplyses, at han en tidlang havde hele syslen paa Haalogaland „*suma at veizlu, en suma at léni*“[4]). Ligeledes træder forskjellen tydeligt frem, naar Landsl. III kap. 8 (= Byl. III kap. 7) bestemmer, at kun de skibsstyrere skulle have lønning „*firir sitt starf*“, hvilke ikke allerede have „*len eða veizlu af konunge*“, saavelsom naar den nysnævnte saga i kap. 122 beretter, at kongen satte Aslak Fitjaskalle „*niðr á Sundhörðalandi, fékk honum þar lén mikit ok veizlur stórar*“, hvormed ogsaa kan sammenstilles S. Magnús blinda ok Haralds gilla

---

1) Naar saaledes Fagrsk. kap. 10 beretter, at kong Harald haarfagre gav Atle mjove „*jarlsnafn ok þvílikar veizlur sem áðr hafði hann haft af Hálfdani föður hans, en þat var Sygnafylki ok Fjalir*“, saa viser kap. 11, at disse landskaber udgjorde Atles „*lén*“. Paa samme maade taler Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 29 og 58 om de *veizlur*, som Erling af Sole havde faaet sig overdragne af Olaf Tryggvesøn; thi ifølge sidstnævnte konges saga kap. 64 udgjordes disse *veizlur* af kystfylkerne fra Lindesnæs til Sogn og indehavdes paa samme vilkaar som underkongernes riger, vare med andre ord virkelige len. Derfor kan da ogsaa kong Olaf d. hellige i sagaens kap. 58 med bestemthed hævde sin ret til at „*miðla veizlurnar at sjálfræði mínu, en eigi lata svá sem lendirmenn sé óðalbornir til ættleifðar minnar*“; som allerede nævnt, sigter han nl. her med sin *ættleifð* til selve riget, og ved at „*miðla veizlurnar*“ tænker han følgelig først og fremst paa lenene, der udgjorde dele af riget. En ligesaa vid anvendelse gives ordet *veizla* i Sverres s. kap. 4, hvor det om kong Magnus Erlingssøn heder, at han „*hafði með sér alla hina störstu menn er váru í landinu, suma með hirðinni, en sumir sátu í veizlum hans*“. Endelig hører ogsaa hid Heimskr. S. Magnús góða kap. 24, der lader denne konge give Svein Ulfssøn „*jarlsnafn ok veizlur slíkar í Danmörk sem þar hafði áðr haft Ulfr jarl, faðir hans*“. Vistnok erholdt Svein ikke selve Danmark som len, men alene „*til yfirsóknar, meðan ek* (kongen) *em í Noregi*“, men der kan dog ikke være tvivl om, at han og hans fader i deres egenskab af jarler have faaet en eller anden del af landet som særskilt forlening.

2) I lovene lader sig neppe noget andet hidhørende sted paavise end den lidet træffende overskrift i Hirðskr. kap. 19, hvor *veizlur* vel helst bör opfattes i videre forstand. Derimod maa ordet i retterb. af 9de sept. 1309 (N. g. L. III s. 50) opfattes i snævrere betydning, idet de bestemmelser i Hirdskraaen, hvortil der henvises, kun gjælde veizlegodset.

3) I udg. af 1853 kap. 112; det nedenfor citerede kap. 122 er her kap. 103.

4) Eller, som Fornm. sögur IV s. 275 har, „*at láni*“.

kap. 4, der lader Harald give *„til liðs sér lén ok veizlur lendum mönnum“*. I alle disse anførsler tilsigtes det øiensynlig at nævne to ulige, omend i visse retninger ligestillede kongelige overdragelsesarter[1]).

Undersøger man nu, hvori denne forskjel mellem *veizla* i engere forstand og *lén* el. *lân* kan have bestaaet, saa byde de sproglige udtryk selv det første holdepunkt. Som ovenfor paavist, forbandtes der med betegnelsen „laan“ el. „len“ begrebet skattepligt, overdragelse mod afgift. Nogen saadan bemærkelse ligger derimod ikke og kan heller ikke uden sproglig tvang indlægges i ordet *veizla*. Dette betyder simpelt hen en „ydelse“, „overdragelse“, uden nogen i ordet udtrykt forpligtelse fra modtagerens side, altsaa i den anvendelse, hvormed vi her beskjæftige os, en (ensidig) ydelse, overdragelse, fra kongens side, et munus regium, som Maurer etsteds[2]) kalder den. Vistnok kunde ogsaa, som nys fremhævet, et *lén* betragtes som og benævnes en *veizla*; man stillede isaafald ikke de to ord i teknisk modsætning til hinanden, men nøiede sig med at karakterisere lenet som en kongelig gunstbevisning uden særlig at tænke paa de dermed følgende onera. Anderledes, hvor *lân* el. *lén* modsattes eller sidestilledes *veizla*. Her traadte de to udtryks egentlige betydning nødvendigvis skarpt op mod hinanden, og i modsætning til det onerøse laan maa følgelig veizlen have udgjort en — idetmindste formelt — gratuit overdragelse, d. v. s. en, hvormed der ikke fulgte nogen umiddelbar afgiftsforpligtelse. At denne sproglige forklaring ogsaa er den materielt rigtige, vil forhaabentlig erkjendes at fremgaa af dens anvendelse paa de forskjellige, veizlerne omhandlende kildesteder. Hvad saaledes først angaar beretningen om Haarek af Thjotta, bliver den at forstaa derhen, at nævnte lendermand — formodentlig lige siden kong Olaf Tryggvesøns regjering af[3]) — kun havde erlagt lensafgift af den

1) Herhen hører det tillige, naar Heimskr. S. Har. harðráða kap. 43 lader kongen give sin stallare Ulf Uspakssøn *„lends manns rétt ok 12 marka veizlur ok umfram halft fylki i þrándheim“*; thi af hvad ovenfor er udviklet, fremgaar, at det halve fylke har været et (syssel-) len, og naar dette var *„umfram“* de *„12 marka veizlur“*, saa gik lenet ikke ind under betegnelsen *veizla* i den her benyttede, engere forstand. Endnu klarere er Sverres s. kap. 104-5. Kongens broder Erik havde, siges der, *veizlur litlar*, og da disse ikke skaffede ham tilstrækkelige indtægter, bad han kongen om at erholde *„nökkut af ríki“*. Da saa denne anmodning opfyldes, udtrykker sagaen det som ovenfor nævnt i en overskrift med ordene *„Eiríki gefit lén“* etc.; følgelig vare hans tidligere veizler ikke noget len.

2) Krit. Vierteljahresschr. N. F. XII s. 199.

3) Jfr. Heimskr. S. Ólafs Tryggvas. kap. 84, hvor ordet *veizlur* i henhold til det ovenfor udviklede maa opfattes i videre, lenene omfattende forstand.

ene halvdel af Haalogaland, idet han besad den anden skattefrit. Selvfølgelig behagede saadanne vilkaar imidlertid ikke den myndige kong Olaf digre, og denne benyttede derfor den første givne leilighed til at fratage Haarek det ene, d. e. uden al tvivl den afgiftsfrie del af fylket, hvilken han derpaa som almindeligt syssellen overlod en anden. Men at saadanne overdragelser af hele distrikter uden lensafgift heller ikke senere vare ganske ukjendte sees af det tilbud, som kong Olaf kyrre gjorde Skule Tostesøn om at „give" ham et helt fylke „*með öllum tekjum ok landskyldum þeim sem konungr átti*" [1]), ligesom ogsaa deraf, at de med sin opsætsige og mægtige standsfælle Sveinke Steinarssøn paa kong Magnus barfods vegne underhandlende lendermænd kunde falde paa at tilbyde ham skattefrihed, hvis han vilde underkaste sig [2]).

I det hele taget maa dog veizler af denne art have været meget sjeldne; den almindelige gjenstand for kongelige veizleoverdragelser var nemlig jordegods, tilhørende kronen. Af den række kildesteder, hvoraf dette sees, skal her kun fremhæves enkelte: Gul. kap. 206, der har overskriften „*um veizluiarðir*", bestemmer, at „*ef maðr hafðe lond at veizlu konongs* (d. e. jordegods ifølge kongens overdragelse), *ok er af honom tekin, þa skal hann taka þo at hvaro rett slikan sem lendr maðr*". Det fremgaar heraf, saavel at en lendermands veizle bestod i jordegods (*lond, veizluiarðir*), som at han ved af kongen atter at blive fratagen dette med det samme ophørte at være virkelig *lendr maðr*, om han end honoris causa beholdt en saadans rang og personlige retsstilling. I overensstemmelse hermed ansætter Hirðskr. kap. 18 størrelsen af de veizler, en *lendr maðr* bør have, til „*15 marka veizlu*" d. e. ordret: „en 15 marks ydelse", eller, som sammenhængen viser, jordegods, der i aarlig afkastning kunde anslaaes at give ham 15 mark. Ifølge Heimskr. S. Har. h. hárfagra kap. 6 skulde lendermændene, eller, som de der kaldes, herserme, i den ældste tid have „*20 marka veizlu*"; men herved er at mærke, dels at sølvet i det 13de aarh.

---

1) Morkinsk. s. 122.

2) Ib. s. 140—41; om nogen anden slags „skat" end den af et len erlagte afgift kan der i denne forbindelse overhovedet ikke være spørgsmaal, idet der, som nedenfor skal vises, af veizler i engere forstand ingen skat erlagdes. Som ovenfor nævnt vare ogsaa Orknøjarlerne en tidlang skattefrie. Herved er rigtignok at mærke, at deres besiddelser ikke desto mindre udtrykkelig erklæres for *lén*; men dette vidner dog kun om, at de to begreber *lén* og *veizla*, selv hvor de opfattedes teknisk, i visse konkrete tilfælder vare vanskelige at holde ud fra hinanden, ikke om, at der principmæssig i det hele taget ingen forskjel var mellem dem.

var mere værd end i de forudgaaende, dels at S. Har. harðráða kap. 38 vidner om, at en lendermands veizler ogsaa kunde sættes adskilligt lavere, i ethvert fald, naar han havde len ved siden af. Ligesom sidstnævnte sted udtrykkelig adskiller en lendermands „*veizlur*“ (d. e. *veizluiarðir*) fra det ham overdragne distrikt (som syssellen)[1]), saaledes sees det overhovedet, at overalt, hvor en veizle ansættes til et vist beløb i mark (sølv, — anf. saga kap. 38: „*12 marka veizlur*“), er det jordegods, som dermed menes[2]). Selve titelen *lendr maðr* er ligeledes et uomtvisteligt vidnesbyrd om, at veizlerne i regelen indskrænkede sig til at bestaa i jordegods; thi den betyder ligefrem „en med jordegods (*land*) udstyret mand“[3]). Dog sees det af Kongesp. kap. 27, at i en senere tid ogsaa andre kgl. tjenestemænd, særlig de hjemme i bygderne bosatte huskarle, kunde tildeles veizler, om end som oftest af langt mindre værdi end lendermændenes. Sandsynligvis er denne sidste art veizleuddeling en umiddelbar fortsættelse af den, der ifølge en antydning i Gul. kap. 308 maa antages tidligere at være skeet til de kgl. aarmænd.

Hensigten med saaledes under betegnelsen *veizlur* at overdrage jordegods til kongedømmets høiere og tildels ogsaa lavere funktionærer var at skaffe disse en til deres stilling og gjøremaal svarende indtægt. Veizlerne dannede med andre ord en af datidens aflønningsmaader, indrettet efter dens økonomiske forudsætninger, og de oftere gjenvendende angivelser „*20, 15, 10 marka veizlu* (*veizlur*)“ fastslaa ligefrem aarslønnens størrelse. Samtidigt antyde de imidlertid ogsaa, at veizlemodtagernes regelmæssige maade at udnytte veizlegodset paa bestod i dets bortleie til leilændinge. Jordværdiens beregning efter et vist antal mark sølv i aarlig indkomst knytter sig nemlig umiddelbart til jordleievæsenet (jfr. Hirðskr. kap. 21: *hafa i veizlu 10 marka bol*), og da det desuden var regel, at kronen bortsatte størstedelen af sit jordegods til leilændinge, maatte det blive den nærmestliggende forudsætning, at det var den landskylds-

---

1) Jfr. ogs. Hirðskr. kap. 18 og 17, der for hertug og jarl adskille „*iarðir þær er konongr veitir honom*“ fra „*þeim luta lands, sem konongr fær* (*lér*) *honom at sakareyri*“.

2) Se f. ex. Hirðskr. kap. 21, ifølge hvilket kantsleren skal „*hafa i veizlu 10 marka bol*“ d. e. en gaard af 10 marks afkastning, og kap. 50, hvoraf sees, at mærkesmanden før havde havt „*10 marka veizlu*“, men nu fik „*slika veizlu ok rett sem lendr maðr*“.

3) Af verbet *lenda*, sætte nogen i besiddelse af *land* d. e. jordegods, jfr. Fritzner. Jfr. ogs. Gul. kap. 200: »*ef hann fær eigi land* (og derved bliver „*lendr maðr*“).

indtægt, som kongedømmet hidtil havde oppebaaret af eiendommene, hvilken ved disses overførelse paa veizlemodtageren tilsigtedes herefter at skulle komme ham tilgode. Det bør tillige erindres, at lendermændene som tilhørende landets mest formuende sætter i de fleste tilfælder selv eiede store odelsgaarde, hvor de ifølge familietraditionerne havde sine bopæle, medens de lod sine øvrige eiendomme bruge af leilændinge. Det laa derfor i forholdenes medfør, at de ligeledes i regelen maatte lade de sig af kongen overdragne veizlegaarde nyttiggjøre paa samme maade[1]). Selvfølgelig kunde der dog heller intet være i veien for, at en veizlemodtager selv nedsatte sig paa veizlegaarden, naar han undtagelsesvis fandt dette fordelagtigt[2]).

Komme vi dernæst til spørgsmaalet om, hvilke umiddelbare forpligtelser modtageren af kgl. veizlegods til gjengjæld for dettes brug paatog sig, saa nævne kilderne kun en eneste, nemlig underholdet af et vist antal stridsmænd (huskarle), Ifølge Harald haarfagres ordning skulde „herserne" have 20 marks veizle mod at underholde 20 mand, og en nærmere undersøgelse viser, at der mellem disse to tyvetal turde have bestaaet et vist rationelt forhold. Frost. V 13 oplyser, at de aarlige underholdspenge for en umyndig i ældre tid udgjorde 5 øre veiet. Det kan derfor ikke have været anseet for overdrevet for en fuldvoxen stridsmand, som desuden skulde forsynes med gode vaaben, at beregne en godtgjørelse af en mark (8 øre). Vistnok sees af Hirðskr. kap. 18, at den almindelige veizleindtægt for en lendermand senere var gaaen ned til 15 mark, medens huskarlernes antal var gaaet op til et tilladt maximum af 40; men samtidigt viser det nævnte sted af Frost.loven ogsaa, at en umyndigs aarlige underhold (under sølvets stigning i værdi) var gaaet ned til det halve, $2^1/_2$ øre veiet, og derhos maa det heller ikke lades ude af betragtning, at lendermandsætternes

1) Dette siges da ogsaa for et enkelt tilfælde i Fagrsk. kap. 214, idet det her heder, at Skule Tostesön modtog *„veizlur af konongi nær þeim kaupstöðum er konungr var vanr at sitia i ... átti Skúli náliga hinar beztu jarðir ok gnógar landskylldar til alls starfs ok kostnaðar nær kaupstöðum"*. Jeg citerer hskr. B, som her er mindre tvetydigt end A, der tildels sammenblander *veizlur* og *eignir* og derved viser sig at være bleven delvis korrigeret efter Morkinskinnas, af Snorre optagne beretning, der gaar ud paa, at Skule modtog paagjældende gaarde som gave af odelsjord, ikke som veizler. Nu er vistnok denne sidste version den rigtige; men derved svækkes ikke den almindelige forudsætning hos Fagrskinnas oprindelige forfatter, nl. at veizlejord regelmæssig afkastede landskyld, d. e. bortleiedes.

2) Jfr. Munch, NFH. I 1 s. 716.

egen rigdom paa jordegods og dermed tillige deres lyst til og behov for ogsaa i egen interesse at forøge sine huskarles antal maa have været i jævn fremvæxt. Ved siden af denne for krigstjenesten og for retssikkerhedens lokale haandhævelse lige nødvendige forpligtelse bliver der saaledes ingen plads paa den almindelige, aarlige veizleindtægt for nogen anden økonomisk særbyrde. Skulde veizlen være, hvad den utvivlsomt ansaaes for, en pekuniær fordel for dens modtager, saa maatte den fremtræde som et iøvrigt afgiftsfrit bidrag til huskarleflokkens aflønning og udrustning. Fra dette synspunkt af lader det sig ogsaa forstaa, hvorledes kongerne leilighedsvis kunde overlade et helt len som (afgiftsfri) veizle; der maa nemlig i saadanne tilfælder underforstaaes, at til gjengjæld huskarlernes antal i tilsvarende grad blev at forøge[1]).

Derimod maa det erklæres at være ligesaa ubevisligt som usandsynligt, at der har paaligget modtagerne af kgl. veizlegods nogen pligt til at ydе kongen veizler i den mening, hvori han paa sin side sagdes at modtage saadanne. Der maa med andre ord skarpt skjelnes mellem den dobbelte anvendelse og betydning af det gamle udtryk *veisla*. Samtidig med, at krongodser vare gjenstand for *veisla*, d. e. overdragelse fra kongens side, betegnedes nemlig med det samme ord det underhold, som kongen regelmæssig nød paa de til hans modtagelse og forpleining bestemte steder rundt om i riget. Til grund for denne sidstnævnte anvendelse af ordet laa imidlertid ikke dets egentlige betydning af „ydelse, overdragelse", men dets dermed kun fjernere sammenhængende, omend ligesaa hyppige bemærkelse „gjæstebud, festligt maaltid, beværtning", og ligesom disse tvende sproglige betegnelser nærmest kun have ordlyden fælles, saaledes laa det i sagens egen natur, at det foruden hos de kgl. gaardsfogder, aarmændene[2]), var hos de kgl. oppe-

1) I beretningen om Orknøjarlernes skattefrihed (Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 99) ligger denne forudsætning lige i dagen. Jfr. en lignende tankegang i Heimskr. Ólafs s. Tryggvas. kap. 15 „*ef herr væri i landi*", se ovenfor s. 295.

2) Hvor fortrinsvis aarmændene vare dem, der ydede kongen veizler paa hans færder omkring i landet, sees saavel af Gul. kap. 3: „*ef konungr kemr i fylki ok býðr ármanne sinum at gera i gegn ser i hinu nesta fylki*", som af Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 122: „*bæði þeir er i sýslum sitja ok svá ármenn, er bú vár varðveita ok veizlur skulu gera í móti mér ok liði minu*". Dog maa disse udtryk ikke tolkes altfor haarfint; naar det sidstanførte sted synes at modstille aarmændene og dem, der have sysler, saa maa det nemlig erindres, at ogsaa aarmændene kunde have sysler, om end ikke syssellen; at omvendt ogsaa de, der havde syssellen, skulde yde kongen veizler, fremgaar blandt andet af det strax nedenfor omhandlede sted af Morkinsk. s. 23. Imidlertid er det,

børselsfunktionærer som saadanne, altsaa hos lensindehaverne, at kongen „*tók veizlur*“, ikke hos de med kgl. *veizlur* aflønnede lender- og hirdmænd. Det er allerede ovenfor bleven paavist, hvorledes den ældre tids skattevæsen nødvendigvis maatte lede til, at de væsentlig som naturalydelser indkommende afgifter umiddelbart anvendtes til kongens og hirdens underhold, og at det at tage veizler saaledes for kongen blev enstydig med at oppebære skatterne. Imidlertid er det ligesaa klart, at forsaavidt som en del af disse modtoges i sølv eller ogsaa af andre grunde ikke blev gjenstand for øieblikkelig fortærelse, saa maatte dog veizleopholdet inden hvert distrikt være den bedste anledning til ligeledes at oppebære og erholde regnskabsopgjør for deslige beløb. At dette ogsaa i virkeligheden fandt sted, have vi i Morkinsk. s. 23 et lærerigt exempel paa: Kong Magnus d. gode, der tror sig bedragen af sin sysselmand, Thorkell dyrdill, indfinder sig uanmeldt hos ham for at tage veizler *(a veizlu)*, idet han lægger an paa, at Thorkell som følge af det uventede besøg skal befindes skyldig i *veizlufall*, d. e. forsømmelse af at yde kongen det ham tilkommende underhold. Saaledes gaar det dog ei. Ikke alene beværter Thorkell kongen paa det sømmeligste; men han udreder ham tillige en betydelig skat i kontant sølv, som han øiensynlig har ventet paa kongens egen didkomst for personlig at overlevere i hans hænder. Om der nu end saavel her som paa enkelte andre steder i sagaerne synes antydet, at de kontante lensafgifter ogsaa i ældre tid ofte ere blevne indbetalte til kongelige udsendinge istedetfor til kongen personlig — de kgl. hirdmænds ovenomtalte veizletagen hos Atle jarl i Sogn (Fagrsk. kap. 11) peger jo ligeledes i denne retning —, saa medfører dog heller ikke denne omstændighed nogen forbindelse mellem de af kongen ydede og de af ham modtagne veizler. Og at en saadan forbindelse da heller ikke begrebsmæssig erkjendtes tilværende, derpaa tyder med bestemthed den samstemmige taushed desangaaende i de tre hovedkildesteder, der omhandle veizlemodtagerne, nemlig Heimsk. S. Har. hins hárfagra kap. 6, Kongesp. kap. 27 og Hirðskr. kap. 18 (jævnført med kap. 36). Intet af disse nævne det ringeste om nogen forpligtelse for veizlernes modtagere til omvendt selv at yde kongen veizler. Hvor

---

som af Lehmann med føie fremhævet (Abhandlungen s. 21), at mærke, at den kgl. veizletagen nærmest tilhører den ældre del af sagaperioden (indtil op i det 12te aarh.). Senere have kongerne efterhaanden mere og mere trukket sig tilbage fra personlig at oppebære sine indkomster hos sysselmændene, hvorimod disse sees i regelen at bringe alt hidhørende til de kgl. residentsbyer.

der i sagaerne leilighedsvis berettes om, at kongerne beværtes af en eller anden lendermand, maa dette derfor opfattes fra andre synspunkter. Enten har der foreligget en ligefrem indbydelse fra lendermandens side[1]), eller — hvad øiensynlig meget hyppigt var tilfældet — vedkommende lendermand var tillige lensmodtager (sysselmand). I sidste fald er det klart, at foreningen paa samme haand af de tvende i og for sig principielt uensartede stillinger ogsaa maatte ledsages af en sammenstøbning af begge stillingers pligter, saaledes at veizlemodtageren samtidig blev veizleudreder[2]). Men ikke mindre indlysende er det ogsaa, at de med disse indviklede, norske administrationsforhold ikke fuldt fortrolige, islandske sagaskrivere hist og her kunde komme til at benytte sig af udtryk, der ikke ganske svarede til en korrekt opfatning.

At lendermændene, efterat syssellenene vare blevne den almindelige form for distriktsstyrelsens overdragelse til høibyrdige mænd, kke alene særdeles ofte, men i en længere periode endog fortrinsvis vare dem, der fik sig disse len betroede, fremgaar af Gul. lovens og Frost.lovens samstemmige vidnesbyrd. Navnlig heder det i den ældre redaktion af Gul. kap. 3: *armaðr konongs eða lendr maðr, hverr i sinni syslu,* og i den yngre redaktion forekommer i en beslægtet forbindelse opregningen *lendir menn eða ármenn eða syslumenn,* hvor den sidste titel ikke bør opfattes som absolut modstillet de to første, men tværtimod kun som betegnelse for dem, der havde sysler uden hverken at være lendermænd eller aarmænd. Ogsaa Gul. kap. 301 taler om *lendr maðr eða armaðr sa er attong hefir at yfirsokn,* ligesom Frost. XVI kap. 2 nævner *lendr maðr eða*

---

1) Exempel herpaa har man i Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 172, hvor det udtrykkeligt heder, at da kongen engang drog op over Oplandene, uagtet det ikke var saa længe, siden han i denne landsdel sidst tog veizler, som i loven forudsat, og han derfor havde vanskeligt for af kongedømmets retmæssige indkomster at bestride underholdningen af sit store følge (der var med andre ord endnu ikke dannet tilstrækkelige, nye forraad af landskyldsspecies etc.), saa *„buðu honum heim lendir menn ok ríkir bændr ok léttu svá kostnaði hans* (idet han jo ellers maatte have kjøbt de fornødne forraad). Denne lettelse i hans udgifter var følgelig her en — i det mindste i formen — ganske frivillig sag. Paa lignende maade bør vistnok ogsaa nærmest udtrykkene i Eigla kap. 11 fortolkes, omend denne stærkt romantiserede fortælling neppe i sine enkeltheder fortjener den tiltro, man tidligere har fundet at burde yde den.

2) Jfr. med ovenstaaende fremstilling Lehmanns i væsentlige punkter afvigende opfattelse, Abhandlungen s. 12—30, 70—74; i et ældre skrift, „Det norske aristokratis historie indtil kong Sverres tid" s. 18, har jeg ogsaa selv endnu fastholdt den mening, at *veizlujörð* var jordeiendom, hvorpaa der hvilede veizlepligt. Jfr. ogsaa Maurer l. c. s. 199—200.

ármaðr er sokn á. Overhovedet maa den flersteds benyttede vending *lendr maðr eða armaðr* eller tilsvarende udtryk[1]) vistnok i overensstemmelse med Gul. kap. 3 nærmest blive at opfatte med et underforstaaet „*hverr í sinni syslu*“, om end enkelte andre steder ogsaa lade skinne igjennem, at lendermanden som offentlig funktionær kunde optræde som aarmandens overordnede og overlade denne visse mindre anseede politigjøremaal[2]). Ogsaa i sagaberetningerne møde vi exempler paa lendermændenes overdragelse af len. Allerede under kong Harald haarfagre siges flere lendermænd efter hinanden at have indehavt den som len behandlede „Finnefærd“ eller „kongens syssel paa fjældet“[3]), et forbillede, som i de følgende aarhundreder stadig synes at være befulgt[4]). Under kong Olaf Tryggvesøn erholder lendermanden Erling af Sole et meget betydeligt len uden dog at ville antage den jarletitel, kongen tilbyder ham; ligeledes synes Haarek af Thjotta af den samme konge at være bleven forlenet med Haalogaland. Den ovennævnte Thorkell dyrdill, der i sagaen oplyses at have havt syssel under kongerne ned til Magnus d. gode, tilhørte ogsaa uden al tvivl som kongehusets nære slægtning lendermandsklassen. Harald haardraades stallare, Ulf Uspakssøn, var, som ovenfor saaes, paa engang lendermand og indehaver af „et halvt fylke“ som len, og en lignende dobbeltstilling indtoges under kong Haakon Haakonssøn af Arinbjørn Jonssøn. Med forbigaaelse af en række andre exempler fæster jeg endelig ogsaa opmærksomheden paa beretningen i Morkinsk. s. 139, ifølge hvilken kong Magnus barfod „*ferr suðr með lande ok austr í Vik, þiggr þar veizlur af lendum monnum sínum*“. Enten maa nemlig disse ord forstaaes som sigtende til lendermændene i deres ofte tilkommende egenskab af lensindehavere, eller sagaskriveren har benyttet en mindre korrekt udtryksmaade; for den sidste antagelse taler, at han strax nedenfor (s. 141) fortæller om den samme konge, at han „*tekr þar veizlu at Sveinka, en síðan bioða lendir menn honum heim til sinna bua ok ferr konongr þar á veizlur ok gera þeir til hans virðuliga*“; thi her synes det unægtelig at ligge nærmest at opfatte kongens besøg som foranledigede ved frivillige indbydelser.

Den hyppigt stedfindende forening af veizlegods og len paa samme haand var imidlertid ikke det eneste berøringspunkt, som

1) Gul. kap. 152, 187, 213, 256, 314; Frost. IV 10.
2) Gul. kap. 152, 253; Frost. IV 10. Jfr. ovenfor s. 297.
3) Eigla kap. 8 ff., jfr. Sigurd Ranesøns proces, Storms udg., s. 7.
4) Haarek og Einar af Thjotta, Sigurd af Steig o. s. v.

veizle- og lensmodtagere havde tilfælles. Af mere principiel vigtighed for deres stilling saavel indbyrdes som ligeoverfor kongen, var det, at medlemmerne af begge klasser personlig vare, som det hed, „gaaede kongen til haande". Som bekjendt vil dette stærkt benyttede udtryk sige, at de vare traadte i kongens personlige tjeneste i saadanne former og under saadanne forudsætninger, at tjenesteforholdet i retlig henseende kom til at hvile paa fuldt frivillig, fra hver af siderne opløselig overenskomst og i social henseende blev hædrende og styrkende baade for den over- og den underordnede. Det er dette eiendommelige retsinstitut, som hos de sydligere boende, germaniske stammer benævntes *trustis*, svarende til oldn. *traust*[1]), vort trøst, fortrøstning, men som i oldnorsk oftest betegnes med det fra forholdets stiftelsesform hentede udtryk *handgenginn maðr*, d. e. en, som har givet (kongen) sit haandslag, eller forkortet ogsaa blot *maðr*. Oprindelig er dette forhold alene kommen til anvendelse i forbindelsen mellem en fyrste og hans personlige livvagt (det saakaldte følge, comitatus, *hirð*); men idet kongen ud fra denne snævre, til hans husstand[2]) hørende kreds af tillids- og tjenestemænd hentede dem, som han ønskede at betro magtpaaliggende ombud og hverv rundt om i riget, udvidedes institutionen i og med selve den fremadskridende statsdannelse til at omfatte de grundlæggende dele af datidens hele embedsværk. Det var med andre ord det rent personlige tillids- og gjensidige beskyttelsesforhold mellem kongen og hans haandgangne mænd, der udgjorde det første, stærkere sammenholdende bindemiddel mellem centralmagten og den lokale administration. Fra dette synspunkt af gik saaledes i det oldnorske statssamfund lensmodtagere og veizlemodtagere op i den fælles, høiere enhed „kongens mænd", og saameget mere forklarligt bliver det derfor, at den indre forskjel i begge stillingers organisation ikke overalt i de historiske kilder fremtræder med fuld paatagelighed.

Der kan imidlertid spørges, fra hvilket tidspunkt denne sammenarbeidelse af lens- eller veizleoverdragelserne med de haandgangne mænds personlige tjenesteforhold maa ansees at være fore-

1) „*Þú hefir mitt traust ok 2 hluti landa*" (nl. som len), siger kong Olaf d. hellige til jarlen Bruse af Orknøerne (Heimskr. Ólafs s. h. helga, kap. 108), og Hirðskr. kap. 36 paalægger hver lendermand at „*halda konunginum til trausts 5 menn með vápnum*". Jfr. ogs. udtryk som „*taka i vart traust ok fulla vernd*", „*undir vart vald ok konungligt traust*" o. lign., Norges g. Love I s. 446; III s. 31, 136.

2) *Hirð*, angels. *hîrêd*, af *hîw*, oldn. *hjú*, eg. husfællesskab, husstand.

gaaet. Med hensyn til veizlemodtagerne er dog i saa henseende sagen klar. Af alt, hvad der om kongernes veizleuddelinger kan erfares, fremgaar det, at de aldrig skede til andre end dem, der gik kongen til haande. Veizleinstitutet er derfor at betragte som en umiddelbar affødning og udvidelse af følge- eller hirdvæsenet. Anderledes derimod med de ældste overdragelser af landsdele til „laan". For Norges vedk. sees det vistnok, at forudsætningen om lensmodtagernes egenskab af haandgangne mænd allerede paa kong Harald haarfagres tid var anerkjendt; hans hele jarleordning danner et udtryk herfor[1]). Men paa den anden side fremskimter det umiskjendeligt af sagnhistoriens omtale af de ældste skattekonger, at disse ikke vare overkongens personlige tjenestemænd. Det indbyrdes forhold skildres her som meget løst, oftest fiendtligt. Den ene konge tvinger den anden til at udrede ham aarlig skat, og den undertvungne benytter den første den bedste anledning til atter at afkaste aaget. Endnu den forholdsvis sent levende Upsalakonge Ingjald ildraades lumske adfærd mod de daværende svenske underkonger taler med bestemthed mod, at disse vare hans haandgangne mænd. Det høit respekterede beskyttelses- og troskabsforhold, hvori kongen og hans „mænd" stod til hinanden, vilde, hvor grum og voldsom end Ingjald var, ganske have udelukket muligheden af en planlagt, mængdevis indebrænding af dem. Ogsaa er der utvetydige spor af, at overkongerne selv have følt stillingens usikkerhed ligeoverfor skattekongerne og have søgt at rette derpaa ved at beklæde mænd med værdigheden, som de mente personlig at kunne stole paa[2]), navnlig slægtninge[3]) eller svogre[4]). Det maatte da tillige ligge nær til saadanne tillidsposter at udse mænd af selve den kgl. hird, hvis troskab og hengivenhed var bleven prøvet gjennem længere tids ophold i kongens hus, og som vare bundne til ham ved ed og høitideligt haandslag. Rigtignok var herved igjen at bemærke, at de frie bønder kun ugjerne fandt sig i at have en konge, der ved at gaa en anden til haande og saaledes opgive sin personlige uafhængighed ansaaes at have fornedret sig selv. Fra Nordboernes steile selvraadighedsstandpunht sammenlignedes en saadan personlig underkastelse med at gjøre sig til en

1) Se især Heimskr. S. Har. h. hárfagra kap. 6, 8, 10; S. Ólafs h. helga, kap. 105.

2) Jfr. saaledes allerede beretningen om Hadding og hans underkonge Hunding.

3) Især sønner, se f. ex. Saxo, 9de bog, s. 458.

4) Rolf krakes underkonge Hjørvard var gift med hans søster; se ogs. Om Ragnars Sønner, kap. 2.

andens træl[1]), ja endog til en andens hund[2]). Meget betegnende er i saa henseende eventyret om den oplandske konge Eystein, der havde underlagt sig nogle fylker i Throndhjem, og som først indsatte sin søn til underkonge, men da Thrønderne dræbte denne, gav dem valget mellem at faa hans træl eller hans hund til konge. De valgte hunden, fordi de mente under denne at blive mest selvraadige[3]). Øiensynlig er denne fortælling en folkelig satire, henhørende til den overgangstid, da befolkningen endnu ikke havde vænnet sig til at styres af en konges personlige tjenestemænd, selv om en saadan ogsaa udrustedes med kongetitel. Forøvrigt synes dette slags spot at have været udbredt over hele Norden; thi et dansk sagn beretter, at den svenske konge Adils satte sin hund til konge over Danerne, og et andet sted siges en svensk konge at have givet Nordmændene en hund til konge[4]). Den betragtningsmaade, som disse sagn danne udtryk for, synes da ogsaa at have medført, at underkongerne, saalænge de overhovedet forekom, som oftest ikke vare sin lensherres haandgangne mænd. I Snorres udførlige omtale af de sidste norske underkonger[5]) er der ingen antydning til et saadant forhold. Tværtimod benyttes der vendinger, som ligefrem synes at udelukke, at de vare gaaede overkongen til haande[6]), og den fremgangsmaade, der tillægges kongen af

1) Da Namdalens konge havde underkastet sig Harald haarfagre og var bleven hans „Mand" og jarl, taltes der med haan om *„þat ráð sem Naumdœlar gerðu at ganga með sjálfvilia i ánauð ok geraz þrœlar Haraldz"*, Eigla kap. 3; Heimskr. S. Har. h. hárf. kap. 11. En gjenklang af denne opfattelse findes endnu i S. Ólafs h. helga kap. 128: *„gerast konungs þrœll"*; her gjaldt det dog en mindre anseet stilling.

2) Det maatte ligge nær til spot at jævnføre medlemmerne af kongens vagtmandskab med vagthunde, ligesom omvendt en vagthund fik benævnelsen *húsvörðr* (Frost. XI 26). Jfr. forøvr. Fritzner om brugen af ordet *hundr* som skjældsord.

3) Heimskr. Hák. s. góða, kap. 13.

4) Jfr. Munch, NFH. I s. 334—35.

5) Heimskr. S. Ólafs h. helga, kap. 33, 34, 73, 74.

6) De siges i kap. 34 *„at binda við hann vináttu"*, *„at binda félagskap við Ólaf konung"*, *„binda þeir sætt sina með svardögum"*; paa den anden side heder det om kong Olaf, at han *„hét þeim sinni vináttu fullkominni"* etc. Saaledes kunde ikke omtales en hyldning, hvorved eden gik ud paa oprettelsen af et personligt tjeneste- og troskabsforhold. Heller ikke antydes det i beretningerne og skaldeversene om deres senere opstand, at de ved at indlade sig paa denne brød sine pligter som haandgangne mænd. Tværtimod synes de ord, der lægges dem i munden ved denne leilighed, at være uforenelige med en saadan forpligtelse. Mærkes bør det ligeledes, at Snorre ved beretningen om underkongedømmets oprettelse til fordel for Harald haarfagres sønner (S. Har. h. hárf. kap. 35) vistnok omtaler deres skattepligt og deres lavere rang, men ikke med et ord antyder, at de skulde gaa overkongen til haande og, som det ofte heder om jarlerne, blive hans „mænd".

Namdalen, da han blev Harald haarfagres „mand", idet han paa en iøinefaldende maade aflagde sin kongetitel, taler ligeledes for, at en konge ansaaes ikke passende at kunne gaa en anden til haande uden samtidig at opgive sin tidligere værdighed[1]). Dette gjaldt derimod klarligen ikke jarlerne, og overgangen til benyttelsen af denne yngre og lavere titel betegner derfor i statsorganisatorisk henseende et væsentligt fremskridt.

Er den ovenfor givne redegjørelse for de væsentligste momenter i den gamle norske lensordning i det mindste i hovedtrækkene rigtig, saa kan dens udvikling ikke skyldes mellemeuropæiske forbilleder. Vistnok har, som bekjendt, Ernst Sars med styrke udtalt sig for, at Harald haarfagre ved organisationen af sin rigsstyrelse umiddelbart har fulgt det i det frankiske monarki foreliggende exempel, eller at i det mindste de i den frankiske statsorden „repræsenterede, politiske tendentser have øvet sin indflydelse paa ham, da han indrettede forholdene i sit nye rige"[2]). Og til støtte for denne opfattelse taler desuden ved første betragtning unægtelig en jævnførelse mellem grundtrækkene i det ældste fransk-tydske lensvæsen og det norske. Ifølge den moderne lære om feudalsystemets fremvæxt opstod det ved forbindelsen mellem den saakaldte vasallitet og beneficialvæsenet[3]). Vasalliteten var igjen en af visse galliske retslevninger paavirket fortsættelse af det germaniske *trustis* og svarer saaledes i Norden til forholdet mellem kongen og hans haandgangne mænd[4]). Paa den anden side bestod de mellemeuropæiske beneficier først og fremst i offentligt (kirkens og kronens) jordegods, der overlodes beneficiaren til brug og indtægt mod, at han til gjengjæld paatog sig visse, især militære forpligtelser, men dernæst ogsaa — fra den anden halvdel af det 9de aarh. af — i embeder, særlig grevernes, under hvilke indgik de væsentlige dele af den lokale administration og navnlig tillige den hele finantsielle oppebørsel. Lighedspunkterne med den gamle norske ordning ere

1) Jfr. ogs. slutningen af Frithjofs saga, hvor kong Halfdan maa opgive kongenavnet og blive Frithjofs skatskyldige herse. Paa den anden side viser Heimskr. S. Ólafs h. helga kap. 57, at man dog ogsaa kunde tænke sig en konge blive en andens „*maðr*"; men rigtignok er her forudsætningen tydelig anlagt paa at være fornærmelig for den konge, det gjælder.

2) Udsigt over d. norske Hist. I s. 198 ff.

3) R. Schrøder, Lehrbuch d. deutschen Rechtsgesch. s. 152 ff.; Brunner, Deutsche Rechtsgesch., II s. 243 ff.

4) I begge forhold indgik de samme karakteristiske momenter: optagelsen i tjenesten ved haandslag (kommendation), troskabsed og det for den over- og underordnede i lige grad forpligtende og berettigende beskyttelseskrav.

her saa mange, at man endog kunde fristes til baade at anse ordet *veizla* for en direkte oversættelse af *beneficium*, og *jarl*, der jo overhovedet i middelalderens latin gjengaves med *comes*, for at være en ligefrem substitution for greve[1]). Men en nøiere overveielse turde dog erkjendes at umuliggjøre en saadan konstruktion. Medens der inden den ældste norske statsret kan paavises flere sproglige træk, der pege hen paa angelsaksiske forbilleder, mangler enhver saadan antydning til indflydelse fra frankisk side. Heller ikke kan der nævnes veie, ad hvilke kjendskab til og forstaaelse af de frankiske rigsinstitutioner i løbet af det 9de aarh. med nogen sandsynlighed kunde være naaet op til Norges magthavere. De rovlystne og tøilesløse vikingeskarer vare vistnok de sidste til at bekymre sig om principperne for haandhævelsen af myndighed og ret i de af dem udplyndrede lande[2]). Disse betragtninger ere dog kun af underordnet vægt i jævnførelse med den meget væsentlige omstændighed, at selve det kronologiske grundlag for antagelsen af en frankisk indflydelse paa det norske lensvæsen svigter. Det er i den første del af Harald haarfagres enevoldsregjering (ca. 870—900), at Norges lensordning fremtræder klarest og kraftigst, medens den senere stadig afsvækkes. Men paa frankisk-tydsk jordbund er det netop i løbet af denne samme anden halvdel af det 9de aarh., at statsembedernes omdannelse til len (i feudalistisk forstand) for alvor begynder og delvis udføres. „Im Westfrancien", siger Brunner[3]), „das bekanntlich in der Feudalisierung des Ämterwesens den übrigen Reichstheilen voranging sind seit der zweiten Hälfte des neunten Jahrhunderts die Grafschaften bereits in Lehen verwandelt". Naar dette er saa, maatte man i datidens Norge have været særdeles paapasselig og med levende og forstaaende interesse have fulgt de forskjellige enkeltheder i det frankiske monarkis statsretslige udvikling for samtidigt eller næsten forudanende — indførelsen af kong Haralds jarleordning falder jo omkring aar 870 — fuldt systematisk at kunne indrette sig paa samme maade. Langt rimeligere turde da den ovenfor hævdede sammenhæng befindes at være, nemlig at

---

1) Jfr. Sars, Udsigt I s. 198.

2) Gange-Rolfs forlening med Nordmandi fandt jo ogsaa først sted i 912. Naar Sars overhovedet paaberaaber sig, at det frankiske monarki „gjennem hele middelalderen stod som den egentlige mønsterstat", kan dette ingenlunde have anvendelse saa tidligt som paa det 9de aarh.'s, af sydens kultur endnu kun glimtvis berørte Nordboere. Ogsaa Lehmann finder Sars's „Staat nach karolingischem Muster" „etwas phantastisch", Königsfriede d. Nordgermanen, s. 172.

3) l. c. II s. 255.

Harald, da han „satte en jarl i hvert fylke", alene i større maalestok anvendte en forholdsregel, som allerede hans egne forfædre delvis havde benyttet, og som i det hele taget paa hans tid forlængst synes at have været kjendt i Norden. Overhovedet danne de tre forleningstyper, skattekongerne, skattejarlerne og sysselmændene, en udviklingsrække, der bærer det umiskjendelige præg af rationel overgang og fremadskridende organisationsevne, og der foreligger følgelig ingensomhelst nødvendighed for at forklare disse nordiske træk ved hjælp af henvisninger til fjerntliggende landes, endog kronologisk lidet brugbare foregang.

Resultaterne af den anstillede undersøgelse blive altsaa følgende:

Fra de ældre danske og svenske erobringsriger er den udvei, i de undertvungne landskaber at ansætte skattekonger, allerede i forhistorisk tid i nogen udstrækning bleven overført ogsaa til Norge. Saadanne skattekonger ansaaes og sagdes at have sit „*riki*" „*at láni*" (senere „*at léni*"). d. e. tillaans, til leie, af overkongen, og denne modtog som udtryk for forholdets saaledes angivne natur en aarlig skatteafgift, hvorhos han var berettiget til at kræve sin underkonges militære understøttelse. Derimod vare skattekongerne kun undtagelses- og ligesom forsøgsvis overkongens haandgangne mænd. Eftersom imidlertid trangen til en fastere sammenhæng gjorde sig gjældende, tyede man, da det ansaaes lidet foreneligt med kongenavnet at gaa en anden til haande, istedet til ansættelse af jarler, der som kongen haandgangne vare ham skyldige personlig lydighed og troskab. Ogsaa dette trin i udviklingen tilhører oprindelig Danmark og Sverige; men ved Norges samling under kong Harald haarfagre gav denne jarledømmet en mere udstrakt og systematisk anvendelse end hidtil andetsteds. Hans ordning fik dog kun nogle aartis uforstyrrede bestaaen, idet han for at tilfredsstille sine mange sønner i sine ældre aar maatte gribe tilbage til underkongedømmet. I den følgende tid forekom derfor begge værdigheder blandede om hinanden, og endnu mere brogede blev forholdene, dels derved at kongerne fra Harald haarfagre selv af leilighedsvis synes at have meddelt len til mænd, der ikke havde fyrstelig, d. e. i det mindste jarls rang, dels ogsaa ved at kongerne helt undlod at bortsætte visse distrikter som len, idet de foretrak uafkortet gjennem sine gaardsfogder, aarmændene, at lade sagøre, landskyld etc. inddrive umiddelbart til fordel for kongedømmet. De to sidste administrationsformer blev fra kong Olaf d. helliges regjering af de regelmæssigt anvendte. Underkongeværdigheden afskaffedes ganske, og jarledømmet indskrænkedes — bortseet fra de fjernt boende Orknøjarler — til visse sjeldne og extra-

ordinære tilfælder. Med disse titler forsvandt ogsaa i det væsentlige lenets opfattelse som et *ríki*. Det gik istedet over til at betegnes og behandles som en *sýsla*, d. e. funktion, embede, en benævnelse, som det delte med de aarmændene tildelte, men ikke paa lensvilkaar bortsatte distrikter. Omvendt benyttedes selve ordet *lén* mere og mere som betegnelse for den indkomst, som et syssellen kastede af sig, og som for dets indehaver i regelen synes at have udgjort trediedelen af dets samlede udredsler. I størstedelen af det 11te og 12te aarh. synes lendermændene at have været betragtede som selvskrevne til syssellenenes overtagelse. Men eftersom aarmændenes klasse dels paa grund af kongernes ophør med den regelmæssige veizletagen paa kongsgaardene og disses deraf følgende anvendelse paa anden maade, dels under indflydelse af visse sociale forhold blev mindre og mindre talrig og tilsidst ganske gik ind, samtidig med at lendermændenes antal under thronkrigene ligeledes i høi grad forringedes, maatte syslerne for den væsentligste del overdrages til andre, i regelen dog fremdeles høibaarne mænd, og som betegnelse for disse og derigjennem snart for samtlige sysselindehavere opkom i det 12te aarh. titelen *sýslumaðr*. I hvilken udstrækning det 13de aarhundredes sysselmænd have havt sine distrikter som len eller alene, ligesom aarmændene tidligere, paa — som det senere kaldtes — „regnskab", lader sig ikke med sikkerhed afgjøre. Heller ikke aabne kilderne adgang til i enkelthederne at efterga de vilkaar i henseende til afgifter, kontrol eller opsigelse, hvorved de almindelige syssellen maaske have adskilt sig fra de endnu undertiden forekommende fyrstelige len.

Under henblik paa lenets egenskab af indtægtskilde for indehaveren opfattedes det som en af kongen ydet overdragelse, „*veizla*". I engere forstand brugtes dog dette ord hyppigere enstydig med *veizlujörð*, d. e. jordegods, hvortil kongen overlod brugsretten til visse ham haandgangne medlemmer af rigets fornemste ætter. Disse saakaldte *lendir menn* paatog sig til gjengjæld med raad og daad — politisk og militært — at understøtte kongedømmet. Kun forsaavidt de ligeledes tildeltes len — hvilket dog meget hyppigt og i et vist tidsrum, saalangt syssellenenes antal strak, maaske regelmæssigt var tilfældet — paalagdes der dem desuden forpligtelse til yde kongen lensudredsler (hvoriblandt ogsaa veizleunderhold).

I den saaledes fremstillede udviklingssammenhæng er der ingen plads for antagelsen af anden udenlandsk indvirkning end den oprindelige overførelse fra Danmark og Sverige af selve lensbegrebet, d. e. overdragelsen af et distrikt til „laan" mod afgift og militærpligt. Aschehoug's opfatning, at sysselmændene først i det

14de aarh. ved efterligning af det mellemeuropæiske feudalvæsen opnaaede at faa sine sysler som len, d. e. til inddrivelse af indkomsterne for egen regning mod at afgive en vis betydelig del deraf til statskassen[1]), K. v. Amira's formodning, at lensvæsenet i det 11te aarh. fra Tydskland af er trængt op i det skandinaviske Norden[2]), og Sars's henvisning til udviklingen af den frankiske statsordning som det mere eller mindre bevidste forbillede for kong Harald haarfagres norske, turde derfor erkjendes at være lige lidet veiledende. Ogsaa savnes der enhver umiddelbar indbyrdes parallellitet i udviklingen af de norske lensforhold og Mellemeuropas feudalvæsen. Medens feudalismen i den os her vedkommende periode er et kraftigt fremvoxende retsinstitut med evne til at underkaste sig og omforme vedkommende landes hele statsret i alle dens detaljer, er det norske lensvæsen ikke alene indskrænket til et enkelt, administrativt led, forholdet mellem kongen og den lokale, med övrighedsmyndighed udrustede generalforpagter, men det befinder sig ogsaa i henseende til dette ene punkt, i paatagelig og stadig tilbagegang og afsvækkelse. Fra Harald haarfagres fyrstelige jarler og underkonger til det 13de aarhundredes sysselmænd, for ikke at tale om disses betjente, „lensmændene", er der i opfattelsen af lensforholdets statsretlige betydning og anseelse en jævn nedgang, der i det hele og store taget svarer til den indre vækst og magtudfoldelse, som i det samme tidsrum omvendt er karakteriserende for kongedømmet. Det norske lensvæsen begynder som et personligt laaneforhold mellem fyrster; men det opnaar aldrig hverken retligt eller i større udstrækning endog blot faktisk at blive arveligt, og idet lensindehaveren ligeledes maa opgive kravet paa at betragte det ham overdragne distrikt som sit „*riki*", fjerner han sig mere og mere fra at blive, hvad man i feudalforfatningen kaldte en „Landesherr". Først fra det 14de aarh. af opfriskes under indflydelse af de mellemeuropæiske forhold og den samtidige svækkelse af det norske kongedømmes reelle magtmidler paany lensindehavernes decentralisations- og personlige uafhængighedsaand, et trin i udviklingen, som imidlertid ligger udenfor rammen af den konturmæssige skitse, som det her har været hensigten at give.

Hvad endelig angaar overdragelsen af det kgl. jordegods som *veizla*, saa er ogsaa dette et nationalt institut, der dog synes i det

1) Statsforf. i Norge og Danmark s. 52.; bortseet fra Harald haarfagres kortvarige statsorden synes Aschehoug at have opfattet forholdet saaledes, at de ældre norske „forleninger" bestod i og kun i jordegods; jfr. s. 12—13.

2) Paul's Grundrisz, II b. s. 159.

væsentlige at være bortfaldt ved lendermandsværdighedens ophævelse i 1308.

Til slutning nogle korte bemærkninger om det norske lensvæsens indordning i den fællesgermaniske retsudvikling. Som ovenfor anført leder den herskende opfatning for tiden feudalvæsenets udspring tilbage til en — fra først af paa vestfrankisk grund stedfunden — sammenarbeidelse af beneficier og vasallitet. Fra beneficiet i egentlig forstand, det som feudum overdragne jordegods, skal lensbegrebet dernæst have udvidet sig til ogsaa at omfatte embederne og de under disse hørende distrikter. I Norge se vi imidlertid de tilsvarende momenter i en herfra noget forskjellig gruppering. De med vasallitet forbundne beneficier gjenfinde vi vistnok her i de til de haandgangne lendermænd overladte veizlegaarde. Men jævnsides og kun delvis i ydre og principielt tilfældig forbindelse med disse staar *lenet* eller, som dets oprindelige betegnelse var, *laanet*, svarende til de mellemeuropæiske embeds- og landskabsforleninger. *Nogen overførelse af lensbegrebet fra de første paa de sidste har her aldeles ikke fundet sted.* Veizlegodset, svarende til det frankiske beneficium, var overhovedet i Norge intet len eller laan, idet det savnede dettes egentlige karakteristikum, afgiftspligten. Det synes derhos i henseende til dannelsestiden at være det yngre retsinstitut, fremkaldt og muliggjort ved de udstrakte konfiskationer af udvandrernes og andre fordrevnes jordeiendomme, der ledsagede Harald haarfagres erobringer. Lenet derimod rækker, repræsenteret ved sagnhistoriens skattekonger og i denne anvendelse endnu uden regelmæssig forbindelse med stillingen som haandgangen mand, saa langt tilbage i tiden, som nordisk statsret overhovedet kan skimtes. Fra dette synspunkt af turde der da være foranledning til at fremkomme med et spørgsmaal. Det skal vanskeligt kunne bestrides, at der i de nyeste tydske retshistorikeres lære om feudalbetragtningens umiddelbare overførelse paa embeder og embedsdistrikter foreligger et sprang eller hul, som deres fremstilling mere tjener til at dække over end til at udfylde. Det vedbliver for læseren at staa som en uforklaret besynderlighed, at det 9de aarhundredes greveembede, uddannet som det var og rodfæstet i datidens opfatning gjennem adskillige aarhundreders praxis, saa let og umærkelig skulde kunne føres ind under samme retslige kathegori som det alene militært forpligtende og forøvrigt væsentlig privatretligt opfattede samt i sig selv langt mindre socialt anseelige beneficium eller feudum. Her synes man dog virkelig at tænke sig den overveiende indflydelse paa betragtningen udgaaet fra det moment, der i hin tids egne øine maatte

staa som det jævnførelsesvis mindst betydningsfulde og fremragende. Helt anderledes stiller sagen sig, hvis man tør antage, at den op igjennem Skandinaviens oldtid forfølgbare opfatning af den ældste lokaladministration som et af overkongen overdraget laan ligeledes har været den oprindelige hos de monarkisk styrede blandt de tydske stammer. I ethvert fald beholdt ligesom kong Harald haarfagres jarler ogsaa de tydske grever trediedelen af sagefald og forbrudt eiendom i sine distrikter, og sandsynligvis har den samme tredeling været anvendt paa kongedømmets øvrige, gjennem greverne indkrævede oppebørsler[1]). Det ligger da ingenlunde fjernt at formode, at den i Norden gjængse opfattelse af en saadan overdragelse af et distrikt med andel i distriktsudredslerne ogsaa kan have været gjældende hos de sydligere boende Germaner. Man bør jo vel erindre, at begrebet embede, der forekommer senere tidsaldre saa ligefrem og enkelt, i statsordningernes barndom endnu var uudviklet og derfor maa have støttet sig til og have været iklædt en betragtningsmaade, som laa datidens privatretsligt farvede tankegang nærmere, og isaafald lader der sig neppe paavise noget mere prototypisk retsforhold, end laan og leie. Maaske tør vi derfor tænke os, at det i den sydvestlige del af Frankerriget opstaaede beneficium eller feudum, hvilket, fordi det ikke medførte eiendom, er bleven betragtet som en art laan, har stødt sammen med en anden art laan- eller leieforhold inden selve det administrative styrelsesomraade, det egentlige og oprindelige Lehan, len, og at den paafølgende sammenblanding og sammenarbeidelse af begge retsforholds særlige eiendommeligheder i en fælles høiere, offentligretlig begrebsenhed saaledes har fuldbyrdet sig ved hjælp af bidrag fra begge sider. En saadan antagelse vilde, om den skulde vise sig mulig, tillige bortrykke det vigtigste grundlag for den lære, at den gamle norske lensordning af hensyn til dens i visse punkter fremtrædende lighed med feudalvæsenet fra først af maa være opstaaet under indvirkning fra dette i en af dets tidligere eller sildigere faser. Tværtimod vilde begge dannelser som sideordnede blive at føre tilbage til ældgamle, fællesgermaniske retsanskuelser og forudsætninger.

1) Jfr. Brunner, l. c. II s. 168; Schrøder, l. c. s. 130.

Zum merowingischen

Finanzrecht.

Von

Felix Dahn.

I. Allgemeines.

1) Römischer Einfluss. Der Fiscus. Kein Bodenregal.

Auf dem Gebiet des Statshaushalts muss der Einfluss des vorgefundenen Römischen auf den Frankenstat auch von solchen zugegeben werden, welche sonst jede derartige Einwirkung fast völlig leugnen[1]): im altgermanischen Stat keinerlei Steuerpflicht, ausgenommen etwa Beiträge zu den Opferfesten[2]), im fränkischen Stat Fortsetzung des imperatorischen Besteuerungsrechts gegenüber den Romanen und alsbald Ausdehnung desselben über die Germanen, Fortbestand auch — im Allgemeinen — aller Rechte auf andere Vermögensleistungen, welche der römische Stat gegenüber seinen Unterthanen hergebracht hatte[3]).

Das Königs- oder Krongut besteht zu grossem Theil aus Gütern, die dem römischen Fiscus gehört hatten[4]).

„Fiscus" wird ganz in römischem Sinne gesagt in Gesetzen, Formeln, Urkunden, Heiligenleben und Geschichtswerken[5]).

---

1) So von Waitz Deutsche Verfassungsgeschichte II b. S. 246 Kiel 1882.

2) Dahn, der Werdegang des Statsgedankens bei den Westgermanen, Hirths Annalen 1891.

3) Dass „vom ganzen Inhalt der königlichen Rechte nur der Name Fiscus an römischen Ursprung erinnere", kann man Waitz II, b. S. 103 durchaus nicht zugeben: das gesammte Finanz-(Münz-, Zoll-, Steuer-)wesen, das allermeiste von der Verwaltung, vieles vom Aemterwesen, manches im Strafrecht war römisch.

4) Ist die Urkunde Dagoberts I. Monumenta Germaniae historica Diplomata ed. Karl Pertz, Hannover 1872, N. 44, in der dem Kloster Weissenburg geschenkt werden, „die Baeder jenseit des Rheins, quas Antonius (l. Antoninus) et Adrianus quondam imperatores suo opere aedificaverunt" ganz unanzweifelig? Schwerlich! S. Gaupp, Germanische Ansiedelungen und Landtheilungen. Bresslau 1844.

5) In Gesetzen: Lex Ribuaria ed. Sohm Monumenta Germaniae historica, Leges, (Hannover 1883); in Formeln: Formulae Marculfi monachi, Mon. Germ. hist. Formulae I. ed. Zeumer, (Hannover 1882); in den Heiligen-

„Fiscalis" ist gleich königlich: daher „judex fiscalis", was keineswegs einen „Fiscal", sondern jeden königlichen Beamten bezeichnet: so [1]) jeden Richter beamten.

Publicus oder fiscalis heisst alles dem König oder dem State zustehende: so die Münze (moneta), die Münzstätte (officina) [2]); regalis (regius), fiscalis, dominicus, publicus werden als gleichbedeutend gebraucht: „res publica" jedoch gilt — in höchst bezeichnender Weise — für Rom und Byzanz: (nur ausnahmsweise einmal bedeutet [3]) ex *rei publicae* praedio den fränkischen Fiscus; daher nennt Fredigundis den Statsschatz, im Unterschied von ihrem Privateigen, thesauri publici [4]). Daher werden obige Ausdrücke auch gehäuft z. B. judex *publicus* ex *fisco* nostro [5]).

„Fiscalische" und andere Häuser werden zwar unterschieden, aber gleichmässig behandelt [6]).

Alle auf Krongütern Sitzenden heissen homines fisci ohne Unterscheidung von Freien und Unfreien [7]).

Auch jede Casse des Fiscus hiess „fiscus": daher — in der Mehrzahl — „Alles was im Speiergau ad fiscos nostros gehört [8])".

Fiscus heisst aber auch das einzelne Krongut oder ein Inbegriff von Gütern, welche aus wirthschaftlichen, thatsächlichen, geschichtlichen Gründen als ein Zusammengehöriges, einheitlich verwaltetes Ganzes gelten; also fiscus = villa [9]) und wie man heute

---

Leben: Gregorii Turonensis miracula Sancti Juliani, Monum. Germ. hist. Scriptores rerum Merowingicarum I, 2 ed. Krusch (Hannover 1885). Audoen, vita Sancti Eligii I, 20 ed. d'Achèry, Spicilegium V, p. 156 (Paris 1658). — Häufig: „fisci ditiones": Fredigar, Chronicon c. 80, Monum. Germ. Hist. Scriptor. Merow. II ed. Krusch (Hannover 1888, Dahn, Urgeschichte der germanischen und romanischen Völker III, Berlin 1883 S. 645). Form. Marc. I. 8; Diplomata N. 74; mit Unrecht bestreitet von Sybel, Entstehung des Deutschen Königthums [2] Frankfurt am Main 1881 S. 484, dass dies „Güter des Fiscus" bedeute.

1) L. Rib. 89.

2) Audoen. v. St. Eligii I, 8.

3) Greg. Tur. mir. St. Juliani c. 22.

4) Gregorius Turonensis Historia ecclesiastica Francorum, VI, 45; Mon. Germ. hist. Scr. rer. Merow. I 1. ed. Arndt et Krusch (Hannover 1884); Dahn, Urgeschichte III S. 285.

5) Diplomata N. 28.

6) Pactum Childiberti et Chlothacharii regum p. 7 c. 16. Monum. Germ. hist. Leg. Sectio II Tom. I, 1. Capitularia regum Francorum ed. Boretius p. 8.

7) Dipl. N. 24.

8) Dipl. N. 24.

9) So Pardessus Diplomata, Chartae, epistolae, leges prius collecta a de Brequigny et la Porte du Theil I Paris 1843 p. 104. Cusiacum . . et Murosnatum fiscos (ich entnehme dies Waitz II b S. 321). D. N. 87: in fisco nostro

eine ehemalige Domäne wohl noch „Domaine“ nennt, nachdem sie ein Privater erworben, hiess auch damals ein Privatgut gewordenes Krongut noch immer „Fiscus“.

Von höchster Bedeutung wäre freilich gewesen in diesem Finanzrecht ein angeblich schon merowingisches „Boden-Regal“, ein „Ober-Eigenthum“ des Königs an allem Grund und Boden in seinem Reich, woraus dann ein Berg-, Salz- und Jagd-Regal abgeleitet wird [1]). Allein es ward nachgewiesen [2]) dass ein solches Boden-Regal sammt seinen Ausflüssen nicht bestanden hat. Weder im altgermanischen Stat ist an derartiges zu denken, noch an Entstehung „aus der altrömischen Anschauung von dem Eigenthume des States am Provincialboden“: schwerlich doch kannten die Salier diese altrömische Anschauung, schwerlich wollte ein unter Chlogio oder Childirich einwandernder freier Franke in seinem Volleigen sich desshalb beschränken lassen, weil ehemals der römische Fiscus — seit 476 gab es keinen mehr im Abendlande! — römischen Provincialen gegenüber solche Anschauung gehabt hatte. Jene Annahme beruht meist auf Verwechselung von Gebietshoheit mit privatem Vermögensrecht: in andern Fällen liegt volles privatrechtliches Eigenthum des Fiscus vor, in wieder andern das Bemächtigungsrecht des Königs gegenüber allen herrenlosen Sachen — Grundstücken wie Fahrhabe — in seinem Reich; ferner griff der König wie in andere Rechte, so auch in das Grundeigen der Unterthanen willkürlich ein, ohne dass immer — wie jedoch zuweilen geschieht — dawider die Rechtshilfe mit Erfolg angerufen wird: werden doch manchmal vom Königsgericht selbst solche Eingriffe von Königsbeamten geahndet, welche bei Annahme des behaupteten Regals voll begründet wären. Das angebliche Berg-, Salz- und Jagd-Regal, welches das Obereigenthum beweisen soll, kann selbst nicht bewiesen, wohl aber widerlegt werden und einzelne Verfügungen über die Wälder der Gemeinden — das Eigenthum der Genossenschaft an jenen Wäldern ist ganz unzweifelhaft — fliessen durchaus nicht aus einem Obereigenthum des Königs, sondern aus der Gebietshoheit und, wie wir heute sagen würden, aus der „Cultur-, Wald-, Forst- und Jagdpolizei“, aus einem statlichen Enteignungsrecht und einer statlichen Obervormundschaft über die Gemeinden in ihrer Vermögensverwaltung.

Vetus Clippiaco. v. St. Eucherii (Bischof von Orléans, gest. a. 738) Acta Sanctorum ed. Bolland. 20. Febr. III p. 217 c. 8. Vernum, fiscum publicae ditionis.

1) Von R. Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte (Leipzig 1889) S. 189. 204.

2) Dahn, Deutsche Geschichte I b. S. 483. 697.

Dass der Stat über die Wasserstrassen, d. h. die schiff- und flössbaren Flüsse, auch über die Seehäfen, wie über die Königsstrassen (viae publicae), Heerstrassen, verfügt, z. B. sie beliebig sperrt und bewacht[1]), das folgt nicht aus einem „idealen" (was soll das heissen?) Obereigenthum des Königs, sondern einmal aus der Gebietshoheit und Strassenpolizei, zum Theil aber auch aus einem keineswegs „idealen", sondern sehr wirklichen vollen Privat-Eigenthum des Fiscus wie an öffentlichen Sachen (res publicae = regiae = fiscalis s. oben S. 336), so an herrenlosem Boden, erworben Kraft des Bemächtigungsrechts der Krone an solchem.

Am Deutlichsten zeigt sich das Unrichtige jener Annahme bei der ganz verschiedenen rechtlichen Behandlung von Allmändewald und bisher herrenlosem Rodwald.

Eigenthum der Gemeinde an der Allmännde zu bestreiten, ist helllicht unmöglich: wer soll denn der Eigenthümer sein? Doch wahrlich nicht der König! Auch nicht „Obereigenthümer". Denn die Gemeinde, alleinhandelnd, räumt den Gemeindegenossen an der Allmännde Nutzungsrechte ein, ja sie verstattet Fremden, alleinhandelnd, Ansiedlung, Rodung, Nutzung von Allmändeland: beides ohne den König zu befragen. Und dabei soll dieser Eigenthümer oder „besser" Obereigenthümer sein? Gerade der Vergleich der Rechtsverhältnisse an bisher herrenlosem Rodwald und an Allmänndewald ist von schlagender Beweiskraft: das Rodland steht im Alleinigen- und Volleigenthum des Königs: daher ist hier jede Niederlassung, Nutzung, Rodung an königliche Genehmigung gebunden: die Allmännde steht im alleinigen und Voll-Eigenthum der Gemeinde, daher ist hier jede Niederlassung, Nutzung, Rodung nicht an königliche, nur an Gemeindegenehmigung gebunden.

Nicht vermöge Eigenthums oder auch nur „Obereigenthums", lediglich Kraft seiner damals weise angewandten Polizeihoheit kann der König andrerseits befehlen, Stücke des Allmändewaldes zu roden und auf zu theilen, ganz wie im State des aufgeklärten Absolutismus im vorigen Jahrhundert die Landesherrn in Deutschland Kraft einer damals unweise angewendeten Polizeihoheit („Culturpolizei") die Auftheilung und Rodung der Gemeindewälder befahlen, ohne doch Eigenthum oder — an den Allodialgütern — auch nur „Obereigenthum" zu haben.

Warum hatte die Gemeinde als solche — und nicht der König — Nutzungs- und Rodungsrechte an der Allmände? Ant-

17) Gregor. Turon. VI, 11; IX, 20. 32. Urgesch. III, S. 429. 445. 446.

wort: weil die Gemeinde Eigenthum an der Allmännde hatte [1]), und nicht der König.

Warum hatte nicht die Gemeinde, sondern der König solche Rechte an dem (bisher oder wieder) herrenlosen Oedland? Antwort: weil der König Eigenthum daran hatte, und nicht die Gemeinde.

2) Statsgut gleich Königsgut.

Es bestand keine Scheidung von Königs- und von Statsgut: hierin trafen übrigens die noch unentwickelten germanischen Auffassungen in allen diesen Reichen der Vandalen [2]), Ostgothen [3]), Burgunden [4]), Langobarden [5]), (anders nur — aus kirchenrechtlichen Einflüssen — Westgothen [6]) mit den im römischen Kaiserreich bestehenden Zuständen zusammen, welche ebenfalls das „aerarium Caesaris" und den „fiscus" des States nicht mehr unterschieden.

Daher wird von einem Vermächtniss, welches dem König persönlich (aus Dankbarkeit für frühere Schenkungen) zugewendet wird, gesagt, es sei bestimmt: „dem Reiche" [7]).

Kraft seiner Finanzhoheit verfügt der König unbeschränkt und unüberwacht über alle Statsmittel zu persönlichen wie statlichen Ausgaben. Nur ein rein Thatsächliches ist es, nicht Anerkennung eines Rechts der Franken oder der Grossen, erklärt einmal Fredigundis, sie habe Aussteuer und Mitgift ihrer Tochter aus ihrem Privatvermögen, nicht aus den Schätzen der früheren Könige oder des States bestritten [8]); auch Chilperichs persönliches Vermögen ist Statsgut, aber nicht das seiner Königin: daher kann, wie bei Gothen [9]), das Krongut wohl auch einmal bei der Jahresschatzung der Langobarden [10]) „Francorum aeraria" heissen: aber doch ist nicht das Volk Eigenthümer dieses Vermögens, es dient nur den Zwecken des Frankenreichs und auch den privaten des Franken-

1) Was Schröder a. a. O. mit Unrecht leugnet.

2) Dahn, die Könige der Germanen I (München 1861) S. 203 f.

3) Ebenda II (Würzburg 1866) S. 136.

4) Urgesch. IV (Berlin 1889) S. 115).

5) Ebenda S. 294.

6) Könige VI [2] (Leipzig 1885) S. 249.

7) Testamentum Bertchramni, Pardessus, Diplom. I p. 201.

8) Greg. Tur. VI, 45. Urgesch. III, S. 284 (non) quicquam hic de thesauris anteriorum regum . . nihil de thesauris publicis: beide sind auch hier gleichgestellt.

9) Könige VI [2] S. 249.

10) Fredig. c. 45. Urgesch. III, S. 607.

königs. Ganz ebenso hiess auch wohl das palatium des Königs palatium Francorum [1]).

Da nun also auch die königlichen Domänen, die villae und vici, wie die Burgen den Statszwecken dienen und dem fiscus publicus gehören, erklärt es sich durchaus, dass auch sie wie als regia so als publica bezeichnet werden: vicus publicus, civitas publica, palatium publicum, castrum publicum [2]), besonders häufig in Baiern [3]) und in späterer Zeit, aber doch auch sonst [4]).

Ganz andern Sinn hat es dagegen, wird einmal in Baiern im Unterschied von Siedelungen von Unfreien, die, Leute wie Land, im Eigenthum eines Privaten stehen, eine villa, ein vicus als publica, publicus bezeichnet: das drückt die Freiheit der Leute, ihr Volleigen am Land aus und dass ihr Grundeigen nur der Gebietshoheit des States unterstellt ist, keinem Privateigenthum, namentlich auch nicht [5]) dem Privateigen des Königs (oder Herzogs in Baiern) wie dessen Domanialgüter: villa publica = regia im ersten Sinn ist Privatgut des Königs, weil Statsgut, villa publica im zweiten ist Privatgut und des freien Unterthans.

Die privatrechtliche Auffassung des Statsvermögens zeigt sich deutlich auch darin, dass nutzbringende Hoheitsrechte der Krone, z. B. sogar die Gerichtshoheit, wie nutzbringendes Privateigenthum an einer villa, einem Walde betrachtet und veräussert werden: so übrigens auch im ganzen Mittelalter. Keineswegs aber folgt hieraus ein privatrechtliches Eigenthum, auch nur „Obereigenthum", an dem Statsgebiet als solchem: an diesem besteht nur statsrechtliche Gebietshoheit.

War also auch kein Unterschied zwischen Privateigen des Königs und fiscalischem des States, so kann man doch nicht sagen [6]), dass all dies Eigen „dem ganzen Geschlecht angehörte". Das Königsgeschlecht war nicht juristische Person und konnte daher kein Eigen haben: vielmehr hat der König allein, als natür-

1) Vit. St. Leodegarii c. 1. Acta Sanctor. ed. Bolland, 2. Oct. I p. 468 seq.

2) Karl Martell Diplom. p. 100, N. 1213.

3) S. diese in den Freisinger Urkunden.

4) Pippin Diplom. p. 164. 167 N. 1, 18. 22. C. Rhem. can. 15. ed. Mansi X p. 1202, in civitatibus et in vicis publicis und Aigrad von St. Wandrille, gest. vor 702, im Leben Sanct Ansberts von Rouen, gest. 695. Analecta Bollandina I, p. 178, c. 25 de vicis publicis; so heisst schon bei Jonas v. St. Columbani ed. Mabillon Acta Sanctorum ordinis St. Benedicti, Saeculum II, p. 28, c. 31. 32 eine villa regia villa publica.

5) Hierin muss man Waitz II b, S. 323 bestimmt widersprechen.

6) Mit Waitz II b S. 317.

liches Rechtssubject, Eigenthum an dem aus öffentlich rechtlichen wie aus privatrechtlichen Titeln herrührenden Vermögen der Krone wie seiner Person. Ein besonderes „folcland“ wie bei den Angelsachsen ist dem Frankenreiche fremd [1]).

Aber der Name fiscus für Statsgut, aus dem Römischen herübergenommen von Anfang an, — daher schon in der Lex Salica — ist hierfür beibehalten worden bis in die karolingische Zeit und wenn auch wegen der Auffassung alles Statsguts als Privateigen des Königs (wie freilich auch umgekehrt) die Folgen des römischen Begriffs der juristischen Person des Fiscus nicht streng durchgeführt werden, so fehlt es doch keineswegs an Einwirkungen dieses Begriffes und man kann also durchaus nicht behaupten [2]), jener römische Begriff und Ausdruck „trägt für die Auffassung nichts aus“: denn es fehlt nicht an Stellen, in welchen der Fiscus von dem Privatvermögen des Königs unterschieden wird — wenigstens der Bezeichnung nach [3]): daneben gab es doch auch andres Königsgut; meistens allerdings ist Fiscus Statsgut und königliches Privateigen zusammen [4]). Der Fiscus ist nicht eine gemeinschaftliche Casse der Franken [5]) und auch nicht regelmässig vom Königsgut zu scheiden [6]).

So entschieden nun also das Statsgut als privatrechtliches Eigen des Königs bezeichnet wird, — es gebricht doch nicht völlig an der Erkenntniss, dass das Krongut Statsgut sei, wie auch bei Westgothen wohl von dem thesaurus etc. *Gothorum* gesprochen wird. „Oeffentliches Gut“, „Fiscalisches“ wird in einem Athem mit Königsgut gebraucht und der Stat als vermögensrechtliches Rechtssubject heisst „Fiscus“: das ist römisch, und doch nicht blos das Wort, auch der Begriff. Dass es auch in altgermanischer Zeit Statsland wie Gemeindeland gab, ist zwar (nicht nur des angel-

1) Eine Scheidung von privatem Königsgut und Statsgut findet sich nicht nur bei Angelsachsen — Folkland —, auch bei Westgothen, Könige VI [2] S. 269.

2) Mit Waitz II b S. 320.

3) Diplom. N. l. quicquid est fisci nostri; 25 villam quam usque nunc fiscus noster tenuit.

4) Zahlreiche Belege bei Gregor V, 3 villas quas ei rex a fisco indulserat; X, 21 debitum fisco servitium; VI, 23 compositiones . . fisco debitas; Urgeschichte III, S. 168. 502. 259. Fredigar c. 27 Liber Historiae ed. Francorum c. 42, ed. Krusch l. c.; in den Urkunden, Diplom. N. 15. 23. 24. 28. 30. 38. 40. 67. 89 quod fiscus noster sperare potest, quod ad partes f. n. reddere debuerunt, quod f. n. consuevit exigere. Pardessus II p. 300.

5) So noch nach Aelteren Luden, Geschichte des teutschen Volkes, III (Gotha 1827) S. 259.

6) Wie Guérard Polyptychon Irminonis, Paris 1844 p. 48.

sächsischen Folclands wegen) anzunehmen, allein in den merowingischen Ausdrücken fiscus oder publicus liegt ausschliessend Nachwirkung, — Fortführung vielmehr — des Römischen, wie die gleich bedeutenden Ausdrücke sacer [1]), sacratissimus [2]) beweisen.

3) Der Schatz, thesaurus.

Zu dem Statsgut oder Königsgut zählt auch der Königshort oder Statsschatz [3]), der thesaurus. Andere Namen dafür sind aerarium, aerarium publicum [4]), [aerarium publicum braucht Gregor von Tours gleichbedeutend mit Fiscus [5]) und mit thesauri regales] [6]), sacellum publicum [7]): schon dies widerlegt die Scheidung [8]) zwischen Statsschatz und Königsschatz. Steht in publico (im Sinne von in fisco) allein, so ist wohl zu ergänzen: aerario [9]). Zweifelhaft dagegen erscheint, ob [10]) ein Eingebannter, der „de publico" zu Angers zu ernähren ist, dem Aerar der Stadt oder dem des States überwiesen wird.

Zwar wird manchmal das Wort thesaurus in so weitem Sinne gebraucht, dass es alle Fahrhabe des Königs einschliesst [11]): aber nicht selten sind andrerseits die Stellen, in welchen eine örtlich bestimmte Anhäufung von Geld, Waffen, Schmuck, Geräth des Königs — etwa in der Hauptstadt des Reiches oder in einem palatium anderwärts — gemeint ist. Auf Räume der Aufbewahrung weisen Ausdrücke wie *regestum* [12]), *cellarium* fisci [13]). Hier liegen

---

1) Pardessus II p. 211. 255. 333. Form. Marc. II 1. 8.

2) Diplom. (Grimoald. I) p. 91.

3) S. über denselben bei Vandalen, Ost- und West-Gothen Könige I, S. 209; III, S. 138; VI² S. 268.

4) Greg. Tur. VIII, 36; IX, 9. 10. Gesta Dagoberti ed. Krusch l. c. c. 19; Urgesch. III, S. 389. 413.

5) Vgl. VI, 28 mit VIII, 36, S. 264; Urgesch. S. 264, S. 389.

6) Diplomata N. 67. 74 = fisci ditiones = nostris aerariis in derselben Urkunde.

7) X, 19 Urgesch. S. 421.

8) Digots, Histoire du royaume d'Austrasie, Paris 1864. III, p. 37.

9) Chlothacharii Edictum, Capitularia ed. Boretius c. 23 cellarensis in publico non exigatur. Greg. Tur. de glor. Confessor. c. 63 (tributa) . . reddantur in publico (oben S. 256).

10) Greg. Tur. V, 41; Urgesch. III, S. 214.

11) So Waitz II b S. 321.

12) Greg. Tur. IX, 10; X, 19; Urgesch. III, S. 413. 499. Du Cange, glossarium mediae et infimae latinitatis ed. Favre VII (Niort 1886), so in aerarii publici registu Greg. Tur. IX, 9; Urgesch. III, S. 411 f.

13) Diplomata N. 61.

auch die Steuer-Listen[1]): aber Urkunden wurden in dem königlichen thesaurus doch wohl nur dann aufbewahrt, wenn sie, wie eben ein Steuerbuch, sich unmittelbar auf Statseinnahmen bezogen[2]). Thesaurus wird aber auch im weitern Sinne, gleich fiscus, gebraucht: so fliesst auch die Grundsteuer in den thesaurus[3]). In diesen allgemeinen Schatz strömen alle Einnahmen, in Geld oder in Naturalien, aus allen Rechtsgründen, Zinse von ausgeliehenen Gütern, Friedensgelder, Banngelder, Kaufpreise, Schatzung unterworfner Völker, byzantinische, langobardische Hilfsgelder, Beuteantheile; aber in den „thesaurus regis", der in der „aula regis" liegt, fliessen auch alle Steuern, so der gesammte „census", eines Gaues[4]).

Ganz die gleiche wichtige Rolle wie in den übrigen Germanenreichen dieser Zeit spielt auch bei den Merowingen der Königshort, dieser Schatz, thesaurus. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, dass er wie das Reich selbst vererbt, getheilt, erobert, übertragen, verloren wird. Nicht geringer als des Reiches selbst ist seine Wichtigkeit: begreiflich, denn neben der Landleihe war die Spendung aus dem Schatz das wichtigste Regierungsmittel im Inneren und nach Aussen: in Belohnung, Anfeuerung, Bestechung, Gewinnung von Verbündeten. Gleich nach Chlothachars I. Tod reisst Chilperich „des Vaters Schätze, die zu Brennacum gehäuft lagen", an sich, sucht die mächtigeren Franken auf und unterwirft sie seiner Herrschaft, „durch Geschenke sie gewinnend"[5]).

Schon der Sohn und Mörder Sigiberts von Köln lässt Chlodovech wissen: „des Vaters Reich und Hort hab' ich in Händen" — beide gewinnt dann Chlodovech[6]); ebenso die der andern Gaukönige[7]). Beim Tode Childiberts I. nimmt dessen Reich und Schätze Chlothachar I.[8]). Nahezu formelhaft wird dies wiederholt: so von Guntchramn, der das „ganze Reich Charibert' I. „mit dessen Schätzen" in Anspruch nimmt[9]). Gleichermassen wie Gre-

1) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441; in regis *thesauro* (in tessauro nostro Diplomata N. 67 liegt eine Urkunde) gleichbedeutend auch hierin regestum: scripta in regestum Chilperici reperta Greg. Tur. X, 19; Urgesch. III S. 499.

2) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 444.

3) Concilium Arvernense ed. Bouquet. Recueil des historiens des Gaules et de la France (Paris 1738 seq.) IV, p. 58.

4) Audoen v. St. Eligii I, 3.

5) Greg. Tur. IV. 22; Urgesch. III, S. 123.

6) Greg. Tur. II, 40; Urgesch. III, S. 66.

7) II, 41. 42; Urgesch. III, S. 67.

8) IV. 20; Urgesch. IIII, S. 121.

9) VII, 6; Urgesch. III, S. 296.

gar nennt auch Fredigar ganz regelmäßig das „Reich der Franken“ (oder Chlothachars II. oder Charibert II.) und dessen „Schätze“ zusammen[1]: so nehmen in den letzten beiden Stellen noch Pippin II. und Karl der Hammer mit der Person der Könige Theuderich III. und Chilperich II. zugleich deren Schätze in ihre Gewalt. Ja die Schätze werden noch vor dem Reiche genannt[2]. Bei der Theilung des Reiches, bei der Beerbung des Vaters verlangt ein Bruder auch den entsprechenden Theil des Schatzes: der Gesammtschatz (Dagoberts) wird Vertretern der beiden Theilreiche vorgewiesen und zu gleichen Theilen vertheilt, (nur von der Errungenschaft Dagoberts, nicht auch an dem von ihm vorgefundenen Schatz erhält die Königin-Wittwe Nantchild ein Drittel[3]) — obwohl Dagobert Sigibert bei dessen Erhebung zum König von Austrasien einen „genügenden“ Schatz zugetheilt hatte[4]). Die Königin besass ihren besonderen Schatz: Fredigundis hatte einen so gewaltigen angesammelt, dass Chilperich fast bedenklich ward[5]), ja sogar für jeden ihrer kleinen Knaben hatte sie bereits vor deren frühem Tode je einen Schatz angelegt[6]); selbstverständlich wird das Wort „thesaurus“ auch für die Schätze von Unterthanen gebraucht[7]). Der Schatz besteht aus gemünztem Gold und Silber[8]), dann aus Schmuck und Geräth aller Art, kostbaren Steinen[9]), Halsketten[10]): aber auch Waffen, Wagen, edle Rosse gehören dazu[11]).

---

1) C. 42. 57. 67. 100. 107.

2) Liber Hist. Franc. ed. Krusch c. 38 von Brunichildis.

3) So ist doch das de quod D. *adquisierat* zu verstehen, Fredig. c. 85.

4) C. 75.

5) Greg. Tur. vgl. IV, 28; VI, 45; Urgesch. III, S. 133. 285.

6) Greg. Tur. IV. 35; Urgesch. III, S. 140.

7) Greg. Tur. VII, 40; IX, 9; Urgesch. III, S. 338. 409; Fred. c. 4.

8) Daran ist Greg. VI, 75; Urgesch. III, S. 285 zu denken wegen des darauf folgenden Schmuckes, der offenbar auch aus Gold oder Silber bestand.

9) Greg. Tur. V, 34; Urgesch. III, S. 209.

10) Ebenda; über Schmuck und kostbare Gewande der Königin Venantius Fortun. V, 67 vita Sanctae Radeg. Monum. Germ. histor. auctorum antiquissimorum IV, 2. ed. Krusch (Hannover 1885) c. 13.

11) Fredig. IV, c. 60 cupiditates instincto super rebus ecclesiarum et leudibus sagace desiderio vellit omnibus undique exspoliis novos inplere thinsauros. Hier weist Waitz II b S. 332 mit Fug die Abschwächungen Pauls von Roth Geschichte des Beneficialwesens (Erlangen 1850) S. 320 zurück, der nur an Edelmetalle oder einzelne Prachtstücke denkt.

II. Von einzelnen Steuern.

1. Allgemeines.

a) Das vorgefundene und beibehaltene Römische.

Das gesammte römische Steuerwesen (Grundsteuer, Kopfsteuer, Gewerbesteuer, Zölle, Wege-, Brücken-Geld) bestand auch nach der fränkischen Eroberung zunächst in ganz Gallien unverändert fort: dies ist die Regel: dies muss in allen Fällen vorausgesetzt, das Gegentheil als Ausnahme bewiesen werden. Auch alle römischen Einrichtungen, welche jenem Zwecke dienten — Aemter, Steuerlisten — bestanden zunächst und regelmässig fort: daher z. B. auch die schon von römischen Imperatoren verliehenen Steuerbefreiungen [1]) oder Umwandelungen, z. B. von Naturalabgaben in Geld für Clermont-Ferrand, die von Maximus (a. 383—388) gewährt und offenbar noch zu Gregors Zeit eingehalten wurden [2]).

Mit Unrecht bestreitet man [3]) die Fortdauer der römischen Einrichtungen auf diesem Gebiet: nicht nur die alten Namen: Exactor, polyptychon, discutere, auch die alten Dinge sind im Wesentlichen erhalten: die neuen — vulgärlateinischen — Namen (capitulare, descriptores) sind nur eben in den „classisch" lateinischen römischen Quellen nicht gebraucht: dem Leben waren sie gewiss nicht fremd gewesen. Richtig ist nur: die alten in römischer Zeit fest geregelten und nach Bedürfniss erneuten Einrichtungen geriethen jetzt vielfach in Unklarheit und, nach Veraltung wegen versäumter Nachbesserung und Richtigerhaltung, griff wohl oft Willkür gewaltthätig zu: das Steuerwesen war römisch geblieben, auch mit seinen alten römischen Schäden: — nur die Zerrüttung und Unsicherheit, die einrissen, waren Folgen der fränkischen Eroberung.

Daher berufen sich die Könige bei Erhebung der Steuern

---

1) Eine von Kaiser Leo Lyon im Umkreise von 8 Meilen gewährte bestand noch zu Gregors Tagen (590), Greg. Tur. gloria confessorum c. 63 ed. Krusch: tributum in tertio circa muros miliario populis cede, bittet Sanct Helias . . (Leo) tributum petitum civitati concedit unde usque hodie circa muros urbis illius in tertio milliario non redduntur in publico. Die Ueberlieferung, wenngleich Kirchensage, zeigt, was man für möglich hielt.

2) Greg. Tur. vitae Patrum 1 p. 669 ed. Krusch: ut Arverna civitas quae tributa in specie triticea ac vinaria dependebat, in auro dissolveret, quia cum gravi labore poenu inferebantur imperiali.

3) Vor Allen Waitz II b S. 270.

stets auf das Gewohnheitsrecht[1]), „sie verlangen die Steuern wie zu Zeiten der früheren Könige", sie versprechen das Herkömmliche an Steuern nicht zu erhöhen, was selbstverständlich gelegentliche Berichtigungen der veralteten Anschläge, auch wohl Steigerungen nicht ausschliesst.

Daher bleiben auch die römischen Namen: tributum[2]), census[3]), exactio[4]), functio[5]), functio tributoria[6]), wörtlich aus dem Römischen beibehalten wie im Ostgothenreich[7]): functio et actio[8]), redhibitio[9]): functio heisst zwar wörtlich „Leistung", also „Arbeit", wird aber auch ebenso oft von Abgaben in Geld oder Früchten gebraucht[10]).

polyptycum (πολύπτυχον)[11]) steht schon in dem Codex Theodosianus für Steuerlisten[12]), ebenso im Ostgothen-[13]) und im Westgothen-Reich[14]). Auch die Zinslisten von Privaten hiessen so: zum Beispiel das „polyptychon Irminonis" für St. Germain-des-près. Ob die neben den beibehaltnen zweifellos römischen neu auftauchenden Arten von Wege-Geldern und dergleichen uns sonst nicht überlieferte römische oder neue merowingische Einrichtungen sind, ist oft zweifelig (S. unten 373).

Nach beibehaltner römischer Weise wurden die Steuern am

---

1) Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441.

2) Greg. Tur. VII, 23; VIII, 15; Urgeschichte III, S. 316. 358. Gloria Martyrum ed. Krusch l. c. c. 44.

3) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441; vita Sancti Aridii (Bischof von Saint Yrieix, gestorben 581; ed. Bolland. Acta Sanctorum 25. August, V, p. 178 (vgl. p. 182 seq.) c. 12 Audoen, vita St. Eligii l. c. I, 15. 32. Concilium Rhemense ed. Mansi l. c. canon 7.

4) Vita Sanctae Balthildis, gestorben um 680, ed. Krusch l. c. c. 6.

5) Greg. Tur. V, 20. 29; Urgesch. III, S. 197. 208.

6) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441. Pardessus, Diplomata I, p. 86. 94. 109.

7) Cassiodorius Variarum libri ed. Accursius Aug. Vindelicor. 1533 III, 40, Könige III, S. 139.

8) Formulae Marculfi II, 1.

9) Diplomata N. 31. 38. 40.

10) Greg. Tur. V, 28; Urgesch. III, S. 203 von Rebland eine Amphora Wein, aber auch von andern Ländereien und von Unfreien viele andere „functionis" (sic); ebenso Concilium Claromontanum ed. Bouquet l. c. IV, p. 58 consuetudinariam (inferre) functionem.

11) Formulae Marculfi I, 19 (publicum p.).

12) C. 2, Cod. 11, 26; c. 13 l. c. 11, 28 de indulgentia debitorum.

13) Cassiod. Var. V, 14. 39; Könige III, S. 40 f.

14) Lex Visigothorum ed. Acad. Española, Madrid 1815, XII, 2. 13; Könige VI[2] S. 254.

1. März ausgeschrieben[1]), der Vorschrift nach jährlich: das ward aber offenbar nicht eingehalten, sonst hätten die Steuerlisten nicht so oft völlig veralten und den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen können[2]).

Mit dem fränkischen Märzfeld hat jene Fristbestimmung nichts zu schaffen: die Steuer ward eben wie bei den Römern 6 Monate vor der Fälligkeit (1. September) ausgeschrieben.

Aber auch die Meinung[3]) ist unbegründet, die römischen Steuern seien im Frankenreich in private Leistungen einzelner Unterthanen übergegangen: das ist für die merowingische und auch noch für die karolingische Zeit unrichtig[4]).

Gegen die öffentlichrechtliche Art der Steuer beweist es durchaus nicht[5]), dass der König einem Privaten verstattet, sie in einem diesem geschenkten Krongut von den bisher Steuerpflichtigen nach wie vor zu erheben[6]): — das ist einfach die positive Wirkung der Immunität. Da der König über Statseinnahmen auch zu seinen privaten Zwecken verfügt, kann er das Besteuerungsrecht des States einem Privaten, z. B. einem Bisthum oder Kloster oder der Königin, abtreten und diesem hat fortab der Steuerpflichtige den Steuerbetrag zu entrichten, aber nun ist er nicht mehr Steuer, sondern privater Zins, ganz ebenso wie wenn der König den privaten Zins von einem Krongut einem andern Privaten abtritt[7]).

Der König konnte nun aber seine Steuerforderung (Grund-, Kopfsteuer, andere Leistungen) gegen freie Unterthanen an Geistliche oder weltliche Grosse abtreten: auch an Heilige, d. h. Bisthümer, Klöster, Kirchen. Dies war so, scharf gedacht, das Rechtsverhältniss; da nun aber nicht mehr der Stat, sondern ein Privater der Empfänger der Schatzung war, erschien — freilich wider alle

1) Greg. Tur. V, 4: im Jahre 579 schickt sich ein Königsbote an, die Bürger von Poitiers am 1. März heimzusuchen und zu schädigen, wohl durch Strafen für Steuerrückstände. V, 28; Urgesch. III, S. 203: im Jahre 576 rottet sich das Volk von Limoges am 1. März zusammen, den Steuerausschreiber zu erschlagen.

2) Greg. Tur. IX, 30; X, 7 per longum tempus et succedentum generationes; Urgesch. III, S. 441. 473.

3) Französischer Forscher: Waitz II b S. 271 räumt ihr noch zuviel ein.

4) Anders wohl im französischen Mittelalter seit c. 900. — Allerdings bemerkt Waitz a. a. O. mit Recht, die Bezeichnung des tributum etc. als „publicum" beweise nichts, da Alles, was dem König zugehört, also genannt wird.

5) Wie Waitz II b S. 272 meint.

6) Audoen. v. St. Eligii I, 15.

7) Wie in der Urkunde für Le Mans, Dipl. N. 67 (von a. 667) p. 184: dass sie falsch, steht hiefür nicht im Wege.

Rechtsvernunft! — der Schatzende mehr als vor solcher Abtretung in seiner Freiheit gemindert: der Grundsteuerpflichtige erschien nun einem privaten Land-Leihe-Nehmer und daher Zinspflichtigen gleich[1]). So hatte König Pippin Sanct Gallen geschenkt den census, den gewisse liberi homines dem fiscus entrichtet hatten[2]).

Rechtlich, zumal privatrechtlich betrachtet lag aber in solcher Abtretung der Steuerforderung durch den König nichts andres als in der Abtretung eines privatrechtlichen Landzinses des Landempfängers durch den Landleiher an einen anderen Privaten, eine Kirche oder andere Personen. So der Vater des Alamannenherzogs Liutfrid an das Kloster Weissenburg[3]).

Die gesammte Steuer (census) eines Gaues (z.B. von Limoges) soll dem König auf einmal in den thesaurus gesendet werden: es war üblich[4]), den Betrag in „schönen, neu geprägten, reinen und rothen Stücken" an die aula des Königs zu schicken.

Manchmal ward aber durch Vertrag mit dem Fiscus für einen bestimmten Steuerbezirk statt der wechselnden Einschätzung ein fester Abschlagsbetrag der Steuer vereinbart, der dann eingesendet ward an den König ohne Verrichtungen der descriptores und exactores: das hiess remissaria (sc. pecunia). So von dem Kloster von Angers[5]) und wahrscheinlich auch von der Kirche von Le Mans[6]). Steuerverzug hatte Einziehung oder doch Pfändung und Versilberung des pflichtigen Grundstücks zur Folge: so erfahren wir von den dem State grundsteuerpflichtigen Ländereien der Kirche von Arvern, welche von Hintersassen bebaut waren; Childibert II. versprach hierin Schonung[7]).

Noch immer sind wie zu römischer Zeit die Steuereinnehmer

---

1) Childerich's II. (a. 673) Diplom. N. 30 homines illos . . quantum cuique . . ad parti fisco nostro retebant (= reddebant, nicht retenebant wie K. Pertz) tam freda quam reliquas funciones . . abbate ad monasterialo . . . Confluentis visi fuuiius concessisse.

2) Codex diplomaticus Sangellensis ed. Wartmann Traditiones Sangallenses N. 312.

3) Traditiones Wizenburgenses ed. Zeuss (Spirae 1842) N. 12.

4) Juxta ritum: Audoen. v. St. Eligii I, 2. 15

5) Neben den solidi inferendalis Dipl. N. 74 p. 65 sex sol. de remissaria auri pagensis . . per abbatem ipsum aut per missos suos annis singulis in sacellum publicum.

6) Dipl. N. 85 p. 199 (200 sol. inferendales und) 200 alios auro pagenses . . ad fiscum . . de villa . . curtis . . ecclesiis monasteriis . . in sacello publico . . ipsi pontificis aut per missos suos . . debeant reddere.

7) S. die eingehende Auslegung der Stelle Greg. Tur. X, 7 in Urgesch. III, S. 473.

(exactores) für die (Grund-)Steuerausfälle haftbar und erleiden daher durch Zersplitterung des Grundeigens und Verschwinden desselben in neue nicht bekannte und nicht verfolgbare Hände starke Verluste: Childibert befreite sie für Arvern von dieser Gefahr [1]).

Diese Verpflichtung erklärt es, auch ohne Annahme von Steuerpacht, dass ein Graf und ein Vicar, um die fällige Steuerschuld von ihrem Gau rechtzeitig zahlen zu können, sich von einem Juden Geld leihen [2]).

Auch für Steuer- wie für Verwaltungszwecke ist das Reich gegliedert in civitates [3]) und deren Gebiete: nach Städten werden die neuen Steuerlisten angelegt [4]). „Einmal wurden den Einwohnern Steuern und Abgaben (tributa vel census) von den Königen ausgeschrieben, diese Verpflichtung ward auf alle Städte Galliens sehr sorgfältig angewandt“ [5]).

b) Steuerlisten.

Zunächst waren die vorgefundenen römischen Steuerlisten beibehalten, die Steuern von Römern und Franken nach jenen alten Anschlägen erhoben worden. Sie werden immer vorausgesetzt und oft genannt. Der Graf (Gaiso von Tours) heischt auf Grund der alten Steuerlisten die Steuern [6]). Die Steuerlisten heissen discriptiones, libri discriptionum [7]), discribere urbem hiess eine Stadt (neu) zur Besteuerung einschätzen [8]). Andere Namen der libri discriptionum [9]) sind capitulare, capitularium, wohl, weil

1) Greg. Tur. X, 7; Urgesch. III, S. 473.

2) Greg. Tur. VII, 23; Urgesch. III, S. 316.

3) Ueber die Erhebung der Grund- und andern Steuern nach Städten und Stadtgebieten Greg. Tur. V, 26; Urgesch. III, S. 203, tributa vel omnia quae inde (von der civitas Venetorum, Vannes) debebantur annis singulis VI, 22, Urgesch. III, S. 258; X, 7 S. 473 cuncta . . urbium tributa in . . urbe Arverna Childiberthus rex omnem tributum tam ecclesiis quam monasteriis concessit; einmal schickt der König seine discriptores in Pectavo, was Stadt und Landschaft von Poitiers bedeutet, Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441; ebenda nach Tours.

4) Greg. Tur. V, 34; Urgesch. III, S. 209 libros (descriptionum) qui de civitatibus suis (d. h. Fredigundens) venerant; daher discribere urbem IX, 30 l. c. Urgesch. III, S. 441.

5) V. St. Aridii Bouquet l. c. III, p. 413.

6) Greg. Tur. IX, 30 coepit exegere tributa; Urgesch. III, S. 441.

7) Greg. Tur. V, 28, 44; Urgesch. III, S. 203. 209, v. St. Aridii Bouq. III, p. 413 libros ipsos quibus inscriptus pro gravi censu populus . . tenebatur afflictus.

8) Greg. Tur. IX, 30 discriptam urbem Thoronicam Chlotari regis tempore manifestum est librique illi ad regis praesentiam abierunt.

9) Greg. Tur. V, 28. 34; IX, 30; Urgesch. III, S. 441.

sie in Abschnitte gegliedert waren[1]); aber auch jede kleine Schrift mochte so heissen[2]).

Die Urschrift der Steuerlisten ward als Grundlage fiscalischer Einnahmen in dem königlichen Schatz verwahrt[3]), wo vermuthlich schon damals eine besondere Archivabtheilung bestand, in welcher, wie in den Kirchen- und Kloster-Archiven, auch die Listen der Zinse und Frohnden für die an Hintersassen ausgeliehenen Krongüter verwahrt werden mochten. Abschriften lagen in den Archiven der Grafen und Vicare.

Unter Childibert II. beruft man sich für die Steuerpflicht von Tours auf die Aufzeichnungen (liber, capitularium) der Steuerbeträge, wie sie zur Zeit der früheren Könige entrichtet wurden[4]). Auf Gesetz und Gewohnheit beruht die Steuerpflicht, neue Auflagen — die selbstverständlich gelegentlich auch verfügt wurden — verspricht ein König einmal, nicht einzuführen.

Selbstverständlich entsprachen sie nach Ablauf von Jahrhunderten oft nicht mehr der Wirklichkeit: der Werth mochte gestiegen sein, Steuerbefreiungen waren oft nicht eingetragen, ebenso oft nicht das Erlöschen von solchen z. B. durch Uebergang von Kirchengütern in weltliche, von königlichen in private Hand; zumal in den Listen der Kopfsteuerpflichtigen mochten längst Verstorbene noch fortgeführt, dagegen neue Steuerpflichtige nicht eingetragen sein. So war es nicht blos Habsucht — mochte auch diese bei dem Gatten Fredigundens mitwirken —, war vollberechtigter Eifer für die Wohlfahrt des States, d. h. hier für die begründeten Ansprüche der Statscasse und für gerechte Vertheilung der Statslasten, wenn Chilperich eine gründliche Prüfung und in vielen Fällen eine Neuerung, Ergänzung, Aenderung der alten Steuerlisten vornehmen liess[5]). Begreiflicherweise bezweckte die Steuererneuerung meist eine Steuervermehrung durch Heranziehung bisher Uebergangener, wohl auch durch Erhöhung des bisherigen Steuersatzes: z. B. von Weinbergen je eine Amphora Wein von einer Aripennis Rebland, dann von andrem Bauland und von Unfreien[6]).

---

1) Greg. Tur. IX, 30.

2) Du Cange II, p. 139.

3) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441 thesaurus regis.

4) Greg. Tur, IX, 30; Urgesch. III, S. 443.

5) Nicht Einführung unerhörter, neuer Arten von Lasten wie Mably, observations sur l'histoire de France (Kehl 1788) I, p. 287; descriptiones novae sind nicht: „descriptions qui etaient une nouveauté.

6) Greg. Tur. V, 28; Urgesch. III, S. 203.

Verwirrung, Uneinbringbarkeit der Grundsteuer musste entstehen durch Unterlassung der Erneuerung der Steuerlisten: die in den alten Listen eingetragnen Eigenthümer waren gestorben, die Güter durch mehrere Hände, ja durch wechselnde Geschlechter gegangen, die dermaligen Rechts- und Pflichten-Nachfolger, zumal bei Theilungen, schwer oder gar nicht nachzuweisen [1]). Da fordert denn wohl der Bischof auf, neue Steuerlisten anzufertigen, weil die veralteten, unrichtig geworden, zu schwere Lasten Wittwen und Waisen und anderen Schwachen aufbürden [2]).

c) Steuerbefreiungen.

Mittellose, zumal auch arme Wittwen und Waisen, blieben nach überkommener römischer Einrichtung von Kopf- und andrer Steuer frei [3]). Wittwen, Waisen, Schwache (debiles) d. h. an Mitteln Arme und Unkräftige (infirmi) waren zu Unrecht belastet worden durch den Wegfall, z. B. den Tod Steuer-Kräftiger: sie werden nun befreit [4]).

Zu den vorgefundenen römischen Steuerbefreiungen traten alsbald zahlreiche neu von den Königen verliehene: an Städte: so verzichtete Chlothachar I. auf die Besteuerung von Tours — der Stadt [5]).

Aber allgemeine Befreiung der Bisthumskirchen, anderer Kirchen und der einzelnen Geistlichen von der Grundsteuer bestand so wenig, dass die Steuer vielmehr als gewohnheitsrechtliche Leistung vorausgesetzt wird [6]): — soll diese Regel nicht eintreten, bedarf es besonderer Freiung durch den König, welche freilich gar häufig gewährt wurde, aber manchmal nur für die Rückstände der Steuern, während diese selbst, wenn auch glimpflicher, auch später noch eingetrieben wurden. So für Arvern [7]).

Andrerseits beruft sich ein Bischof auf die unter seinem Vorgänger bestandene Steuerfreiheit der Bürger: der König will die er früher nicht zu Steuerpflichtigen hatte, auch jetzt nicht bela-

1) Greg. Tur. IX, 30; X, 7; Urgesch. III, S. 441. 473.

2) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441.

3) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441.

4) Nach Venantius Fortunatus, opera poetica. Mon. Germ. hist. Auctor. antiquiss. IV, 1 ed. Leo carminum X, 11 p. 246 sollen die descriptores die inopes, egentes erleichtern.

5) Ueber Chlothachars Verheissungen betreffs der Steuererleichterung v. Roth, Beneficialwesen S. 88 f. 90 f.

6) Concilium Arvernense ed. Bouquet IV, p. 158.

7) Greg. Tur. X, 7; Urgesch. III, S. 473 (a. 590).

sten „und wirklich wagt fortab keiner der königlichen Münzer mehr, die Stadt Bourges mit solchen Steuern zu belasten“ [1]).

Bischof Euphronius von Tours schützt nicht nur seine Kirchen, die ganze Bevölkerung der Stadt und ihres Gebietes gegen Wiedereinführung erlassener Besteuerung [2]).

Einmal verbrennt ein König in scheuer Ehrfurcht vor Sanct Martin das Steuerbuch von Tours: aber „böse Menschen“ bewahren heimlich eine Abschrift auf, die später geltend gemacht wird [3]).

Childibert II. erliess in Clermont-Ferrand die Rückstände der Steuer den Kirchen, Klöstern, Geistlichen und kirchlichen Grundholden, d. h. den bäuerlichen Grundholden der Kirchen [4]): denn „officium“ bedeutet hier bereits wie zweifellos später [5]) ein kirchliches Dienstgut, wahrscheinlich ausgeliehen zu Besitz, Verwaltung und Niessbrauch, zur Belohnung für eine der Kirche zu leistende amtliche Verrichtung („officium“). Das folgende „possessio“ und „excolere“ beweist, dass nicht an ein Kirchenamt zu denken ist, das doch weder dem Fiscus steuerschuldig sein noch wegen Zahlungsrückstand verwirkt werden, noch „im Wechsel der Geschlechter vererbt, noch in Theile gestückelt werden“ kann: es sind Vorläufer der späteren Amtslehen: der villicus, forestarius etc. der Kirche erhielt für seine Dienste solche Leihgüter: er zahlte, ausser dem census an die Kirche, für diese die Grundsteuer an den Stat (später die Rustical- im Unterschied von der Dominical-Steuer). Gerieth er in Steuerverzug, so dass der fiscalische exactor einschritt, so zog die Kirche wegen solcher Saumsal das Gut ein (revocare), nicht der Stat, der es ja nicht gegeben hatte. Das erklärt, dass die exactores diese Steuer nicht mehr zusammenbringen können, wenn die Güter, die ja thatsächlich längst erblich geworden, im Wechsel der Geschlechter auf viele Erben zersplittert übergegangen waren. Childibert befiehlt, wegen dieser Rückstände sollen die kirchlichen Grundholden nicht mehr abgemeiert werden.

Bei königlichen Landschenkungen bestand die Steuerfreiheit des bisherigen Krongutes regelmässig fort: dies ist ja gerade der

---

1) Vita Sancti Austrigiseli, (Bischof von Bourges, gest. 624) ed. Bolland. A. S. 20 Mai V, p. 229, vgl. VII, p. 820, c. 2. 3.

2) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 442.

3) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 444.

4) Greg. Tur. X, 7; Urgesch. III, S. 478 quicumque ecclesiae officium excolebat . . ita emendavit ut . . . quod super hoc (d. h. de his fundis) fisco debetur, nec exactore (l. exactorem) damna percuterent nec ecclesiae cultorem tarditas de officio aliqua revocaret.

5) Du Cange hat nur jüngere Belege.

Ursprung der späteren Immunität in ihrem älteren verneinenden Bestandtheil. Daher erklärt sich[1]), dass in den Immunitätsurkunden die Befreiung von der Grundsteuer nicht ausdrücklich zugesichert wird: diese verstand sich ja bei Königsschenkungen von bisher steuerfreiem Lande von selbst: und alsbald tritt das bejahende Recht des Beschenkten hinzu, von den Einwohnern an des Königs Statt solche Leistungen für sich zu erheben. Ausdrückliche Belastung der verschenkten bisher steuerfreien Güter ist nirgend bezeugt. Dagegen bei Beneficien und andern Formen der Landleihe versteht sich die Steuerfreiheit keineswegs von selbst, muss vielmehr ausdrücklich verliehen werden.

d) Steuerdruck.

Schwer lastete seit Jahrhunderten schon der Druck des römischen Steuer-Systems auf den Provincialen: die Grundsätze desselben an sich waren vielfach schädlich: und nun trat zu dem gesetzlichen Gebrauch jener ungeheuerliche Missbrauch, der, wie die gleichzeitigen Quellen bezeugen, die Steuerpflichtigen zum wirthschaftlichen Untergang, zur Verzweiflung, zur Flucht zu den Germanen trieb, bei denen man diese Plage nicht antraf, von deren sieghaftem Eindringen man die Erlösung von diesem wie von so manchem andern schweren Schaden im römischen Statswesen geradezu ersehnte und erhoffte[2]). Und wirklich stellten einsichtige Germanenkönige wohlwollend gar manche jener vorgefundnen Missbräuche ab[3]). Allein da selbstverständlich die Römer als Steuerbeamte nicht entbehrt werden konnten, wurden jene Missbräuche nicht mit der Wurzel ausgerissen: — sie kehrten bald wieder: — und zur Aenderung des ganzen Systems fehlte es den Germanen an Einsicht: Abschaffung der römischen Steuern, Einführung der germanischen Steuerfreiheit in den neuen Mischreichen aber war ausgeschlossen durch den Fortbestand der allermeisten bisherigen Ausgaben des römischen States: ja, das Bedürfniss des States, keineswegs nur die Habgier der Könige, forderte, dass die bisherige Steuerfreiheit der Germanen aufhörte, dass die Steuerpflicht auch auf sie übertragen ward, die ja nun ebenso gut wie die Römer die Vortheile der reicheren Statseinrichtungen genossen: die Provincialen allein die Lasten tragen zu lassen wäre nicht nur unbillig, — unmöglich wäre es gewesen: sollten z. B. alle die

1) Dies gegen Lezardière, Théorie des loix politiques, Paris 1841, III, p. 290.
2) S. Dahn, Prokopius von Caesarea, Berlin 1865, S. 286.
3) So Theoderich der Grosse, Könige III, S. 136 f.

Grundstücke, welche von Germanen erworben worden waren, nicht mehr Grundsteuer entrichten?

Es bestanden daher wie in den gothischen und andern Reichen auch im Merowingenstat die römischen Steuern in Gallien im Ganzen und Grossen regelmässig nicht nur fort, sie wurden, obzwar nicht ohne heftigen Widerstand, auch auf die Franken ausgedehnt[1]).

Unter allen kräftigen Regierungen wird über Steuerdruck geklagt (zumal von den Kirchen und Geistlichen): so unter Chilperich, und in der späteren Zeit unter Childibert II. und Dagobert I[2]), unter Protadius, Ebroin, dann Karl Martell[3]): sehr begreiflich, da die Krone bei dem sie verderblich aussaugenden Landleihe-System neuer Mittel dringend bedurfte.

Die Abneigung der Germanen gegen die Steuergewalt des States ergriff auch die doch so lange schon daran gewöhnten Provincialen: auch sie — und zwar nicht nur die Geistlichen — erblicken in jeder neuen Steuer eine „ungewohnte Vergewaltigung" einen abscheulichen Zins, inconsueta violentia, eine ruchlose, (impia, nefanda) Heischung[4]).

Manche Steuerpflichtige gaben lieber ihren Grundbesitz auf, als dass sie die neuen Steuern entrichtet hätten, zu Limoges verbrannte das Volk in hellem Aufruhr die neuen Steuerlisten[5]). Fredigundis sieht in abergläubischer Gewissensangst in dem Tod ihrer Kinder die Strafe für den verschärften Steuerdruck zumal gegenüber den Kirchen und setzt den Verzicht ihres Gatten auf die Steuerverschärfung durch, die eigenhändige Verbrennung der aus den Städten eingelaufnen neuen Listen und das Verbot weiterer „discriptiones" durch ausserordentliche Sendboten[6]).

---

1) Dies ist schon von Dubos, histoire critique de l'établissement de la monarchie française, Paris 1742, VI, c. 14, III. p. 562 f. ausgeführt und gegen Montesquieux esprit des lois, Paris 1788, 4, I Bestreitung vertheidigt worden von zahlreichen Franzosen und Deutschen (wie Schäffner, Französische Rechtsgeschichte II. Auflage, Frankfurt am Main 1859, I, S. 191).

2) Dass dieser die Statssteuer in private Zinse umgestaltet habe, behauptet Laferrière, histoire du droit civil de Rome et du droit Français (Paris 1847), III, S. 324.

3) Urgesch. III, S. 204. 563. 625. 693 f. 827 f.

4) V. St. Anstrigiseli c. 1 (Bischof von Bourges, gest. 624); v. St. Sulpicii (II. c. 25 (Bischof von Bourges gest. 644 A. S. ed. Boll. 20 Mai V, p. 229 (VII p. 820) A. S. ed. Boll. 17. Jan. II, p. 169; p. 174.

5) Greg. Tur. V, 28; Urgesch. III, S. 203.

6) L. c. V, 34; Urgesch. III, S. 209; ebenso das Leben des gleichzeitigen gest. 591) Abtes Aridius von Yrieix, oben l. c.

Wie in Poitiers und Tours wiederholt, so schützen auch in Bourges die Bischöfe Austrigisil und Sulpicius die Bürger und die Geistlichen vor einer ungewohnten Steuer, die wie von Euphronius und Gregor als unerhörte Vergewaltigung empfunden wird[1]).

Chlothachar I. lässt aus scheuer Ehrfurcht von Sanct Martin das neuangelegte Steuerbuch von Tours verbrennen[2]).

Gegenüber dem empörten Widerstand der Unterthanen gab Chilperich seine Steuerverschärfung auf und kehrte zu den Ansätzen Chlothachars I. zurück[3]), der, vielleicht[4]) bei der Vereinnung aller Theilreiche in seiner Hand, eine neue discriptio angeordnet hatte: fest steht dies für das Gebiet von Tours[5]). Dass er von allen Kirchengütern ein Drittel der Früchte als (Jahres-?) Abgabe verlangt habe, ist eine in solchem Umfang kaum glaubhafte, das Hergebrachte all zu gewaltsam überragende Belastung: sie wäre ja viel schwerer gewesen als die später so viel beklagten Massregeln Karl Martells[6]).

Sehr bezeichnend ist, dass man einen Beamten, den man nicht zurückkehren sehen will, ausschickt, „die Steuern und das sonstige Recht des Fiscus aufzuspüren in Land und Stadt von der Seine bis zum Meer“[7]).

Oft ist schwer zu erkennen, ob es sich hiebei und bei dem Widerspruch dagegen um Erhöhung der alten oder um Einführung neuer Arten von Steuern handelt. So wenn Chlothachar II. verspricht: „wo immer ein neuer Zins, ruchlos hinzugefügt, vom Volk angefochten wird, soll nach gehöriger Untersuchung barmherzige Abhilfe gewährt werden[8]).

Zuweilen ist wohl an Neueinführung von Belastungen durch Naturalreichnisse, Einquartierung, Verpflegnng zu denken: weniger an Zölle, und Wegegelder, da diese nicht die eingesessenen

---

1) Greg. Tur. IX, 20; Urgesch. III, S. 442.

2) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 444.

3) Greg. Tur. V, 28; Urgesch. III, S. 203.

4) So Waitz II b S. 262.

5) L. c. IX, 30; Urgesch. III, S. 441.

6) Greg. Tur. IV, 2; Urgesch. III, S. 100. Chil. rex indixerat ut omnes ecclesiae regni sui tertiam partem fructuum fisco dissolverent.

7) Fred. IV, c. 24 ad fiscum inquirendum Urgesch. III, S. 558.

8) Chloth. Edict. census novus impie addetus (sic) c. 8 ed. Boretius Capitul. I, 1.

Gauleute, sondern die Kaufleute, welche ihre Waren begleiteten, trafen.

Der Widerstand der Franken gegen die Grundsteuer und gegen die Kopfsteuer wurde anderwärts [1]) in seinen inneren Ursachen erklärt: bei der Kopfsteuer trat hinzu, dass sie auch im Römerstat nur von den Geringsten war eingefordert worden: es gehörte also zu dem Begriff des „*bene* ingenuus", dass er nicht kopfsteuerpflichtig war [2]).

2. Die Grundsteuer.

Census, auch tributum ist Grundsteuer, aber auch Kopfsteuer; Abgaben an Private z. B. von Hintersassen an den Gutsherrn heissen ebenso [3]).

Die Römer hatten alle Grundstücke abgeschätzt und auf jede gleichwerthige Steuerstufe die gleiche Steuerlast gelegt: also das Einfache oder die gleichen Mehrfach-Beträge der Steuer: seit Julian war in Gallien das Siebenfache der Steuereinheit erhoben worden.

Das Einfachste und Nächstliegende ist, anzunehmen, dass die Franken es zunächst hiebei beliessen, d. h. bei dem im Augenblick der Eroberung auf jeder possessio vorgefundnen Betrag: gerade das musste dann in der Folge bei veränderten Verhältnissen oft höchst ungerecht erscheinen: daraus erklären sich die häufigen Klagen der Besteuerten, z. B. auch der Bischöfe für ihre Bürger und andrerseits die Versuche der Könige, die zu gering besteuerten stärker herbeizuziehen.

Jedoch ward die Einrichtung der römischen Grundsteuer einigermassen verändert: es ward nicht auf den versteuerbaren Boden z. B. eines Stadtgebiets ein bestimmterer Steuerbetrag vertheilt (impôt de repartition) [4]), sondern jedes Grundstück mit einer für

---

1) Deutsche Geschichte I b. S. 692 (Gotha 1888).

2) Daher ist wohl Waitz II b S. 278 gegen Löning, Geschichte des Deutschen Kirchenrechtes II (Strassburg 1879) S. 166 Recht darin zu geben, dass Form. Marc. I, 19, p. 56 (de caput suum bene ingenuus . . et in poleptico publico censitus non est) nicht zwei verschiedene Classen von Personen bezeichnet; weil bene ingenuus, ist er nicht kopfsteuerpflichtig.

3) Aber nicht ausschliesslich private Abgaben, wie Montesquieu XXX, 12 sehr mit Unrecht behauptet: s. oben S. 262 tributum = Grundsteuer Greg. Tur. X, 7; Urgesch. III, S. 473 divisis in multis partibus ipsis possessionibus collegi vix poterat hoc tributum.

4) Laferrière III, p. 324.

immer festgelegten Steuer belastet („impôt de quotité"), welche also wie ein fester Bodenzins wirkte und daher, wie eine Reallast auf dem Gute haftend, auch auf einen solchen Erwerber überging, der bis dahin nur Kopfsteuer bezahlt hatte: gleichviel, ob dieser unter Lebenden oder als Erbe erwarb.

Ward daher ein steuerpflichtiges Grundstück getheilt, z. B. durch Erbgang, so ging jeder Theil belastet mit dem entsprechenden Steuerbetrag über [1]). Einmal wird uns angegeben, wie es leicht kommen konnte, dass die wirklichen Verhältnisse den Einträgen in den Steuerlisten nicht mehr entsprachen: bei der Grundsteuer in Arvern waren im langen Laufe der Zeit und im Wechsel der Geschlechter die possessiones (d. h. die grundsteuerpflichtigen Besitzungen) so zersplittert worden, dass die Steuer kaum noch eingetrieben werden konnte und die haftpflichtigen Erheber grosse Verluste erlitten [2])

Die Grundsteuer, tributum, ist an den König der belegenen Sache zu zahlen, d. h. der Unterthan des burgundischen Königs zahlt für seine in Neustrien gelegenen Grundstücke die Grundsteuer dem neustrischen König; dies zweifellose Recht wird gegen Antastung der Theilkönige ausdrücklich gewahrt [3]).

Die römische Statsgrundsteuer konnte auch in Früchten, z. B. Waitzen und Wein, bestehen: die Umwandlung in eine Geldabgabe galt (zuweilen) als Wohlthat [4]).

Die Grundsteuerpflicht der Franken in den Landschaften, in welchen sich die römischen Steuereinrichtungen überhaupt erhalten hatten, ist zweifellos. Ganz undenkbar ist, dass jedesmal ein Grundstück aus der Steuerliste und Steuerpflicht geschieden wäre, sobald es von einem Römer ein Franke erwarb [5]).

Unbegründet ist auch die Unterscheidung zwischen dem ursprünglich bei der Einwanderung erworbenen Allod, der „sors", der „terra Salica", welche steuerfrei gewesen sein soll [6]). Mit Recht

---

1) Greg. Tur. X, 7; Urgesch. III, S. 473.

2) Greg. Tur. X, 7; Urgesch. III, S. 473.

3) Concilium Arvernense Bouquet IV, p. 58.

4) Greg. Tur. V. Patr. Illidius ed. Krusch c. 1 p. 669 quia cum gravi labore poenu inferebantur imperiali.

5) Dass Richtige schon bei Dubos a. a. O., dann bei Waitz II b S. 275 und (neuerdings) bei v. Sybel a. a. O. S. 412; auch Löbell, Gregor von Tours und seine Zeit, zweite Ausgabe, besorgt von Bernhardy (Leipzig 1869), S. 165 (im Wesentlichen).

6) So wie die älteren Franzosen und auch noch Deutschen, Eichhorn, Deutsche Stats- und Rechtsgeschichte, 5. Auflage (Göttingen 1843) I, S. 674; Par-

hat man[1]) bemerkt: das Wort „Allod" in solchem Sinn kommt damals gar nicht vor und die römische Steuerfreiheit von Veteranenland ist auf die Franken auch bei deren älteren vertragsmässigen Aufnahmen (als Söldner) gewiss nicht angewandt worden[2]).

Dagegen ist auf die wenigen Franken, welche Bischöfe wurden, nicht[3]) Gewicht zu legen und dass das Vermögen der Bischöfe von dem ihrer Kirchen nicht streng unterschieden worden, kann man nicht[4]) behaupten: zahlreiche Concilien dringen auf solche Unterscheidung.

Wie weit die im Süden und Westen Galliens erhaltne Grundsteuer auch im Norden und Osten bestehen blieb, ist schwer abzugränzen: das hat wohl mit dem Vordringen dicht angesiedelter Franken in der Weise sich geändert, dass die Steuergränze immer weiter zurückgedrängt ward: auch die zunehmende Unabhängigkeit der fränkischen Einwanderer musste hierauf wirken: vor Childirich und Chlodovech mussten die Franken, z. B. im IV. Jahrhundert auch im Norden — die Sage von ihrem römischen „König" Aegidius bezeugt es — sich den gemein-römischen Steuereinrichtungen tiefer beugen als unter jenen Merowingen: auf dem rechten Rheinufer erlosch mit der Römerherrschaft auch was von Steuerwesen hier etwa errichtet war: die Versuche z. B. Chilperichs, die Steuern zu „berichtigen", d. h. zu erschweren[5]), [nicht, n e u e einzuführen,] erstreckten sich wohl schwerlich auf seine altsalischen Gebiete[6]) und man griff, wollte man die Einnahmen steigern, wohl eher zu der roheren Art[7]), eine allgemeine Kopfsteuer auszuschreiben, als die Grundsteuer in bisher grundsteuerfreien nordöstlichen Landschaften einzuführen; so ist wohl auch der Versuch unter Theudibert I., [a. 548] aufzufassen[8]), der, wie spätere Wiederholungen, an dem Freiheitstrotz der Franken — nur diese werden hier genannt — scheiterte.

Dass die „Freiheit" der Franken deren Grundsteuerpflicht

---

dessus, Loi Salique (Paris 1843) p. 539. 559: nur den Römern durch Franken abgekauftes u. s. w. Land sei steuerpflichtig gewesen und gerade für dies hätten die Franken oft die Steuer geweigert.

1) Waitz II b S. 276.
2) Treffend Waitz a. a. O.
3) Mit Waitz II b S. 277.
4) Mit Waitz a. a. O.
5) Greg. Tur. V, 28; Urgesch. III, S. 208.
6) Anders Löning a. a. O. S. 163.
7) So treffend Waitz II b S. 279.
8) Greg. Tur. III, 36; Urgesch. III, S. 298.

ausgeschlossen habe, ist durch nichts begründet, die römischen possessores waren nicht minder „frei“ [1]).

Aber auch weder die juristischen Personen der Kirchen [2]) und Klöster waren als solche von der Grundsteuer befreit noch die einzelnen Geistlichen von der Grund- oder Kopf-Steuer: vielmehr wird die Grundsteuer (tributum) der grundeignenden Bischöfe und andern Geistlichen wie die der Laien (saeculares) als eine gewohnheitsrechtliche Leistung bezeichnet [3]); doch wurden beiden solche Freiungen gar oft durch königliche Verleihungen ertheilt [4]).

So erliess Childibert II. ca. 590 allen Kirchen, Klöstern und Geistlichen in Arvern, auch den Leih-Besitzern von Kirchengut jede Steuer [5]). Zahlreiche Beispiele finden sich in den Urkunden.

3. Die Kopfsteuer.

Die Kopfsteuer heisst publicus census [6]), aber auch tributum [7]). Diese gleiche Benennung verdunkelt oft die Art der gemeinten Steuer: so lässt Childibert II. im Jahre 589 in Poitiers auf Verlangen des Bischofs die Steuerlisten prüfen und berichtigen gegenüber den Anschlägen zur Zeit seines Vaters Sigibert I.: „denn Viele von jenen damals Steuerpflichtigen waren gestorben und desshalb lastete die Wucht der Steuer (tributi pondus) auf Wittwen und Waisen und schwachen Personen“. Gemeint ist daher (oben S. 346, dann S. 360) wohl die Kopfsteuer. Seine ausserordentlichen Beauftragten untersuchten nun Alles, befreiten die „Armen und Schwachen“ und

---

1) So richtig Waitz II b S. 218: dagegen die Zinsung von fränkischen Beneficien hätte hier nicht herangezogen werden dürfen: sie beruht auf privatrechtlicher, vertragsmässiger Uebernahme als Gegenleistung für privat(vermögens)rechtliche Vortheile.

2) Consuetudinaria functio, Concilium Arvernense, Bouquet IV, p. 58.

3) Greg. Tur. III, 25; Urgesch. III, S. 871 tributum quod fisco . . ab ecclesiis in Arverno . . reddebatur, auch die Beschwerde in dem Briefe Gregors des Grossen epist. IX, 110 ed. Bouquet klagt nur über Unmass hierin, setzt aber Steuerpflicht voraus: si ab eis illicita quaerantur . . quibus etiam licita relaxantur.

4) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 442 v. St. Sulpicii (II) c. 24. 25.

5) Greg. Tur. X, 7; Urgesch. III, 473.

6) Concilium Rhemense can. 7 bei Flodoard historia Rhemensis ecclesiae VI, 5, ed. Heller et Waitz, Monum. Germ. histor. Scriptor XIII (hier wohl nicht auch Grundsteuer).

7) Tributa vel census v. St. Aridii Bouquet l. c. III, p. 413; tributum für Kopfsteuer Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 442.

unterwarfen jene (bisher nicht Getroffenen) der öffentlichen Steuer, welche die Gerechtigkeit als steuerpflichtig erwies [1]).

Kopfsteuer zahlte nur, wer keine Grundsteuer zahlte: also in den meisten Fällen ärmere, geringere Leute, da nach römischer Sitte, wer es irgend vermochte, in eigenem Hause wohnte. Daher erklärt sich, dass die Kopfsteuerpflicht Anzeichen geringerer Stellung ist.

Gewiss erlosch daher die Kopfsteuer eines bisher grundbesitzlosen, wenn dieser ein grundsteuerpflichtiges Grundstück erwarb.

Dagegen hatte der Kopfsteuerpflichtige selbstverständlich auch für seine Kinder Kopfsteuer zu zahlen, da sie ja die Standes- und Vermögens-Stellung theilten, die ihn selbst dieser Steuer unterwarf: in Wahrheit waren die Kinder selbst die Steuerpflichtigen, der Vater zahlte nur für sie. Die Last ward so schwer empfunden, dass sie zu Kindsmord oder doch zur Vernachlässigung des Kinderaufbringens in mörderischer Absicht drängte. Sancta Balthildis schritt gegen diese Gräuel ein [2]). Umgekehrt, scheint es, entrichtet für die steuerpflichtige arme Wittwe der Sohn die Steuerschuld [3]).

Dass aber die Kopfsteuer auf alle Freie, auch die reichen Grundsteuerpflichtigen, ausgedehnt wurde, oder werden sollte, lässt sich nicht [4]) annehmen.

Aus der Sage von Childerich und Wiomad — es ist die Freundschaftssage — darf man nicht folgern, der Römer Aegidius habe als Frankenkönig wirklich alle Franken einer Kopfsteuer von 1, dann 3 solidi unterwerfen wollen: der geschichtliche Kern ist wohl nur der Widerwille der Franken gegen die damals noch völlig ungewohnte Besteuerung, die der Römer scharf handhabte [5]) „parum adtributi sunt", sagt der arglistige Bösrather: „superbia delirant": das ist die altgermanische „Freiheit" und ihr zorniger Steuer-Hass.

Die Kopfsteuer, wie gesagt, war schon vor der fränkischen Eroberung nur von den niedrigsten Schichten der römischen freien Bevölkerung erhoben worden: das war einer der Gründe, aus welchen nunmehr den Franken der Kopfsteuerpflichtige zwar noch als

---

1) Greg. Tur. IX, 30; Urgesch. III, S. 441.

2) V. St. Balthildis ed. Krusch l. c. p. 477 c. 6; Urgesch. III, S. 669.

3) Fisci debiti reditus: vita Sancti Paterni, Mönch in St.-Pierre-le-Vif zu Sens, gestorben um 726; ed. Mabillon l. c. Saeculum III, p. 468, c. 5.

4) Mit Waitz II b S. 266.

5) Historia epitomata (die sogenannte) c. 11, ed. Krusch (Fredigar).

frei, (ingenuus) aber nicht mehr als vollfrei (*bene* ingenuus) galt[1]). Die Kopfsteuer schloss aber doch durchaus nicht die wahre Freiheit aus[2]) — im Gegentheil: nur Freie waren steuerpflichtig, nicht Unfreie: aber die gesellschaftliche Stellung ward dadurch herabgedrückt, weil, wie schon im Römerreich nur geringe Leute ihr unterworfen gewesen, auch jetzt alle Reichen, d. h. Grundsteuerpflichtigen von ihr befreit waren: auch mochte die altgermanische Auffassung einwirken, dass nur Knechte oder Hintersassen zinsten.

Und anderen Sinn kann es auch nicht haben, wird einmal geklagt, Franken, die unter Childibert I. „vollfreie" (ingenui) gewesen, seien unter Chilperich der Kopfsteuer unterworfen worden[3]). Nicht rechtlicher Verlust der Freiheit, nur Herabdrückung der thatsächlichen Stellung ist gemeint: ähnlich wie Dagobert I. vorgeworfen wird, er habe das Volk durch (Kopf-) Steuern „gedemüthigt": dies bezeichnet[4]) treffend gerade die gesellschaftliche Herabdrückung, nicht etwa rechtliche Knechtung.

Der Ausdruck der Quellen bei den Steueraufständen lässt nicht immer erkennen, ob Kopf- oder Grund-Steuer oder noch andere Arten von Leistungen gemeint sind. So unter Theudibert I.[5]) gegen Parthenius: „die Franken hassten ihn arg, weil er ihnen Steuern, tributa, auferlegt hatte". So unter Chilperich gegen den Grafen (judex) Audo und den Praefecten Mummolus[6]): meist eben wohl Kopfsteuer, weil diese eine Antastung der Ehrenstellung — wenn auch nicht der Freiheit — bedeutete. Sehr mit Unrecht aber will man[7]) mit solchen Stellen Freiheit der Franken von jeder Steuer beweisen.

Auf ganz anderem Gedankengang beruht es, wenn auch des Freigebornen persönliche Schatzungspflicht gegenüber dem König als eine Minderung der Freiheit erscheint. Nicht die Grund-

---

1) Form. Marc., I, 19; s. oben S. 356, 359.

2) Wie Waitz II b S. 273.

3) Greg. Tur. VII, 15, Francos . . qui ingenui fuerant publico tributo subegit; Urgeschichte III, S. 307.

4) V. St. Wilfridi Bouquet III, p. 602; Urgesch. III, S. 625 populum tributis humilians.

5) Greg. Tur. III, 36; Urgesch. III, S. 98.

6) L. c. VII, 15; Urgesch. III, S. 307.

7) So die meisten Franzosen: Pardessus, Loi Salique p. 559; Guizot, Essais sur l'histoire de France (Paris 1823) p. 97, auch Warnkönig und Stein, französische Stats- und Rechtsgeschichte I. (Basel 1846) S. 157.

steuer hatte diese Wirkung und nicht um Zins von geliehenem Königslande handelt es sich hiebei, sondern um die Kopfsteuer [1]).

So kann der „*bene* ingenuus“ demjenigen entgegengestellt werden, der in polebtico (polyptycho) publico censitus est d. h. in die Liste der Kopfsteuerpflichtigen eingetragen: sehr bezeichnend ist dabei das *bene* ingenuus: ingenuus ist also auch der censitus noch, aber nicht mehr „bene“ ingenuus: frei, aber nicht mehr hervorragend [2]). Aehnlich heisst es: der Richter Audo, ein Werkzeug Fredigundens, unterwarf viele Franken, welche unter Chilperich I. frei (ingenui) gewesen waren, der öffentlichen Schatzung [3]).

Dies ist nicht [4]) daraus zu erklären, dass das Unterthanenverhältniss lediglich als privater Dienst für den König aufgefasst wurde. Vielmehr rührt es — von der fränkischen Seite her angesehen — daher, dass in altgermanischer Zeit Steuern unbekannt und Leute, welche — ohne Landleihe — einem Andern schatzten, nicht voll freie, mindestens Schutzhörige gewesen waren.

Dann aber — von der römischen Seite her betrachtet — daher, dass die Kopfsteuerpflichtigen Römer keineswegs hochstehende, sondern zwar persönlich frei, aber die geringsten, niedrigsten Schichten der Bevölkerung waren.

Nur uneigentlich kann man von einer Kopfsteuer der Knechte sprechen: nicht der Knecht, der ja kein Rechtssubject war, zahlte sie, sondern der Eigenthümer dieser werthvollsten Fahrhabe, wie von seinen Grundstücken, z. B. von seinen Rebgärten [5]).

Die Vorschrift, dass Steuerpflichtige („quos publicus census spectat“) nicht ohne königliche oder richterliche Verstattung in den geistlichen Stand treten dürfen [6]), bezieht sich wohl nur auf die Kopfsteuer [7]). Der Grund ist aber durchaus nicht [8]) Rücksicht

1) Waitz II b S. 258: „da sie (die Germanen) niemals (?) die persönlichen Rechte des Königs und die statlichen Befugnisse zu trennen wussten, so musste auch jede wahre Steuer fast nothwendig als ein Zins erscheinen, den man dem Herrscher als seinem Herrn zu entrichten hatte; und es erklärt sich, wie namentlich die Verpflichtung zur Personensteuer jederzeit (?) als eine Minderung der Freiheit, als das Zeichen einer gewissen Hörigkeit angesehen ward“.

2) Form. Marc. I, 19 si . . ille de caput suum bene ingenuus esse videtur et in poleptico publico censitus non est.

3) Greg. Tur. VII, 15; Urgesch. III, S. 307.

4) Mit Waitz II b S. 258.

5) Greg. Tur. V, 28; Urgesch. III, S. 208; anders Waitz II b S. 266.

6) Cc. Rhem. c. 7 bei Flodoard II, 5; dann Concilium Clippiacense c. 7 ed. Friedrich, drei unedirte Concilien aus der Merowingerzeit (München 1867) p. 63.

7) So auch Waitz II b S. 274.

8) Wie Waitz a. a. O.

auf die Ehre dieses Standes, weil diese Steuer die Freiheit minderte: nicht des States, der Kirche Sorge wäre das gewesen und des Bischofs, nicht des Königs, Verstattung in solchem Fall verlangt worden. Sondern es waltete die fiscalische Erwägung, dass Geistliche zwar nicht an sich, wohl aber zahlreiche Kirchen und durch deren Privileg auch ihre Geistlichen steuerfrei waren, so dass dem König nicht die Vermehrung dieser aus der Zahl bisher Steuerpflichtiger erwünscht sein konnte: aus ähnlichem Grunde (bezüglich der Wehrpflicht wohl) hatte schon das Concil von Orléans von 510 [1]) ganz allgemein königliche Verstattung für Eintritt in den geistlichen Stand gefordert.

Waren nun auch ursprünglich die Geistlichen keineswegs von der Kopfsteuer befreit, so hatten doch so viele Kirchen und Klöster diese Freiung für ihre Angehörigen allmälig erworben, dass man den Kopfsteuerpflichtigen den Eintritt in jenen oder den Mönchs-Stand (ad religionem se sociare) nur nach Verstattung des Königs oder seines Beamten erlaubte [2]). Dass hier an Unfreie gedacht sei [3]), ist unmöglich: erstens zahlten Unfreie keine Statssteuer (s. oben S. 361) und zweitens durften Unfreie nicht Priester werden.

4. Besondere Steuern und Abgaben.

Den Steuern, tributa, Grund- und Kopfsteuern, werden oft andere „Leistungen" an die Seite gestellt: nicht immer Frohnden, denn sie werden „eingesandt" (inferre) [4]).

Verschieden von der Erhebung der gemeinen Steuern nach Städten und Stadtgebieten (oben S. 349) ist die durch besondere Vorgänge begründete Verpflichtung einzelner Städte zu besonderen Abgaben: nicht immer ist deutlich, ob jenes oder dieses gemeint sei.

Scharf zu scheiden [5]) von der Grund- und jeder andern Statssteuer sind die Ackergelder (agraria) [6]), Weidegelder (pascuaria) [7]) und Schweinezehnten (decimae porcorum) [8]), welche vielfach an den

1) C. 4 ed. Mansi VIII, p. 352; Löning S. 169.

2) Conc. Rhem. can. 7 bei Flodoard, hist. Rhem. II, 5.

3) Pardessus, Loi Salique p. 524.

4) V. St. Austrigiseli c. 1 ut . . tributa vel quaeque exigenda erant jussu regis exigeret et ei inferret.

5) Schärfer als Waitz II b S. 279 thut.

6) Du Cange I, p. 146; Digot. III, p. 19 erklärt sie irrig für die Grundsteuer.

7) Du Cange VI, p. 193.

8) Fehlt bei Du Cange III, p. 25.

Fiscus entrichtet wurden und Chlothachar II. den sie schuldenden Kirchen erliess [1]). Dieselben sind nicht öffentlichrechtlicher, sind rein privatrechtlicher Natur, sind vertragsmässig übernommene Gegenleistungen für Ueberlassung von Kronländereien zur Beackerung oder Beweidung und von Kronwäldern zur Schweinemast gegen einen Zehnt der gemästeten Thiere. Letztere Einrichtung, offenbar von den Germanen vorgefunden, ist im Westgothenrecht als rein privatrechtliche — in Privatwäldern — reich entwickelt [2]) und zeigt uns deutlich, dass auch im Frankenreich dabei weder an Steuern noch an Einfluss von „Obereigenthum" ursprünglich des Imperators, dann der Frankenkönige an allem Provincialboden zu denken ist [3]).

Schon die Lex Salica soll und zwar auch bei rechtsrheinischen Franken — in Hessen! — solches Recht Chlodovechs kennen! [4]). Und wenn der König, während nach dieser Lehre die Römer ihre possessio mit Grundsteuer behielten, den germanischen Gemeinden das Kronland unter solchen Lasten überwies, wie kommt es doch, dass gerade die Kirchen (bis auf Chlothachar II.) besonders sie zu tragen hatten? Die Kirchen lebten nach römischem Recht und zahlten zweifellos Grundsteuer: also widerspricht ihre Belastung mit Weide- u. s. w. Geld schlagend obiger Unterscheidung [5]).

Privaten Schenkern schuldete man diese Acker- und Weidegelder ganz wie auch Frohnden (carroperae), wie sie selbstverständlich auch dem Fiscus bezahlt werden können [6]). Im Baiernrecht zahlen die Colonen der Kirche an diese unter andern Leistungen auch das agrarium. Diese privaten Zinse — auch das agrarium — be-

---

1) Praeceptio Chloth. II. c. 11, ed. Boretius l. c. ita ut actor aut decimatur (sic) in rebus ecclesiae nullus accedat.

2) L. Wisig. VIII, S. 1—4; Könige VI[2] S. 281; Westgoth. Studien (Würzburg 1874) S. 67.

3) Diesen alten Irrthum Birnbaums, die rechtliche Natur des Zehnten (Bonn 1831) S. 74. 125, den schon von Savigny, vermischte Schriften II, S. 166, widerlegte, hätte Schröder, Forsch. z. D. Gesch. XIX, S. 148, Franken S. 77, nicht von den Todten auferwecken sollen. S. gegen ihn die schlagenden Gründe bei Waitz IIb S. 280 und vergl. auch Dahn, D. G. Ib S. 488. 697. Weder solch Zehntrecht der Kaiser noch dessen Uebergang auf die Könige steht zu erweisen.

4) So Schröder a. a. O.: die Auslegung von Ed. Chilp. ed. Boretius c. 4 ist gewiss verfehlt.

5) Umgekehrt hielt Eichhorn a. a. O. § 172 S. 676 diese Abgaben gerade für Leistungen der Provincialen.

6) Greg. Tur. de Glor. Mart. ed. Krusch Mart. II, 17 pascuaria quae fisco debebantur: diese mussten durchaus nicht alle ursprünglich kaiserlich gewesen sein, wie Dubos S. 559 meint.

standen oft in einem Theil des Rohertrags der Früchte und zwar auch häufig in einem Zehent, zu entrichten auch an weltliche Berechtigte[1]).

Man befreit ausdrücklich und besonders durch ein Zusatzprivilegium auch von diesen Zinsen und Leistungen, welche dabei bestimmt als privatrechtliche den Statssteuern entgegengestellt werden[2]). Daher finden wir solche Leistungen auch von Privaten bei Landschenkungen an Private den Beschenkten bald auferlegt, bald erlassen[3]).

Auch von Freigelassnen, die aus irgend einem Grund unter seinem besonderen Schutze standen — nicht von ehemaligen Kronknechten nur oder von den durch Schatzwurf freigelassnen — erhob der König einen Schutz-Zins, der dem litimonium glich. Vertrat dagegen die Kirche den Freigelassnen auch gegenüber dem Fiscus, so nahm sie das vererbliche Recht auf das Schutzgeld[4]) in Anspruch.

Remissaria soll[5]) eine besondere Art von Abgaben sein (wovon und wie erhoben?), nach Andern[6]) entweder dies oder die Hinschaffung der Steuer. Wahrscheinlich aber ist es eine für gewisse Besitzungen vereinbarte Abfindungssumme, welche jährlich[7]) entrichtet wurde[8]); (oben S. 348.)

5. Von den Zöllen.

a) Allgemeines.

Wie die unmittelbaren Steuern und die Naturalleistungen der Unterthanen, das Münzwesen und (mit Ausnahme der freiwilligen

1) Pardessus Diplomata II, p. 236. Man erlässt hier: omnes decimas de suprascriptis villis, tam de annonis quam de agrario etc. Du Cange s. oben S. 279 und „decimae".

2) Vgl. Dipl. N. 54 (a. 682) *reddita terrae nec . . functiones publicas* (*publicam* functionem): Chlothach. praec. ed. Boretius l. c. c. 11.

3) Form. Marc. II, 36 Landschenkung: (jure proprietario) ita ut nulla functione (aber hier nicht publica) aut reditus terrae vel pascuario aut agrario, carropera aut quodcumque dici potest exinde solvere . . debeatis.

4) Occursum, Du Cange VI, p. 27 = exactio Concilium Parisiense III, c. 9 ed. Mansi p. 747.

5) Nach Du Cange VII, d. 120.

6) Lehuérou, histoire des institutions Mérowingiennes (Paris 1842) p. 286.

7) Nicht ein für allemal, wie Waitz II b S. 269: jährlich zahlt das Kloster zu Angers (und der Bischof von Le Mans) 200 solidi „de remissaria" Diplomata N. 74 p. 65. (c. a. 705.)

8) Die Unechtheit letzterer Urkunde hebt ihre Beweiskraft hiefür nicht auf.

Ehrengaben) das ganze Finanz-Recht[1]) ist auch das gesammte Zoll-Wegegelder-Aufschlag- und Gebühren-Wesen aus den vorgefundenen römischen Einrichtungen überkommen und — mit geringen Aenderungen — beibehalten. Aus der „société barbare" sind sie keineswegs[2]) abzuleiten: weder aus dem „Obereigenthume" des Königs über das ganze Reich[3]) noch aus dem angeblichen Recht jedes Eigenthümers, Zölle auf seinem Boden zu erheben, also auch des Königs, aber — folgeweise — nur auf den Krongütern(!)[4]).

Es sind nicht blosse Einfuhrzölle: denn zwar werden sie zuerst bei der ersten Zollstätte erhoben, welche die Waren vom Ausland her erreichen, aber ganz ebenso bei jeder weiteren Zollstätte im Inland. Gehen die Waren aus einem Theilreich in das Andere, erhebt die letzte Zollstätte des ersten und die erste des zweiten Theilreichs Zoll, ganz ebenso wie, wenn die Ware aus einem Frankenreich in das Ausland geht, die letzte fränkische Zollstätte den Zoll erhebt: ob dann auch die erste ausländische, entscheidet das Recht dieses Auslands. „Ausgangs-Zoll" kann man den von der letzten fränkischen Zollstätte erhobenen Zoll hiernach nicht wohl nennen. Wohl aber bestanden Ausfuhr-Verbote für gewisse Waren: christliche Unfreie und Waffen sollten nicht ad paganos, extra fines regni, provinciae verkauft werden.

Bei der Einfuhr fremder Waren gab es „Differential-Tarife": das heisst die gleiche Ware aus verschiedenen Ländern, von Einführern verschiedenen Stammes, wurden verschieden verzollt[5]).

Als reine Finanzzölle können diese Abgaben also beliebig oft im Inland erhoben werden: eine Ware, welche zwanzig Zollstätten berührt, muss zwanzig Mal Zoll zahlen: der König kann beliebig viele Zollstätten im Reich errichten, wenn er nicht zu Gunsten eines mit dem Zollrecht Beschenkten auf Mehrung der Zollstätten in der Nähe verzichtet hat: denn selbstverständlich ward eine Handelsstrasse desto mehr gemieden, je mehr Zollschranken sie sperrten.

Man legte daher die Zollstätten an Orte, die durchschritten[6])

1) Anders Waitz II b S. 299.

2) Mit den meisten älteren Franzosen.

3) Das soll die „Grundherrlichkeit" bei Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Stände in Deutschland, 2. Auflage, (Berlin 1830), S. 229 bedeuten.

4) Wie Lezardière III, p. 31.

5) Urkunde für St. Denis Diplomata spuria N. 23, p. 140, angeblich vom 30. Juli 629: (die Unechtheit schliesst die Beweiskraft hierfür nicht aus) Zölle verschieden für die qui veniunt de ultra mare, dann für die Saxones, Wicarii (von Wichern), Rothomenses und ceteri pagenses de alias civitates.

6) Trexitus = transitus Dipl. No. 51, p. 64 von Theuderich III, (etwa a. 680).

werden mussten: Häfen (portaticus), Brücken (pontaticus), Furten, Canäle, Bergpässe, Thore der Städte und Burgen: so berühren sich Zölle mit Wege-, Brücken-, Hafen-Geldern (s. unten S. 371), nur dass letztere auch von der Person des Reisenden, nicht von seinen Waren, erhoben werden konnten; thatsächlich wurden sie aber von der Person allein selten erhoben.

An dem Bestimmungsort der Ware als solchem wurde diese nicht verzollt, wohl aber selbstverständlich bei der Einbringung in diesen Ort, wenn hier eine Zollstätte war.

Man streitet, ob der Zoll nur von den Kaufleuten erhoben wurde, so dass die Ware zollfrei wurde, wenn sie der Nichtkaufmann, der sie erworben, vom Markte nach Hause führte[1]) oder ob der Zoll die Ware als solche in jeder Hand traf[2]). Gewiss ist das Letztere — dem Grundsatz nach — das Richtige. Sonst hätten die Zollbefreiungen für die Klöster keinen Werth gehabt[3]), wenn z. B. Boten vom Kloster St. Denis zu Paris in Marseille gekauft hatten und das Eingekaufte nun in das Kloster brachten: wir erfahren nun aber, dass St. Denis gerade für diesen Fall[4]) Befreiung für alle Zollstätten erhält, welche auf dem Wege zwischen Marseille und St. Denis liegen und an welchen ohne solche Befreiung jedesmal wieder Zoll wäre zu entrichten gewesen[5]). Dafür spricht auch entscheidend die Geschichte der Zölle in Gallien: diese sind die altrömischen: die Römer aber erhoben die Zölle keineswegs nur von den Kaufleuten der Barbaren, — solche gab es ja gar nicht — sondern von den Waren, welche, aus Barbarenland eingeführt, irgendwo die Zolllinie (ursprünglich — rechts vom Rhein — den Limes) durchschritten, wer immer der Träger der Ware war, auch von Römern, welche in Barbarenland Zollpflichtiges gekauft hatten und behufs Verzehrung nach Gallien brachten.

Uebrigens hat für das Frankenreich die Sache deshalb geringere Bedeutung, weil es in den allermeisten Fällen eben doch Kauf-

---

1) So Falk, Geschichte des Deutschen Zollwesens S. 10.

2) So Waitz IIb S. 300.

3) So treffend Waitz a. a. O.

4) Gesta Dagob. ed. Krusch l. c. cap. 18, p. 406. s. unten Dipl. N. 61. 82.

5) Formul. Marc. Supplem. ed. Zeumer l. c. I, p. 107: — Marseille, (Telloneo) Foz Les Martigues, (s. Jacobs in Revue des sociétés savantes des departments II. Serie, VII. Tom, Paris 1862, p. 250.) (Fossis), Arles, Avignon, [Sorgues, (Suggione: so Rozière Recueil général des formules usitées dans l'empire des Francs du V. au X. siècle (Paris I—III. 1859—1871) I, p. 50; zweifelhaft: nach Zeumer l. c. a. a. O. eher als Sistéron wie Pardessus l. c. oder als Sigonce wie Guérard] Valence, Vienne, Lyon, Châlons-sur-Saône.

leute waren, welche Zollflichtiges mit sich führten und zwar zum Zweck des Verkaufs.

Zölle wurden von allen Waren erhoben nach willkürlicher Festsetzung des Fiscus: sie sind reine Finanz-Zölle, wie in der Antike, nicht Schutzzölle. Wie reich der Ertrag sein musste, zeigt, dass von einer einzigen Zollstätte und nur von Einer Zoll-Art, dem Fossaticum, an Kloster Corbie jährlich abgegeben werden: — und das war doch gewiss höchstens ein Zehnt! — 10 Pfund Oel, 30 Mass „Garum" γάρον, aber nicht mehr Fischbrühe, sondern ein unbekanntes[1]) Gewürz, 30 Pfund Pfeffer (damals sehr theuer), 130 Pfund Kümmel, 2 Pf. Kariofile (?)[2]), 1 Pf. Zimmet, 2 Pf. Lavendel (Narde), 30 Pf. costum (Bitter-wurzel), 50 Pfund Datteln, 100 Pf. Feigen, 100 Pf. Mandeln, 30 Pf. Pistacien, 100 Pf. Oliven, 50 Pf. Hidrio[3]), 150 Pf. Kichererbsen, 20 Pf. Reis (oridia statt ὄρυζον), 10 Pf. aurum pimentum, [„Gold-Piment"? Hier nicht das bekannte Getränk (aus Honig und Wein), sondern ein sonst zwischen Pfeffer und Zimmet genanntes Gewürz[4])], zehn Häute von Cordoba-Leder[5]) und zehn seoda-pelles[6]). Es ist wenig gegenüber all' jenen Leckerbissen, dass sich die Mönche nur 10 Hefte (Tomi) Schreibpapier ausgebeten haben!

Der Zoll ward meistens nicht in Geld entrichtet, sondern in einem bestimmten Theil der Waren selbst: daher kann z. B. der Fiscus von dem Zoll zu Fossas dem Kloster Corbie alle jene Gewürze in Aussicht stellen[7]). In andern Fällen werden versprochen 100 Solidi aus einem Zoll, aber nicht in Geld, sondern Waren in solchem Werthbetrag; auch sollen die Wagen, welche diese Waren abführen, überall zollfrei sein. Das ist der Sinn der folgenden Verleihung:

Dagobert schenkte St. Denis aus seinem Zoll zu Marseille jährlich 100 Sol. an Oel, welches seine Beamten nach dem Hafenpreis nur scheinbar „für den Fiscus" kauften (quasi ad opus regis studiose emerent d. h. also wohl besonders gutes) und dann dort den Klosterboten übergaben, welche es auf sechs Wagen (plaustra) zoll-

---

1) Du Cange IV, p. 88.

2) Fehlt bei Du Cange, auch bei Heyd, Geschichte des Levantehandels, II. Stuttgart (1879).

3) Du Cange IV, p. 206 „eine Art Gewürz" führt nur diese Stelle an.

4) Du Cange VI, p. 317.

5) Cordevisae pelles l. c. II, p. 562.

6) Häute, mit Talg bearbeitet, von seupum?? So Du Cange VII, p. 426, der nur diese Stelle kennt.

7) D. N. 86 S. 369.

frei über die Zollstätten von Marseille, (also lag diese hinter dem Hafen in der Stadt) Foz-les-Martigues, Valence, Lyon und alle andern bis in das Kloster fahren durften [1]).

Der Zoll wird verschieden berechnet: einmal nach ganzen Wagen- oder Schiffs-Ladungen [2]), aber auch nach dem Werth der Ware.

Früher hatten die Könige, wie bemerkt, (oben S. 366) die Zahl der Zollstätten und der zollpflichtigen Waren beliebig vermehren können: Chlothachar II. drangen die Grossen, denen er den Sieg verdankte, auch hierin Beschränkungen auf [3]): das bis auf den Tod Sigiberts I., Guntchramns, Chilperichs übliche Mass sollte nicht überschritten werden können.

Reichlich flossen die Erträge von Zöllen von den zu Jahrmärkten (marcadus) zusammenströmenden Waren: z. B. zu dem berühmten Jahrmarkt am Tage des heiligen Dionysios zu Sanct Denis [4]); um einen solchen neu gegründeten Markt zu heben, verzichtete wohl der König für einige Zeit auf den Zoll: so auf 2 Jahre für St. Denis [5]). Ein nicht geringes Geschenk war es also, als König Dagobert Sanct Denis den ganzen Zoll überliess, den er bisher von dem vierwöchigen Octobermarkte zu St. Denis erhoben hatte [6]).

Der Graf von Paris beanspruchte die Hälfte des Ertrages dieses Zolles, ward aber abgewiesen durch Childibert III. [7]); später erhob dasselbe Amt hievon eine Abgabe, welche dann durch König Pippin ebenfalls aufgehoben ward [8]).

Ebenso schenkte Sigibert II. den Klöstern Stablo und Mal-

---

1) Gesta Dagob. c. 18, p. 416. Bestätigt wird die Schenkung durch Chlodovech III. und Chilperich II.; a. 692, D. Nro. 61; a. 716, D. Nro. 82, hier 10 Wagen (carra).

2) Diplom. N. 51 a. c. 681 de quantacumque carra . . tam carrale quam de navigale. N. 86 a. 716 de . . evectione tam carrale quam navale: zu Land oder zu Wasser, vgl. Form. Marc. I. Supplem. p. 107 oben S. —. Das de carra deci D. N. 61 a. 692, D. N. 82 a. 716 de carra (K. Tertz carradeci (?!)) ist wohl von (Theodor von) Sickel, Beiträge zur Diplomatik I—VII, Sitzungsberichte der k. k. Akademie der Wissenschaften zu Wien I, 1862, H. V, S. 43 richtig in decem gebessert.

3) Cloth. Edictum ed. Boretius l. c. c. 9.

4) 9. October; Urgesch. III, S. 743.

5) Echter Inhalt der verfälschten Urkunde D. spuria N. 23.

6) Vgl. die Urkunden Dipl. spuria N. 23 (dem wesentlichen Inhalt nach echt) D. N. 77 a. 710 von Childibert III. und von König Pippin Bouquet V, p. 689. Urgesch. III, S. 949.

7) D. N. 77.

8) Bouquet V, p. 689.

medy den Zoll an der Loiremündung[1]). Wir erfahren dabei, dass man Zölle bisher dadurch zu umgehen suchte, dass man an ungewohnten Orten auf privaten Grundstücken die Waren landete, was hier verboten wird. Falsch sind andere Zollschenkungen für Kirchen: zu Tournai[2]) von Chilperich, zu Worms von Dagobert I.[3]), zu Bourges von Chlodomer, Sohn Chlothachar III.[4]).

Wie einem Heiligen, d. h. einem Kloster, einer Kirche konnte der König auch einem weltlichen Grossen einen Zoll schenken und dieser wieder einer Kirche. So schenkt Rohing Sanct Willibrord einen früher Rohing zustehenden Zoll[5]). Das ist wohl aus der fränkischen privatrechtlichen Auffassung der Finanzrechte des States zu erklären[6]), römisch rechtlich könnte es doch nur die Abtretung des Erträgnisses eines gepachteten Zolles gewesen sein und das liegt hier nicht vor.

Der König kann Zollbefreiung schenken (negative Immunität). so auf zwei Jahre für den Marktzoll zu Sanct Denis[7]), für andere Zölle[8]), von Childibert II.? für Corbie[9]), [auch eine päbstliche Zollimmunität[10]) begegnet] für Bischof Nivard von Rheims[11]): aber auch das Recht, den bisher fiscalischen Zoll für eigene Rechnung zu erheben (positive Immunität)[12]). Zollimmunität wird verliehen von Pippin für Honau[13]), Rigobert von Rheims trachtet Zollerlassverfügungen für seine Kirche zu erhalten[14]).

b) Namen und Arten.

Den Uebergang von den Zöllen zu den Gebühren bilden die Hafen-Gelder: diese wurden erhoben von den beladen einlaufenden

1) Dipl. N. 23, a. 651; die hier genannten Flüsse Tannuccus und Itta, der Ort Sellis, der pagus Leodiensis bleiben bei K. Pertz ungedeutet.

2) a. 562, Spur. N. 14.

3) a. 627, N. 21; im Lobdengau.

4) a. 674, Sp. N. 71, p. 188.

5) Pardessus Diplomata II, p. 348.

6) Anders Falke a. a. O. S. 7.

7) Diplom. Spur. N. 23, p. 141. (angeblich a. 629.)

8) D. N. 51, p. 46. (a. 681.)

9) D. N. 38, p. 35, a. 660, späte Beispiele von Pippin für Honau D. Arn. N. 19, p. 105.

10) Pardessus II, Diplomata p. 86.

11) v. St. Nivardi, gestorben etwa 672, von Almann, Mönch von Hautvillers, gestorben nach 882, Acta Sanct. ed. Bolland. 1. Sept. p. 280 praeceptum immunitatis . . . super teloneis et quibusdam tributis.

12) Diplom. N. 77, p. 68. (a. 710).

13) D. Arnulf. N. 19, p. 105, c. a. 748.

14) Flodoard, Historia ecclesiae Rhemensis, II, 1. Scr. XIII, p. 460.

Schiffen: navalis evectio, das ist also ein Hafengeld [1]), nicht zu verwechseln mit dem „carrale“ oder „navigale“ d. h. einem echten Warenzoll, der nach der Zahl der Karren oder Schiffe, nicht nach dem Werth der Ware, berechnet ward [2]) (s. oben S. 369). Dagegen reine Gebühren sind die Zahlungen, welche für Ausladung der Fracht auf das Ufer bezahlt werden, ripaticum [3]).

Ausserdem werden noch sehr verschiedene und vielnamige Gebühren erhoben für Benutzung der Land- und Wasser-Strassen und anderer Verkehrsmittel, wie Brücken u. s. w. Dahin zählen: cespetaticus, Rasengeld, Entschädigung für Betretung des Rasens, entweder neben den Landstrassen [4]) oder neben der Wasserstrasse des Flusses bei dem zu Berge-Ziehen der Schiffe auf dem Leinpfad, (marche-pied) [5]); foraticus [6]), doch eher Marktgeld (von forum) als Einfuhrgeld [7]); laudaticus und salutaticus [8]), nicht Friedensschutzgebühr“ [9]): — in solcher Bedeutung kommt salus = pax damals nicht vor, auch widerstreitet dies der Gleichstellung mit laudaticus: — vielmehr ein Begrüssungs- (salutare) und Ehrungs- (laudare) Geld gegenüber der Statsbehörde des Ortes, mit welchem das Recht, überhaupt den Handel hier eröffnen zu dürfen, erkauft wurde [10]): [so auch noch in späteren Jahrhunderten [11])]; mestaticus, ganz gewiss

1) Dipl. N. 23 a. 651 teloneum adportum s. oben (S. 286) navalis evectio.

2) Diplom. N. 51 a. 681 de quantacumque carra . . tam carrale quam navigale . . de ipsa carra exigere . . non praesumatur; Diplom. N. 86 a. 716 de evectione tam carrale quam navigale.

3) Dipl. N. 23 in telones aut quolibed ripatico; Du Cange VII, p. 192.

4) So Falke S. 15.

5) So Pastoret, Ordonnances XVI, p. 70, vgl. Du Cange II, p. 276, der auch Karolingische Belege anführt von 782, 806, 814 und von Karl dem Kahlen; aber ganz verschieden sind die hier angeführten Gebühren für Rasen-Wälle bei Befestigungen und ebenso Pachtgelder für Ueberlassung fiscalischer Ländereien (Wiesen) wie im Ostgotenreich nach römischer Ueberlieferung Cassiodor. Var. V. 14; D. N. 55 nec salutatico nec cespetatico Suppl. Form. Marc. l. nec s. nec. c. Die Urkunde von Dagobert vom 30. VII. 629, Diplom. I, p. 140 wage ich nur mit Vorbehalt zu verwerthen.

6) Die falsche Urkunde Dagoberts Dip. p. 141.

7) Von Foras: Jacobs Revue archéologique IX, p. 193, (Paris 1866); jedes Falles falsch Du Cange III, p. 546 (der ausser unserer Stelle nur noch die Form Bignon. c. 45 für diese Zeit anführt) die Gleichstellung mit foragium, einer Abgabe von verzapftem Wein oder Bier.

8) D. N. 55, p. 45, (a. 683) salutaticus p. 141 auch laudaticus.

9) Wie Falke a. a. O.

10) So gewiss richtig Waitz II b S. 305.

11) Du Cange V, 42 giebt keine Begriffserklärung von l.; er führt nur noch eine Freiungsurkunde von Ludwig I. von 816 an, von Schiffsgebühren zu Gunsten eines Klosters.

nicht „Mess-Geld“ [1]), sondern von Mesta [2]), terminus, Meilenstein, Gebühr für Aufstellung der Meilensteine; navigius [3]), Schiffsgebühr für das Vorbeifahren, Durchfahren eines Schiffes auf Strömen zu entrichten, öfter navigatum [4]), auch später navaticum: aber zur Zeit Karls des Grossen ist navaticum der Beitrag, der zur Ausrüstung von Schiffen wider die Normannen gezahlt werden musste [5]); ebenso die Gebühr für Benutzung der Fähre bei Ueberschreitung eines Flusses, naulum [6]) (vogatio), passionaticus [7]) Durchgangsgeld, pontaticus, Brückengebühr [8]), auferlegt sowohl Schiffen, welche unter den Brücken durchfuhren, als Waren, welche über die Brücken befördert wurden [9]); portaticus, damals Thorgeld von porta, nicht Hafengeld von portus [10]); pulveraticus, wohl nicht im Allgemeinen Strassen-(„Kies-“)Geld [11]), sondern Gebühr von den Fremden erhoben, von dem fremden Staub an ihren Füssen [12]); rivaticus [13]) ripaticus, Ufergeld, auch repaticus; rodaticus (rotaticus) [14]), Radgeld, für den Schaden, den die Räder auf den Radstrassen (via rotabilis)

---

1) Wie Waitz II b S. 305.

2) Du Cange V, p. 368.

3) So ausser D. spur. p. 141 nur noch einmal bei Du Cange V, p. 579.

4) Urkunde Karls von 781 l. c.

5) Cap. von 810 ed. Boretius c. 15.

6) Diplom. N. 1, a. c. 510 (verfälscht) p. 3 absque . . . naulo (sic) exactione; N. 23, p. 23, (a. 651) vogatio super fluvio Ligeris. Bei Du Cange fehlen Belege für diese Zeit; naulum = ναῦλον, navis vectura.

7) Nur in der zweifeligen Urkunde Dagoberts l. c.; auch Du Cange VII, p. 198 kennt keine andere Stelle.

8) D. N. 38. 55. 61. 82; [Form. Marc. I, Supplem. ed. Zeumer p. 107;] für Corbie.

9) Andere merowingische und karolingische Belege bei Du Cange VI, p. 407. Capitul. von 803, 805, 809 ed. Boretius l. c. Karl der Grosse schärft ein: Brückengeld hat nicht zu zahlen, wer, ohne der Brücke zu bedürfen, vortheilhafter anderwärts übersetzt.

10) Dipl. N. 55.

11) Wie Waitz II b S. 304.

12) So Pastoret XVI, p. 71 ganz im Geist der damaligen Sprache: sur la poussière des „pieds“; nicht in der altrömischen Bedeutung: „Geld für Mühung“ C. 16 Cod. Theod. VII, 13. Im Ostgotenreich s. Cassiod. Var. XII, 15 eine Gebühr für Mühewaltung der Richter: hier aber Strassengeld Form. Lindenbrog. 11. 12; Dipl. N. 55 von Theuder N. III. (683); Cap. Car. M. v. 805 ed. Boretius, später ganz allgemein jede Abgabe, so unter Ludwig I. Capit. von 836.

13) D. spur. N. 23, p. 141; Du Cange VII, 192. Aus merowing. Zeit nur Diplom. Sigib. apud Henschen S. Sig. 1. Febr. V, N. 27 echt? sonst nur karolingische Belege.

14) D. N. 55 infra urbes vel in mercatus N. 61. 82; Du Cange VII, p. 221; dann von Chlod. III. für St. Denis, auch Pippin und Ludw. I. s. oben S. 369.

anrichten: da diese Abgabe altrömisch ist[1]), wird auch bei den sprachlich und sachlich ganz ähnlichen römischer Ursprung zu vermuthen sein[2])]. Saumaticus[3]), Saum-Sattel-Gebühr, später dann wohl Saum-Thier-Gebühr; themonaticus von temo, Deichsel, Deichselgeld[4]); vogatium, von vogare, rudern, schiffen, soviel wie naulum[5]); vultaticus[6]), verdorben aus voltaticus, Gebühr für den Schaden, den die Umdrehung des Wagenrades den Strassen zufügt[7]); transiturae sc. pecuniae, Uebergangsgelder, scheint alle diese Gebühren zusammenzufassen[8]).

Der Ursprung dieser Leistungen ist bestritten. Die meisten der Namen sind uns in Quellen aus römischer Zeit nicht erhalten. Indessen darf doch von hieraus nicht ohne Weiteres gefolgert werden[9]), dass diese Einrichtungen alle dem römischen Recht fremd gewesen und erst durch Willkür der späteren Merowingen eingeführt worden sind. Denn die Namen, sämmtlich lateinisch, sind den zweifellos römischen ganz entsprechend gebildet und wir haben ja über diese römischen Einrichtungen nicht gerade reich fliessende Quellen.

---

1) 21 Cod. Theodos. de cursu publico VIII, 5.

2) Gegen Waitz II b S. 305.

3) Nur D. spur. N. 23, p. 141; (fehlt bei Du Cange hier und auch unter sagma, sagmaticus), von griechisch σάγμα, Sattel.

4) D. spur. N. 23, p. 141, ich fand es nur noch einmal unter Ludwig I.; Doublet p. 782.

5) Aus dieser Zeit nur die eine Stelle von St. Remaclus, Bischof von Mastricht, Abt von Stavelot, gest. c. 668 A. S. ed. Bolland. 3. Sept., I, p. 692: telonea quae ad portum Vetraria sunt super fluvios Taunaco et Itta et portum qui dicitur Sellis et Vogatium super fluvium Ligerim ipsi adhuc viventi sancto Remaclo tradidit.

6) D. spur. N. 23, p. 141; Du Cange VIII, p. 896, zweimal unter Karl, einmal unter Ludwig I.

7) So Pippin a. 759 l. c.

8) Du Cange VIII, p. 154 (unter „Transitorium"); Falke Zeitschrift f. D. Culturgeschichte 1860, S. 30.

9) Wie Waitz II b S. 305; anders Falke S. 26. (Die Darstellung des fränkischen Finanzwesens bei Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, II (Leipzig 1892) S. 233—244, ging mir erst nach Abschluss dieser Untersuchung [für den VII. Band der Könige] zu.)

Zoll, Kaufmannschaft und Markt

zwischen Rhein und Loire

bis in das 13. Jahrhundert

von

E. Mayer.

Vorbemerkung.

Die nachfolgende Darstellung wird ergeben, dass Marktzoll, Markt und Kaufmannschaft vom 9. bis in das 13. Jahrhundert die rechtliche Besonderheit der grössern „städtischen" Ansiedelungen darstellen. Seit dem 11. Jahrhundert wächst dann — freilich nicht überall — eine neue Rechtsschicht, wesentlich auf Eidgenossenschaft zurückgehend. Die gegenwärtige Abhandlung fasst blos die erste Stufe in das Auge und beschränkt sich dabei auf das Gebiet zwischen Loire und Rhein, das Land fränkischen Rechts. Zwischen deutschem und französischem Recht wird kein Unterschied gemacht, weil sich ein solcher fast nirgends zeigt. Dagegen ist ausgeschlossen das normannische, elsässische und burgundische Recht, weil hier eine besondere Gestaltung denkbar ist. Es ist auch keine Rücksicht genommen auf die wenig bedeutenden rechtsrheinischen Gebiete des fränkischen Rechts; denn es sollte eine Untersuchung für diejenigen Gebiete geliefert werden, in denen römisches Recht und später fränkisches Recht gegolten hat, so dass man die beiden Elemente der Bildung genau auseinanderlegen kann. Uebrigens ist allerdings anzunehmen, dass die Resultate in ganz ähnlicher Weise auch in den übrigen deutschen und westeuropäischen Gebieten sich wieder auffinden lassen. — Eine bestimmte Abgrenzung des Marktzolls lässt sich nur gewinnen, wenn die übrigen indirekten Abgaben genau untersucht werden.

I. Abschnitt.

Die Verkehrssteuern[1]).

§. 1. Terminologie.

In den Quellen der fränkischen Zeit werden die Verkehrsabgaben in zwiefacher Weise bezeichnet. Entweder es tritt für jede einzelne Rechtsform ein besonderer Namen auf; einer unter den vielen Namen ist teloneum. Besonders in den Formeln und Urkunden wird dieser Weg eingeschlagen[2]). In den Gesetzen dagegen und nicht selten auch in Urkunden bedeutet teloneum jede Verkehrsabgabe[3]). Noch im spätern Recht kehrt dieser weitere Sinn von teloneum wieder und scheint sich namentlich in den Ländern des deutschen Reichs erhalten zu haben — bis herein in unsere jetzige Sprechweise[4]). Aber überwiegend, namentlich in Frank-

1) Waitz V. G., II, 2 S. 304; IV, S. 52 fd.; VIII, S. 285 fd. Brunner R.-G. II S. 239 fd. Brussel nouvel examen de l'usage général des fiefs (Brussel) I S. 391 fd., S. 524—536. Flach les origines de l'ancienne France S. 367 fd. Luchaire histoire des institutions politiques de la France sous les premiers capétiens 2. Aufl. 1891 S. 97 (Luchaire histoire); Luchaire Manuel des institutions françaises; période des capétiens directs 1892 (Manuel) S. 338 fd. — Zum Vergleich des südfranzösischen Rechts: M(olinier) Étude sur l'administration féodale en Languedoc (Devic et Vaisette histoire de Languedoc u. A. VIII, S. 172 fd.). — Als französische Urkundenregesten kommen hier und später in Betracht: Luchaire Louis VI le Gros. annales de sa vie et de son règne 1890 (Luchaire Louis VI); Luchaire études sur les actes de Louis VII 1885 (Luchaire Louis VII); für Philipp August natürlich: Delisle catalogue des actes de Philippe Auguste 1856 (Delisle Philippe-Auguste). —

2) Suppl. Form. Marculfi 1 (Zeumer S. 107); add. e cod. Marculfi 3 (Zeumer S. 111); form. imp. 19. 20 (Zeumer S. 300 fg.) und daraus Gallia christ. VII Instr. col. 12 (846); form. imp. 31. — Unter den Urkunden sind am lehrreichsten die für die Pariser Kirchen: Lasteyrie cartulaire général de Paris, n. 20 (753); n. 25 (779); dann Lacomblet U. B. für die Geschichte des Niederrheins I n. 4 (821) für Kloster Juden. — Die einzelnen Ausdrücke bei Waitz II, 2 S. 304, IV S. 61 fd.: hiezu noch venditae in Form. Senon. n. 36 (Zeumer S. 201). —

3) Capitularia (Boretius) cap. 9 § 1 (614), 13 § 4 (754. 756), 20 § 18 (779), 23 § 28 (789), 44 § 13; 46 § 10 (806), 57 § 7, 58 § 6 (801—814), 139 § 17 (818, 819), 142 § 1 (820), 150 § 21 (823—825); Reichstag von Attigny 854 § 5 (Pertz leg. I S. 429): hier nur vereinzelt cespiticum, pulveraticum, rotaticum neben teloneum erwähnt. Aus Urkunden: Lasteyrie C. de Paris I n. 24 775: rotaticos vultaticos pontaticos portaticos et ceteros teloneos et barganiaticos. Histoire de Metz IV, 1 S. 16 775, nulla freda nec teloneos nec conjectus aut summitas vel aliquas paratas.

4) Mirāus — Foppens op. dipl. II S. 807 (984) Maastrecht: in telonio tam in navibus et ponte quam foro et vicis. — Guérard Cart. de Notredame de Paris I S. 95 1004. Argenteuil: teloneum rotarum. — Arbois de Jubainville Histoire des ducs etc. de Champagne (Arbois Champagne), I S. 475 preu-

reich, heisst teloneum lediglich die Abgabe von dem Marktverkauf, welche Käufer und Verkäufer zur Hälfte zu tragen hat [1]).

---

ves n. 40 1034. — Guérard cart. de Saint Père de Chartres S. 178 1061. Landtransitzölle. — Gallia christ. XIV Instr. col. 73 1073 Marmontier in Tours: teloneum navis nostrae et chalannorum qui contra eam mittuntur ad allevamentum. Boos. U. B. der Stadt Worms n. 56 1074: Abgabe der transeuntes; n. 62 (1114). Giry histoire de la ville de S. Omer S. 372 pr. n. 3 § 5 1127. Piot. Cartulaire de l'abbaye de S. Trond. I S. 132. 1177. Hilgard Urkunden zur Geschichte der Stadt Speier n. 18 (1182). Beyer mittelrheinisches U. B. II n, 140. 1195 („Rheinzölle"). Stumpf, Reichskanzler III n. 203, 1196 (Hertogenbosch): Flusszölle. Miräus I S. 570 1212 (Breda) u. öft. — teloneum heisst dann manchmal jede Abgabe, auch die der Hörigen an die Grundherrschaft (Histoire de Metz IV 1 S. 95 1070).

1) D'Achery specilegium III f. 353. 876 S. Cornelius in Compiègne: omne teloneum annalis mercati. Lasteyrie n. 63 936, neque teloneum neque portaticum neque piraticum (? ripaticum ?) seu viaticum nec etiam vultaticum; n. 66 982 hier auch foraticum; n. 183 1119: teloneum neque quod vulgo dicitur ripaticum nec rotaticum aut portaticum sive triaticum aut cispiaticum nec non et salutaticum. — Arbois Champagne I. S. 459. pr. n. 26 978. — Beyer U. B. I p. 147 (898) Münstereifel: teloneum mercati. Wauters de l'origine — des libertés communales preuves 1869 (Wauters preuves) S. 250: 1060 Dinant: teloneum — ubi cumque fiat forum vel in domo vel extra domum. Lacomblet I n. 213 (1069) Siegberg. Calmet histoire de Lorraine II pr. S. 393 (1131) für Lüttich. Cartulaire de l'abbaye de Saint Vaast d'Arras redigé au XIIme siècle par Guiman publié — par Van Drival (Guiman Arras) S. 166: debent theloneum Sancto Vedasto — tam qui vendit quam qui emit; nun das bestätigende Detail. Willems codex diplomaticus zu den gestes des ducs de Brabant [Willems codex diplomaticus] I n. 7 (S. 613) 1181: ab omni thelonio liberam nos concessisse mercationem tam in emendo quam in vendendo. Dann namentlich die grossen Zollrechte aus dem Ende des 12. und dem Anfang des 13. Jahrhunderts: das Zollrecht von Bapaume 1202, wo die wichtigsten französischen Transitzölle erhoben wurden (Tailliar recueil d'actes des XIIme et XIIIme siècles en langue Romane Wallone etc. 1849 [Tailliar recueil] S. 13 fd. kennt gar kein tonlieu. Dagegen tritt es als Verkaufsabgabe auf in den Zollordnungen der grossen Marktplätze: Zollrecht von Amiens (Thierry recueil des monuments du tiers état I S. 81 fd. [Thierry]), zwölftes Jahrhundert: S. 83 en toutes ches choses est autel li tonlix li uns come li autres de vendre et de l'acater del tonlieu; ähnlich I, 85. Zollrecht von Sens aus dem Ende des zwölften Jahrh. (Bibliothèque de l'école des chartes VI ser. 2 t. S. 285 fd.) z. B. S. 294: se hom estreinges achate blé a Sanz — si doit por la charetée II deniers de tonli. Zollrecht von Gent 1199 (Warnkönig Flandrische St. und R.-G. II U. B. n. 8 1199: hier besonders S. 20 fd.; sonst tritt in dieser Quelle allerdings auch noch die weitere Bedeutung von teloneum hervor. Erstes Zollrecht von S. Omer (Giry S. 477 fd. pr. n. 93) aus dem 12. Jahrhundert ist teloneum ebenfalls zunächst Verkaufsabgabe: z. B. § 118). Für das dreizehnte Jahrhundert die Zollrechte von Henin, Douai, Cambrai, Scarpe bei Tailliar Recueil S. 456 fd. É. Boileau li etablissement des metiers de Paris (ed. Lespinasse) I 57 § 11, II 2 § 34: home de Paris — s'il achate marchandise a Paris, quite l'on doit porter en son meson sans doner

§ 2. Die Transitabgaben [1]).

I. Zuerst kommen von den Transitabgaben die Strassenzölle in Betracht. — Unter den Strassenzöllen bespreche ich zunächst die Ausdrücke, welche bereits in der fränkischen Zeit oder gar noch früher bezeugt sind.

An erster Stelle steht hier rotaticum, das sicher auf römische Verhältnisse zurückgeht. C. Theod. VIII, 5, 21 erwähnt, dass „qui familiae praesunt" (d. h. die Vorsteher der einzelnen Stationes) von den angariarum praebitores d. h. den Untertanen, welche für öffentliche Transporte Zugtiere stellen, wegen „der rotarum tritura et ministeria" eine Abgabe pro rotis et angariis erheben: nicht die Erhebung der Abgabe als solcher ist nun hier als rechtswidrig bezeichnet, sondern dass sie auch auf die angariarum praebitores umgelegt wird. Berechnet wird die Steuer nach der Zal der Räder und der Gespanne und in der Tat finden sich noch in den mittelalterlichen Zollrechten verschiedene Ansätze für bigae, quadrigae, Lasttiere [2]). Daneben ist einmal direkt vectigal rotaticum [3]) überliefert. In der fränkischen Zeit wird die Abgabe öfters erwähnt, aber ohne dass man genauere Schlüsse auf dieselbe machen könnte: nur aus einer falschen aber wohl noch fränkischen Urkunde folgt, dass das rotaticum — wie später — auch von denen erhoben wird, die eine Strasse oder einen Markt passiren [4]). In den späteren Quellen bedeutet rotagium, rouage zunächst die Leistung vom Transport jeder beliebigen Waare [5]), dann aber bezieht es sich auf den wichtigsten Gegenstand des frühmittelalterlichen Grosshandels, ist der Weinzoll,

---

peages por qu'il en ait doné son tonliu; II 9 § 1 fd. In der spätern französischen Jurisprudenz ist dann tonlieu nur die Verkaufsabgabe: Glossaire du droit français par Rageau — et de Laurière (Laurière: Glossaire) s. v. tonlieu.

1) Lamprecht, deutsches Wirtschaftsleben II S. 271 fde.

2) Z. B. erstes Zollrecht von S. Omer Giry (n. 93 § 16); sehr deutlich Zollrecht von Coblenz 1209 (Beyer U.-B. II n. 242).

3) Marquardt Römische Staatsverwaltung II S. 92.

4) Zum ersten S. 1 N. 2; für das zweite: Urkunde Childerich II, für Montier en Der 673. nec rotaticum infra urbes vel in mercatis extorquendum. — Für später z. B. Guérard Cert. de S. Père de Chartres II S. 706 (1265).

5) Bouquet SS. XI S. 55. 1031 (Laon): debiti carrorum quod vulgo dicitur roaticum. Varin archives administratives de la ville de Reims [Varin Reims] I S. 259 1109. et nullus presumat ibi accipere minaticum vel theloneum vel roagium vel foragium nisi ministerialis beati Remigii. Ordonances des roys de France [Ord.] XI S. 194 1145 Ludwig VII für Tournu: nullam exacticonem neque in mari sive — in fluminibus navigantibus aut litoribus commorantibus exigere — presumat aut navaticum aut cespitaticum aut portaticum neque terra rotaticum neque in tabernis nullam exhibitionem.

sogar selbst dann wenn der Wein zu Schiff geführt wird[1]). Endlich wird rotaticum manchmal in einen später zu besprechenden Gegensatz zu pedagium gebracht[2]). — Den Gegensatz zu dem rotagium bildet sicher das saumaticum, die Abgabe vom Transport durch Saumtier, die dann gewöhnlich ohne technischen Namen aber doch als selbständiger Zoll noch in der nachfränkischen Zeit vorkommt[3]). — Aller Wahrscheinlichkeit nach gehört endlich in diesen Zusammenhang das in nachfränkischer Zeit sprachlich nicht mehr nachweisbare trabaticum: sicher ist es der Zoll von den Waaren, die weder zu Wagen noch durch ein Saumtier transportirt werden, also jedenfalls von der Beförderung durch Menschen; dabei scheint es, dass speziell an das im spätern Zollrecht erwähnte und gesondert behandelte Tragen schwererer Waaren an einer Stange zu denken ist[4]). —

---

1) Varin Reims I S. 268 1113 vini roaticium; I S. 306. 1143 rotagium de vino vendito, sesterlagium annone et foragium vini. Guérard Cartulaire de Notredame de Paris II S. 401. 1191. rotaticum, quod vinitores reddebant; besonders É. Boileau II 6; § 7 rouage auch von Flusstransporten. — Derselbe Bedeutungswechsel ergibt sich unten bei viagium.

2) Gall. christ. XIV J. col. 73 1073. Marmontier in Tours: omne theloneum, pedagium, rotaticum. Quantin cartulaire général de l'Yonne II n. 198, 1170 nec rotaticos aut pedaticos nec theloneos. — Laurière glossaire s. v. rouage behauptet allgemein einen Gegensatz aber ohne Quellenangabe.

3) Pertz dipl. spuria n. 23. 629 (die m. E. echte) Urkunde Dagoberts für S. Dems. Lasteyrie C. de Paris n. 25 (779) teloneus — nec de navale nec de carrale nec de saumas nec de trava evectione. — Später findet sich z. B. im Zollrecht von Bapaume (1202 Tailliar S. 13) neben der Abgabe von der charete eine Abgabe vom Pferd. Die Abgabe wird vom Gefährte neben der Wagenabgabe erhoben, gerade so wie schon in der Römerzeit neben dem rotataticum zugleich von den angariae gezahlt wird. — Erstes Zollrecht von S. Omer (Giry 93 § 21).

4) Das erste folgt aus der Urk. v. 779 in N. 3 oben. — Dass in Gallia christ. XIV J. 31. 844 trabaticus auch eine Abgabe von den Gütern ist, die aus einem Schiffe gelöscht werden, widerspricht dem nicht. — Im spätern Recht findet man, dass schwere Waaren an Stangen getragen werden, Beyer U. B. II n. 242. 1209 Coblenz: assaturam bubumbli — quae posita super fustem collis duorum virorum superposito (?) ex utraque parte dependens terram attingat . . Eine besondere Steuer von dieser Form finde ich allerdings nur in der Languedoc erwähnt: Vaissette histoire général de Languedoc VIII col. 310. 1175: de balas, quae deferantur in baste. Aber wenigstens ganz nahe damit verwandt ist der im Norden erwähnte Zoll für die Waaren, welche auf dem Rücken getragen werden: Gall. christ. X col. 260. 1164 Breteuil bei Beauvais: merces collo ferrentium. — In dem flandrischen Zollrecht für die mercatores imperii v. 1252 (Ennen u. Eckerts Quellen [illegible] der Mast des Schiffes ein Moment für die Zollerhöhung etc.) wegen Urkunde von 779 kann traba-

Eine andere Gruppe knüpft wie es scheint an den Pferdewechsel auf den Post- und Zollstätten an, die von römischer Zeit her zugleich Wirtshäuser sind. — Hierher gehört zunächst das in der fränkischen Zeit nicht seltene mutaticum, das in ähnlicher Form mir später nur einmal begegnet ist, aber so dass hier der Sinn der Abgabe gerade sehr deutlich hervortritt[1]): es wird demnach die Abgabe erhoben, wenn umgespannt und ausgeladen ist. Das bisherige ist sicher. Sehr wahrscheinlich ist es, dass die Abgabe schon aus römischen Verhältnissen entstanden ist und an den mutationes der Post gezahlt wird, wo ja nach natürlichen Verhältnissen auch das Gefährt privater gehalten haben wird. Der innere Grund der Steuer kann dann aber wohl nicht der Ausspann sein, sondern es scheint dass eben in der spätrömischen Zeit an den mutationes ein Zoll entrichtet worden ist. Ob derselbe ein rotaticum ist oder portorium, lässt sich mangels der Quellen nicht erweisen. Denn man weiss nicht, ob die im spätrömischen Recht nachweisbaren Zölle von dem Lokalverkehr Erweiterung des rotaticum oder portorium sind. So oder so scheint aber jedenfalls mutaticum keine blosse Nebenabgabe; denn aus ihr stammt „muta“ [2]).

1) Ennen Quellen Köln I S. 564 1171: eine Abgabe erhoben, wenn Kaufleute plaustra exhonerare vel mutare voluerint. Si absque mutatione transierint, ut ab omni teloneo liberi recedant.

2) Erhebung von Lokalzöllen seitens der stationarii ist bezeugt C. Theod. IV 12. 2, 3 (C. J. IV 61. 5) 321; sie sollen nicht erhoben werden von den Bauern, die auf den Acker fahren; das lässt sich auf die grossen portoria zwischen den Provinzialkomplexen, die meist im Hochgebirge erhoben werden, nicht anwenden. Weiter ist es wenigstens sicher, dass im Gebiet der einzelnen Civitates Zölle erhoben werden (C. J. IV 61. 10 Anfang des 5. Jahrh.), zunächst für die civitas, dann aber so, dass der Staat sich $^2/_3$ der Steuer aneignet und nur $^1/_3$ der civitas belässt (C. J. IV 61. 13) — die fränkische Teilungsquote der in der civitas erwachsenden Gefälle zwischen Hof und comes. — Stationarius ist nun allerdings ein allgemeiner Ausdruck für jeden detachirten Subalternbeamten, so namentlich für den Subalternofficier, der die militaris annona einhebt. Hier können aber lediglich die Poststellen in Betracht kommen, die stationes und mutationes heissen und beide unter stationarii stehen (C. Theod. VIII 5. 1, 34, 36; XI 1, 9; vgl. Hudemann Geschichte des römischen Postwesens 2. A. 1878 S. 117 fd.; Marquardt a. a. O. I S. 561) oder die Stationes für die Zollerhebung. Wo nun in der ältern Kaiserzeit bereits im Binnenland portoria erhoben wurden, zeigt sich aber aus den Itinerarien, dass das an den Stationes und mutationes der Post geschieht (Cagnat étude hist. sur les impots indirects chez les Romains 1882 S. 21 fd.), ein Resultat das ja eigentlich selbstverständlich ist. Anderwärts ist für das römische Recht die Erhebung des rotaticum bezeugt. Ueber das Verhältniss der an den mutationes erhobenen Abgabe (mutaticum) zu diesem rotaticum, ob sie beide dasselbe sind, ob das eine nur eine Zusatzleistung pro rotarum tritura, während das andere die

Aehnliche Bedeutung wie mutaticum scheint das zweifelhafte temonaticum zu haben. Aus den formelhaften Erwähnungen in der fränkischen Zeit lässt sich keine Erklärung ziehen; später tritt timonagium in Rheims hervor — ähnlich wie die Ausdrücke foraticum und foragium wechseln [1]) — und ist eine Abgabe, die an den Eigentümer des Ortes zu zalen ist, nur durch die niedrige Strafe von $7^1/_2$ (5) sol. gedeckt, während das pedagium, wie wir später sehen werden mit 60 sol. geschützt ist. Eine direkte Abgabe von dem temo (Deichsel) kennt das Recht von Gent [2]). Einen genaueren Schluss gibt eine Urkunde aus Chartres: aus dieser folgt, dass das zollrechtliche Merkmal für den ausgespannten und abgeladenen Wagen die freistehende Deichsel (temo) ist [3]). So wird die schon

Hauptleistung von jedem Transport (daher das portantur in C. Th. IV 12, 2, 3 und eigentlich auch das spätere muta, dessen Zusammenhang mit mutaticum bereits Brunner II S. 239 für wahrscheinlich hält), lässt sich aus den Quellen vorderhand nicht entnehmen. Im nachfränkischen Recht tritt allerdings wie unten zu erwähnen, ein solcher Gegensatz auf. — Eine andere sprachlich bestechende aber sachlich abwegige Erklärung von mutaticum wäre folgende: mutare ist auch die unerlaubte aber gebräuchliche Adäcirung der Naturalsteuer, wofür anderwärts das vieldeutige apochare (cod. Theod. XI 2, 1 u. 2 — hiezu Godofred — mit C. Theod. XI 1, 30). — Zweifelhaft ist mutatura in nov. Major. VII § 14, § 16 (Hänel), die dort eine Abgabe der curiales an die compulsores ist. Man könnte das Wort vielleicht mit mutare im letzten Sinn zusammenbringen. Man könnte aber auch mit Hänel a. a. O. an eine kleine Zulage denken, welche bei Geldabgaben der susceptor zur Ausgleichung der Verluste beim Geldwechsel erhält, entsprechend der epimetris bei Naturalsteuern (C. Th XII 6, 3, 15 u. Godofred). An ein Wegegeld kann nicht gedacht werden, weil m. nicht vom stationarius, sondern vom susceptor erhoben wird; dass die curiales als abgabenpflichtig erscheinen, ist freilich nicht entscheidend, weil auch bei öffentlichen Transporten missbräuchlich Zölle erhoben werden (C. Th. VIII 5. 21 cit.). —

1) Varin Reims I S. 394. 1182: Vergehungen gegen das Recht des sesterlagium und des herrschaftlichen Wechselrechts werden mit 60 S. gestraft. Dagegen: forifactum quoque de timonagio nobis per $7^1/_2$ solidos emendabitur. I S. 433 (1197). Die Bürger haben die platea des Markts vom Bischof gekauft und deshalb überlässt ihnen der Bischof das timonagium. Verkaufsabgabe ist das nicht, denn der Bischof hat noch später das teloneum (Varin I S. 864. 1263); dagegen ist ein roagium oder vinagium des Bischofs nur vor der Abtretung des timonagium erwähnt: I S. 259 1109 und nam. mal. I S. 327 1152: in foro nostro teloneum vel vinagium.

2) Warnkönig fl. St. u. R. G. II n. 8 B. § 4 1199.

3) Guérard cart. de S. Père de Chartres II S. 710 1265 preterea de quadrigis dehoneratis in domibus sive ante domos censivarum suarum, quamvis dictarum quadrigarum themone (s) dictas domos valeant subintrare, dum tamen tota quadriga, prout onerata est et munita equis et aliis ornamentis quadrigarum dictas domus seu domum intrare non possit, habebunt dicti monachi totum minagium.

bisher behauptete Auslegung „Deichselgeld" in dem Sinn richtig sein, dass es sich um die ausgespannten Wagen handelt. In Rheims insonderheit ist die Abgabe von den Wagen zu entrichten, die auf den Markt fahren ohne Rücksicht darauf ob die Leute verkauft haben oder nicht [1]. —

Wenn die Abgabe vom abgespannten und ausgeladenen Wagen an den Haltstellen erhoben wird, so lässt sich umgekehrt vermuten, dass um der Abgabe willen sich eine Verpflichtung anzuhalten und abzuladen entwickelt hat, ebenso wie wegen des pedagium der Gebrauch einer Seitenstrasse untersagt ist [2] und wie der Flussschiffer da und dort zum Stapel verpflichtet ist [3]. In der That tritt ein solches Stapelrecht auch im Landverkehr auf [4] und zwar sind es die tabernae, also die Wirtshäuser an der Strasse, die dieses Recht geltend machen. Das weist unmittelbar auf römische Verhältnisse zurück, wo eben mit den Post- und Zollstationen auch Herbergen verbunden waren [5]. — Oeffentliche Herbergen werden noch in der Karolingerzeit erwähnt [6]. Das führt dann zu einer Reihe anderer Abgaben, welche fast nur in der fränkischen Zeit vorkommen: coenaticum, mestaticum, pastio, herbagium [7]. Es sind vielleicht alles Abgaben an den Inhaber der taberna, die man zalen muss auch wenn man von der Verpflegung für sich und die Zugtiere keinen Gebrauch macht [7]. Vielleicht hängt aber auch

1) Der Verkauf der Lebensmittel vom Wagen herab ist bezeugt in Orleans Ord. I 16 § 11. 1168.

2) Z. B. das grosse pedagium bei Bapaume (Les Olims éd Beugnot [Ol.] II S. 519. X 1310).

3) Ol. I S. 128. XVI 1260. Chaumont im Vexin.

4) Urk. v. 1145 für Tournus in S. 6 N. 5.

5) Hudemann a. a. O. S. 122.

6) Brunner II S. 232.

7) C. Th. VII 4. 12 erwähnt einmal ein coenaticum als missbräuchliche Abgabe; aber sie wird hier an diejenigen stationes gezalt, die sich mit der Erhebung der annona militaris befassen. Mehr als den Wortsinn hat das mit unserm coenaticum nicht gemein. Mit coenaticum gleichbedeutend ist wohl pastio, das wenigstens einmal sicher die Verpflegung von Menschen bedeutet (Gallia christ. XIV J. col 31 844. Cormery bei Tours). — Mestaticus kommt ähnlich als mastiva späterhin in der Gegend von Bourges und Tours vor (Ord. I S. 10 1145 § 3, § 6, § 7. 8. Ol. I S. 8 XVI 1256; Teulet I n. 371, 1190) es handelt sich danach um eine Abgabe, die in Getreide insbesondere für Ochsen gezahlt wird. Das weist auf eine Abgabe für Weide hin. Sicher ist das der Fall bei herbagium. Herbagium tritt allerdings in den übrigen Quellen nur als Grundabgabe auf: so schon im Polyptychon des Irmino (cf. Index bei Guérard) und von da im spätern Recht (Laurière glossaire h. v. und die ausgezeichnete Darstellung bei Delisle Études sur la condition de la classe agricole et de l'état d'agriculture en Normandie S. 384 fd.). Als Verkehrsabgabe finde ich es sonst nicht erwähnt. Eine

das coenaticum mit der creditio rerum venalium zusammen[1]). Zu derselben Reihe — missbräuchliche Abgaben für Dienste, die der Zöllner angeblich geleistet — gehört endlich ursprünglich pulveraticum[2]) und salutaticum[3]). Während aber das letzte in nachfränkischer Zeit von einer unsichern Spur[3]) abgesehen überhaupt verschwindet, hat pulveraticum einer Volksethymologie folgend, die dann von der Forschung wiederholt worden ist, die Bedeutung von Strassengeld überhaupt angenommen, kommt aber selten vor[4]). Ob der Bedeutungswechsel sich schon in fränkischer Zeit vollzogen hat lässt sich nicht sagen. —

Abgabe in Heu, die einmal für Orleans erwähnt ist (Ord. XI S. 210 § 6), kommt hier wohl nicht in Betracht. Weideplätze sind wohl besonders die frocci, grosse eigens für Weide der Zugtiere bestimmte Ausbuchtungen der Strasse (Beaumanoir XXV § 8; Delisle a. a. O. S. 123). — Bereits in karolingischer Zeit (cap. n. 143 § 1 820) wird eine Uebervorteilung der Reisenden gelegentlich der Fouragirung angedeutet: und wird desshalb dem Reisenden die beliebige Beschaffung des Futters freigegeben. Nimmt man dazu, dass vorher die missbräuchliche Erhebung von Verkehrsabgaben überhaupt verboten ist, so wird der abgestellte Missbrauch wohl darin gelegen haben, dass der Reisende häufig bestimmten Personen das Futter abnehmen muss.

1) Creditio rerum venalium: für karolingische Zeit die von Brunner II S. 584 N. 34 angeführte Synode von Meaux; in späterer Zeit oft z. B. Raynal histoire du Berry I S. 484. 1100 Humbaldus respondet se debere habere in burgo de Capella vicariam, teloneum, hospitionem, creditionem rerum venalium panis et vini et carnium. Quantin cartulaire général de l'Yonne I n. 247 1145 Auxerre: hier wird das Recht durch die teleonarius geltend gemacht. Wauters pr. S. 58: Boulogne; etc. In direkter Beziehung auf den Marktverkehr findet das Recht sich angewendet in Tours: Teulet Layettes du trésor des chartes I n. 371 1190: de communitate nundinorum prepositus comitis habet procurationem competentem et 12 den. qualibet sexta feria quamdiu logia durat.

2) Pulveraticum ist von Haus aus eine halbfreiwillige Vergütung, ein „Trinkgeld", das Rekruten, Feldmesser, Beamte empfangen (C. Theod. VII 13, 16. nov. Major. VII § 12. Cassiodor XII v. 15; zum ersten Godofred, der noch eine gromatische Constitution anführt). — Salutaticum (ἐξασπαστικά) wird an Beamte auf ihren Durchreisen gegeben: nov. Justiniani XXX c. 3. — Beides zusammen gehört zu den solemnia, συνήθεια (ed. Justiniani XIII c. 3, c. 18 pr. Ecloga (ed. Zachariae 1852) tit. 16 c. 4; Epanagoge (ed. Zachariae 1852) VII 1; XXXI 3).

3) Ord. XII S. 291, § 33 (Communalcharte von Montdidier 1195) salutaribus portarii; in einem der Register Philipp Augusts (ebd. S. 288) heisst es sotulares portarii (?).

4) Guérard Cartul. de Notredame de Paris I S. 292, 1075 Meulan. Ord. XI S. 181 für S. Denis 1122: consuetudinem quam vulgo pedagium sive pulveraticum vocant. — Abgesehn von diesen Stellen findet es sich nur in Wiederholung altfränkischer Immunitäten: am selbständigsten etwa Arbois Champagne I. S. 459 pr. n. 26. 978,

Die bisherigen Abgaben beziehen sich alle auf den Verkehr über jede beliebige Strasse. Von Brücken wird in fränkischer und nachfränkischer Zeit ein pontenagium [1]), von Toren ein portaticum portagium erhoben, wobei aber freilich portagium manchmal den Flusszoll bedeutet [2]).

Deutlicher sind die Bezeichnungen für Strassenzölle, die in der nachfränkischen Zeit auftreten. Den Uebergang bildet transversum, travers, das in der karolingischen Zeit bereits im Wort transiturae anklingt [3]). Dies [4]) sowie das ausserordentlich verbreitete pedagium [5]), dessen Spur ich in altfränkischen Quellen nicht finde, bedeuten den grossen Strassenzoll, vereinzelt sogar auch den Flusszoll. Denselben allgemeinen Sinn hat dann auch viagium, vinagium, das einmal schon in karolingischer Zeit bezeugt ist [6]) und später nicht selten, freilich nicht so oft wie die beiden vorigen Ausdrücke vorkommt [7]). Wie roagium wird es

---

1) Cap. 143 § 3 Zollfreiheit für die Anwohner. — Später besonders das Zollrecht von Sens (S. 379 N. 1). Gallia christ. XIV J. col. 132 1145 bei Mans wird unterschieden zwischen pedagium, pontagium und den Abgaben pro reparatione viarum et pontium.

2) Portagium als Torgeld in Pertz Dipl. spur. n. 71, 674 für Bourges (spät.); Guiman Arras S. 199 in exitu vero castelli ante sanctum Gaugericum per vicum monetariorum de feodo castellani est portagium — erstes Zollrecht v. S. Omer (Giry n. 98 § 22). Auf eine Schifffahrtsabgabe weist dagegen schon in der fränkischen Zeit Gallia christ. XIV J. col. 12, 800 für Cormery und die öfters erwähnte Urkunde für Tournus S. 9 N. 5: es ist wohl eine Abgabe für den Gebrauch von naves portatorie (Quantin cart. général de l'Yone II n. 314, 1181).

3) Waitz IV S. 64.

4) Guiman Arras S 268. In Salci Lutoso vehicula — nullum debent vinage sive traversum. Warnkönig flandr. R. G. II n. 104 1180. Damm: teloneum, transversum, hansa. Wauters pr. S. 48 (1183). Ord. XII S. 291 § 33 (Montdidier traversum ville). Zollrecht von Bapaume 1202 (Tailliar S. 13 fd.) pass. É. Boileau: in Vorrede zu Th. II erscheint travers während sonst nur paage (II 2) erwähnt wird. Beaumanoir XXX § 69. § 73 Conseil de Pierre de Fontaines XXXIV § 7. Lefranc histoire de la ville de Noyon 1887 (bibl. de l'école. des hautes étud. 75) S. 222, 1252: hier auch Brückenzoll.

5) Z. B. Ord. XI S. 180 § 11 (1120); Morigny bei Étampes. Ord. XI S. 201 § 4 (Lorris) 1155. Luchaire Louis VII n. 85; Lefranc Noyon S. 193 (1180); Guiman Arras S. 279. Lacomblet I n. 548 1195 (Mainz). — Ol. I S. 201. I (1264) und Établissements de Saint Louis (Viollet I c. 148—150) ist pedagium (paage) auch Flusszoll. — Die sprachliche Ableitung von pedagium ist schwierig; stammt es von pes und bedeutet ursprünglich den Zoll des Fussgängers, dann ist pedagium mit an Stelle von trabaticum getreten.

6) Waitz IV S. 62.

7) Viagium, vinagium Strassenzoll: Guiman S. 268 (n. 4). Varin Reims

freilich auf Weintransporte bezogen, wozu schon die Form vinagium einladet[1]); anderemale bedeutet es jeden Verkehrszoll, auch den von der Flussschifffahrt[2]). —

Eine seltenere nicht scharf zu bestimmende Bezeichnung ist barragium: dem Wortlaut nach sollte man es etwa wie portagium als Torgeld betrachten; im Zollrecht von Sens aber, wo es häufig vorkommt, ist es ein Strassenzoll, der auch ausserhalb der Tore erhoben wird; ein anderer Beleg weist auf sachliche Gleichheit von barragium und calceata[3]).

Die calceata wird in den Quellen neben dem grossen pedagium (transversum) als eine verhältniss unbedeutende Zugabe erwähnt[4]): beide Abgaben werden nebeneinander gezalt. Oefters ist ausdrücklich gesagt, dass die calceata zum Unterhalt der Strasse bestimmt sei. Beaumanoir teilt dann auch noch als rechtlichen Unterschied den mit, dass die chaucie wie der tonlien nur durch die Amende von 5 sol. gedeckt sei, während eine Verletzung des travers mit 60 s. gestraft werde. Es ist zweifelhaft ob diese Angaben ursprüngliches Recht enthalten[5]). Ich komme sofort auf die Sache zurück.

I S. 390 1182 und Lefranc Noyon S. 193 1180: et in vinagiis sive pedagiis et calceatis. — Laurière glossaire s. v. vinage.

1) Vinagium: Luchaire Louis VII n. 396.

2) Roisin franchises — de la ville de Lille (ed. Brun-Lavainne) S. 285 (1271) Ol. I S. 201 I 1264 (zuerst pedagium, dann vinagium).

3) Zollrecht von Sens vgl. S. 379 N. 1. Aber Ol. I S. 393, VIII 1271 (Sens) unterscheidet teloneum, pedagium, barragium. Wauters pr. S. 46 1185 (Cambrai): recognoverunt quod — barre poni debent et proventus inde exeuntes ad usus distribui calcearum.

4) So schon sehr deutlich 1140 in Brabant Miräus II S. 821 1140: liberos quoque ipsos decerno ab omni onere, angaria, parangaria, theloneo, winagio et omni justitia transitus per totam terram meam ac aquam universam in rebus suis emendis vel vendendis. Nec quicquam exigatur ab eis occasione stratarum publicarum, quas chauchidas vocant, vel etiam pontium reparandorum. — Aehnlich Gall. christ. XIV Instr. col. 132 1145 (S. 386 N. 1). — Wauters pr. S. 46 (N. 2) mit Warnkönig fl. R. G. III n. 165 § 43 (Recht von Arras v. 1211). — Sehr deutlich wird in Bapaume neben dem travers und conduit allemal noch die viel kleinere chaucie unterschieden. — Ebenso É. Boileau II 1 § 1.

5) Beaumanoir XXX § 69. Bedenklich macht das über tonlieu gesagte: denn anderwärts findet sich vielfach auch für die Verletzung des Zollrechts, wie des Massrechts der Königsbann bezeugt, vielfach aber ist durch die Communalbewegung jede Amende von 60 sol. auf 5 sol. herabgesetzt worden, so gerade in der Stadtrechtsgruppe (Ord. XI S. 219 § 2) Soissons, welcher das Recht von Beauvais angehört. Im Recht von Beauvais selbst (Ord. VII S. 622) fehlt allerdings die entsprechende Bestimmung und ebenso im selbstständigen Recht von Clermont, der andere grösseren Stadt des Beauvoisis (Teulet I n. 469 1197).

Gleichzeitig mit dem pedagium wird auch der conductus erhoben[1]), der für die Ermittelung des Kaufmannsrechtes von entscheidender Bedeutung werden wird. Offenbar ist es eine Abgabe für gewährten Schutz. Andere Rechte dagegen nehmen an, dass schon die Zalung des pedagium den Zollberechtigten zum Schutz verpflichte[2]). Entscheidend ist hier geworden, dass nach spätern Marktrecht der Schutz für die Marktfahrer während der Marktzeit[3]), für die Kaufleute zu allen Zeiten von selbst ohne besondere Zalung eintritt[4]). Es ist eben der Friede des conductus für gewisse Strassen einzelner Rechtsgebiete ipso iure gewährt worden, während man sich ursprünglich in denselben einkaufen muss. — Daraus erklärt es sich, wenn gewisse Strassen als stratae mercatoriae unterschieden werden und für sie die königliche, oder gräfliche

---

Aber es wäre leicht denkbar, dass doch das Recht von Soissons auch für die Höhe der Busse beachtet würde und dann könnte auf die ursprüngliche Gestaltung der Chaucie daraus kein sicherer Schluss gemacht werden.

1) So in dem Recht von Bapaume, das wohl ausschlaggebend. Aehnlich aber auch in Paris: nach É. Boileau II 7 wird das peage erhoben beim Ueberschreitung des petit pont; bei Ueberschreitung der Pariser Bannmeile verfällt noch ein conduit, aber an dem Markttagen überhaupt nicht und an den übrigen Tagen nur wenn kein tonlieu gezalt d. h. nichts verkauft ist (II 7 § 19). — Im Recht von Sens wird barrage und conduit unterschieden. — Dieselbe Scheidung zwischen der Schutzabgabe (guidagium) und dem allgemeinen Strassenzoll in Südfrankreich (Molinier a. a. O. S. 172).

2) So schon im 12. Jahrh. in der Champagne für die Champagnermessen (Bourquelot Études sur les foires de Champagne in: Mémoires presentés — à l'académie des inscriptions t. V, 1 S. 325). Ol. I 621, XIV 1265: allgemeine consuetudo Franciae; der Schutz gilt nur für Tageszeit während derselben aber haftet der Zollberechtigte den überfallenen Kaufleuten für Schadensersatz. — Beaumanoir XXV § 1.

3) Lasteyrie C. de Paris n. 269 1113 euntes vero sive redeuntes ad feriam in conductu nostro recipimus. — Charta pacis Valencenensis § 1 (Ausgabe bei Warnkönig. Von der Wichtigkeit der Kunde des Rechtes — der belgischen Provinzen S. 35 fd. vgl. unten). Ord. XI S. 197 (erste Hälfte des 12. Jahrh.) Communalcharte von Mantes § 4: quicumque pro mercato ad castrum venerit, ita omnino ire et redire quietus permittatur, ut numquam vel in adventu vel in reditu ab aliquo disturbetur; ebenso Ord. XI S. 225 § 6 (Chaumont); XI S. 254 § 4 Pontoise. Ord. I S. 10 § 10 (Bourges). Luchaire Louis VII n. 301: nundinarum ad quas quoscumque homines venientes et redeuntes in conductu regie securitatis suscepimus. Urk. für S. Pierre de Ferrières (nouv. revue hist. du droit franç. et étr. 1884 S. 533 § 14, 1181). Ord. XI S. 296 § 4 1210 (Bray) omnes qui ad forum venerint eundo et redeundo et omnes illi de Communia per jus in conducto nostro ac protectione sunt. Roisin Lille S. 338 (1296). —

4) Charte von Valenciennes § 1. Charte v. Mantes (N. 3) § 5; Charte von Amiens (Thierry I S. 109) § 8 und daraus die Communalcharten des Ponthieu.

Gerichtsbarkeit vorbehalten ist, so dass sie als viae regiae erscheinen[1]). Es tritt hier auf dem flachen Land derselbe Vorgang undeutlich auf, der sich mit voller Schärfe in der Stadt wird verfolgen lassen: aus dem Schutz und der Gerichtsbarkeit über die Kaufleute entsteht ein Rechtsschutz der Orte, wo sie sich aufhalten. Königsfrieden gewährt der conductus. Denn auf dem Ueberfalle steht Königsbann oder Wergeld oder gar Lebensstrafe[2]). Ausserdem haftet der Geleitsherr bei Beraubungen für Schadensersatz[3]). Seit dem 12. Jahrhundert tritt dann vielfach für diesen conductus der Schutz der Communalmitglieder und Kaufleute durch die Commune auf[4]). —

Der conductus hebt sich deutlich von den übrigen Strassenabgaben weg. Unter den Bezeichnungen der letztern ist gleichen Sinnes vinagium, pedagium, traversum; calceata davon verschieden und schwankend rotagium. Wenn das letzte wirklich in Gegensatz zu pedagium steht[5]) und nicht bloss als Weinzoll gemeint ist, so müsste es mit calciata zusammenfallen.

Dass pedagium durch Königsbann gedeckt ist, ist mehrfach bezeugt[6]) aber in späten Quellen. Aelter ist die Nachricht, dass auf timonagium 7½ (5) sol. steht, einmal auch auf der calciata, wiewohl Beaumanoirs Nachricht nicht sicher altes Recht gibt, und dann vielleicht auch auf rotagium. So hätte man eine

1) Wauters S. 249. Recht von Dinant v. 1060: via regia que vulgo dicitur Pirgus — ad suam pertinent justitiam; an pirgus klingt an: (Guérard Cartulaire de Notredame de Paris II S. 326 1139 Vermandie) via publica que dicitur pegium. Calmet I pr. col. 467. Toul 1069: Stratam publicam et metas debet custodire comes. Gallia christ. I. XIV col. 73 (1073): der Graf behält sich auf dem Grund von Marmontier in Tours 4 Wege für Kaufleute vor. Teulet I n. 1465. 1221 magnae stratae mercatorum per aquam et terram sunt ducisse et comitisse (der Champagne). Hierher gehört auch das später zu erwähnende Geleitsrecht der Herzöge von Lothringen.

2) Das erste und letzte im Frieden von Valenciennes § 1, § 2, § 4, § 5, das erste (60 s. oder für Edelleute 60 L) bei Beaumanoir XXX § 16. — 2. Keure v. S. Omer v. 1168 § 23 (Giry n. 14 S. 488) Wergeld. — Noch die Somme rurale des Bouteiller II t. 39 (Ausgabe v. 1604 S. 859) verlangt wegen des leisesten Schlages auf chemin royal 60 sol. und wegen des kleinsten Strassenraubs den Tod am Galgen (S. 867).

3) Vgl. S. 388 N. 2. Privilèges et coutumes des foires de Champagne (Bourquelot a. a. O. 1 S. 320 und wohl auch Calmet histoire de Lorraine II c. 468 1250.

4) Z. B. Charte v. Soissons Ord. XI S. 220 § 8. Charte v. Laon Ord. XI S. 185 § 2 als Vertreter grösserer Gruppen.

5) Vgl. S. 381 N. 2.

6) Ausser von Beaumanoir (S. 13 N. 5) auch in den Établissements de Saint Louis I c. 148 fd. Bouteiller Somme rurale S. 865 (1604) bezeugt das gleiche für „vinages et portenages".

kleinere Abgabe durch kleinen Bann und eine grosse Abgabe durch grossen Bann gedeckt. Sicherlich soll die calciata zum Strassenbau verwendet werden. Aber ob sie desshalb allenfalls mit der Dorfgerichtsbarkeit verbunden ist, während nachweislich das pedagium dem Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit zukommt [1]), wiewohl sich auch hier Ausnahmen bilden, ist nicht zu sagen. Das pedagium scheint endlich eine Abgabe nur von den Kaufleuten und wird in ziemlich weit auseinanderliegenden Zollstätten erhoben [2]); die calciata ist vielleicht eine Abgabe von dem Lokalverkehr. Das alles ist nur unsicher und in blosses Vermuten gerät man, wenn man das pedagium an die römischen portoria, calciata oder rotagium dagegen an das vectigal rotarum der Römer anknüpfen wollte. Denn über das Verhältniss der römischen Abgaben wissen wir selbst nichts. — Im Ganzen freilich ist das Recht des Strassenzolls römisch, aber im conductus tritt ein wichtiges allmählich das ganze Strassenrecht veränderndes fränkisches Element ein.

II. Schifffahrtsabgaben. Einige Ausdrücke zunächst auf den Strassenverkehr berechnet bedeuten wie erwähnt manchmal auch Abgaben von der Schifffahrt: so roagium, pedagium, transversum, viagium. — Besondere Bezeichnungen für letztere sind navaticum, cespitaticum [3]), ripaticum, vultaticum, passionaticum (passagium) [4]).

---

1) So nach Beaumanoir XXV pass. bes. § 4; aber er kennt schon ein besonderes Strassenrecht und das dem entsprechende Lehen der voirie. — Man hat nun mit dieser voirie die viaria oder viatura zusammengebracht, es ist aber von Luchaire (Inst. 1 S. 217; auch schon Brussel usage général des fiefs S. 729—754) nachgewiesen, dass die Worte häufig auf vicarius zurückgehen (für viatura Guerard cart. de Notredame II S. 154 1186 viatura de Andresi = vicecomitatus); deutliche Belege für viaria voirie im Sinn von Beaumanoir finden sich früher nicht. Dagegen aber allerdings eine besondere justitia chemini: Varin Reims I S. 500 1215 justitia — et banno ejusdem calceate penes ecclesiam remanentibus; Ol. I S. 120 VII; I S. 295 III.

2) Für das erste Établissements de Saint Louis I c. 148 fd. — Für das zweite Ol. II 519 1310: auf den grossen Strassen nach Flandern wird pedagium gezalt in Bapaume, Roye, Compiègne, Crespy im Valois. — Bouteiller Somme rural I, t. 68 S. 405: die Edelleute zalen kein peages.

3) Cespitaticum ist sicher eine Schifffahrtsabgabe nach der oft erwähnten Urkunde für Tournus in S. 380 N. 5 die Existenz von Schiffswegen, manchmal gepflasterten, steht fest (Miräus S. 278 1131 der Pfad hier marc.; Lacomblet I n. 474 1180: in ripa que linpat dicitur).

4) Vultaticus deutlich Schifffahrtsabgabe in der bestrittenen Urk. Dagobert I. für S. Denis v. 632 (Pertz dipl. S. 140) de illos navigios de unaquaque quarrada denarios 12 et vultaticos et passionaticus. — passionaticum (passagium) ebenda; Hilgard Speierer U. B. n. 36 (1226); indifferent Calmet II S. 420 1213; Roisin S. 235. — Aus Établ. de Saint Louis I c. 150 ergibt sich, dass

Dabei scheint navaticum und passagium die allgemeine Abgabe vom durchfahrenden Schiff, ripaticum, vultaticum, cespitaticum eine Abgabe vom anlandenden.

Nach karolingischen Bestimmungen sollen von den Schiffen an den gewöhnlichen Landungsstellen keine Abgaben erhoben werden[1]). Thatsächlich kommen sie doch vor und es hat sich ähnlich wie im Landverkehr auch eine direkte Verpflichtung anzulegen und auszuladen gebildet[2]). Gedeckt ist das Flusszollrecht gleichfalls durch Königsbann[3]).

§ 3. Marktabgaben.

Für die Gestaltung des Marktrechts sind die Umsatzsteuern entscheidend. Dieselben befassen zwei Gruppen: die Gebühr für den (obligatorischen) Gebrauch des öffentlichen Masses und die Besteuerung des Veräusserungsgeschäftes; das letztere ist teloneum. — Die Abgaben stammen, wie später genauer entwickelt wird, aus dem römischen Recht, wie das ganze System der indirekten Steuer überhaupt und sind eine Abgabe des öffentlichen Rechts. Desshalb müssen sie scharf unterschieden werden von der Abgabe aus den Gewerbebetrieben der Grossgrundherrschaft, welche möglicherweise dafür dann wieder ein Monopol erlangt haben, so, dass überhaupt oder für bestimmte Zeit anderen der Gewerbebetrieb untersagt, verbannt ist. Der Bann kann dann je nach der Person des Grundherrn der grosse Königsbann sein, der in nachfränkischer Zeit Gerichtsbarkeit geworden ist, oder der kleinere Bann von 5 sol. — Die beiden Gebiete berühren sich aber in der hansa (conductus, achat du metier) der Abgabe, welche bis in das 13. Jahrhundert von Händlern gezalt wird und werden muss, die so die Rechtsstellung der königlichen Kaufleute erlangen.

---

passage jede Zollstätte am Fluss bedeutet — was vultaticum heisst, darüber gibt es nur Vermutungen. Am nächsten liegt m. E. volta, das Gewölbe, Keller. Damit stimmt es überein, wenn in Paris der Seinezoll von dem nicht zum Verkauf bestimmten Wein erhoben wird, entweder bei weiterer Versendung oder bei Einlagerung in den Keller. — In Amiens wird ein caiagium gezalt (Thierry I S. 57 fd.). — Eine selbstverständliche Abgabe sind die esclusatica (Gallia chr. XIV col. 32 844; Waitz IV S. 61), rätselhaft die in Gall. chr. XIV col. 32 erwähnten retiatica. — Hierher gehört auch noch manchmal das obenerwähnte portagium.

1) Cap. n. 143 § 1.

2) Vgl. ob. S. 384 N. 4.

3) Zollrecht von Coblenz 1209 (Beyer U. B. II n. 242; Établ. de S. Louis I c. 150 ist ausserdem der Verlust des Nachens erwähnt.

Soweit diese Abgabe gezalt werden muss, damit der Gewerbebetrieb überhaupt begonnen werden kann, begründet das dann hier ein Monopol königlicher Betriebe. Die Sache selbst wird erst unten genauer erörtert werden[1]).

---

1) Als solche Gewerbe kommen in Betracht Mühlen (z. B. Guiman Arras S. 346 [Mühlenordnung], Varin Reims I S. 474 [1208], Ét. de Saint Louis I c. 111); Backöfen Lasteyrie C. de Paris n. 159 (1110), Luchaire Louis VII n. 463 (1162—1163), Quantin C. de l'Yonne II 314 1181; Brauereien (Grutae) Böhmer acta inedita n. 75 1109, unter den kirchlichen officiales sind bracedarii; Piot cartul. de Saint Trond I S. 52 1139, S. 71 1146, Warnkönig II n. 134 1226, (Ardenberg); dann die zahlreichen Stellen, wo herrschaftliche Cambae erwähnt werden (z. B. Miräus IV S. 539 1226); manchmal wird die Brauerei zu einem Vorrecht der Schöffen; Metzgerei Lacomblet I n. 123 989 (Aachen): Miräus I S. 660 1040 Wauters S. 41 1182 Nivelles, Lasteyrie C. de Paris I n. 329 1147, S. Riquier S. 203 n. 2831, Raynal Berry II S. 569 1212 (Bourges). — Vereinzelt Walkmühlen: Gallia christ. XIV col. 133 1145. Mans, Luchaire Louis VII 1172. — Unter die Gewerbemonopole gehört dann auch das mit Münze verbundene Alleinrecht des Münzherrn bzw. seiner officiales auf concambium z. B. Lacomblet U. B. I n. 412 1166 (Aachen) Boos Wormser U. B. n. 80 1165 Wormser Münzerrecht, Wauters S. 41 1182 Nivelles, das bei Bourquelot histoire des foires de Champagne II S. 134 erwähnt, Warnkönig fl. St. u. R. G. II n. 95 (1285). — Das wichtigste Bannrecht aber ist der Weinbann, den der Bannberechtigte namentlich zu Gunsten seines eigenen Produktes erlässt, das in herrschaftlicher tabernae verkauft wird: z. B. Teulet I n. 75 1141 Tours pro tabernariorum depositione; Ord. XI S. 190 1141 (Bourges), Calmet I col. 533 1112, I 539 1116 (bei Toul). Die Verkündigung dieser wie aller Bänne erfolgt durch die precones, gehört zur crieria. (Urk. v. 1141 für Bourges. — Quantin C. de l'Yonne II n. 433 [Ende des 12. Jahrh.] Chablis). Delisle restitution d'un volume des olims bei Boutaric actes du Parlement (Delisle olims) n. 496 1282: jus preconizandi, clamandi vina, edicta faciendi et alia quae dominationis existunt. Die praecones sind es dann auch, welche die herrschaftlichen tabernae betrieben (Urk. f. Bourges v. 1141 cit.; Ord. I S. 16 § 6 (Orleans) 1168 tabernarii et preconarii vinum non emant Aureliis, ut ibidem revendant in tabernis. Wollen private Wein verkaufen, so müssen sie, namentlich die Wirte, das öffentlich verkündigen lassen und sich dazu dann eben auch der precones bedienen: so lässt sich kontroliren, dass jetzt gerade kein Weinbann besteht oder der Bannherr den Verkauf gegen eine Abgabe zugelassen hat. Die crieurs bilden schliesslich eine Zunft mit dem ausschliesslichen Recht zur crierie des Weins gegen eine Abgabe an den König (über die Gestaltung in Paris Boileau I 5 und Lespinasse in der Einleitung S. 21; genauer auch Aachen [Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler S. 38 f. 1273]). Aus den Weinbann erklären sich auch Preistaxen des Weins: Ol. I S. 97, X 1259 es darf von privaten verkauft werden wenn der Bannherr über einen gewissen Preis verkauft; vielleicht gehört hierher auch das Pariser Recht (Boileau I 5), dass der crieur, welcher eine Wirtschaft ohne andern crieur findet, den Wein ausrufen kann au fuer lou Roy. Anderemale, namentlich da wo die Preisbestimmung des Weins durch die Schöffen geschieht, da geschieht dies im allgemeinen Interesse (z. B. Giry S. Omer S. 503 § 17). Ueber diese Banngewerbe

A. Massabgaben. Schon in der Römerzeit werden öffentliche Masse aufgestellt[1]) und von Kaufleuten regelmässig benutzt[2]). In der fränkischen Zeit steht das öffentliche Mass unter Aufsicht des Grafen[3]) und wird eine Abgabe für den Gebrauch derselben erwähnt[4]). Hinterher erscheinen die Händler bei grösseren Objekten[5]) zum Gebrauch des Masses verpflichtet[6]). Verletzungen des Massrechts werden mit Königsbann belegt[7]). Ob die Verpflichtung zum Gebrauch schon in die altfränkische Zeit zurückgeht, ist nicht direkt zu erweisen; die Existenz einer Massabgabe spricht dafür, weil davon Befreiungen erteilt werden. Diese Befreiungen treten auch im nachfränkischen Recht auf allgemein oder für engere Kreise: in Paris bildet sich aus den gebühren-

---

(Waitz VIII S. 275 fd., Lamprecht deutsches Wirtschaftsleben I S. 999 fde), auch Sohm Entstehung der deutschen Stadtgemeinde S. 86 fd., die aber zu sehr den Zusammenhang mit dem Marktrecht betonen, während nur eine tatsächliche Berührung besteht. — Ueber die hansa oder achat du metier vgl. Abschnitt II. — Als Bann wird in den Quellen allerdings gewöhnlich der Königsbann erwähnt. Aber vereinzelt ist doch auch der kleinere Bann von 5 sol. (Abschnitt II § 4) angedeutet (Guimann S. 346; Luchaire Louis VII 361 1155—1156).

1) C. Th. XII 6, 19, 21.

2) Nov. Major. VII § 15 458: pondera quibus tam omnes exactor quam negotiator utatur; ein älteres Beispiel bei Godofred zu C. Th. XIV 4, 4.

3) Ed. Pistense c. 20.

4) Lasteyrie C. de Paris n. 34 829 neque ullas — exactiones inde exigat — preter mensuras in principali ecclesia Beati Germani et in ponte Parisius longo a tempore dispositas. Hierher auch der modiaticus: Gallia christ. XIV col. 23 813 für Tours (anders Waitz IV S. 61).

5) Daher der Ausdruck avoir des pois (Warnkönig I n. 33 1290 Recht v. Thourout; Histoire de Metz IV 1 S. 172). Für kleinere Quantitäten ist das Halten eigener Masse freigegeben und es werden dann nur diese privaten Masse öffentlich kontrolirt: z. B. (allerdings) für Rouen. Boutaric actes du parlement de Paris I p. CCCXXII 1253. — Recht von Amiens folgende N. — Vergl. auch S. 394 N. 1.

6) Quantin C. de l'Yonne II n. 240 1174. Varin Reims I S. 517, 518 1221; S. 744 1253 (Schöffenurteil). Ol. I S. 37 XVII 1258 Etampes: Ol. II S. 112 IV 1278 Beauvais. Boileau I 3 § 2. 2. Coutume v. Amiens § 86—§ 95 (Thierry I S. 173 fd.). Kölner Ratsverordnungen in Ennen und Ekertz Quellen zur Geschichte der Stadt Köln I S. 110, S. 113.

7) Varin Reims I S. 394 1182 si quis sesterlagium nostrum asportaverit vel detinuerit forisfactum nobis pro 60 sol. emendabit. Arbois Champagne III n. 118 1153, volo. quod nullus de cetero a riparia Durtani in toto burgo absque consensu prioris predicte ecclesiae habeat mensuram ad mensurandum bladum — sub pena confiscationis ejusdem mensure et 60 solidorum. — In Bourges kommt allerdings auch der Satz von 5 sol. vor: eine Folge der allgemeinen Herabsetzung? Ord. XI S. 223 § 11 (1181).

freien eine besondere Genossenschaft von Grosskaufleuten, die mercatores ponderis[1]). Wo die mensura aufgehoben ist, kann das teloneum beibehalten werden; häufiger bleibt bei Befreiung vom teloneum die mensura[2]).

Gewöhnlich wird das Recht bezeichnet nach den einzelnen Arten des Masses. Als Hohlmasse werden erwähnt: mina, sesterlagium, seltener tonellus, boisellus; die entsprechenden Abgaben — meist in Naturalien: Getreide, Wein etc. — sind minagium, sesterlagium, tonagium, boissellagium[3]). Am Mittelrhein gehört vielleicht stuofchorn in diese Reihe[4]). Eigentümlich verhält sich der Wein. Einigemal wird an eine Massabgabe von Wein gar nicht gedacht; der Detailverkauf (ad mensuram, ad brocam) für welche ein teloneum, das unten genauer zu besprechende foragium in seiner Hauptanwendung besteht, scheidet eigentlich aus, und der Verkauf im grossen kommt nicht überall vor. Wo er sich aber findet, erscheint sofort auch die Massabgabe als tonna-

---

1) Ord. XI S. 190 1141, Ord. XI S. 228 § 11 1181 für Bourges; Varin Reims I S. 435 1203 I S. 705 (1248); Delisle olims n. 369 (1279) allgemein. — Die mercatores ponderis sind aufgezält Ol. II S. 279 I (1281): sie sind von der Abgabe auch über den Betrag von 24 L. hinaus frei (auch Ol. I S. 330 XVII). Daraus ergibt sich, dass in Paris gerade wie in Rouen die gewöhnlichen mercatores bis zu 24 L. frei sind.

2) Aufhebung der mensura, nicht des teloneum: Thierry S. 15 1187 (Abbeville). — Aufhebung der teloneum, nicht der mensura: Lacomblet I n. 424 1166 (Utrecht-Duisburg); Warnkönig II n. 8 C. § 22 § 23 (Gent 1199) u. öfters.

3) Mina und minagium allenthalben z. B. Varin Reims I S. 259 1109; Ord. XI S. 177 1115 (Beauvais), S. 183 § 4 (1123) Etampes; Flammermont histoire des institutions municipales de Senlis S. 157 (1157); Quantin cart. général de l'Yonne II n. 314 1181. — Sesterlagium namentlich in der Gegend von Reims: Varin I S. 306 1143, I S. 394 1182; I 404 (1183); aber auch Lefranc Noyon S. 208 (1203). Guiman Arras S. 194. — tonagium in Arras (Guiman S. 169): idem pro tonagio ab hiis. qui theloneum debent, ab illis qui non debent, 1 obol; vielleicht auch Roisin Lille S. 318 1285. — boissellagium Gallia christ. XIV col. 134 1145 (Mans).

4) Hierüber Waitz II 2 S. 253 fd.; IV S. 111, 115; Schröder R. G. S. 188; Brunner II S. 236 . . die stuopha — der Stauffen — ist freilich eine allgemeine Massbezeichnung (Lacomblet I n. 477 1181 stophus vini) und kann so auch auf Grundabgaben angewendet werden — der Königsscheffel —, wobei sehr früh dann auch sprachlich gar nicht hierher gehörige Leistungen eingerechnet werden. Aber speziell stuofchorn in den Wormser Urkunden (Boos n. 22 856? n. 28 898) ist wohl keine Grundabgabe, denn in Urk. 28 erscheint der census noch besonders und stuofchorn steht beidemal zusammen mit moneta und teloneum. Es könnte sehr wohl das Korn für den öffentlichen Stauffen sein.

gium, sesterlagium[1]). Dagegen ist dieselbe ausserordentlich häufig von Getreide, Salz erhoben[2]). — Die Gewichtsabgaben treten als pensum, pondus auf, isolirt manchmal das Wollpfund und Leinpfund[3]). Seltener belegt ist — in Städten mit grossen Tuchmarkt — die herrschaftliche Elle[4]). —

Inhaber des Massrechts ist der Stadtherr, also der Graf (König) oder in einigen Fällen der Bischof[5]). Allein durch die Auflösung der Grafenrechte ist auch die mensura vielfach für sich allein oder mit andern Rechten veräussert worden. Einigemal aber nicht so häufig als man aus modernen Vorstellungen heraus sich wohl denkt, haben kommunale Körper mensura erworben[6]). — Die tatsächliche Aufbewahrung und Gewährung des Masses geschieht durch servientes des Stadtherrn[7]); gewöhnlich sind die praecones[8]) gleichzeitig minarii[9]), ponderarii[10]), mesureurs[11]).

1) In Paris wird der Wein wie alle Flüssigkeiten, die in Fässern verkauft werden, gemessen (jaugier) und desshalb für jedes Fass — gross oder klein — eine Abgabe gezalt (E. Boileau I 6), das gleiche tritt schon in älteren Quellen hervor: Guiman Arras S. 167: si venditur vel emitur vinum ad exequationem id est probationem de unoquoque tonello debet venditor 2. den. et emptor 2 den.; Amiens (Thierry I S. 83) qui vent vin si doit de chascun mui 1 maaille et 2 deniers por la carete 1 de sesterage et 1 d'aforaige.

2) Für Getreide S. 394 N. 3 dann Luchaire Louis VII n. 592 (Compiègne); Ord. XI S. 243 1186 (Compiègne) Gallia christ. X S. col. 52 (1201). — Salz: Ord. I S. 17 § 13 (Orleans).

3) Quantin Cart. de l'Yonne II n. 198 1170, II n. 240 1174 (Troyes); Amiens (Thierry I S. 75) de la laine du pesage chascune pesée doit . . .; Abbeville (Thierry IV S. 13 f. 1187). Warnkönig II n. 8 C. § 22 § 23 1199 Gent. — Paris: Boileau I 51 § 9, I 53 § 7, II 25 § 11.

4) Delisle Olims. n. 395 (1279) Noyon. É. Boileau I 80 § 2 Paris. In der wichtigen später noch zu erwähnenden Ordnung der Tucher von Reims sind die 8 magistri die alneatores: Varin. Reims I S. 1072 fd. 1292.

5) In der fränkischen Zeit wird freilich einmal eine allgemeine Aufsicht des Bischofs über forum und mensura erwähnt (cap. 12 Soissons 744 § 6; Waitz IV S. 54), aber wenn man das ganze Capitular betrachtet, so handelt es sich allemal nur um ein seelsorgerisches Einschreiten und so hier um kirchliche Einwirkungen auf Ueberteuerung; noch später gehört falsa mensura, wie Meinkauf überhaupt zur Synodalgerichtsbarkeit: Köln Ennen Quellen II S. 382 c. 20.

6) In Paris die Hansa: (Ord. XI S. 309 1220, Boileau I 4) mit der crieria und der niederen Gerichtsbarkeit. — Die Communio erwirbt das Recht z. B. in Compiègne (Ord. XI S. 243 1186); Senlis: eine Urkunde fehlt hier, die Sache ist aber erwähnt Ol. III S. 603 und in den Stadtrechnungen bei Flammermont Senlis S

7) Z. B. Ord. XI S. 177 1115 für Beauvais. Varin Reims I S.
Vgl. unten die Kölner Richerzeche (S. 454 f.).

8) Ord. XI S. 188 1137 (für Etampes), Ol. I S. 87 XVII f
S. 190 1141 Bourges.

9) Urk. f. Beauvais in N. 70 Ol. II S. 580 (1311)

Wichtig ist das herrschaftliche Mass insbesondere für den Kauf auf dem Markt[1]) und so versteht es sich, dass bei Errichtung eines neuen Markts ein besonderes Mass gewährt wird[2]).

B. Teloneum. I. Die eigentliche Verkaufsabgabe ist das teloneum, tonlieu. Schon im spätrömischen Recht ist wegen der Verkaufsabgabe — hier siliquaticum genannt — der Kauf überhaupt auf den Markt beschränkt[3]) und der gleiche Satz tritt in fränkischer Zeit wegen des teloneum hervor[4]), so dass man schon aus diesem Grunde die Abgaben für dasselbe halten muss.

---

10) Warnkönig flandr. St. u. R. G. II n. 8 C. § 22 § 23.

11) So Paris ob. N. 6.

1) Manchmal findet sich eine ausdrückliche Beschränkung des Massrechtes für den Kauf auf dem Markt, während es auf den Wochenkauf nicht bezogen ist (Ord. XI S. 183 § 4 1123 Etampes).

2) Varin Reims I S. 259 1109 weil die Abtei S. Remi ihren eigenen Markt hat, besitzt sie auch besonderes minaticum. — Beyer, U. B. I n. 263 992, I n. 332 1050 Wasserbillich. Das hier gebrauchte Mass ist mensura Trevirensis.

3) Schon Rathgen die Entstehung der Märkte in Deutschland 1881 S. 5 hat den Marktzoll aus dem römischen Recht abgeleitet, aber irrigerweise auf die centesima rerum venalium (Cagnat [S. 382 N. 2] S. 227 etc.) gewiesen. Brunner R. G. II S. 240 hat dann mit Recht auf das spätrömische siliquaticum aufmerksam gemacht, ohne aber einen bestimmten Satz aufzustellen. Entscheidend ist nov. Theod. XXVII § 5: es sollen wegen des siliquaticum in den provinciae und urbes einzelne oppida und regiones zum Markt nach Ort und Zeit fest bestimmt werden. Siliquaticum wird auch flüchtig im justinianischen Recht erwähnt (C. J. IV 32, 26, vgl. auch C. J. XII 19 4), kann aber hier sowenig als im spätern byzantinischen Recht Bedeutung gehabt haben, weil es sonst wohl nicht vorkommt. — Dagegen muss die Steuer im Abendland sich kräftig ausgebildet haben; nach Cassiodor II 26, III 25, IV 19, V 31 (Migne) wird ein eigener Siliquatarius ernannt, der zu den viri illustres gehört; eigentümlich — fast an den späteren Castellanus erinnernd — ist es, dass er in V 31 auch die Ansicht über die Festungswerke hat. — Schon vor der Einführung des siliquaticum bedarf die Markterrichtung öffentlicher Genehmigung (cf. Wilmanns in Ephemeris epigraph. II S. 279, 280); der Markt geniesst dann aber das Privileg, dass anderweitige Schulden gegen den Kaufmann auf dem Markt nicht geltend gemacht werden können (C. J. IV 60) — ein Satz, der im spätern Recht wieder auftritt. — Ganz anders Sohm Entstehung des deutschen Städtewesens S. 86.

4) Ausschlaggebend Cap. n. 143 de functionibus publicis c. 1, das wegen c. 5 besonders für das Gebiet des salischen Rechtes in Anspruch genommen werden darf: quod si aliquis constituta mercata fugiens, ne teloneum solvere cogatur et extra praedicta loca aliquid emere voluerit et hujusmodi inventus fuerit, constringatur et debitum teloneum persolvatur. Urkunden bestätigen die praktische Geltung des Gesetzes: vielleicht schon für die merowingische Zeit die erwähnte Urkunde für S. Denis von 629 (Pertz dipl. S. 141) Et volumus et expresse jubemus, ut nullus negociator in propago Parisiaco audeat negociare nisi in illo mercato, quem in honore S. Dionysii constituimus et ordinamus. Für die karolingische Zeit allenfalls die Urkunden für S. Vaast in Arras: in einer unechten Papsturkunde aus Merowingischer Zeit wird der Kirche verliehen in pago

Der Marktzwang um der Marktsteuer willen ist auch noch in der nachfränkischen Zeit die Grundlage. In voller Schärfe lässt er sich während der Marktzeit selbst nachweisen. Auch die ausserhalb des Marktorts wohnenden Händler sind in den Quellen einigemal verpflichtet, den Markt zu beziehen, d. h. wenn sie während dieser Zeit überhaupt verkaufen wollen, müssen sie zu Markt fahren [1]). Insbesondere aber ist während des Markts — Jahr- wie Wochenmarktes — am Marktort selbst den einheimischen und ortsfremden der Verkauf ausserhalb des Marktplatzes verboten: also insbesondere der Verkauf ad fenestram, oder wie es oft heisst à l'ostel [2]).

Attrebatense — omne teloneum ex mercato; aus den echten Bestätigungen der Karolingerzeit folgt aber, dass damit eben nur der Markt in Arras gemeint ist (Guimann S. 23—44).

1) Ord. XI S. 210 § 8 1178 in Orleans erst jetzt die Notwendigkeit für die homines forinseci (forains in der alten Uebersetzung) beseitigt. — Lacomblet I n. 412 1166: es ist eine Ausnahme, dass während der neuen Jahrmärkte in Aachen die Kaufleute der Nachbarorte auch ausserhalb Aachens handeln dürfen. — Boutaric actes du parlament de Paris I S. CCCXXI n. 34 (1248—1251): den draparii von Paris ist während des Landit in S. Denis der Verkauf in Paris sowohl in den Hallen als ad fenestram verboten. Warnkönig I n. 38 1290 während der grossen flandrischen Messen dürfen in ganz Flandern die Kaufleute nur auf der Messe handeln. — Nicht hierher gehört die Verpflichtung der „17 Städte" zum Besuch der Champagner Messen (Bourquelot a. a. O. I S. 135). — In Deutschland ist der Satz teilweis beseitigt durch statutum in favorem principum 1231 (Leges II S. 282): quod nova fora antiqua non possint aliquatenus impedire. Item ut nemo cogatur ire ad aliquod forum invitus.

2) Bourquelot histoire de Provins II S. 379 1137; S. 387 1164: ea quidem conditione ne alicui omnino mercatorum ultra fines praescriptos liceat hospitari vel merces suas sive equitaturas alicubi transferre, donec omnia impleantur hospitia, sicque tunc demum in foro novo liceat hospitari mercatores, qui superabundaverint. Ubi etiam concessum est merceriis hospitari et merces suas venales exponere; in veteri quoque foro nummularii, ut consueverunt, residebunt. — Guérard Cart. de Notredame de Paris I S. 301 1208 (Recht von Brie Comte Robert). Hier ist ausnahmsweise für das kirchliche Gebiet das Offenhalten der stalla und der Verkauf ad fenestram noch während des Marktes gestattet. — Nouv. revue du droit français 1884 S. 541 1224 judicatum est, quod halle ille, quas dictus abbas edificaverat, de jure cadere debebant et quod nullus poterat in terra illa de Puteolis vendere in die mercati nec in fenestris nec in alio loco; in aliis vero diebus poterat qui volebat vendere in fenestris tantummodo et non alibi. — Recht von S. Dizier in der Champagne von 1228, herübergenommen aus dem Recht von Ypern (bei Beugnot Olims II S. 702 fd.) § 30: item non licebat in die mercurii alicui aliquid vendere in stallis nec fenestris nisi in communi foro. — Boileau I 22 § 7, I 25 § 7, I 42 § 6 § 8, I 87 § 25: ausnahmsweise ist gewissen einheimischen Gewerbetreibenden der Verkauf im hotel auch während des Marktes gestattet; es sind Gewerbetreibende, deren Betriebe entweder überhaupt nicht zollpflichtig sind oder welche die Pflicht durch Bezahlung eines Aversum abgelöst haben. — Warnkönig I 38 1290 (Roisin I

Im übrigen tritt anscheinend schon in fränkischen Quellen ausserhalb der Marktzeit ein Verkauf hervor, der sich auf dem Land und in der Stadt verschieden gestaltet, aber immer darauf hinweist, dass es sich damit um etwas nur geduldetes handelt. —

Für das Land kommt zunächst in Betracht, dass die Verpflichtung zum Marktbesuch allem Anschein nach sich allmälich auf die bannileuga der Marktansiedelung beschränkt. Direkt lässt sich das nur einmal beweisen; aber es ist das Zollrecht und Massrecht auf diese Bannmeile begrenzt und das wird dann wohl von selbst auch auf die Verpflichtung zum Marktbesuch zu beziehen sein, die ja nur im Zollrecht ihren Grund hat[1]). — Uebrigens ist aus solcher Beschränkung nicht etwa der Begriff bannileuga entstanden, der, wie sich unten ergeben wird, ein weit ursprünglicherer vom Marktrecht ganz unabhängiger ist. — Consequent ist es, wenn man nun nicht selten in Landorten das Vorkommen eines besondern Zolles von den dort geschlossenen Verkäufen findet[2]), denn dahin und nicht allenfalls auf Beseitigung der Zollpflicht geht es, wenn die Marktpflichtigkeit wegfällt. Ueber die Erhebungsform dieser Zölle sind wir natürlich sehr wenig unterrichtet; aber doch wird einmal erwähnt, dass der Zoll fällig

S. 158 I), hier ist den Einwohnern während der flandrischen Märkte der Tuchkauf ausserhalb des Marktes gestattet aber nicht den Fremden.

1) Deutlich besonders die Urkunden von Noyon: Lefranc Noyon S. 178 (901), S. 180 (988), Gallia christ. X Instr. col. 365 (1050): concessimus ergo illis theloneum, quod ubique in toto procinctu urbis Noviomagensis regali ditione possidebamus cum omni videlicet judiciaria potestate omnique integritate excepto annali mercato usibus episcoporum deputato; zu procinctus Lefranc Noyon S. 204 1195 in tota civitate Noviomensi sive in toto procinctu civitatis. — Raynal Berry II S. 542 1168: die leidae (vgl. S. 415) beziehen sich auf die in der septena von Bourges wohnenden Leute. — Ol. III S. 603, XCV. Senlis: erst von 1310, aber ältere Verhältnisse bezeugend. Das von der Commune Senlis — wahrscheinlich mit der prepositura — erworbene minagium erstreckt sich auf villa et banleuga ejusdem. — Die einzige direkte Stelle bei Warnkönig II U. B n. 81 1225 nundinas — quae extendunt in villa Yprensi et infra bannileugam villae Yprensis.

2) Duvivier recherches sur l'Hainant ancien S. 528 1123 villas terras et nemora abbatis cum justicia, banno, legibus et theloneo; ebda. S. 612 (1177): in einem kleinen Dorf wird ständig verkauft. Miräus I S. 248 (angebl. 863) teloneum in Lambres (Flandern). Miräus I S. 369 1142 Zoll im Dorf Warneston; I S. 523 1121 teloneum de Warmhout; II 821 1140 (Brabant): hier wird in der Regel (eine Ausnahme enthält die Urkunde) von Kornkäufen in allen oppida und villae ein Zoll erhoben; Beyer I n. 448 1122. Zoll in Gondorf bei Trier; Varin Reims I S. 385 1181 für das Dorf Fraillicourt: die Einwohner zalen in Zukunft 2 den. pro toneleyo, quos duos semel solvetis per annum de omnibus mobilibus vendendis vel emendis, ita quod sive vendatis aut ematis sive non, neque plus neque minus, sed duos tantum solvatis.

sei am Tag, nachdem Wagen oder Saumtier ausser Ort geschickt wird. Ob das etwas Allgemeines, ist nicht zu sagen[1]).

Die ursprüngliche Marktpflicht des weitern Landgebietes wird aber in sehr alten Metzer Urkunden nicht total beseitigt, sondern in der Art erhalten, dass in der Stadt Märkte geboten werden können — nundinae bannales — und zu diesen gebotenen Märkten die Händler erscheinen müssen, nicht ausserhalb — im „Gäu" — handeln dürfen[2]).

In diesen Zusammenhang gehört ein interessantes, aber unverstandenes Institut des französischen Rechts, der haubann. Die ursprüngliche Sprachform ist hasbannus, dann habannus, haubann, und daraus dann später nicht verständlich halbannus[3]).

Keinen direkten Aufschluss über die Bedeutung von hasbannus gibt es, dass er in Paris ursprünglich überall in Wein geleistet wird; an eine Abgabe vom Weinhandel kann schon desshalb nicht gedacht werden, weil die verschiedensten Gewerbe hasbannus zalen, die Bäcker z. B., die allerdings wohl vielfach Weinhändler[4]) gewesen sein mögen, nicht in Bezug auf ihren Weinhandel, sondern dafür, dass sie für den Einkauf von Getreide und

---

1) Willems codex diplomat. zu De brabantsche Yesten I S. 628 1226 Incourt. Das Recht ist allerdings dem von Löwen nachgebildet; aber einen Markt finde ich nicht erwähnt.

2) Calmet I col. 395 991 Metz: et quoniam has nundinas bannales esse censemus sollicite idem advocatus per se seu per civitatis castaldos provideät ne qui mercatorum maxime buchariorum se subtrahant quorum omnium super hoc forefacti (? -to) justitias feodi sui noverit esse supplementum.

3) Hasbannus: Lasteyrie C. de Paris n. 159 1110, 105 (1114), 281 (1140). Gallia christiana X col. 428 (1129), 440 1190 Senlis. — habannus: Flammermont Senlis U. B. S. 173 1208 für dieselbe Kirche wie die vorausgehenden Urkunden. — haubant: zuerst Ord. III S. 259 1182 § 4 Paris. — Daraus halbannus: in Paris in dem grossen Vergleich v. 1222 (Guérard Cart. de Notredame I S. 122 fd. = Gallia christ. VII col. 93 fd.), so dass man hier die Wortgeschichte deutlich verfolgen kann. Am frühesten tritt dies dann in der entscheidenden, noch zu besprechenden Urk. v. 1145 für Bourges auf (Ord. I S. 10 § 5), wenn hier überhaupt richtig gelesen ist. — Bei Ducange h. v. wird halbannus von heribannus abgeleitet, gerade für die Urkunde von Bourges v. 1145, davon aber der hauban getrennt. Dass das unmöglich, ergibt schon die bisherige Entwickelung. Dann tritt gerade in der Gegend von Bourges heribannus als harbannus auf (Raynal Barry II S. 516 1137). Namentlich jedoch ist halbannus in der Urk. v. 1145 nachweislich nur Verkehrsabgabe und kann unmöglich mit dem Heerbann zusammengebracht werden.

4) Z. B. Gallia christ. X col. 108 1120; noch jetzt in deutschfränkischen Gebieten weitgehend üblich.

Schweinen keinen besondern Zoll zalen müssen [1]). 1201 ist übrigens die Naturalleistung reducirt worden [2]). — Immerhin zeigt sich aus den Pariser Quellen durchweg, dass hasbannus eine Jahresabgabe ist [3]). In Senlis ist nun hasbannus sicher eine Abgabe der mercatores an den Stadtherrn, den König, der in den Urkunden dieselbe an ein Kloster schenkt, soweit sie mercatores betrifft, die auf den Grund des Klosters sitzen. Viel deutlicher lassen sich die mercatores hasbanati in Paris verfolgen. Hier fallen sie offenbar zusammen mit denjenigen Gewerbetreibenden, welche ihr „metier" vom König kaufen müssen [4]). Aber hasbannus

---

1) Boileau I 1 § 10.

2) Ord. I S. 25 (1201).

3) Z. B. Urk. v. 1182 S. 399 N. 3.

4) Dies ergibt sich aus der Aufzälung bei Boileau II 8 § 1—§ 11 mit § 22, § 13; hiezu ist zu bemerken: die marechaux sind gleichbedeutend mit allen Grobeisenarbeitern, also mit greifiers, hiaumiers, veilliers, grossiers, serruriers, couteliers (I 15 § 1, § 10, § 13); eine ähnliche allgemeine Bezeichnung ist febre. Die pelletiers, die nach II 8 § 9 haubanniers sind, aber unter den metiers du roi in II 8 § 13 nicht erwähnt sind, gehören doch, weil sie fripiers sind, zu denselben (I 75 § 25—27), ebenso kaufen die gentiers (I 88 § 1), die pescheurs de l'eaux le Roy (I 100 § 1) ihr metier vom König, und sind in der Aufzälung von II 8 § 13 lediglich vergessen. Die Metzger, die haubaniers, kaufen zwar das metier nicht, aber was noch mehr ist, es hängt bei ihnen die Verleihung der Gewerbsbefugniss ganz vom Belieben des Königs ab (so Boileau II 8 § 4), während sonst bei metier du roy die Befugniss durch Erlegung der Gebühr allgemein erworben werden kann. Vielleicht waren eine Zeitlang die Metzger den übrigen Gewerbe gleichgestellt, dann aber ist zu Gunsten der naturales carnifices, d. h. der gebürtigen Metzger jene intensivere Conzessionspflicht wieder eingeführt worden: so Lasteyrie I n. 428 1162. Eine Sonderstellung nehmen nur die Textilgewerbe ein: trotz Gewerbefreiheit zalen hier die foulons (II 8 § 11), tainturiers (I 54 § 8), hauban. — Umgekehrt sind mit einer Ausnahme alle Gewerbe, die vom König gekauft werden müssen, auch pflichtig zum hauban oder zu einer Jahresabgabe, die dieselbe Bedeutung wie hauban hat und offenbar nur desshalb nicht so bezeichnet wird, weil ihr Betrag etwas kleiner ist oder auf die Zunft als solche umgelegt wird. Haubann und achat du metier trifft zusammen bei Bäckern, Metzgern, Krämern, Grobeisenarbeitern, Sackler und Schustern, Weiss- und Rothgerber, Handschuhmacher (vgl. für die vier letzten Lasteyrie n. 417 1160), Pelz- und Kleiderhändler, Fischhändler. Eine dem hauban entsprechende, nur nicht so benannte Abgabe und achat du roi zalen: Geflügelhändler I 70, welche neben achat jährlich 4 d. zalen und dann keinen Zoll; Corduanarbeiter, wo neben dem achat der einzelnen die Zunft „pour une hueses au Roy" zalt, dafür aber Zollfreiheit besteht (I 84 § 13, § 15); Sattler, welche neben dem achat eine Gesamtzunftabgabe zalen et pour tout sont quites d'aler ou foires et eu marchies I 88 § 39. „tapissier de tapis nostrez haben nach I 52 § 1 Gewerbefreiheit, nach II 8 § 13 achat du metier, hier ist also die Quelle selbst für das ursprüngliche Verhältniss undeutlich. Lediglich die grosse

und achat du metier sind nebeneinander zu zalen: damit ist vor allem eine Erklärung abgeschnitten, auf die man sonst durch späteres leicht verfallen kann, dass es sich hier um eine Gebühr für Aufnahme in das königliche Banngewerbe handelt.

Vielmehr ist hasbannus eine Leistung, welche an die Stelle des Zolls von Käufen tritt und zwar im ganzen der Käufe, durch welche die Gewerbetreibenden ihren Bedarf an Rohmaterial decken, nicht ihrer gewerblichen Veräusserungen [1]).

Etwas ganz neues bringt nun aber das Recht von Bourges. Hier ist der hasbannus ein Gebot vom prepositus (Vertreter des Königs) oder vigerius gegeben, durch welches die rustici negotia sua amittant; desshalb kaufen sie den hasbannus ab und um dieser Leistung willen wird das Gebot häufig missbräuchlicherweise erlassen [2]). Näme man die Stelle für sich, so könnte man allenfalls denken, dass der hasbannus ein Verbot fremder Einfuhr zu Gunsten des einheimischen Handels bedeutet. Aber damit stimmt das Recht von Paris und Senlis nicht, nach welchem der hasbannus eine Fixirung und Erleichterung des Zolls gerade von den

---

Klasse der tisserands de lange — Wollweber — unter denen wesentlich auch die drapiers zu suchen sind, kaufen das metier (I 50 § 1), zalen aber keinen hauban, sondern Zoll von jedem grössern Quantum Garn, das sie ankaufen (I 50 § 48). Auch hier ist also das Textilgewerbe wieder besonders gestellt. Es erklärt sich das wohl daraus, dass derselbe spät aufkommt, in der Karolingerzeit jedenfalls noch nicht ein Mannsgewerbe in der Grundherrschaft ist (cap. de villis c. 45), sondern teils in Frauenhäusern (genecia: cap. de villis § 49), teils in den einzelnen bäuerlichen Haushaltungen betrieben wird (darüber Guérard polyptyque d'Irminon I S. 473, 622 fd., S. 717, 718; Schmoller die Strassburger Tucher- u. Weberzunft S. 357 fde; Lamprecht französisches Wirtschaftsleben S. 102 fd.). Erst nach Karl dem Grossen entsteht die Weberei, zunächst in Flandern und den angrenzenden Gebieten, wo schon früh grosse Schafzüchtereien sich finden, was dort zu der alten Steuer des multonagium Veranlassung gegeben hat. Es ist also nicht verwunderlich, dass sich das Gewerbe in die alte Ordnung nicht fügte.

1) Boileau I 1 § 10 (aus § 12, § 17, § 19, § 53), I 9 5, 10; I 15 § 7, § 8, I 54 § 7, § 8, I 76 § 22, § 25–30; I 77 § 1 vgl. vorige Note. — Dazu passt auch die allerdings unbestimmte Erklärung Boileau's I 1 7 hauban est uns propres nons d'une coutume asisse par laquelle il fu establi anciennement que quiconques seroit haubanniers qu'il seroit plus frans et paieroit mains de droitures et des coutumes de la marchandise de son mestier que cil qui ne seroit pas haubanniers.

2) Ord. I S. 10 § 5 1145 praepositus autem atque vigerius quotiescumque volebant, halbannum submonebant et villanos sese redimere coercebant de quo quoque praeceptum ab ipso (rege) est, ut illa redemptio halbanni remaneat et halbannum tantum ter in anno fiat, termino competenti, sine omni redemptione rustici sua negotia amittant et hoc consilio banorum virorum ipsius civitatis.

Materialien für den einheimischen Gewerbebetrieb ist und von den einheimischen Händlern selbst gezalt wird. — Die Lösung gibt ein Zolltarif für Bourges aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts[1]). Hier werden als Handelsartikel aufgezält: Fische, Vieh, Wachs, Wolle, Leder, Wein. Fische, Vieh, Leder, Wein werden aber nicht von fremden, sondern von Bürgern, die auswärts aufgekauft haben, eingebracht; nur bei Wachs wird ausdrücklich die Möglichkeit angenommen, dass ein fremder importirt, bei Wolle ist die Sache unklar. Die aufgezälten Gegenstände sind es, die im Frühmittelalter hauptsächlich am Markt gehandelt werden; nur Getreide und Brod ist nicht erwähnt[2]). Die meisten — ausser Wolle und Wachs — werden von den einheimischen Händlern selbst importirt, offenbar ein Gewerbsmonopol, wie es sich namentlich in Bezug auf Wein auch sonst häufig findet[3]). Bei solcher Sachlage können die Bauern nicht dadurch ihre negocia verlieren, dass ihnen der Zutritt zur Stadt versagt wird, sondern nur dadurch, dass den Händlern von Bourges zu bestimmten Zeiten versagt wird sich anders als auf dem Markt zu versorgen. Der hasbannus ist hier das zeitweise Verbot des Handels ausser dem Markt, was dann in Bourges die Händler zur Rückkehr aus dem Gau zwingt. Der Zusammenhang wird noch deutlicher, wenn man eine später besprochene Tatsache heranzieht, die Erhebung von Steuern (leidae) gerade in Bourges vom Verkauf ausser dem Markt. Aus irgendwelchen für uns nicht nachzuweisenden Gründen — vielleicht wegen des höheren Marktzolles oder im Interesse des Absatzes der königl. oder eigener Domänen des praepositus — wird ein solches Gebot erlassen ganz entsprechend dem, was Ende des 10. Jahrhunderts in Metz bezeugt ist. Jedenfalls aber benimmt es den Bauern den Absatz und auch die Städter erscheinen immerhin — als Consumenten — soweit berührt, dass künftig das Gebot nur mit ihrer Zustimmung erlassen werden soll. — Aus dem bisherigen erklärt sich, wenn der Erlass des Gebots von den Bauern abgekauft wurde — die Zalung selbst wird aber auch hasbannus geheissen haben. Ebenso gut wäre es

1) Raynal Berry II S. 524.

2) Hierher gehört vielleicht Urk. v. 1181 § 10 für Bourges (Ord. XI S. 233). wo die Zufuhr von Brot ausdrücklich gestattet werden muss.

3) Solche Monopolrechte, die natürlich nur durch Gebot — Bann — entstanden sein können, bilden eine Anwendung des vielfältig schillernden bannus de rebus venalibus: z. B. Ord. XI S. 199 1153 § 11 (Seaus im Galinois); Thierry III S. 431 § 13 (Corbie): nemo vendere potest carnem et sepum nisi licentia nostra. Thierry IV S. 659 § 14 (Rue in Ponthieu) bannum venalium ville meum est.

aber denkbar, dass die Kaufleute selbst durch eine Gebühr sich der Notwendigkeit den Markt zu besuchen entziehen und darauf geht der Ausdruck in Paris und Senlis, wo hasbannus von den Kaufleuten dafür entrichtet wird, dass sie von ihrem Rohmaterial kein teloneum zu zalen brauchen und desshalb ausser dem Markt und der Stadt einkaufen können[1]). Auf die sprachliche Erklärung des Wortes werde ich erst im nächsten Abschnitt eingehen. —

So ist auf dem Land die Pflicht während des Marktes nur auf dem Markt der Stadt zu handeln, nicht mehr ipso iure festgehalten, sondern bedarf von Fall zu Fall eines eigenen Gebotes, eines eigenen bannus. —

Ebenso bildet sich aber auch in der Stadt selbst ein Handel ausserhalb des Marktes und andere Abgaben statt dem teloneum.

Vielleicht, dass nur die Belege hierfür verschiedenen Alters sind, vielleicht auch die Einrichtungen selber. —

Die alten Marktzölle sind berechnet auf Umsätze, die nur periodisch, aber dann im Grossen stattfinden[2]). Die allmähliche Verwandlung vieler Ansiedelungen zu Industrie- und Handelsplätzen, die für Nordeuropa sich gerade in Nordfrankreich und Flandern am raschesten vollzogen hat und in ihren Wurzeln bereits in die karolingische Zeit zurückgeht[3]), hat nun zu Detail-

---

1) Vgl. auch die Abgaben der Pariser Sattler S. 400 N. 4.

2) Z. B. Zollrecht von Amiens (Thierry I S. 81 fd.); erstes Zollrecht von S. Omer (Giry n. 93) § 25: si quis emerit vel vendiderit mel infra villam de quibuslibet 5 solidatis dat ad theloneum 1. d., de 12 nummatis O. (obolum), si minus, nihil. — Guimann Arras S. 166: Zoll nur, wenn der Wert schon eine bestimmte Zal solidatae ausmacht. — Zollrecht von Sens (bibl. de l'école de chartes tom. 2 serie 6 S. 292). — Zollrecht von Metz (histoire de Metz IV 1 S. 172). — Zollrecht von Worms und Speier v. 1208 (Boos Wormser U. B. 111).

3) Hierher gehört eine wenig bekannte Urkunde, im Grunde das älteste westeuropäische Stadtrecht, auf die zuerst in den Monuments de l'histoire du tiers état IV S. 574 und daraus von Wauters les libertés communales en Belgique S. 149, Luchaire les communes françaises à l'epoque des capétiens directs 1890 S. 29 aufmerksam gemacht wurde: das Recht von S. Riquier in Ponthieu. In dem Kloster des h. Richarius in Centulum — dem zu Anfang des 9. Jahrh. Angilbert vorsteht — wird 831 auf Veranlassung des Kaiser Ludwig eine Güterbeschreibung durch den Abt Hericus aufgenommen. Teile davon sind in Hariulf's chronicon centulense erhalten (D'Achery specilegium f. II S. 291 fd., 309 fd). Hier entscheidend aber ist eine kurze Darstellung der Rechte der Abtei in dem Ort, welcher sich um das Kloster gebildet hat: diese — gesondert überliefert — steht in den Acta Sanctorum febr. t. III S. 105, ich drucke dieselbe hier vollständig ab: Scriptum Henrici abbatis de proventibus monasterii S. Richarii ex ipso oppido Centula. In ipsa Centula habentur mansiones hominum secularium duo

handel geführt, schon um die Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen [1]) und — damit sich schneidend, nicht aber sich deckend — zum Handel auch während der Woche. Das Ganze treibt von der bisherigen Umsatzsteuer des teloneum zu einer Gewerbesteuer. — Die einzelnen Stufen — welche aber schon wegen der Ueberlieferung der Quelle nicht zeitlich auseinander gehalten werden können, aber auch desshalb nicht, weil dieselbe Stufe von frühen Handelsplätzen vielleicht schon unter der fränkischen Herrschaft betreten ist, anderwärts vielleicht erst im 13. Jahrhundert — sind folgende.

In gewissen Fällen wird der Detailhandel in- und ausserhalb dem Markt überhaupt freigegeben. Hierher gehört es zunächt,

---

milia quingenta: unaquaque persolvit denarios 12, pullos 4, ova 30. Servitium domini abbatis et fratrum semper debent, ubicumque necesse fuerit. Molendina 4: unde redditur annonae permixtae 600 modii, porcos 8, vaccas 12. De mercato per hebdomadam 40 solidos. De commeatu per hebdomadam 20 solidos. Sunt ibi clibana 13, quae reddunt unumquodque per annum 10 solidos et panes trecentos flatones in Litaniis unumquodque triginta. Cura animarum in portione S. Michaelis deservit eleemosynis fratrum valens per annum 100 solidos. Sepultura pauperum et advenarum in nova villa in S. Albino reddit per annum centum solidos, ad portam Nobilium, ad faciendam inde eleemosynam. Eleemosyna Abbatis per unumquemque diem 5 solidi. Pauperes quotidiani 300; viduae 150. Clerici 60. Mansorum unusquisque per annum solvit sextarium unum frumenti, similiter avenae unum et fabae unum. De matrimoniis per annum 20 libras. Iudicium forensium 68 libras per annum. Item ibidem vicus negotiantium omni anno pallium unum et valens 100 solidos. Vicus fabrorum cuncta persolvit ferramenta: valet per annum libras 3. Vicus scutariorum omnia voluminum indumenta tribuit, conficit, consuit: valet 30 solidos. Vicus sellariorum cunctas abbati et fratribus ibi degentibus obsoniat sellas. Vicus pistorum 100 panes per hebdomodam. Vicus servientium per omnia liber est. Vicus sutorum cuncta famulorum et cocorum calceamenta tribuit. Vicus lanistarum omni anno 15 sextarios sagiminis persolvit. Vicus fullonum cuncta fratribus filtra administrat. Vicus pellificum cunctas fratribus pelles conficit et consuit. Vicus vinitorum 16 sextarios vini unumque olei persolvit per hebdomadam. Vicus cauponum unaquaque die 30 sextarios cerevisiae. Vicus militum 110, unusquisque semper equum, scutum, gladium, lanceam ceteraque arma exhibet. Capella nobilium solvit omni anno libras 12 thuris et thymiamatis. Capellae populi vulgaris 4, unaquaeque solvit 100 libras cerae, incensi 3. Oblatio ad sepulchrum S. Richarii valet omni hebdomada marcas 200; aut 300 libras praeter alia donaria. — Freilich ist das Original nicht erhalten, sondern die Quelle nur von dem späten Chronisten Capella überliefert.

1) Noch um die Wende des 11. Jahrhunderts versorgt Laon die umwohnende Bauernschaft mit triticum, legumen, vel quidpiam alicujus frugis; die Bewohner von Laon sind also noch wesentlich Landwirte: Guibert de Nogent de vita sua III c. 7 (Migne 156 col. 921).

dass, wie schon erwähnt, der Zoll überhaupt vielfach nur von grossen Umsätzen erhoben und ein Surrogat desselben für den Detailhandel nicht erwähnt ist [1]). — Weiterhin kommt die Behandlung des Hausirgewerbes in Betracht, welches wenigstens von den Leuten, die zugleich einen festen Gewerbebetrieb an ihrem Wohnort selbst haben, ohne Beschränkung getrieben werden kann [2]). — Der Hausirhandel der einzelnen ausserhalb ihres Wohnortes ist dagegen in karolingischer Zeit verboten, soweit der Händler nicht eine besondere lex hat, sich, wie unten ausgeführt wird, in den Königsfrieden eingekauft hat [3]). Die Notwendigkeit eines solchen Einkaufs lässt sich noch später nachweisen und damit wohl auch der Rechtssatz selbst, den ich direkt aus späteren Quellen nicht zu belegen vermag. —

Andere Systeme dagegen versuchen nun auch den Detailhandel zu erfassen und schaffen eine Steuer, die an den nur periodisch stattfindenden Markt überhaupt nicht mehr gebunden ist. — Den Uebergang von der Freiheit des Detailhandels zur Besteuerung bildet es, wenn bei gewissen Gegenständen des Detail-

---

1) Oben S. 403 N. 1. Dann Pariser Recht, wo Kleingewerbe wie Gürtler zollfrei sind (Boileau I 87 § 36).

2) Raynal Berry II S. 557 1190. Issoudun: cursatores id est ii qui mercatorias ducunt quotquot esse poterunt nec a dominis nec ab alio prohibentur. Teulet I n. 495 1199. Poitiers (etwas über die hier gesteckte Grenze): cursores vero qui habitant in civitate ementes et vendentes si in burgo illo (S. Joannis) venerint et sua ibi vendiderint debitam consuetudinem monachis reddant et ipsi quidem civitatem ascendentes non aliam quam ipsam consuetudinem sublata injuria persolvant. — Wenig ursprünglich sind die Verhältnisse in Paris; aber auch hier ist im allgemeinen das Hausiren erlaubt und nur an Markttagen denen verboten, die einen estal in den Hallen haben: Boileau I 42 § 6 I 51 (zweite Fassung), § 8, I 59 § 6. I 72 § 15, I 87 § 27, I 92 § 8. — Eine unbeschränkte Erlaubniss in I 64 § 13, I 77 § 3. Bei einzelnen Gewerben I 55 § 7 I 70 § 8, I 88 § 11 ist das „comporter" allgemein verboten, einigemal (I 37 § 9, I 52 § 6, I 57 § 7), gerade nur während des Marktes erlaubt: dieses teilweise oder gänzliche Verbot wird allemal als ein Statut des mestier bezeichnet, mit der Gefahr der Betrügerei und ähnlichem begründet, hängt also mit dem Marktzoll gar nicht zusammen. Dagegen wird die vorher berührte Einschränkung der Gewerbetreibenden mit estal folgendermassen begründet: quar li Rois a plus de coustume de ce que l'en vent en gros que de ce que l'en vent en detail (I 59 § 6). Es handelt sich also um eine Beschränkung des Kleinhandel, der zugleich im estal (I 59 § 3) und hausirend betrieben wird zu Gunsten des Grosshandels.

3) Ad m. generalis n. 789 cap. 22 § 79 item ut isti mangones et cotiones qui sine omni lege vagabundi vadunt per istam terram, non sinantur vagare; Waitz V. G. IV S. 433. mango ist an sich jeder Händler, nicht wie Boretius angibt, deceptor fallax. — Für das übrige Abschnitt II.

verkaufs der Verkäufer, der auf dem Markt ein bestimmtes Quantum verkauft, zur Zalung eines Zolles verpflichtet ist, nicht dagegen der Käufer [1]), während sonst grundsätzlich der Zoll zwischen Käufer und Verkäufer gleichmässig verteilt wird. Freilich kann dabei auch der Gedanke mitwirken, der in fränkischer Zeit angeblich allgemein vorkommt, dass von Sachen eigenen Gebrauchs keine Abgabe erhoben werden soll; in den späteren Quellen allerdings tritt er niemals in dieser Allgemeinheit auf, sondern nur entweder als Sonderrecht einzelner Städte, oder als Privileg der clerici und milites [2]). —

Die allgemeine Detailhandelssteuer, die dem Namen nach jedenfalls schon in die fränkische Zeit hineinragt — auch noch älter sein kann — ist das foraticum oder foragium [3]). Zunächst ist der wichtigste Gegenstand des alten Kleinverkaufs, der Wein durch foragium erfasst [4]); aber auch andere Dinge werden davon betroffen: Bier und Meth [5]), Oel [6]). Insbesondere hat eine alte Quelle ein foragium an Fischen, und daraus folgt, dass die Abgabe nicht bloss von Flüssigkeiten erhoben wird [7]). Einmal kommen denn auch

1) Beispiele im Zollrecht von Amiens (Thierry I S. 85), Sens (bibl. de l'école des chartes ser. 1 t. 2 S. 287), für Früchte, Fische, Käse, Gemüse, Brod.

2) Die Stellen des fränkischen Rechts bei Brunner II S. 238 N. 31. Keine bringt aber den Satz für die Marktzölle zum Ausdruck. — Später: Freiheit jedes Einkaufs zu eigenem Bedarf. Warnkönig flandr. St. u. R.-G. II n. 168 § 25 1163 Nieuport. Gallia christ. X col. 434 1215. Boileau II 14 § 3, II 24 § 1 (Tuch). — Allgemeines Privileg der clerici u. milites: Boileau II 12 § 4. Ordonanz für Hennegau v. 1346 (Faider coutumes du Hainaut I S. 33). — Die von Waitz VIII S. 287 n. 2 citirte Stelle (Böhmer acta n. 91), die freilich unser Gebiet direkt nicht berührt, bezieht sich auch nicht auf Marktzölle, sondern Strassenzölle.

3) In fränkischer Zeit foraticum (Zeumer formulae Index und die Urkunde S. 378, 379); in späterer gewöhnlich foragium. Den Uebergang gibt Valenciennes 1086, Miräus I S. 286: Freiheit von foro, feratico, teloneo. — In der Literatur die kurzen Ausführungen bei Laurière glossaire h. v. Dann Giry S. Omer S. 102 fd.

4) Z. B. Varin Reims I S. 306 1143 rotagium de vino vendito, sesterlagium anone et aforagium vini. Stumpf, Reichskanzler III n. 122 1152 (Gembloux). Charte v. Lorris 1155 c. 2 (nouvelle revue histor. 1884 S. 445 fd.); Delisle Olims n. 492 (1282) foragium vini der Einwohner von Lorris steht dem buticularius zu. Teulet I n. 227 1170 Vertrag zwischen S. Denis und dem Grafen von Beaumont: pro foragio autem, unde vini sextarium habebat obolum unum de cetero secundum antiquam consuetudinem habebit. Ord. XI S. 301 § 30 (Charte für Athyes 1212).

5) Varin Rheims I S. 385 1181 preterea foragium solvetis pro vini vel cerevisiae taberna. Wauters S. 110 1218 Brabant: Bier, Meth. Thierry I S. 284 Note: Amiens in der Zeit Philipp Augusts.

6) Amiens im zwölften Jahrhundert (Thierry I S. 76, S. 86 (unten S. 408 N. 2).

7) Amiens unten S. 408 N. 2).

foragia von beliebigen Gegenständen vor neben dem foragium vini: die foragia sind minuta — ob „kleine Abgaben" oder „Abgaben vom Detailverkauf" ist nicht ersichtlich[1]). In sehr alten Urkunden erscheint denn auch das foragium als eine ganz allgemeine Abgabe[2]).

Je mehr man aber die Quellen herabgeht, um so ausschliesslicher ist von einem foragium vini die Rede.

Die Technik der Steuer lässt sich lediglich für den Wein einigermassen ermitteln. Sie ist zunächst eine Naturalabgabe, schlägt aber vielfach in einem festen Geldbetrag um, ohne dass auf den Wert des Weines besondere Rücksicht genommen wäre: beide Abgabeformen bestimmen sich nach der Zal der modii eines Fasses[3]). Des Genaueren wird foragium geleistet von dem Verkauf ad mensuram, brocam, broche, also insbesondere vom Verkauf in der Schenke (tabernagium, bufetaria)[4]), aber auch in Privathäu-

---

1) Bourquelot histoire de Provins II S. 393 (394) 1176 theloneum quoque panis totum cum septem primis diebus nundinarum Pruvini, quos prius exceperam et minutis omnibus foragiis, cujuscumque rei sint et ad me vel ad successores meos pertinuerint, medietatem thelonei vini — cum foragio vini toto in septem primis diebus trium nundinorum Provini. Vielleicht sind die minuta foragia identisch mit dem manchmal vorkommenden minuta telonea; so das Recht von Amiens: Thierry I S. 284 Note; Miräus I S. 155 1054 Cambrai. —

2) Gallia christ. X col. 152 1028. Urk. König Roberts für S. Peter in Chalons s. M.: er bestätigt der Kirche in Chalons burgum (Quartier) cum appenditiis suis ab omni, sicut hactenus fuerat, banno palatinae potestatis liberrimum, cum foragio etiam; Miräus I S. 286 1086, Valenciennes (S. 406 N. 3); Miräus IV S. 187 1100 Bethune: habent etiam theloneum, stalagium, foragium cambagium. Duvivier recherches sur l'Hainaut ancien S. 612 1177 theloneum, stalagium et foragium in solemnitate dedicationis ipsius ecclesiae per totam villam, in castello etiam suo, si forte res ibi venumdaretur. — Sachlich gehört vielleicht hierher die im alten Recht von Toul 1069 erwähnte Salzabgabe (Calmet I col. 467): si extraneus aperuerit tonnam suam ad sal vendendum minister comitis accipiet manum plenam salis.

3) Ord. XII S. 293 § 33 Charte v. Montdidier 1195: pro uno sextario de foragio. Ol. II S. 383 1295 cum ipsi ex dono regum Francorum ut dicebant foragium habeant in civitate et districtu Tornacensi de quolibet videlicet dolio vendito certam portionem seu mensuram vini. Die Umwandlung in eine Geldabgabe in der Urk. v. 1170 S. 406 N. 4.

4) 1062 in Chalons s. M. (Gallia christ. X col. 154 ist die Abgabe gerade in Bezug auf die Schenken erwähnt. Daher tabernagium schon 1009 in Beaulieu bei Tours Gallia christ. XIV col. 65): consuetudinarios autem suos ubi cumque vina sua posuerint, sequentur et tabernagium habebunt, et non solum infra alodium sed etiam extra per circuitum et vendas de omnibus quae ad mercaturam pertinent et tabernagium infra terminos subscriptos. — Bufetaria: Olim. I S. 600 I 1265.

sern[1]). — Das foragium vini steht in den Quellen scharf entgegen dem teloneum[2]). Offenbar ist eben das eine die Abgabe vom Verkauf im grossen auf dem Markt, das andere die Abgabe vom Verkauf im Kleinen auch ausserhalb des Markts. Der Augenblick der Steuerfälligkeit ist verschieden. Wenn zu Paris in der Tat das chantelage foragium[3]) ist, so wird dieses hier erhoben, erst wenn das Fass leer geworden; die Regel scheint aber zu sein, dass es sofort beim Anzapfen zu zalen ist: daraus entsteht dann die sprachlich ganz verschiedene Form perforagium für foragium[4]). Die Zäpfler gehören naturgemäss zu den precones, aber doch so, dass sie nicht notwendig mit den öffentlichen Ausrufern (crieurs) des Weins zusammenfallen, wiewohl freilich im einzelnen die Quellen

1) Guérard cart. de Notredame de Paris II S. 205 1255. — Lefranc Noyon S. 192 1166. Composuimus supra querelam que in domo illius Odonis ecclesia de jure volebat habere illeque quod hanc costumiam eis non deberet, penitus affirmabat — quod medietatem telonei domus illius quem ecclesia semper tenuerat possideat in pace. Reliquam vero partem et foragium pro censu 4 solidorum — idem Odo — obtinebat. In dem ähnlich gesagten Fall v. 1123 (Lefranc Noyon S. 185) wird nur von theloneum aus dem Haus gesprochen.

2) Gallia christ. X. col. 259 1169. Bischof hat civitatem, comitatum, theloneum, foragium et praeposituram. Recht von Corbie aus dem 13. Jahrhundert (Thierry III S. 432) § 23: mercennarius, si vendit vinum in villa, si vendat, debet unum sextarium vini de theloneo et unum de foragio. Recht von Amiens (12. Jahrh.) Thierry I S. 83 qui vent vin si doit de chascun mui 1 maille et 2 deniers por la carete 1 de sesterage et un d'aforage; S. 85 li milliers des harens doit 2 deniers de tonliu et de foraige 1 maille de par celui qui le vent et qui l'acate 2 d.; li milliers de merlens 4 d. de foraige 2 d. de la part le vendeur et qui l'achate 4 d.; et des menus poissons — 2 d. de tonlieu et de foraige 1 d. par celui qui le vent et qui l'achate 2 d. — le saume d'oile doit on 4 deniers de la part a celui qui le vent 2 d. de tonlieu et 1 d. de foraige et 1 de sesterage — chent mules doivent 4 deniers de foraige et qui vent saume de hanons si doit 1 maille. —

3) Im Pariser Recht kommt 1123 (Lasteyrie cart. n. 199) foragium als königliches Recht vor, findet sich aber später nicht mehr, an seiner Stelle steht bei Boileau II 5 das chantelage, das von tavernier gezalt werden muss, wenn das Fass leer ist und er die Hefe (lie) herausnehmen will; ganz undeutlich ist das Verhältniss zum liage; einmal steht statt Chantelage liage (II 5 § 4) und so auch in den Stellen bei Laurière gloss. s. v. liage, aber in Boileau II 3 bedeutet liage einen Durchgangszoll. Jedenfalls aber entspricht die Abgabe dem forage, muss an den König gezalt werden, daneben sind von den Bourgeois, d. h. von der Hansa mercatorum die mesures zu kaufen (Boileau I S. 7 § 1) und für den Verkauf des Weines im Grossen wird noch ein besonderer tonlieu (Boileau II 11) erwähnt.

4) Wauters pr. S. 250. Dinant 1060: si quis vinum vel alium potum vendere voluerit, ministerialis sui licentia vas perforabitur et de perforatione secundum, quod jus suum est, ei respondebitur. Raynal. Berry II S. 543 1168: perforagium per totam urbem.

dunkel sind. Auch da, wo die Notwendigkeit des öffentlichen Zapfes weggefallen ist, weil an Stelle dessen eine Aversalleistung, das „Kaufen der Maasse" tritt, dauert die crieria fort, ist also offenbar nicht aus zollrechtlichen Gesichtspunkten entstanden, sondern aus dem Banngewerberecht heraus[1]). Soweit der öffentliche Zapf abgekauft und trotzdem das foragium vini erhalten bleibt, wie anscheinend im chantelage von Paris, ist man lediglich auf die allgemeinen Mittel der Zollkontrole verwiesen, d. h. auf den Eid des Schenkwirts. — Das ursprüngliche ist, dass das foragium beim Zapf erhoben wird und daraus erklärt es sich, dass es einigemal auch die Massabgabe in sich aufnimmt oder im Ganzen als Massabgabe angesehen wird[2]). Anderemal ist aber Massabgabe und foragium scharf unterschieden[3]) und einmal wird die Abgabe des ad brocam oder ad mensuram verkauften Weines direkt als teloneum bezeichnet[4]).

Verbindet man das für das foragium vini gewonnene Resultat mit den dürftigen Belegen eines foragium an andern Waaren, so ist foragium eine Steuer, die allemal zu zalen ist, wenn der Detail-

---

1) Die Frage ist in dem dunklen Gebiete die dunkelste. Zapfen ist trahere (Wauters pr. S. 39 traire vin). So sind Zäpfler die trahentes vini in Bourges (Ord. XI S. 190 1141) und vielleicht auch die ductores vini in Orleans (Ord. I S. 16 § 8 1168), dass sie mit den precones zusammenhängen, ergibt sich aus der Urkunde von Bourges; sie fallen aber hinweg, während die crieria (cf. ob. S. 392 N. 1) noch fortbesteht. — Ebenso kaufen in Paris die tabernarii ihre Maasse von der hansa mercatorum (Boileau I 7 1), welche letztere mit der crieria und der niedern Gerichtsbarkeit in Paris auch die Maasse erworben hat (Ord. XI S. 309 1220); die Maasse werden dann auch von den crieurs übermittelt (Boileau I 5 17; Ol. I S. 926 X), die ausserdem ein Recht auf den Ausruf haben, wozu sie Wein in einem Topf mittragen (Boileau I 5 2; ähnlich das Recht von Henin: Tailliar S. 418 § 69); der Topf wird dem crieurs als öffentliches Zeichen von der hansa mercatorum gegeben. Das chantelage aber wird vom König erhoben. Dass allenfalls die crieurs als Zäpfler fungirten, ist in Paris nicht bezeugt, eher das Gegenteil (Boileau I 5 11). Ebenso wird in S. Omer deutlich zwischen abrokières und crieurs geschieden (Giry S. Omer S. 505 mit S. 504 § 361). Das mitgeteilte genügt jedenfalls, um zu zeigen, dass die criage nichts mit dem foragium zu tun hat. Da aber crieurs und mesureurs zu den praecones gehören, so will ich nicht behaupten, dass sie niemals dieselben Personen gewesen sein können. Dazu ist das mir vorliegende Quellenmaterial zu gering.

2) Tailliar S. 132 (1246). Douai: hier sind zum forage diejenigen Bürger verpflichtet, welche sich beim Chatelain kein minage gekauft haben. Ausserdem die zalreichen Stellen, wo das foragium vini neben dem sesterlagium annone steht (z. B. Varin Reims I S. 306 1143).

3) So in Amiens S. 406 N. 2, Paris (S. 406 N. 3, S. 409 N. 1).

4) Wauters pr. S. 146 Cam[illegible]

umsatz ein bestimmtes Mass erreicht hat: im allgemeinen hat sie naturgemäss der Verkäufer zu entrichten, aber da, wo ein Händler im kleinen aufkauft, trägt er die Steuer, wenn das gekaufte das Mass übersteigt: so findet sich für den Fischhandel im Recht von Amiens auch ein foraige des Käufers erwähnt [1]). — Zeitlich geht das foragium als foraticum bis auf die fränkische Zeit zurück, ohne dass man sachlich genaueres über die Steuer entnehmen könnte. Einen zusammenfassenden Gesichtspunkt gibt die Ethymologie: foragium ist sicher öfter gleichen Sinns mit afforagium [2]), aber weder bedeutet foragium sprachlich das Zapfen, und Abgaben für das Zapfen, noch das Ansetzen einer öffentlichen Taxe, die auch für den Weinkauf vorkommt, während aforer, aforage beides bezeichnen kann, allerdings aus zwei ganz verschiedenen Ableitungen heraus [3]). Vielmehr muss foragium eben die Steuer von dem sein, was auswärts, ausserhalb des Markts gekauft wird [4]). Und dieser Handel ausserhalb ist nach den Quellen Detailhandel. — Sobald foragium wesentlich foragium vini wird, da freilich hat dann die Volksethymologie auch an forare (Zapfen) angeknüpft und daher kommen Formen wie perforagium für foragium. — Das foragium ist bereits im 12. Jahrhundert zerstört; nur für den Wein hat es sich gehalten. Man darf vermuten, ohne dass dafür Belege beständen, dass es in jene weitere Bewegung aufgegangen ist, die jeden Handel ausserhalb des Marktplatzes, nicht nur den Kleinhandel, sondern auch den Grosshandel zulässt [5]).

---

1) S. 408 N. 2.

2) So im Recht von Amiens S. 408 N. 2, Wauters pr. S. 110 1218 Brabant: Weistümer von Ypern für S. Dizier (Beugnot. II Ol. S. 734 § 36). Laurière glossaire forage, afforage nimmt manchmal eine Verschiedenheit vor.

3) Aforer im ersten Sinn bei Giry S. Omer S. 504 § 26, 505 § 40, § 41, dann die Stellen bei Godefroy dict. s. v. aforement und foret der Zapf (cf. Littré h. v.); hierher auch perforagium. — aforer in der Bedeutung von Taxe ist abgeleitet von fuer = Preis: Stellen für diese Bedeutung bei Godefroy h. v., Wauters pr. S. 38 (Recht v. Quesnoy v. 1180); Tailliar recueil S. 399 § 11 (Recht von Henin). Die öffentliche Taxe mag z. T., wie früher erwähnt, mit Rücksicht auf die Banngewerbe erfolgt sein.

4) Sprachlich — nicht sachlich — gehört hierher der Gegensatz intra ipsa civitate Parisius und ad foras in ipso pago in den Urk. Dagoberts v. 629 (Pertz S. 141).

5) Als gleichbedeutend mit forage führt Laurière gloss. jallage an. In dem mir vorliegenden Material finde ich es das gellagium ohne ausgeprägten Sinn als Abgabe von Wein und Getreide; Quantin Cart. de l'Yonne I n. 247 1145 (Auxerre).

Diese allgemeinere Entwickelung geht wohl aus von einer Veränderung in der Gestaltung und Begrenzung des Marktplatzes [1]).

Aus natürlichen Gründen werden in jenen nördlichen Gegenden Buden [2]) oder gar Hallen gebaut, entweder vom Stadtherrn [3]) oder — eine der ersten Communalaufgaben — von den Einwohnern oder einem beschränkteren Kreis derselben [4]). Auf den grossen Märkten, z. B. in Troyes, Provins, Paris werden die Hallen auch von fremden Kaufmannssozietäten oder Communen hergestellt [5]). Auch grössere Grundbesitzer, namentlich Kirchen errichten solche Bauten [6]). Die kleinen Stände werden, wie eben heutzutage auch, wohl von den Marktgästen selbst aufgeschlagen [7]). In solchen Hallen und Ständen tritt sehr bald ein Kauf unter der Woche ein [8]).

Neben den Hallen dienen nun aber auch Häuser selbst zur Unterkunft der Kaufleute und Waaren. Ursprünglich ist allerdings forum der unbedeckte Raum, dessen Abgrenzung äusserlich sichtbar gemacht und von der Obrigkeit vorgenommen wird, wobei auch Verlegungen des Marktes vorkommen [9]). Aber all-

1) Hierher die sorgfältigen Untersuchungen Genglers deutsche Stadtrechtsaltertümer S. 135 fd., S. 330 fd., welche freilich spätere Verhältnisse wesentlich in den diesrheinischen Gebieten betreffen.

2) Z. B. Quantin Cart. de l'Yonne II n. 149 1164 Auxerre. Stalla sind hier nur erst den Cambiatores erlaubt.

3) M. Germ. SS. XXIV S. 598 (Lambert. Ardensis) etwa 1190: dum Ardee dominaretur (sc. der Stadtherr) et in Ardea forum causarum et mercatorum ghilleolam nuper edificasset. Varin Reims I S. 433 1197: der Erzbischof von Reims errichtet zuerst eine Halle, die Bürger finden sie unzweckmässig und errichten eine neue. Charte v. S. Dizier 1228 (Beugnot Ol. II S. 714) § 62: halae und stala sind herrschaftlich. Delisle Olims n. 505 1282 Bischof von Laon hat die Halle. Unbestimmt von wem die alte Gildehalle in S. Omer (Giry S. 378 1151) stammt.

4) Ord. XI S. 243 1186 Compiègne: der König gestattet die Erbauung einer Halle durch die Commune. Wauters S. 52 1196: Errichtung einer Gildehalle in Calais durch Graf und Bürger gemeinsam; S. 107 1228: Errichtung durch die Commune in Tournay. — Warnkönig II n. 204 1275 Thielt.

5) So Bourquelot les foires de Champagne I S. 140—143, 192. — Ol. III 19 VI 1306: die Leute v. Douai haben eine Halle in Paris.

6) Z. B. Lalore collection des principaux cartulaires du diocèse de Troyes VI n. 2 1228 für Troyes (Montier la Celle).

7) Ord. XI S. 274 § 43 die alte Communalcharte für S. Quentin.

8) Z. B. in S. Omer 1151, Giry S. 378.

9) Ord. XI S. 211 1179 für Etampes § 5: nemo capiatur causa telonei extra metas mercati manens dum erit infra easdem metas; § 14 ob metas figendas praepositus sextarium vini rubei Stampensis tantummodo accipiat. Boileau II 9 § 11 § 12. — Für Verlegung des Marktes z. B. Urk. v. 1170 Troyes folgende Note.

mählich werden rechtlich auch jene Häuser zum Markt gezogen [1]).

Ein weiterer Schritt ist es, wenn zwar der Verkauf ausserhalb des Marktes uter der Woche allgemein gestattet ist, aber so dass die Leute ein und desselben Gewerbes zusammen in einer Strasse sich ansiedeln müssen [2]). Solche abgeschlossene Handwerkerstrassen, wo dann nur Gegenstände eines bestimmten Gewerbes gehandelt werden dürfen, und die in allen Städten noch jetzt sich erhalten haben, können freilich auch auf Gesichtspunkte des Hofrechts zurückführen [3]).

---

1) Besonders deutlich in Provins Bourquelot histoire de Provins II S. 379 1137 concedo feriam sancti Martini hominibus de veteri foro Pruvini a turre Girardi senescalli usque ad meam turrem sicut antiquitus esse solebat circumquaque diffusa et collocata de omnibus ministerialibus excepto hoc quod homines de Arras et de Flandria hospitabuntur in rua illa cum omnibus mercimoniis suis in qua Gosbertus filius Angis et Burdinus dives manere solebant. Hoc autem ea conditione facio, quod habeant medietatem pretiorum omnium hospiciorum et omnes alias consuetudines et redditus meos; auch S. 397 N. 2. Charte für das forum novum in Etampes: (Ord. XI S. 183) 1123 § 6 omnes quidem illi, qui in predictum forum nostrum vel domos hospitu inm ejusdem fori annonam vel vinum vel res quaslibet adducent. — Arbois Champagne n. 136 1170 Henricus, Trecensium palatinus comes — dedi, ut domus Mascelina — que est in foro Trecensi — libera sit ab omni consuetudine et teloneo — ut mercatores qui ibi fustanias pannos vendere voluerint numquam alibi vendere cogantur. — Hierher gehört es wohl auch, wenn vielerorts domus in foro erwähnt werden: Köln: Schreinsurkunden I S. 73 1 u. 2 und besonders S. 299 f. — Lille (Roisin S. 219 1066 = Miräus III 675) In foro Illensi altare S. Stephani cum bodio — in suburbio ejusdem curtile unum. — Calmet II pr. 261 1115—1123 S. Dié: si — in mansum s. Deodati infra forum confugerit. — Noyon S. 408 N. 1.

2) G. L. v. Maurer, Geschichte der Städteverfassung in Deutschland II S. 31—40; Gengler a. a. O. S. 95.

3) Handwerkerstrassen kommen zuerst in S. Riquier 831 (S. 403 N. 3) vor, hier offenbar hofrechtlichen Ursprungs. Später finde ich in unserem Gebiet Handwerkerstrassen in Köln (Gengler S. 95 n. 160): Schreinsurkunden I S. 14, 3; 17, 5; 32, 13; 34, 27; 38, 33; 54, 5; 44, 36; 62, 30; 94, 7; 123, 9; 133, 12; 155, 13; 254, 21; 294, 1; 295, 12; 296, 5; 300, 19; 300, 24; 303, 18; 307, 4, 7; 309, 1, 2; 323, 3; 334, 24 carnifices, venditores pannorum, hastatores, pellifices, venditores chirothecarum, corduani, venditores solearum, calceatores, corarii, sutores, gladiatores, incisores salmonum, campanarii lokalisirt. Für Paris das zierliche Strassenverzeichniss les rues de Paris: Giraud Paris sous Philippe le Bel S. 568 fd. Hier erscheinen bouclerie, plastrière, rue aux Lavendiers, rue de la Calandre, bucherie, poissonière, ganterie, Saveterie, rue de la confrèrie pris Notredame, pelleterie, saunerie, mesgicherie, haubergerie, tableterie, charronerie, ferronerie, tonelerie, rue au feuerre, cossonerie, chanverie, trefeillie, couroierie, heaulmerie, bassanerie, buffetterie, lamperie, poterie, vielz tissanderie, verrerie, vennerie, tacherie, rossière, escorcherie, grant boucherie, triperie, poullaillerie. — Viele von diesen

Ein Uebergang ist es auch noch, wenn nur den Hintersassen gewisser städtischer Grundherrschaften der Besuch des Marktes erlassen und damit der Wochenhandel gestattet wird[1]). —

Schon an der Grenze zur totalen Handesfreiheit stehen die Rechte, welche dem Einwohner während der Woche den Handel auch ausserhalb des Markts gestatten, während der Auswärtige an Markt oder Hallen gebunden ist oder wenigstens nur erschwert in Häusern verkaufen kann[2]); allenfalls werden fremde nur für bestimmte Waaren gleich den Inländern zugelassen[3]); aus natürlichen Gründen wird ankommenden Schiffern der Verkauf ausser den Markttagen leichter gestattet als den Landkaufleuten[4]). —

Abgeschlossen ist die Entwickelung da, wo Jedermann während der Woche der Verkauf gestattet ist, nicht blos in den Läden oder

---

Namen gehören allerdiags Gewerben an, die man vom König kaufen muss (S. 400 N. 4) und die desshalb von Haus aus grundherrliche sind: aber eine bedeutende Zal anderer weisen auf freie Gewerbe (bouclerie, plastrière, haubergerie, tableterie, rue au fuerre, chanverie, trefeillie, courroirie, lamperie, poterie) und können dann nur entstanden sein aus der Lokalisirung des Verkaufsrechts im Interesse des Zolls. — Sehr scharf tritt der letzte Gesichtspunkt in Senlis hervor (Gallia christ. X col. 454) 1225: schon seit 1177 (Gall. christ. X 433) hat die Commune vom Domstift den Markt und teloneum gepachtet, während das traversum dem Stift verbleibt (Gall. christ. X 437 1180): durch die Pachtung des Marktes aber geht auf die Commune das Recht über ponere pelliparios et draparios et carnifices, et cordoennarios in vico cimisterio contiguo. Ebenso in Reims (Varin I S. 402) 1182: in der neuen Cultura extra muros statuimus etiam, ut carpentarii qui dolia et quadrigas faciunt, ibidem operentur et in civitate non possint operari. Volumus siquidem, ut omnia ligna et marinna ibi vendantur et non alibi. Liceat autem vobis logias, gradus, et puteos ante domos vestros — libere et quiete facere. Hierher auch der Widerspruch, den die Meister in der cordoenerie gegen die Errichtung einer Seifensiederei in der cordoenerie einlegen (Varin I S. 775, Schöffenurteil v. 1257), unzweideutiger der Widerspruch derselben gegen einen estal zum Verkauf von Fett etc. in der gleichen Strasse (Varin I S. 792 1259). —

1) Z. B. Valenciennes 1086 S. 406 N. 3.

2) Hierher gehört S. Omer S. 378 1151: die Fremden müssen auf dem Markt oder in der Gildehalle verkaufen, die einheimischen dürfen es auch zu Haus. Später ist hier allerdings der gleiche Satz auch für die einheimischen Kaufleute aufgestellt worden (1287 Giry S. 435). In Gravelines verkaufen die Leute von S. Omer zollfrei (Giry S. 383; 1164—1165), in den Häusern nur gegen Zoll. Lalore collection — de Troyes VI S. 13, 14 1154. Ol. I S. 659, I (1266) Pontoise.

3) Z. B. für Holz: Gallia christ. X col. 315 1154 Montreuil in der Pikardie. Daraus dann eine besondere lignatura.

4) Z. B. Recht von Coblenz Beyer U[illegible] I n. 242 1204, auch I n. 684 1162.

Hallen auf dem Markt, oder in den Häusern, die rechtlich zum Markt gezält werden, sondern auch in den Privathäusern, allenfalls in stalla, logia, Lauben, die hier angebracht sind [1]). Nur insofern wird an dem alten Recht festgehalten, als, wie eingangs erwähnt, bis in das dreizehnte Jahrhundert während des Markts ein Verkauf im Haus verboten ist. Umgekehrt ist die Zulassung des Verkaufs während der Woche bis in die karolingische Zeit zurück [2]) bezeugt; nichts hindert aber, dass sie da und dort noch älter ist.

Mit dem allen geht nun natürtich eine Umbildung des teloneum Hand in Hand. Von Haus aus ist es eine Abgabe von jedem Umsatz. Zunächst wird für die öffentlichen Hallen oder Buden überhaupt ein Standgeld [3]) verlangt, allenfalls neben dem teloneum. Dann wird das teloneum nicht mehr vom einzelnen Geschäft gezalt, sondern für die Summe der Geschäfte, welche während einer Woche oder einer längeren Periode geschlossen werden [4]). Der technische Ausdruck scheint einigemal ventae, das bereits in der karolingischen Zeit vorkommt oder laudes (leudes, leidae in den

1) Utrecht 988 Miräus I S. 807 in telonio tam in navibus et ponte quam foro et vicis Tournay 902 (Duvivier — Hainaus ancien) rivatico cum mercato et omni eorum undique in eadem civitate teloneo. Quantin Cart. de l'Yonne I S. 319 1137 in Vezelay allgemein stalla in den Strassen; das stallagium wird schon nicht mehr auf Zoll, sondern auf das Strasseneigentum zurückgeführt. In Metz (histoire de Metz IV 1 S. 147 1190) ist wenigstens der Silberverkauf in der ganzen Stadt erlaubt. In Chartres schon 1087 teloneum ex suburbio (Guérard Cart. de S. Père de Chartres S. 252 (auch S. 295 1101—1129). Ebenso Köln: Ennen Quellen I S. 329 1149: hier schon teloneum in der ganzen Stadt; Ennen Quellen I S. 542 1154 Verkauf in den Häusern. Desshalb an den Häusern Lauben, Hallen (Kölner Schreinsurkunden S. 16, S. 39 etc.). Arras: Guimann S. 166. Paris: nur ausnahmsweise ist bei Boileau der Handel an dem Markt rechtlich gebunden.

2) Vorige Note und ventae S. 415.

3) Gallia christ. XIV col. 134 1145 Mans; Boileau I 50 § 38—41.

4) So Quantin cartulaire de l'Yonne I n. 247 1145 Auxerre: statutum est de mercatoribus, qui vendunt in domibus suis, quod a quindecim in quindecim dies vel a mense in mensem teleonario episcopi ventas reddent si quaerit an ab eis fuerint. In nundinis libertatis calendarum maiarum telonei et ventarum duae partes sunt episcopi, tertia comitis. Gallia christ. XIV col. 65 1009 (S. 407 N. 4). Gall. christ. X col. 179 1227 Montdidier bei Chalons ventis, teloneis, minagiis. — Leidae: Raynal Berry II S. 542 1168 medietatem mercatorum septimanalium et medietatem omnium leidarum, ubicumque eveniunt sive intra urbem Bituricam sive extra in septena scilicet. Im übrigen gehört die leida dem südfranzösischen Rechtsgebiet an. — Ventae als venditae bereits in form. Senem. 36. Ueber laudaticus Waitz II 2 S. 305. — In Paris hat die hansa mercatorum mit der crieria auch die laudes et vendae erworben (Ord. XI S. 309 1220) aber das bezieht sich auf das Immobiliarrecht, wo bekanntlich lods et vends vorkommen.

südlichen Gegenden), wohl das laudaticum des fränkischen Rechts. Möglicherweise gehört in diesen Zusammenhang auch das barganiaticum[1]). Die Worte ventae und laudes haben freilich eine viel breitere Anwendung im Immobiliarsachenrecht. — Leicht wird aus der Umsatzsteuer überhaupt eine Ertragsteuer; beim Verkauf in öffentlichen Läden stalagium[2]), beim Verkauf im Haus eine Grund- und Haussteuer[3]). — Anderemale freilich verschwindet der Zoll überhaupt ohne Ersatz entweder nur für den Markt, so dass dieser franche foire[4]) wird oder auch für den Wochenkauf, aber dann nur für die Einwohner[5]).

1) Barganiaticum (Lasteyrie n. 24 (775); dazu die Stellen bei Waitz IV S. 61) hat jedenfalls mit barca nichts zu tun (so Waitz; früher schon Laurière glossaire droit de barque) sondern stammt von barganiare handeln. Möglicherweise ist gerade der Kauf ausser dem Markt gemeint. Zu laudes, ventae: Flach les origines de l'ancienne France S. 374. Luchaire manuel des institutions françaises 1892 S. 338; Molinier in der histoire de Languedoc VII col. 172—181.

2) Stalagia namentlich für das kleinere Gewerbe: Miräus IV S. 187 1100 Bethune: theloneum, stalagium, foragium, cambagium. Arras Guiman S. 169. Warnkönig II 8 B. § 6 1199 Gent. Häufig in Paris (Boileau Index s. v. estal).

3) Der Zoll wird durch Uebernahme einer Grundsteuer abgelöst: Histoire de Metz IV 1 S. 97 1075 die Einwohner von Cheminot zalen 3 d pro theloneo mercati Nomeniacensis, quatinus libere utantur foro. S. Trond Piot cart. de S. Trond I S. 38 1112 für Bäcker und verwandte Gewerbe. Epternach. Beyer U. B. II n. 35 1179 (S. 77) für die Familie der Abtei Epternach. Warnkönig II n. 167 1163 Nieuport. Amiens Thierry I S. 201 1261 für die Communalmitglieder.

4) Warnkönig II n. 252 1268. Beugnot Ol. II S. 730 c. 29: Weistümer v. Ypern für S. Dizier.

5) Ein sehr frühes Beispiel gibt Hilgard. Speier. U. B. 4 946: amfenninc, que tamen non ex habitatoribus illius civitatis sed ab extraneis et de aliena patria venientibus diligenter sunt exquirenda. Besonders interessant sind die Verhältnisse in Arras: zollfrei sind die Einwohner, welche unfreie Censuales von S. Vaast sind: Guimann Arras S. 177 fd., S. 186 fd., Martène et Durand ampl. coll. I col. 1291 (1245) einschränkend (quantum ad suas merces proprias habeantur). Nach dem Zollrecht von Metz aus dem Ende des 12. Jahrhundert (histoire de Metz IV 1 S. 173) sind die Einwohner frei ausser an dem 8tägigen Markt von S. Arnold. Ord. IV S. 342 1196 Dizy § 7 in foro ejusdem ville nullus hominum dicte ville dabit teloneum de re quam emit. Wauters S. 100 (1226) Duysborg bei Brüssel: für Einwohner Zollfreiheit überhaupt, für Fremde während des Wochenmarkts; S. 111 (1228): Löwener Recht. Warnkönig II n. 8 t. 199 B. § 29, C. § 8, T. § 3 Gent: frei sind die burgenses infra quattuor portas et illi qui manent in veteri castro, et illi qui manent in bonis appenditiis castello Gandensi, similiter et homines Sancti Bavonis. Tailliar S. 412: Recht von Henin § 48. Meurisse histoire des evesques de l'eglise de Metz 1688 S. 442, 1212. Die einheimischen, die in der Stadt Rauch haben, sind

Manchmal ist die Zollfreiheit einheimischer beschränkt auf die Mitglieder der Communio [1]) oder einer einzelnen gewerblichen fraternitas [2]). Zollprivilegien sind auch auswärtigen Handelsgesellschaften zugebilligt [3]) und sind sicherlich eines der vielen Motive zur Bildung solcher Gesellschaften gewesen. Etwas sehr altes ist die Zollfreiheit der Kaufleute, welche dem königlichen Palast angehören und die in der nachfränkischen Zeit in den deutschen Pfalzstädten gewährt wird, während sie früher wohl ganz allgemein war [4]).

Im Ganzen aber bezieht sich die Beseitigung des teloneum nur auf die Einwohner und tritt auch hier keineswegs allgemein ein. Für die Fremden bildet sich das teloneum sehr leicht in einen Transitzoll um: es wird der Zoll an der Grenze des Marktes eingefordert; desshalb da, wo eine ganze Ansiedelung rechtlich Markt ist, beim Verlassen der Grenzen dieser Ansiedelung [5]). Daraus erklärt sich, dass das teloneum direkt ein Durchfuhrzoll [6]) oder Einfuhrzoll [7]) wird. Gewöhnlich wird freilich zwischen Verkaufszoll und Strassenzoll auch in der Stadt scharf unterschieden [8]): denn auch in der Stadt wird ein besonderes pedagium

1) S. Omer.: erstes Zollrecht 1159—1167 § 1 (Giry S. 474 n. 93). Rue Charte v. 1210 § 4 (Thierry IV S. 658).

2) Boileau II 24 § 2, § 4. Ermässigung für die Pariser Confrèrie des drapiers.

3) S. Omer 1127 (Giry S. 372) § 5: omnes qui gildam eorum habent et ad illam pertinent et infra cingulum ville sue maneant, liberos omnes a teloneo facio ad portum Dichesmude et Graveningis.

4) In karolingischer Zeit bereits die formula imper. n. 37; später besonders Zollrecht von Metz — einer Pfalzstadt (histoire de Metz IV 1 S. 173). A toutes manières de gens doivent cestui tonneu, s'ilz ne sont de l'Escheviet et des Chambre de l'empéreur; S. 174 (anders) S. 176, S. 264 (1304) werden dann die a villes qui sont chambre de l'empéreur aufgezält .— Hierher gehört auch schon die Urkunde für Trier v. 970 (Beyer U. B. I n. 234; vgl. Waitz V S. 353).

5) Zollrecht des grossen Marktes Messines bei Ypern 1228 (Geldolf V S. 347 n. 21).

6) Hierher wohl die eigentümliche Stelle im ersten Zollrecht von S. Omer § 22: si quis vina biga adduxerit et ea super bigam vendiderit, nichil dat ad theloneum, sed II d. dat de ruagio, de portagio o.; si autem non venditum deposuerit, quodlibet dolium dat ad theloneum II d. Si biga vero cum vino villam transierit, quidlibet dolium ad theloneum II d., de ruagio II d., sed solo portagio libera abebit. —

7) Warnkönig II 8 1199.

8) Z. B. Köln 1171 Ennen Quellen I S. 563. Gallia christ. X col. 103 1120 Chateau Thierry: quod si festum Sancti Severici in crastinum ascensionis advenerit, quidquid ad justiciam comitis pertinet, tam in pedo quam in teloneo citra et intra portam vendentium et ementium. —

und rotagium erhoben und desshalb Strasseneigentum angenommen; das letzte ist für die städtische Entwickelung wichtig genug: denn der Wegeberechtigte hat Vorbaue, allenfalls auch Fenster und Thüren, welche auf die Strasse gehen, zu genehmigen[1]). —

Die städtische Umsatzsteuer — für Einwohner derart vielfach beschränkt, für Fremde häufig in einen Einfuhr- oder Ausfuhrzoll umgebildet — tritt im 13. Jahrhundert als mala tolta auf[2]) wenn ihr Betrag erhöht wird; offenbar dieselbe Gedankenbildung wie in deutschen Quellen das „Ungeld“[3]). Das französische Königtum hat dann zu Ende des 13. Jahrhunderts die Lokalsteuer zu einer Reichssteuer gemacht[4]). In Deutschland hat sich die Landeshoheit des Ungelds bemächtigt.

Als eine sehr frühe Durchbrechung des Marktzollrechts ist es endlich anzusehen, wenn unter dem Schutz der kirchlichen Immunität vor den Kirchen Märkte in Conkurrenz zu den öffentlichen Märkten entstehen[5]), soweit nicht an den Kirchen das öffentliche Marktrecht selbst, namentlich für die Tage ihres Heiligen (Jahrmarkt) abgetreten wird.

Berechtigt zur Einhebung ist der teleonarius[6]). Dann wird

---

1) Z. B. Delisle Olims n. 505 1282: item quod episcopus Laudunensis debet habere et ad ipsum pertinet coustuma, que placitum episcopi vulgariter nuncupatur et ipsam percipiet vel percipi faciet presentibus aliquibus de scabinis Laudunensibus in chiminis et fenestris, que pretunduntur super cheminos.

2) Warnkönig II n. 16 1228 Gent; Miræus III S. 590 1238 u. 1241 Lille; Wauters S. 189 1258 Lüttich; Histoire de Metz IV 1 S. 308 1314, IV 2 S. 30 fd. 1326: hier deutlich eine Steuer von jedem Umsatz.

3) Mainzer Landfrieden v. 1235 c. 6 telonea vel exactiones — quae vulgo dicuntur ungelt (M. G. Legg. II S. 315). Arnold V. G. der deutschen Freistädte I S. 267, 268; G. L. v. Maurer Gesch. der Städteverfassung in Deutschland II S. 857 fd. — Assissia kommt in Nordfrankreich ebenfalls häufig vor, und zwar auch als Auflage auf den Handel (Laurière s. v. assis; Roisin S. 343 1297; Warnkönig II n. 16 1228 assissia que mala toulta dicitur); aber anderemal u. zwar häufig ist assissia jedes fest begrenzte Besteuerungsrecht im Gegensatz zu ungemessenen Forderungen: so z. B. Varin Reims I S. 452 1203; S. 537 1227; Wauters S. 182 1253 Montigny s. Sambre. — In diesen Zusammenhang gehört auch die Verkehrssteuer (monopolium), welche in Köln die einzelnen Zünfte erhoben (Ennen, Quellen Köln II S. 392 c. 2).

4) Danach berichtigen sich die Ausführungen bei Boutaric la France sous Philippe le Bel S. 254 etc.

5) Z. B. Gallia christ. X col. 153 1028. Chalons s. M. ecclesiam S. Alpini intra moenia praefati urbis cum adjacentibus mansuris, fornace etiam telonioque in atrio ejusdem ecclesiae venundatae mercis. — Flammermont Senlis S. 182 1243.

6) Z. B. Beyer U. B. I n. 409 1104 Coblenz. Ennen Quellen I S. 563 1171 Köln. — Für die fränkische Zeit We- IV S. 68.

öfters die Funktion von einem beliebigen serviens versehen; einigemal findet es sich desshalb, dass die Erhebung des Zolls an die Zunft übergeht, welche die betreffende Waare erhebt, wohl, weil die Zunftvorstände, die magistri, selbst von Haus aus zu den servientes des Stadtherrn gehören [1]). —

Der teleonarius muss manchmal vor dem ordentlichen Gericht klagen, manchmal hat er selbständige Gerichtsbarkeit [2]). —

Die Zwangsmittel des Zollrechts sind, soweit man sehen kann, folgende: im allgemeinen ist Strafe der Defraudation der Königsbann [3]). Daneben aber kommt auch der Ansatz von 5 sol. vor, den man allerdings teilweise mit Sicherheit auf die allgemeine Bussenherabsetzung in der französischen Communalbewegung zurückführen kann [4]); z. T. aber kann diese Erklärung wenigstens nicht mit Sicherheit gemacht werden [5]). Gewiss ist es, dass der Königsbann schon in fränkischer Zeit von Marktzolldefraudatio-

---

1) So deutlich in Metz IV 1 S. 264 1304: der Zoll erhoben von den tonnowiers dez parmentiers. Hierher wohl auch das ältere Zollrecht von Coblenz v. 1104 (Beyer U. B. I n. 409), wonach die einheimischen Schuster den census sutorum aliunde venientium haben, u. das Kölner Recht (ob. S. 417 N. 3). Ueber die Stellung der Zunftvorstände unten § 4 B.

2) Hierher W. Sickel zum ältesten deutschen Zollstrafrecht (Zts. f. ges. Strafrechtsw. 7 S. 518). Recht von Dinant (Wauters S. 250) 1060 unterscheidet anscheinend eine besondere justitia telonei: aber schon in der interessanten Urk. v. 1111 für Arras (Guiman S. 179) wird angenommen, dass zwar scabini nicht mit dem Zöllner auf dem Markt anwesend sein müssen, aber dass die Zollgerichtsbarkeit den Schöffen zusteht. Ebenso offenbar in den Rheinstädten: so in Köln, wo zwar der Zoll bischöflich ist (Ennen u. Eckertz Quellen I S. 492 n. 32 1084; S. 542 n. 67 1154; S. 570 n. 85 1174, II S. 6, 5 1203); n. 23 (S. 27) 1206, 32 S. 37 1211; II n. 59 S. 72 1218) und der Bischof darüber verfügt, die Erhebung und desshalb die Bestimmung einzelner Ansätze aber gleichzeitig die Schöffen haben: (Quellen I S. 569 n. 80 1171; S. 577 1178 n. 90; S. 602 n. 107 1157—1191) so ist denn auch der Zöllner selbst magister senatorum — in Coblenz 1104 (Beyer U. B. I 409), wo das Weistum über Zollrecht von den scabini abgegeben wird. Soissons (Charte § 2 Ord. XI S. 219). Willems codex dipl. I n. 27, Diest 1221: omnem (?) teloneum stabit judicio scabinorum. — Der teleonarius ist anscheinend zuständig in Brie Comte Robert bei Meaux (Guérard Cart. de Notredame de Paris I S. 301 1208). — Ob wirklich die selbständige Gerichtsbarkeit des teleonarius das ursprüngliche ist, wie Sickel annimmt, kann man demnach nicht mit Sicherheit behaupten, wenn auch innere Gründe für Sickel sprechen mögen.

3) Sickel a. a. O. S. 510 fd. Dann noch Tailliar S. 461 § 8: Douai 13. Jahrhundert. Gent (Warnkönig II U. B. S. 29 § 6 1199).

4) So namentlich in der Charte v. Soissons § 2 (Ord. XI S. 219) und den zalreichen daraus abgeleiteten Stadtrechten.

5) So Beaumanoir XXX § 69.

nen erhoben wird [1]), nicht erwiesen, dass ein solcher immer erhoben wurde. — Daneben verfallen die Waaren. —

Processual gestaltet sich die Erhebung folgendermassen. Jedenfalls kann der Zöllner vom Inhaber der aufgehaltenen Waare, ohne gerichtliches Verfahren, fides, fiance dafür verlangen, dass die Zollpflicht erfüllt ist [2]). Begnügt sich damit der Zöllner nicht, so kommt es zur Reinigung des Beklagten durch Eineid, entweder vor dem ordentlichen Gericht oder dem Zöllner selbst, je nach der Zuständigkeit. Erst ganz spät ist letzterm ein Ueberführungsbeweis verstattet [3]). —

Berechtigt zum Zoll ist in der fränkischen Zeit der Graf für den König [4]), also in nachfränkischer Zeit prinzipiell der Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit; auch in nachfränkischer Zeit gehört das teloneum prinzipiell zur Grafschaft [5]). Aber gerade hier tritt die Auflösung des Comitatus am deutlichsten hervor. Einesteils geht das Zollrecht auf die Personen über, denen der Markt dauernd oder vorübergehend verliehen wird; es wird dann aber auch der Zoll von einzelnen Objekten oder der ganze Zoll weiter verliehen oder verpachtet [6]).

---

1) Sickel a. a. O. S. 513.

2) Z. B. Boileau II 17 § 3, 27 § 4, 31 § 8; hierher wohl auch Ennen Quellen Köln II S. 20 1207 ipse sacramento proprie manus — se de hoc expurgabit — ebda. II S. 42 n. 37 1212.

3) Eid: Lasteyrie cart. de Paris n. 20 (753), et ipsi homines, quando ipso sacramento jurabant, 5 dinarius pro hoc donabant; später z. B. Chart. v. Soissons § 2 (Ord. XI S. 219); Amiens (Thierry I S. 201) 1226: recepto a talibus corporaliter juramento; Brie Comte Robert 1208 e S. 418 N. 3; Incourt 1226 (Willems cod. diplom. I n. 25). — Ueberführungsbeweis: Bourquelot histoire de Provins II S. 423 (1273). — Kommt er zu keinem Streit, so mögen für gestundete telonea die Kerbhölzer (eschantillons) zur Anwendung gekommen sein: Boileau I 1 § 18.

4) Waitz S. 68, S. 169.

5) Miräus IV S. 176 1016 bei S. Omer: Comitatum id est potestatem vadimoniorum et fredorum et bannorum et telonei et totius districtionis rectitudinem alterius villae, Daehem nuncupatae.

6) Ein Beispiel unter vielen: Senlis (Flammermont Senlis S. 164 f.) 1173, (S. 166 fd.) 1177—1215.

II. Abschnitt.

Kaufmannschaft und Marktrecht.

§ 4. Einleitung.

Die Einwirkung des Kaufmanns- und Marktrechtes kann nur dann verfolgt werden, wenn man sich zunächst die Verfassung in den Städten ohne Einwirkung des Marktes vorstellt. — Danach ist ursprünglich von einem besondern Stadtrecht, welches von der allgemeinen Provinzialverfassung abweicht, keine Rede: hier wie dort finden sich vielmehr dieselben Behörden des öffentlichen Rechts und des Hofrechts [1]).

A. Die Behörden des öffentlichen Rechts sind der Graf, der vicarius (Schultheiss), maior (Heimburge etc.), die niedrigsten Vollstreckungsbeamten und die Schöffen.

I. Die Grafengewalt in den nichtbischöflichen Städten hat sich der Graf des umliegenden Gebietes bewahrt: dies zeigt sich am deutlichsten in Flandern und Hennegau (Gent, Brügge, Ypern — Mons, Valenciennes), aber auch anderwärts [2]). — In bischöflichen Städten hat der Bischof vielfach aber nicht immer die Grafengewalt erlangt [3]). Oefters lässt sich in Deutschland wie in Frankreich direkt eine Schenkung nachweisen [4]) und ist dies nicht anders zu beurteilen, als die vielfachen Schenkungen von Grafschaften auf dem flachen Lande an die Kirche [5]): die deutschen wie die französischen Könige des 10. und 11. Jahrhunderts haben sich eben auf die hohe Geistlichkeit gestützt. Anderemal wird die Gerichtsbarkeit des Bischofs auf einen ducatus zurückgeführt und wie sonst der ducat aus dem Amt der missi regii sich entwickelt hat, so wird dies in den Fällen eines bischöflichen Herzogtums auch vorgekommen sein [6]). Die

1) Die folgende Erörterung soll keine vollständige sein. Ich unterlasse daher allgemeine Literaturangaben.

2) Z. B. Clermont (Teulet I n. 469 1197), Provins.

3) In den deutschen Bischofsstädten ausnahmslos, im französischen Gebiet Noyon, Tournay, Rheims, Chalons, Laon, Beauvais; während die bischöfliche Stadtherrschaft sich nicht entwickelt hat in Paris, Senlis, Amiens, Meaux, Troyes, Amiens, Sens, Orleans etc.

4) Rheims 940 Flodoard. IV c. 27 und hiezu Varin I S. 80 fd. Beauvais Gallia christ. X col. 243 1015. Worms Bos Wormser U. B. n. 35 979.

5) So Waitz V. G. VII S. 257 fd.

6) In Laon sind die vom Bischof abhängigen Schöffen, scabini ducatus und judiziren desshalb auch über die nobiles des Gebiets (O. I 752 IV 1269, I 779, XXVIII 1269); siehe auch die ungenügenden Angaben bei Warnkönig französ. Rechtsgeschichte I S. 344. Ueber die Beziehungen zwischen Herzogtum u. Missaticum einige Notizen unten in § 5.

eigentümliche Stellung dieser geistlichen Stadtherrn besteht nur darin, dass sie nach den Grundsätzen des ältern Kirchenrechts die hohe Gerichtsbarkeit auf einen Laien übertragen müssen. Im übrigen ist von einer Besonderheit derselben keine Rede[1]). —

Die Uebertragung der hohen Gerichtsbarkeit auf einen Untergrafen, die in bischöfl. Territorien nötig war, tritt tatsächlich aber auch in den weltlichen Gebieten vielfach auf: das ganze nördliche Frankreich ist in vicecomitatus zerlegt, deren Inhaber auch als castellani, praefecti bezeichnet werden, wenn sie ihren Sitz in einer Burg haben und in Deutschland ist der praefectus oder Burggraf der Inhaber der gräflichen Gerichtsbarkeit für die Stadt und den umliegenden Bezirk[2]). Der vicecomes, castellanus, praefertus, Burggraf ist vom vicarius, scultetus, centenarius zu unterscheiden[3]). Aber freilich kommen doch Uebergänge vor: viceco-

---

1) So richtig v. Below in Sybels histor. Ztschr. N. F. 22 S. 232 fd.

2) Ueber die Identität von vicecomes und castellanus im Norden: Brussel II S. 713; Giry histoire de la ville de S. Omer. S. 92 (Belege aus Brügge); dazu: Gent, wo in Urk. v. 1178 § 2 (Warnkönig II n. 2) vicecomes, was in Keure v. 1192 § 21 (Warnkönig II 6) castellanus; Chronicon Maurigniacense (Duchesne hist. franc. scr. IV S. 365, 372 B, 373 C): hier als die einzige Behörde in der castellania (Ol. I S. 477 X) Etampes der vicecomes genannt. — In S. Riquier (Ord. XI S. 184 1127) ist vicecomitatus mit prefectura identisch, ein und dieselbe Person prefectus oder vicecomes: auch noch später tritt dieser vicecomes hervor (Ol. I 802, XI 1270). Auf die Gleichheit ist schon früh hingewiesen von Brussel a. a. O. S. 713; vgl. auch Luchaire Inst. I S. 222 f., Luchaire Manuel S. 279 f. die Sache bedarf aber noch genauerer Untersuchung. — In Deutschland kommt der Titel vicecomes nur vereinzelt vor (Waitz VII S. 34, dessen Ausführungen aber nicht ganz richtig), aber nicht weil die Sache nicht vorgekommen wäre, sondern weil hier allgemein der „Untergraf" einfach als Graf bezeichnet wird. Vielmehr ist es dasselbe, wie in Frankreich, wenn nunmehr in der Stadt der Burggraf die volle gräfliche Gerichtsbarkeit ausübt: so in Köln, wo das Gericht des Burggrafen einesteils das placitum liberum liberi comitis ist (Kölner Schreinsurk. S. 20 n. 7 1135—1142), andernteils in dem Weistum ganz richtig als wizzeht dinc bezeichnet wird, d. h. das Gericht, in dem die peinliche Strafe verhängt wird; denn auf peinliche Strafe [a. h. d. wizzi; für die Richtigkeit dieser Auslegung Kölner Schreinsurk. S. 17 1 (1135—1142) capitali conventu praefecti urbis] gehen die Ladungsformeln zum Burggrafengericht; es ist die hohe Gerichtsbarkeit des Grafen, die in Köln der Burggraf als Vertreter des Bischofs ausübt. Metz (der Pfalzgraf oder Grossvogt: Sauerland die Immunität von Metz S. 34 fd.; Döring: Beiträge zur ältesten Geschichte des Bistums Metz S. 14, S. 15). Mainz: Hegel in den Städtenchroniken XVIII S. 20 fd. Cambrai: Dieckmeyer, die Stadt Cambrai S. 16.

3) Mainz: Gegensatz zwischen Burggraf und scultetus (tribunus) Hegel a. a. O. S. 20. Worms: Köhne S. 171 fd. Trier: praefectus urbis (Schoop V. G. v. Trier in Westdeutscher Zeitschrift E. H. S. 96 fd.), Schultheiss (S. 125 fd.): Köln,

mes und castellanus erscheinen doch manchmal von der Blutgerichtsbarkeit ausgeschlossen und dann tritt beim castellanus namentlich die finanzrechtliche Seite heraus [1]). Es muss das wohl darauf zurückgeführt werden, dass nach dem altfränkischen Recht [2]) der Blutbann vom König selbst übertragen wird und dieser Satz in Deutschland reichsrechtlich noch bis in das 13. Jahrhundert hinein sich im Institut der Bannliche erhält. Vicecomites oder castellani, die nicht vom König beliehen sind, mögen

---

Weistum v. 1169. Metz: Sauerland S. 39. Brügge: Warnkönig II 1 S. 148 u. U. II n. 73. Paris: Lasteyrie n. 55 (900), n. 62 (925) vicecomes v. Paris; später (Brussel II S. 700 f., auch Boileau I 60 § 23) wird noch ein vicecomitatus v. Paris genannt, wiewohl er seit dem 11. Jahrhundert nicht mehr besetzt ist: davon ist dann die viatura von Paris geschieden (so schon Lasteyrie n. 156 1110); sie steht den Bischof für einen grossen Complex zu. Tournus, Ord. XI S. 194 1146: als mögliche Würdenträger sind aufgeführt dux vel comes seu vicecomes aut vicarius. Bourges: der König erwirbt vicecomitatus (Bouquet SS. XI S. 385 B, XII S. 217 D; Ord. XI S. 190) im Ende des 11. Jahrhundert; trotzdem bleibt aber hier neben dem königlichen prepositus der vicarius bestehen (Ord. I S. 10 § 5 1145). — In Beauvais findet sich neben den bischöflichen castellanus noch ein vicarius (Luchaire Louis VI n. 175 1114).

1) vicecomitatus ist mitlere Gerichtsbarkeit sehr deutlich im spätern französischen Recht: Zusätze zur somme rurale (Ausgabe v. 1603) S. 902 die Gerichtsbarkeit der vicecomites ist die justice moyenne, befasst Gerichtsbarkeit über die Diebe, nicht aber über die sonstigen Criminalfälle, sondern nur über amende bis zu 60 s. und Civilgerichtsbarkeit; einige andere Belege bei Laurière s. v. justice vicomtière. Diese beschränkte Gerichtsbarkeit (justice moyenne), deren höchster Teil die justicia latronis, lässt sich aber schon viel früher verfolgen: Varin Reims I S. 306 1143; Quantin cart. gén. de l'Yonne I n. 281 1147 (bei Auxerre) in einem Ort erstreckte sich die Gerichtsbarkeit des vicecomes anscheinend auf jedes forisfactum, in einem andern auf latro und falsa mensura. Die Bestrafung des latro aber gehört nicht zur hohen Gerichtsbarkeit (Ol. I S. 95 X 1259; II 78 II 1276; II S. 431 III 1299: über die hohe Gerichtsbarkeit namentl. Delisle Olims n. 118 C 1272), sie nimmt schon im altfränkischen Recht eine Sonderstellung ein (Cap. 7 § 7 596; cap. 82 804—813) und erfolgt auch später bei famosi latrones formloser [Kölner Gottesfrieden v. 1083 (Ennen Quellen I S. 490) Warnkönig II n. 160 1240 § 1 Furnes; später in Deutschland das Verfahren gegen die schädlichen Leute]. —

Aehnlich ist die Gerichtsbarkeit des castellanus manchmal eine beschränkte: so z. B. in Noyon [Lefranc S. 217 1237; aber in Charte von Noyon § 6 Ord. XI S. 224 hat der castellanus noch Gerichtsbarkeit über homicidum]; Beauvais: (Ord. XI S. 177 1115; Ol. I S. 756 X 1269) hier hat der castellanus die Erhebung des minagium und die Gerichtsbarkeit pro catallis. In Deutschland kommt bekanntlich (Strassburg, Augsburg) die gleiche Erscheinung vor, zufällig, soweit ich sehe, nicht in unserem Gebiet.

2) Brunner II S. 179.

da nicht allerorten den Blutbann erworben haben [1]). — Anderenteils haben nach einer jüngern Entwickelung die vicarii, centenarii, sculteti manchmal die hohe Gerichtsbarkeit erlangt [2]); sehr häufig ist das Vorkommniss in den Städten nicht, weil hier später durch Marktrecht und Eidgenossenschaft ohnediess an Stelle der bisherigen Behörden andere gesetzt werden. — Rein zufällig ist es, ob mit dem Amt des vicecomes, castellanus oder dem des Schultheissen, vicarius in geistlichen Gebieten die Stellung des advocatus, verbunden ist [3]).

II. Die tribuni, centenarii, sculteti, vicarii haben nach dem bisherigen Gerichtsbarkeit unter dem Grafen. Soweit man sehen kann — durch die spätere Communalbewegung sind ja die Spuren vielfällig verwischt —, hat es in ein und derselben Stadt nur einen Beamten derart gegeben [4]). Der scultetus, viarius ist Richter;

---

1) Am deutlichsten in Noyon (Lefranc S. 22 fd.), wo der alte königliche castellanus andere Competenz hat als der neuere bischöfliche.

2) Köln (Weistum v. 1169) der advocatus (scultetus) dringt bereits in die hohe Gerichtsbarkeit. Worms: Aufsatz über Gerichtsverfassung (Böhmer fontes II S. 213) hier ist der scultetus auch schon bei der Blutgerichtsbarkeit beteiligt. Recht von Tours (Teulet I n. 571 1190) die viarii civitatis kommen zweimal im Jahr in das castrum, um dort Gericht (nach dem Zusammenhang hohes Gericht) zu halten. — Das ursprüngliche Recht in eigentümlicher Veränderung in Ol. II S. 132 1279: der viarius in Mantes hat die bassa justitia super nobiles. —

3) In Köln ist der scultetus advocatus (Weistum v. 1169); in Worms der Burggraf (Köhne S. 158); in Metz beide (Sauerland, die Immunität von Metz S. 35, S. 39); in Noyon ist castellanus = advocatus (Lefranc Noyon S. 106 1046).

4) Der Punkt ist bestritten: in Frankreich nimmt Luchaire an, dass mehrere viarii vorgekommen seien (Inst. II S. 218); aber die Urk. für Melun v. 1058 (Luchaire II S. 218 n. 3) sagt nicht, dass die hier erwähnten beiden viarii gerade von Melun sind; sonst finde ich keine Spur. — Antwerpen (Wauters S. 23 1146) tribunus (später S. 68 1210 scultetus) — amann — scabini — decanus. Metz: Histoire de Metz IV 1 94 1070: die Kirche von Metz frei de centena (nicht centenis). Brügge (Warnkönig II n. 1 S. 148). Aachen [Urk. v. 1269 und öfters bei Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler S. 33; schon früher: Kölner Schreinsurk. S. 271 9 10, Quellen Köln I S. 573 1176, S. 585 (1180), II S. 42 1212: scoltetus, villicus, judex Aquensis (immer derselbe)]. Köln: nach dem Weistum v. 1169 ist nur der advocatus scoltetus; die in den Schreinsurkunden neben der Beurkundungsbehörde (magistri civium, officiales) erwähnten judices sind allemal der primus oder gewöhnlich secundus comes d. h. der Burggraf und sein Vertreter und der Advokatus (Schreinsurk. S. 17, 7, 8, S. 18 6, 11, S. 20 2, 6, 7; S. 24, 20, S. 26, 46, S. 33, 19, S. 218, 5; S. 219 n. 4; S. 223, 5); S. 223, 5 wird die Auffassung vollzogen vor fronegewelde unde vor den ammanen: dies offenbar eine Auflassung vor dem Advokatus (z. B. S. 219 4), nicht die häufigere vor dem Grafen; nirgends hat es in den Parochien Unter-

daneben aber ist er auch Vollstreckungsbeamter des Grafengerichts; in nachfränkischer Zeit ist er manchmal der Vollstreckungsbeamte für die freien oder adeligen [1]).

III. Unter den solteti stehen die maiores, wiewohl beide zusammen als villici auftreten [2]) [3]), neben und unter ihnen die decani (Zehnder) [4]).

---

richter mit der Stellung von scolteti neben den officiales gegeben (a. M. aber unrichtig Liesegang Zeitschr. d. Savigny St. XI S. 14 fd.); etwas ganz anderes ist es mit Niederich, das eine selbständiger Ort ist und wo sich desshalb ein Stellvertreter des Burggrafen und ein advocatus findet (Ennen Quellen Köln I S. 223). Worms Böhmer fontes II S. 209: nach dieser altfränkischen Aufzeichnung sind in Worms mehrere Heimgereden, aber nicht mehrere Centienen; so auch später nur ein Schultheiss. — Die Zal der Belege liesse sich noch stark vermehren. Keine Ausnahme ist es, wenn in dem sehr späten Recht von Ardenburg § 8 (O. V. Rechtsbronnen XV S. 36) zwei scoltete vorkommen; denn diese sind hereditarii, ihre Funktion ist nicht örtlich ausgeschieden (§ 9); es hat also eine Zersplitterung durch Erbgang stattgefunden.

1) Keure der freien von Brügge (Warnkönig II n. 45) § 12: homo liber summonitus ad lapidem non respondebit ad summonitionem praeconis si contra summonitionem hanc loqui voluerit sed scoutete respondebit; der scoultete scheint dasselbe wie der crickwardra in § 3 [Warnkönig II 1 S. 169; genaueres Geldolf IV S. 217; krickhouder ist übrigens nicht Kreuzträger, sondern Stabträger, von krick muss daher das bei Geldolf erwähnte Kreuz des krickhouder unterschieden werden]; Die liberi homines stehen im Gegensatz zu homines ecclesiae (§ 27). an adelige wäre hiernach wohl nicht zu denken; andererseits könnte man aus der Urk. v. 1232 (Warnkönig II n. 49), wo für die Bewohner der officium Bruggense das Besthaupt aufgehoben wird, schliessen, dass die Hauptmasse der Bevölkerung abhängig war und liber den freien Ritter bedeutete; aber auch sonst (Arras unten S. 442 N. 9; 443 N. 4) kommt es vor, dass ursprünglich Freie maritagium und manus mortua zu zalen haben. — Ganz deutlich ist die Nobilität der Schultheissen von Maldeghem (Warnkönig II n. 47 1229). — Hierher gehört es dann auch, dass im Kölner Gottesfrieden v. 1083 gesprochen wird von comitum aut tribunorum vel potentum (Ennen Quellen Köln I S. 491), und dass später die sculteti der Rheinstädte alle unter den erzbischöflichen Ministerialen erscheinen (Ennen Quellen II S. 175 1238). — Ebenso die Stellung der viarii in Frankreich (siehe S. 423 N. 2). Auf dem Land ist dann freilich nach einem sehr natürlichen Gesetz der Titel Schultheiss vielfach auch auf die Stellvertreter übergegangen (vgl. die Stellen im Registerband zu Grimms Weistümern unter Schultheiss; dann in Lorsch Ingelheimer Oberhof S. LXXIII f.), ähnlich wie der Titel advocatus auch auf die Subadvocati übergingen. Im Stadtrecht ist diese Entwickelung nicht eingetreten, weil hier das Schultheissenamt vielfach überhaupt verschwunden ist.

2) Sehr deutlich ist der Gegensatz in der Königsurkunde v. 1148 für Stablo (Miräus I S. 688): nullus judex, qui vulgo scultetus dicitur, nullus villicus qui vulgariter maior vocatur. — Die Bezeichnung villicus für scultetus z. B. bei dem scultetus von Leichenich (Kölner Schreinsurk. S. 343 1 mit S. 354 21).

3) Das folgende bedarf noch genauer Detailuntersuchungen, aus deutschem

Die maiores sind ebenfalls Vollstreckungsbeamte[1]); aber sie haben auch eine kleine Gerichtsbarkeit: sie können die amenda von 7½ solidi erheben[2]). Die decani dagegen sind ihre Gehilfen, und haben insbesondere die Landwehr aufzugebieten[3]). — Wo in einer Stadt mehrere Grundherrschaften sind, da finden sich für die einzelne Grundherrschaft ein besonderer maior[4]). Aber es gibt Fälle, in denen die Mehrheit der maiores nicht auf eine Mehrheit von Grundherrschaften zurückgeführt werden kann[5]). —

Gebiet kommen namentlich die bekannten Erörterungen von Lamprecht deutsches Wirtschaftsleben I S. 169 fd. in Betracht, denen ich aber nicht überall zustimmen kann.

4) Maiores und decani in Metz (Klippfel les paraiges messins S. 68 fd.; Prost in der nouvelle revue hist. du droit fr. et étr. II S. 296 fd.). Umgegend von Metz: Histoire de Metz IV S. 101 1095: habet (advocatus) ibi proprium villicum, decanum, scabionem. Laon: Guibert v. Nogent de vita sua III c. 7 (Migne 156 col. 924 Ende des 11. Jahrh.) erat Gerardus, major nescio an decanus rusticorum. Arbois Champagne III S. 440 n. 111 1151 servientes de Dameriaco: Rogerius decanus, Hugo dictus maior, Theobaldus mulnerius: III S. 444 n. 116 1154 villa — in qua prior habet villicum et judicem et decanum. Calmet I pr. col. 391, 982 bei Toul comite vel advocato, villico vel decano; ähnlich Calmet I col. 585 1114. Reims: Varin I S. 622 1236 maior und decanus hayae de Quercu führen den Auszug an; S. 847 1263 der decanus burgi von S. Remi in Rheims veranlasst den Auszug der Landwehr von S. Remi. Antwerpen (Wauters S. 23 1143) S. Gerungi tribuni, S. Aloldi amman, — S. Becconis decani: der Stellung nach gehört der decanus hier unter die Schöffen. Haspre im Hennegau (Miräus III S. 347 fd.) 1176: der decanus unterstützt den maior bei Ladungen, bei Aufgeboten zum Auszug und bewahrt die Gefangenen auf. — Eine germanische Bezeichnung ist übrigens decanus nicht (vgl. unten S. 456); über Zehnder unten S. 428.

1) So auch die interessante ordonance des maiours von Metz. N. revue II S. 310 fd.; beiläufig sei der dringende Wunsch nach einer genügenden Ausgabe des überreichen Metzer Urkundenmaterials ausgedrückt. Aehnlich die selbständigen Angaben des Rechts von Athyes, das sonst der Gruppe Peronne — Tournay angehört (Ord. XI S. 298 fd. 1212 § 31 fd.), wo das alte Recht des maior aufrecht erhalten wird. Recht von Haspre (vor. Note).

2) So deutlich in Reims: Varin I S. 403 1183, I S. 458 1205: es werden in Reims neue Stadtteile auf bischöflichem Boden errichtet: qui mansionarii proprio gaudebunt majore constituto per manum nostram, coram quo tractabitur de causis eorum et de forisfactis usque ad 7 solidos et 6 denarios. Ueber diese Strafe unten S. 430 f. — Ebenso hat in Arras der villicus (maior) unterhalb der Schöffen Gerichtsbarkeit (Guimann Arras S. 221, 225, 227, 228).

3) N. 4 oben.

4) So z. B. in Paris Lasteyrie n. 110 (1093). Lalore collection des — cartulaires — de Troyes I S. 50 1155 Troyes.

5) So in den Fällen von Reims (oben N. 2), wo die neuen Anlagen eben auch dem Stadtherrn unterstehen; übrigens kommen hier noch mehr als die angegebenen maiores vor; in Metz, wo die 3 maiores für die ganze Stadt kompetent

Mit diesen Aemtern sind nun andere in den Quellen erwähnte gleicher Art. In Lille erscheint unter den bailli und prevot die justice der Stadt, der gerade so wie sonst der maior im Namen der Partei den Gegner ladet, und die erhobene Klage den Schöffen mitteilt, wie auch die erhobenen Einwendungen dem Schöffen vorträgt und dadurch zum Vorsprech (amparlier) der beiden Teile wird; auch die Zwangsvollstreckung leitet er als Mitglied des Gerichts [1]). Im allgemeinen wird er zu den serjants der Stadt gerechnet. —

Im Recht von Antwerpen entspricht dem maior sicher der amman [2]). Damit ist dann auch die Entscheidung gewonnen über die Bedeutung der Parochialoffizialen (Amtleute) in Köln; sie sind nichts anderes als maiores mit der kleinen Gerichtsbarkeit der maiores [3]):

---

sind, so wie ursprünglich der einzige villicus des ältern Rechts (vgl. Prost N. revue II S. 301). Ebenso finden sich in Arras in einer Grundherrschaft (S. Vaast) mehrere maiores [Guimann S. 201 ein villicus für die hospites des camerarius super crientionem; später der villicus der creonaria, der auch als maior von Arras auftritt (S. 201, 205, 235)].

1) So sehr deutlich bei Roisin S. 19—26 (bes. S. 19 II, S. 22 II). — Genau dieselbe Vorsprecherrolle ist im Recht von Athyes dem maior zugewiesen (Ord. XI S. 302) § 43 1212; ähnlich Recht v. Soignies im Hennegau (Wauters S. 177): bei Schuldklagen fordert der maior den Beklagten zunächt zur Zalung auf; leugnet dieser, so ladet er ihn. —

2) Wauters S. 23 1143. Hinter dem tribunus anscheinend an der Spitze der Schöffen erscheint der Aman Aloldus, unter den Schöffen dann der decanus. Derselbe Mann, wie Aloldus ist wohl der Arnoldus villicus, der 1170 erscheint (S. 29).

3) Der Beweis liegt in dem grossen Schied v. 1258 Beschwerden des Bischofs c. 36 (Ennen, Quellen Köln II S. 384): quod cum in domo parochiali non possit judicari nisi de quinque solidis; gemeint ist der Klagewert. — In dem bekannten Beschluss von 1159 (Ennen, Quellen Köln I S. 550 f.) wird von civilis justitia der officiati gesprochen. — Die ursprüngliche Competenz dieser officiales bezieht sich 1. auf Rechtsprechung, 2. aber beurkunden sie die Uebergänge von Grundstücken. Vom gesammten Grund und Boden ist jus civile zu zalen, wiewohl der Besitz gewöhnlich als proprietas bezeichnet wird [Schreinsurk. S. 71 10 1165—1169: obgleich die besitzende Abtei census fundi an S. Martin zalt, wird ihr doch die proprietas fundi zugeschrieben; Quellen Köln II S. 67 1217, S. 89 1223: bei einer Vergebung von S. Martin muss ausser dem besonderen Zins die Beliehene zalen omne jus civile], offenbar eine allgemeine Abgabe, die einmal sicher an S. Martin zu zalen ist. Die Erklärung gibt die Urkunde von 989 (Quellen I S. 472), wonach der Erzbischof der Abtei S. Martin schenkt: areas a porta frumenti usque ad occidentalem murum civitatis ex iterum a porta fori usque ad murum reni; d. h. der Bischof bezieht schon damals von allen areae einen Hofzins, den er aber später aber bei der Bildung der Parochiee und Aufteilung der Diocesaneinkünfte an die neuentstehenden Kirchen abtritt. Frei-

die zalenmässige Begrenzung der Competenz stimmt fast ganz mit der Zuständigkeit der maiores in Rheims und wird sich unten als vollkommen gleichbedeutend ergeben. — Von hier aus freilich bedeutet Amtmann jeden minister. Weiter gehört in diesen Kreis der Heimbürge, centurio, Zehnder. Das bisherige hat gezeigt, dass dem maior und in seiner Vertretung dem decanus eine kleine

---

lich ist die proprietas eigener Art: es ist eine Eigentümlichkeit des „jus urbale", dass es beliebig veräussert werden kann, (Schreinsurk. S. 304 14) und so ist von einem Handlohn nirgends eine Rede, wiewohl die Amtleute tatsächlich einen Einsatz erteilen (so deutlich Schreinsurk. S. 257, 11 1175—1190). Entscheidend ist nun, dass die Veräusserung auch im Gericht des praefectus oder scultetus, also im Schöffengericht erfolgen muss und das Schöffengericht über die Grundstücke urteilt; nur für gewisse Flächen ist das Urteil der Schöffen ausgeschlossen, für das „lan" nämlich (Kölner Schreinsurk. S. 299, 1 1159—1175), wozu zunächst die überbauten Märkte gehören (auch S. 296 5 1326, Quellen I S. 230), dann wohl auch die Bauten in den Gräben und Festungswerken (Quellen I S. 582 fd. 1180, II 186 1238): hier ist dann das Rechtsverhältniss das, dass die officiales damit vom Bischof beliehen sind und ihrerseits zu jus hereditarium weiter verleihen. Daraus folgt: offenbar ist die sg. proprietas ursprüngliches Eigen im Sinn des Volksrechts aber mindestens schon im 10. Jahrhundert mit einer allgemeinen Last belegt; ihm steht das lan gegenüber. Die Natur des jus civile ist endlich noch dadurch genauer gezeichnet, dass in einer anderen Kölner Urkunde (Quellen II S. 3 1200) als die beiden möglichen finanziellen Belastungen eines Grundstückes dincsuche und cormede angegeben werden; da die Hörigkeitsabgabe in Köln nicht erwähnt wird, so ist das jus civile die Leistung aus der Gerichtspflicht. Ich komme noch einmal auf die Sache. — Jedenfalls ergibt sich aber aus obigem, dass wohl schon von jeher die Amtleute den Zins von den Grundstücken erhoben haben werden. Durch eine Bestimmung der Bürgerschaft ist dann ein genaueres Beurkundungswesen eingeführt worden: dies ergibt sich deutlich aus Schreinsurk. S. 16 12 statuta civium exequentes — scripto signamus 1135—1142; danach muss die Anordnung jedenfalls vor 1142 erfolgt sein. — 3. die officiales parochiarum haben aber auch die Zollerhebung vom Verkauf in Häusern und Buden [Schreinsurk. S. 47 29 (1149—1159) verkaufen sie die tabernae; S. 294 1 verhandeln sie mit Handwerkern über die Höhe des Budenzinses]. — In Metz haben die maiores die Stellung der officiales: sie haben ursprünglich noch die vesture bei Grundstücken (Prost in nouv. revue II S. 288); eine andere bezeichnende Competenz ist die Aufsicht über Mass und Gewicht (ebda. S. 308). Aber für die Beurkundung sind später neben ihnen 3 „Amtmänner" aufgestellt worden (1197 Histoire de Metz IV 11 S. 164). Dörings (Beiträge zur ältesten Geschichte des Bistums Metz S. 87) Annahme, dass es sich hier um eine bewusste Herübernahme von Kölner Verhältnissen handelt, wo damals jeweils 2 officiales als magistri civium jeder Parochie fungirten, ist sehr wahrscheinlich. — Farbloser ist der Ammann in Poperinghen: Warnkönig II n. 185 1192. — In Gent dagegen (Warnkönig II Urk. n. 28 1252) ist der Ammann deutlich der praeco, nicht scultetus, sondern amman im Sinn des Antwerpener Rechts (s. M. Warnkönig II S. 69 Text). Der Schultheiss ist aus irgend einem Grund ausgefallen. —

Gerichtsbarkeit zustand; wo man ihn später genauer verfolgen kann, hat der Heimburge eine solche und entspricht das Gericht des maior (amman) ganz dem des Heimgeredes; weiter ist der Heimburge Vollstreckungsbeamter [1]). Nach einer alten Glosse steht der centurius (scario) und ampaht unter dem tribunus [2]); die direkte Verbindung ist m. E. gegeben im Zehnder, der doch nicht Centenarius sein kann, sondern ein deutsches Wort sein wird und eben decanus bedeutet. Dass in dem einen Dorf ein Heimburge ist, etwa der maior, im andern nur ein decanus, Zehnder, das wird sich wohl aus dem Gegensatz von Mutterdorf und Tochterdorf erklären. Heimgereden findet sich nun schon in fränkischer Zeit in Worms [3]), später die Heimburgen mit Aufsicht über Mass und Gewicht, Rügepflicht; ähnlich ist das Verhältniss in Mainz und Speier [4]).

Eine sehr weit verbreitete Bezeichnung, allgemein wie Amtmann, ist magister: sie findet sich in verschiedener Anwendung [5]), aber auch gerade für die maiores [6]).

So gewinnt man überall unter dem Centenarius eine „Ortsbehörde" mit kleiner Gerichtsbarkeit und Vollstreckungsrecht: maior, decanus, amman, Heimburge, Zehnder, magister sind die vorkommenden Bezeichnungen. Hier entsteht schliesslich die Frage, ob Amt und Behörde etwas ursprüngliches, landrechtliches ist oder ob es erst aus der Grundherrschaft entstanden [7]). Es ist nun allerdings richtig, dass die

1) Ueber die Competenz der Heimburgen, Zehnder, Heimgerede vor allem Lamprecht I S. 214 fd.; dann Lörsch Ingelheimer Oberhof n. 31, n. 52 I, wo das Heimgerede in Gegensatz steht zum Landgericht — dem Hundertschaftsgericht.

2) Brunner II S. 181 n. 15.

3) Beschreibung v. 873 (Böhmer fontes II S. 209).

4) Köhne S. 99 fd. die grosse Anzal der Heimburgen ist eine Wucherung ähnlich den vielen Parochialoffizialen in einer Kölner Parochie.

5) Die Magister finden sich bereits im karolingischen Recht für die Vorsteher der königlichen Kaufleute, der Juden; es findet sich früh in Anwendung auf die hohe Obrigkeit, Graf und Schöffen (Kölner Schreinsurk. S. 24 n. 20 N. 42 1156), auf Zöllner (Ennen Quellen Köln I S. 563 1171). Später kommen die magistri scabinorum in Betracht.

6) Zuerst in dieser Bedeutung im Hofrecht des Bischofs Burchard c. 12, wo dem magister loci ebenfalls eine kleine Gerichtsbarkeit zugeschrieben wird. Dann allenthalben in Köln, wo die Parochialoffizialen als magistri civium auftreten. Aehnlich in der Gegend von Lille: Wauters S. 95 1222 heisst es: quod si (die Schöffen) eos liberari nescierint et magisterium suum consulere et inquisitionem veritatis habere voluerint; aus (S. 98 ob.) ergibt sich aber, dass das inquirere veritatem von dem maior und den Schöffen vorgenommen wird: hier muss magister gleich maior sein.

7) Bekanntlich wird von der herrschenden Lehre letzteres angenommen: für alle Brunner II S. 104; v. Amira bei Paul Grundriss der german. Philologie II 2 S. 109.

Gemeinden sehr häufig grundherrlich sind und die Masse der Belege sich nur auf grundherrliche Dörfer bezieht. Hier ist dann der maior ein grundherrlicher Beamter und zwar so, dass sein Amt gewöhnlich ein vererbliches Amtslehen ist, er selbst zu den ministeriales, valvassores gehört[1]). Im Capitulare de villis können diese grundherrlichen maiores und decani bis in die fränkische Zeit verfolgt werden. — Aber ich glaube, es lässt sich allerdings nachweisen, dass stets auch unabhängig von grundherrlichen Verhältnissen die Gemeinde ein Verband des öffentlichen Rechtes und zwar der unterste war. — Bei der Gestaltung der Quellen kann der Beweis freilich nur auf einem Umwege gegeben werden[2]).

Den Ausgang nehme ich von dem Begriff des örtlichen bannus oder conductus, aus dem sich die bannileuga erklärt[3]). Schon seit der fränkischen Zeit bedeutet bannus[4]) und ebenso conductus[5]) das einem blossen Dorf umliegende Gebiet. Die Grenze des Gebiets wird einmal früh in naiver Weise durch Bogenschuss festgestellt[6]). Das normale aber ist die Meile, welche sich als Mass des gefriedeten Raums auch anderwärts, so bei Klöstern[7]) findet. Natür-

---

1) Für diese sehr häufigen Verhältnisse nur beispielsweise: Unfreiheit der maiores (villici) Luchaire Louis VII n. 204 1147; Lasteyrie cart. de Paris n. 172 1115, n. 508 1172. — Erblichkeit: Ord. XI S. 301 § 31 Athyes (sehr interessant); Tailliar recueil S. 498 Charte von Tournay v. 1187 § 33. Daraus erklärt es sich, dass man in vielen Stadtrechten keine Angaben über die Wahl des maior findet. — Zugehörigkeit zu den Ministerialen: Guiman Arras S. 256. Wibertus villicus ist valvassor. Mon. Germ. SS. VII S. 495 17: der villicus von Cambrai ist zugleich cubicularius. Giselbert chron. Hannoniae H. A. S. 295: der villicus von Mons ist zugleich dapifer. — Die Verhältnisse werden überall ähnlich gewesen sein, überall die maiores an der untern Grenze der Ritterklasse gestanden haben: vielleicht ist die Bemerkung gestattet, dass sich daraus in dem bairischen Gedicht über den Maier Helmbrecht das Streben des Maiersohnes erklärt.

2) Das folgende ist, soviel ich sehe, in der Literatur unbeachtet.

3) Die bannileuga wird nach einer ihrer wichtigsten spätern Wirkungen allemal unrichtigerweise aus dem Marktrecht erklärt: z. B. Lamprecht a. a. O. II S. 267.

4) Calmet I pr. col. 316 881. Belmont et decimatio totius banni; I col. 390 (932): Tulliacum cum banno integro; I col. 422 1047 villam, que Tylia dicitur cum banno I col. 465 1069. Steinvelt cum banno quod est in episcopatu Coloniensi. II col. 353 1157 a termino qui dividit bannum de Chenovere et Limarisville. — Guérard Cart. de S. Père de Chartres I S. 125 1038.

5) Calmet I col. 431 1050: ecclesie de Steinsilide cum conductu et tota integritate etc.; II col. 265, 266 1121 und öfters.

6) Miräus I S. 248 (863) Lambres.

7) Calmet. I col. 513 1099 (Rémiremont): prohibemus etiam, ut intra unam leucam a monasterio liceat alicui invadere aliquem.

licherweise ist nun die bisher gewonnene Bedeutung von bannus oder conductus nicht die ursprüngliche. Und in der Tat findet sich auch, dass conductus[1]) und namentlich, bannus den Rechtsschutz des Gebiets durch eine Geldstrafe bedeutet und zwar eine Strafe von 5 sol., neben der dann noch eine zweite Zalung an die Obrigkeit von $2^1/_2$ sol. unterschieden wird. Beide Zalungen sind gemeinfränkisch: die Zalung von $2(^1/_2)$ sol. tritt auf als districtus, justitia, lex, häufig zu 2 oder 3 solidi abgerundet[2]).

---

1) Conductus bedeutet Gebot in Maastrecht: Böhmer acta inedita n. 75 1109 cliens domini sui conductu — judicio parium suorum satisfaciet. Miräus IV S. 359 1124 der Bischof von Lüttich verleiht ein privileg petitione quorundam fidelium — conductu etiam comitis.

2) Am deutlichsten ist der Gegensatz in dem so überaus interessanten Recht von Brusthem v. 1175, das zugleich das Recht von Lüttich darstellt (Piot. cart. de l'abbaye de S. Trond) c. 5: de nulla satisfactione quam aliquis judici offeret (l) et in manum ejus ponet, nihil amplius quam septem solidos idem bannum et legem solvet nisi fuerit de falsa mensura aut furto aut pace infracta. Et de ille septem solidis habebit judex 5 solidos, ille autem qui clamorem fecerit reliquos duos. Et si forte judex ipse clamorem de illo fecerit illos septem solidos solus habebit, vgl. auch c. 7 unten S. 434 N. 4. — Recht von Metz: Histoire de Metz IV 1 S. 180 1216: Et qui duellum ponere voluerit, — debet mandare septem solidos et dimidium ad bannum et districtum. — Gefälschtes Hofrecht für die villae Pfeddersheim, Flamersheim und Isinburg bei Worms (Meurisse histoire des evesques — de Metz S. 168 fd.; nach Sauerland a. a. O. S. 86 aus dem 11. oder 12. Jahrh.): et quia villam cum toto banno tradimus quicumque bannum fregerit, sive in agro sive in villa persolvat ad curtem quinque solidos et advocato 30 denarios. — Recht von Trazegnies in Brabant (Wauters S. 80) 1220: item si quis querimoniam de quacumque re de alio ad maiorem detulerit, isque convinci constituitur in septem solidos exhibitis duobus adversario et quinque domino condemnetur. Postquam querimonia facta fuerit lex domino persolvatur. — Recht von Tours (Teulet I n. 371 1190): de duellis, que judicentur in curia thesaurarii, si pugnaturos banlivam (also Landrecht!) transire contigerit pro duello faciendo et pax inde facta fuerit, comes inde habebit septem solidos et dimidium de presenti. — Die auch für die Geschichte der tria placita legitima höchst wichtige Rechtsaufzeichnung bei Guiman Arras S. 257: qui vadem dederit V sol. de lege dabit XXX den. de fredo et hujus fredi due partes erunt prepositi tertiam vero habebit major placiti. Si autem lex abbatis vel prepositi fuerit, totum fredum major placiti habebit. Dass districtus, lex hier als fredus erscheint, ist für das Verständniss des Ganzen sehr wichtig. — Recht von Meaux X 1179 (Brussel usage général des fiefs § 20: bei Feldfrevel etc.: justicia inde habebit $7^1/_2$ solidos. — Reims Varin I S. 458 1205: Sachen bis $7^1/_2$ sol. werden vom maior behandelt; Dorf bei Rheims I S. 654 1241 emenda wegen Nichtzalung einer Steuer ist $7^1/_2$ sol. — Noyon (Lefranc S. 184 1098—1113): concessit enim idem Guido castellanus alodium de Arbreia cum districto Sancte Marie et ejus canonicis omnino liberum et quoniam causa districti eidem ville pertinentis hominibus et bestiis de Suisio plures ex parte castellani adjuventicias (?) occasiones pretendere solebant, atque in messibus vel alibi

Was ist nun die anscheinend schwankende Bedeutung von lex, districtus? Bald zalt der Kläger sofort bei Klagbeginn den Betrag[1]) und damit stimmt es, dass der Betrag von 2½ sol. als clamor bezeichnet wird[2]); er muss auch von Gläubigern gezalt

quo eis licitum non erat sepissime cepisse dicentes ad vadimonium vel ad duellum homines pro se vel bestiis acceptis taliter provocare temptabant, ab eodem Guidone concessum fuit, ut qualiscumque bestiis vel hominibus occasio pretenderetur, non vadimonii vel duelli lege diffiniretur, sed (si?) homo de tertio pro se juramento, pastor vero sive bestiarum possessor, bestias hac lege deliberare voluerit, approbator juramento confirmet quod protulit, et tunc pro emendatione consequute occasionis castellanus vel ejus minister 7½ solidos habebit. — Charte v. Hesdin (Tailliar S. 46) § 3 1215: der Unterliegende zalt hier 107 sol. Busse, während nach dem zu grundlegenden Recht von Peronne (Ord. V S. 159 § 3) die Busse auf 100 sol. angegeben ist. Man sieht, es handelt sich bei den 7(½) sol. um einen selbstverständlichen Zusatz. So wird auch anderwärts (Varin Reims I S. 418 Thuisy 1191) dem Herrn nach „alter Gewohnheit" sowohl bannum als forisfactum zugeschrieben. — Pax von Valenciennes 1114 § 18 (Warnkönig von der Wichtigkeit des belgischen Rechts etc.): bei Felddiebstahl: latro restituet damnum et duos solidos ultra juxta legem; iterum solvet 5 solidis pro servitio comitis et cancellario pacis. — In der Communalbewegung des zwölften Jahrhunderts wird dann die Bannbusse von 60 solidis auf die von 5 solidis reduzirt, der Bann von 5 solidis sammt dem clamor auf eine kleinere Summe: so das Recht von Lorris § 7 (Nouvelle revue VIII S. 448) et forisfactum de 60 solidis ad 5 solidos et forisfactum de 5 solidis ad 12 denarios veniat et clamor prepositi ad 4 denarios; ähnlich das weitverbreitete Recht von Soissons (Ord. XI S. 219 § 3). Hierin liegt nicht nur eine Herabsetzung der Emenda, sondern, wie sich aus späterm ergibt, auch Uebertragung von Gerichtsbarkeit an die Gemeinde. — Der Gegensatz von bannus und lex oder bannus und districtus zeigt sich schon in frühen Urkunden (Bouquet SS. X S. 587 1006. K. Robert für Senlis: ut nullus officialis habeat in villa aliquid dominium sive comes sive vicecomes neque in bannis neque in legibus neque in fredo. — Districtus ist 2 nummi bei Calmet II col. 303 1135. — Justitia tritt in derselben Bedeutung wie lex, districtus auf, aber in den mir vorliegenden Stellen nicht im selben Betrag: Recht von Cambrai von 1228 (Miräus IV S. 395 § 33) der Gläubiger, der den Schuldner in Schuldhaft hält, muss für ihn justitia zalen neben dem Unterhalt. Altes flandrisches Stadtrecht § 12 (Warnkönig II 12, auch Wauters S. 35 1180 für Arras); bei Beleidigungen 5 sol. dem Gegner, justitiae vero 12 den. — namentlich aber Schöffenurteile von Reims (Varin I S. 720) 2 sol. bann, 1 sol. justice; ähnlich auch I S. 740, 742.

1) So nach dem Recht von Trazegnies (vor. Note): die lex, welche der verurteilte Beklagte hinterher zu ersetzen hat, muss sofort, nachdem die Klage erfolgt ist, an den Gerichtsherrn gezalt werden, also natürlich vom Kläger. — Ebenso muss im Recht von Metz derjenige, der zum Zweikampf herausfordert, bannus und districtus sofort erlegen, (vor. Note).

2) Recht von Athyes (Ord. XI S. 301 § 30) der maior hat tertium clamoris = 10 den.; also ist der clamor 30 den. = 2½ sol. Nevers: Teulet II n. 2142 1231: clamor qui ad nos vel ad mandatum nostrum fiet, 3 sol. non excedet.

werden, der eine Pfändung veranlasst[1]). In diesen Zusammenhang gehört das sehr alte Recht von Valenciennes, welches auch einen germanischen Ausdruch für districtus an die Hand gibt: gaþig[2]). — Anderemale zalt der unterliegende Beklagte an den Kläger[3]). Dies erklärt sich sehr wohl daraus, dass hinterher der Beklagte dem Kläger die gemachte Auslage zu ersetzen hat, wie dies im Recht von Valenciennes und Trazegnies direkt gesagt ist. — Anderemale aber wird der Betrag an das Gericht gezalt, von dem, der unterliegt, Beklagtem oder Kläger, ohne das ein vorläufiger Einsatz erwähnt ist[4]). Dies ist ebenso eine spätere Abschwächung der ursprünglichen Zalung unmittelbar mit der Klage, wie jene Bestimmungen des Rechts von Lille, dass die 2½ sol., welche hier als eine Vergütung für das amparlier (Vorsprechen) des justice angesehen werden, von beiden Parteien zusammengebracht werden[5]). Districtus, lex, justitia, gaþig, das in dieser Weise vom Kläger an den maior zu zalen ist, ihn aber dann von unterliegendem Beklagten vergütet werden muss, ist nichts anderes als die vielgesuchte dilatura[6]). — Auf die ursprüngliche Gestaltung führt die l. Ribuariorum

---

1) Gesetz des Grafen Wilhelm von Hennegau v. 1331 § 20 (Faider coutumes du pays de Hainaut S. 27): unes sergans ne prendra fors sa droite pannée, c'est assavoir nos sergans de Mons — 2 sols VI deniers blans pour une panné.

2) Pax von Valenciennes § 12 (Warnkönig) Si vir approximatus fuerit ab aliquo quod pacem infregerit aut violaverit et ille ad placita comparuerit reddendo cathecium juxta legem ipse (der Beklagte) debet dare sufficiens vadium aut sufficiens respondendum de legibus et cathecio. Die altfranzösische Uebersetzung (Handausgabe des Giselbert S. 305) übersetzt cathecium mit „arrhes". In cathecium ist nun beidemal, was bekanntlich zulässig, statt c der g zu lesen u. dann gewinnt man ein Wort, das bereits in ältern fränkischen Quellen vorkommt: bei Otfried XXIII 54 (Kelle Glossar S. 226) ist giþig = Wunsch, Verlangen, Geheiss und in der l. Salica t. 50 ist gaþigjan verlangen; heissen im nordischen þiggja. — Gaþig ist wörtlich dasselbe wie districtus.

3) So im Recht von Brusthem (Lüttich) Trazegnies, Valenciennes S. 430 N. 2.

4) Für den Beklagten: Recht von Pfedderheim (S. 430 N. 2). Für den Kläger Recht von Henin § 128 (Tailliar S. 430): erweist sich die Klage unrichtig, so zalt Kläger 2 sol.

5) Roisin Lille S. 30 VII, VIII.

6) In sehr alten Urkunden wird capitale und lex genau in demselben Zusammenhang erwähnt wie in der lex Salica capitale et dilatura: Guérard cartulaire de Notredame de Paris I S. 325 (1025) et capitale cum lege reddi faciet; Quantin cart. de l'Yonne I n. 247 1145 Auxerre bei Zolldefraudation episcopus capitale suum per se recipiet cum ea lege que quisque vivit, während der hier verwirkte Königsbann an den Grafen fällt. — Dilatura selbst steht sachlich dem clamor sehr nah; denn die angelsächsische Uebersetzung des ersteren mit meldfeoh ist sprachlich eben doch richtig. —

und l. Chamavorum. Dort ist ein zusammenfassender Ausdruck für capitale et dilatura das Wort cenuwerdonia, das mit pretium rei wechselt [1]). Wenn nun bei einem Interziationsprocess über ein Tier das Tier stirbt, aber der Autor die vom ursprünglichen Beklagten angebotene Haut annimmt, dann soll er 1 sol. de cenuwerdonia für die Haut an den ursprünglich Beklagten geben; ist das Tier nur beschädigt, dann soll er „de cenuwerdonia" dessen jetzigen Wert geben; wenn das Tier heil ist, den vollen Wert. Dem deutlichen Wortlaut nach muss der Autor, der jetzt Beklagter ist, etwas herauszalen an den früheren Beklagten von der cenuwerdonia, die also im Besitz des Autors sein muss, andererseits ist ebenso sicher cenuwerdonia = capitale et dilatura. Wie löst sich das? die Vermittelung schafft folgendes. Bei den schweren Klagen ist die dilatura allerdings verschieden hoch angesetzt [2]). Aber bei kleineren Diebstählen ist nach der l. Chamavorum t. 25 die wirdira, welche offenbar mit dilatura zusammenfällt, soviel wie $^1/_3$ von dem quantum valet. Da nun in der l. Ribuariorum das pretium rei das capitale und dilatura befasst, so wird das gleiche auch für das „quantum valet" der l. Chamavorum gelten: est ist dann die wirdira $^1/_3$ des zu geltenden Gesammtbetrages, nicht des blossen capitale, u. ist damit ein fredus. In der Tat wird in fränkischer und nachfränkischer Zeit dort dilatura, hier der Betrag von $2^1/_2$ sol. als fredus bezeichnet [3]). — Natürlich ist jedoch der Betrag nicht der fredus von dem, was der Beklagte an Composition zu zalen hat. Hier komme ich nun wieder auf die l. Ribuariorum zurück: aus derselben ergibt sich sehr deutlich, dass der Beklagte (hier der eintretende Gewährsmann) im Besitz von cenuwerdonia ist; da wo der Gewährsmann das intercierte heile Tier vom ursprünglich Beklagten empfängt, und dessen ganzen Wert herauszalen muss, ist aber nicht mehr von einem Zalen „de cenuwerdonia" die Rede, wie da, wo er nur die Haut oder nur das beschädigte Tier erhält; während dem Autor im letzten Fall etwas von der cenuwerdonia bleibt, ist dieselbe im ersten Fall, soweit sie in seinen Händen ist, vollkommen aufgezehrt. Also was der Be-

1) In l. Rib. 71 c. 1 ist legis beneficium identisch mit furtum, ebenso in c. 2 mit texaga; beides bedeutet die Composition; dann muss cenuwerdonia soviel sein als capitale et dilatura in c. 3 oder soviel als pretium rei in c. 5 (ganz falsch meine frühere Erklärung: die Entstehung der lex Ribuariorum S. 55).

2) C. Sal. S. 79 cod. 10 (vielleicht gar nichts ursprüngliches).

3) Für die fränkische Zeit die Glosse Pithou's bei Brunner II S. 624 N. 2. In der nachfränkischen Zeit die sehr altertümliche Quelle aus der Gegend von Arras (S. 430 N. 2).

klagte an cenuwerdonia hat, ist das capitale; die dilatura hat er nicht. Aber das capitale muss er nun von irgend jemanden bekommen haben und da ist kein anderer Weg denkbar, als der, dass der Kläger es ihm gegeben. — Nun ist alles klar: der Kläger hat dem Beklagten bei Streitbeginn ursprünglich den Wert des Streitgegenstandes einzusetzen und dazu noch die Hälfte an das Gericht, so dass die letztere Leistung eben das fredus des Klägers ist, sich aber vom fredus des Beklagten, dem Drittel der Composition unterscheidet [1]). Wenn er das tut, dann ist der Beklagte von der Reinigung ausgeschlossen [2]) und daraus erklärt sich auch das Wort cenuwerdonia selbst, das nichts anderes als Verhinderung der Reinigung bedeutet [3]). Wird ohne den Einsatz geklagt, so ist der Beklagte wohl zur Reinigung befugt [4]). Später lässt sich die direkte Zalung auch des capitale seitens des Klägers nicht nachweisen und vielleicht hängt es damit zusammen, wenn schon in der l. Chamavorum und der althochdeutschen Uebersetzung der l. Salica wirđria sich nurmehr auf die delatura bezieht. — Aus dem bisherigen kann man einen sicheren Schluss auf die landrechtliche Existenz des Dorfgerichts ziehen: es hat sich ergeben, dass bei kleinen Delikten die dilatura ein fredus ist; nun ist der spätere feste Betrag von $2^1/_2$ sol. ebenfalls ein fredus: also muss er erhoben werden von Gegenständen, deren Capitalwert nicht über 5 sol. hinausgeht. Ferner ist der mit der lex von $2^1/_2$ sol. einhergehende bannus allemal 5 sol.[5]). Dies ergibt die Maximalgrenze für

1) So in Urk. v. 1006 S. 430 N. 2 a. E.

2) Anders lässt sich eben doch das si vero confessus non fuerit et ei fuerit approbatum der l. Salica t. 9 nicht denken; a. M. Brunner II S. 371; im spätern nordfranzösischen und flandrischen Recht auch ganz kleiner Orte steht allemal zuerst die Ueberführung und nur subsidiär die Reinigung (z. B. das verbreitete Recht von Tournay § 2, § 3 (Tailliar S. 491); Recht von Henin (Tailliar S. 395 fd.). In dem unklaren Recht von Noyon (S. 430 N. 2) scheint sogar der Eineid des Klägers den Drei-eid des Beklagten auszuschliessen; aber vielleicht handelt es sich hier um den Behaltungseid bei aussergerichtlicher Pfändung.

3) Cenu ist genet. femin. und in der Tat findet sich im angelsächsischen caenn, caenne im Sinn der processualen Reinigung (Schmidt, die Gesetze der Angelsachsen, Glossar). Werdonia und wirđria der althochdeutschen Uebersetzung der l. Salica und der l. Chamavorum ist derselbe Stamm mit verschiedener Ableitung und bedeutet (so Brunner II S. 624) Hinderung.

4) So das Recht von Brusthem c. 7 (Piot. S. 125), wo gerade wie in dem gleichgelagerten t. 50 c. 1 l. Sal. der Beklagte gar nicht erscheint und den Einsatz natürlich nicht erhalten kann. Zur Strafe für seine Contumaz zalt dann aber er $7^1/_2$ s.

5) Der Grafenbann ist die Verdreifachung dieses Bannes, ebenso wie das Wergeld des Grafen verdreifacht ist.

eine scharf abgegrenzte Gerichtsbarkeit: der bannus wird innerhalb der Bannmeile jeder Ansiedelung bei Rechtsverletzungen erhoben und die dilatura im Betrag von $^1/_2$ des capitale findet sich nur bei Klagen bis zu 5 solidis; darüber hinaus ist sie anders und unorganisch bestimmt. Auf der andern Seite zeigt sich in den nachfränkischen Quellen, dass der maior ein Emenda von $7^1/_2$ solidus hat, also bannus und lex (dilatura) und dass in dem Gericht der Kölner Parochialoffizialen nur Werte bis zu einem Wert von 5 sol. geklagt werden können[1]). Beides zusammen zwingt zur Annahme, dass schon nach altfränkischem Recht ein öffentliches Gericht existirt mit einer sachlichen Competenz bis zu 5 sol. und desshalb $2^1/_2$ sol. dilatura, und mit einem Bann von 5 sol.; der Bann fällt wohl ursprünglich an die Gemeindegenossen[2]). Abschliessend ist es, dass nach einer frühen Quelle die Emenda von 7 ($^1/_2$) solidi von freiem wegen minuta forefacta gezalt wird, während die servi 3 sol. gelten[3])[4]). — Aus dem Busskatolog der l. Salica ergibt sich, dass ein Gericht mit solcher Zuständigkeit sich wesentlich auf Feld- und kleinere Diebstähle, Beleidigungen, Feldschäden durch Tiere etc. bezieht[5]). Das führt auf eine weitere Beobachtung. Das Gericht ist Heimgerede, die Richter Heimburgen. Die Allmende aber des niederfränkischen Rechts heisst hemethe; mit der Gemeindegerichtsbarkeit wird sich danach eine Allmende verbinden und dieser Schluss ist denn auch direkt in den Quellen bezeugt[6]). — Die maiores und decani sind die Vorsteher der Gemeinde, d. h. der Allmende[7]) und des Gemeindegerichts, fallen vielleicht in einer

1) S. 425, 426.

2) Im Recht von Pfedderheim (S. 430 N. 2) fällt er an die curtis, während die $2^1/_2$ sol. an den advocatus fallen; vgl. zur Analogie das in S. sp. III a. 64 § 11 über das Burmeistergewette bemerkte.

3) Zum Schluss will ich noch bemerken, dass noch im spätfranzösischen Recht die Gerichtsbarkeit des vicarius, die grande voirie, moyenne justice als Gerichtsbarkeit bis zu 60 sol. und 1 d. von der niedernen Gerichtsbarkeit, als der Gerichtsbarkeit bis zu $7^1/_2$ sol. unterschieden wird (Laurière glossaire s. v. justice moyenne).

4) Recht von Tonnere 1174 (Ord. XI S. 218 § 6). Hierher die in Urk. v. 1145 (S. 432 N. 6) angedeutete Verschiedenheit der lex nach dem Statusrecht.

5) Recapitulationes legis Salicae (Hessels 425, 426).

6) Wauters S. 48 1186 Antwerpen: pascua quoque et terras ad communem justitiam pertinentes, que vulgo Hemethe vocantur.

7) Allmenden finden sich z. B. bezeugt in Gent: Warnkönig II n. 6 § 17 (1192); Köln, Quellen II S. 210 f. 1240, wo auch Gerichtsbarkeit, deren Umfang vollkommen dem im Text gesagten entspricht. Man darf nur nicht Rechts-

nicht sicher zu bestimmenden Weise mit den thungini zusammen[1]); sie sind Vorsteher der Gemeindegerichtsbarkeit, wie sie sich überall im südgermanischen Recht findet[2]). Da wo das Eigentum an Grund und Boden den Bewohner nicht gehört, da hat der Herr die Gemeindegerichtsbarkeit und da[3]) werden dann diese maiores vom Herren ernannt, sind officiales, magistri, gerade so wie später der centenarius und schliesslich manchmal auch der Graf von Grundherrn ernannt wird (Landeshoheit). Aber geändert wird dadurch an der Zuständigkeit des Gemeindegerichts nichts.

Mit der Gemeindegerichtsbarkeit ist freilich die Competenz des maior nicht erschöpft: er ist der Vollstreckungsbeamte auch für die Urteile des höheren Gerichts und er erhebt die Gefälle

---

mystik treiben und allenfalls die Gerichtsbarkeit von der Allmende ableiten in undenkbaren Zusammenhang. Beides ist eben Funktion der Gemeinde.

1) Thunginus ist sicher verschieden von centenarius; so mit Recht Brunner II S. 149 fd. Aber der thunginus steht in l. Sal. t. 46 entgegen dem mallum publicum legitimum, der auch bezeichnet wird als malloberg(us) anþeoda, als rechtsmässig berufenes Gericht; so ist m. E. das „ana theada" zu erklären, an ist ahd. an, on angelsächsich und friesisch im Sinn von auf; þeodan aber kommt im angelsächsischen vor als zusammenbringen, vereinigen (etwa wie Schaaren von Schaar), aþeodan dann trennen; part. von þeodan ist peod, antheoda ist dann vollkommen sprachlich richtig der Dativ, wie er im friesischen vorkommt, das Ganze bedeutet convocato; (vgl. zum bisherigen Leos angelsächs. Wörterbuch unter þeodan; Bosworth unter aþeodan). Für diese Auslegung spricht der Wortlaut von Cod. 2 (in mallobergo anteuda) und der Sinn von C. 1, C. 2, C. 4, wo deutlich das „hoc est in mallobergo ante teuda" nur die Erklärung von mallobergus legitimus publicus und nicht von rex, das dazu in Gegensatz steht, bedeutet. Die meisten Schreiber freilich haben theada als Person gefasst und darum vor thunginum das allerdings notwendige ante weggelassen; es steht aber in C. 4, was mehr bedeutet als die Weglassung in den übrigen. A. M. die herrschende Anschauung (Brunner I S. 120). Welche Wortauslegung von t(th)unginus richtig ist, ist zweifelhaft; die alte grimmische von tûn wäre sachlich entsprechend; tûn = Dorf findet sich in Flandern (z. B. Guérard Cart. de S. Bertin I S. 70 Totingetun, S. 111 Diowaldingatun). Aber sprachlich ist die Ableitung kaum möglich. Unter den beiden andern möglichen Erklärungen — þungin(us) von geþungen = honoratus; þungino von dunc — scheint nur die erstere sprachlich sachlich (maior) etwas näher zu stehen. — Es kommen übrigens in nachfränkischer Zeit auch noch andere urgermanische Bezeichnungen für Lokalbehörden vor, die sich doch nirgends in den altfränkischen Quellen erwähnt finden: so das auch angelsächsische cacepol (Wauters S. 19: omnis preco, qui vulgari nomine cacepol dicitur [Soignies]; Institute Lundoniae: Schmid S. 219 § 8); auch die ivaria (m. E. von ewa) in lüttischer Urkunden gehört wohl hierher (Jaffé Monumenta Corbeiensia S. 99 1143). —

2) Der Burmeister des S. sp., das Dorfgericht des bairischen Rechts und der allemannische Zwing und Bann.

3) Am deutlichsten Varin Reims I S. 307 1143 Trigny: abbas vero quia dominus est ville pro districto suo $2^1/_2$ solid. habebit.

des Gerichtsherrn, mag es sich um ein öffentliches oder grundherrliches Gericht handeln. Belege dafür sind im bisherigen reichlich gegeben.

Das Ergebniss ist: nicht in mehrere Hundertschaften, aber vielfach in mehrere Heimgerede zerfallen die Städte. Bei Stadterweiterungen treten die neuen Quartiere als neue Gemeinden hinzu, wie dies namentlich im Recht von Reims deutlich ist. —

IV. Unter den maiores endlich stehen vielfach noch andere Vollstreckungsbeamte unter wechselnden Namen[1]: Büttel, accuseurs[2]; messerii, vinearii, custodes pratorum[3], vocatores[4]; In Aachen und Metz, vielleicht auch Worms, findet sich dafür der Ausdruck comes, Graf[5]; leicht möglich, dass das die Nachfolger der alten Sagibarones sind, die ja auch als obgrafiones auftreten[6].

V. Schliesslich sind noch die Beamten zu erwähnen, die die wirtschaftlichen Rechte des Stadtherrn geltend machen. Teilweise fallen dieselben mit dem bisher erwähnten zusammen: so erhebt namentlich in wechselnder Competenz der villicus die öffentlichen und herrschaftlichen Abgaben[7]. Z. T. sind aber doch besondere Behörden vorhanden wie sehr häufig teleonarii[8], minagiarii. Hierher gehören dann auch die Münzer, die freilich in das Recht der Grundherrschaft hinüber führen.

VI. Neben all den bisherigen Beamten steht das Schöffenkolleg. Ein besonderes Schöffengericht ist nach einer gleichzeitigen Quelle neben Markt und Mauer im 12. Jahrhundert das wesentliche Merkmal der Stadt[9].

Die Schöffen sind denn auch überall in den Städten bezeugt[10],

---

1) Vgl. z. B. die grossen Verhältnisse in Brügge Warnkönig II 1 S. 54 Text.

2) Ord. XI S. 189 § 5 Orleans 1137 bedeaux ou accuseurs.

3) Ol. II S. 219 V 1265.

4) Kölner Schreinsurk. S. 218 n. 2.

5) Aachen: Lörsch Aachener Rechtsdenkmäler S. 56 fd.; Metz: Klippfel les paraiges messins S. 78 fd.; Döring Metz S. 69 f. ist hier unkritisch vor Ueberkritik. — Worms: der Grewe? a. M. Köhne S. 169. — Vielleicht hierher auch der Metzer gastaldio Waitz VII S. 319 n. 2.

6) L. Sal. 54 § 2. Der Erklärung Brunners R. G. II S. 169 n. 59 kann ich nicht beistimmen. —

7) Z. B. in Köln die Parochialoffizialen.

8) Vgl. oben § 4 a. E.

9) So die bekannte Erzälung bei Lambertus Ardensis c. 117 über die Erhebung Ardres zur Stadt (M. Germ. S. S. XXIV S. 614; auch Warnkönig I S. 337 fd.).

10) Köln: hier ein Schöffenkolleg für die ganze Stadt [Ennen Quellen I S. 552 1159; Kölner Schreinsurkunden I S. 26 n. 43, S. 28 8 (1142—1156), S. 74 7 (1165—1169); vgl. Kruse Ztschr. Savignyst. 9 (22) S. 207 fd.]. — Mainz u. Worms: Köhne a. a. O. S. 75 (für Speier S. 74). — Trier: Schoop V. G. von Trier (West-

gerade so wie sie überall auf dem Lande vorkommen, nur verstecken sie sich manchmal, wie unten genauer ausgeführt wird, unter den pares.

Die Ernennung der Schöffen hat der Inhaber des Grafenrechts [1]),

---

deutsche Zeitschrift I Erg. h. S. 114 fd.). — Metz: Histoire de Metz IV 1 S. 164 1197 (für früheres Döring S. 61). Für jede Parochie werden 2 wardeurs (amans) eingesetzt zur Aufbewahrung der jetzt notwendigen Urkunden über Immobiliarvergabung; unterschrieben: li maistre eschevins et li aultres eschevins de Mets — dann die majours der 3 Parochien. Später treten (vgl. unten) die Schöffen hier als pares auf. — Toul (Recht n. 1069. Calmet I pr. Col. 467). — Lüttich (Wauters S. 138 1237). — Löwen (ebd. S. 176 1251). — Brüssel (ebd. S. 100 1226. — S. Trond (Piot Cartulaire I n. 78 1112; Gegensatz zwischen judex u. scabini). — Antwerpen (Wauters S. 23 1146: judicibus et scabinis). — Mecheln (Wauters S. 211 1264). — Mons (Giselbert Chronicon Hanoniae H. A. S. 43). — Valenciennes (Stadtfrieden § 42). — Cambrai Böhmer acta imp. (146 1184). — Chalons (O. I S. 764 XXX 1269). — Troyes (Teulet II n. 2196 1232). — Reims (Varin I S. 259 1109; S. 392 1182; S. 398; S. 822 1263 scabini für die beiden Hochgerichtsbezirke in Rheims). — Laon (Ord. XI S. 187 1128 § 16) u. die davon abgeleiteten Rechte z. B. Montdidier (Ord. XII S. 297 1220). — Paris (die bekannte Stelle für 803. Boretius capit. n. 39; später kommen échevins des marchands vor Boileau I 421; aber ob und in wieweit eine Verbindung besteht, lässt sich bei der Dürftigkeit des gedruckten Materials nicht sagen). — Corbie Charte n. 1180 § 5 (Thierry III S. 426). — Noyon (Lefranc Urk. n. 23 38 41). — Meaux Charte v. 1179 § 5 (Brussel usage des fiefs I S. 183). — Amiens Charte n. 1117 § 4 § 20 (Thierry I S. 407) und daher die Communalcharten des Ponthieu z. B. Charte von Abbeville § 19 (Thierry IV S. 11). — S. Riquier: Olim I S. 128 VII 1260. — Ueber Schöffen in S. Quentin, Chauny, Roye, Bray, Athyes vgl. Girsy: étude sur les origines de la commune de Saint Quentin 1887 S. 28 fd., dessen Bemerkungen (S. 60) über das Verhältniss der Scabini zur Commune nicht ganz richtig sind: das normale ist die Trennung von Schöffentum und Commune. — Durchweg finden sich endlich die Schöffen in den flandrischen Städten; nur beispielsweise: Warnkönig II n. 6 1192 § 2, Gent; II n. 48. 1230 Brügge; Geldolf V n. 8 1187—1215 S. 329 Ypern. — Frühere Erwähnungen bei Wauters les libertés communales S. 182 fde.

In Bourges — an der Südgrenze des hier in Aussicht genommenen Gebietes — treten die Schöffen auf als legitimi homines et seniores juris, boni homines, probi homines (Ord. XI S. 190 1141; Ord. I S. 10 § 5 1145; Ord. XI S. 222 § 3 1181). Nach Ol. I 510 XI 1261, 544 I 1262 sind sie genommen aus den cives der Stadt und den milites des Landbezirks (septena).

1) Spuren in Köln, wo freilich schon Cooptation besteht: angebl. Weistum v. 1169. (Ennen Quellen I S. 554 f.): Burggraf hat die Schöffen zu bestätigen. — Deutlich überall in Flandern: Miräus I S. 513 1067 Brügge; Warnkönig II n. 53 1240 (Brügge), II n. 161 1266 Furnes; angedeutet Gent (II n. 18 1228). Ypern (Geldolf) V S. 329 1187. Lille Roisin S. 237 1235. — Hennegau: Cambrai Vertrag v. 1185 Wauters pr. S. 47, Mons (Giselbert Chronic. H. A. S. 43). — Reims nach der Wilhelmina v. 1182 (Varin I S. 392 fd.). — Chalons: (Ol. I S. 798 II 1270 der Bischof als Stadtherr kann neue Schöffen einsetzen wenn die alten

und zwar erfolgt dieselbe auf Lebenszeit; es ist schon eine Vergünstigung an die Gemeinde, wenn von Jahr zu Jahr die Schöffen wechseln [1]). Das Ernennungsrecht ist aber freilich vielfach zurückgetreten: sehr selten hinter einer allgemeinen Wahl durch die Gerichtsgemeinde [2]), weit häufiger dagegen hinter ein Cooptationsrecht der Schöffen [3]), etweder so, dass die Gesammtheit der Schöffen ihre Nachfolger ernennt [4]), oder so, dass dies durch den magister scabinorum geschieht [5]).

---

gestorben sind. — Metz (Klippfel S. 44) 1180 überträgt der Bischof die Wahl des maître eschevin auf den Stifter u. Abteien; vorher haben allerdings der Clerus und die Laien eine Zeitlang die Wahl, aber dies ist nur Missbrauch (Döring S. 75 fd.). — Laon: Ol. I 752 IV 1269 die scabini der ducatus von Laon leisten dem Bischof den Treueid. — Tournai 1195 (Wauters S. 262; vgl. auch Ord. XI S. 283 § 6) u. s. w.

1) In dem ersten allgemeinen Stadtrechte für Flandern (Warnkönig I n. 12 § 24) aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts wird der Schöffe nur bei seinem Ableben ersetzt; so auch das Recht von Chalons (Ol. I S. 798, II 1270). Später wird in Flandern durch gräfliches Privileg jährlicher Wechsel gewährt (Warnkönig II n. 53 1240 Brügge, n. 1616 1266 Furnes; n. 175 1287 Nieuport.) Der ältere Zustand ist festgehalten im Recht v. Ardenburg v. 1328 § 33 (Rechtsbronnen der Stad Ardenborg S. 41 oude vaderlandsche Rechtsbronnen XV).

2) So in Rheims nach der Wilhelmina v. 1182 (Varin I S. 392 fd.), wo die Schöffen jährlich gewählt werden, dagegen vom Bischof eingesetzt, wenn keine Einheit der Wähler zu erzielen ist — ein Compromiss zwischen dem Bischof und der Communalbewegung, die in Rheims eine Zeitlang die Schöffen überhaupt beseitigt hatte.

3) In dem kleinen Orte Camphin bei Lille haben die Stadtherrn das unbeschränkte Recht der Absetzung der Schöffen: wenn aber ausser den abgesetzten auch nur 2 übrig bleiben, so haben sie das Recht der Cooptation (Wauters S. 97 1225).

4) Gent: Cooptation ist schon anerkannt in der Keure v. 1192 (Warnkönig II n. 6 § 2) genaueres 1228. (Warnkönig II n. 18). Die gegenwärtigen Schöffen ernennen 3 Reihen von je 13: die erste Reihe sind Schöffen des nächsten Jahres, vacui des zweiten, die zweite Reihe consiliarii des nächsten Jahres und scabini des übernächsten Jahres; die dritte Reihe sind vacui des nächsten Jahres, consiliarii des übernächsten Jahres und scabini des dritten Jahres. Dieser einmal geschaffene Körper wird niemals mehr im ganzen verändert, sondern allemal durch eidliche Wahl aller Schöffen ergänzt, wenn ein scabinis, consiliarius oder vacuus mit Tod abgeht. — Ypern (Warnkönig II 79 1299; 83 1227): Die Schöffen des verflossenen Jahres kooptiren unter Eid ihre Nachfolger. — Henin (Schöffeneid § 3, § 4, § 12, § 22: Tailliar recueil S. 439 fd.): die Schöffen des gegenwärtigen Jahres ernennen eidlich die Schöffen des übernächsten Jahres; ihre unmittelbaren Nachfolger dienen ihnen als Rat (conseil), der in scharfen Gegensatz steht zu dem conseil du commun. — Zu dieser Gruppe gehört auch Köln: angebl. Weistum v. 1169 »scabinos a scabinis electos. (Ennen Quellen I S. 557); grosser Schied v. 1258: Beschwerden des Erzbischofs I c. 33, c. 34. (Ennen Quellen II

Was ist nun der magister scabinorum und in welchem Verhältniss steht er zum maior. Magistri scabinorum findet sich öfters: so in Köln in deutlichem Gegensatz zu den Bürgermeistern, ohne dass ihre Bedeutung stark hervortrete [1]) — in Metz ebenfalls sowohl im Gegensatz zum judex (scultetus) als dem villicus, hier ausnahmsweis von hoher Bedeutung [2]) — in Lille [3]), wiederum geschieden vom justice. Deutlich und erklärend ist namentlich das Recht von Arras: hier ist von einem maior der Gilda scabinorum die Rede [4]). Es sind die Schöffen sehr früh zu einer Gilde geworden [5]), und werden desshalb als pares [6]) bezeichnet, die gerade nicht regirenden Schöffen sind die Schöffenbrüder [7]); das Haupt dieser Gilde ist dann der magister oder maior scabinorum [8]).

S. 384): hier findet eine Cooptation statt, auch wenn eine Vakanz gar nicht eingetreten.

5) So in Metz: hier ernennt der maitre eschevin, der seinerseits von den princiers, d. h. den Vorständen der grossen Kirchen in Metz ernannt wird, die Schöffen, deren Stühle während seines Jahres frei werden (Histoire de Metz IV 1 S. 274 1304, S. 303 s. 1314).

1) Ennen Quellen I S. 192 fd. die Schöffen wählen die monatlich wechselnden Schöffenmeister. I S. 138 fd.: die zwei Bürgermeister werden von der Tucherzunft gewählt. I S. 564 1171 Gerardus teleonarius magister senatorum.

2) Calmet II col. 267, 268. Albertus judex Metensis — Theodericus scabino, Gerardus villicus 1121: zu einer Zeit, wo erst ein villicus da war (vgl. Döring a. a. O. S. 72).

3) Roisin Lille S. 36 195 196 199.

4) Urb. v. 1111 bei Guiman Arras S. 180.

5) Das treibende Moment liegt wohl darin, dass überall die abtretenden Schöffen den neuen den Eid abnahmen, oder dass sie gar kooptirten.

6) par ist die Bezeichnung für jedes Mitglied einer geschlossenen Genossenschaft: so wohl schon in form. Marc. I n. 32. Deutlich in nachfränkischer Zeit. Die Hausgenossen der Münze sind pares: Histoire de Metz IV 1 S. 147 1190; pares sind die Mitvasallen, die im französischen Recht noch eine Hausgemeinschaft bilden: so z. B. Lambertus Ardensis c. 119 M. Germ. SS. XXIV. Giselbert S. 111 H, A. Pares sind aber insbesondere die scabini; so in Metz IV 1 S. 179 1216, S. 182 f. 1221: der maistre eschevin bestimmt mit seinen pares; in der letzteren Stelle sind dies nach dem Schluss deutlich die Schöffen. Auf Schöffen beziehen sich m. E. auch die zwölf pares bei Lambertus Ardensis 111 (M. Germ. SS. XXIV S. 614. — Hieraus erklärt sich auch warum in einer Anzal französischer Stadtrechte, in denen anscheinend keine Schöffen auftreten, sich dafür pares finden: so z. B. in Mantes, Pontoise (Ord. XI S. 197 § 9 Anfang des 12. Jahrh.; S. 254 § 7 1188), Beauvais (Mitte des 12. Jahrhunderts Ord. VIII S. 622 fd., § 1, § 3 etc.) Da pares eine Schöffengilde sind, so können die pares mehr als die gerade judizirenden Schöffen befassen; daraus erklärt sich das Recht von Rouen (Giry les établissements de Rouen I S. 14). — Wichtig ist es, dass par, parage gleichzeitig Verwandtschaft bedeutet.

7) So die fratres Scabinorum in Köln. Ennen Quellen I 552 1159. Der

Anderemale aber findet sich doch eine Verbindung zwischen maior im gewöhnlichen Sinn und scabini. In Landgemeinden machen wohl die mehreren maiores, Heimburgen, Zehnder das über ihnen stehende Schöffengericht aus; dies kommt für die Städte nicht in Betracht. In Städten aber, in denen nur ein maior neben dem Schöffenkolleg steht, da findet sich anscheinend vereinzelt, dass er zu den pares, also wenigstens zur Schöffen-Gilde gerechnet wird [1]).

V. Die Verwaltungsgegenstände [2]) in der Stadt sind

1. Gesetzgebung (bannus).

Unter bannus ist vielfach allerdings die Strafe von 5 oder 60 sol. zu verstehen; aber daneben tritt auch die ursprüngliche Bedeutung noch hervor und bannus ist dann Gesetzgebung [3]). Hier zeigt sich nun in vielen Städten, dass die scabini ein Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung haben [4]), das sich sehr leicht zu einem Alleinrecht abschliesst [5]). Im Gegensatz zu der Communalbewegung wird wohl auch den Schöffen das Mitwirkungsrecht abgesprochen [6]). Ob das Mitwirkungsrecht der Schöffen etwas ursprüngliches ist, lässt sich bei der Dürftigkeit dessen, was wir

---

eben erschienene zweite Band der Schreinsurkunde, wo anscheinend noch frühere Belege, kannte nicht mehr erwartet werden.

8) Nicht hierher gehört der Ol. I S. 926 XI 1273 erwähnte magister scabinorum in Paris, der offenbar identisch ist mit dem prepositus mercatorum, also Vorstand der hansa mercatorum und den scabini mercatorum. Ob aber die letztern Schöffen sind, nicht vielmehr „jurati", ist mehr als zweifelhaft.

1) So in Beauvais Charte § 18 S. 440 N. 6: der maior wird von den pares gewählt.

2) Allgemeine Aufzälung der Untertanenlasten und damit der Verwaltungszweige z. B. bei Raynal Berry I S. 483 f. vicaria, teloneum, hospitagium, creditio, expeditio. Lasteyrie Paris n. 165 1114 Freiheit von aller Obrigkeit: ab omni viatura, banno, sanguine, corvada, prepositi exactione, furis captione, incendio, tallia. Arbois Champagne I S. 512 1096: consuetudines, redhibitiones, forisfacturae, justitiae, vicariae, districturae, exactiones, emendationes, leges.

3) So z. B. noch im 13. Jahrhundert die bans von Henin (Tailliar S. 393 fd.), von S. Omer (Giry S. 502); irgend eine Beschränkung des Begriffs ban in Ansehung der Materie ist nicht nachweisbar. — In einer Urkunde v. 1229 (Tailliar S. 390) für Henin sind banna ein königliches Stadtrecht (Dancoisne recherches sur Henin-Liétard 1847 S. 219).

4) Mitwirkung der Schöffen z. B. in Gent (Warnkönig II n. 9 1205). Reims nach Auffassung der Schöffen (Varin I S. 483 1211 I S. 486 1212). Crespy im Valois (Charte § 16 Ord. XI S. 306 1215).

5) So eine ausdrückliche Conzession in Henin Urk. v. 1229 (vorl. Note). — Schon sehr früh Köln: Ennen Quellen I S. 563 1171; ob I S. 550 1159 hierher gehört und es sich hier nicht um ein Statut der Communio handelt, ist mir zweifelhaft.

6) So in Reims vorl. Note. Brügge 2 Keure v. 1281 § 29 (Warnkönig II n. 856).

Was ist nun der magister scabinorum und in welchem Verhältniss steht er zum maior. Magistri scabinorum findet sich öfters: so in Köln in deutlichem Gegensatz zu den Bürgermeistern, ohne dass ihre Bedeutung stark hervortrete [1]) — in Metz ebenfalls sowohl im Gegensatz zum judex (scultetus) als dem villicus, hier ausnahmsweis von hoher Bedeutung [2]) — in Lille [3]), wiederum geschieden vom justice. Deutlich und erklärend ist namentlich das Recht von Arras: hier ist von einem maior der Gilda scabinorum die Rede [4]). Es sind die Schöffen sehr früh zu einer Gilde geworden [5]), und werden desshalb als pares [6]) bezeichnet, die gerade nicht regirenden Schöffen sind die Schöffenbrüder [7]); das Haupt dieser Gilde ist dann der magister oder maior scabinorum [8]).

S. 384): hier findet eine Cooptation statt, auch wenn eine Vakanz gar nicht eingetreten.

5) So in Metz: hier ernennt der maitre eschevin, der seinerseits von den princiers, d. h. den Vorständen der grossen Kirchen in Metz ernannt wird, die Schöffen, deren Stühle während seines Jahres frei werden (Histoire de Metz IV 1 S. 274 1304, S. 303 s. 1314).

1) Ennen Quellen I S. 192 fd. die Schöffen wählen die monatlich wechselnden Schöffenmeister. I S. 138 fd.: die zwei Bürgermeister werden von der Tuchersunft gewählt. I S. 564 1171 Gerardus teleonarius magister senatorum.

2) Calmet II col. 267, 268. Albertus judex Metensis — Theodericus scabino, Gerardus villicus 1121: zu einer Zeit, wo erst ein villicus da war (vgl. Döring a. a. O. S. 72).

3) Roisin Lille S. 36 195 196 199.

4) Urb. v. 1111 bei Guiman Arras S. 180.

5) Das treibende Moment liegt wohl darin, dass überall die abtretenden Schöffen den neuen den Eid abnahmen, oder dass sie gar kooptirten.

6) par ist die Bezeichnung für jedes Mitglied einer geschlossenen Genossenschaft: so wohl schon in form. Marc. I n. 32. Deutlich in nachfränkischer Zeit. Die Hausgenossen der Münze sind pares: Histoire de Metz IV 1 S. 147 1190; pares sind die Mitvasallen, die im französischen Recht noch eine Hausgemeinschaft bilden: so z. B. Lambertus Ardensis c. 119 M. Germ. SS. XXIV. Giselbert S. 111 H. A. Pares sind aber insbesondere die scabini; so in Metz IV 1 S. 179 1216, S. 182 f. 1221: der maistre eschevin bestimmt mit seinen pares; in der letzteren Stelle sind dies nach dem Schluss deutlich die Schöffen. Auf Schöffen beziehen sich m. E. auch die zwölf pares bei Lambertus Ardensis 111 (M. Germ. SS. XXIV S. 614. — Hieraus erklärt sich auch warum in einer Anzal französischer Stadtrechte, in denen anscheinend keine Schöffen auftreten, sich dafür pares finden: so z. B. in Mantes, Pontoise (Ord. XI S. 197 § 9 Anfang des 12. Jahrh.; S. 254 § 7 1188), Beauvais (Mitte des 12. Jahrhunderts Ord. VIII S. 622 fd., § 1, § 3 etc.) Da pares eine Schöffengilde sind, so können die pares mehr als die gerade judizirenden Schöffen befassen; daraus erklärt sich das Recht von Rouen (Giry les établissements de Rouen I S. 14). — Wichtig ist es, dass par, parage gleichzeitig Verwandtschaft bedeutet.

7) So die fratres Scabinorum in Köln. Ennen Quellen I 552 1159. Der

Anderemale aber findet sich doch eine Verbindung zwischen maior im gewöhnlichen Sinn und scabini. In Landgemeinden machen wohl die mehreren maiores, Heimburgen, Zehnder das über ihnen stehende Schöffengericht aus; dies kommt für die Städte nicht in Betracht. In Städten aber, in denen nur ein maior neben dem Schöffenkolleg steht, da findet sich anscheinend vereinzelt, dass er zu den pares, also wenigstens zur Schöffen-Gilde gerechnet wird [1]).

V. Die Verwaltungsgegenstände [2]) in der Stadt sind

1. Gesetzgebung (bannus).

Unter bannus ist vielfach allerdings die Strafe von 5 oder 60 sol. zu verstehen; aber daneben tritt auch die ursprüngliche Bedeutung noch hervor und bannus ist dann Gesetzgebung [3]). Hier zeigt sich nun in vielen Städten, dass die scabini ein Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung haben [4]), das sich sehr leicht zu einem Alleinrecht abschliesst [5]). Im Gegensatz zu der Communalbewegung wird wohl auch den Schöffen das Mitwirkungsrecht abgesprochen [6]). Ob das Mitwirkungsrecht der Schöffen etwas ursprüngliches ist, lässt sich bei der Dürftigkeit dessen, was wir

---

eben erschienene zweite Band der Schreinsurkunde, wo anscheinend noch frühere Belege, kannte nicht mehr erwartet werden.

8) Nicht hierher gehört der Ol. I S. 926 XI 1273 erwähnte magister scabinorum in Paris, der offenbar identisch ist mit dem prepositus mercatorum, also Vorstand der hansa mercatorum und den scabini mercatorum. Ob aber die letztern Schöffen sind, nicht vielmehr „jurati", ist mehr als zweifelhaft.

1) So in Beauvais Charte § 18 S. 440 N. 6: der maior wird von den pares gewählt.

2) Allgemeine Aufzälung der Untertanenlasten und damit der Verwaltungszweige z. B. bei Raynal Berry I S. 483 f. vicaria, teloneum, hospitagium, creditio, expeditio. Lasteyrie Paris n. 165 1114 Freiheit von aller Obrigkeit: ab omni viatura, banno, sanguine, corvada, prepositi exactione, furis captione, incendio, tallia. Arbois Champagne I S. 512 1096: consuetudines, redhibitiones, forisfacturae, justitiae, vicariae, districturae, exactiones, emendationes, leges.

3) So z. B. noch im 13. Jahrhundert die bans von Henin (Tailliar S. 393 fd.), von S. Omer (Giry S. 502); irgend eine Beschränkung des Begriffs ban in Ansehung der Materie ist nicht nachweisbar. — In einer Urkunde v. 1229 (Tailliar S. 390) für Henin sind banna ein königliches Stadtrecht (Dancoisne recherches sur Henin-Liétard 1847 S. 219).

4) Mitwirkung der Schöffen z. B. in Gent (Warnkönig II n. 9 1205). Reims nach Auffassung der Schöffen (Varin I S. 483 1211 I S. 486 1212). Crespy im Valois (Charte § 16 Ord. XI S. 306 1215).

5) So eine ausdrückliche Conzession in Henin Urk. v. 1229 (vorl. Note). — Schon sehr früh Köln: Ennen Quellen I S. 563 1171; ob I S. 550 1159 hierher gehört und es sich hier nicht um ein Statut der Communio handelt, ist mir zweifelhaft.

6) So in Reims vorl. Note. Brügge 2 Keure v. 1281 § 29 (Warnkönig II n. 856).

über fränkische Gesetzgebung wissen, nicht mit Sicherheit sagen; sehr wahrscheinlich ist es mir[1]). Von dem Gesetzgebungsrecht des Stadtherrn und der Schöffen muss die Autonomie der Communio scharf geschieden werden.

2. Rechtsprechung.

Aus der fränkischen Zeit heraus hat sich der Gegensatz der tria placita legitima zu den sonstigen Gerichten erhalten und ist auch noch in den Städten häufiger belegt, als man eigentlich erwarten sollte: z. B. in Köln[2]), Amiens[3]), Metz[4]), Reims[5]), Meaux[6]), Henin[7]), Paris[8]), Vorort von Arras[9]). Die Gerichtsbarkeit auf den 3 tria placita ist liberum placitum (Köln), sie bezieht sich auf alodia, so in Arras[10]). Trotzdem bezalen die Besucher eine Abgabe, so in Köln, wo alle von ihrer proprietas ein jus civile oder dincsuche gelten[11]) und das sich bis 989 sicher zurück verfolgen lässt; so in Paris, wo die Abgabe zum placitum generale in gerade Beziehung gebracht und als placitum generale bezeichnet wird[12]). Damit ist ein Verhältniss bezeugt, das sich auch ausserhalb

1) Wegen der bekannten Erzälung über eine Verkündigung eines Reichsgesetzes in Paris, die freilich jetzt von Seeliger in seiner trefflichen Schrift: Die Kapitularien der Karolinger 1893, anders aufgefasst wird (S. 44 fd.).

2) Ennen Quellen I S. 594 1187 der Burggraf verpfändet die Burggrafschaft preter tria wizliche dinc., die er nicht verpfänden kann. Das Gericht des Burggrafen — wahrscheinlich nur das wizzeht ding ist liberum placitum liber comitis (Kölner Schreinsurk. S. 20 n. 7 (1135—1142). — Recht des Niderich v. c. 1150 (Quellen I S. 223).

3) Charte v. 1190 § 47 (Thierry I S. 114) das generale placitum wird abgehalten zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten.

4) Histoire de Metz IV 1 S. 332 1319 analt plait.

5) Varin I S. 268 1113: die tria placita im Burgus v. S. Remi werden vom Abt, nicht vom Bischof gehalten.

6) Teulet I n. 1336, 1218—1219. Der prepositus der Könige beruft alle Einwohner, auch die Kirchenleute, 3 mal zum placitum.

7) Tailliar S. 404 § 20, S. 429 § 109.

8) Lasteyrie cart. générale de Paris n. 489 1170. Der Abt von S. Germain, der im Burgus S. Germain hohe Gerichtsbarkeit hat, erlässt den Einwohnern gegen eine Jahresabgabe: tallia et corvade et placita generalia et culcitrarrum atque capitalium pannorumque usus. Die Dingpflicht hat sich also hier bereits in eine Abgabepflicht verwandelt.

9) Guiman S. 256 fd. Die Aufzeichnung bezieht sich auf die parochia S. Salvatoris, die an die Altstadt von Arras anstosst; es ist nach Angabe Guimans darin ein bereits schon veralteter und fast ganz abgekommener Rechtszustand beschrieben, den man also sachlich mindestens auf das 11. Jahrh. zurückführen kann.

10) Vorige Note.

11) oben S. 426 N. 3.

12) oben N. 8.

der Städte im fränkischen Gebiete häufiger nachweisen lässt: eine Abgabe auf den placita legitima, an den Inhaber der gräflichen Gewalt [1]), die selbst placitum heisst [2]); zu zalen ist sie im Laonnais von allen Besitzern der agri mutabiles, d. h. solchen Leuten, die persönlich frei sind und deren Grundstücke frei veräussert werden können ohne eine Einschränkung der Grundherrschaft [3]). Die Kölner proprietas entspricht diesen agri mutabiles vollkommen. — Frühzeitig treten freilich auch hier Beschränkungen ein: die persönlichen Hörigkeitsabgaben (Kurmede, manusmortua) werden auch auf solche Personen ausgedehnt, die Veräusserung von Grundstücken ausser an Genossen untersagt [4]). — Die Kölner Verhältnisse führen den Zustand fast bis zur karolingischen Zeit. Ich werde auf diese Verbindung des placitum legitimum mit einer Steuer sofort zurückkommen. —

Der Rückgang des placitum legitimum ist in Arras ausdrücklich beschrieben; was ursprünglich auf diesem placitum verhandelt wurde, das ruft jetzt der Abt allemal in seine camera zu seiner persönlichen Entscheidung. Daraus mag es sich erklären, wenn in Worms die tria placita vom Camerarius gehalten worden [5]).

---

1) Miräus I S. 537 1152 Meersen. — Varin Reims I S. 310 1145. (Dorf bei Rheims I S. 304 1142 ähnlich.)

2) Ord. XI S. 233 § 24 1184 Communalcharte für das Laonnais; (in der sonst entsprechenden Charte von Laon fehlt die Stelle): homines autem de mansis mutabilibus, quotquot venire voluerint, absque contradictione recipientur; et si placita non solvent sicut alii homines Pacis qui placita sua debebant, sed si in terris avenam et censum debentibus mansiones habuerint, dominis illis quibus jus erit, avenam et censum solvant. Der Sinn ist: die homines, die von Haus aus auf agri mutabiles sassen, jetzt aber diesen Besitz verloren haben, desshalb auf grundherrlichem Boden sitzen, die zalen auch nicht mehr placitum wie ihre bisherigen Genossen, sondern census (avenagium). — Luchaire Louis VI 1129 (n. 435) Bruyères im Laonnais: similiter et de placitis sive talliis que vel ad presens ab hominibus qui in terris tallias debentibus manent persolvuntur, vel ab illis persolventur qui in hanc pacem venient et in terris tallias debentibus manebunt, tertiam partem nobis vindicamus, et tertiam episcopo et tertiam Clarembaldo anuimus. — Guiman Arras S. 343: in Athyes eine Abgabe; quidam ex his denariis sunt de placito, quos scabini non solvunt quam diu scabini sunt.

3) cf. vorige Note; dann Charte von Bruyères im Laonais Ord. XI S. 277 § 15 (wohl schon aus der Zeit Ludwigs VI. vgl. N. 94) und davon abgeleitet Creepy (Ord. XI S. 236 § 15) die homines de agris mutabilibus können im Gegensatz zu den censuales unbeschränkt in die Commune aufgenommen werden; ebenso Ord. XI S. 277 1196.

4) So in Arras: Guiman S. 257 f. Dagegen wohl die Communalbewegung des Laonnais (vorige Note). — Man kann sonach Kurmede, Buteil nicht als zweifellosen Beleg für Unfreiheit ansehen.

5) Böhmer fontes II S. 210.

Communalbewegung: die romanische Bezeichnung ist tallia [1]). Die tallia steht im Gegensatz zur normalen Steuer, dem gewöhnlichen census oder, wie es einmal im Recht von Meaux besonders deutlich hervortritt im Gegensatz zu dem generale placitum [2]). Aber sie ist nicht allenfalls eine Hörigkeitsabgabe: vielmehr wird sie überall gerade von dem Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit bezogen. Entscheidend ist eine Urkunde für Bruyères in Laonnais [3]): die tallia liegt nur auf gewissen Grundstücken [4]), und zwar auf denselben Grundstücken auf denen das placitum liegt, also nach früherem auf den mansus mutabiles, den Grundstücken der Freien. Die tallia ist also ein Zuschlag zu der Grundsteuer. Der Zuschlag begrenzt sich allenfalls gewohnheitsmässig auf die ausserordentlichen Fälle der Ausheiratung der Tochter, Ritterschlag des Sohnes, Gefangenschaft des Herrn, Kriegszug [5]). Anderemale ist sie durch die Communalbewegung in den Städten beseitigt [6]). Im ganzen aber hat sich die tallia gehalten und ist eine Hauptsteuer des 13. und 14. Jahrhunderts geworden, auch allmählich wieder in die befreiten Städte zurückgekehrt. — Wenn man rückwärts Anknüpfung sucht, so stimmt sachlich damit vollkommen das precarium, das nach karolingischen Quellen die Grafen allerdings unbefugt erheben [7]) und dann wohl auch die deutschen Bede [8]). Die erste

1) Lasteyrie Paris n. 159 1110. Befreiung von tallia. Ord. XI S. 187 Laon 1128 § 18. Beschränkung der tallia in Laon auf 4 d, nisi forte extra terminos Pacis aliquam terram talliam debentem tenuerit. — In Senlis hat bisher der buticularius an Stelle des Königs einen Teil der tallia bezogen (Flammermont Histoire des institutions municipales de Senlis 1881 S. 164 1173. In der strata von Arras (wo nach anderen Urkunden der Bischof hohe Gerichtsbarkeit hat) hat er tallia (Teulet I n. 418 1194). Giry S. Omer S. 373 1127 § 13: die meliores und liberiores burgenses Flandriae sind von scoth und tallia befreit.

2) Recht von Meaux v. 1179 § 34 (Brussel S. 186) omnes homines meos, quicunque in praescripta communia fuerint, quietos et immunes a taillia et a placito, quod dicitur generale, inperpetuum esse concedo. In dem späteren Recht von Meaux treten noch die tria placita als Gerichtsversammlung auf (S. 442 N. 6), folglich muss wie im Pariser Recht placitum generale hier bereits speziell die Abgabe bedeuten.

3) Urk. v. 1129 S. 443 N. 2. Damit stimmt dann das Recht von Meaux vor. Note.

4) Ebenso Laon ob. N. 1.

5) So Wauters S. 35 1180 Quesnoy im Hennegau; S. 58 1196 Herreignies im Hennegau; S. 99 1226 Duysborg bei Brüssel.

6) Am frühesten vielleicht in Cambrai. M. Germ. S. S. VII S. 501 c. 4. (Anfang des 12. Jahrh.)

7) Waitz IV S. 119, 151, 171 f.; freilich gehören nicht alle dort aufgezählten Fälle hierher.

8) Nicht eine spätere Entwickelung der gräflichen tallia in der Stadt, son-

Wurzel der tallia mag in der superindictio der römischen Steuer liegen [1]).

Neben diesen Steuern kommen dann noch die Beherbergung und Verpflegung, und allenfalls Beförderung der Beamten in Betracht, die sich in der Stadt wie auf dem Land findet (gista, procuratio, saisimentum, creditio — perangaria). Besonders tritt in der Stadt die Gewährung von Kissen, Pfühlen und Kochgeschirr hervor, die in den Communalcharten vielfach beschränkt wird [3]); dann die creditio rerum venalium [4]).

4. Militärische Rechte. Während in den deutschen Gegenden des Fränkischen Rechtsgebiets die Werpflicht der Untertanen kaum mehr betont wird, spielt dieselbe in Frankreich noch um Ende des 11. und Anfang des 12. Jahrhunderts keine so unbedeutende Rolle [5]). Daraus erklärt es sich dann auch, dass sich in den Stadtrechten nicht selten Befreiungen von der caval-

---

dern das Zurücktreten gerade in den Städten im 12. Jahrhundert erklärt es, dass sich verhältnissmässig wenig Belege für dieselbe auffinden lassen (a. M. anscheinend Zeumer Städtesteuern S. 3 f.). — Hierher gehört vielleicht auch der in Flandern und Hennegau vorkommende gabalus (Guiman Arras S. 46; M. G. S. S. VII S. 497; XIV S. 242 V 259 für Cambray; noch öfters).

1) Die superindictio, der Zuschlag zu festen Steuern, soll allerdings nur durch kaiserliche Verordnung auferlegt werden (C. Th. XI 6 382), was die Interpretatio auf den rerum dominus, d. h. den germanischen König bezieht. — Aber C. Th. XI 16 7, 356; 8 357 bezeugt, dass die superindictio vom praeses auch ohne kaiserliche delegatio erhoben wurde und duldet dies halbwegs in Notständen. — Wichtig ist, dass Fiskalland und das ihm Gleichgestellte frei von superindictio ist: so Fiskalland: C. Th. XI 16 13, Gesetz des Tiberius de divinis domibus c. 6 (Zachariae Ius graeco-Romanum III S. 27), — Kirchengut: nov. Iust. 131 c. 5. — Besitz der palatini, der Bürger von Constantinopel XI 16 6. — Das Verhältniss hat sich in die fränkische Zeit fortgesetzt.

2) Hierher Luchaire Inst. I S. 112 fd.

3) Z. B. in Mons Verpflichtung dem Grafen culcitrae und vasa coquinae zu übergeben (Giselbert S. 98). Varin Reims I S. 719 1251 fd.; Chalon bei Reims leistet culcitrae und pulvinar. — Ord. XI S. 222 § 1 (1181). Bourges: Befreiung ab omni tolta et tallia et botagio et culcitrarum exactione.

4) Oben S. 385. — Ueber das Vorkommen dieser Abgaben in fränkischer Zeit Brunner II S. 228 fd. —

5) Hierher gehört es, dass Ludwig VI das Schloss Crecy mit Fussvolk, das ihm die Bischöfe gestellt haben, erstürmt (Guibert de vita sua III c. 14. Migne 156 col. 986); auch die Angaben des Ordericus vitalis über die Entstehung der Commune (Wauters les libertés communales S. 31). Für späteres Luchaire les communes françaises S. 176 f. In Auxerre (Quantin II n. 450 1194) bezieht sich der Auszug auch auf Turniere der Stadtherrn; ähnlich past Valenciennes § 80.

catio finden[1]), oder wenigstens Beschränkungen[2]). Neben dem tatsächlichen Auszug ist die wacta zu erwähnen[3]). — Sehr bedeutend sind die direkten militärischen Leistungen aber doch nicht gewesen. Die Hauptrolle spielen Frohnden, wie die Gestellung von Wagen[4]), dann die Steuer bei Kriegszügen[5]). Im 12. Jahrhundert wird die letztere Abgabe (ost) unter die tallia gerechnet[6]). Ob sie von Haus aus ein Zuschlag zur Grundsteuer ist, oder das karolingische adjutorium der kleinen Leute[7]), vermag ich nicht mit Sicherheit zu sagen, wenn mir auch das erste wahrscheinlicher ist. Mit dem heribanus, der seinerseits beleibe nicht mit hauban zusammengebracht werden darf[8]), hat die Abgabe nichts zu tun. —

Für die rechtliche Stellung der Stadt ist auch die Mauer von Einfluss. Noch im 11. Jahrhundert ist in unsern Gebieten eine Mauer etwas ungewöhnliches[9]); die Befestigung liegt in einzelnen Türmen[10]). Im 12. Jahrhundert wird aber eine Stadtmauer als Kennzeichen eines oppidum angesehen[11]). — Der durch Mauer abgeschlossene Raum steht anscheinend unter demselben volksrechtlichen Frieden — der Verdoppelung der gewöhnlichen Busse, — welche den Markt und die Nachtzeit geniessen[12]).

B. Herrschaftliche Beamte. I. In den Städten kommen allenthalben Herrschaften vor[13]); deren Verfassung Beson-

1) So S. Riquier Ord. XI S. 184 1126.

2) Beschränkung auf eine Tagereise in dem Recht von Beaumont c. 56 (Bonvalot le tiers état d'après la charte de Beaumont S. 109), Lorris § 30 u. so öfters.

3) Z. B. Raynal Berry II S. 556 1190 Issoudun. S. Riquier Ord. XI S. 184 1126.

4) Vgl. schon das hostilicium im Güterverzeichniss von Prüm Beyer UB. I n. 135. Anderwärts corvada: Luchaire Inst. I S. 111.

5) In unserm Gebiet am frühesten 1038 erwähnt: Miräus I S. 659 für Marchiennes (vgl. Waitz V. G. VIII S. 180).

6) S. Riquier; ob. N. 1; vgl. Luchaire I S. 112.

7) So Waitz VIII S. 159.

8) So die herrschende Lehre; oben S. 399 fd.

9) In dem Anfang des 12. Jahrhundert geschriebenen Aufsatz des Hugo de Cleeris (Bouquet XII S. 492) wird es als etwas besonderes für Melun hervorgehoben, dass es eine Mauer hat; dass der Aufsatz eine unglaubwürdige Tendenzschrift ist, hindert hier nicht.

10) Guibert de vita sua (Migne 156 col. 43 f.) III 14 über die Ereignisse in Amiens. — Suger vita Ludovici VI S. 18. (Molinier): über den turris von Monthlerie.

11) Lambertus Ardensis c. 111 Monum. Germ. SS. XXIV S. 614.

12) Näheres unten.

13) Eines der besten Beispiele bietet Paris. Boileau I 1 2. Hierher Tanon les justices seigneuriales de Paris nouv. revue hist. du droit fr. et étr. VI S. 448 f.

derheiten nicht bieten: die Richter werden eben von den Eigenherrn ernannt; sie haben allenfalls die volle Gerichtsbarkeit über die Unfreien, welche zur Herrschaft gehören [1]). Die Unfreien leisten einen Kopfzins [2]). — Auch der Inhaber der Grafengewalt selbst kann eine Herrschaft in der Stadt haben [3]). Genaueren Einblick in diese Verhältnisse kann man nicht tun, weil sie durch die Entwickelung des Marktrechtes und der Commune verdeckt sind. Aber man wird doch annehmen dürfen, daß für die Herrschaften — nicht nur gerade Grundherrschaften — des 10., 11. und 12. Jahrhunderts die nämlichen Grundsätze gelten wie sie für die karolingische Zeit im capitulare de villis zunächst für die königlichen Herrschaften aufgestellt sind und in den Gutsverzeichnissen von S. Germain, S. Remi in Reims, Prüm für das 9. Jahrhundert wiederkehren [4]).

II. Neben den herrschaftlichen Bauern gab es danach auch herrschaftliche mercatores. Die mercatores gehören sowohl geistlichen wie weltlichen Herren und fahren insbesondere mit den Schiffen ihrer Herrn auf Handel aus [5]); nach späten Urkunden

---

1) Das älteste und schärfste Beispiel scheint mir das Hofrecht des Bischofs Burchard von Worms v. 1024: dasselbe enthält allerdings einzelne Bestimmungen, welche für die ganze Stadt galten, aber von Haus aus geregelt ist nur das Verhältniss der familia S. Petri.

2) Z. B. Charte v. Laon § 9 § 10 (Ord. XI S. 186 1128) wo familiae geistlicher und weltlicher Herren unterschieden werden; Quantin II n. 449 1193, wo gestritten wird, ob eine grosse Zahl von Bürgern in Sens dem König oder der Abtei S. Peter de corpore gehört. — Arras Guimann S. 177 fd.

3) So in Worms der Bischof; vorletzte N.; ebenso in Laon, wo neben der familia des Bischofs, solche der Stifter u. proceres, aber auch Einwohner unterschieden werden, die persönlich frei sind u. den Hauptteil der Commune ausmachen. — Im Grund gehört hierher noch Köln, wo der Stadtherr die besondere familia Sancti Petri hat.

4) Zum folgenden in ähnlichen Sinn v. Inama-Sternegg: Deutsche Wirthschaftsgeschichte II S. 290 f,

5) Geistliche Herren: form. imp. n. 22 (814—815) Zollfreiheit für Handelsschiffe; Lacomblet U. B. I n. 42 (821). Gallia christ. XIV S. col. 12 (800), 31 (844): Cormery bei Tours; Gallia christ. VIII J. col. 483 (836) S. Mesmin bei Orleans; Boos Wormser U. B. I n. 24 858 Lorsch; Beyer I n. 46 (angebl. 807; aber Sickel acta Karolinorum II S. 421) I n. 54 (angebl. 822) S. Maximin; Beyer I n. 135 S. 148 Güterverzeichniss von Prüm: (Ministeriales) vinum et sal., si eis precipitur omnes vendunt; in die gleiche Zeit gehört auch der vicus negociatorum in dem Recht von S. Riquier v. 831 (ob. S. 403 N. 2); Beyer N. B. I n. 281 1005 (S. Maximin) I n. 335 1051. Braunweiler; Miräus I S. 267 1080 Waulsort, wo sehr interessante Angaben über den Ertrag eines solchen Klosterschiffs Gallia christ. XIV. col. 73 1073. Marmo Alles

des 13. Jahrhunderts werden sie noch als camerarii et mercatores bezeichnet [1]).

Auch der König selbst hat solche mercatores und diese zeichnen sich jedenfalls durch Zollfreiheit aus [2]).

Die mercatores sind nun nicht blos allenfalls Großhändler, sondern jeder Handwerker, soweit er nach Hofrecht verkaufen darf, foro rerum venalium studet ist mercator [3]).

---

bisherige Klosterschiffe. In demselben Zusammenhang gehört offenbar auch die bekannte Erzählung Lamberts von Hersfeld (H. Ausgabe S. 150 f.) über den Kölner Aufstand gegen Bischof Anno. — Allgemeinere Belege: Beyer N. B. I n. 234 970 concedimus — predicti confessoris — familie in predictu Trevisorum urbe aliisque imperii nostri civitatis vel prefecturis habitanti — ut ea conditione qua etiam nostra imperralis familia habeat licentiam quam et semper habebat, intrandi et exeundi, vendendi et emendi. Lalore collection des princ. cartulaires — de Troyes I S. 15 1103 servientes (der Kirche) etiam — ita liberos efficio (der Graf der Champagne), ut etiam si mercatores fuerint, nullum prorsus mihi vel meis faciant consuetudinem et nullum pro mercatione faciant teloneum. Lacomblet I n. 300 (1125): Die Privilegirung der negociatores von Siegberg ist eine Privilegirung der dortigen Abtei. Teulet I n. 1336 (1218—1219) in Meaux hat der Graf die Gerichtsbarkeit über die bischöflichen mercatores. — Weltliche Herren Lalore Troyes I S. 14 1100 de Servientibus comitis (der Champagne) Ingelmarus prepositus; Lambertus; Gillebertus et Leboldus negociatores; Walo filius Frommundi clari; Hugo pincerna etc. Butkens trophées du duché de Brabant preuves S. 50 1202 mercatores ducis.

1) Ol. I S. 253 VI (1267), I S 865 XXXIII (1271) dieselben Personen camerarii und negociatores der Abtei in Corbeil.

2) Für die fränkische Zeit Form. imp. n. 37 u. capit. de ordine palatii n. 140 § 2. Später in Deutschland die Reichskaufleute: Nitzsch Ministerialitat u. Bürgertum S. 186 f., Waitz V S. 351 f. Dann die Trierer Urk. v. 970 vorletzte N.; Lacomblet I n. 412 1166 negociatores des Kaisers in Aachen; I n. 424 1166 Zollfreiheit der Bürger von Duisburg weil ad nos tantummodo et ad solum pertinent imperium. Histoire de Metz IV 1 S. 173 176 264 über die Zollfreiheit der Kaufleute aus den Städten, die chambre de l'emperour sind (vgl. oben S. 416 N. 4). — Miräus III S. 75 1204 für Thiel, das ursprünglich ein Reichshof (Lacomblet I n. 132 1000) und durchgehend von Kaufleuten bewohnt war, welche an den König von ihrem Handel Abgaben leisten (Alpertus de diversitate temporum I 8, II 20 M. Germ. S. S. IV 704 718). Für Frankreich fehlt es zufällig an einem direkten Beleg gerade eines königlichen mercator; aber in Paris verschenkt der König einen pelfarius und carnifex (Lasteyrie n. 304 1143).

3) So die bekannte Urkunde für Worms v. 1182 (Boos n. 89 und hierzu Nitzsch a. a. O. S. 226. Genauere Belege für die Entwickelung der Befugniss des hofrechtlichen Handwerkers zum Verkauf auf eigene Rechnung fehlen. Die Verhältnisse in Tiel (vorige Note), wo die Masse der Bevölkerung negociatores; das kann sich natürlich nicht auf Grosskaufleute allein beziehen. — Viel bestimmter ist folgendes: nach den Statuten der flandrischen Hanse in London (Warnkönig I n. 39) ziehen auch die textores, fullones, tonsores, ca-

Jedenfalls verkanfen die Produzenten im Ort und verkaufen nicht blos eigenes Fabrikat [1]). Aber auch auf fremden z. T. entlegene Märkte reisen sie zu eigenem Einkauf und Verkauf [2]). Die jüngern Zeugnisse sind hier die beweiskräftigsten, weil sie aus einer Zeit stammen, wo die Grosshändlergilden den Aussenhandel zu monopolisiren suchen. Der Kaufmannsbegriff jener Zeit deckt sich also genau mit dem unseres deutschen Handelsgesetzbuchs und das scheint mir keine kleine Stütze für die innerliche Möglichkeit der ganzen Annahme [3]). — So müssen sich bis in das 13. Jahrhundert herein unter der Bezeichnung mercatores auch herrschaftliche Handwerker erhalten haben, gerade so wie in den Domänen des 9. Jahrhunderts Handwerker oft vorkommen. Und in der Tat lassen sich solche Handwerker auch selbstständig nachweisen, einmal

---

searii, butirarii auf Handelschaft aus, jetzt allerdings unter Verletzung der Hansa. Teulet I n. 1336 (1218—1219: die mercatores des Bischofs von Meaux sind in alle officia verteilt; namentlich angeführt sind pelliparii und pistores. Recht von Brie Comte Robert (Guérard Cart. de Notredame de Paris I S. 299 fd.) 1208: während sonst die Kirche auf ihrem Gebiet die Gerichtsbarkeit hat, ist sie zwischen ihr und dem Grafen geteilt über mercerii, regratarii, salinarii. Diese gräfliche Gerichtsbarkeit kann sich nur erklären als Gerichtsbarkeit über mercatores (cf. unten § 5) und so zeigt sich, dass auch die Krämer zu den mercatores gerechnet werden.

1) Z. B. E. Boileau I 63 § 4, § 5 öfter; I 78 § 33 Sattler; I 85 § 6 Schuster, zugleich Lederhändler II 24 § 19 Tucher I 87 § 25 Gürtler.

2) Statuten der flandrischen Hansa in der vorletzt. N. Boileau I 87 § 25 die Gürtler — Kleingewerbetreibende — beziehen die Champagnermessen. Ol. III S. 553 XLVII: pelliparii auf Geschäftsreisen. Entscheidend ist, dass noch bei É. Boileau dieser wichtigsten und vollständigsten Schilderung mittelalterlichen Gewerberechts nirgends eine besondere Zunft der Grosshändler erwähnt wird. Dasselbe Ergebniss gewinnt man aus dem livre de la taille de Paris v. 1292 (Géraud Paris sous Philippe le bel). Erst in dem livre des sentences du parloir aux bourgeois (Leroux de Lincy Histoire de l'hotel de ville de Paris II S. 104 fd.) werden einigemal „marchants" von den sonstigen Gewerbetreibenden (drapiers, talemeliers, vinetiers, changeurs) unterschieden (z. B. S. 138, S. 151. 155, 166), aber ohne dass sie noch rechtlich scharf abgeschlossen wären. Das ältere Verhältniss zeigt sich darin wirksam, dass der prévot des marchands noch in dieser Zeit aus den Produzenten hervorgeht: so ist É. Barbette (a. a. O. S. 134) poissonier de mer, der berühmte É. Marcel Tucher, der Ende des 13. Jahrhunderts häufig als Schöffe des parloir aux bourgeois genannte Thomas de Saint-Benoit ebenfalls Tucher (a. a. O. S. 135). —

3) Ebenso Waitz V S. 357; Inama Sternegg II S. 318; Köhne der Ursprung der Stadtverfassung in Worms, Speier, Mainz S. 52. v. Below, der Ursprung der deutschen Stadtverfassung 1892 S. 48 f.

direkt als ministeriales bezeichnet [1]). Die wenigen Nachrichten, die wir überhaupt über die Rechtsverhältnisse der Handwerker haben, weisen allemal darauf hin, dass es herrschaftliche, unfreie Arbeiter sind; keine Nachricht haben wir bis in das 13. Jahrhundert über freie Handwerker. Es ist dies auch kein Wunder; denn das Handwerk, das als besonderer Erwerbszweig getrieben wird, ist nichts ursprünglich germanisches; hier ist jeder Bauer der eigene Meister [2]). Die berufsmässigen Handwerker sind aus dem römischen Recht herübergekommen und erscheinen hier im spätesten Recht unfrei, auch wenn sie es sich nicht direkt um die Zugehörigen zu Staatsfabriken handelt; selbst die Grosskaufleute sind hier zuletzt hörig [3]).

---

1) So Guiman Arras S. 191 rerum sunt quedam in ecclesis beneficia et consuetudines, que proprie et specialiter civitatis nomen retinent, ut sunt ille, que dicuntur ministerialium quibus de sua devotione obligant caritates, quia singulis debent annis sancto Vedasto de sua caritate et confraternitate parmentarii quatuor solidos, sutores decem etc., ebdort. S. 335 wird hervorgehoben, dass die Michaelskirche viel eleemosinae et caritates hat und zwar merkwürdigerweise ab his, qui subjecti sunt: die subjecti aber sind carnifices, lorimerii (Sporer), mesquiciarii (Weissgerber) molnarii, bolingarii, tonsores pannorum, corduenarii. Guibert de vita sua III c. 7 (Migne 156 c. 925): zu den officiales gehören die cerdones, sutores, pandoces, caupones. Auch die 23 piscatores der Wormser Urkunde v. 1106 (Boos n. 58), welche vom Bischof eingesetzt, also notwendig herrschaftliche Gewerbetreibende sind, kaufen zwar Fische, aber sind sicher „Handwerker". Die vier Stellen lassen sich ohne Bedenken für das Recht des 11. Jahrhunderts verwenden; für das 9. Jahrhundert kommt besonders das Stadtrecht von S. Riquier in Betracht (ob. S. 403 N. 2), so dass nur das nachrichtenlose 10. Jahrhundert für unser Gebiet keine Belege bietet. — Besonders wichtig ist das Pariser Recht: alle die Gewerbe, welche vom König gekauft werden müssen, müssen herrschaftliche Gewerbe sein; denn nicht allenfalls um ein ausschliessliches Arbeitsrecht, das sich die Handwerkervereinigungen selbst gesetzt hatten handelt es sich; ein solches tritt im Pariser Recht gerade nur bei den freien Gewerben, den Gewerben ohne achat lou Roy hervor: bei den freien Gewerben ist der Gewerbebetrieb abhängig von einer Gebühr, die der Anfänger als Lehrling oder Gesell an die confrerie gezalt hat (vgl. Index zu Boileau unter confrarie). Direkt belegt ist die Hörigkeit von Pariser Arbeitern in der erwähnten Urk. v. 1144 (Lasteyrie n. 304).

2) So die bekannte Stelle in den Rigsmál v. 22.

3) Mercatores C. Th. XIII 1 5 364 negociatores domus regiae erwähnt (C. J. I 4 1), dann auch mercatores, welche homines potiorum sind. — Nov. Valent. XXIII 447: im Interesse der lustralis collatio sollen die mercatores sich nunmehr in urbes, nicht mehr in vici und portus aufhalten: also Beschränkung der Freizügigkeit aller Kaufleute. — Die negociatores, welche zwar noch über den collegiati stehen, sollen nicht mehr curiales werden, sind also von der herrschenden städtischen Klasse ausgeschlossen (C. Th. XII 1 50 362; XII 1 72 370; C. Th. VII 21 3 pr. 396), ebenso von der militia in der kaiserlichen Verwaltung (C. J. XII 20 5 Ende des 5. Jahrh.). — Das weist schon darauf hin, dass die

— Die indirekte Probe für das bisherige ergibt der schon früher festgestellte Umfang der Banngewerbe. Die bisherigen Ergebnisse werden, wie sich bald nachher zeigen wird, aber noch dadurch bestätigt, dass in nachfränkischer Zeit alle mercatores, Grosshändler wie Handwerker, der hansa angehören. —

Lediglich aus der Unfreiheit der Arbeiter und einer herrschaftlichen Regelung ihrer Arbeiter lässt sich die Gestaltung der Vorstandschaft in den einzelnen ministeria erklären. In karolingischer Zeit sind die mercatores des königlichen palatium ausschliesslich der Gerichtsbarkeit des Königs vel magistro illorum, quem super eos et super alios negociatores praeponimus unterstellt [1]). Diese magistri finden sich nun auch noch später, gerade so wie die monetarii und Juden unter magistri stehen. Am deutlichsten ist das Verhältniss in Paris, wo die grandes maîtrises der Gewerbe, in denen achat lou Roy besteht, vom König aus seinen Ministerialen bestellt werden [2]) und der grand maitres der

---

negociatores zu einer rechtlich erblich gebundenen, abhängigen Klasse herabsinken. Die Folgen ergeben sich Anfang des 6. Jahrhunderts bei Cassiodor: VII 14 spricht davon, dass der comes v. Ravenna negociatorum operas consuetas exigit; II 30 der Mailänder und Ravennalischen Kirche wird vom König ein negociator geschenkt, der von den Staatssteuern befreit ist und die Einkäufe der Kirche zu besorgen hat. Das ist der direkte Uebergang zu den fränkischen Verhältnissen. —

Handwerker (collegiati). C. Th. XII 19 1 (cf. 3) 400 die Handwerker verlieren die Freizügigkeit und sind erblich an ihr „ministerium" gebunden C. Th. XII 21 3 (396) ist bereits von einem obsequium der collegiati die Rede. — In C. J. XII 32 1 (verstümmelt C. Th. VI 37) scheinen die pistores die einzigen Handwerker zu sein, welche nicht servilis conditio haben: es sind hier alle zum Perfektissimat unfähigen aufgezält: Leute a conditione servili, fiscalini, curiales, pistores, negociatores; die collegiati müssen wie die coloni zur servilis conditio gehören. Nov. Major. VII c. 2, 4, 5 (458) hier strafweise Zuweisung zu den Collegiati; das setzt wohl einen Arbeitszwang voraus. — Im Osten scheinen sich die Zünfte freier gehalten zu haben: nov. Iust. 80 c. 5 (Schöll) weist zwar auch den Handwerkern zur Strafe zu; aber der einzige Zwang, der gegen den Zugewiesenen ausgeübt werden kann, ist der indirekte der Ausweisung; vgl. auch nov. 43, 59, 64. Die Erscheinung entspricht vollkommen dem, was wir sonst aber das Verhältniss von Ost und West wissen.

1) Form. imp. n. 37 (Zeumer S. 314).

2) Vgl. die Einleitung zu Boileau S. CXLVII. Für die Bäcker ist grand maitre der panetier royal, für Eisenarbeiter der marechal royal, für Tuchhandel und Lederarbeit der chambrier royal. Aber auch andere kgl. maistres sind erwähnt I 48 4 u. s. w. Die frühest bezeugte Verleihung des magisterium über die Lederarbeiter geschieht an eine Frau und deren Nachkommenschaft, die der unmittelbaren Gerichtsbarkeit des König unterstellt ist (Lasteyrie n. 417 1160)

niedern Gerichtsbarkeit hat[1]). Aber auch anderwärts tritt das Verhältniss deutlich oder undeutlich hervor[2]), auch gerade noch für den Gewerbszweig, der eine neue Form des Gewerberechts in unserm Gebiet hervorgerufen hat, in der Textilindustrie[3]).

Eine Brüderschaft der officiales, welche das magisterium über Handwerker haben, aber noch zugleich die Erhebung von Massabgaben und wohl auch von Zoll ist, die Kölner Richerzeche[4]).

---

1) Boileau I 1 § 21; I 15 § 15; I 18 § 6; I 48 17; I 76 § 11—§ 14.

2) Bäcker: Luchaire Louis VII n. 463 1162: den Bäckern von Pontoise wird der magister vom König ernannt; er hat über die Bäcker uneingeschränkte Gerichtsbarkeit. — Delisle Olims n. 803 1291: In Chartres sind die Bäcker schon lange Zeit im Besitz der Wahl ihres magister; früher ernannte ihn aber der König. Die an sich späte Urkunde ist ein vortrefflicher Beleg für die Entwickelung.

Metzger Lasteyrie Paris I n. 329 1146.

3) Besonders wichtig: Reims (Varin I S. 856 (1263), S. 1072—1075 (1292): es bestehen 8 magistri oder maiores textorum, 4 für das Gebiet von S. Remigius, 2 für das domstiftische, 2 für bischöfliche und sind den operarii vorgesetzt: die operarii aber sind die Webermeister und ihre Gesellen. Die magistri haben das Mass, die Aufsicht über die Produktion, Güte derselben, Bestrafung schlechter Waare; die letzteren produziren und verkaufen. Für die Befugniss zum Gewerbebetrieb wurde ursprünglich eine hance (hansa) gezalt. — Bourquelot histoire de Provins I S. 426 (1273) 8 maitres de la drapperie — jetzt allerdings von der commune ernannt, was aber nichts ursprüngliches — welche über die Aufnahme in die „compeignie au maitres de la drapperie" beschliessen. — Hierher auch Roisin Lille S. 110 S. 136: maieurs de la draperie, die hier unter den gesetzgebenden Faktoren der Stadt erscheinen.

4) Kruse, Zts. d. Savignyst IX S. 152 fd.; Liesegang ebda XI S. 1 fd. Hegel Städte u. Gilden II S. 329 fd. Folgendes kommt in Betracht; 1. sicher ist, dass die magistri civium von der Richerzeche gewählt worden (Grosser Schied c. 1 c. 2 (Ennen Quellen II S. 392) und dass diese magistri civium nicht identisch (ob. N. 72) sind mit den magistri scabinorum. — Die Competenz dieser magistri civium lässt sich nun aus folgendem genauer gewinnen; sie sind officiales (Grosser Schied c. 1. Ennen Quellen II S. 391); ihre Competenz geht (Beschwerden des Bischofs c. 28 ebda II S. 383) auf ungewoinde, ein Begriff, dessen Wortsinn zu weit ist, um eine bestimmte Schlussfolgerung zu gestatten, und den ich sonst nicht mehr finde: doch handelt es sich nach der Entscheidung c. 26 (II S. 394) um ein inquisitio auch ohne Anklage. So lässt sich, was bisher, soviel ich weiss noch nicht bemerkt ist, das Amt schon in der Kölner Schreinsurkunden nachweisen (I S. 257 n. 11 1175—1191): Johani, qui eo tempore magister inquisitionis fuerat. Hier ist es ein magister inquisitionis, gerade wie noch 1259 (Ennen Quellen II S. 409) nur ein magister civium vorkommt, während in der bekannten Urkunde von 1225 (Quellen I S. 330) 2 magister erscheinen. Weiter gehört hierher die Urkunde von 1230 (Ennen Quellen II S. 122 f.): die Deutzer Weber werden für ihre Produktion unter die Kölner Ordnung gestellt und Verletzungen subsidiär von den magistri civium von Köln ge-

Mit magistri gleichbedeutend sind wohl die connestabeli, die ebenfalls ursprünglich zu Vorständen der einzelnen Handwerke

---

straft, wie an Kölner Bürgern. Die Parochialoffizialen können unter diesen magistri civium schon um desswillen nicht gemeint sein, weil dann angegeben werden müsste, welche Parochie dazu zuständig wäre, ganz abgesehen davon, dass nirgends eine solche sachliche Zuständigkeit der Parochialofficialen belegt ist. — Endlich hat später der Bürgermeister die Aufsicht über die Wage (Quellen I S. 141). Vor 1174 kann aber dieser magister civium nicht wohl existirt haben, denn (Ennen I S. 570) noch hier werden die magister parochiarum allein als die Vertreter der cives benannt, neben den Schöffen. 2. die Richerzeche ernennt später Obermeister für einzelne Gewerbe (Ennen Quellen I S. 386 fd. 1330; auch I S. 333 1361), während im Grossen Schied von 1258 davon die Rede ist, dass die magistri der einzelnen Fraternitäten von diesen aus den potentes gewählt werden (Ennen Quellen II S. 385 c. 44, S. 392 c. 1, 2), während der Bischof das Recht der Ernennung beansprucht. 3. die Richerzeche gestattet die Bildung einzelner gewerblicher Fraternitäten (Quellen I S. 330 fd. 1225 u. später). 4. die Richerzeche hat ferner die Aufsicht über die Wage (Quellen I S. 57 § 9 I S. 141, 145). 5. sie verleiht die Weinbrüderschaft (Quellen I S. 57 § 6, S. 155 fd.). 6. sie verleiht die Bürgerschaft (Quellen I S. 57 § 9). 7. Gegen alle anderen Aemter sind die officiales de Richergezeige scharf abgeschlossen, wiewohl die drinnensitzenden Personen vielfach dieselben sind: so gegen die Hausgenossen, wiewohl fast alle Hausgenossen gleichzeitig persönlich zur Richerzeche gehören (Quellen I S. 312 mit I S. 145 1368), gegen die Schöffen, wiewohl viele Schöffen zur Richerzeche und Münze gehören (Quellen I S. 145 ebda), gegen den Officiales der Martinsparochie, Brigitten (Quellen I S. 245, 257) wiewohl auch hier wieder dieselben Geschlechter als Officiales vorkommen. — Das bisherige gibt einen ziemlich scharfen Ueberblick: zur Richerzeche gehören diejenigen officiales, welche die Handhabung der herrschaftlichen Wage und damit auch des Marktzolls haben — während die Abgaben von den einzelnen Zunftstrassen von den Parochialmeistern erhoben werden. Aus der Stellung zu Mass u. Zoll erklärt es sich auch, dass sie die Weinbrüderschaft verleihen, d. h. also die Befugniss zum Weinausschank; es ist das ganz ähnlich dem, dass in Paris, wer Wein schänken will, sich die Maasse von der hansa mercatorum kaufen muss; ähnlich auch in Ardenburg, wo die Befugniss zum Weinschank (und Gewandschnitt) mit der Londoner Hansa verbunden ist (Recht v. 1328 § 43). — Gleichzeitig haben sie aber noch die Aufsicht über das Gewerbe: die Controle der gewerblichen Produktion wird einesteils durch den magister inquisitionis, den spätern magister civium ausgeübt, andernteils hat sich aber die Genossenschaft selbst die Entscheidung vorbehalten über die Errichtung einer fraternitas mit Beitrittszwang; denn diesen fraternitates sind herrschaftliche Rechte delegirt (genauer unten S. 471 N. 1), und so bedarf die Errichtung herrschaftlicher Genehmigung; daneben tritt hier natürlich auch die Genehmigung der regierenden Stadtbehörde, der Schöffen hervor (so vorläufig die Urk. v. 1247, Ennen Quellen II S. 335). Bedenklich ist anscheinend nur die Behandlung der magistri fraternitatum: denn wenn auch später diese magistri sicher von der Richerzeche ernannt werden, so ist noch im Jahr 1258 die Wahl durch die fraternitas, allerdings aus den potentes, die Regel. Aber das Bedenken ist leicht

ernannt, nicht gewählt werden und dem Namen nach nicht gut etwas anderes als herschaftliche ministeriales sein können [1]).

Dagegen ist die Bezeichnung decanus, die sicherlich aus dem römischen Recht herübergenommen ist — für den Vorsteher eines Handwerker-Verbandes, wie für den Vorsteher eines Dorfs — neutraler, weist nicht direkt auf das Recht eines persönlichen Herrn her [2]). —

---

zu zerstreuen; denn die fraternitates sind zunächst Gesellschaften, keine obrigkeitliche Bildungen und es kann nichts ursprüngliches sein, wenn es auch bald eingetreten ist — dass diesen freien Vereinigungen der Vorstand von Obrigkeitswegen gesetzt wird. (vgl. Text unten). — So ist die Richerzeche eine der vielen Kölner Amtsbrüderschaften wie sie die Schöffen, die Hausgenossen, die Bauermeister in den einzelnen Parochien bilden. Sie hat Markt- und Gewerbscontrole. Daraus erklärt es sich, warum sie mit den Handwerkern in so scharfen Gegensatz treten. Der Bürgermeister ist der dienende officialis, ähnlich wie dies bei den Parochialoffizialen und später auch bei den Schöffen sich findet. — Damit ist aber die Rolle der Richerzeche noch nicht ganz erschöpft: die Richerzeche verleiht die Burschaft: nun ist das soviel als jus civile, civität, woran gar kein Zweifel besteht (die magistri civium z. B. sind Burmeister). Aber später wird sich nachweisen lassen, dass die cives von Köln gleich viel sind mit der Kölner hansa; auch die Zalung, die bei der Aufnahme in diese zu entrichten ist, ist dann hansa. Anderwärts wird nun ebenfalls diese Gebühr von den magistri (so Reims) oder wenigstens offiziales (Lille) erhoben und so auch in Köln. So ist die Richerzeche das Organ, welches alle herrschaftlichen Rechte in Bezug auf Handel und Produktion geltend macht, wie alle andern Kölner Behörden, schliesslich für eigene Rechnung und zur Genossenschaft ausgestaltet. — Wann die Zeche entstanden, kann vielleicht, wie bei solchen halbsozialen halbrechtliche Bildungen überhaupt, schon aus innern Gründen nicht mit Sicherheit gesagt werden: aber immerhin macht die Existenz des magister inquisitionis nach 1174, der sich als eine bewusste Neuschöpfung ansieht und später eben der aktive Offizial der Brüderschaft ist, wahrscheinlich, dass die Genossenschaft selbst schon früher bestanden und 1174 einen dienenden magister ausgeschieden hat und eben doch schon unter den meliores totius civitatis der Urk. v. 1141 (Ennen I S. 329) steckt, wenn man auch das Weistum von 1169 wirklich für unecht halten wollte. Die Frage ist aber sehr gleichgiltig, denn nicht die Genossenschaft, sondern die Competenzen des fungirenden officialis sind das Wesentliche und diese sind ursprünglich.

1) Constabularii der einzelnen mestaria in Reims (Varin I S. 778 1258): die Bürger haben das Ernennungsrecht unbefugt in Anspruch genommen, das dem Bischof zusteht. Conestabularii als Anführer der untern Klassen schon im Frieden von Valenciennes 1114 § 29; § 60 Einteilung der Stadt in conestabulariae (Warnkönig). Im Sinn von ministeriales, genauer etwa von servienter im Sinn des Militärrechts des 12. Jahrhunderts finde ich conestabularius bei Bouquet XII S. 492.

2) Decanus ist einesteils der Vorstand einer kleinen Sklavenabteilung (Fustel de Coulanges l'aleu et le domaine rural S. 43; dann aber wird das Wort schon im römischen Recht auf den Vorstand eines kleineren Verbands überhaupt bezogen,

Vielleicht ist es ein Ausfluss des „Hofrechtes", dass schon in verhältnissmässig alten Quellen sich überall die genaue obrigkeitliche Controle der gewerblichen Produktion findet [1]).

Freilich sind nun die Herrschaften und die herrschaftlichen Gewerbtreibenden in der Stadt durchaus nicht die Regel. Denn soweit die Herrschaften Grundherrschaften sind, sind sie in der Tat vielfach nur Enklaven [2]). Die Zahl der Gewerbtreibenden aber darf man sich zunächst durchaus nicht gross vorstellen. Die geringbevölkerten Städte des frühen Mittelalters haben eine viel grössere Ackerbürgerbschaft, als wir jetzt in modernen Städten gewohnt sind. Erst die hauptsächlichsten See- und Flusshandelsplätze und die grossen Weberstädte des französischen Nordens sind wesentlich von Kaufleuten im Sinn des mittelalterlichen Rechtes bewohnt [3]).

---

von Soldaten, oder Handwerkern (C. J. I 2 9 IV 63 5 nov. Just. 43), schliesslich auf die Leichenträger, welche die Zünfte zu stellen haben. Daraus lässt sich nicht folgern, dass die decani des fränkischen Rechts notwendig einer Grundherrschaft vorstehen müssen, so wenig dies bei maior und villicus der Fall ist, welche Ausdrücke ja dieselbe Geschichte haben (Fustel a. a. O. S. 47 fd.). Decanus als Zunftvorstand z. B. in Brügge (Geldolf histoire de la Flandre IV S. 252) § 2 Deken van haren ambocht; wohl auch Mecheln 1276 (Wauters S. 234); Léau 1248 (Wauters S. 265).

1) Es gehen hier zwei Institute nebeneinander her. In karolingischer Zeit wird dem öffentlichen Richter die Lebensmittelpolizei übertragen: besonders ed. Pistense n. 864 c. 20 (vgl. Schmoller: die Strassburger Tucher- u. Weberzunft S. 371). Diese Gerichtsbarkeit tritt dann auch in der späteren Zeit hervor, ausserhalb unseres Rechtsgebiets, wie innerhalb desselben und wird von den Stadtherren und den Schöffen ausgeübt: Varin Reims I S. 809 1261 (Schöffenurteil wegen petit pain); Laon Delisle Ol. 505 1282; hierher gehören dann die Bänne der Schöffen (z. B. S. Omer Giry S. 502 fd.). Aber dies ist allemal keine positive Regelung der Produktion: die ersten Bestimmungen in dieser Beziehung weisen aber auf die Zuständigkeit der magistri: so Köln (S. 454 N. 4); Reims S. 454 N. 3; Ypern 1281 [Geldolf histoire de la Flandre V S. 62 fd; die angebliche Keure v. 1213 (Schmoller a. a. O. S. 372) existirt nicht]. Die Quellen sind freilich undeutlich: denn durch die Entwickelung des Marktrechts fliesst eben Grafengewalt und Eigenherrschaft zusammen. Um so wertvoller sind die vereinzelten Reste herrschaftlicher Regelung. Schon zusammengeflossen sind beide Institute in ein judicium über falsitas bei Boileau I 8 § 3 I 12 § 3 § 4 I 62 § 5 u. oft; Établissements de S. Louis I 152; wohl auch schon in der Zunftordnung der Tucher von Chalons v. 1247 (Bibliothèque de l'école des chartes t. III ser. 4 1857 S. 52 fd.) In den Établissements wird der Verkauf ordnungswidriger Ware (faussetée) genau wie die Fälschung des Volksrechts behandelt u. mit Handverlust gestraft.

2) Insoweit richtige Bemerkungen bei v. Below der Ursprung der deutschen Stadtverfassung 1892 S. 12.

3) Die Sache ist bereits öfters angenommen; einige Notizen bei v. Below: der Ursprung der deutschen Stadtverfassung S. 25. — Für unser Gebiet kommt

Die allmähliche Verwandlung vieler Städte in Industriestädte führt dann in der Tat dazu, dass zeitweilig das Recht der abhängigen Kaufmannschaften zum Recht der ganzen Stadt wird.

C. Ueber die Ständeverhältnisse ist nach dem Vorausgehenden nur mehr wenig zu sagen. — Nach den wenigen aber sicheren Angaben, wie sie namentlich in Köln dann aber auch in Laon entgegentreten, muss zunächst die Masse der Bevölkerung frei gewesen sein[1]): aber freilich ist die Freiheit keine unbedingte, denn es ist Grundsteuer zu zalen. Und so kommt es, dass schon von der fränkischen Zeit her, wie allodium das von der Steuer befreite Grundstück[2]), so liber oder Francus homo den nobilis bedeutet[3]). —

---

etwa Folgendes in Betracht: Mantes: die Bewohner sind Soldaten u. Weinbauern (Ordericus Vitalis VII c. 14, ed. Prevorst. III S. 225). Laon: die Bauern aus der Umgegend von Laon kaufen Getreide bei den Einwohnern von Laon, wobei nicht an Getreidehandel, sondern Eigenproduktion der Leute von Laon zu denken ist (Guibert de vita sua III c. 7; Migne 156 col. 921). Mainz: die bekannte Stelle bei Otto v. Freisingen gesta Friderici M. G. S. S. XX S. 359. Logna (Longia) bei Lüttich: Wibald von Stablo errichtet 1138 eine Stadt zur Verproviantirung des Schlosses: dazu schafft er eine neue Markt und eine grössere Ansiedelung, die aber ganz aus Bauern besteht (citirt bei Wenters les libertés communales S. 463). Köln: die Ordnung der Weiherstrassen Bauernbank v. 1240 (Ennen Quellen II S. 210 fd., bezieht sich noch auf ganz bäuerliche Verhältnisse. — Der Uebergang zu Handels- u. Industriestadt bereits in karolingischer Zeit in S. Riquier; aber die dort genannten vici von Kauf- u. Gewerbsleuten können bei weitem nicht die 2500 Wohnhäuser von S. Riquier ausmachen. In späterer Zeit ist charakteristisch die Angabe über Ypern (Warnkönig II n. 87 1247), das über 200000 Einwohner hat, natürlicher Weise meist Handwerker. In Arras sind nach Guiman im 12. Jahrhundert 1000—2000 Häuser.

1) Der Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit tritt noch sehr scharf auf in den Lüttich-Kölner Gottesfrieden v. 1083, (Ennen Quellen I S. 489 f. 1) wo der liber und der nobilis bei Friedbruch nur der Friedlosigkeit, der servus der peinlichen Strafe unterworfen wird. — Paris, Lasteyrie n. 95. 1058. — S. Riquier 1126 (Ord. X 1 S. 184): hier wird der rusticus mit Zinsland, der persönlich frei auch als liber rusticus bezeichnet. — Morigny bei Étampes (Ord. XI S. 179 Z. 1) 1120 homines ipsius Ecclesiae tam ingenuos quam servos. — Tournus Ord. XI S. 194. 1146 nec — quippiam ab eorum (der Mönche von Tournus) servis, colonis, seu francis super eorum terris cummanentibus exigere. Bourquelot Provins II S. 398. 1176 homines de corporibus — homines liberi — homines albani. Ord. X S. 218 Z. 6 (Tonnere): bei minute querele galt der liber eine emenda von 7 sol., der servus von 3 sol. (vgl. ob). Ol. I S. 676. XXIV. 1267: ist noch von Franci homines gesprochen, die nichts als Bauern. — Noch im Anfang des 13. Jahrhunderts werden sogar die cerocensuales der Kölner Kirche als frie hiigeu (liberae familiae) bezeichnet (Ennen Quellen II S. 96. 1225).

2) Im Arras bedeutet im 12. Jahrhundert allodium auch das besteuerte

Aber jedenfalls besteht gar keine Veranlassung die Masse der Bevölkerung in der Stadt als unfrei zu denken. Nur die Gewerbsleute waren es jedenfalls vielfach thatsächlich und sind es allmählich von rechtswegen geworden, wie unten genauer auszuführen ist. — Die gemeinfreie aber steuerpflichtige Masse unterscheidet sich von den nobiles und den ministeriales dadurch, dass ihnen die Befugniss zur Führung der ritterlichen Waffen fehlt. Nur Kolbenkerle sind sie nach einer sehr interessanten Angabe des Lambertus Ardensis; in Köln tritt dann der Kolben als die erlaubte Waffe für den Zweikampf unter Städtern noch später in einer altertümlichen Quelle hervor[1]). — Um so bezeichnender ist es, wenn in alten Quellen die Grosskaufleute ritterliche Waffen tragen, nicht bloss auf der Kauffahrt, sondern in der Heimatstadt selber[2]). —

Eine weitere Sonderung der städtischen Bewohner ergibt sich aus den im ganzen fränkischen Gebiete überaus reichen Eidbrüderschaften. Inwieweit sich innerhalb der Kaufleute im Sinn des alten Rechtes solche Vereinigungen bilden, davon wird kurz unten gehandelt werden. Hier will ich lediglich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass auch Eidbrüderschaften der Beamten vorkommen: so die zalreichen Schöffengilden, so die Brüderschaften der maiores in Köln und anderwärts[3]), dann aber auch die

Eigen (S. 443 N. 4); ebenso anscheinend in Laon (Charte von Laon 22: Ord. XI S. 187). In anderen Gegenden ist schon sehr früh allodium ein ganz unbelastetes Grundstück: Chénon étude sur l'historie des alleux S. 33 ff.

3) In der fränkischen Zeit die homo Francus der lex Chamav: vgl. Brunner I S. 252. In der französischen Zeit ist bekanntlich homo francus eine allgemeine Bezeichnung für die rittermässigen Freien (z. B. Ol. I S. 157 X VIII; II S. 300 VI). In der Kölner Gegend sind schon in Urk. von 1134 a. E. (Ennen Quellen I S. 509) liberi die nobiles.

1) Lambertus Ardensis c. 36 (M. Germ. Scr. XXIV S. 579): die hier erwähnten colvekerli sind die gemeinfreien, denen aber hier allmählig wie in Arras Hörigkeitsabgaben auferlegt werden — Ennen Quellen I S. 185. 187 Zweikampfsformel: Der Kläger tritt auf mit einem „bewondenen eychenen clupell", der früher als griesboym bezeichnet wird; über diese ältere Zweikampfsform Brunner II S. 416; in Ergänzung zu Karl Lehmanns Untersuchungen (ob. S. 49 f.) mag erwähnt sein, dass nach den Kölner Formeln der Kampfschild rothe Farbe hat; auch der Friedensschild ist für das fränkische Gebiet wohl im Amt des scilddraka der flandrischen Hansa angedeutet.

2) Das Waffentragen reisender Kaufleute ist gestattet: erste flandrische Städtekeure § 19 (Warnkönig I n. 12) und daher Recht von Arras von 1180 (Wauters S. 33). — Weiter ist den Mitgliedern der Kaufgilde von Valenciennes geboten in Eisenrock und mit Bogen auf dem einheimischen Markt zu erscheinen (Wauters S. 253).

3) Eine sehr alte Genossenschaft derart (952) gehört in das trierische:

Brüderschaften unter den übrigen ministeriales: die ältesten von allen und bekanntesten, sind die Brüderschaften der Münzer, aber auch Brüderschaften der Servientes, welche die Massabgabe und Zoll zu erheben, das herrschaftliche Gewerberecht geltend zu machen haben kommen vor [1]). Brüderschaften der Ministerialen überhaupt sind die paragia von Metz [2]). Auch die Kalandsgilden, Brüderschaften der Geistlichen, die alle calendae zusammen kommen, finden sich [3]). Die rechtliche Natur der Brüderschaften und der Communen geht über die Grenzen der gegenwärtigen Abhandlung hinaus.

§ 5. Kaufmannschaft.

Im vorigen ist bereits ausgeführt worden, dass von der fränkischen Zeit her jedenfalls viele mercatores waren, einer Herrschaft angehörten. Andererseits finden sich in der ältesten Zeit Spuren jedenfalls eines freien Grosshandels und in der Tucherei wenigstens auch eines freien Gewerbes [4]).

Allein das zalenmässige bei weitem überwiegende herrschaftliche Gewerbe ist allmählich rechtlich das einzige geworden. Ihrer-

---

villico . . . Widoni cum suis paribus (Beyer U. B. I n. 193); an Schöffen kann hier bei den pares kaum gedacht sein.

1) So die Richerzeche. — Anscheinend aber auch die magistri draperiorum in Reims: denn sie bilden eine besondere „Commune" (Varin Reims I S. 1072 ob. 1292). — In diesen Zusammenhang gehören vielleicht auch, ohne dass man die Verbindungsglieder kannte, die mercatores ponderis von Paris (ob. S. 394).

2) Histoire de Metz IV 1 S. 198. 1256. Vielleicht sind es (der lokalen Unterscheidung wegen) Burgmänner.

3) Guibert de vite sua (Migne 156 col. 936) die decani halten calendae, zu denen die Geistlichen erscheinen, Delicte der Standesgenossen anzeigen, disziplinirt werden, aber auch Gelage halten. — Geldolf V S. 359 n. 29 (1243): eine Schenkung an die calenda clericorum cyprensium. Die calendae der decani sind schon karolingisch (Hinschius K. R. II S. 270 N. 7).

4) Als freie Händler in merovingischer Zeit werden erwähnt die Saxones und Frisiones (Urk. v. 629 für S. Denis Pertz S. 141; Urk. v. 753 für S. Denis Lasteyrie cart. c. 20). Hierher gehören wohl auch die advenae in l. Ribuarior. tit. 36. — Die Auffassung der nördlichen Völker von dem Grosskaufmann zeigt sich am besten in dem bekannten Satz des angelsächsischen Rechtes über das Þegnrecht des Kaufmanns, der dreimal eine erfolgreiche Seefahrt gemacht (Schmid, die Gesetze der Angelsachsen, S. 390 §. 6). — Ueber die Wollweberei und Handel der Friesen einiges bei Schmoller, die Strassburger Tucher und Weberzunft S. 359; Köhne, der Ursprung der Stadtverfassung von Worms, Speier, Mainz, S. 6.

seits ist dann aber diese Bildung wieder verdeckt durch die spätere Communalbewegung und gleichlaufende Strömungen, wodurch die öffentliche und die herrschaftliche Gewalt der Stadtherrn zu Gunsten der Eidgenossenschaft beschränkt wird; darum kann jene ältere Stufe nicht immer deutlich nachgewiesen werden; jedem einzelnen Beweismittel kommt ein hoher Beweiswert zu. —

Etwas ganz unbekanntes ist freilich die angedeutete Entwickelung nicht: dass durch den Bann — den königlichen von 60 Sol. oder den gemeindlichen von 5 Sol. — zu Gunsten der Eigenproduktion des Bannberechtigten die fremde Conkurrenz ausgeschlossen wird — bedingt oder unbedingt —, hat sich bereits ergeben[1]) und ist schon vielfach bemerkt worden. Aber das besondere ist nun, dass allmählich zum Gewerbsbetrieb nur diejenigen befugt sind, welche in der Familie, die hansa des Königs eintreten. —

I. Den Ausgangspunkt gewähren einige flandrischen und brabanter Urkunden. Der Kaufmann, der in einen bestimmten Ort auf der Handelschaft an- oder durchzieht oder aus demselben zur Handelschaft auszieht, muss hansa zalen, nicht allenfalls an Gewerbegenossen, sondern an den Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit[2]). Als Abgabe vom Anzug und Abzug ist dieselbe zusammenzustellen mit der Abgabe für introitus und exitus, wie sie sich in den Rheinlanden bis in den Anfang des 10. Jahrhunderts, also bis zur Karolingerzeit gegenüber Kaufleuten verfolgen lässt[3]).

---

1) Oben S. 392.

2) Keure v. S. Omer v. 1127 § 6 (Giry S. 372) hansa von ausziehenden Kaufleuten; Recht v. Nieuport 1168 (Warnkönig II n. 168), v. Damm 1180 (Warnkönig II n. 104) von durchziehenden. — Recht von Mecheln 1276 (Wauters S. 235; der hier erwähnte Stadtherr hat die hohe Gerichtsbarkeit: Miräus IV S. 311, 312. 1238) die hansa wird scharf unterschieden von teloneum und transversum, die nebenher zu zalen sind. — Die Sache findet sich auch in anderen niederdeutschen Rechtsgebieten: Hegel, Städte und Gilden II S. 157, S. 465.

3) Beyer U. B. I n. 234. 970 für S. Maximin: concedimus quoque ipsius predicti confessoris Christi familie in predicta Trevirorum urbe aliisque imperii nostri civitatibus vel prefecturis habitanti, ut ea conditione qua etiam nostra imperialis familia habeat licentiam quam et semper habebat intrandi et exeundi, vendendi et emendi. — Besonders deutlich aber die Urk. für Speier von 946: der Herzog tritt hier an die Kirche ab: seine Hörigen in Speier, Münze, das Gericht über diese; dann: ut quidquid negociatores qui aliunde ex diversis locis fluctivagando advenerint navesque suas cum vinifero pondere vel aliqua causa onerare voluerint aut incole civitatis lucrandi causa similiter exire temptaverint, a nullo alio licentia est acquirenda nisi a solo pontifice illiusque ministris. — In diesen Zusammenhang gehört auch die Urkunde des Herzogs von

Aber noch eine andere uns bereits bekannte Abgabe trifft mit der hansa zusammen: der conductus des Zollrechts [1]). Denn in den flandrischen Urkunden sind als die 3 möglichen Abgaben erwähnt: hansa, teloneum, transversum; im Zollrecht von Bapaume [2]) aber, dem bedeutendsten flandrischen Zollrecht, wird, abgesehen von der kleinen chaucie, einesteils der conductus, andernteils das traversum erhoben. Da nun teloneum und conductus gar nichts mit einander zu tun haben, so muss die hansa soviel als conductus sein. Und dies gibt nun noch eine weitere gleichbedeutende Bezeichnung. Nach dem Stadtrecht von S. Riquier v. 831 [3]) bezieht der Stadtherr de mercato per hebdomadam 40 sol., de commeatu per hebdomadam 20 sol.; dieser commeatus ist sprachlich und sachlich dasselbe wie conductus, also wie jus intrandi et exeundi, wie hansa. Ja es ist die Sache selbst sogar bis in das 8. Jahrhundert nachzuweisen: in dem berühmten Process des Grafen von Paris und der Abtei S. Denis über den Markt von S. Denis ist erwähnt, dass der Graf von jedem, der auf den Markt als Händler zieht, 4 oder 5 den. erhebt und offenbar wird dies von seiner Seite nicht als ein Uebergriff, sondern als die Anwendung bestehenden Rechts betrachtet [4]). Der Betrag entspricht fast ganz dem conduit im Zollrecht von Bapaume, der dort 4—6 den. beträgt und wird sich unten als ein allgemeiner Ansatz des Fremdenrechts erweisen. — Es ist nur eine negative Ausdrucksweise desselben Satzes, wenn das karolingische Recht mangones (Händler), sine lege — ohne Frieden und Zalung der Gebühr für denselben, wie man übersetzen darf — ausschliesst [5]).

Also neben der römischen Marktabgabe findet sich bis in die altfränkische Zeit eine Abgabe für conductus, Befugniss des Aus- und Einzugs, des Handels im allgemeinen. Nicht blos für den Durchzug aus den Land wird die Abgabe erhoben, sondern auch für den Anzug auf den Marktort. Das juristisch entscheidende ist nun aber, dass diese Abgabe hansa heisst. Hansa

---

Lothringen für Beaupré 1170 (Calmet II col. 370): er schenkt dem Kloster pedagium, telonium, jus emptionis et venditionis quarumlibet rerum venalium in quolibet foro liberos transitus eundo et redeundo et conductum meum.

1) Oben S. 388 fd.

2) Tailliar S. 14 f.

3) Oben S. 403.

4) Lasteyrie n. 20 21 (753, 759).

5) Adminitio generalis v. 789 (cap. 22) c. 79. — Lex ist später oft Friede: so flandrisches Gesetz v. 1178 § 1 (Warnkönig II n. 2). Aber in „exlex“ und den entsprechenden germanischen Ausdrücken (Brunner I S. 166), ist derselbe Sinn von lex bis in die älteste Zeit nachweisbar.

ist von Haus soviel wie Schaar [1]). Daraus erklärt sich dann, wie die ausziehende, aussegelnde Schaar von Grosskaufleuten als hansa bezeichnet wird oder allenfalls auch eine gewerbliche Vereinigung zu Hause [2]). Wenn also eine hansa an den Grafen von Flandern oder den Herrn von Mecheln gezalt wird, so muss durch die Zalung der Eintritt in eine Schaar erfolgen, die dem Grafen gehört; die Zalung bedeutet den Eintritt in die familia des Grafen von Flandern und denselben rechtlichen Gehalt hat auch der mit hansa gleichbedeutende Geleite, conductus [3]). —

Zuerst kann nun aber diese hansa nicht die familia des Grafen gewesen sein: denn in den Lothringischen Gebieten [4]) ist der conductus deutlich, oder verblasst ein Schutz, den der Herzog verleiht, den der gewöhnliche Graf nicht verleihen kann; der Herzog aber ist der Nachfolger des missus regius [5]), hat das

---

1) So in dem nahverwandten angelsächsischen: Beovulf 924, 925 ond his cwên mid him medostîg gemât mägða hose.

2) Ueber die hansae mercatorum vgl. unten. Für das zweite: Ord. X S. 355 1415 Tucher in Rouen bilden eine Hanse; Ord. IX S. 45 1404. Lohgerber in Eveiux — beides allerdings jenseits der hier gezogenen Grenzen.

3) Vgl. z. B. Charte v. Soissons § 9 (Ord. XI S. 220). Die Sache tritt bekanntlich im spätern deutschen Mittelalter öfters hervor. —

4) Für Niederlothringen im 12. Jahrhundert der Streit zwischen dem Herzog von Brabant und dem Grafen von Loos, von dem Giselbert berichtet (vgl. die Stelle bei Waitz VIII S. 316); für Oberlothringen die überaus interessante und wenig benutzte Urkunde von 1258 (Calmet II col. 482), wonach Alfons von Castilien dem Herzog von Oberlothringen sein Herzogthum mit 5 vexille verleiht: quartum (sc. vexillum) quod debes habere custodias publicarum stratarum in dicto ducato (nach früheren inter Rhenum et Mosam) sive per aquam sive per terram.

5) Die schon einmal berührte Frage kann hier natürlich nicht eingehend behandelt werden; ausser den Stellen bei Waitz V S. 35 fd., der bekanntlich die im Text gemachte Annahme ablehnt, kommt in Betracht: die Entwickelung des Dukatus des Capetinger in Maine Anjou, Touraine, die hier 853 als missi, 857 als duces erscheinen (v. Kalckstein Geschichte des französischen Königtums unter den ersten Karolingern S. 4 fd.); dann der ducat des Bischofs von Laon. Entscheidend ist m. E. eine bisher nicht benutzte alamannische Urkunde: Züricher Urkundenbuch n. 212 (968) im Gericht des Grafen des Zürchgau kann der Inquisitionsbeweis nicht geführt werden; nun schickt der Herzog von Schwaben seinen Vertreter und vor diesem findet dann die Inquisition statt. Da die Urkunde der karolingischen Zeit sehr noch nachsteht und in der karolingischen Zeit nur die missi, nicht die Grafen Inquisitionsgewalt haben (Brunner II S. 525), so ist damit der Zusammenhang direkt bewiesen. In wie weit auf der Stellung der missi auch noch die allenthalben nachweisbaren herzoglichen Landtage und die Competenz in Landfriedenssachen (für Lothringen die interessanten Angaben über das Herzogtum Bischof Bruno's: M. Germ. S. S. VII S. 431, 439) beruhen, bedarf noch, namentlich im letzten Punkt, einer Untersuchung.

Königsrecht gegenüber dem blossen Grafenrecht. Dies weist darauf hin, dass die hansa ursprünglich die Aufnahme in den königlichen Tross bedeutet; eine Aufnahme, die als vorübergehend doch nicht gleichbedeutend ist mit der dauernden Aufnahme in der bekannten Form imp. n. 37 und desshalb auch zu keinen Zollbefreiungen führt. — Im spätern Recht aber ist hansa oder conductus verbunden mit der Grafengewalt[1]). — Das Resultat ist also, dass der Schutz des reisenden Kaufmanns sich dadurch vollzieht, dass er in die familia regis aufgenommen wird[2]), aber umgekehrt, dass er sich seit der späteren karolingischen Zeit in diese auch aufnehmen lassen muss, wenn er nicht sine lege reisen will. Die Erhebung der Gebühr für den Eintritt erfolgt durch Grafen und missi. Es ist keine Phrase in den Urkunden des 12. und 13. Jahrhunderts, wenn der König den Kaufleuten für alle Zeit ipso iure ohne Entgeld den conductus verleiht[3]). — Wie verhält sich nun diese Behandlung des reisenden Kaufmanns zu dem Fremdenrecht? Der Fremde, der sich ansiedelt, gehört mit Leib und Vermögen, in fränkischer Zeit vielleicht dem König, in nachfränkischer Zeit dem Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit[4]); dabei wird jedenfalls, vom 12. Jahrhundert ab, kein Unter-

1) Für das französische Recht ergibt sich dies aus dem bisher angegebenen; für das lothringische Recht ist der Ausgang des Streites zwischen dem Herzog von Brabant und dem Grafen von Loos massgebend, dann die Hansa des Herrn v. Mecheln (ob. N. 167); — weiter gehört hierher auch der deutsche Landfrieden von 1234, 1235 (M. G. Leg. II S. 301, 315): niemand kann conductum prebere nisi forte conductum a nobis et imperio iure possideat feodali — ne quis conductum alicui precio prebeat, nisi jus conducendi habeat ab imperio jure feodali.

2) In der l. Sal. ist bereits die Verleihung des Königsschutzes für Reisende bezeugt (l. Sal. t. 14 c. 4), aber sie ist noch nicht obligatorisch (l. Sal. 14 c. 5; vgl. meine Entstehung der l. Ribuoriarum S. 51). Meine Erklärung des se abundivit ist freilich zweifelhaft.

3) Oben S. 388.

4) Vgl. Brunner I S. 275 ob. Dann Miräus I S. 248 868 König Karl überträgt in Lambres der Kirche von Arras Lambres et advenas eo loci commorantes. Recht von Dinant 1060 (Wauters S. 250). — Gallia christ. XIV col. 73 1073 Tours: im allgemeinen (hier Ausnahme) hat der Graf den Nachlass des albaneus. — Duvivier Hainaut ancien S. 440 1084. Der Graf von Hennegau überträgt Normannos, qui in eadem villa deguerint in conditione, ut si anno et una die ibi manserint, postea ibi et ubicumque in comitatu meo abbas et monachi jure possideant. Si vero ad annum diemque non pervenerint, solum dum ibi habebuntur sub ditione abbatis et monachorum sunt. Albanios etiam similiter trado — bisher war mit letztern der Herr von Avesnes belehnt. Ebda. S. 462 1092 der Graf von Hennegau schenkt der Abtei S. Crispin alle dort wohnenden Theutonici hoc est Flandrenses. — Lalore coll. de Troyes I S. 38 1147 albani gehören den Herrn von Cortlaverzei, die die hohe Gerichtsbarkeit haben. — Bourquelot Provins II S. 398 1176 die französischen Fremden bleiben dem Grafen, die

schied zwischen Reichsausländern und Reichsangehörigen gemacht[1]) — bis zur Mitte des 9. Jahrhunderts muss aber freilich der Reichsangehörige allenthalben sein volles Statusrecht im ganzen Reich besessen haben[2]). Entscheidend ist die Nachricht in den Établissements de Saint Louis I c. 92, wonach das Recht des Gerichtsherrn auf den Nachlass des Fremden dann eintritt, wenn der Fremde nicht vor seinem Ende dem Gerichtsherrn 4 den. gezalt hat, genau denselben Betrag, den 753 der Graf von Paris von den anziehenden Händlern erhebt. Nach dem Zollrecht von Bapaume beträgt, wie erwähnt, der conduit zwischen 4—6 deniers. Endlich wird genau der Betrag von 4 den. in Toul jährlich von jedem warganeus an den Grafen gezalt, sonst verliert er das capitale[3]). — So ist allmählich bei der Zersplitterung des Reiches die Rechtlosigkeit des Fremden erstreckt worden auf die Angehörigen einer andern Provinz (civitas)[4]). Aber durch die Zalung eines bestimmten Betrages erhält sich der Ansiedler in seinem Vermögensrecht und dieser Betrag entspricht die hansa der Kaufleute. — Freilich wird der besprochene Zusammenhang noch viel genauer untersucht werden müssen. —

Dem Satz, dass der reisende Kaufmann in die Hansa eintreten muss, steht nun der andere, noch bezeichnendere und für die Fortbildung des Stadtrechts entscheidende gegenüber, dass auch der angesessene Kaufmann in die hansa des Inhabers der hohen Gerichtsbarkeit eintreten muss. — Dass die Gesammtheit der Gewerbetreibenden die hansa ist, lässt sich aus nachfränkischen Quellen einigemal sicher nachweisen[4]). Ich gehe von derjenigen Stelle aus, welche die sicherste und erklärendste ist: in Rheims verlangen die magistri textorum von den Webermeistern die Bezalung einer hansa. Hier ist es wortdeutlich, dass auch für den einheimischen Gewerbetreibenden die Gewerbsbefugniss vom Eintritt in die hansa abhängig gemachtwird; zu zalen ist das Eintrittsgeld an Beamte der beiden Hochgerichtsherrn in Rheims, an die magistri des Bischofs (Stifts) und der Abtei S.

---

nicht französischen kommen an ein Kloster. Miraus I S. 203 1247 der Herzog v. Brabant hat das Recht auf die adventicii.

1) So die Stelle aus Provins (vorige N.), wo allerdings der französische Fremde ein wenig anders als der nichtfranzösische behandelt wird; dann aus dem 13. Jahrhundert die Anführungen bei Viollet les établissements de Saint Louis IV S. 39 fd.

2) Wegen der Aeusserung der Agobard (Brunner I S. 259) 1.

3) Stadtr. v. 1069 c. 6 (Waitz Urk. S. 17).

4) Vgl. Viollet Établissements de S. Louis IV S. 39.

Remi. — Verschleierter kann aber die gleiche Sache auch in anderen Städten nachgewiesen werden. Zunächst gehören hierher die Orte, wo hasbannus erhoben wird, also Paris, Senlis, Bourges; der hasbannus selber darf nach der oben gegebenen vollkommen sicheren Entwickelung mit der hansa nicht zusammengebracht werden. Aber das has — in hasbannus — lässt sich nicht anders erklären, als hansa; denn has-bannus ist Bann an die negociatores, hasbannus muss von denselben Gewerbsleuten gezalt werden, welche achat lou Roy entrichten und dadurch nachweislich unter der herrschaftlichen Gewalt des Königs stehen: beides zusammengenommen zwingt zu dem sprachlich vollkommen korrekten Schluss, dass has = hansa ist u. gleichbedeutend mit der ofterwähnten Pariser hansa mercatorum[1]). Dieselbe erstreckt sich dann nach dem Recht von Senlis auch auf Hintersassen der Kirche. Achat du metier ist dann nichts anderes als die hansa. — Aehnliches lässt sich für Köln erweisen: hier steht das Privileg des Flusshandels von Köln aufwärts oder abwärts einer hansa zu; denn die eigentümlich ausgebildete Verhaftung des zuwiderhandelnden fremden Kaufmanns wird als hansin bezeichnet; die Befugniss zur Arrestirung habenaber alle Bürger und folglich müssen alle Bürger zur hansa gehören[2]). Die Aufnahme unter die Bürger erfolgt durch die

1) Das später in Paris die „hansa mercatorum" zusammenfällt mit dem parloir des bourgeris, so ist anzunehmen, dass die hansa mercatorum mit dem Monopol des Seineflusshandels, ebenso wie in Köln (folgende N.) die sämmtlichen mercatores (cives) befasst, keine Grosshändlergilde ist. Lusteyrie n. 480 1170.

2) Das Flusshandelsmonopol ist öfter bezeugt: Ennen Quellen I S. 578 1178 II S. 387 § 8 (Beschwerden der Bürger v. 1258). — Massgebend für die Arrestirung ist die Urk. v. 1259 (Quellen II S. 413): jeder Bürger kann den zuwiderhandelnden Kaufmann arrestiren; die Arrestirung heisst hansin und geschieht durch Umbindung mit einem Halm oder einer Binse (iuncus). Wenn der Gebundene diese Binde durchbricht, so ist er dem Bindenden mit Leib und Gut verfallen. — Dieses eigentümliche Symbol ist nichts besonderes kölnisches, sondern eine altfränkische Geschäftsform überhaupt. Insbesondere kommt hier in Betracht das altertümliche Recht von Brusthem (Lüttich) c. 7 v. 1175 (Piot. Cart. de l'abbaye de S. Trond. I S. 125): wenn hier der Schuldner nicht im Gericht erscheint, sperrt der villicus demselben das Haus mit einem Riemen (corrigia) zu; der Schuldner darf diesen Riemen nicht durchbrechen, wenn er sich nicht zugleich zur Reinigung erbietet. Weiter gehört hierher das filum stamineum des Kölner Dienstrechts c. 7: der in der camera des Bischofs durch einen Seidenfaden eingeschlossene verliert das Leben, wenn er heraustritt. Endlich gehören hierher einige Stellen in den Weistümern (Registerband S. 383 s. v. Faden), z. B. I S. 505 wo der Schuldige mit einem seidenen Faden gebunden wird und sich dann durch Strafzahlung lösen muss. Offenbar handelte es sich darum, dass der Delinquent oder widerspenstige Schuldner gebunden wird in Person, oder, wenn er in seinem

Richerzeche, gerade wie in Reims die magistri operariorum die Bezalung der hansa von den Webern verlangen. — Ebenso erstreckt sich in Gent die hansa auf die ganze Altstadt und muss also wohl das ganze Gewerbe von Gent befassen [1]). — In Lille endlich erfolgt die Aufnahme der Bürger as comptes de hansa und die Hansegrafen verwalten das Vermögen der Stadt: dies alles ist nur dann denkbar, wenn die Bürgergemeinde soviel ist als die hansa [2]). — Mit der hansa sind dann auch identisch die mercatores bannales in einer sehr alten lothringer Urkunde [3]); denn bannus bedeutet so viel wie conductus [4]). — Das Resultat ist sonach, dass auch die ansässigen Gewerbsleute die hansa zalen müssen.

Ist nun das bisherige richtig, so muss weiter angenommen werden, dass die Gewerbsleute auch einer besondern Gerichtsbarkeit — ursprünglich der königlichen (placitum palatii) —, dann der gräflichen unterstehen als Eigenleute des Königs und dieser Schluss bestätigt sich in der Tat: es tritt in einer sehr markanten Weise die Gerichtsbarkeit über die Kaufleute als ein besonderer Teil

---

Haus ist, um des Hausfriedens willen (vgl. namentlich das Goslarer Recht: Planck Gerichtsverfahren II S. 275 fd.) in seinem Haus. Wenn dieser nexus das Band bricht, so ist er dem Bindenden verfallen, der ihn dann beliebig schatzen kann. Offenbar ist dieses Band, namentlich die corrigia im Recht von Brusthem das next in l. Sal. t. 50, das schon von Grimm mit fibula erklärt wurde, aber ohne dass sachliche Belege beigebracht werden konnten (Kern bei Hessels § 238). — M. E. gehört aber auch die Form des Vertragsschlusses mit Wegwerfen der festuca hierher: denn das Wegwerfen ist noch im mittelalterlichen Recht von Metz und Aachen üblich (vgl. die Stellen bei Thévenin contributions à l'histoire du droit germanique S. 31, 55): das Wegwerfen bedeutet den Bruch des Bandes und damit die Aussetzung von Person und Vermögen an den Zugriff des Gläubigers; denn darin ist im fränkischen Recht die fides facta mit festuca, die ad placitum legitime fides facta von dem gewöhnlichen Versprechen mit Handschlag zu unterscheiden, dass erstere eine Selbstverpfändung bedeutet; vgl. meine Ausführungen in der kritischen Vierteljahrschrift N. F. XII S. 158 fd., die ich für richtig halte, abgesehen von der Deutung des Symbols der festuca selbst. Ich hoffe auf die Sache genauer zurückzukommen. — Anderemale (Paris) hat hansare die Bedeutung der Aufnahme in die hansa.

1) Warnkönig II 24. B. S. 28 § 3: si forte burgenses de Gandavo vel illi qui pertinent ad eorum hansam etc.; S. 29 § 12: sciendum autem, quod illi de Gandavo neminem debent trahere ad hansam suam, quam illos, qui manent infra quatuor portas de Gandavo et eos qui pertinent ad castrum comitis.

2) Roisin Lille S. 12 III S. 131 II S. 169 II.

3) Calmet I col. 437 1051 Toul: homines vestri (des Stiftes) infra civitatem vel extra commorantes usum banni civitatis communem cum omnibus caeteris habeant nec alii justitiae nisi vestrae sint subditi, nisi de forensibus mercimoniis, si cum ceteris bannalibus mercatoribus fuerint constituti per villicum civitatis.

4) Oben S. 429.

der hohen Gerichtsbarkeit hervor [1]). Die gesammte Gerichtsbarkeit, nicht allenfalls die Civilgerichtsbarkeit, sondern gerade die Strafgerichtsbarkeit ist es, die dem Grafen untersteht, und zwar auch

1) Toul 1051 ob. S. 467 N. 3. — Maatrecht u. Lüttich 1107 (Waitz Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte S. 38 § 2): si canonici serviens — aliquid in civitate peccaret, nullum forense judicium sustinebit nisi publicus mercator fuerit. — Quantin Cart. de l'Yonne II n. 149 1164 Auxerre: hier ausnahmsweis recognitum est praeterea quod in feodatis servientibus ecclesiae etiam si de mercato vivant comes nullam omnino in foro ant in alio loco pro aliquo forisfacto nisi per episcopum habeat justitiam seu potestatem. — Arbois de Iubainville Champagne III n. 148 1177 Oulchy: die hospites der Kirche unterstehen der kirchlichen (hohen) Gerichtsbarkeit: si autem mercator fuerit hospes ecclesie ad summonitionem prepositi veniet et in curia ipsius placitabit etc. — Miräus IV S. 213 1180 Gent. der Graf bestimmt in Bezug auf die dortige Sichenkirche: magnam autem justiciam mihi retinui, minorem vero eis reliqui. Ceterum si quis eorum mercator exstiterit non strictiori lege quam ceteri oppidani Gandensis alicubi teneri poterit (also hier Ausnahme). — Brussel: usage des fiefs II S. 704 1190. Paris: didicimus quod in terra ejusdem Iohannis in Campellis sita habere debemus exercitum et equitationem toltam et talliam raptum et murtrum et homicidium et justitiam mercatoris, quantum pertinet ad mercaturam et homines albanos et tonleium. — Calmet II 412 1200 Toul. Die Leute von Toul sind von jeder andern Gerichtsbarkeit frei excepto quod illi homines vestri qui mercatores erunt, eis quibus caeteri mercatores respondere debent, in nundinis et in die fori, quantum ad mercaturam spectaverit, de negocio mercaturae tantummodo respondebunt. — Guérard cartulaire de Notredame de Paris (I S. 299) 1208. Recht von Brie Comte Robert bei Meaux: während sonst Notredame auf seinem Gebiete volle Gerichtsbarkeit hat, ist die Gerichtsbarkeit über mercerii, salinarii, regratarii zwischen dem Grafen und der Kirche geteilt. — Guérard cartulaire de Notredame de Paris I S. 122 (Gallia christ. VII col. 93 f.) 1222 in burgo S. Germani, cultura Episcopi, clauso Brunelli hat der Bischof die ganze Gerichtsbarkeit bis hinauf zum homicidium; nur die höchste Gerichtsbarkeit (raptus u. murdrum) hat der König, aber dann auch justitiam super mercatores de hiis quae pertinent ad mercaturam. — Teulet I n. 1336. 1218—1219. Meaux: quod homines episcopi mercatores, Meldis manenses, poterunt submoneri per prepositum comitisse quotiens voluerit prepositus, de hiis que pertinent ad mercaturam factam in mercato in die sabbati — Si venerint ad submonitionem escondient vel emendabunt illud quod eis objietur a preposito de his quae pertinent ad mercaturam factam in mercato in die sabbati. — Preterea prepositus Meldensis poterit submonere omnes homines episcopi mercatores Meldis manentes, generaliter ter in anno, quando submonebit homines aliarum ecclesiarum, — et si venerint, hoc quod eis obicietur a preposito de pertinentibus ad mercaturam — escondient vel emendabunt. — Bourquelot Provins II S. 409 (1252) et est a savoir que ci marcheant qui viennent aux foires se joutissent par nous et par nos gens. — Ol. I S. 253 VI 1267. Im Castrum von Corbeil nimmt (allerdings vergeblich) der König die Gerichtsbarkeit über alle mercatores et camerarii, auch über die der Abtei, in Anspruch. Als placitum palatii tritt diese Gerichtbarkeit auf in Urkunden des 11. u. 12. Jahrhunderts; vgl. S. 469 N. 3.

über die Kaufleute, die einer Grundherrschaft angehören. — Einigemal ist der Zusatz zugefügt, dass die Sondergerichtsbarkeit sich auf die mercatura beziehe: aber damit ist nicht eine sachliche Beschränkung in Bezug auf die Handelsgeschäfte gemacht, sondern eine zeitliche und örtliche auf die Delikte, die am Ort und während der Zeit des Markts vorkommen [1]). Und damit ergibt sich ein weiteres, sehr wichtiges Moment. Die besondere Gerichtsbarkeit über die einheimischen Kaufleute tritt gerade in der ältesten davon handelnden Quelle (Toul 1051) nur für die Marktzeit ein: jene stehen den fremden Kaufleuten vollkommen gleich; beide sind mercatores bannales; beide constituuntur a villico. Wir wissen nun, dass von Haus aus nicht die einheimischen Produzenten es sind, welche den Markt beziehen, sondern die Fremden. Die einheimischen grundherrlichen Handwerker haben eben zunächst nach Hofrecht kein Verkaufsrecht; allmählich finden sie sich aber doch ein, aber dann müssen sie eben auch dasselbe zalen, was die fremden Kaufleute zalen: von Fall zu Fall die hansa. Oder aber da sie am Ort dauernd anwesend sind, so werden sie dauernd in die hansa aufgenommen: dies in den Quellen, in denen eine zeitliche Beschränkung der justitia mercatorum nicht vorkommt [2]). —

Nicht ohne Widerstand hat sich die Hereinnahme des einheimischen Produzenten in die hansa vollzogen [3]), ziemlich deutliche Spuren des Widerstandes bringt das 10., 11. und 12. Jahrhundert: die kirchlichen Herrschaften sträuben sich gegen Einbeziehung ihrer Leute in das placitum palatii. — In Städten, wo ein königliches palatium ist, tritt der Process zunächst ein. Vielleicht gehört es in diesen Zusammenhang, wenn um 1000 in Worms die

---

1) Dies ergiebt sehr deutlich das Recht von Meaux.

2) Auf eine rechtliche Gemeinschaft aller Marktfahrer weist es, wenn noch im Recht von Tours 1190 eine Auflage auf die communitas nundinorum gelegt wird (Teulet I n. 371); und vielleicht gehört hierher das noch nicht erklärte (Bourquelot a. a. O. I S. 93) cors de foire auf den Champagnermassen.

3) Vielleicht schon Beyer U. B. I n. 234 970 für S. Maximin: et quoniam sanctorum familie regiis civitatibus vel palaciis adiuncte regalibus aliorumque potentium interdum opprimuntur operibus, eadem opera — perdonavimus. Gallia christ. X col. 152 1028 der Kirche schenkte der König burgum cum appenditiciis suis ab omni, sicut hactenus fuerat, banno palatinae potestatis liberrimum. — Waitz Urkunden zur deutschen V. G. S. 57 1132 S. Dié: (der Herzog) abjuravi placitum palatii, ad quod nullus de hominibus Sancti Deodati ad praebendam fratrum pertinentibus venire cogendus est (die zweite Auflage von Calmet, aus der diese Urkunde stammt, steht mir nicht zu Gebot).

höchste Klasse der städtischen Bevölkerung als fiscalini erscheint [1]) in ganz unsicherer Weise lässt sich für Köln und Mainz die Notwendigkeit der Zalung von hansa für das 10. Jahrhundert erschliessen [2]).

Jedenfalls ergibt sich für die nachfränkische Zeit, dass ein selbstständiger Gewerbebetrieb, der ja ohne Verkaufsrecht nicht gedacht werden kann, nur möglich ist dadurch, dass man gegen Bezalung einer Abgabe in die königliche hansa, das königliche palatium aufgenommen wird. Die Erhebung der Abgabe fällt an den Inhaber der Grafengewalt, aber so, dass auch hier in undeutlicher Weise zunächst eine ausschliessliche Berechtigung des Herzogtums sich zeigt [3]). — Die Aufnahme im einzelnen ist dann natürlich bei steigendem Verkehr nicht durch den Gerichtsherrn selbst, sondern durch seine officiales erfolgt [4]), in Reims und Köln genauer durch die magistri. —

1) Dass die fiscalini ursprünglich königlich sind, sagt das Wort selbst, dass sie ministeriales sind, also die höchste städtische Klasse aus der nach früherem und späterm sich die Grosskaufleute rekrutiren, ergibt sich aus c. 29 des Wormser Hofrechts v. 1024 (Boos 48). Der fiscalinus kann nun das übertragene ministerium dadurch ablehnen, dass er zalt: 4 den. ad regale servitium, 6 ad expeditionem und 3 placita legitima besucht; d. h. er kann das servitia dadurch ablehnen, dass die Heersteuer und Dingpflicht des freien Mannes übernimmt, und ausserdem 4 den. ad servitiam regale leistet. Der letzte Betrag ist nun derselbe, der schon 753 von den Marktfahrer erhoben wird, als conductus auftritt und im französischen Recht vom Fremden zum Einkauf aus der Rechtlosigkeit in den vollen Rechtsschutz gezahlt wird: so wird auch wohl hier der Betrag als die Abgabe für den Königsschutz anzusehen sein, die der fiscalinus noch einmal zahlen muss, um dann von der ganzen Abhängigkeit frei zu sein. — Erworben sind diese fiscalini durch die Schenkungen v. 897 (856) Boos 28 (22). 973 (Boos 34) ist der penningbann geschenkt und dieser erscheint dann in spätern Wormser und Speierer Urkunden als eine Abgabe vom Handel (Wormser Urk. v. 979 Boos 35 omnes cuiuscumque negociationis utilitates toletis videlicet et bannis — Speierer Urk. v. 1111 Hilgard n. 14 banfennich mit Scozfeninch steht zwischen theoloneum und der Pfefferabgabe der Schiffe und ist Abgabe der cives; eine andere Stelle bei Waitz VII S. 280); oben ergab sich, dass bannus tatsächlich eine Bezeichnung auch für die hansa ist, penningbann ist der Betrag im Gegensatz zu den banni mit 5 u. 60 sol. Alles zusammengenommen macht wahrscheinlich, dass der penningbann die von den fiscalini zu gebenden 4 den sind und dass zu dieser Zahlung jeder einheimische und fremde Kaufmann verpflichtet ist. — Freilich Gewissheit ist das nicht, aber Wahrscheinlichkeit im Complex des bisherigen.

2) So nach der Wormser Urkunde v. 979 (Boos 35), wenn in der Tat der bannfeninch = conductus, hansa ist.

3) Wenn wirklich der Bannpfennig des Wormser Rechts die hansa ist, so ist das fränkische Herzogtum zur hansa berechtigt (Urk. v. 979. Baos. 35).

4) vgl. das constituere der mercatores bannales durch den villicus in Toul S. 467 N. 3.

Damit ist nun von selbst der Ursprung des Zunftzwanges gefunden: ein selbstständiger Gewerbebetrieb ist nur möglich durch herrschaftliche Aufnahme. Die Befugniss zur Aufnahme ist dann aber seitens der herrschaftlichen Behörden an die gewerblichen Vereinigungen delegirt, welche allmählich aus geistlichen oder weltliche Fraternitäten sich gestaltet haben; es muss der Gewerbtreibende nun nicht mehr blos der allgemeinen hansa, sondern auch der konkreten Fraternität angehören [1]).

III. Dies führt auf die Gestaltungen innerhalb der grossen Familie, hansa am einzelnen Ort. Oben ist aus zahlreichen Belegen erwiesen, dass alle Gewerbtreibenden des frühen Mittelalters mercatores sind. Aber innerhalb dieses weiten Kreises scheiden sich dann natürlich doch die einzelnen Gewerbe aus. Sie sind schon nach herrschaftlichem Recht in ministeria geteilt [2]).

Als ein einzelnes ministerium ist das Amt derer anzusehen, welche für die Herrschaft die Einkäufe und Verkäufe zu machen haben [3]). Diese Personen zälen schon von der Römerzeit her zu den mercatores (negociatores) im engern Sinn [4]). Und es gehört in diesen Zusammenhang, wenn im trierischen Recht die Kaufleute zur scara, d. h. zu der den Herrn umgebenden Schaar von ministeriales [5]). — Mit diesen herrschaftlichen ministerium wohl vielfach tatsächlich zusam-

1) Am besten lässt sich das in Köln verfolgen: hier ist schon in der bekannten Zunfturkunde von 1146 (Ennen Quellen I S. 329) bestimmt, dass bei detrimentum rerum suarum — denke an das über hansin in Köln gesagte —, jeder Bettzichenweber der fraternitas angehören muss und so auch in allen späteren Zunfturkunden (Hegel Städte u. Gilden II S. 351 f.). — Aus dieser rechtlichen Gestaltung erklärt es sich auch, warum die Verleihung des Zunftrechts durch die Richerzeche erfolgt; es handelt sich lediglich um Delegation der eigenen Befugniss. — Die im Text gewonnenen Ergebnisse decken sich vielfach — wiewohl die Begründung eine abweichende ist — mit den Beobachtungen von K. W. Nitzsch und wenn in wissenschaftlichen Untersuchungen die Personenfrage überhaupt irgend eine Rolle spielen darf — die Rolle, die Personen und Theorien gerade im Städtewesen spielen, geht freilich weit über das erlaubte hinaus —, so ist es mir eine grosse Freude, gerade mit den Annahmen dieses scharfsinnigsten Kenners der mittelalterlichen Verfassung Deutschlands zusammenzutreffen.

2) Am deutlichsten sind die oft berührten Pariser Verhältnisse.

3) S. 449 f.

4) Ueber die spätrömische Zeit oben S. 452 N. 3; in der fränkischen Zeit namentlich der viens mercatorum im Stadtrecht von S. Riquier; Urk. v. 829 für Worms (Boos n. 17) negociatores vel artifices seu et Frisiones. In der nachfränkischen Zeit z. B. das Recht von Arras, wo die gilda mercatorum den fraternitates der Handwerker gegenübersteht (Guiman S. 191).

5) Die Ausführungen von Nitzsch, Ministerialität u. Bürgertum S. 95 fd. halte ich soweit für vollkommen richtig.

menfallend, rechtlich aber etwas davon verschiedenes sind die fraternitates der Grosskaufleute. Deren Entstehung vollzieht sich folgendermassen. Zunächst einmal ziehen die Kaufleute auf die Kauffahrt, nicht Jeder für sich allein[1]), sondern solange die Quellen zurückreichen, zusammen in einer Schaar und zwar so, dass von rechts wegen die Schaar beieinander verharren, eines verunglückten Gefährten wegen zurückbleiben muss[2]). Die Gründe dazu liegen auf der Hand. Solche ausziehende Schaaren werden ebenfalls als hansae bezeichnet[3]). — Die rechtliche und tatsächliche Vereinigung auf der Kauffahrt wird nun allmählich eine dauernde, sie wird auch in der Heimat beibehalten: das klassische Beispiel bietet das Recht von Valenciennes, wo die Kaufleute zu Haus eine Brüderschaft bilden: die Brüder kommen als Gildebrüder zu Gelagen zusammen; Beleidigungen, Körperverletzungen werden von der Brüderschaft, d. h. vom prepositus und den 12 jurati der Gilde entschieden; der Rechtszwang ist Ausschluss aus dieser Gilde[4]). Diese Gerichtsbarkeit und nicht allenfalls die Markt-Gerichtsbarkeit ist es, welche als die justicia inter mercatores bezeichnet wird[5]). — Die wichtigste

---

1) a. M. v. Below der Ursprung der deutschen Stadtverfassung S. 137.

2) Den deutlichsten Beleg für diese Anschauung bietet das Gildestatut von Valenciennes (Wauters S. 256 fd.): establit est ossi puis que no confrère seront vuidiet ensanble de ceste ville à cause de marcandise li uns demeure avoecq l'autre III jours cascun à tout se pain se il est empechiés d'aucun claim. Et se aucuns n'ait encore fait se marchandise li autres demaurèche avoecq li I jour, mais que il en soit requis. Et se chou ne fait en il l'amendra a cheli qui l'ara requis et a chiaus qui avoeq ycheli demoront de 4 sols et 12 deniers à la caritet ou il jura que il n'ara point esté requis de lui. Et chis qui l'ara admoniestet jura que il a vrai clamet, mais qu'il ni ait eut autres frères presens. — Se li cars ou li . . . d'aucun briseche ou li kevaus soit lassés, li uns aideche et awarde l'autre, se chou faire puet sans mors et sans prise de corps et se chou ne fait il l'amendera de V sols ensi dessus est dist. — Der älteste Beleg für das nordwestliche germanische Rechtsgebiet ist der gegilda oder gesiđ des angelsächsischen Rechts (K. Maurer in der kritischen Ueberschau I S. 91 fd.).

3) Sehr deutlich Ord. XI S. 285 1201 Mantes: notum facio quod homines nostri de Medunta habent ab antiquo omnes hansas Medunte tam de villa quam de aqua suas proprios pro servicio quod nobis faciunt — scilicet quod adjuvant onerandas vel exonerandas nostras machinas infra Meduntam et quod reddunt preposito V denarios de singulis hansis aque.

4) Die betreffenden Bestimmungen finden sich zu Anfang des Statuts, also dem Teil, der sicher etwa aus dem Jahr 1070 stammt.

5) In dem oft besprochenen Privileg für Allensbach 1075 (Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins 44 S. 168 f.), das an sich weit über unser Rechtsgebiet hinaus liegt, aber auf Mainzer Recht verweist. — Beiläufig will ich bemerken,

dieser hansa ist die über ganz Flandern verbreitete Londoner Hansa[1]). Weiter gehört hierher die Vereinigung der Loirekaufleute[2]). Solche hansae haben sich denn allemal ein Handelsmonopol erworben — so die Flandrische Hansa — und die Zollvergünstigungen werden ihnen verliehen. Naturgemäss befassen diese Kaufmannsgilden oder Hansen die herrschenden Klassen der Stadt und diese Tatsache setzt sich in Rechtsnormen um: wie die Grosshändler aus den ministeriales hervorgegangen sind, so müssen nun rechtlich die officiales aus der Gilde genommen werden: so wiederum besonders deutlich in Valenciennes[3]). Aber auch die Schöffen selbst gehen manchmal aus der Kaufmannsgilde hervor[4]). — Die bisher betrachteten fraternitates der Grosskaufleute sind weltlicher Art. Daneben stehen dann kirchliche Brüderschaften, so die Grosse Brüderschaft von Notredame in Paris[5]), oder die Jakobsbrüderschaft in Köln, die sich dann in eine weltliche Kaufmannsgilde umsetzt[6]). Auch die grosse Eucheriusfraternitas in S. Trond gehört zum Teil hierher[7]).

Die Grosskaufmannsbrüderschaft steht im Gegensatz zu den übrigen Gewerbsleuten[8]); anscheinend werden die letztern manch-

---

dass das „de cibariis" der sächsischen Urkunden (Sohm a. a. O. S. 72 f.) damit gar nicht zusammenhängt, sondern etwas neues ist: die Aufsicht über die Lebensmittel, die mit Mass und Gewicht hier wie auch einigemal im fränkischen Rechtsgebiet, den kaufmännischen Vereinigungen übertragen wird.

1) Allgemeine Statuten bei Warnkönig I n. 39; spezielle für S. Omar v. 1244 (Giry S. 413).

2) Luchaire manuel S. 359 f.

3) Wauters S. 254 unten: ordonet est ossi que li prouvos maieurs, doyiens, cancelliers, huissiers et li ministres commune vyengnechent premiers as plais — Beamte der Gilde sind das nicht: anders anscheinend Hegel II S. 150/151. — Ferner: discernet est ossi que nul ne soit prouvos s'il n'est marchans.

4) So in Arras Guiman S. 191: porro guilda mercatorum debet viginti quatuor solidos qui dicuntur de candela quos scabini solvunt; Brügge: Warnkönig II n. 53 1240: die Schöffen sollen aus der Londoner hansa genommen werden. — An das bisherige schliesst es an, wenn in Dinant schon 1060 die Schöffen der tria placita legitima aus den Münzern genommen werden, die ja auch die Goldschmiede und Banquiers sind (Wauters S. 251). Die Sache findet später noch einigemal

5) Leroux de Lincy histoire de l'hotel de ville I S. 122 Urk. v. 1263.

6) Ennen Quellen I S. 412 fd.

7) Piot I S. 152 1192: eigentlich ist es freilich ein Ministerialenbrüderschaft.

8) So deutlich das Statut von Valenciennes (Wauters S. 257), wo Handwerker nur unter erschwerten Umständen eintreten können.

mal als die blossen Mitglieder der hansa [1]), hanseurs bezeichnet, während anderemale, wie gezeigt die hansa gerade wieder die Grosskaufleute einschliesst. —

Die Handwerker selber aber sind ihrerseits in fraternitates oder caritates zusammengetan. Tatsächlich nachweisbar sind zuerst kirchliche fraternitates [2]); bloss weltliche Brüderschaften — vielleicht zufällig — zunächst nicht. Jedenfalls haben aber die fraternitates, wie schon erwähnt, den Zunftzwang verliehen erhalten.

Schliesslich hat es aber den Anschein als ob vielfach die ganze hansa einer Stadt im weitesten Sinn, also alle Grosshändler und Handwerker zusammen als eine Brüderschaft, Gilde vorkomme [3]). Das an sich herrschaftliche Institut der hansa gibt also auch Anlass zu einer Gilde: beides ist nicht dasselbe, verschmilzt aber zusammen [4]). Dies bedeutet dann schon den Uebergang zur grössten Brüderschaft, der communio, in welche auch die übrigen Stadteinwohner vielfach gezogen werden — ein Ding, das über die gegenwärtige Arbeit hinausgeht. — Mit den Mitgliedern der Hansa im weitesten Sinn sind die cives identisch [5]), so dass zu diesen die bäuer-

---

1) So Valenciennes Wauters S. 250 s'aucuns accompaignié avoecq hanseurs ou voelle faire hanseur entrer en nostre caritet, il l'amendera au prouvost de V sols; S. 259 d'aucuns des frères hasèche aucun hausseur au marniet moins que de V sols . . .

2) Die ersten nachweisbaren Handwerkervereinigungen sind die caritates in Arras: Guiman S. 191. Auch die schon berührte Kölner Bettzicheweberzunft hat anscheinend ursprünglich kirchlichen Charakter (vgl. hierher Nitzsch in Monatsbericht der Berl. Akademie 1880 S. 10).

3) Deutlich ist dies in Calais, wo es als eine Conzession an die burgenses des nicht unbedeutenden Ortes hingestellt wird, dass Calais eine guelda mercatoria hat (Wauters S. 67 1210); der Sinn der Conzession ist wohl, dass die Kaufleute von Calais gegenüber der früheren Zugehörigkeit zum Orte nunmehr jetzt in Calais die ausschliessliche Gewerbeberechtigung haben. — Ebenso ist in S. Omar die Gilde identisch mit der Gesamtheit der burgenses: Keure von 1127 § 14. Giry a. a. O. S. 373.

4) Deshalb ist es mir wahrscheinlich, dass die bekannten Kölner Verzeichnisse (Ennen Quellen I S. 148 fd.), die in allen drei Karten, soweit Gewerbe angegeben sind, die Angehörigen derselben Gewerbe enthalten, und die andererseits auch bereits in den ersten Teilen vornehme Namen aufführen (Herimannus stozgrano — Sigewin comes) eben Verzeichnisse sind einesteils über Erwerb der hansa (burschaf), andererseits über den Eintritt in die Gilde. Das gilda et burschaf spricht dafür. Freilich ist all das nach Lage der Quellen höchst unsicher: nur das ist sicher und von Wichtigkeit, dass burschaf = hansa.

5) So z. B. in Köln, dann S. Omer, Calais (oben N. 3). Below, der gegen ähnliches sich erklärt (der Ursprung der deutschen Stadtverfassung S. 50; frei-

liche Gemeinde nicht gehört. Häufig freilich ist der Ausdruck auch auf alle Stadtbewohner angewendet.

IV. So ist allmählich die Gesamtheit aller verkaufenden Produzenten und der Grosshändler in die hansa des Königs und sein palatium übergegangen und von dort aus bereitet sich dann eine starke Umwälzung des Rechts in der Stadt vor; als erstes Sonderrecht der Stadt bildet sich das Marktrecht. —

Bevor ich aber darauf eingehen kann, ist endlich noch zu ermitteln, welchem Rechte die Mitglieder der hansa unterstehen. Belege aus der nachfränkischen Zeit fehlen, soviel ich sehen kann. Das entscheidende ergibt sich doch schon in karolingischer Zeit. Für die Tötung des in den Königsschutz aufgenommenen ist das Wergeld an den König zu entrichten und zwar zeigt sich, dass für den Fremden, der in Königsschutz aufgenommen ist, 3faches Wergeld bezalt werden muss, gerade so wie für den homo Francus, den alten Antrustio [1]), es ist eben der Geschützte der Eigenmann des Königs. Für geringere Verletzungen verfällt der Königsbann [2]). Umgekehrt aber werden die Kaufleute als Eigenleute da mit peinlicher Strafe bestraft, wo für die Freien zunächst nur ein Wergeld verfällt: dafür sind die Belege gerade noch in der nachfränkischen Zeit deutlich [3]).

---

lich denkt er nur an Grosskaufleute) vergisst, dass ähnliche Rechtsverhältnisse in Deutschland und England bis in unser Jahrhundert gegolten haben und zum Teil noch gelten. — In den Metzer Quellen wird immer zwischen cives und manentes unterschieden. Hierher gehört es auch, wenn in S. Omer der castellanus für Bürger aufnehmen eine Zahlung empfängt (Giry S. Omer S. 105).

1) Bei Juden verfällt das einfache Wergeld: Form. imp. 30 31. — Für wasgangi empfängt der König dreifaches Wergeld: l. Chamav. c. 9 (Brunner I 274). —

2) Ein direkter Beleg fehlt: die Sache ergibt sich aber daraus, dass der in das königliche palatium aufgenommene Kaufmann sub sermone tuitionis ist (Form. imp. 37): denn sermo = bannus (vgl. Brunner II S. 51).

3) Lüttich — Kölner Gottesfrieden von 1083. (Ennen Quellen I S. 420): Freie oder Edele, die durch Tötung oder Verwundung den Frieden brechen, werden exilirt und ihre Güter confiscirt; die servi werden bei Mord enthauptet, bei Verwundung wird ihnen die Hand abgeschlagen. — Frieden von Valenciennes § 2 mit § 5 § 6. Der miles, der an einem homo pacis einen Strassenraub begeht, kommt mit 60 sol. Bann davon, der armiger d. h. der unfreie Bewaffnete (u. der clericus) wird gehängt, der etwas höher stehende aber immer noch unfreie scutifer dann, wenn sein Herr nicht für ihn eintritt. Ueber die Gliederstrafen an Knechten in der fränkischen Zeit Brunner II S. 604.

§ 6. Marktrecht.

Der Markt hat eine Beachtung schon im Landrecht gefunden. Für die Ausbildung eines Stadtrechtes ist aber nicht das Marktrecht des Landrecht von Bedeutung, sondern das Marktrecht, das sich aus der Sonderstellung der Kaufmannschaft entwickelt.

A. Das Marktrecht des Landrechts. In der ganzen fränkischen Zeit findet sich kein besonderes Marktgericht, wenn man einstweilen von dem spätfränkischen judex fori der Miracula S. Benedicti [1]) und dem judicium foraneorum von S. Riquier absieht. —

Was dagegen tatsächlich hervortritt, ist eine Verdoppelung des gewöhnlichen landrechtlichen Buss- und Strafsatzes, in Anwendung eines allgemeinen, höheren Friedens des fränkischen Rechtes [2]).

Den Ausgangspunkt gibt eine Bestimmung des Landfriedens für Hennegau v. 1200 [3]).

Emendatio malefactorum in omnibus villis in quibus forum non currit de vicino scilicet contra vicinum tam in hominibus domini comitis quam aliorum hoc est:

De homine roisnato vel de membro fracto quinquaginta solidi denariorum dandi sunt, unde homo lesus triginta solidos habeat, dominus vero, in cuius justicia manserit homo lesus, viginti solidos.

De effusione sanguinis triginta solidos de quibus homo lesus medietatem habeat, dominus vero in cuius justicia manserit homo lesus, aliam medietatem.

De capillatione vel percussione sine sanguine quindecim solidi, unde capillatus vel percussus medietatem habeat; dominus vero, in cuius justicia manserit aliam medietatem.

Hec omnia per bonam veritatem comprobanda sunt; si vero veritas non comparuerit, ille qui alterum inculpaverit, juret solus quod ille eum leserit aut percusserit vel capillaverit; alter vero se tertio juret, quod inde culpabilis non sit et per hoc pacem habere debet. In iuramentis istis nulle occasiones sunt amiscende que gitta dicuntur.

Si quis hominum quorum emendationes sunt in quinquaginta solidis vel triginta vel quindecim, missus fuerit illi ad quem pertinet justicia pro homine suo, qui lesus fuerit, si infra quindecem die emendationem solvere non potuerit vel poluerit, dominus

---

1) Sohm Entstehung des deutschen Städtewesens S. 54; Brunner II S. 201, 240.

2) Die Sache ist soviel ich sehe gänzlich unbeachtet.

3) Faider coutumes de pays et de comté du Hainaut I S. 9.

justiciam inde faciet secundum malefactum; si autem ille aufugerit, fugabitur sicut et alii banniti, et cum fugabitur, amici eius pacem habebunt[1]). —

Deutlich ist, dass es sich um Orte handelt, in denen kein Markt stattfindet: hier treten dann Sätze ein, die wenigstens auch in andern Rechtsquellen und Rechtsgebieten in der gleichen Höhe vorkommen[2]), und die, soweit sie Busssätze sind, bereits in der l. Salica in annähernd derselben Anwendung[3]) auftreten, so dass der es sich um altfränkische Rechtsnormen handelt[4]). — Dagegen wird

---

1) Die letzte Stelle ist wohl dahin zu verstehen, dass der dominus des Verletzten hier der Gerichtsherr ist. Denn im Gegensatz zum nordfranzösischen Recht (Beaumanoir XXX c. 85) gilt im Hennegau der Satz, dass nicht blos bei handhafter Tat, sondern allgemein der Deliktsort die Zuständigkeit des Gerichts bestimmt. (Gesetz v. 1340) bei Faider S. 33 (über Ueberfall oder Hausbruch).

2) Soignies im Hennegau 1142 (Wauters S. 17 f.): Schmähung 5 Sol. (2 Verletzte — 3 der Herr) Schlag 15 Sol. (5—10), blutiger Schlag 30 Sol. (10—20), Waffenschlag 60 Sol. (20 -40). — S. Amand in Osterbant 1164 (Wauters S. 26): nach dem was hier über Verstümmelung bemerkt ist (50 Sol. dem Verletzten, 100 dem Abt), ist hier wiederum die Busse zwischen Verletzten und Herr im Verhältniss von 1 zu 2 geteilt; legt man den Satz auch im Folgenden zu Grunde, so ergibt sich hier: Beschimpfung $7^1/_2$ ($2^1/_2$—5); Schlag oder Haarraufen 15 (5—10); blutiger Schlag oder Schlag mit Knittel oder Schlag zu Boden 30 (10—20), Waffenschlag 60 (20—40). — Trazegnies 1220 (Wauters S. 79): Schmähung 7 (2—5), Faustschlag 15 (5—10), blutiger Schlag 30 (10—20), Schlag mit scharfen Waffen 60 (20—40). — Der Gesammtbetrag von Busse und Strafe ist allemal derselbe wie der im Henneganner Landfrieden; nur die Verteilung unter Herr und Verletzten berechnet sich etwas anders, dabei erscheinen aber die Ansätze des Henneganner Landfriedens unorganisch und später (vgl. auch das Hofrecht des Bischofs Burchard von Worms v. 1024 29: Boos 48). — Die Bussreihe selbst tritt wieder auf in dem Recht von Beaumont v. 1182 (Bonvalot S. 98 f.), während die Zalung an den Herrn anders gestaltet ist: c. 15 Schlag 5 Sol. an den Verletzten, 38 an den Herrn, 2 der Gemeindebehörde; c. 16 Verwundung mit den Waffen: 20 Sol. an den Verletzten 60 Sol. an die übrigen; c. 39 Schlag auf dem Markt: 10 Sol., 90 Sol. den übrigen, bei blutigem Schlag 20 Sol. Also die Reihe ist wieder: 5—10—20. Auf dem Markt tritt Verdoppelung ein. — Aehnlich graduirte, aber in der Summe etwas abweichende Ansätze hat das altertümliche Recht von Syrau v. 1239 (Wauters S. 143) und die Keure von Piet [Warnkönig II n. 234 (S. 22)].

3) Wenn man den fredus abzieht, so ergibt sich als Busse bei Schmähung 2 Sol. (tit. 30, wo das ursprüngliche offenbar 3 Sol. ist), Faustschlag 6 Sol. (tit. 17 § 8), blutiger Schlag 10 Sol. (tit. 17 § 5), Waffenschlag 20 Sol. (l. Sal. T. 17 § 3 § 4). Der obige Ansatz für Verstümmelung (50 Sol.) trifft wenigstens annähernd mit dem Ansatz der Cod. 1 4, 7—10 in l. Sal. t. 29 § 2, Cod. 6 u. 5 in t. 29 § 3 zusammen.

4) Das neue des spätern fränkischen Rechts ist lediglich, dass der Anteil des Herrn gesteigert ist, vielleicht dass sich hier der fredus mit dem

andere male ein verdoppelter Ansatz gebraucht[1]). Diese Verdoppelung der Busse tritt im fränkischen Recht überhaupt für höher geschützte Orte oder Zeiten ein: so für Handlungen während der Nacht[2]), so für Handlungen innerhalb der Mauer[3]),

---

Bann, vielleicht dem Grafenbann sich kombinirt hat, ohne dass ich aber den Vorgang irgendwie auseinander legen könnte.

1) Recht von Quesnoy in Hennegau 1180 (Wauters S. 36) gibt bei blutigem Waffenschlag 120 Sol. im ganzen. — Das Recht von Valenciennes (§ 34 cf. § 61) verhängt zwar bei gewöhnlichem Schlag nur 10 Sol., aber bei Schlag mit einem Knittel 60 Sol., wovon der Verletzte 20 Sol. hat. — Recht von Cambrai v. 1184 (Böhmer acta inedita n. 146) gewährt bei blutigem Waffenschlag in der bannileuga ausserhalb der civitas 50 Sol. an den Verletzten, bei Verstümmelung 100 Sol. [bald freilich (Miräus IV S. 391. 1228) treten Erhöhungen ein]. In der Stadt verdoppeln sich dann die Beträge noch einmal. — Recht von Middelburg in Seeland (v. d. Bergh oorkondenboek van Holland en Zeeland I n. 261. 1217): omne forefactum, quod alieni in Middelburch illatum fuerit de lite duplum emendabitur, quam si extra contigisset. — Auf eine Verdoppelung der Strafe scheinen auch die Ansätze in dem Lütticher Statut von 1287 (Warnkönig, Beiträge zur Geschichte und Quellenkunde des Lütticher Gewohnheitsrechts S. 58 f.) zurückzugehen.

2) Recht von Brügge 1309 (Gilliodts van Severen: coutumes du pays et comté de Flandre; Bruges I S. 326): Item als de faicten daer of men alle de voorseide boeten ende bannen wyst ghebueren by nachte te wetene naer de zonne ende voor de zonne opgang of ooc binnen den vryen Brugghemaercten by dage zo es de civile boete dobbele, te wetene voor III l. par. VI ende alghelijcx van ander civile botsen.

3) In dem Recht von Cambrai (vorletzte N.) ist die Busse noch einmal verdoppelt, also gegen den ursprünglichen Betrag vervierfacht, wenn das Delikt in der civitas begangen ist. Ebenso bestimmt für die Strafe die Keure von S. Omer v. 1168 § 16—21 (Giry S. 388). Auf den Marktfrieden kann das nicht bezogen werden; denn der erstreckt sich auf die bannileuga z. B. Gallia christ. VIII c. 426 1188 (Blois). Ebensowenig kann es sich um den Frieden der gewöhnlichen Ansiedelung handeln; denn dieser ist ja nur durch den 5 sol. Bann gedeckt. So bleibt nur übrig die Verdoppelung von der Mauer abzuleiten, die in der Tat einen besondern Frieden hat; dies ergibt sich daraus, dass einigemal von einer besondern infractura castri geredet wird: Quantin cart. général de l'honne II n. 78 1157 Auxerre der Bischof hat Markt und Marktgerichtsbarkeit; ferner infractura castri et rapina et incendium episcopi est; denn infractura ist der technische Ausdruck für jeden Bruch eines besondern Friedens: so Marktfriede (vgl. unt. Urk. v. 992 Beyer U. B. n. 263). — Verletzung der kirchlichen Immunität, infractura immunitatis (Gallia christ. XIV col. 147 873) infractura atrii (Cartulaire de Notredame I S. 332 1056) des Strassenfriedens (Stadtrecht von Meaux 1179 Brüssel usage I S. 185 § 21 infractura chemini; Quantin Cart. de l'Yonne II S. 446 1192 — Stadtfrieden Varin Rheims I S. 785 1258: de fractione ville capitali. — Hausfrieden oft z. B. Varin I 786. — So tritt denn die infractura in der Quelle als eine allgemeine Deliktsbezeichnung auf, im Gegensatz zu den kleineren Delikten: so Bouquet XI S. 594 Urk. Heinrich I für Soissons 1057: omnem autem justitiam scilicet infracturam,

so aber endlich auch für Handlungen während des Marktes [1]). — Die dauernde Bussverdoppelung in jene Stadtrechte kann man deshalb nicht anders erklären, als dass es sich hier um Städte handelt, in denen immer Forum currit. Die Ständigkeit des Marktes tritt hier im Strafrecht ebenso hervor wie früher im Zollrecht [2]). —

In der l. Salica findet sich die Verdoppelung nicht: hier tritt bei besonders schweren Taten, insbesondere — aber nicht nur — bei Verletzung des Königs eine Verdreifachung ein [3]). Aber die Verdoppelung ist so weit verbreitet und tritt in so alten Quellen auf, dass man auch sie als etwas urfränkisches ansehen muss, was in den alten Rechtsquellen zufällig nicht erwähnt ist. — Immerhin gibt die Ausgestaltung des höchsten — dreifachen — Friedens auch einen Fingerzeig dafür, wie die schwersten Verletzungen des Marktfriedens durch räuberischen Ueberfall und Tödtung bestraft wurden. Auch der räuberische Ueberfall im Palast des Königs führt noch in spätfränkischer Zeit lediglich zur Verdreifachung der Busse [4]). Und anscheinend gilt dasselbe für Tödtung [5]). — So ist anzunehmen, dass nach Landrecht der Bruch des Marktfriedens immer nur zur Verdoppelung der Busse und Geldstrafe aber niemals zu peinlicher Strafe führt. —

---

uicariam et omnia ad justitiam pertinentia; Martene et Durand ampl. coll. I col. 749 Urk. Ludwig VI v. 1136 für Soissons: de infracturis ceterisque forisfactis. — Fasst man nun alles zusammen, so bleibt wohl nichts übrig als die Bussverdoppelung eben gerade aus der infractura castri abzuleiten; dies tritt auch ziemlich deutlich in dem Rechte von Valenciennes hervor § 44: in quocumque loco nundinae aut fora villae collocenter intra villam aut extra omnes quotquos ibidem interernnt erunt assecurati — ac si in medio villae factum perpetrasset.

1) So schon in der alten Keure von Grammont v. 1068 § 12 (Warnkönig II n. 213 b); Recht von Brügge vorletzte N.; Recht von Coblenz: Bär in Zeits. d. Savignystiftung XII S. 6 n. 1 (die Marktzeit ist die freie Zeit).

2) Wie die städtische Entwickelung überhaupt auf das Land übertragen ist, so findet sich dann die Bussverdoppelung auch in der Keure für das Waasland v. 1241 (Warnkönig II n. 220 § 18 f.), in der Keure des franc. von Brügge (Warnkönig II n. 45 § 26). Eine nochmalige Verdoppelung in der Keure für Sleidinge und Desseldonk § 25 fd. (Warnkönig II n. 34 1268).

3) Brunner II S. 580 fd.; vgl. auch l. Sal. 41 § 4 cod. 3 und entsprechendes 41 § 3

4) Cap. v. 884 c. 2 (Leges I S. 551) Brunner II S. 47 n. 32.

5) Brunner II S. 47 ist anderer Meinung; aber das cap. 139 § 1 ist wohl eher eine Singularität gerade für den Kirchenfrieden. Sonst ist die Todesstrafe für Tödtung nirgends erwähnt und in der l. Sal. t. 3 § 2 wird die Composition da zugelassen, wo jemand in hoste tödtet, sogar einen aus der königlichen rustis. Von da ab ist wohl hinus gestattet.

B. Marktrecht des Königsrechts. I. Während von Haus aus ein besonderes Marktrecht nicht besteht, tritt allmählich ein solches hervor. Zuerst zweimal in spätfränkischer Zeit, dabei einmal als Gericht unter Kaufleuten [1]). Später findet sich das Marktgericht sowohl in Deutschland wie in Frankreich und zwar so, dass derjenige, der vorübergehend die Einkünfte aus dem Markt bezieht, zugleich die gesammte Gerichtsbarkeit in der Stadt und der Bannmeile hat, d. h. die gesammte ordentliche städtische Gerichtsbarkeit. Nicht allenfalls auf Handelssachen, wo man sich das vielfach modern gedacht hat, bezieht sich diese mit dem Markt fest verbundene Gerichtsbarkeit, sondern gerade auf die hohe Gerichtsbarkeit [2]). Ein solches Vorkommniss ist

---

1) Die Stelle in S. 476 N. 1, wo die beiden Streitteile Kaufleute sind; dann das judicium foraneorum im Stadtrecht von S. Riquier.

2) Für Deutschland das Reichsweistum v. 1218. Leges II S. 229, das nicht nur eine Ausnahme ist, wie Sohm annimmt. — Viel deutlicher ist noch folgendes: Ol. I S. 477 X 1260 die Templer haben während eines Jahrmarkts in Étampes den neuen Markt mit Gericht: desshalb nehmen sie die Gerichtsbarkeit über Notzucht in Anspruch; dann auch die Geltendmachung des guet. Die materielle Zuständigkeit wird vom kgl. bailli nicht bestritten, aber mit Erfolg behauptet, dass sich die Zuständigkeit nicht auf die ganze Castellania, sondern nach der Verleihungsurkunde nur auf den Markt selbst sich bezieht. — Ord. XI S. 195 (1145) ebenfalls Étampes: den Lazaristen wird ein Markt in Étampes geschenkt mit aller Gerichtsbarkeit in Étampes, ausgenommen den latro, der aus der fränkischen Zeit her, wie erwähnt, eine besondere Stellung einnimmt. — Lasteyrie n. 269 1137 ebenso in Paris. — Lasteyrie Cart. de Paris n. 98 1067 in Orleans wird an ein Kloster übertragen der halbe Markt tam de teloneis quam de justiciis. — Bourquelot Provins 1153. In Provins (wo Commune!) erhebt ein Kloster: justitiam totius villae et castellaniae Pruvini grossam et gracilem, altam et bassam, de latrocinio, raptu, homicidio, campionis, comitis, et omnibus aliis forefactis — septem primis diebus nundinarum durantibus et quod omnes nostri in dicta villa et castellania servientes monachis dictae ecclesiae prima die nundinarum debent et tenentur facere juramentum corporale. — Gallia christ. X col. 102 1092 (Compiègne) donavimus eidem ecclesiae — teloneum totius negociationis necnon et latronem et ommne jus et justitiam fori, teloneum etiam panis et omnia forisfacta fori in quocumque loco comissa fuerint per tres dies ipso videlicet die dominicae solennitatis et antecedente et sequente. — Flammermont Senlis I 1157 (S. 156) Concessiums feriam et justicias fori. — Quantin Cart. de l'Yonne I n. 174 1134 (Tonnere) illud etiam quod in nundinis que sunt in vigilia et in die festiviatis S. Michaelis idem comes calunniabatur campum videlicet duellorum et infractiones ejusdem fori et inventiones eidem ecclesie concessit. — Recht v. S. Die: (= Waitz Urk. S. 49 § 1, Calmet II col. 261 l. 1111—1123. während des Markts hat der Graf auch über die mansionarii v. S. Die, die zum Markt gehen, Gerichtsbarkeit wegen jedes Verschulden secundum justitiam fori. — Gallia christ. X col. 454 1225 Senlis. Das Stift tritt an die Commune feria et justitia fori ab, behält dagegen die Jurisdiktion

natürlich nur dann zu erklären, wenn die ordentliche städtische Gerichtsbarkeit Markt-Gerichtsbarkeit ist. Und in der Tat ist einigemal das ordentliche Gericht direkt als Marktgericht bezeichnet [1]; innere Beweiskraft hätte freilich das letzte Vorkommen für sich allein bei weitem nicht in demselben Mass wie jene notwendige Verbindung zwischen Markt und ordentlichen Gericht. — Der Uebergang aber vom Gericht des Landrechts zum Stadtgericht, das Marktgericht kann nur darin liegen, dass letzteres herausgewachsen ist aus dem Stadtgericht über Kaufleute, die ja auch die hohe Gerichtsbarkeit befasst. Einmal lässt sich der Uebergang noch sehr deutlich verfolgen [2]. — Wo nach und nach die ganze Stadt Markt, alle Einwohner verkaufende Gewerbtreibende werden, dass muss das Marktgericht über die Kaufleute von selbst zum Stadtgericht ge-

---

über latro vel malefactor im Umkreis der Kirche. — Recht von v. Auxerre 1164 (Quantin II n. 149; oben S. 468 N. 1. — Coutumes des bourgeois de Cambrai 13 Jahrh. (Tailliar S. 382) § 1 ly justice du marchiet qui est justice ly evesque aa justicier par lui et par les eschevins les bourgois et les villains et leur maisnie et leurs heritages qui sont en se justice et tous les rentiers. Et se il y vient appeaulx de bataille soit de larrechin ou de treve enfrainte ou de murdre ou de rente ou dautre chose et ly bataille doit estre en le court levesque et ly eschevins il meismes lors corps ont a warder u. s. w. — Ol. I. S. 802 VIII 1270 während sonst die Commune S. Riquier allmälich die Gerichtsbarkeit erlangt hat, hat während des altberühmten Jahrmarkts das Kloster omnimodo justitiam, dominium et totum commodum, so auch über infractio ville I 802 X: währenddessen kann die Abtei sogar ein assecuratio vornehmen II S. 289 IV 1289; es ist eine besondere Ausnahme, dass die vom König der Commune verstattete malatolta auch an diesem Tag von dieser erhoben werden darf; vgl. auch noch Ol. II S. 562, Delisle Olim. n. 231. — Raynal Berry II S. 532 1145 und Ol. I S. 202, III 1264 ein Kloster hat während dem Jahrtag des Patrons u. einen Tag vorher u. nachher Markt und im Stadtgebiet und der Septena von Bourges alle hohe und niedere Gerichtsbarkeit, die sonst der König ausübt. — Die Anschauung Sohms a. a. O. S. 71 fd. ist also wenigstens für unser Gebiet — und wohl für jedes — in den Quellen nicht begründet. Das Stadtgericht in Sohms Sinn hat sich grossenteils aus der Communalbewegung entwickelt, insoweit anknüpfend an die Gerichtsbarkeit der Gilde über ihre Genossen, zum Teil aus direktem Ankauf: beides ist beispielsweise erhalten in der Stadtrechts-Gruppe des Vexin: für das erste Ol. II 65, XIV 1273, für das zweite Urk. für Pontoise v. 1188 § 15 (Ord. XI S. 225).

1) Recht von Lüttich — Mastrecht 1107 (Waitz Urk. S. 38). Das ordentliche Gericht wird überall als judicium forense bezeichnet. — Luchaire Louis VII n. 652 1173. Der prepositus soll entscheiden secundum jus et consuetudinem fori de Corbolio. Nach Urk. v. 1267 (S. 468 N. 1) hat der prepositus in Corbeil die Gerichtsbarkeit über die Kaufleute.

2) So auch im Recht von Meaux, wo neben den 3 placita legitima nach Bedürfniss über die Kaufleute für die Delicte während der Marktzeit Gericht gehalten wird (S. 468 N. 1).

worden sein[1]). Eine eigentliche Aenderung in der Gerichtsverfassung hat der Vorgang nicht mit sich gebracht: Noch immer werden die Schöffen als Urteilsfinder gebraucht; denn die Gerichtsbarkeit über die Kaufleute gehört zur Gerichtsbarkeit des Grafen. Nur zweierlei mag wohl mit der Veränderung im Zusammenhang stehen: einmal dass die Schöffen jetzt auch aus den ministeriales genommen werden[2]); dann das Zurücktreten des freien scultetus oder vicarius gegenüber dem prepositus des Grafen, in den unmittelbaren königlichen Gebieten hinter dem prepositus des Königs[3]), der allemal Ministeriale ist. —

II. Strafrecht. Während nach Volksrecht zur Marktzeit lediglich die Busse verdoppelt wird, in ständigen Märkten diese doppelte Busse danach immer eintritt, kommt daneben ein ganz anderes intensiveres königsrechtliches System des Rechtsschutzes auf. —

Der Ausgangspunkt ist, dass die kleinsten Verstösse bereits mit Königsbann gebüsst sind[4]). Dieses System wird dann aber in vielen sehr alten Quellen auch ohne jede Beziehung auf den Markt ständig auf die Stadt angewendet[5]): publicae civitates werden solche Städte benannt, dieser ausserordentliche hohe Rechtsschutz im Gegensatz zu der gewöhnlichen Bannbusse von 5 sol. gebracht und als jus civile[6]) bezeichnet. Offenbar ist nun das wiederum eine dauernde Erstreckung des Königsbannes, der nur ursprünglich während der Marktzeit für die Kaufleute herrschte. —

---

1) So erklärt es sich, wenn im alten Stadtrecht von S. Riquier nur davon die Rede ist, dass das Kloster das judicium foraneorum hat und wenn später das Kloster die gesammte ordentliche Gerichtsbarkeit am Ort besitzt.

2) Metz: Döring S. 74 fd. Köln: Ennen Quellen I S. 573 1176, S. 577 1178 ist Vogelo comes scabinus; I S. 579 1178 steht er unter den Ministerialen; I S. 577 1178 ist der Zöllner scabinus.

3) Der prepositus ist ministerialis, während nach obigen (S. 424) der Schultheiss oder vicarius freier ist. Ueber das Zurücktreten des vicarius und Aufkommen des prepositus vgl. Luchaire instit. I S. 217 218. Ein genauerer Einblick in den Process ist unmöglich, aber jeden Falls zeigt sich, dass vielfach der Schultheiss durch den prepositus verdrängt ist.

4) Recht von Grammont v. 1068 § 12 (Warnkönig II n. 213 b). — Recht von Wasserbillich n. 992 Beyer U. B. I n. 263 während des Wochenmarkts muss jeder Störer den Königsbann zahlen, sicut ille qui mercato Moguntie, Colonie et Treveris fracto et contaminato dammnatus fuerit.

5) Aelteste allgemeine flandrische Städtekeure (Warnkönig I n. 12) § 11; Charte von Amiens § 38 (Thierry I S. 143); Recht von Worms 1014 (Boos I n. 42 und hierzu Sohm die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 31); Recht von Speier 1101 (Hilgard n. 13).

6) So in Worms; auch das für Lille S. 484 N. 5 belegte.

Daran schliesst aber eine eigentümliche Behandlung der schwereren Delikte: die allerschwersten werden mit Tod oder Verstümmelung[1]) gestraft, schwere mit 60 L.[2]), die mindest schweren mit 10 L.[3]). Diese Ansätze finden sich wesentlich in flandrischen Städten, aus den deutschen fehlt es an reichern Nachrichten über Strafrecht; in den brabantischen, hennegauischen, französischen ist die entsprechende Rechtsschicht durch das Recht der Eidgenossenschaft überdeckt. Die Busse von 10 und 60 L. sind einfaches oder vervielfachtes Wergeld und bedeuten die Ablösung der Todesstrafe. So spricht eine andere Gruppe, wo eine höhere Strafe als 3 L. nur vereinzelt und unorganisch verhängt, insoweit von misericordia comitis[4]). — Die Todesstrafe selbst wird öfters mit Talion begründet[5]). Aber hier wie anderwärts ist dies nur ein Schein-

1) Tod oder Verstümmelung Recht von Grammont v. 1068 § 11 (Warnkönig n. 213 b) für Tod und Verstümmelung — allgemeine flandrische Keure v. 1172 etc. § 17 18 (Warnkönig I n. 12) Tödtung für homicidum, latrocinium, Notzucht falsitus (nach späterm Falschmünzerei). — Recht v. Arras v. 1180 (Wauters S. 33): latrocinium und falsitas: das homicidium ist im ganzen Gesetz nicht erwähnt. — Recht v. Lille: Roisin S. 114 bei Tod u. Verstümmelung S. 124 V Falschmünzerei, S. 123 I Notzucht. — Stadtrecht von Perone (Ord. V S. 159 1207 aber ursprünglich viel älter) § 1 Tödung, § 11 Verstümmelung, § 12 latrocinium; ebenso Stadtrecht von Tournay v. 1178 (Tailliar S. 490 § 1 12 13) u. die übrigen Rechte dieser Gruppe (Hesdin, Athyes, Ferrières, Boulogne, Bapaume).

2) Strafe v. 60 L.: Warnkönig II n. 2 (Gent) 1178 allgemein; I n. 13 § 5 (1178) forisfactum adjudicatum comiti. Warnkönig I 12 bei Verwundung (§ 1), Heimsuchung (§ 2), Angriff mit Waffen (§ 3), rapina (reube) in Gegensatz zu latrocinium § 6, Versagung des gebotenen Friedens § 13, Schöffenschelte § 15, falsches Zeugniss § 23 in einigen weniger wichtigen Urk.; fast gleich in Arras 1180 (Wauters S. 32; schon 1194 ändern sich die Ansätze: Taillier S. 36 fd.); Lille (Roisin S. 40 V VI, S. 41 VII, S. 43 V, S. 62 III (IV), S. 82 VI, S. 93 I; Hausfriedensbruch mit 10 L. 39 X. — Hierher gehören auch die Rechte der Gruppe Peronne; es ist allemal (ausser in Tournai) forisfactura nostra vorbehält neben Stadtstrafen und Composition (z. B. Peronne § 3). Diese beträgt aber nach dem Recht von Hesdin (1215) = 60 L (Tailliar S. 48 § 13). — Die Höhe dieses Betrags korrespondirt mit der amende, die nach französischem Recht vom gentilhomme zu zalen ist (Beaumanoir XXX § 22), ähnlich wie in der l. Chanavorum Wergeld des homo Francus und des wargengus sich entsprechen.

3) z. B. älteste Keure (Warnkönig I n. 12 § 9). — Dieser Ansatz findet sich auch in Brabantischen Rechten, die danach wohl auch in die Reihe gehören: Recht v. Incourt von 1226 (Willems cod. dipl. I S. 628) Hulpe v. 1230 (ebda S. 633).

4) Furnes — Arkes — Nieuport: (Warnk. II 160 1240 § 4; III Anhang n. 160 § 54, § 55 (Arkes), Warnkönig II 160 § 9). — Hierher gehört wohl auch Grammont, das keine Mittelglieder zwischen Leibesstrafe und 60 s. erwähnt.

5) Wauters S. 79 Trazegnies 1220.

grund. — Den wahren Grund gibt die alte flandrische Städtekeure an: alle schweren Delikte werden hier als eine infractura castri angesehen[1]), wiewohl das tatsächliche castrum des Grafen in Gent von der Stadt verschieden ist. Und damit stimmt es zusammen, wenn anderwärts der Stadtfrieden als Burgbann, Burgfrieden bezeichnet wird[2]). — Um wessen Burg es sich handelt, das zeigt für das flandrische Recht eine Erzählung für 1087: danach steht der alte grosse Markt von Thourout, das Muster der anderen flandrischen Märkte unter der pax comitis[3]). Beides zusammen ergibt: das Verhältniss ist nicht dieses, dass der Friede der Pfalz auf den Markt ausgedehnt worden wäre; denn nach früherem hätte das nicht die Folge haben können, dass auf allen schweren Delikten Todesstrafe stünde, die z. T. allerdings abgekauft werden kann. Sondern wiederum muss das Ganze davon abgeleitet werden, dass die peinliche Strafe ursprünglich die Kaufleute als die königlichen Eigenleute traf: wiederum ist dann allmählich die Bestimmung auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt worden[3]). Nicht allenfalls die fingirte oder wirkliche Anwesenheit des Grafen ist Veranlassung zur peinlichen Strafe; es ist im Recht von Flandern allerdings diese Anwesenheit nachweislich von rechtlicher Bedeutung, wirkt — in nicht genauer nachweisbarer Weise — strafschärfend; aber es kommt dies zu dem gewöhnlichen eben dargestellten Strafensystem hinzu[4]).

III. Process. Auch processrechtlich haben die Städte des Marktrechts eine Sonderstellung.

Zunächst werden alle Verstösse des Processrechts mit 60 s. Strafe belegt, während sonst nur 5 sol. gefordert werden[5]).

---

1) Warnkönig I n. 12 § 23 spricht von falschem Zeugniss über die infracturae castri. Das bezieht sich auf alle vorausgehende Delikte: im entsprechenden Recht von Arras 1180 (Wauters S. 33 unt.) heisst es infractura pacis; ähnlich Roisin Lille S. 82 VIII.

2) Vgl. die Stellen bei Waitz VII S. 236; VIII S. 8; dann das Kölner Recht: Burgfrieden (Quellen I S. 181) neben Gottesfrieden und Kur als der Kölner Frieden erwähnt.

3) Vita Arnulfi ep. Suessoniensis II c. 16 (Mabillon Acta Sanctorum O. S. B. Saec. VI t. II S. 537; Wauters a. a. O. S. 311 hat auf die Stelle aufmerksam gemacht); über das Verhältniss des Marktes von Thourout zu dem von Brügge: Warnkönig II n. 46 — zu S. Omer die consuetudo Thoraltensium: Giry S. Omer S. 582 fd. Die 60 L. Strafe findet sich in dem späteren Marktrecht von Thourout v. 1290 (Warnkönig I n. 38). Unergiebiger ist die sonst rechtlich interessante Erzälung bei Herimanni liber de restauratione S. Marie Tornacensis c. 24 (M. G. Scr. XIV S. 288); hier werden Ritter wegen der Plünderung eines Marktfahrers gehängt.

4) Neue Keure für den franc von Brügge bei Warnkönig II n. 69 § 9.

5) So besonders deutlich in Lille: Roisin S. 26 XV, S. 29 V, S. 33 X, 68

Weiter kommt die Behandlung der Arrestirung in Betracht.

Während des Marktes ist nach zahlreichen Rechten eine Arrestirung der zu Markt ziehenden Personen ausgeschlossen, nicht blos auf dem Marktplatz, sondern auch auf der Marktstrasse. Das bezieht sich auf Schuldgründe, die ausser der Marktzeit entstanden sind [1]). Der Satz kommt schon im römischen Recht vor; zweifelhaft aber ist, ob hier ein Zusammenhang besteht. — Manchmal ist jede Klage untersagt [2]). — Diesem Satz steht es entgegen, wenn anderwärts durch flandrische Juristen eine vollzogene Pfändung bekämpft wird, cum nec ibi esset castrum nec essent ibi nundinae [3]). Jedenfalls ist hier die Gleichstellung von Markt und castrum von Interesse und stimmt zum vorigen. Im übrigen aber vermag ich den Satz nirgends anders aufzufinden. Das nachfränkische Recht [4])

XIII; besonders aber S. 145 II, wo hervorgehoben wird, dass nur die Bürger 60 sol. zu zalen haben. Aehnlich aber schon das Wormser Recht von 1014 (oben S. 482 N. 5).

1) Ord. XI S. 195 1147 Etampes; Ord. XI S. 211 § 5 1179 nemo capiatur causa telonei extra metas mercati manens, dum erit infra ejusdem metas. Wauters S. 88 Quesnoy: Et puet venir cascuns a le feste au Quesnoit le franquise de feste durant sans estre pris ne arreste pour quelconque debte ains doivent avoir leur rethour à leur maison. Ord. XII S. 298 § 18 (309 § 18) 1222 (1223). Beaumont im Beauvoisis: in die mercati Bellimontis debitorem suum arrestare non poterunt pro debito suo aut de rebus ipsus debitoris capere; ebda S. 305 § 26 das Recht von Chambli 1222 § 31: gerichtliche Ladungen sind in der Bannleuge von Chambli für ihre Wirknng durch den Markttag suspendirt. Teulet II 2142 (1231) Stadtrecht v. Nevers: quicumque ad forum nostrum die sabbati vel ad nundinas ville deforis venerit, sub salvo conducto nostro erit, bona fide eundo et redeundo nec poterit capi vel vadiari nisi pro debito cognito a debitore vel pro fidejussione cognita a fideiussore. — Etablissements de Saint Quentin (um 1151, nicht mit der Communalcharte zu verwechseln; Giry étude sur les origines de la commune de Saint Quentin S. 68 fd.) § 6: et des chen que par cause de marchié avra entre en le ville quel que il soit ne pour nous ne pour caution qui soit faite pour li, ne porra estre pris; ähnlich die Communalcharte v. Ham § 10 (Giry ebda S. 80); über die Ausnahme für den, der s'est de chen habandonne a son creanchier vrgl. unten N. 3. Eine Bestellung ist auch ausgeschlossen nach dem Recht von Briel, während des Markttages: Jan Mathyissen het rechtsboek van den Briel (oude vaderlandsche Rechtsbronnen I S. 86; vgl. die Erörterung des Herausgebers S. 234). — Vgl. noch die Belege bei Sohm a. a. O. S. 51.

2) Lacomblet I n. 412 1166. Aachen: nullus mercator vel quilibet alia persona in his nundinis mercatorem in causa ducat pro debito solvendo vel alio quolibet negotio quod ante nundinas perpetratum fuerit; sed si nundinis aliquid perperam factum fuerit in nundinis secundum justitiam emendetur.

3) Ol. I S. 404 XII 1272.

4) Pfändung bei debitum per abandon: Etablissements de S. Quentin § 6 (Giry; vgl. vorletzte Note). Recht von Athyes § 31 (Ord. XI S. 301 1212). Dann die schwierigen Stellen in der Charte v. S. Quentin § 33 (Ord. XI S. 278), Charte v. Ham § 11 (Giry établissements de S. Quentin S. 80), auch Recht von Arras

lässt im allgemeinen eine Beschlagnahme da zu, wo der Schuldner sich für sich selbst oder für einen andern verbürgt (bei abandon — geweddeter Schuld) ausserdem nur bei Literalcontrakten und gerichtlich bekannter Schuld[1]). Dabei ist die Beschlagnahme ursprünglich eine aussergerichtliche, wird aber unter dem Einfluss der Gottesfriedensbewegung und der Communalbewegung eine behördliche. In den Städten dagegen findet sich eine Beschlagnahme Fremder auch aus andern Gründen gestattet[2]). Aber Zusammenhänge dieser Sätze mit jener oben erwähnten Ausführung, die das Recht der Beschlagnahme gerade als eine Besonderheit von

v. 1211 § 15 (Warnkönig III Anh. n. 165). Abandum bedeutet auch Verpfändung (Pfändung) von Sachen: so Urk. von Noyon 1190 (Lefrane S. 201): si quis in villam venerit et homo de communia wadium suum per abandum ceperit. — Pfändung bei geweddeter Schuld: Warnkönig II n. 15 1228 (Genter lex super placito des pecunia) § 8 debitum vero quod vadiatum est, si ad diem vadiatum non fuerit solutum pannabitur in duplo; II n. 66 1301 dritte Keure von Brügge § 12 voort van ghewedder scult zal men elken mensche zouken te pandene tsinen hus. — § 12 voort van onghewedder scult mach elc menche hem delivreeren bi den eede. Hierzu noch Recht von Clermont (Teulet I n. 469 1197): quilibet plegium suum nantare potest. — Andere Beispiele bei Esmein études sur les contrats S. 118. Die aussergerichtl. Pfändung in diesem Fall ist besonders interessant belegt im Recht von Bourges: Ord. I S. 9 (1145) § 2 prava rursus consuetudo Bituris tenebatur de fidejussoribus. Quod fidejussoris sui vadimonium capere sine consensu praepositi seu vigerii nullus audebat; de quo praeceptum est ab ipso ut quicumque fidejussorem habuit, sine clamore aliquo ad praepositum sive vigerium facto vadimonium quis secure capiat. — Rodulfus Glaber V cap. 1 § 15 (Prou): der Gottesfrieden bestimmt, ut nemo mortalium — presumeret quippiam alicui hominum per vim auferre neque ultionis vindictam a quocumque inimico exigere nec etiam a fidejussore vadimoniam sumere. — In den Stadtrechten nehmen die Communalbehörden die Vollziehung in Anspruch, auch bei verwetteter Schuld (Warnkönig II n. 160 (Recht v. Furnes 1240) § 27 nullus debet pandare nisi per coratores; qui pandatori contradicit, emendabit comiti tres libras; etwas anders gefasste im Recht v. Arkes 1242 § 18 Warnkönig III Anh. n. 166. Charte v. Soissons § 20 Ord. XI S. 221: ut nullus infra ambitum villae Suessonum aliquid possit capere nisi major et jurati, quamdiu de eo justitiam facere voluerint. — M. E. ist das debitum per abandum, die geweddete Schuld soviel als die fides ad placitum legitime facta, die alte fides mit festuca. Dazu passte auch die gleich zu erwähnende Zulassung der Pfändung bei Literalkontrakten u. gerichtlicher Schuld: vgl. meine Bemerkungen in kritischer Vierteljahrsschrift N. F. XII S. 158 fd.

1) Beaumanoir c. 1 § 6 mais (saisir) ne pot il pas fere por le dette d'autrui se li detes ne si est obligiés par letres ou par devant justice ou devant tous gent. — Ebenso Gent Statut über Geldschulden (vorletzte Note) § 27 debitum quod duo scabini cognoscunt pannabitur. Daraus bei Tailliar zahlreiche Schöffenbriefe über Schuld.

2) Charte v. Soissons mit ihren zahlreichen Tochterrechten § 11 pro illa vero pecunia quam crediderunt postquam hanc communiam jurassent nullum hominem

Markt und Burg erscheinen lässt, finde ich nicht. — Hier werden vielleicht Detailuntersuchungen genaueres ergeben.

Schlussbemerkung.

In fränkischer Zeit gilt die landrechtliche Verfassung auch für die grösseren Ansiedelungen. Die einzige Besonderheit der Stadt liegt auf finanzrechtlichem Gebiet: die Stadt ist aus Gründen des Steuerrechts der einzige Verkaufsplatz; die Besteuerung des Verkehres selbst entstammt dem römischen Recht. — Aber bereits in karolingischer Zeit bahnt sich ein neues System an: der fremde Kaufmann, der ursprünglich allein den Markt besuchte, tritt für jeden Marktbesuch in das königliche Gefolge ein und muss schliesslich eintreten und der gleiche Satz wird dann auf die Arbeiter der einheimischen Grundherrschaften übertragen, welche allmählich die Befugniss erhalten für eigene Rechnung zu arbeiten und zu verkaufen. In den grossen Industrie- und Seehandelsstädten des Nordwestens wird die Masse der Bevölkerung zur Kaufmannschaft ganz im Gegensatz zu den ursprünglichen Verhältnissen und darum dehnt sich dann allmählich das persönliche Recht der Kaufleute auf die ganze Bevölkerung aus. — Das geschieht zunächst während der Marktzeit; aber wie finanzrechtlich die Stadt zu einem ständigen Markt wird, so auch in der Behandlung des persönlichen Rechts der Kaufleute. Die Stadt ist danach bewohnt von Mitgliedern der königlichen hansa; die Stadt ist darum in ihrem Gericht und Frieden ein palatium, weil sie der Wohnort der königlichen Kaufleute ist[1]). Die Umwälzung bezieht sich wesentlich auf die Verschärfung des Rechtsschutzes. Ob auch andere Folgen mit ihr verbunden waren, allenfalls die Einführung der rechten Gewere, vermag ich nach den mir vorliegenden Quellen nicht mit Sicherheit zu sagen[2]). Ein äusseres Symbol dieses Marktfriedens

---

capiant nisi sit debitor aut fidejussor. Urk. v. 1134 für Paris (Lasteyrie I n. 254; Ord. I S. 6). Ol. II S. 537 1311 (für Compiègne). Kölner Recht Quellen II S. 382 c. 16, S. 385 c. 46 1258.

1) Die Sätze sind ja nicht ganz neu. Nitzsch in seinen Untersuchungen ist schon nahe an das gewonnene Resultat gekommen. — R. Schröder und v. Amira hat bereits sehr deutlich den Zusammenhang von Marktrecht und Stadtrecht betont. — Inama-Sternegg hat noch deutlicher das besondere Kaufmannsrecht dargestellt. — Sohm endlich hat mit genialem Blicke gefunden, dass das Stadtrecht mit dem palatium des Königs zusammenhängt. —

2) Das rechte Gewere tritt nicht blos in Bezug auf Grundstücken, sondern [illegible] auf, und erscheint auch im nachfränkischen Recht als etwas [illegible]rivileg zu verleihendes. Besitz von Jahr und Tag an Sachen

friedens ist in dem fränkischen Rechtsgebiet das Kreuz: das vollere Wahrzeichen des sächsischen Rechtes, der Roland kommt, soweit ich sehen kann, im fränkischen Recht nicht vor[1]). Das Kreuz ist eben das Zeichen, durch welches überhaupt königliches Besitztum angedeutet wird.

Gefreite Städte (libertates)[2]), Städte eines besonderen Friedens (villae legis)[3]) sind die Marktstädte. Aber nicht jeder besondere Stadtfrieden stammt aus der Kaufmannschaft dem Marktrecht. In Reaktion gegen das herrschaftliche Marktrecht, vielleicht anknüpfend an die Gemeindegerichtsbarkeit — an die Allmende (communio) — ist die allgemeine Eidgenossenschaft in den Städten (communio) erwachsen, hat die hohen Bussen des Marktrechts reduzirt, an Stelle der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit unter den Communalmitgliedern die Gerichtsbarkeit von homines electi (koremanni), jurati gesetzt, den Ausgenossen gegenüber aber ein willkürliches unbeschränktes Racherecht zugelassen. Auch die grossen Friedensvereinigungen, welche die weltliche und geistliche Obrigkeit in Landfrieden und Gottesfrieden geschaffen hat, sich des Mittels der Eidgenossenschaft bemächtigend, haben wohl da und dort die Rechtsgrundlage, wie für Dörfer, so für städtische Ansiedelungen abgegeben. Aber der älteste Sonderfriede der Stadt ist der Friede der königlichen Kaufmannschaft, der sich zum Stadtfrieden lokalisirt.

---

ist als rechtsbegründend anerkannt, z. B. Recht von Beaumont (a. a. O.) c. 26, 37. — Ol. I S. 329 XVII. — Varin Reims I S. 394, 395, 746. — Luchaire Louis VII n. 406 (Mantes). — Recht von Henin (Tailliar S. 436 § 58.) — Kölner Recht (Schreinsurkunden S. 324 12; S. 360 7). — Histoire de Metz IV 1 S. 325 1326. — In Bezug auf Personen z. B. Recht von Lorris c. 19; Recht des Hennegau in S. 464 N. 4, u. öft. — Sohm S. 84 führt die rechte Gewere auf Königsrecht zurück und es ist wohl möglich, dass die Frist ursprünglich nur für königlichen Besitz gegolten hat; aber ganz bestimmte Behauptungen vermag ich nicht zu machen.

1) Das Marktkreuz in Köln (Quellen I S. 564 1171, II S. 7 1203. — Coblenz: Bär in Zeitschrift d. Savigny St. Bd. XII S. 6. — In Arras ein insigne mercati Ol. III S. 44, VIII 1300; andere Belege bei Schröder, Stellung der Rolandssäulen in der Rechtsgeschichte S. 10 fd.

2) S. Dizier Ol. II S. 706 § 26 Libertas, villa libera, franca, bedeutet dann eben jedes rechtlich privilegirte Territorium.

3) Tailliar S. 418 § 53 Henin. Warnkönig II n. 155 (1270) Ostende: Ke la ville fust franchie et mise a loy. —

Um

Þulur og Gátur

eptir

Finn Jónsson.

Það er kunnugra, en frá þurfi að segja, hver upptök vóru sagnaritunar á Íslandi. Hinir fyrstu sagnaritarar þar vóru þeir Sæmundr fróði og Ari fróði, prestar. Sæmundr ritaði eina bók á latínu[1]) um Noregs konunga; Ari samdi tvær Íslendingabækur, og hina síðari að eins um Ísland. Upp frá þessu vóru samdar á 12. og 13. öld hinn mesti fjöldi af íslenskum ættasögum, Noregskonungasögum og öðrum sögum, allar frá þeim tímum, er heita má að full söguleg vissa nái til.

Hitt er engu síður merkilegt, að um sama leyti sem þeir Sæmundur og Ari rita sínar sönnu sögur, bólar á annars konar sögutilbúningi. Vjer verðum varir við vísirinn til hinna svo kölluðu fornaldarsagna um sömu mundir. Í veislunni á Reykjahólum (1119), sem frá er sagt í Sturlungu, var margs konar glaumur og gleði, þar á meðal dansleikar, glímur og sagnaskemtun. „Hrólfr af Skálmarnesi sagði sögu frá Hröngviði víkingi ok frá Óláfi liðsmannakonungi ok haugbroti Þráins berserks ok Hrómundi Greipssyni, ok margar vísur með. En þessari sögu var skemt Sverri konungi, ok kallaði hann slíkar lygisögur skemtiligastar; ok þó kunnu menn at telja ættir sínar til Hrómundar Greipssonar[2]). Þessa sögu hafði Hrólfr sjálfr saman setta. Ingimundr prestr sagði sögu Orms Barreyjarskálds, ok vísur margar ok flokk góðan við enda sögunnar, er Ingimundr hafði ortan. Ok hafa þó margir fróðir menn þessa sögu fyrir satt“ (Sturl., G. Vigf., 19—20 bls.).

Þessi orð eru harðla markverð og minnileg. Þau sýna í fyrsta lagi, að þessar „lygisögur“, svo sem Sverrir hefur líklega komist að orði, hafa þótt snemma skemtunarefni; þar næst er það ljóst, að

1) Það er enginn fótur fyrir því, að Sæmundur hafi ritað þ. e. samið önnur eða fleiri sögurit.

2) Í Landn. (bls. 31; Hauksbók 6. bls.) er sagt, að hinn fyrsti og göfgasti landnámsmaðurinn, Ingólfr Arnarson, hafi verið sonarson Hrómundar; er því ekki furða, að margir töldu, og það víst með rjettu, ætt sína til hans á Íslandi.

þótt sagt sje, að Hrólfr hafi „sett saman“ Hrómundarsögu, þá hlýtur það að vera svo að skilja, úr því að sagt er, að margir telji ættir sínar til Hrómundar, að til hafi verið fornar arfsagnir í molum um Hrómund, en að Hrólfr hafi sett þær saman í eina heild og búið söguna til úr þeim; en hitt er fjarstæða, eins og líka Landnáma sýnir, að skilja orðin svo, að Hrólfr hafi fyrstur fundið upp þennan Hrómund. Hins vegar er ekki það sama sagt um Ingimund, að hann hafi samið Ormssögu Barreyjarskálds, heldur að eins sagt hana; en hitt gefur að skilja eða sýnist vera ljóst, að vísurnar, sem í sögunni hafa verið, og þó einkum flokkurinn á eptir henni hafa verið eptir Ingimund sjálfan[1]).

Það er nú ekkert vafamál, að þessar svo nefndu fornaldarsögur eru að allri samsetningu til og búningi eptirlíkingar og stælingar af hinum sönnu sögum um Íslendinga á 10. öld. Aðalmennirnir í þeim vóru opt og einatt skáld, og vísur þeirra, bæði kvæði og lausar vísur, hafa fylgt hinum einstöku sögnum um þá; ef til vill væri enda rjettara að kveða svo að orði, að sagnirnar hafi myndast utan um vísurnar og því að eins geymst, að vísurnar vóru á hvers manns munni. Svo þegar farið var að safna sögnunum í stærri heildir eða gera úr þeim heilar sögur í því líki, sem vjer þekkjum þær, eða sem næst því, þá var auðvitað vísunum haldið sem óaðskiljanlegum parti úr þeim. En þetta hafði aptur tvennskonar áhrif eða afleiðingar; önnur var sú, að í konungasögunum var vísum úr konunga og höfðingja kvæðum skotið inn í frásögnina um þá til styrkingar og sönnunar hinni munnlegu frásögn; en þessi frásögn hafði ekki frá alda öðli myndast utan um vísur eða stuðst við þær. Hin afleiðingin var sú, og er að nokkru leyti búið að drepa á hana, að farið var að yrkja vísur og skjóta þeim inn í fornaldarsögurnar, sem vóru að mestu eða miklu leyti tilbúnar; þær voru þá látnar vera ortar við ýms tækifæri af aðalmönnum sagnanna — alveg eins og átti sjer stað í Íslendingasögunum — eða þá að ortar vóru heilar drápur og kvæði og látin vera nokkurs konar viðbót við söguna. Það er af þessu ljóst, hvað fornar þessar vísur og kvæði í fornaldarsögunum eru; þær eru valla eldri en frá 12. öld, og það er vafamál, hvort það sje gerandi, að ætla, að þessi kveðskapur geti verið að mun eldri en svo sem frá 1200.

Ef vjer förum nú að skoða kvæðin í hverri sögu fyrir sig og rannsaka þau, þá styrkist þessi ætlun vor, eða, rjettara sagt, vjer fáum þá nægar sannanir fyrir því, að svo hafi hlotið að vera, sem hjer er frá skýrt. Allar vísur og kvæði í hinum svo nefndu

1) Þetta minnir á, að Krákumál — dánaróður Ragnars loðbrókar — stendur í Konungshandritinu skrifaður rjett á eptir Ragnarssögu.

fornaldarsögum eru stælingar og tómur tilbúningur frá 12., 13. og enda sumt ekki eldra en frá 14. öld; en þessi tilbúningur er opt og einatt allvel gerður, og það er opt auðsjeð, að skáldin hafa gert sjer far um að stæla hin sönnu fornkvæði (einkum eddukvæðin) sem mest, til þess að vísurnar fengi fornlegri blæ og að það gæti orðið trúanlegra, að fornaldarmennirnir hefði getað ort þessar vísur. Bragarhátturinn, t. d. sá dróttkvæði, er opt látinn vera með líkum óreglum (háttaföllum), sem þeim, er finnast í kvæðum Braga og annara elstu skálda: hendingum er slept, og stundum er skothent, þar sem aðalhent ætti að vera; smáorð eru sett fyrir framan höfuðstaf (í jöfnu vísuorðunum) og fleira því um líkt. Enn fremur er leitast við að hafa orðaröðina einfalda og einfaldari og aðgengilegri, en opt vildi verða hjá þeim skáldum, sem ortu undir fullum dróttkvæðum hætti. Kenningar eru og færri og skemri, en ella, og var það bein afleiðing af hinu. Enn berlegar kemur allt þetta í ljós í fornyrðislagsvísunum; þar er farið svo langt til þess að þær skuli fá á sig fornlegan blæ, að orð og setningar eru opt lánaðar úr eldri kvæðum, einkum eddukvæðum, óbreyttar eða lítið eitt vikið við. En enginn, sem nákvæmlega rannsakar öll þessi kvæði og þekkir fornkvæðin til hlítar, getur látið ginnast af þessum fornlega blæ. Því að það eru ekki að eins þessar beinu stælingar eða lán, sem koma því upp um kveðskap þennan, hvers kyns hann er, heldur og ýmisleg orð, einkum klúryrði (*dritmenni*, *skálkr*) og óeðlilegir nýgjörvingar (*yfirbátr*, myndað eptir *eptirbátr*, en yfir-*bátr* er alveg rangt hugsað og málleysa), sem hjer eru órækur votturinn. Hjer kemur það enn til greina, og ber það allt að sama brunninum, að ýmsar af þessum lausavísum eru ortar undir **málahætti**, en þessi háttur var að fornu aldrei hafður í lausum vísum, svo að menn viti; ekki eitt einasta dæmi til þess þekkist frá 9., 10. og 11. öld frá þeim sögum, sem eru taldar sannar og góðar.

Það er með öðrum orðum alveg auðsjeð, að allur þessi kveðskapur er „lærður" tilbúningur og stælingar, en ekki náttúrukveðskapur, er geti komist í nokkurn samjöfnuð við hin eldri eddukvæði, þar sem allt er unglegt og fjörugt og, ef svo mætti að orði komast, með nýjabrumi andans, með hinni heilögu einfeldni og þeirri hátignarlegu og hrífandi andagipt, sem skapar sjálf íþróttina, en lætur ekki skapast af íþrótt og fyrirmyndum.

Þessi lærði kveðskapur stendur nú í besta samræmi við 12. öldina og ritstörf Íslendinga þá og bókfræði. Það er óhætt að kveða svo að orði, að ritstörf þessi sjeu framkomin af vísindalegri rannsókn og vísindalegu námi. Í raun rjettri eru sögurnar ekkert annað en árangur þess konar rannsókna á fyrri

tímum. Menn rannsökuðu og reyndu til þess að grafa upp allt sem til var af andlegum fornmenjum, söfnuðu öllum gömlum kvæðum (eddukvæðum og skáldakvæðum), lögum, ættartölum o. fl.; bjuggu til úr goðakvæðunum sögu (goðasögu; Gylfaginning Snorra), úr hetjukvæðunum sömuleiðis (Völsungasaga). Jafnvel fóru menn nú og að yrkja ný kvæði í eddukvæða stíl með því kerfi (t. a. m. tólf-guða kenningunni), sem menn þóttust nú hafa fundið (Völuspá in skamma). Kveðskapurinn sjálfur var og vísindalega rannsakaður; bragreglur vóru stundaðar hjá eldri og yngri skáldum og tekið eptir mun á háttunum öllum frá því fyrsta; sjálft skáldskaparmálið — kenningar, heiti o. fl. — var rannsakað og sett í vísindalegt kerfi, enda beinlínis tilbúnar kennslubækur handa mönnum (Snorra edda). „En þat er nú at segja ungum skáldum, þeim er girnast at nema mál skáldskapar ok heyja sér orðfjölða með fornum heitum, eða girnast þeir at kunna skilja þat, er hulit er kveðit, þá skili hann þessa bók til fróðleiks ok skemtunar“ (Sn. E. I 224) segir Snorri, en það er hvorki Snorri einn nje hann fyrstur manna, sem hefur hugsað svo eða komist líkt að orði. Þó nokkru áður hafa menn safnað einstöku heitum úr eldra skáldskap og búið sjer svo til nokkurs konar orðasöfn. En til þess að skáldinu yrði ekki torfynt og það þyrfti ekki að leita lengi að hinum einstöku heitum, sem hljóðstafir og hendingar kröfðust, þá var ekkert betra eða snjallara, en að hafa heilar vísur með tómum nöfnum, því að það var hægast að læra og muna. Það er reynsla, sem allir skólasveinar þann dag í dag munu kannast við.

Þess konar heitavísur eru kallaðar **þulur**, þ. e. nafna runur undir einhverjum hætti án þess að vísurnar sje rígbundnar við hina vanalegu tölu vísuorðanna.

Fyrir daga Snorra hafa þesskonar nafnarunur eða þulur verið til. Hann tilfærir sjálfur í sinni bók tvö brot af Þorgrímsþulu (líklega saminni af einhverjum Þorgrími); þar eru talin hestaheiti (Sn. E. I, 480—2) og öxnaheiti (Sn. E. I 484); enn fremur hefur hann 3 vísur með hestaheitum og eigendum þeirra úr Kálfsvísu (eptir einhvern Kálf; nafnið er rjett nefnt í hdr. 748, en rangt: *Alsvinnsmál* í Konungsbók og 1eβ). Enn eru til dróttkvæðar vísur nokkurar með nöfnum á eyjum, ægisdætrum, kvennaheitum og sækonunga (Sn. E. II 491—2, 493, 363 — 490—1, 154 — 420); og eru þær efalaust frá 12. öld flestar ef ekki allar; höfundar þeirra eru ekki nefndir í aðalhandritunum, eins og þau eru nú, en í hinni svo nefndu Laufáseddu — hún á rót sína að rekja til Ormsbókar — er Einarr Skúlason, aðalskáldið á 12. öld, talinn höfundur [illegible]

þeirra (eyjatalið)[1]); að svo sje í raun og veru er sennilegt með öllu.

Í Grímnismálum — og hjer tökum vjer að eins þær vísur til greina, er eiga heima í því kvæði með rjettu — eru víða upptalningar; einkum má minna á nöfn Óðins í 46., 47. og 50. erindi. Í Alvíssmálum eru í 13 erindum talin heiti á ýmsum hlutum, eins og þeir nefndust hjá mönnum, goðum, vönum, jötnum, dvergum o. fl.; í Hyndluljóðum eru ættartölur aðalefnið. Er því auðsætt, að hinar lærðu þulur frá 12. og 13. öld geta talið ætt sína langt fram í aldir.

Það sem vanalega er kallað þulur eru hin víðáttumiklu nafnasöfn, er rituð eru í handritum Snorra-Eddu, og munum vjer nú gera þær að umtalsefni voru um hríð.

Þessar þulur skiptast í tvo flokka eptir handritum, meira flokkinn og minna. Hinn minni flokkurinn, sem vjer viljum kalla A-flokkinn, er í Konungsbók (2367 í gamlasafni í 4 bl. br.) og í 1eβ í Árnasafni, hinn, sem vjer köllum B-flokkinn, í 748 og 757, hvorttveggja í 4 bl. br. í Árnasafni; í 757 vantar þó nokkuð aptan af. — Í Ormsbók kunna þessar þulur að hafa staðið, en í Uppsalabók hafa þær líklegast aldrei verið.

Efnið í þulunum er:

A, Kon.bók — 1eβ	B, 748—757.
Sækonungar (5 v.)	Sækonungar (5 v.)
	Konungr (3 v.)
	Dvergar (6 v.)
Jötnar (6 v.)	Jötnar (um 9 v.)
Tröllkonur (5 v.)	Tröllkonur (5 v.)
	Óðinn (8 v.)
Þórr, Óðins synir (2 v.)	Óðins synir (2 v.)
Jötnar (um 3 v.)	
Æsir (1 v.)	Æsir (1 v.)
Ásynjur (3 v.), Óðins meyjar (1 v.)	Asynjur (4 v.)
Konur (1 v.)	Konur (1 v.)
Menn (10 v.)	Menn (10 v.)
Orrusta (2 v.)	Orrusta (2 v.)
Sverð (9 v.)	Sverð (9 v.)
Heiti á sverði (3 v.)	Heiti á sverði (3 v.)
Öx (1 v.)	Öx (1 v.)
Spjót (1 v.)	Spjót (1 v.)
Ör (2 v.)	Ör (2 v.)

[1] „ær kienna, er qvad Einar Skúlason“, og svo koma 4o; bl. 70a).

A, Konbók — 1eβ	B, 748—757.
Bogi (1 v.)	Bogi (1 v.)
Skjöldr ($2^1/_2$ v.)	Skjöldr ($2^1/_2$ v.)
Hjálmr ($1^1/_2$ v.)	Hjálmr ($1^1/_2$ v.)
Brynja ($^1/_2$ v.)	Brynja ($^1/_2$ v.)
Sjór (4 v.)	Sjór (4 v.)
Ár (6 v.)	Ar (6 v.)
Fiskar (4 v.)	Fiskar (4 v.)
Hvalir (2 v.)	Hvalir (2 v.)
Skip (4 v.)	Skip (4 v.)
Segl etc. (6 v.)	Heiti á skipi (6 v.)
Jörð (2 v.)	Jörð (2 v.)
	Viðr (3 v.)
Yxn, kýr (3 + $^1/_2$ v.)	Yxn, kýr (4 v.)
Hrútr (1 v.)	Hrútr (1 v.)
Hafr (1 v.)	Hafr (1 v.)
Björn ($1^1/_2$ v.)	Björn ($1^1/_2$ v.)
Hjörtr ($^1/_2$ v.)	Hjörtr ($^1/_2$ v.)
Göltr (1 v.)	Göltr (1 v.)
Vargr ($1^1/_2$ v.)	Vargr ($1^1/_2$ v.)
Himnar ($2^1/_2$ v.)	Himnar (3 v.)
Sól (1 v.)	Sól (1 v.)

Hjer á eptir kemur í B-flokkinum: Tungl (1 v.), Dægr (1 v.), Heimr (1 v.), Veðr (2 v.), Eldr (4 v.), Ormar (4 v.), Hestar (4 v.), Haukr (2 v.), Hrafn ($1^1/_2$ v.), Hani (1 v.), Ari (1 v.), Fuglar (7 v.; hjer í endar 757), Kona (3 v.), Hugr, hjarta ($^1/_2$ v.), Grýla (1 v.), Heiti á hendi (1 v.), Valkyrjur (2 v.), Eyjar (7 v.), Firðir (1 v.), Sáð (2 v.).

Þau tvö handritin, sem saman heyra, eru að mestu eða öllu eins; oss þykir óþarfi hjer að tína upp allan mismun milli þeirra, þar eð hjer er að mestu að eins um orðamun og afbakanir nafna að ræða. 1eβ er yngra handrit en Kon. bók, og er ekki að furða, þótt þar sjeu stundum rengri orðmyndir; en eins og gengur, geta þar og hist þær, er rjettari sjeu en í Kon. bók. Aptur finnast breytingar í 1eβ af yngra toga spunnar og gerðar til þess að fá fram betri og fullkomnari vísur. Svo á sjer t. a. m. stað síðast í seinni jötnaþulunni:

Kon. bók	1eβ
Jötunn Óglaðnir	Jötunn Óglaðnir
ok Örgrímnir	ok Örgrímnir
Grimlingr [Gripnir[1])]	Grimlingr Gusir

1) Vantar, en er í 748 og 757.

Kon. bók	leþ
Gusir Ófóti	ok Ganglati
Hlói Ganglati	Ofláti Hlói
ok Helreginn.	ok Helreginn.

Af því að *Gripnir* vantaði, skekktist bragarhátturinn, og því hefur það verið lagfært eins og er í leþ. Þessi þulan er í Kon. bók 22 vísuorð, eða 2 heilar vísur og 6 vísuorð, svo að 2 vantar í heila vísu; í leþ hafa svo að síðustu verið ort við þessi tvö orð: *þá er nú lokit | þussa heitum;* þetta er auðsjáanlega síðari tilbúningur. Á líkan hátt er 4. og 10. vísunni af mannaheitum lítið vikið við.

A 748 og 757 er enginn munur — að ýmsum nafnamyndum undan skildum —, annar en sá, að í 757, sem er yngra handrit, eru höfð skipti á 2 fyrstu þulunum, sækonungaheitum og konunga; það hefur þótt betur eiga við, að konungarnir stæðu efstir á blaði.

Vjer getum því með fullum rjetti talað um tvo flokka, sem standi gagnvart hvor öðrum, en hvernig er nú þessari afstöðu þeirra andspænis hvor öðrum varið? Það er auðvitað, að hjer er og getur ekki verið um tvennt að tefla. Þessir flokkar eru tvö aðalsöfn, þannig að A-flokkurinn hefur síðar verið aukinn með öllu því, sem hinn, B-flokkurinn, hefur fram yfir hann. Inn í A-flokkinn er skotið *konungum* á eptir *sækonungum* — efnið var náskylt; en í 757 er skipt um, eins og sagt var — og *dvergum* á undan *jötnum*, sömuleiðis *Óðni* á undan *Óðins sonum* og *viðar*heitum inn á eptir *jörð*, og að síðustu er öllu hinu: *tungl — sáð* bætt við. Þessi innskot eru sett af ásettu ráði þar sem þau eru og fara vel í röðinni. Í A-flokkinum eru tvær jötnaþulur[1]), og ber sú seinni með sjer, að hún er innskot (*Enn eru eptir | jötna heiti* osfrv.) og það sett á óhentugum stað, milli Óðins sona og Asa heita, í staðinn fyrir á eptir fyrri jötnaþulunni; að þessi síðari þula sje innskot, sjest eigi að eins af þessu, heldur og af hinu, að í henni kemur fyrir eitt nafn — *Grímnir* —, sem og stendur í hinni, og er sú sönnun ærin ein. Sá sem síðar fjallaði um þennan þuluflokk, hann hefur sjeð, hve illa fór á því, að hafa tvær þulur um það sama, sína á hvorum staðnum, og hann slengdi nú báðum þulunum saman í eina, en fórst nokkuð óhönduglega; í fyrra flokkinum eru jötnavísurnar rjettar 5 og enda með þessum helming: *Nati, Sekmímir.* | *Nú eru upp talið | ámátligra | jötna heiti.* Í B-flokkinum er nú síðari þulan — *Enn eru eptir* osfrv. — án nokkurrar samskeytingar tilraunar sett inn á eptir *Nati, Sekmímir*, og vísuorðin *Nú eru — heiti* flutt til og sett allra síðast. Sá, sem skipaði þessu svo, hefur ekkert hirt —

[1]) þ. 1875 215. bls. neðan máls.

um hin illu samskeyti bæði fremst og aptast, og ekkert um, þótt sama nafnið kæmi tvisvar fyrir. Önnur breyting, sem gerð hefur verið í líka stefnu, er sú, að þar sem A-flokkurinn hefur nöfn Þórs fyr og Óðins sona á eptir, líklega af þeirri orsök, að Þórr var ekki einungis fremstur af sonum Óðins, heldur og af því, að hann var einn aðalguðinn —, þá er þessu í B-flokkinum skipt um, svo að Þórsvísunni er hnýtt aptan í Óðins sonu, og mátti það að vísu líka vera svo.

Það er svo auðsjeð, að þessi munur á A-flokkinum og B-flokkinum stafar frá yngri breytingum, að þar um þarf ekki að fara fleirum orðum. Að það, sem um fram er í B-flokkinum, sje líka yngri viðbót allt eða flest, kemur best í ljós, þegar sá flokkur er borinn saman við hinn í heild sinni.

Allar þær þulur, sem eru fleiri í B-flokkinum, eru vísur með fullkomnu fornyrðislagi, þ. e. með 8 vísuorðum, eða 4, þar sem nöfnin vóru fá; aptur á móti eru opt fleiri í vísu í A-flokkinum, þótt aðalreglan sje og hjer sú, að 8 sjeu. En annað er enn miklu merkara, og það er, að í B-flokks viðaukunum eru mörg útlend og einkum allatínsk nöfn upp tekin; svo sem *pors, plóma, laurús, pera, cipressús* (viðarheiti); *luna, fengari* (mánaheiti); *dies, nox, nis, emisperium* (dægraheiti); *scorpion, rabia* (ormaheiti); *corvús* (hrafnsheiti); *gallús, gallina* (hanaheiti); *áqvila* (araheiti)[1]). Aldrei hefur neinu virkilegu fornskáldi dottið í hug að setja nokkuð af þessum heitum í skáldskap sinn; hann hefði orðið að athlægi. Það er því auðsjeð, að sá sem tíndi þessi nöfn saman, hefur ekki haft í hyggju að safna þeim einungis til þess að þau skyldu vera orðabók fyrir ung skáld, heldur safnað orðum í belg og byðu, með fram til þess að sýna lærdóm sinn af fordild; en þar með er horfið frá þeim tilgangi, sem þulusmiðirnir hafa upprunalega hlotið að hafa haft; sje svo, þá er það ekki smekkur manna á 12. öld, sem hjer kemur í ljós, heldur frá síðari tímum. Til hins sama bendir og það, að í þessum viðaukum eru talin „kvenna heiti ókend", það er ásynjunöfn, jarðarheiti og trjáaheiti, sem hafa megi í kvennkenningum; slíkar þulur hittast aldrei í A-flokkinum. Allur þessi lærdómur mun vart eldri en frá þeim tíma, sem Óláfr hvítaskáld hjelt skóla sinn á, og má vera, að allt þetta stafi meira eða minna frá þeim skóla.

Þessir viðaukar eru ekki allir eptir einn og sama höfund. Í Óðins-heita þulunni (8 vísur) kemur *Grímr* tvisvar fyrir: í 3. og 7. v.; þessar vísur eru því sjálfsagt hvor eptir sinn höfund. Í fuglaheitum er *dúfa* tvisvar: í 4. og 7. vísu. En annars er erfitt eða

1) Það fer því fjarri, að vjer getum verið samþykkir því, sem Bugge segir (á 215. bls.), að þulubálkurinn í 748 sje „helt igjennem" „nogenlunde ensartet behandlet".

lítt mögulegt að sanna, hvernig þeir skiptist eptir höfundum. Þessir höfundar hafa ekki allir verið jafnvel að sjer í fornum skáldskap, enda ekki í sínu eigin máli; því er það, að *linnr* og *liðr*, sem er sama orðið, eru talin tvö heiti: ormaheiti 3. og 4. v., ef þær eru eptir sama manninn; eins er í eldsheitum talin *fýr* og *fúrr* í sömu vísunni sem tvö nöfn. Meðal Óðins-nafna eru talin *Ganglær* og *Ganglæri* (748), þótt auðsjeð sje, að hið fyrra, ef það er rjett, er afbökun úr hinu síðara; en getur verið að *ganglær* sje hjer misskrifað fyrir *göndlir*, smbr. *gön . . . er* í 757[1]).

Vjer snúum oss nú að A-flokkinum einum. Er hann allur eptir einn og sama höfund? Því fer fjarri, að svo sje.

Vjer höfum hjer að framan sýnt, að seinni jötnaþulan hljóti að vera innskot. Meðal mannaheita er *oflátar* í tveimur vísum: 3. og 4.; þær eru valla eptir sama manninn; *drótt* er nefnt tvisvar: í 2. og 5. vísu; *sagnir* í 3. v. smbr. *sögn* í 5. v.; *ráðgjafi* í 6. og 10. v. (hið síðara þó eptir 748—757). Meðal sverðaheita stendur *grindlogi* tvisvar: í 3. og 5. vísu (*-lagi* í Kon. bók, smbr. 1*eβ*, er vafalaust afbökun), *brigðir* tvisvar: í 5. og 8. vísu, *fellir* tvisvar: í 6. og 9., *snyrtir* líka tvisvar: í 1. og 9. Hjer er því auðsjáanlega samsteypa af ekki færri en þremur þulum, sem að upphafi hafa verið greindar að og líklegast sín eptir hvern höfund. Enn fremur er *brandr* talinn bæði með sverðsheitum (4. v.) og heitum á sverði (1. v.), þótt þetta kynni að mega færa til sanns. Meðal árheita stendur *Vína* tvisvar (3. og 4. v.), *Hrönn* líka tvisvar (4. og 6. v.). Enn fremur eru Óðinssonaþulan og Asaheiti valla eptir sama manninn, því að sum nöfn standa í báðum[2]).

Allt þetta ber að sama brunninum. A-flokks þulurnar geta með engu móti verið allar eptir sama manninn; hve mikið af þeim eða hve lítið er ort af sama skáldinu, það er og verður ómögulegt að segja með neinni vissu.

En hvernig eru þá þessar þulur til orðnar?

Vjer höfum áður getið um vísindi Íslendinga og námfýsi þeirra á 12. öld. Það er hvorttveggja þetta, sem á hlut í upphafi þulna þessara, og ímyndum vjer oss helst — og hjer getur að eins verið um ímyndun að ræða —, að þær sje svo til orðnar, að menn hafi haft fyrir sjer meiri eða minni söfn af fyrri skálda kvæðum, líklegast helst skrifuð, og tínt svo saman úr þeim einföld nöfn eða heiti á

1) Ekkert slíkt finnst í A-flokkinum, nema ef telja skyldi, að meðal vopnaheita eru talin *ísarn* og *járn*, þótt bæði sje eitt og sama orð, en það var vorkun, þótt menn væru ekki svo kunnir á sér vissu, að *járn* var dregið saman úr *ísarn*.

2) Smbr. Bugges orð á bls.

þótt sagt sje, að Hrólfr hafi „sett saman“ Hrómundarsögu, þá hlýtur það að vera svo að skilja, úr því að sagt er, að margir telji ættir sínar til Hrómundar, að til hafi verið fornar arfsagnir í molum um Hrómund, en að Hrólfr hafi sett þær saman í eina heild og búið söguna til úr þeim; en hitt er fjarstæða, eins og líka Landnáma sýnir, að skilja orðin svo, að Hrólfr hafi fyrstur fundið upp þennan Hrómund. Hins vegar er ekki það sama sagt um Ingimund, að hann hafi samið Ormssögu Barreyjarskálds, heldur að eins sagt hana; en hitt gefur að skilja eða sýnist vera ljóst, að vísurnar, sem í sögunni hafa verið, og þó einkum flokkurinn á eptir henni hafa verið eptir Ingimund sjálfan[1]).

Það er nú ekkert vafamál, að þessar svo nefndu fornaldarsögur eru að allri samsetningu til og búningi eptirlíkingar og stælingar af hinum sönnu sögum um Íslendinga á 10. öld. Aðalmennirnir í þeim vóru opt og einatt skáld, og vísur þeirra, bæði kvæði og lausar vísur, hafa fylgt hinum einstöku sögnum um þá; ef til vill væri enda rjettara að kveða svo að orði, að sagnirnar hafi myndast utan um vísurnar og því að eins geymst, að vísurnar vóru á hvers manns munni. Svo þegar farið var að safna sögnunum í stærri heildir eða gera úr þeim heilar sögur í því líki, sem vjer þekkjum þær, eða sem næst því, þá var auðvitað vísunum haldið sem óaðskiljanlegum parti úr þeim. En þetta hafði aptur tvennskonar áhrif eða afleiðingar; önnur var sú, að í konungasögunum var vísum úr konunga og höfðingja kvæðum skotið inn í frásögnina um þá til styrkingar og sönnunar hinni munnlegu frásögn; en þessi frásögn hafði ekki frá alda öðli myndast utan um vísur eða stuðst við þær. Hin afleiðingin var sú, og er að nokkru leyti búið að drepa á hana, að farið var að yrkja vísur og skjóta þeim inn í fornaldarsögurnar, sem vóru að mestu eða miklu leyti tilbúnar; þær voru þá látnar vera ortar við ýms tækifæri af aðalmönnum sagnanna — alveg eins og átti sjer stað í Íslendingasögunum — eða þá að ortar vóru heilar drápur og kvæði og látin vera nokkurs konar viðbót við söguna. Það er af þessu ljóst, hvað fornar þessar vísur og kvæði í fornaldarsögunum eru; þær eru valla eldri en frá 12. öld, og það er vafamál, hvort það sje gerandi, að ætla, að þessi kveðskapur geti verið að mun eldri en svo sem frá 1200.

Ef vjer förum nú að skoða kvæðin í hverri sögu fyrir sig og rannsaka þau, þá styrkist þessi ætlun vor, eða, rjettara sagt, vjer fáum þá nægar sannanir fyrir því, að svo hafi hlotið að vera, sem hjer er frá skýrt. Allar vísur og kvæði í hinum svo nefndu

1) Þetta minnir á, að Krákumál — dánaróður Ragnars loðbrókar — stendur í Konungshandritinu skrifaður rjett á eptir Ragnarssögu.

fornaldarsögum eru stælingar og tómur tilbúningur frá 12., 13. og enda sumt ekki eldra en frá 14. öld; en þessi tilbúningur er opt og einatt allvel gerður, og það er opt auðsjeð, að skáldin hafa gert sjer far um að stæla hin sönnu fornkvæði (einkum eddukvæðin) sem mest, til þess að vísurnar fengi fornlegri blæ og að það gæti orðið trúanlegra, að fornaldarmennirnir hefði getað ort þessar vísur. Bragarhátturinn, t. d. sá dróttkvæði, er opt látinn vera með líkum óreglum (háttaföllum), sem þeim, er finnast í kvæðum Braga og annara elstu skálda: hendingum er slept, og stundum er skothent, þar sem aðalhent ætti að vera; smáorð eru sett fyrir framan höfuðstaf (í jöfnu vísuorðunum) og fleira því um líkt. Enn fremur er leitast við að hafa orðaröðina einfalda og einfaldari og aðgengilegri, en opt vildi verða hjá þeim skáldum, sem ortu undir fullum dróttkvæðum hætti. Kenningar eru og færri og skemri, en ella, og var það bein afleiðing af hinu. Enn berlegar kemur allt þetta í ljós í fornyrðislagsvísunum; þar er farið svo langt til þess að þær skuli fá á sig fornlegan blæ, að orð og setningar eru opt lánaðar úr eldri kvæðum, einkum eddukvæðum, óbreyttar eða lítið eitt vikið við. En enginn, sem nákvæmlega rannsakar öll þessi kvæði og þekkir fornkvæðin til hlítar, getur látið ginnast af þessum fornlega blæ. Því að það eru ekki að eins þessar beinu stælingar eða lán, sem koma því upp um kveðskap þennan, hvers kyns hann er, heldur og ýmisleg orð, einkum klúryrði (*dritmenni*, *skálkr*) og óeðlilegir nýgjörvingar (*yfirbátr*, myndað eptir *eptirbátr*, en yfir-*bátr* er alveg rangt hugsað og málleysa), sem hjer eru órækur votturinn. Hjer kemur það enn til greina, og ber það allt að sama brunninum, að ýmsar af þessum lausavísum eru ortar undir **málahætti**, en þessi háttur var að fornu aldrei hafður í lausum vísum, svo að menn viti; ekki eitt einasta dæmi til þess þekkist frá 9., 10. og 11. öld frá þeim sögum, sem eru taldar sannar og góðar.

Það er með öðrum orðum alveg auðsjeð, að allur þessi kveðskapur er „lærður“ tilbúningur og stælingar, en ekki náttúrukveðskapur, er geti komist í nokkurn samjöfnuð við hin eldri eddukvæði, þar sem allt er unglegt og fjörugt og, ef svo mætti að orði komast, með nýjabrumi andans, með hinni heilögu einfeldni og þeirri hátignarlegu og hrífandi andagipt, sem skapar sjálf íþróttina, en lætur ekki skapast af íþrótt og fyrirmyndum.

Þessi lærði kveðskapur stendur nú í besta samræmi við 12. öldina og ritstörf Íslendinga þá og bókfræði. Það er óhætt að kveða svo að orði, að ritstörf þessi sjeu framkomin af vísindalegri rannsókn og vísindalegu námi. Í raun rjettri eru sögurnar ekkert annað en árangur þess konar rannsókna á fyrri

tímum. Menn rannsökuðu og reyndu til þess að grafa upp allt sem til var af andlegum fornmenjum, söfnuðu öllum gömlum kvæðum (eddukvæðum og skáldakvæðum), lögum, ættartölum o. fl.; bjuggu til úr goðakvæðunum sögu (goðasögu; Gylfaginning Snorra), úr hetjukvæðunum sömuleiðis (Völsungasaga). Jafnvel fóru menn nú og að yrkja ný kvæði í eddukvæða stíl með því kerfi (t. a. m. tólf-guða kenningunni), sem menn þóttust nú hafa fundið (Völuspá in skamma). Kveðskapurinn sjálfur var og vísindalega rannsakaður; bragreglur vóru stundaðar hjá eldri og yngri skáldum og tekið eptir mun á háttunum öllum frá því fyrsta; sjálft skáldskaparmálið — kenningar, heiti o. fl. — var rannsakað og sett í vísindalegt kerfi, enda beinlínis tilbúnar kennslubækur handa mönnum (Snorra edda). „En þat er nú at segja ungum skáldum, þeim er girnast at nema mál skáldskapar ok heyja sér orðfjölða með fornum heitum, eða girnast þeir at kunna skilja þat, er hulit er kveðit, þá skili hann þessa bók til fróðleiks ok skemtunar“ (Sn. E. I 224) segir Snorri, en það er hvorki Snorri einn nje hann fyrstur manna, sem hefur hugsað svo eða komist líkt að orði. Þó nokkru áður hafa menn safnað einstöku heitum úr eldra skáldskap og búið sjer svo til nokkurs konar orðasöfn. En til þess að skáldinu yrði ekki torfynt og það þyrfti ekki að leita lengi að hinum einstöku heitum, sem hljóðstafir og hendingar kröfðust, þá var ekkert betra eða snjallara, en að hafa heilar vísur með tómum nöfnum, því að það var hægast að læra og muna. Það er reynsla, sem allir skólasveinar þann dag í dag munu kannast við.

Þess konar heitavísur eru kallaðar **þulur**, þ. e. nafna runur undir einhverjum hætti án þess að vísurnar sje rígbundnar við hina vanalegu tölu vísuorðanna.

Fyrir daga Snorra hafa þesskonar nafnarunur eða þulur verið til. Hann tilfærir sjálfur í sinni bók tvö brot af Þorgrímsþulu (líklega saminni af einhverjum Þorgrími); þar eru talin hestaheiti (Sn. E. I, 480—2) og öxnaheiti (Sn. E. I 484); enn fremur hefur hann 3 vísur með hestaheitum og eigendum þeirra úr Kálfsvísu (eptir einhvern Kálf; nafnið er rjett nefnt í hdr. 748, en rangt: *Alsvinnsmál* í Konungsbók og 1eβ). Enn eru til dróttkvæðar vísur nokkurar með nöfnum á eyjum, ægisdætrum, kvennaheitum og sækonunga (Sn. E. II 491—2, 493, 363 — 490—1, 154 — 420); og eru þær efalaust frá 12. öld flestar ef ekki allar; höfundar þeirra eru ekki nefndir í aðalhandritunum, eins og þau eru nú, en í hinni svo nefndu Laufáseddu — hún á rót sína að rekja til Ormsbókar — er Einarr Skúlason, aðalskáldið á 12. öld, talinn höfundur tveggja

þeirra (eyjatalið)[1]); að svo sje í raun og veru er sennilegt með öllu.

Í Grímnismálum — og hjer tökum vjer að eins þær vísur til greina, er eiga heima í því kvæði með rjettu — eru víða upptalningar; einkum má minna á nöfn Óðins í 46., 47. og 50. erindi. Í Alvíssmálum eru í 13 erindum talin heiti á ýmsum hlutum, eins og þeir nefndust hjá mönnum, goðum, vönum, jötnum, dvergum o. fl.; í Hyndluljóðum eru ættartölur aðalefnið. Er því auðsætt, að hinar lærðu þulur frá 12. og 13. öld geta talið ætt sína langt fram í aldir.

Það sem vanalega er kallað **þulur** eru hin víðáttumiklu nafnasöfn, er rituð eru í handritum Snorra-Eddu, og munum vjer nú gera þær að umtalsefni voru um hríð.

Þessar þulur skiptast í tvo flokka eptir handritum, meira flokkinn og minna. Hinn minni flokkurinn, sem vjer viljum kalla A-flokkinn, er í Konungsbók (2367 í gamlasafni í 4 bl. br.) og í 1eβ í Árnasafni, hinn, sem vjer köllum B-flokkinn, í 748 og 757, hvorttveggja í 4 bl. br. í Árnasafni; í 757 vantar þó nokkuð aptan af. — Í Ormsbók kunna þessar þulur að hafa staðið, en í Uppsalabók hafa þær líklegast aldrei verið.

Efnið í þulunum er:

A, Kon.bók — 1eβ	B, 748—757.
Sækonungar (5 v.)	Sækonungar (5 v.)
	Konungr (3 v.)
	Dvergar (6 v.)
Jötnar (6 v.)	Jötnar (um 9 v.)
Tröllkonur (5 v.)	Tröllkonur (5 v.)
	Óðinn (8 v.)
Þórr, Óðins synir (2 v.)	Óðins synir (2 v.)
Jötnar (um 3 v.)	
Æsir (1 v.)	Æsir (1 v.)
Ásynjur (3 v.), Óðins meyjar (1 v.)	Asynjur (4 v.)
Konur (1 v.)	Konur (1 v.)
Menn (10 v.)	Menn (10 v.)
Orrusta (2 v.)	Orrusta (2 v.)
Sverð (9 v.)	Sverð (9 v.)
Heiti á sverði (3 v.)	Heiti á sverði (3 v.)
Öx (1 v.)	Öx (1 v.)
Spjót (1 v.)	Spjót (1 v.)
Ör (2 v.)	Ör (2 v.)

1) „So [illegible] 4 heiti[illegible] kienna, er qvad Einar Skúlason", og svo koma [illegible]o; bl. 70a).

að konungaheitin stóðu á eptir sækonungum frá upphafi vega sinna í B-fl., er besta sönnunin fyrir því, að þau sjeu innskot. Um röðina Þórr-Óðinssynir (A-fl.) andspænis Óðinssynir (Þórr; B-fl.) höfum vjer áður rætt; hjer er röðin í A-fl. miklu eðlilegri og sjálfsagt upphaflegri: aðalguðinn Þórr fyrst og heiti hans í safni sjer og svo þar á eptir allir Óðinssynir, nefndir að eins með sínum rjettu nöfnum, og þá Þórr líka þar með; hitt þykir oss raunar nokkuð vafamál, hvort Óðinssona þulan sje ekki einmitt innskot eins og jötnaþulan, sem þar kemur rjett á eptir; en slíkt verður ekki staðhæft.

Ef B-fl. væri eldri og upphaflegri og þó ekki eldri en frá því um 1200 og sjálfsagt þegar í stað skrifaður á bók, þá væri það með öllu óskiljandi, hvernig gæti staðið á því, að yngri flokkurinn hefði mist svo mikið og breytt þar að auki röðinni. En þessara hugleiðinga þarf ekki með; jötnaþulan í Bfl., borin saman við jötnaþulurnar í A-fl., sýnir afdráttarlaust, hvernig í öllu liggur, eins og áður er skýrt frá.

Müllenhoff hyggur enn fremur, að eitthvað hljóti að vanta á eptir jarðarheitum, og sjeu það hesta heiti eins vegar, dreka og ormaheiti annars vegar og þar að auk fuglaheiti — en að öll þessi heiti finnist síðar í viðbótunum, þótt ekki sjeu þau þar í þeirri röð, sem helst væri æskjandi; enn fremur segir hann sje skarð í á undan viðarheitum og þetta skarð megi sem best fylla með sáðsheitunum (allrasíðast í 748), og nú spyr hann, hvernig á því geti staðið, að þau sjeu komin svo langt aptur úr, en segir, að erfitt sje að svara því. En hjer er villan hjá Müllenhoff, og það tvennskonar, eða þrennskonar þó, fyrst sú, að álíta viðarheitin upprunaleg í þulubálkinum, þar næst sú, að segja, að það sje nokkurt skarð í milli jarðar- og viðarheita; hvað er yfirhöfuð náttúrlegra, en að næst á eptir nöfnum á jörð komi einmitt nöfn þess, sem grær á jörðunni?, enda kemst Müllenhoff og hjer í mótsögn við það, sem hann hefur sjálfur áður sagt. Þriðja villan, og það er aðalvillan, er sú, að heimta upptalning svo alfullkomna sem verða má, bæði að heitafjöldanum til og að röðinni til. Ef A-fl. er frá 12. öld og B-fl. frá 13. öld, þá er víst, að þær þulur, sem Müllenhoff heimtar, verður smíð 19. aldarinnar. Allar þær tilraunir, sem Müllenhoff gerir nú til þess að gott skipulag, það er að segja eptir hans höfði, geti komist á, eru með öllu óþarfar og enda vísindalega óleyfilegar. Hjer er allt öðru máli að gegna, en ef um einstök kvæði væri að ræða, kvæði með goðfræðislegu efni t. a. m. eða hetjukvæði, þar sem efnið sjálft er þannig lagað, að það getur bent á, ef vísur hafa skekkst og skipt um sæti; þar er hægt eða allajafna hægt að skilja

svo hugsun skáldsins, að viðráðanlegt sje að skýra, hver sögulegur gangur efnisins hljóti að vera og þá líka hin rjetta vísnaröð í kvæðinu. En hjer er ekkert slíkt efni að fara eptir; hjer eru engar þær vörður á vegi, sem sje áreiðanlegir leiðtogar, og þær reglur, sem þá ætti eptir að fara, geta aldrei orðið annað en eigin heilasmíð.

Hinn síðasti partur þulnanna í B-fl., er, eins og Müllenhoff sjálfur kannast við, mjög reglulaus; þó er dýrabálkurinn (*ormar — fuglar*) ekki svo slæmur; en þá vesnar þar á eptir; og þegar nú þess er gætt, bæði hvers eðlis flokkarnir eru andspænis hvor öðrum, og svo hins, að 3 síðustu þulurnar (*eyjar — sáð*) eru skildar frá hinum með dróttkvæðum vísum, þá er hjer ekkert vandamál fyrir höndum að brjóta heila sinn um; öllu þessu, að minnsta kosti því, sem er á eptir fuglaheitum, er safnað saman holt og bolt, eða hrúgað saman af handahófi, alveg á sama hátt og höfundur eða höfundar viðaukanna í B-fl. hrúga saman hugsunarlaust íslenskum og latínskum orðum (sjá framar s. 498); ekkert samanhengi hefur nokkuru sinni átt sjer hjer stað annað en það, að allt þetta eru þulur. Vjer þurfum ekki að fara frekara út í þessa viðauka, en gert hefur verið; þó skal því bætt við, að valkyrjuheitin í B-fl. geta á engan hátt samrýmst við *Óðins meyjar* næst á eptir *Ásynjum* í A- og B-fl., þrátt fyrir ummæli Müllenhoffs.

Hvort Snorri Sturluson hafi þekt þessar þulur og notað þær í bók sinni og hvort hann hefur ætlast til þess, að þær stæðu þar, það atriði getum vjer að sinni ekki tekið oss fyrir hendur að rannsaka. En þar er þó, sem stendur, ekki langt á milli skoðanar Bugges og vorrar, þeirrar, að þulurnar — það er að skilja A-fl. — sje frá eldri tímum en Snorra[1]) og að þær hafi ekki frá öndverðu staðið í skáldskaparmálum hans; að hann hafi þekt þær, er mögulegt. En þetta atriði verður allt að skoðast og rannsakast um leið og öll edda hans og samsetning hennar er rannsökuð.

Vjer viljum hjer taka það í fáum greinum fram, sem vjer þykjumst hafa sannað:

1. A-flokkurinn er eldri og upprunalegri en B-flokkurinn.

2. Mest eða allt af því, sem B-fl. hefur umfram A-fl., er ort á 13. öld og ekki að eins í þeim tilgangi, að setja saman orð, er notuð skyldu í skáldskap; þessir viðaukar stafa frá lærðum mönnum.

3. A-flokkurinn er sjálfur saman settur af þulum eptir ýmsa höfunda, en mun þó vera frá 12. öld, og eingöngu saman settur til þess að vera leiðarvísir fyrir skáld.

---

1) Þess skal hjer getið, að Guðbrandur Vigfússon álítur, að þulurnar sje frá 12. öld (Dict. 780).

4. Skipulagið er nokkurn veginn gott í báðum flokkunum, nema í viðaukanum við B-fl., einkum síðasta partinum; þar er öll slengt saman reglulaust.

5. Þulurnar, einkum þær eldri, eru svo til orðnar, að menn hafa tínt saman úr fornum kvæðum öll einföld heiti og annaðhvort þegar eða eptir nokkurn tíma sett þau í vísur til hægðarauka fyrir nemendur.

6. Þulurnar eru allar, undantekningarlaust, orðnar til á Íslandi og hvergi, nema þar.

Þessar þulur eru, eins og Bugge hefur komist að orði, enginn skáldskapur („Her er ikke Tale om Poesi" bls. 210); þær eru ekkert annað en nöfn (heiti) og nöfnin tóm. En ekki gat ævinlega hist svo á, að nöfnin, þau sem höfundurinn hafði safnað, gætu fyllt vísu eða vísuorð; það sem á vantaði fyllti hann svo með öðrum eins orðatiltækjum og „sékkat ek fleiri | sækonunga", „nú eru upp talið | ámáttligra | jötna heiti", „viljum nefna | Rýgi síðast | ok Rifingöflu", „hér er efstr Loki", smbr. og vísuna um Freyju, „nornir heita | þær er nauð skapa | Nipt ok Dísi | nú mun ek telja" osfrv. osfrv.; smbr. endann á eldsþul. — „nú eru sex tigir | seyðis heita". Stundum byrjar höfundurinn þulu sína með því að segja, hver nöfn hann ætli (nú) að inna: „Ek mun jötna | inna heiti", „Skal ek tröllkvenna | telja heiti", „Enn skal telja | Ása heiti", „Nú skal Ásynjur | allar nefna", „Mál er at segja | manna heiti", „Ek mun segja | sverða heiti" osfrv; eða og stendur blátt áfram: „þau eru heiti" (orrustu heiti). Að þessu leyti er valla nokkur munur á A-fl. og B-fl.; smbr (B-fl.): „Man ek haukstalda | heiti segja", „Nú skal yppa | Óðins nöfnum", „Gims heiti vilk | greppum segja" osfrv.; þó má geta þess, sem ekki sýnist þýðingarlaust, að af niðurlagsathugasemdunum, sem um var getið, finnst ekkert í B-flokks viðaukunum nema í eldsþulunni, og að hinu einfalda upphafi á yxnaþulunni í A-fl. („Enn skal segja | öxna heiti") er breytt í þessi hin viðhafnarmiklu og smekklausu orð: „Ek man skýra | fyr skata mengi | allramligra | yxna heiti"(!); en tilgangurinn er auðsjáanlega sá, að gera vísurnar í þulunni reglulegri; með þessu móti verður yxna og kúaþulan í B-fl. rjettar 4 vísur með átta vísuorðum hver, en í A-fl. eru 10 vísuorð í fyrstu vísu. Að hin upprunalega mynd þulunnar sje sú í A-fl., verða allir að játa að sje vafalaust. Annars byrjar hver þula að eins með nöfnum tómum eða t. a. m. svo: „N. N. heitir", eða svo: „N. N. er (eru)", og þá stendur allajafna í fyrsta vísuorði hið almenna nafn hlutarins, sem tíðkaðist í daglegu máli, t. a. m. „Darr, *spjót* ok nöt", „*Ör* er ok akka", „*Skjöldr*,

þrunginsalr", „*Sær*, sílægja" osfrv. Stundum er ekki einu sinni svo; t. a. m. byrja árheiti þannig: „Gjöll, Glit, Gera".

Ekki er hægt að sýna neina verulega reglu, sem hin einstöku heiti sje sett eptir í hverri þulu fyrir sig; enda segir sig og sjálft, að slíku varð ekki við komið, þar sem höfuðstafir og stuðlar vóru hafðir sem í hverri annari kveðskapargrein. Þó er því síst að neita, að ekki sje gerð endrum og sinnum tilraun til þess að safna orðum saman, sem að einhverju leyti líktust hvert öðru, þótt ekki væri nema að upphafsstafnum til einum, að svo miklu leyti sem hljóðstafareglan leyfði; í 2. vísu í jötnaþulunni fyrri er auðsjáanlega með ráði gert að safna þeim orðum saman, sem hefjast á *h*, í 4. vísu þeim, sem byrja með *s*, í 1. vísu tröllkvenna-þulunnar þeim, sem byrja með *g*; í 1. vísunni í skipspartaþulunni byrja öll heiti með *s*, *sk*, *st*, í þeirri 3. öll nema eitt með *h* osfrv.

Í öðru lagi eru opt þau heiti sett saman í vísu, sem eru lík að myndun og endingu; öll heiti í 7. vísu í sverðaheitaþulunni enda t. a. m. á *-ingr* (12 auk *hrings*) og *-ungr* (2). Enn fremur er þeim stundum skipað á bekk saman, sem eru líkt saman sett; svo eru 6 heiti, sem byrja með *blóð*, öll í 1. vísu í sverðspartaþulunni.

Í þriðja lagi er þeim heitum opt skipað saman í vísuorði, sem annaðhvort mynda hendingar hvort við annað *(Beiti, Áti; fáfnir, raufnir; Skekkill, Ekkill; Reifnir, Leifnir; Sómi, skjómi; emjar, þremjar)*, eða endast með sömu afleiðsluendingu *(Hundingr, Hvítingr)* eða sama samsetningarlið *(Auðmundr, Guðmundr)*.

Þar sem heitin vóru ekki nógu löng til þess að fylla vísuorðið, er opt og tíðum skotið inn orðinu *ok* (*Iði ok þjasi; Gríðr ok Gnyssa*; *hríð ok etja*).

Þessar þulur vóru ekki að eins harðla merkilegar fyrir Íslendinga á 12. og 13. öld. Þær eru oss, sem viljum skilja fornan skáldskap og skýra hann, til ómetanlegs gagns. Þótt mart sje þar, sem oss veitir erfitt að skilja og af ýmsum orsökum, þá myndi það vera enn fleira, ef vjer hefðum ekki þulurnar oss til hjálpar og leiðbeiningar. Það er efasamt, hvort vjer mundum skilja orðið *tvíviðr*, ef það stæði ekki meðal bogaheita í þulum; það væri efamál, hvort vjer gætum skýrt ískenninguna *fjárðar kellir* hjá Kormáki, ef *kellir* væri ekki þar meðal hjálmsheita. Meðal fiskaheita er *vartari*; en skyldi oss ekki hafa veitt erfitt að skilja *holtvartari*, ef þulur kæmi oss ekki til hjálpar? Og sama er að segja um ótal fleiri heiti, sem hjer yrði oflangt upp að telja. Vjer megum því vera þakklátir við þá menn, sem bjuggu þulurnar til og hjeldu þeim saman, svo að þær týndust ekki.

Þótt höfundunum hafi sjest stundum yfir, höfum vjer engan rjett til þess að dæma þá hart. Það er svo náttúrlegt og skiljanlegt, að þeir kunnu ekki að gera rjetta grein fyrir *ísarn-járn*; það er vel skiljanlegt, að þeir hjeldu, að *lýðr* og *ljóðr* væru tvö heiti, sömuleiðis *dun* og *dyn*, *-drima* (í samsetningum) og *þrima*, osfrv.

Þulurnar hafa enn aðra þýðingu og hana mjög mikla fyrir goðafræði og menningarsögu fornaldarinnar. Þessa þýðingu þeirra hefur Bugge farið fögrum og sönnum orðum um, og vísum vjer til þeirra í ritgjörð hans, 210. bls.

II.

Frá alda öðli hefur það verið ein aðal-þjóðarskemtun og leikur að bera upp hvor fyrir öðrum vandasamar spurningar um hitt og þetta; ef hinn, er svara skyldi, kunni ekki úr að leysa, misti hann það, sem við lá, eins og í hverjum öðrum leik; hefur það efalaust þótt jafnveglegur sigur að sínu leyti eins og t. a. m. sigur í kapphlaupum, fimleikum, skotfimi og fl. Fornmenn kunnu að meta og virða yfirburði sálarinnar jafnvel sem ágæti líkamans og engu síður.

Hin elstu dæmi þessa leiks eru tvö viðræðu-kvæði meðal eddukvæðanna: Vafþrúðnismál og Alvíssmál. Hjer eru það þeir Óðinn og Þórr, sem leggja spurningar fyrir Vafþrúðni jötun og Alvís dverg, en þeir eiga úr að leysa. Báðir tapa þeir í leiknum og láta lífið. Það sem í þessum kvæðum er spurt um, er þó þess konar, að það þurfti fróðleik og lærdóm til þess að svara því; spurningarnar eru hreinar og beinar („hvaðan kom jörð eða upphiminn?“, „hverr varð elztr ása eða jötna“, „hvat lifir manna eptir fimbulvetr“; „hvat heitir jörð, himinn, máni osfrv. í hverjum heimi;“) og ómögulegt, að vera í vafa um, hvað spyrjandinn á við í hvert skipti. Hjer var allt undir því komið, hvor vissi meira, hvor hafði lært meira, hvor fróðari var.

Öðru máli er að gegna um þær spurningar, sem eru í sjálfu sjer tvíræðar og gátur eru nefndar. Spyrjandinn lýsir sjálfur einhverjum hlut eða dýri, en þó svo óljóst og ófullkomið, að vandasamt sje að sjá, hvað hann á við. Til þess að geta svarað, dugar lítið lærdómur eða þekking; það sem hjer er mest um varið, er skarpskygni og snarræði sálarinnar, eða getspeki, sem fornmenn kölluðu það.

Vafþrúðnir og Alvíss voru fróðir (en ekki spakir), Heiðrekr konungur var spakur. Í þessum tveim lýsingarorðum er fólginn

munurinn á þeim hæfilegleikum, sem þurfti til þess að svara spurningum Ganglera (Óðins) og Þórs (Alvíssm.) og til hins, að ráða gátur.

Væri vandasamt að ráða gátur, var hitt ekki síður komið undir skarpleik og skáldlegri andagipt, að búa til gátur. Listin var (og er) sú að lýsa einhverju þannig, að teknir sje eiginlegleikar nokkurir, sem hluturinn hefur ekki einn, heldur nokkura þá sömu, sem aðrir hafa eða geta haft, en þó þar að auk eitthvað, sem er einkennilegt fyrir hlutinn sjálfan eingöngu. Í gátunni felst því bæði samanburður, líking, við annað og einangrun frá öllu öðru. Hjer er tvennt að varast, fyrst það, að lýsingin verði ekki of dimm eða of almenn, svo að hún geti með rjettu heimfærst upp á fleiri hluti en einn, og þar næst það, að lýsingin verði ekki of ljós, svo að svarið liggi þegar á tungu manns, jafnskjótt sem lýsingin er sögð; þá er það engin gáta. Það er því ljóst, að það þarf ekki síður góða sálarhæfilegleika til þess að bera upp, smíða gátur, en til þess að ráða þær, sjá þær. Eitt dæmi skal sýnt þessu til skýringar. Í gátunni „Hverr er sá inn hvelli, er gengr harðar götur ok hefir hann þær fyrr of farit?; mjök fast kyssir, ok hefir munna tvá, sá er á gulli einu gengr“ getur öll lýsingin aptur að *kyssir* átt við allt og alla; *ok hefir munna tvá* getur átt við margar tegundir þess hlutar (hamars), sem gátan á við, en síðasti hluti lýsingarinnar, *sá er á gulli einu gengr*, getur að eins átt við *gullsmiðs-hamar*. Þessi gáta er ágæt, en það er auðvitað, að allar eru ekki jafngóðar eða hnittilegar.

Í fornsögum Íslendinga er yfir höfuð að tala lítið af gátum og í raun og veru ekki öðru til að dreifa en safni því, sem er í Heiðreks sögu og Hervarar; það eru gátur þær, sem Óðinn í líki Gestumblinda, „ríks manns í Reiðgotalandi“ [1]), ber upp fyrir Heiðreki konungi; hann var hinn mesti spekingur, svo að engin gáta varð „upp borin, er hann rjeði eigi“; enda urðu þau leikslok, að Heiðrekr rjeð allar gátur Gestumblinda, svo að hann (Óðinn) varð að koma að síðustu með þá gátu eða öllu heldur spurningu (því að gáta er það ekki í eiginlegum skilningi): „hvað mælti Óðinn í eyra Baldri, áður hann var á bál borinn?“

Það er þetta gátusafn, er vjer viljum nú skoða nokkru gjör.

Gáturnar standa í Heiðrekssögu í Hauksbók (AM 544), en í sjálfa skinnbókina vantar allt frá og með 3. gátunni; en áður en

1) Smbr. „Gestiblindus, Gothorum rex“ hjá Saxo V. bók, bls. 242; annars er engin líking með þeim Gestumblinda, nema ef vera skyldi, að Gestiblindus „Frothonem supplex accessit“, en reyndar af allt öðrum orsökum en þeim, sem knúðu Gestumblinda til þess að hitta Heiðrek.

gátublöðin týndust, hafa þau verið skrifuð upp, og eru tvær uppskriptir í Árnasafni, 281,4⁰ (h1 í athugasemdum Bugges) og 597, b, 4⁰ (h2 hjá Bugge). Í þessum uppskriptum er þó efalaust mart afbakað og ranglesið, tekstinn því víða slæmur; en það er ekki tilætlun vor að fara hjer út í einstöku orð eða vísuorð, fremur en í þulunum. Þar að auki standa gáturnar í konungshandritinu af sögunni (2845,4⁰ í gamlasafni). Bugge hefur gefið þær út eptir hvorritveggju skinnbókinni og pappírshandritunum, er nefnd vóru, og gert það með mestu nákvæmni; sjá útgáfu hans í Norrøne Sagaer af sagnhistorisk Indhold, bls. 234—263 og 333—344. En gáturnar er að mörgu leyti öðruvísi í Konungsbókinni en í Hauksbók.

Í Hauksbók, H-fl., eru gáturnar 35, í Kon.bók, K-fl., 29, að undanskilinni síðustu vísunni, sem er fremur spurning en gáta; þar af er þó ein, sem ekki stendur í Hb.; þar að auk er röðin opt og einatt önnur í Hb, en í Kon. bók. Í báðum bókunum eru gáturnar hver fyrir sig eins að efni og orðalagi, að svo miklu leyti sem þær eru samar í báðum, nema bylgju-gáturnar, H-fl. 21/22 — K-fl. 19/20, smbr. 21, þar er ruglingur nokkur á, svo að hlaupið er úr einni vísu í aðra; en það er auðskilið, að slíkt gat orðið, þar sem vísurnar koma hvor á eptir annari, eru um það sama og undir sama bragarhætti. Bragarhátturinn er að mestu samur í báðum, en þó tvennur, ljóðaháttur og fornyrðislag[1]); undir ljóðahætti eru flestar ortar: 24 í H-fl., 11 með fornyrðislagi (en vísurnar eru hjer ólíkar að lengd, fjórar með 8, tvær með 7, tvær með 6 og þrjár með 4 vísuorðum); í K-fl. eru 20 (þar af ein, sem ekki er í H-fl.) með ljóðahætti, 9 með fornyrðislagi (eptir sama vísuorðatali 4, 2, 1, 2). Stundum er báðum háttum blandað saman.

Röðin í báðum flokkunum er þessi:

H-fl.	K-fl.
Mungát	Mungát
Brú osfrv.	Brú osfrv.
Dögg	Dögg
Gullsmiðshamarr	Gullsmiðshamarr
Myrkvi — 15	Smiðbelgir — 9
Akkeri — 23	Köngurváfa — 14
Hrafn, dögg, fiskr, fors	Laukr — 8
Laukr — 7	Hrafntinna — 16
Smiðbelgir — 5	Svana egg — 17
Hagl, regn	Hvannir — 18

1) Hjer tökum vjer ekki til greina dragið: *Heiðrekr konungr, hygg þú at gátu*, sem fylgir hverri vísu, nema 18, 20, 22, 24, 28 í K-fl.

H-fl.

Tordýfill
Grísafull sýr — 26
Ör
Köngurváfa — 6
Sól
Hrafntinna — 8
Æðar egg — 9
Fjallhvannir — 10
Hneftafl — 13
Rjúpur — 18
Bylgjur — 19, 20 og 21
Bylgjur — 20 og 19
Bylgjur — 24
Ísjaki, hestr, ormr — 11
Húnn í tafli — 16
Skjöldr — 17
Önd á eggjum í nautskjálka — 22
Kýr — 27.
Eldr á arni — 14
Línvefr, skeið
Ítrekstafl — 12
Grísasýr — 25
Glæðr á arni
Valr með æði — 28
Óðinn á Sleipni — 29

K-fl.

Ísjaki, örn — 24
Ítrekstafl — 31
Hnettafl — 19
Eldr á arni — 29
Myrkvi — 5
Húnn í tafli — 25
Skjöldr — 26
Rjúpur — 20
Bylgjur — 21 og 22
Bylgjur — 22 og 21
Bylgjur (eitt v. o. úr 21)
Önd á eggjum í nautskjálka — 27

Akkeri — 6
Bylgjur — 23
Grísasýr — 32
Grísafull sýr — 12
Kýr — 28
Valr með æði — 34
Óðinn á Sleipni — 35

Í K-fl. vantar þannig alveg gáturnar um Hrafn, dögg, fisk, fors (7), Hagl, regn (10), Tordýfil (11), Ör (13), Sól (15), Línvef og skeið (30) og Glæðr á arni (33), alls 7; þaraf sú fyrsta (7) og sjötta (30) undir fornyrðislagi, hinar með ljóðahætti; en í H-fl. vantar eina gátuna (K-fl. 21) um bylgjur (þó er eitt vísuorð úr henni í H-fl. 21).

Hvernig stendur nú á þessum gátum? eiga þær allar saman? og er annar flokkurinn rjettari en hinn, eða báðir auknir úr því, sem allur gátubálkurinn, gátur Gestumblinda, vóru að upphafi?

Það er ýmislegt, sem bendir til þess, að hjer sje að nokkru leyti sem með þulurnar, að allar gáturnar heyri ekki saman[1]).

Í fyrsta lagi má það furðu gegna, að sama gátan eða gátuefnið

1) Guðbr. Vigfússon segir í Corp. poet. bor. I, 87: „The riddles relate to many subjects thrown together without much order, and were possibly (as several have the same answer) not in the original frame work".

komi fleirum en einu sinni fyrir; þetta á sjer stað með bylgjugáturnar, þær eru 3 í H-fl., 4 í K-fl. Það er valla hægt að hugsa sjer, að sama skáldið hafi látið Gestumblinda spyrja svo opt um sama hlutinn og það hvað ofan í samt.

Ef að er gáð, er og svo, að 1. og 3. gátan í K-fl. er í raun og veru alveg eins að hugsun til og líklega ein og hin sama að upphafi; vjer ritum þær hjer hvora við hliðina á annari, svo að þetta verði því ljósara:

(K-fl. 19) Hverjar eru þær snótir,
er ganga margar syrgjandi
at forvitni föður?
mörgum mönnum
hafa þær at meini orðit,
við þat munu þær sinn
aldr ala.

(K-fl. 21) Hverjar eru þær ekkjur,
er ganga allar saman
at forvitni föður?
sjaldan blíðar
eru þær við seggja lið
ok eigu þær í vindi vaka.

Hjer eru vissulega tvær tilbreytingar af einu og hinu sama, og nú er það skiljanlegt, hvers vegna Hauksbókin hefur að eins þá fyrri, og ef að er gáð, þá hefur sú vísan í H-fl., sem svarar til 19 í K-fl., nokkuð úr báðum vísunum, þó mest úr 19; hún er svo:

(H-fl. 22) Hverjar ro þær meyjar,
er margar ganga *saman*
at forvitni föður?
mörgum hafa manni
þær at meini komit,
ok eigut þær varðir vera.

Að efni til sýnist þessi vísan best sett saman, einkum sýnist síðasta vísuorðið eiga eðlilegar við þau, sem á undan fara, en eins og það er í hinum; og þó er það eiginlega síðasta vísuorðið í K-fl. 21, sem gerir gátuna rjetta bylgjugátu. 1. bylgjugátan í H-fl. og sú 2. í K-fl. er ein og hin sama, nema að síðasta vísuorðinu til (*ok eigu þær í vindi vaka — ok eigut þær varðir vera*), sú 2. í H-fl. er = sú 1. (og 3.) í Kfl., eins og nú var sýnt; að síðustu er sú 3. í H-fl. = sú 4. í K-fl. En nú er aptur þess að gæta, að 1. og 3. (= 1. og 4. í K-fl.) eru að efni til og að nokkru leyti að orðalagi alllíkar:

(21) Hverjar ro þær snótir
= K-fl 20
er ganga syrgjandi
at forvitni föður,
hadda bleika
hafa þær enar hvítföldnu,
ok eigu í vindi at vaka.

(23) Hverjar ro þær brúðir
= K-fl 24
er ganga brimserkjum í
ok eigu eptir firði för,
harðan beð
hafa þær enar hvítföldnu,
ok leika í logni fátt.

Tvö síðustu vísuorðin eru eins eða samrar hugsunar. En það er valla vafamál, að síðari vísan er sú upprunalegri; hin fyrri gæti verið tilbúningur eða samsuða úr henni og hinni, sem er 22 í H-fl.

(= 19 í K-fl.), og er líklegast svo til komin. Það er kunnara en frá þurfi að segja, hve auðvelt vísum gat orðið slengt saman, þegar þær gengu lengi manna á milli, og því fremur þegar þær vóru um líkt efni. Svo er t. a. m. ein vísa hjá Snorra í Gylfaginningu (Sn. I, 84) saman sett af bútum úr þrem vísum í Lokasennu:

Ærr est nú Loki — Lok 21_{1-2}, ørlög Frigg
ok ørviti, — smbr. 47_{1-2} hygg at öll viti
hví né legskattu Loki — 47_3 [1]) þótt hon sjalfgi segi. } Lok. 29_{4-6} [2])

Þetta eina dæmi er mjög svo lærdómsríkt. Í gátum, sem vóru allra eign og fóru landshornanna á milli, gat líkt orðið og það enn hægar. Ef svo væri, sem nú var talið, eru eptir 2 bylgjugátur: Hfl. 22/23 og K-fl. 19/24. Ef hjer ætti að velja á milli, hikum vjer oss ekki við að velja þá síðari; hún er betri (það er að segja eins og hún er í K-fl.: *brimskerjum* er vafalaust rjettara en *brimserkjum*, sem gerir gátuna ofljósa) og skáldlegri og sýnist betur eiga við hinar af gátunum, sem eigna má Gestumblinda; en það verður að játa, að auk þess er lítið hjer til leiðbeiningar, nema hvað óeðlilegt það er, að bylgjugáturnar sje yfir höfuð fleiri en ein; þó ber þess að geta, að síðasta vísan í K-fl. stendur sjer, og kynni þar af að mega ráða, að hinar 3 væru innskot (og þar með þær tvær fystu í H-fl.).

Enn fremur eru tvær gátur um eld á arni eða glæður á arni: H-fl. 29 — K-fl. 14 og H-fl. 33 (vantar í K-fl). Þar er enn sama að segja sem áður, hve óeðlilegt það sje, að tvær gátur sjeu um sama hlutinn. En hjer kemur auk þess til greina, sem miklu varðar, að síðari gátuna vantar í K-fl., og ætti því með rjettu að mega fella hana úr; það er hægra að ímynda sjer, að vísum hafi verið við bætt eptir því sem tímar liðu fram, einkum ef svo skyldi reynast, að þessar gátur væru ekki eldri en frá bókritunaröld Íslendinga. Og nú vaknar sú spurning, hvort þá muni ekki mega fella úr allar þær gátur, sem H-fl. hefur fram yfir K-fl.[3]). Þetta atriði stendur í nánasta sambandi við söguna, eins og hún er löguð í handritunum báðum, og þyrfti því eiginlega að rannsaka hana alla frá upphafi til enda. Vjer hyggjum þó, að þessa þurfi ekki með í þessu máli. R. Boer hefur komist að þeirri niðurstöðu um Kon-bók, að því er snertir frásögnina um bardagann í Sámseyju (Arkiv f. nord. Fil. IX, 306), að hún sje að ýmsi leyti betri; þótt hdr. sjálft sje yngra, leiðir engan veginn af því, að tekstinn sje verri. Sömuleiðis hefur R. Heinzel sýnt, að Kon.-bók, þrátt fyrir ýmsar villur,

1) Tvö fyrstu vísuorðin hljóða svo: *þir est Loki, svát est ørviti.*
2) Þessi vísa byrjar með orðunum: *Ærr est Loki.*
3) Á því máli er Heinzel: Ueber die Herv. s. bls. 39—40.

sje stundum betri og upphaflegri, en hin. (Ueber die Hervararsaga, bls. 14—15). Vjer viljum hjer í stuttu máli rannsaka, hvort handritið muni vera betra, að því er sjálfan gátnakaflann snertir; en orðamunur í vísunum sjálfum gerir hjer hvorki til nje frá, og munum vjer því ekki skrifa hann hjer. Hjer koma því að eins til greina svör Heiðreks eða ráðningar gátnanna.

Svörin hafa sjálfsagt öll byrjað með orðunum: *Góð er gáta þín, Gestumblindi, getit er þeirar* (*þessar* K); þessi orð standa allvíðast í handritunum, en ýmislega rituð, stytt og skammstöfuð. Sumstaðar vantar þau, en er líklegast hirðuleysi og leti skrifaranna að kenna. Þessi orð eru eiginlega engin vísuorð, þótt þau hafi nokkuð hljóðfall sem líkist vísu; það er gert af ásettu ráði, hljómfegurðar vegna, að hafa svo mörg orð, sem hefjast með *g* öll saman, en þess vegna verða þau ekki vísuorð.

Á eptir þessum orðum kemur svo optast ráðningin í beinum orðum, hljóðfalls- og stuðlalaust, og svo hefur það ætíð verið.

Ráðningarnar sjálfar eru stundum nokkuð mismunandi í handritunum. Um orðamun hirðum vjer heldur ekki hjer, svo framarlega, sem hann gerir ekki hugsunar- eða skilningar-mun. Hins er ekki að dyljast, að H-fl. er opt orðfleiri; einkum er Heiðrekr optar látinn þar kveða upp undrun sína yfir orðfimi Gestumblinda, og lítur út fyrir, að allt slíkt sje viðbót í H.

A þessum stöðum ber H- og K-fl. á milli: A eptir 17. gátunni (í H-fl.) er þessi ráðning:

„Þat eru æðar tvær, þær er eggjum verpa; eggin eru eigi ger með hamri né höndum, en þjónustumeyjar báru ölit í eggskurninni“,

í K-fl. hljóðar ráðningin svo:

„Þar fara svanbrúðir til hreiðrs síns ok verpa eggjum; skurm á eggi er eigi höndum gert né hamri klappað, en svanr er fyr eyjar utan örðigr, sá er þær gátu eggin við“.

Gátan sýnir sjálf, svo ljóst sem æskilegt er, að hjer er alls ekki um mennskar þjónustumeyjar og náttúrlegt öl að ræða; slíkt er hinn hraparlegasti misskilningur; *ambáttir tvær* er skýrandi viðbót eða aukaorð (appositio) við brúðir, og *öl* er unga-efnið í eggskurninni. Þar á móti er allt keiprjett í K-fl. Það getur að eins verið vafasamt, hvort hjer er um endur eða svani að ræða; en lýsingarorðið *bleikhaddaðar* (— hvítfjaðraðar) og einkum *örðigr* (arduus, knejsende) á miklu betur við hinn hálslanga og föngulega svan, en öndina, sem er svo kúlduleg á sundi.

Ráðning 34. gátunnar er í H-fl. svo:

„Þar saztu á vegg ok sátt val bera æði í hamra“. Eins og Bugge hefur tekið fram, á *hamra* (acc.) betur við *börk* (acc.), en

klóm, og er ekki að efast um, að svo sje, hvernig sem *í börk viðar* á að skýrast; hitt *(í klóm)* er tilbúningur manns, sem skildi ekki orðin.

Þar sem í ráðningu hrafntinnu gátunnar (16/8) er bætt við orðin „þú sátt hrafntinnu ok skein á sólargeisli" orðunum „er lá í einu húsi", er þessi viðbót í H-fl. alveg óþörf og eykur ekki skilninginn með neinu, enda er ekkert í gátunni sjálfri, sem heimti slíka viðbót („hvat er . . . . horni harðara, hrafni svartara, skjalli hvítara, skapti réttara").

Þar sem orðin: „þú sátt lax í ánni ok var þat hans vegr" eru umfram í ráðningu 2. gátunnar, má færa þau til sanns og eru líklega rjett.

Að öðru leyti eru ráðningarnar í K-fl. stundum nákvæmari en í H-fl. (9, 20, 21); hins vegar eru þær í H-fl. líka stundum nákvæmari (27, 28); að því leyti til er nokkurn veginn jafnt á komið með flokkunum. Þó sýnist orðalagið að vera fornlegra og betra í K-fl., en hinum. Lauksgáturáðningin er svo í H-fl.: „þat er laukr, höfuð hans horfir í jörð, en blöðin í lopt", en í K-fl.: „þat er laukr, höfuð hans er fast í jörðu, en hann kvistar, er hann vex upp" (gátan: „höfði sínu, vísar á helvega, en fótum til sólar snýr"); myrkvagátu-ráðningin hljóðar svo í H-fl.: „þat er myrkvi; fyrir honum sér eigi sæ [hdrr. *sól*], en hann hverfr, þegar er vindr kemr, ok megu menn ekki at honum gera; hann drepr skini sólar", en í K-fl.: „þat er myrkvi; hann líðr yfir jörðina, svá at ekki sér fyrir honum ok eigi sól, en hann er af, þegar vind gerir á". Svo mætti fleira til tína.

Hjer við bætist, að ýmsir hálfleiðinlegir og þýðingarlausir viðaukar finnast stundum í H-fl. Við ráðninguna á myrkvagátunni t. a. m. bætir Heiðrekr við: „en vélasamliga berr þú upp slíkar gátur ok vandmæli, hverr sem þú ert". Þessi undrun Heiðreks yfir speki Gestumblinda kemur fyrst í ljós við 26. gátuna í K-fl. og hvergi nema þar; en í H-fl. þegar við 2. gátuna og svo úr því við 5., 6., 12. (— 26. í K-fl) 14., smbr. 16. og 32.

Af öllu þessu verður að eins ráðið, að K-fl. taki fram H-fl., að hann sje upphaflegri og rjettari; en þar af sýnist aptur mega leiða með rjettu, að hann kunni og að vera upphaflegri bæði að því er snertir gátnatöluna og gátnaröðina.

En áður en vjer skiljumst við þetta mál til fulls, verður að benda á, að þau dæmi, sem sýnd vóru til fullkomins mismunar á H-fl. og K-fl. að því er snertir ráðningarnar, finnast hvergi nema við þær gátur, sem eru með fornyrðislagi (16, 17, 34).

Eins og getið hefur verið um, eru gáturnar undir ólíkum hætti og þar að auki ólíkar að lengd. En í gamla daga var álitið sjálf-

sagt, að kvæði, flokkar eða vísur, sem saman heyrðu, ættu allar að vera með sama hætti; og verðum vjer að halda því fram, að eðlilegast sje, bæði frá söguhöfundarins hálfu og eins frá kveðskaparins hlið, að gátnaflokkur Gestumblinda hafi verið með einum hætti og að mestu sjálfum sjer samkvæmur.

Meginþorrinn er ortur undir ljóðahætti, 11 í H-fl., 9 í K-fl., undir fornyrðislagi og vísurnar þá meira eða minna fullkomnar. Þessar gátur eru: H-fl. 7 (v. í K-fl.; þessi gáta, vísuhelmingur, er og tortryggileg að því, að hún er í raun rjettri 4 gátur, öðruvísi en allar aðrar)[1]), 12 (= K-fl. 26; grísafull sýr), 32 (= 25, grísasýr), 16 (= 8; hrafntinna), 17 (= 9, æðar [svans K-fl.] egg) 21 22 (= 19—21; bylgja), 26 (= 17, skjöldr), 27 (= 22, önd á eggjum), 28 (= 27; kýr), 30 (v. í K-fl., línvefr), 34 (= 28; valr með æði), 35 (= 29; Óðinn). Hjer við bætast þær gátur enn, sem að eins eru í H-fl.: 10 (hagl, regn), 11 (tordýfill), 13 (ör), 15 (sól). Samkvæmt þessu yrði þá þessar gátur eptir:

Mungát	Mungát
brú	brú
dögg	dögg
gullsmiðshamarr	gullsmiðshamarr
myrkvi	smiðbelgir
akkeri (6)	köngurváfa (6)
laukr (8)	laukr (7)
smiðbelgir (9)	hvannir (10)
köngurváfa (14)	ísjaki (11)
hvannir (18)	Ítrekstafl (12)
hneftafl (19)	hneftafl (13)
rjúpur (20)	eldr á arni (14)
bylgjur (23)	myrkvi (15)
ísjaki (24)	húnn (16)
húnn (25)	rjúpur (18)
eldr á arni (29)	akkeri (23)
Ítrekstafl (31)	bylgjur (24)

Það sjest á þessu, að röðin í K-fl. verður hjer um bil óslitin allt upp að 18. gátunni og þær eru allar með ljóðahætti; þar eru að eins fallnar úr sú 8., 9. og 17; þar á mót eru fallnar úr H-fl. 7., 10—13., 15—17., 21—22. eða 10 alls. Nú verður lauksgátan og hneftaflsgátan söm í röðinni, einnar tölumunur á húnsgátunni, og 5—8 (K-fl.) standa saman eins og 7—10 í H-fl. Smiðbelgjagátan á

1) Smbr. Heinzel: Ueber die Herv. s. bls. 89. og C. A. Rosenberg í Nordb. Aandsliv I, 239.

betur við, eins og hún er í K-fl. rjett á eptir hamarsgátunni; sömuleiðis hvanngátan á eptir laukgátunni; Ítrekstafl og hneftafl standa þar saman; sömuleiðis eldur og myrkvi, akkeri og bylgjur, húnn og rjúpur (hvorttveggja úr dýraríkinu). Að öllu þessu leyti, tvennu og tvennu skipuðu saman, sýnist K-fl. að vera betri en H-fl.; einstæðingar eru að eins köngurváfu og ísjaka-gátan, en það er hin fyrri líka í H-fl. Hvað nú upphafið snertir, sem er eins í báðum, þá er vel skiljandi, að Gestumblindi byrjar á mungáti; það er nokkurs konar áminning til Heiðreks konungs um, að þeir þurfi að væta varirnar (smbr. orðin: *færi honum mungát*); í næsta gátunni talar hann um ferð sína til konungs og í 3. gátunni, hvað hann hafði þá að drykk; það var nú svo sem ekki mungát. Þessar 3 gátur eru nokkurs konar inngangur að gátusennunni.

Af öllu þessu þykir mega leiða með rjettu, að gátur Gestumblinda sjeu í betri röð, í K-fl., en í H-fl., og að þær hafi frá upphafi ekki verið miklu fleiri en í K-fl. Hið fyrra má telja víst, en þar af leiðir, að hið síðara, sem styrkist við svo mart annað, verði enn vissara[1]).

Gáturnar í Heiðrekss., hvort sem þær eru allar gátur Gestumblinda eða ekki, eru harðla merkilegar. Auk þess að þær sýna oss ljóslega eina grein af skemtunum forfeðra vorra, birta þær oss ágæta vel skarpskygni þeirra og nákvæmu athygli á lífi manns og náttúrunni[2]), dýrum, kvikindum, grösum osfrv. Og vjer getum ekki annað en látið í ljósi undrun vora yfir því, að þeir hafi „hugsað hvert skrípi jarðarinnar", eins og Heiðrekr er látinn segja.

Úr daglegu innanhússlífi eru gáturnar um mungát (hið glaða og káta kvöldlíf) og tafllleiki, hneftafl, húnn í hneftafli, Ítrekstafl; enn fremur línvefjar gátan, og er hún ein um stofuvinnu; hjer til heyra og gáturnar um eldinn, glæðurnar á arni, faldar í ösku.

Um aðra vinnu eru að eins gáturnar um smiðbelgi og sverðsmíð og gullsmiðshamarinn.

---

1) Frá Færeyjum eru til gátur, Gátu ríma, (Færøiske Kvæder II, 26—31); ríman er 27 erindi, en þau 7 fyrstu er samtal milli Gests og gamals manns (Óðins); gáturnar eru hjer í raun og veru ekki nema 11 (og 12 með síðustu, þeirri um Óðinn á Sleipni), og þó er Óðinn látinn segja: „Tríatí (30) eru gáturnar". Þessar gátur eru alls ólíkar gátum sögunnar; þó sýnist bylgjugátan að koma þar fyrir („Eystfall og vestfall | mega væl kallast brøður, | liggja úti á útskerum") og ef til vill hamarsgátan (en mjög ólík) og grísasýrgátan.

2) Sbr. hið rækilega og velritaða rit dr. Th. Hjelmqvists: Naturskildringarna i den norröna diktningen (1891).

Úr búnaðinum eru þrjár gátur: grísafull sýr, grísasýr, kýr. Úr hernaðarlífinu og sjólífinu er merkilega fátt tekið, og að eins ör, skjöldur og akkeri; smbr. sverðsmíðina í smiðbelgja gátunni. Af mannvirkjum er að eins brúin nefnd í sambandi við náttúruna.

Þar á móti eru 16 gátur um ýmislegt í náttúrunni sjálfri og ýmsum ríkjum hennar (grasaríkinu og steinaríkinu).

Gáturnar eru flestar mjög góðar og vel samdar. Lýsingin á ölinu og áhrifum þess á menn *(lýða lemill, orða tefill, ok orða upphefill)* er ekki ógamansöm, auk þess sem hún er svo hnittileg.

Gáturnar um hluti í náttúrunni bera flestar vott um hina frábærlegustu glöggskygni og eptirtekt, t. a. m. bylgjugátan *(Hverjar ro brúðir, er ganga í brimskerjum, og eigu eptir firði för, harðan beð, hafa enar hvítföldnu, ok leika í logni fátt)*. Enda getur líka hver, sem sjeð hefur bylgjurnar brotna hvítfyssandi á boðum og skerjum, borið um, hve framúrskarandi eðlileg gátan er. Indæl er myndin af fjalltónni með hvönnunum, tvær fullorðnar, og ein í milli þeira, barnið *(Hverjar eru rýgjar, á reginfjalli, elr við kván kona, mær við meyju, mög of getr ok eigut þær varðir vera)*; og svo mætti telja fleira, t. d. gátuna um glæður á arni og um myrkva.

Það væri auðvitað freistni, að álíta þessar gátur ævagamlar. *Keyser* (Nordm. Videnskr. 249) áleit, að þær gætu verið jafngamlar eddukvæðunum. Þar á móti hefur *C. A. Rosenberg* tekið það fram (Nordb. Aandsliv I, 239), að í sumum af gátunum, t. a. m. í andargátunni, sjeu kenningar, sem beri vott um seinni tíma skáldskap [líklega þó frá 10. öld eptir allri skoðun þessa höfundar], en hins vegar er hann þó á Keysers skoðun, að gáturnar sje flestar jafngamlar eddukvæðunum, en eddukvæðin hjeldu þeir væri eldri en allur annar norrænn skáldskapur. Rosenberg hyggur og, að gáturnar sjálfar hafi verið þektar um öll Norðurlönd allt í frá æskutíð norðurþjóðanna[1]).

Rosenberg hefur sjálfsagt rjett fyrir sjer í því að álíta margar [eða enda velflestar] af þessum gátum ævagamlar; að minnsta kosti er það víst, að þær þekkjast sumar á öllum Norðurlöndum [og víðar] enn þann dag í dag. Öðru máli er að gegna um það, hvenær þessar

1) Guðbr. Vigfússon setur gáturnar í 1. bindi af Corp. poet. innan um sjálf eddukvæðin og hefur því víst álitið þær jafngamlar þeim; en á bls. 483 segir hann þó: „From diverse times, one would say, some . . . familiar to all European people, some are clearly bookish". P. E. Müller segir (Sagabibliothek II, 568), að gáturnar „indeholde dog saa lidet karakteristiskt [þetta er nú of freklega talað], ligne saa meget senere Tiders Kløgt, at de snarere høre til det trettende end til det tiende Aarhundrede".

gátur eru gerðar að gátum Gestumblinda og settar í vísur. Rosenberg hjelt, að það væri gert í heiðni, en þar getum vjer ekki verið honum samdóma. Það er reyndar erfitt, að færa fram óbilugar sannanir í þessu máli. En ef dæma skyldi eptir þeirri mynd af lífinu, sem gáturnar sýna oss, þá eru þær valla frá 10. öld. Ófriður og víking, barsmíðir og manndráp, vopnaglamur og vígahugur — ekkert af þessu kemur í ljós í vísunum; þær benda með öllu á friðsamlegt hversdagslíf með hversdagsvinnu inni og úti og friðsamlegum leikjum; allt bendir til rólegs og nægjusams lífs. Það mætti reyndar hugsa sjer slíkt líf í Noregi stöku sinnum á 10. öld og tæpast þó svo friðsamlegt. Á Íslandi þar á móti er langur tími, þar sem tómur friður var; það er tíminn frá því um miðja 11. öld og til þess um miðja 12. öld að minnsta kosti. Það er eins og maður geti eygt í gátum þessum þá tímana, þegar vopnaburður var svo lítill á Íslandi, „at ein var stálhúfa á alþingi, ok reið drjúgum hverr bóndi til þings, er þá var á Íslandi“ (Landn. 330; Bisk. I, 31; þetta gerðist 1120). Enda höfum vjer og það fyrir satt, að gátuvísur Gestumblinda sje ekki öllu eldri en svo og þá líka ortar á Íslandi; það er ekkert í vísunum, sem geti fremur bent á, að þær sjeu til orðnar í Noregi en á Íslandi. Hins vegar bera þær opt vott um sömu eða líka vísindalega starfsemi og bókfræði Íslendinga, sem vjer höfum áður getið, á 12. öld, og mætti skýra upphaf þeirra sem best þar eptir. Það styrkist og við það, að allar vísur í fornaldarsögunum eru annars ekki eldri.

Til styrkingar þessu má enn fremur til færa ýmislegt smávegis, sem þó má allmerkilegt telja. Nokkrar af gátunum byrja með orðunum: *Hvað er það undra, er ek úti sá, fyr Dellings durum*[1]). Orðatiltækið, „fyr Dellings durum“ kemur hvergi fyrir annars en í Hávamálum, ljóðaþættinum, 160. v. *(þat kank fimtánda, es gól Þjóðrerir, dvergr fyr Dellings durum)* og gefur þar góða hugsun; en hjer í gátunum er það ekki jafnvel skiljanlegt, enda hefur Sveinbjörn Egilsson (í orðabók sinni: *dellingr*) álitið, að þessi orð væru lánuð frá Hávamálavísunni, og fellum vjer oss við það. En þá sýnist það benda á, að lánið sje frá allmiklu yngri tímum en Hávamál, og það enda frá þeim, þegar orðið var orðið lítt skiljanlegt og dimmt, þótti því vel við eiga í dimm-mælum gátna og smellið að byrja með vísu[2]).

1) Þetta upphafer í 8., 9., 10., [11]., 12., 13., 14., 15. og 16. í H-fl. (10, 11, 13 og 15 vantar í K-fl.); tvær af gátunum sjálfum eru með fornyrðislagi, sú 12. og 16., og eru vísuhelmingur; framan við þennan helming er nú skeytt ljóðaháttar helmingnum, og er það ein sönnun til, að þær vísur sjeu innskot. Að orðið *dellings* sje hið eina rjetta (og ekki *döglings*: efum vjer ekki.

2) Smbr. það sem segir í Antiquités Russes, I bls. 178, að þessi orð sjeu sett til þess að láta gáturnar fá „goðfræðislegan blæ“.

Orðatiltækið *ríða þingi at* ($31_2 = 12_2$) minnir á *ríða þingi at* í Háv. 61; þó er þetta ekki þýðingarmikið atriði. Gátan um hrafntinnu (Obsidian) er efalaust íslensk og getur ekki verið annað; en af því að hún valla heyrir gátum Gestumblinda til, hefur hún enga algilda þýðing fyrir heimili allra gátnanna.

Af bragarhættinum er ekki hægt að ráða mart; það vantar stundum nokkuð á, að vísuorðin sjeu alveg rjett, einkum í fornyrðislagsvísunum *(hýddi meri* 30_2, ⏑ – | ⏑ – fyrir ⏑ – | ⏑ – eða ⏑ ⏑ | ⏑ –; *nösgás vaxin* $27_2 = 22_2$ ⏑ ⏑ | ⏑ ⏑ f. ⏑ ⏑ | ⏑ –); þetta kynni að benda á, að þessar vísur væri yngri en frá 12. öld, en það getur líka verið, að í þessum þulukendu vísum, sem opt nálgast óbundna ræðu, hafi menn af ásettu ráði ekki hirt um bragarháttinn. Öðru máli er að gegna um ljóðaháttar-vísurnar; hinn síðasti liður í 3. (og 6.) vísuorðinu var ævinlega annaðhvort eitt einsatkvæðisorð, langt eða skamt (– eða ⏑) eða eitt tveggja-atkvæða-orð og þá tvístutt (⏑ ⏑). Að þessu leyti eru allar vísurnar rjett ortar[1]). Nú er þriðja vísuorðið í 25. v. í H-fl. (— K-fl. 16_3) svo: *ok er járni kringt utan*, og móti þessari vísu höfum vjer ekkert getað haft. Hjer á vafalaust að rita *utan* (en ekki *útan*). En þessi orðmynd er ekki eldri, en frá 12. öld. Af eitthvað 35 dæmum eru ekki nema 4, er sýni, að *u* er stutt[2]). Eptir þessu ætti vísan í gátuflokknum að vera frá 12. eða 13. öld og þar með gátur Gestumblinda allar. Og svo hyggjum vjer vera. Þá verða gátur þessar, á sama hátt og þulurnar, liður í hinum lærða kveðskap Íslendinga á 12. öld og liður í hinni vísindalegu starfsemi þeirra. Nú vóru gáturnar eins og hver önnur forn fræði teknar og svo að segja dregnar á band, settar í ljóð og stungið inn í söguna um Heiðrek.

---

1) *Svelgr hann vötn ok veisur* (H-fl. 5_3) er rangt í stað þess, sem í K-fl. stendur: *svelgr hann vötn ok við*.

2) 1151 *utan önnur sköp verði* Ármóðr (Flat. II, 479, smbr. Icel. sag. I, 161); 12. öld *ok kólnat alt fyr utan* Sólarljóð 44_6; 12—13. öld *nema utan færim* Æviðrápa Odds 19_4 (Boers-bók), *fyr utan Grikki* sst 57_4.

Manngjöld-hundrað,

eptir

Valtý Guðmundsson.

Þótt margir og miklir lærdómsmenn hafi fjallað um fornritin og rannsakað innihald þeirra, eru þó skoðanir manna enn mjög á reiki um það, hve há manngjöldin hafi verið á Íslandi á söguöldinni (sbr. Steenstrup: Normannerne IV, 290). Í fyrsta viðliti má þetta undarlegt heita, þar sem ljós ákvæði eru um þetta í hinum fornu lögum Íslendinga. Í Baugatali í Grágás (Konungsb. I, 193—207) eru *niðgjöldin* talin liðugar 15 merkur silfurs. Það, sem í Grágás er kallað niðgjöld, er í sögunum vanalega kallað *manngjöld*, þótt orðið „niðgjöld“ komi einnig fyrir í þeim. En manngjöldin eru í sögunum, að kalla má, aldrei talin í *markatali*, heldur í *hundraðatali*, annaðhvort í hundruðum silfurs eða í hundruðum vöru eða verðaura. Í hinum eldri Íslendingasögum eru manngjöldin ávallt talin í hundruðum silfurs, nema á einum stað í Droplaugarsonasögu, en í Sturlungu eru þau ávallt talin í hundruðum verðaura (vaðmála eða vöru). Ef menn því vilja miða manngjöldin í sögunum við niðgjöldin í Grágás og bera þau saman, verða menn fyrst að breyta hundruðunum í merkur, til þess að geta sjeð, hvort upphæðin er lík eða hin sama á báðum stöðum, í sögunum og í lögunum. En einmitt við þetta eykst vandinn. Því að þótt flestir eða allir telji það víst, að ein manngjöld hafi verið *hundrað silfurs*, þá hafa menn enn þá eigi getað orðið á eitt sáttir um það, hve mikið það væri að markatali. Aptur hafa allir verið á einu máli um það, hve mikið *hundrað* (vaðmála, vöru eða verðaura) væri að marka- eða auratali. En þótt undarlegt megi virðast, mun þó óhætt að fullyrða, að sú skoðun, sem nú um langan aldur hefur verið ríkjandi um það, sje eigi alls kostar rjett, eða að minnsta kosti ekki nema að hálfu leyti. Og sama mun óhætt að segja um þá skoðun, sem flestir hafa aðhyllzt, um það, hve mikið hundrað silfurs væri að markatali. En af þessu hefur aptur leitt, að menn hafa ekki getað fundið neitt

samræmi milli sagnanna og laganna í þessu efni, svo að svo hefur virzt sem manngjöld þau, sem getið er um í sögunum, væru margfalt minni, en niðgjöld þau, sem ákveðin eru í Baugatali í Grágás. Það liggur nú í augum uppi, að hjer getur ekki allt verið með felldu. Það getur enginn vafi leikið á því, að það, sem segir í Grágás um niðgjöldin, sje rjett, og ef því upphæð manngjaldanna í sögunum er eigi alloptast hin sama eða lík, þá hlýtur eitthvað að vera bogið. Er þá varla nema um tvennt að gera, annaðhvort að frásögn sagnanna um þetta sje allsendis óáreiðanleg og röng, eða að menn hafi misskilið þær. Þar sem nú er getið um manngjöld í því nær öllum Íslendingasögum og þeim ber flestum nokkurn veginn saman um upphæð þeirra, þá er ekki líklegt, að frásögn þeirra sje óáreiðanleg í þessu efni. Beri þeim því ekki saman við lagaákvæðin í Grágás, þá eru meiri líkur til, að þetta sje því að kenna, að menn hafi ekki skilið orð þeirra rjett. Þessu er og í raun og veru þannig varið, enda er það engin furða, þó menn hafi stundum misskilið þær, því að bæði var peningareikningurinn á söguöldinni svo flókinn og í mörgum greinum mjög frábrugðinn því, sem nú er, að illhægt er fyrir nútíðarmenn að botna í honum, og svo eru orð sagnanna, þá er um fjárupphæðir er að ræða, stundum svo óljós, að erfitt er að ákveða með vissu, hvernig eigi að skilja þau, og einstaka sinnum virðist það meira að segja ómögulegt. En misskilningurinn stafar þó hvað mest af því, að málið hefur aldrei verið tekið fyrir frá rótum, þannig að allar sögurnar hafi verið rannsakaðar í einu og bornar saman hver við aðra. Því beri maður saman alla þá staði í sögunum, þar sem getið er um manngjöld, og sjeu þeir rjett skildir, þá munu menn sannfærast um, að frásögn sagnanna er í þessu efni í fyllsta samræmi við lögin, svo að upphæð manngjaldanna í þeim er hin sama og upphæð niðgjaldanna í Grágás eða því sem næst, nefnilega 15 merkur silfurs, sem upphaflega virðast að hafa verið hin almennu manngjöld fyrir hvern óbrotinn frjálsan mann um öll Norðurlönd.

En vilji menn taka þetta mál frá rótum, þá verða menn fyrst að rannsaka alla þá sögustaði, þar sem talað er um manngjöld, til þess að geta ákveðið upphæð þeirra í hundraðatali með fullkominni vissu. Því næst verða menn að rannsaka, bæði hvað orðið „*hundrað*“ tákni eitt sjer, og eins orðin „*hundrað silfurs*“. Verði þá niðurstaðan sú, að „hundrað“ tákni hundrað *aura*, þá er björninn unninn, því að þá ber sögunum saman við lögin, með því að hundrað aurar silfurs jafngilda 15 mörkum, og skal jeg nú leitast við að sanna, að svo sje.

En áður en farið verður frekar út í það mál, verður þó að

tína til alla þá staði í sögunum, þar sem talað er um manngjöld eða vígsgjöld í þeim, eða skýrt frá, hver upphæð hafi verið goldin fyrir víg manns. Skipti jeg þá sögunum fyrst í tvo flokka: 1) hinar eldri Íslendingasögur, þar sem manngjöldin eru því nær ávallt talin í hundruðum silfurs, og 2) Sturlungu, þar sem manngjöldin eru ætíð talin í hundruðum verðaura eða vaðmála.

A. Hinar eldri Íslendingasögur.

Þessum flokk skipti jeg aptur í smærri greinir, þannig að jeg skipa þeim stöðum saman, þar sem manngjöldin eru látin vera jafnhá, eða þar sem þau nema jafnmörgum hundruðum. Set jeg þá fyrst nafn þess manns, sem veginn hefur verið, því næst sögustaðinn í svigum, og hnýti svo þar við nokkrum athugasemdum, þegar mjer virðist að þess gerist þörf, eða þegar sögustaðurinn inniheldur eitthvað frekar til skýringar því, sem um er að ræða.

I. Hundrað silfurs:

1. Atli, húskarl Njáls (Njála k. 38[76,86] bls. 162—3). — Aður en Njáll fór að heiman til þings segir Atli við hann: „þess vil ek biðja þik, ef ek em veginn, at eigi komi þrælsgjöld fyri mik“. „Svá skal þik bœta sem *frjálsan mann*“, segir Njáll“ (k. 38[7-9]). Eptir að Njáll hefur sagt upp gerð sína, stendur í sögunni: „Margir mæltu, er hjá stóðu, at mikit væri gört. Gunnarr reiddisk ok kvað þá bœtta *fullum bótum*, er eigi væri vaskari menn, en Atli var“ (k. 38[76-9]). Er Gunnarr kemur heim, segir Hallgerðr við hann: „hefir þú goldit *hundrað silfrs* fyri víg Atla ok gört hann at *frjálsum manni*“? (k. 38[86-7]). Þetta sýnir, að „fullar bætur“ fyrir frjálsan mann hafa einmitt verið hundrað silfurs.

2. Brynjólfr rósti Svansson, frændi Hallgerðar (Njála k. 40[42] bls. 169). Þegar Gunnari var sagt vígið, sagði hann: „þat var lítill mannskaði, en þó var hann *frjáls maðr*.“ (k. 40[20-21]).

3. Geitir Lýtingsson í Krossavík (Vápnf. bls. 31).

4. Ónefndur, húskarl Ljóts at Mánabergi (Háv. bls. 50). Í sögunni stendur: „gjalda *ein manngjöld* fyrir fylgdarmann Ljóts at Mánabergi“, án þess upphæðin sje tiltekin á annan hátt. En seinna í sögunni stendur: „Steinþórr geldr ok C silfrs þat er gjalda átti“. Má af þessu sjá, að það er talið víst, að allir viti, að „ein manngjöld“ sje sama og „hundrað silfrs“.

5. Þorkell Þorgeirsson hákr (Ljósv. k. 19[41,47] bls. 188). Í sögunni stendur reyndar á þessum stað að eins: „Guðmundr vill

yðr bœtr bjóða ok *stinn manngjöld* . . . Síðan greiddi Guðmundr fram féit". án þess að upphæðin sje nánar ákveðin. En þegar þetta er borið saman við orð Guðmundar nokkru fyrr í sögunni: „ek geri á hönd Þóri *hundrað silfrs*, ok veit ek at þat eru *stinn manngjöld*" (k. 17[71-73]), þá getur varla verið vafi á því, að söguritarinn á einnig við hundrað silfurs á seinni staðnum, er hann talar um „stinn manngjöld".

6. Þóroddr harðjaxl á Mánahjalla (Reykd. k. 6[36], bls. 31).

7. Herjólfr Fjörleifarson (Reykd. k. 13[79], bls. 60).

8. Galti, bóndi í Arnarnesi (Reykd. k. 13[176], bls. 65).

9. Bjarni Þorsteinsson (Reykd. k. 24[84], bls. 123).

10. Þorgeirr Þórisson (Reykd. k. 25[44], bls. 126).

11. Vestmann, maður Þorgeirs goða Þorkelssonar (Reykd. k. 30[35–36], bls. 141).

12. Torfi, bóndi í Torfufelli (Valla-Lj. k. 1[36], bls. 160).

13. Halli Sigmundarson (Valla-Lj. 4[5–6], bls. 173).

14. Glœðir, bróðurson Þorgils gjallanda? (Vatnsd. k. 44, bls. 74[32–33]). Í Landnámu stendur þó, að 2 hundruð silfurs hafi verið goldin fyrir víg Glœðis (Landn. bls. 183, sbr. Vatnsd. (úr Melabók) bls. 195[1]).

15. Örn Þorbjarnarson (Gull-Þóriss. k. 13, bls. 63).

16. Þorbrandr Ingólfsson? (Fóstbr. k. 5, bls. 18). Í sögunni er reyndar ekki beinlínis talað um bætur, heldur um að 3 hundruð silfurs hafi verið goldin „til friðkaups" vegöndunum, þeim Þorgeiri og Þormóði. En það mun þó sönnu næst að skilja þetta svo, að 2 hundruðin hafi átt að vera bætur fyrir Ingólf bónda, en hundrað fyrir son hans Þorbrand. Þó er þetta eigi með öllu víst, því að í Fóstbrœðrasögu í Flateyjarbók er sagt, að Sigrfljóð hafi að eins goldið hundrað silfurs til friðkaups þeim fóstbræðrum (Flat. II, 101), og sje það rjettara, þá getur þetta fjegjald ekki skoðazt sem vígsgjöld.

17. Þórarinn Höskuldsson (Ljósv. k. 30[79], bls. 246). Í sögunni stendur: „kom þar at *manngjöld* skyldi lúka", en í öðru handriti: „E. bætti víg Þórarins *stinnum manngjöldum*". (Ljósv. bls. 273; sbr. A. I, 5).

18. Hver af húskörlum Njáls, er inni brunnu, vóru bættir *einum manngjöldum* (Njála k. 145[271-2], bls. 822; sbr. athgr. við A. II, 7).

II. 2 hundruð silfurs:

1. Þorvaldr Úsvífrsson (Njála k. 12[118 119], bls. 56). Söguritarinn bætir hjer við í frásögninni: „þat þóttu þá *góð manngjöld*."

2. Þórðr Sigtryggsson, leysingjason (Njála k. 43[25], bls. 180). Um leið og Njáll segir Gunnari gerð sína bætir hann við: „ok mun þér *mikit* þykkja“ („því at þat eru *tvenn manngjöld*“ bæta sum handrit við). Og þegar hann segir sonum sínum frá vígi Þórðar, bætir hann við: „ok höfu vit Gunnarr nú sæzk á málit ok hefir hann *tvennum manngjöldum* bœtt hann“ (k. 43[31-33]).

3. Sigmundr Lambason, frændi Gunnars á Hlíðarenda (Njála k. 45[100], bls. 201).

4. Höskuldr Njálsson (Njála k. 99[61], bls. 524).

5. Grímr Njálsson (Njála k. 145[270], bls. 822).

6. Helgi Njálsson (Njála k. 145[270], bls. 822).

7. Bergþóra Skarpheðinsdóttir, kona Njáls (Njála k. 145[269], bls. 822). Orð sögunnar hljóða svo: „skyldi Njál bœta þrennum manngjöldum, en Bergþóru *tvennum* . . . . *tvennum manngjöldum* skyldi bœta hvárn þeira Gríms ok Helga. Þá skyldu *ein manngjöld* koma fyrir *hvern* hinna, er inni höfðu brunnit“. Þótt silfurupphæðin sje hjer ekki ákveðin í hundraðatali, má þó telja víst, að „ein manngjöld“ tákni á þessum stað hundrað silfurs, því varla er hugsanlegt að hærri bætur hafi verið gerðar fyrir hvern af húskörlum Njáls; en þá verða og „tvenn manngjöld“ á þessum stað að tákna 2 hundruð silfurs, eins og líka er eðlilegast, og verða þá manngjöldin fyrir hvern þeirra Gríms og Helga sömu upphæðar og þau, sem goldin vóru fyrir Höskuld Njálsson. „Tvenn manngjöld“ verður því á þessum stað að skiljast á sama hátt eins og í kap. 43[25-26], en ekki eins og í k. 123[16-17].

8. Jón at Hvassafelli (Þórðars. hreðu (útg. H. Friðrikss.), bls. 20).

9. Ingólfr á Sviðinsstöðum? (Fóstbr. k. 5, bls. 18). Sbr. A, I, 16.

10. Atli Asmundarson, bróðir Grettis (Grettla bls. 116, k. 51).

11. Þorvarðr Þorgrímsson (Valla-Lj. k. 4[46-7], bls. 176).

12. Hávarðr austmaðr (Valla-Lj. k. 7[13-15], bls. 191).

13. Böðvarr Sigmundarson (Valla-Lj. k. 7[13-14], bls. 191 sbr. k. 4[46-47], bls. 176).

14. Þórarinn Hallsteinsson (Gull-þóriss. k. 8, bls. 56).

15. Glœðir, bróðurson Þorgils gjallanda? (Landn. bls. 183, Vatnsd. bls. 195[1]). Sbr. A. I, 14.

III. 3 hundruð silfurs:

1. Ormr Þorsteinsson, systurson Miðfjarðar-Skeggja (Þórðars. hreðu (H. F.) bls. 54—55). Í sögunni stendur: „fyrir víg Orms

göri ek *tvau hundruð silfrs*", en skömmu síðar segir Eiðr: „Hér er *ok* hundrað silfrs, Ásbjörn! er vit fóstri minn viljum gefa þér í frændbœtr". Með því þetta hundrað silfrs, sem Asbirni var goldið, virðist ekki geta hafa verið annað en viðbót við bæturnar fyrir Orm, þá hafa þannig verið goldin alls 3 hundruð silfurs fyrir víg hans.

2. Össurr, bóndi at Þverá (Þórðars. hreðu (H. F.) bls. 54). Orð sögunnar hljóða svo: „fyrir víg Össurar göri ek *tvau hundruð silfrs*, en *hit þriðja* skal falla niðr fyrir fjörráð við Þórð ok allan fjándskap". Af þessu virðist ljóst, að Eiðr hefur álitið Össur svo mikils verðan, að eiginlega ætti að bæta hann þrennum manngjöldum eða með 3 hundruðum silfurs, þótt niðurstaðan yrði sú, að eigi vóru goldin nema tvenn manngjöld (2 h. s.) fyrir víg hans. — Ef til vill mætti eins vel telja bæði Orm og Össur til A. II eða þeirra, er bættir vóru 2 hundruðum silfurs.

3. Guðbrandr Þorsteinsson (Vatnsd. k. 40, bls. 65, sbr. bls. 194; Landn. bls. 182).

4. Óláfr Hávarðarson, bjarnylr (Háv. k. 7. bls. 19 sbr. k. 22, bls. 49). Þótt hundraðatalan standi hjer ekki í sögunni, þá er það þó ljóst, að *„þrenn manngjöld"* á hjer að skiljast um „3 hundruð silfrs", því bæturnar fyrir víg Óláfs eru (bls. 49) látnar standast á við bætur þriggja manna: Sturlu, Þjóðreks og Ljóts, og rjett á eptir (bls. 50) er talað um *„ein manngjöld"* og þau goldin með hundraði silfurs (sbr. A. I, 4).

5. Njáll Þorgeirsson (Njála k. $145^{267-268}$, bls. 822). Í sögunni stendur: „skyldi Njál bœta *þrennum manngjöldum*" og á það sjálfsagt að skiljast um 3 hundruð silfurs (sbr. athgr. við A. II, 7).

6. Björn Arngeirsson Hitdœlakappi (Hitd. bls. 70 sbr. bls. 72). Sbr. A. V, 1.

[7. Í þeim kafla af sögunni af Víga-Styr og Heiðarvígum, sem er skrifaður af Jóni Ólafssyni eptir minni, stendur (Heiðarv. k. 12, bls. 310): „en synir Þorsteins (ɔ: Gíslasonar í Bæ) bættir ccc silfrs (minnir mig)", en í sögunni á undan er þó ekki talað um að nema einn sonur Þorsteins, Þorvarðr, hafi verið veginn. Ef Jón því hefur munað rjett, hvað í sögunni stóð, ætti Þorvarðr að hafa verið bættur *þrennum manngjöldum*, eða *3 hundruð silfurs* að hafa verið goldin fyrir víg hans. En bæði er þetta næsta ólíklegt, enda verður af mörgum ástæðum ekkert ráðið af þessum stað.

IV. 6 hundruð silfurs:

1. Höskuldr Þráinsson, Hvítanessgoði (Njála k. $123^{16-17, 25}$ bls. 635—6). Í sögunni stendur: „ek vil Höskuld bœta láta *þrenn-*

um manngjöldum; en þat eru *sex hundruð silfrs*". Eptir þessu ættu ein manngjöld að vera 2 hundruð silfurs, og virðist þá söguritarinn komast í mótsögn við sjálfan sig, því áður í sögunni hefur hann sagt, að „*fullar bætur*" fyrir frjálsan mann væru hundrað silfurs (sbr. A. I, 1.) og „*tvenn manngjöld*" 2 hundruð silfurs (sbr. A. II, 2). Þó eru miklar líkur til að það sje rjett, að 6 hundruð silfurs hafi verið goldin fyrir víg Höskulds, því Snorri goði er látinn segja: „en gera vil ek fésætt svá mikla, at *engi maðr hafi dýrri verit hér á landi* en Höskuldr" (k. 123[9-10]), enda má ráða af frásögninni á eptir, að bæturnar hafi einmitt verið 6 hundruð, því að samkvæmt henni gjalda gerðarmennirnir 3 hundruð, Kári og Njálssynir fjórða hundraðið, Njáll sjálfur hið fimmta og alþýða manna hið sjötta. Alls eru þannig goldin 6 hundruð. En hvernig stendur nú á því, að höfundur sögunnar kallar þetta „*þrenn manngjöld*", sem samkvæmt öðrum stöðum í sögunni ættu að kallast og eru 6 manngjöld? Á þessu virðist standa svo, að höfundur sögunnar greinir milli tvenns konar manngjalda. Ein manngjöld fyrir hvern *óbrotinn* frjálsan mann, svo sem húskarla þá, er inni brunnu með Njáli (k. 145[271-272]), Atla (k. 38[76]) og Brynjólf (k. 40[84]), eru hundrað silfurs. Aptur telur hann ein manngjöld fyrir hvern *meiri háttar* mann 2 hundruð silfurs, enda má það til sanns vegar færa, því að sagan sýnir, að slíkar bætur vóru ávallt goldnar fyrir þá. Þess vegna segir hann um bæturnar fyrir víg Þorvalds Úsvífrssonar, sem vóru 2 hundruð silfurs, „þat þóttu þá *góð manngjöld*", nefnilega eptir gildan bónda eða meiri háttar mann, þótt það væru tvenn manngjöld, ef miðað er við hvern óbrotinn mann eða húskarl. Þegar því söguritarinn kallar 6 hundruð „þrenn manngjöld", þá meinar hann, að fyrir víg Höskulds hafi verið goldið eins og fyrir víg þriggja meiri háttar manna, t. d. Höskulds, Gríms og Helga, Njálssona, en hver þeirra var bættur með 2 hundruðum silfurs.

2. Skarpheðinn Njálsson (Njála k. 145[269-270], bls. 822 sbr. k. 123[16-17, 25], bls. 635—636).

[3. Þórðr fangari (Svarfd. k. 15[19], bls. 46).

[4. Örn, húskarl Höskulds lögmanns (Svarfd. k. 16[21], bls. 48). Hjer stendur reyndar að eins „sex hundruð" í sögunni, en beri maður staðinn saman við aðra staði í sögunni, getur enginn vafi leikið á því, að söguritarinn meinar 6 hundruð silfurs.

[5. Björn, húskarl Hrólfs nefglitu (Svarfd. k. 16[46], bls. 49). Eins og hver maður getur sjeð, verður ekkert ráðið af þessum stöðum í Svarfdœlu, því engum dettur í hug að trúa því, að slíkar bætur hafi verið goldnar fyrir óbrotna húskarla. En mjer þótti þó rjettara að taka þetta með, svo að öll kurl skyldu koma til graf-

ar, en hef sett hornklofa framan við hvern lið, til þess að auðkenna þá frá öðrum sem markleysu.

V. 8 hundruð silfurs:

Koðrán Guðmundarson, ríka (Ljósv. k. 27[119], bls. 234 sbr. 273[18]).

VI. 9 hundruð silfurs:

Bjðrn Arngeirsson Hitdœlakappi (Hitd. bls. 72). Fyrst tekur Asgrímr bróðir Bjarnar *3 hundruð silfurs* í bætur fyrir víg hans (bls. 70 og 72 — sbr. A. III, 6) og er svo að sjá sem hann álíti sig fullsæmdan af þeim bótum. En aðrir frændur Bjarnar og fóstbróðir hans Þorsteinn Kuggason láta sjer þetta ekki lynda, heldur ónýta þeir sætt Asgríms og segja upp nýja gjörð: „Þórðr skal gjalda Ásgrími *þrjú hundruð silfrs*, sem hann hafði kørit sér til handa ok við tekit, *önnur þrjú hundruð silfrs* skal Þórðr gefa til sýknu sér; en hin *þriðju þrjú hundruð* til sýknu Kálfi". Seinna segir svo í sögunni: „Ok nú var sú umrœða manna, *at varla hafi þvílíkt eptirmál orðit um einn mann, sem eptir Björn*". Niðurstaðan virðist þannig að hafa verið sú, að alls hafi verið goldin 9 hundruð silfurs fyrir víg Bjarnar.

VII. 12 hundruð silfurs:

[Hrani, bóndi í Birnunesi (Svarfd. k. 16[28–29], bls. 48). Af þessum stað verður þó alls ekkert ráðið, því engin líkindi eru til, að 12 hundruð silfurs hafi verið goldin fyrir víg eins lítils háttar bónda, enda er svo að segja allt, sem í Svarfdœlu stendur um fjegjöld, svo ótrúlegt, að rjettast væri að taka ekkert tillit til þeirrar sögu í þessum efnum.

VIII. 12 hundruð verðaura (= $1^1/_2$ hundrað silfurs):

Hallsteinn enn breiðdœlski, bóndi á Víðivöllum (Dropl. bls. 17). Þetta er sá eini staður í hinum eldri Íslendingasögum, þar sem manngjöld eru talin í hundruðum vaðmála eða verðaura. Í sögunni stendur að eins „*tólf hundruð*", án nokkurrar viðbótar, svo af honum sjálfum verður eigi sjeð, hvort söguritarinn á við hundrað *álna* eða hundrað *aura*. Útgefandi sögunnar, Konráð Gíslason, hefur í orðasafninu aptan við söguna skilið það svo, að átt væri við hundrað „álna", en það mun óhætt að fullyrða, að söguritarinn hafi meint

hundrað lögaura, því á næstu blaðsíðu á undan (bls. 16) stendur: „hann gerði sér *hundrað þeirra aura, er þá gengu í gjöld*“. Tólf hundruð á því sjálfsagt að skilja á sömu leið og verða það þá $1^1/_2$ manngjöld eða 180 silfurs, þegar hlutfallið milli silfurs og verðaura er reiknað sem 8:1, eins og verið mun hafa um það leyti, er þetta gerðist. Þetta verður líka sennilegast, þegar staðurinn er borinn saman við aðra sögustaði, þar sem skýrt er frá manngjöldum; en væri átt við 12 hundruð álna (— 2 hundruð lögaura), þá yrðu það að eins 30 silfurs eða $^1/_4$ manngjalda, sem enginn mundi hafa látið sjer nægja. En sje hjer ekki átt við 6 álna aura, heldur 12 álna aura, verða vígsgjöldin 3 hundruð silfurs.

IX. Manngjöld í markatali.

1. Þorgils örrabeinsstjúpr geldur austmönnunum Einari og Sigurði í bætur fyrir víg Helga bróður þeirra, hinum fyrra *sverðið Jarðhússnaut* og hinum síðara *5 merkur silfurs* (Flóam. k. 34, bls. 160[24–26] sbr. bls. 184[23–25]). Hve mikils sverðið hefur verið metið, er ekki hægt að ákveða, en það má þó sjá af sögunni, að það þótti fágæta sverð og mesti dýrindisgripur, og mun því ekki fjarri sanni, að það hafi verið álitið 10 marka virði, og verða þá bæturnar alls 15 merkur silfurs (— hundrað silfurs) eða ein manngjöld, enda kemur það heim við það, að Þorgils segir, að hann vilji víg Helga „fullu bœta“ (bls. 160[28]).

2. Í Svarfdœlu er Þorkell Skíðason látinn bjóða Karli unga Karlssyni *3 merkur silfurs* í föðurbætur, en því fór svo fjarri að hann tæki slíkum bótum með þökkum, að hann „setti sjóðinn á nasar Þorkeli, svá fast, at brotnuðu tvær tennr ór höfði hánum, ok stóðu blóðbogar ór andlitinu“ (Svarfd. k. 27[68, 70–74], bls. 93—94). Eins og dr. Finnur Jónsson hefur tekið fram í ritgerð sinni um Svarfdœlu (í Aarb. f. nord. Oldk. 1884, bls. 129) mun þetta ekki eiga að skoðast sem fullar bætur, heldur miklu fremur sem skammarboð.

3. Í þeim hluta Heiðarvígasögu, sem er skrifaður af Jóni Ólafssyni eptir minni, er Gísli Þorsteinsson látinn vísa Víga-Barða á *7 merkur silfurs*, sem teknar hafi verið frá honum á Englandi, í bróðurgjöld eða bætur fyrir víg Halls Guðmundarsonar (Heiðarv. k. 14, bls. 317). Þar sem þetta er að eins gert til háðungar og skapraunar, verður ekkert af staðnum ráðið, hvort þetta hafi þótt miklar eða litlar bætur, þótt hið síðara virðist líklegra.

4. Í sögunni af Sneglu-Halla (Mork. bls. 99; Flat. III, bls. 424; Fms. VI, bls. 372) er Einarr fluga látinn greiða Halla

3 merkur silfurs í frændbætur, en þó verður eigið sjeð, hvort þetta eigi að skoðast sem fullar bætur fyrir hinn vegna. Miklar líkur eru til, að það eigi ekki að skoðast svo, heldur annaðhvort þannig, að Einarr sletti þessu í hann, til þess að hafa hann af sjer og jafnframt fyrir bænarstað konungs, sem biður hann að bæta honum „*nökkuru*“ fyrir sín orð, eða þó öllu heldur að þetta eigi að skoðast sem *sá hluti af bótunum, er Halla bar sem bróður hins vegna.* Samkvæmt Baugatali í Grágás (Konungsb. I, 193) var höfuðbaugurinn einmitt *þrímerkingur* eða 3 merkur silfurs. Nú var faðir Halla dáinn, og ef hann hefur ekki átt neina bræður á lífi — og þess er ekki getið —, þá bar honum einmitt að taka allan höfuðbauginn eða 3 merkur silfurs (Konungsb. I, 195). Af þessum stað verður því engan veginn ráðið, að 3 merkur hafi verið manngjöld eða fullar frændbætur, þótt ýmsir hafi áður notað hann sem sönnun fyrir því (sbr. ritgerðina „De centenario argenti“ aptan við Kristnisögu).

B. Sturlungasaga.

Í Sturlungu eru manngjöldin ávallt talin hundraðatali, og alloptast án þess að tekið sje fram, hvort átt sje við hundrað *álna* eða hundrað *aura,* en stundum er þó bætt við „*þriggja álna aura*“, og mun jeg taka það fram í athugagreinum mínum, þegar slíkt stendur í sögunni. Til þess nú að hægra veiti að bera manngjöldin í Sturlungu saman við manngjöldin í hinum eldri Íslendingasögum, mun jeg breyta verðaurunum í silfur og geta þess í svigum, hve há upphæðin sje í silfri, og fylgi jeg þá þeirri reglu að skilja „hundrað“ alls staðar sem „hundrað þriggja álna aura“, og skal jeg síðar færa rök fyrir þeirri skoðun. En samkvæmt Grágás (Konungsb. II, 247) var hundrað þriggja álna aura á Sturlungaöldinni jafnt einni mörk silfurs eða $^1/_{15}$ hundraðs silfurs. Hlutfallið milli silfurs og verðaura var því sem $7^1/_2 : 1$. Í tilvitnunum til Sturlungu táknar fyrri talan (rómv.) bindi en hin blaðsíðu í útgáfu Guðbrands Vigfússonar.

I. 10 hundruð (— $^3/_4$ hundraðs silfurs):

Þorsteinn, sjómaður í Avík (Sturl. I, 12). Hjer stendur í sögunni: „tíu hundruð *þriggja álna* aura“. Þetta eru minni vígsgjöld en nokkurs staðar er getið um í sögunum annars staðar. Fullar bætur eða ein manngjöld hefðu átt að vera 15 hundruð, en líklega stendur svo á þessu, að Hafliði hefur viljað láta þriðjung bótanna falla niður fyrir það, að Þorsteinn hjelt Mávi syni hans, er hann vildi hlaupa eptir Óláfi Hildissyni, er hafði sært Má (S!

I, 11), og hefur því álitið, að Már hefði eigi vegið Þorstein að ósekju. Þetta hefur Hneitir orðið að láta sjer lynda fyrir hönd móður Þorsteins og barna hans, með því að ekki vóru mikil líkindi til, að unnt væri að fá meira en boðið var, er við annan eins höfðingja var að etja eins og Hafliða Másson. A öðrum stað í Sturlungu (I, 146, sbr. 143) er einmitt talað um bætur fyrir að manni var haldið, en af því að sá maður var ekki eins ættstór og Már, vóru bæturnar fyrir hald hans ekki nema 3 hundruð.

II. 15 hundruð (— hundrað silfurs):

1. Hrafn Brandsson (Sturl. I, 137). „Ok gördu þeir fimtán hundruð um víg Hrafns, *þriggja álna aura*".
2. Þóroddr langnefr (Sturl. I, 156).
3. Galmr Grímsson (Sturl. I, 157 sbr. 154—5).
4. Halli Nichulasson (Sturl. I, 157 sbr. 154).
5. Tjörvi, bóndi at Rauðalœk (Sturl. I, 157 sbr. 154). Í sögunni stendur: „en fyrir víg Þórodds fimtán hundruð *þriggja álna aura*, ok fyrir *hvern mann annan* göıði hann XV hundruð *þriggja álna aura*, ok varð þat *hundrað hundraða þriggja álna aura* með því, er gört var fyrir víg Þorfinns". Nú má af öðrum stað í sögunni (I, 168) sjá, að 6 tigir hundraða hafa verið gerðir fyrir víg Þorfinns, og verður þá að skipta 6 tigum hundraða niður á hina fjóra, er vegnir vóru eða inni brunnu, nefnilega þá Þórodd, Galm, Halla og Tjörva, og koma þá 15 hundruð á hvern, eins og í sögunni stendur.

III. 18 hundruð (— $1^1/_5$ hundrað silfurs):

Þórálfr Bjarnason (Sturl. I, 384). „K. gördi átján hundruð *þriggja álna aura* fyrir víg Þ."

IV. 20 hundruð (— $1^1/_3$ hundrað silfurs):

Bjarni Árnason (Sturl. I, 275).

V. 30 hundruð (— 2 hundruð silfurs):

1. **Hneitir, bóndi í Avík** (Sturl. I, 14—15).
2. **Snorri Arnþrúðarson** (Sturl. I, 168). „Þrjá tigi hundraða þriga[illegible]

[illegible]arson (Sturl. I, 168). „Þrjá tigi hundr-

4. Hákon Þórðarson (Sturl. I, 168). „Þrjá tigi hundraða *þriggja álna aura*“.

5. Hildibrandr Þórðarson (Sturl. I, 168). „Þrjá tigi hundraða *þriggja álna aura*“.

VI. 40 hundruð (— $2^2/_3$ hundruð silfurs):

1. Dagstyggr Jónsson (Sturl. I, 301 sbr. 313).
2. Valgarðr Þorkelsson (Sturl. II, 181 sbr. 254).

VII. 60 hundruð (— 4 hundruð silfurs):

1. Önundr Þorkelsson (Sturl. I, 156). „Ok görði hann fyrir brennu Önundar. . . . sex tigi hundraða *þriggja álna aura*“.

2. Þorfinnr Önundarsson (Sturl. I, 157 sbr. 168). „Görði hann þrjá tigi hundraða *þriggja álna aura* fyrir hvárn þeira Arnþrúðarsona, ok kalla þá jafna við Þorfinn Önundarson.“ (Sbr. B. II, 5).

3. Bergr Ámundason (Sturl. II, 255).
4. Ásbjörn Illugason (Sturl. II, 255).

VIII. 90 hundruð (— 6 hundruð silfurs):

1. Sæmundr Ormsson (Sturl. II, 99).
2. Guðmundr Ormsson (Sturl. II, 99).

IX. hundrað hundraða (— 8 hundruð silfurs):

Hrafn Sveinbjarnarson (Sturl. I, 187; II, 310).

X. $1^1/_2$ *hundrað hundraða* (— 12 hundruð silfurs):

Þorgils Böðvarsson, skarði (Sturl. II, 255).

XI. 2 hundruð hundraða (— 16 hundruð silfurs):

1. Hallr Kleppjárnsson (Sturl. I, 227; Bisk. I, 506).
2. Snorri Sturluson (Sturl. I, 407—408).
3. Klœngr Bjarnarson (Sturl. I, 408).

Líti menn nú yfir það, sem hjer hefur verið tilgreint úr sögunum, að undanskildri Svarfdœlu, sem ekki verður tekin til greina við þessar rannsóknir, þá sjá menn, að hin minnstu manngjöld, sem

getið er um í þeim, eru $^2/_3$ hundraðs silfurs (B. I.), en eins og áður hefur verið tekið fram, má ráða af sögunni, að nokkur hluti bótanna hafi fallið niður fyrir gagnsakir. Annars eru hin minnstu manngjöld, sem getið er um, bæði á söguöldinni og á Sturlungaöldinni, *hundrað silfurs*, og er getið um 23 menn, að minnsta kosti, sem bættir hafi verið slíkum bótum (A. I, 1—18; B. II, 1—5). Þetta eru því þau manngjöld, er sjálfsögð þóttu fyrir hvern óbrotinn frjálsan mann, t. d. húskarla og þess konar menn. En væru slíkir menn annaðhvort bændur eða að einhverju leyti fremri hverjum óbrotnum húskarli, urðu bæturnar nokkuru hærri. Þannig finnst getið um, að einn hafi verið bættur með $1^1/_5$ (B. III), annar með $1^1/_3$ (B. IV) og þriðji með $1^1/_2$ hundraði silfurs (A. VIII). Fyrir gilda bændur eða meiri háttar menn vóru aptur goldin tvenn manngjöld eða 2 h. s., og er getið um 20 menn, er bættir hafi verið slíkum bótum (A. II, 1—15; B. V, 1—5). Þessar bætur þóttu sjálfsagðar fyrir slíka menn, en væru þeir í höfðingja tölu, gátu bæturnar orðið miklu hærri, og var það þá komið undir stöðu þeirra í mannfjelaginu, mannkostum og ætterni, hve dýrt þeir vóru metnir. Þannig er getið um, að 2 menn hafi verið bættir með $2^2/_3$ h. s. (B. VI, 1—2), 6 með 3 h. s. (A. III, 1—6), 4 með 4 h. s. (B. VII, 1—4), 4 með 6 h. s. (A. IV, 1—2; B. VIII, 1—2), 2 með 8 h. s. (A. V; B. IX), og 1 með 9 h. s. (A. VI), sem eru þær hæstu bætur fyrir víg, er getið er um á söguöldinni. En á Sturlungaöldinni er getið um 1 mann, sem hafi verið bættur með 12 h. s. (B. X) og 3 með 16 h. s. (B. XI, 1—3), sem eru þau hæstu manngjöld, er um er getið, enda var þar um stórhöfðingja að ræða, t. d. hinn fræga sagnaritara Snorra Sturluson.

Af þessu yfirliti má og sjá, að bæturnar fara allt af smáhækkandi eptir því sem tímar líða fram. A 9. og 10 öld er aldrei getið um hærri vígsgjöld en 3 h. s., og það fremur sjaldan. En árið 1011 er einn maður (Höskuldr Hvítanessgoði) í fyrsta sinn bættur með 6 h. s.; en er menn einu sinni höfðu dæmið fyrir sjer, tóku fleiri að breyta eptir því. Árið eptir (1012) er annar (Skarpheðinn) bættur sömu bótum, og 13 árum seinna (1025) eru vígsgjöldin enn hækkuð, meira en nokkur dæmi vóru til áður, og komast þá upp í 9 h. s. (fyrir Björn Hitdœlakappa). Seinna á 11. öldinni er Koðrán son Guðmundar ríka bættur 8 h. s., og á 12. og framan af 13. öld er slíkra vígsgjalda (4—8 h. s.) eigi allsjaldan getið, en hæst komast þau um miðbik 13. aldar (12—16 h. s.).

Til þess nú að geta borið manngjöld eða vígsgjöld sagnanna ldin í Grágás, verða menn að vita bæði hve mikið kkurrar viðbótar) og „*hundrað silfurs*“ er að

markatali. Um hið fyrra hafa *allir* verið á einu máli, og álít jeg því óþarft að vísa til nokkurra rita því til sönnunar. Öllum hefur komið saman um, að þegar „hundrað“ stæði eitt sjer í fornritunum án nokkurrar viðbótar, þá táknaði það 120 *álnir* vaðmáls, sem jafngiltu 20 aurum eða $2^1/_2$ mörk. En sumir hafa þó misskilið þetta svo, að með 20 aurum í þessu sambandi væri átt við 20 aura *silfurs*, þannig að 6 álnir vaðmáls jafngiltu einum eyri silfurs, t. d. *Holmboe* (í inngangínum fyrir bók Schive's: Norges Mynter i Middelalderen, bls. XXII) og *Fritzner* (Ordb. over d. gl. no. Sprog (2. útg.) II, 95). En þetta er eigi svo, heldur hafa aðrir, sem um það hafa ritað, átt við *20 lögaura* eða *20 aura vaðmáls*, þannig að 6 álnir vaðmáls jafngiltu einum lögeyri.

Aptur hafa skoðanir manna verið mjög skiptar um það, hve mikið „hundrað silfurs“ væri að markatali. Hafa sumir álitið, að það táknaði hundrað (120) *aura* silfurs, en aðrir, að nafnið hundrað væri fært yfir á silfurreikninginn frá vaðmálareikningnum á sama hátt og marka og aura nöfnin vóru færð yfir á vaðmálareikninginn frá silfurreikningnum, svo að talað var um *mörk* og *eyri vaðmáls*, þótt vaðmál væri aldrei vegið. Álitu menn þá, að eins gæti verið talað um 120 álnir silfurs, þótt silfur hefði aldrei verið mælt í álnatali, og að „hundrað silfurs“ táknaði því 120 *álnir silfurs* eða 20 aura silfurs (= $2^1/_2$ mörk). Eða með öðrum orðum, að þegar silfur væri 8 sinnum dýrara en vaðmál, þá væri hundrað silfurs — 120 álnir eða 20 aurar vaðmáls × 8 — 160 aurar vaðmáls — 20 aurar silfurs, því þá væri mörk (8 aurar) vaðmáls jöfn einum eyri silfurs.

Báðar þessar skoðanir eiga rót sína að rekja til Íslendinga, og eru hjer um bil jafngamlar, en hinni síðari þeirra (h. s. — 20 aurar s.) hefur jafnan veitt betur. Sú skoðun er fyrst fram sett af *Birni á Skarðsá* og síðan af *Páli Vídalín*, en á prenti er hún fyrst fram sett á vísindalegan hátt í ritgerð aptan við gömlu útgáfuna af Kristnisögu, sem heitir „De Centenario argenti“ (bls. 164—174), sem er ritin af útgefanda sögunnar, *Jóni Eiríkssyni* (sbr. ritgerð P. E. Müllers framan við orðabók Björns Halldórssonar, bls. XXIV), og vitnar Jón þar til ritgerða bæði tveggja hinna fyrnefndu og fleiri annarra, en ritgerðin sjálf er mestmegnis útdráttur úr eldri ritgerð eptir *Björn Halldórsson*, sem einnig er á þessari skoðun og færir ástæður fyrir henni. Á sömu skoðun er og *Finnur Jónsson* í kirkjusögu sinni (Hist. eccles. Isl. I, 63; IV, 130). Á þessum ritum hafa svo aðrir byggt, t. d. *Halldór Einarsson* (í riti hans „Om Værdie-Beregning paa Landsviis“ bls. 15), *Wilda* (Gesch. des d. Strafrechts, bls. 324), *Munch* (Det n. F. Hist. I, 2, 352, athgr. 2

og 428, athgr.), sem þó lætur nokkurn vafa í ljósi um að þessi skoðun sje rjett; *Holmboe* (Norges Mynter i Middelalderen XXII), *Dasent* (í ritgerð hans „Money and currency in the tenth century“ aptan við „The Story of Burnt Njal“ II, 402—403), *Jón Sigurðsson* (í útgáfu hans af Kristnisögu í Bisk. II, 22, athgr.), *Vilhjálmur Finsen* (í orðasafninu aptan við útgáfu hans af Skálholtsbók, bls. 625, 668) og orðabókahöfundarnir *Eiríkur Jónsson* (Oldn. Ordb. bls. 256—7), *Guðbrandur Vigfússon* (Icel.-Engl. Dict. bl. 293) og *Fritzner* (Ordb. over d. gl. n. Sprog (2. útg.), II, bls. 95). Mætti hjer marga fleiri til tína, en þess gerist ekki þörf, því þetta nægir til þess að sýna, hve almenn þessi skoðun hefur verið.

Hin skoðunin, að „hundrað silfurs“ táknaði hundrað *aura*, er fyrst fram sett af *Arngrími Jónssyni* (í „De Islandicae gentis primordiis et veteri republica“ í riti Stephanius' „De regno Daniae“, bls. 460), en hann flaskar á því, að leggja sömu þýðingu í orðið hundrað og nú er í því, og gerir því „hundrað silfurs“ að 100 aurum (— $12^1/_2$ mörk) í stað 120 aura (— 15 merkur). Á þessari skoðun hafa þeir og verið *Jón* biskup *Árnason* (sbr. De centenario argenti, bls. 167) og *Schlegel* (í formála fyrir útg. Arna-Magnússonar-nefndarinnar af Grágás, bls. CV, athgr. 2), en báðir flaska þeir á hinu sama og Arngrímur Jónsson. Sömu skoðun fylgdi og *Grimm* (Deutsche Rechts-Alterth. bls. 290, 662), en áleit þó nokkurn vafa á, hvað rjett væri í því efni. *Dahlmann* (Gesch. von Dänemark II, 238) er og á sama máli, en skilur hundrað rjett sem stórt hundrað og gerir það að 120 aurum (— 15 mörkum). Þennan flokk fylla þeir og *Weinhold* (Altn. Leben, bls. 121) og *Dietrich* (í ritgerð hans „Das hundert silbers“ í Zeitschr. f. d. Alterth. X, 223—240), og er hann sá eini, sem færir verulegar ástæður fyrir þessari skoðun, en því fer svo fjarri, að honum hafi tekizt að sannfæra menn um, að þessi skoðun væri rjett, að óhætt mun að fullyrða, að flestir, ef ekki allir, sem norræn fræði stunda, fylgi nú hinni skoðaninni (h. s. — 20 aurar s.), þótt margir kunni að vera í vafa um, hvort rjettara sje. Einn þeirra er hinn alkunni sænski fornfræðingur *Hildebrand*. Hann er óánægður með báðar skoðanirnar. Um aðra þeirra segir hann: „Mot slutet af det förra århundradet förklarade de lärde Isländingarne enstemmigt, att med silfverhundradet skulle förstås 20 öre eller $2^1/_2$ mark, men det befans, att de icke kunde bevisa sitt påstående“, og um hina: „andra förklaringar hafva lemnats af Dahlmann, Grimm och Dietrich, men de synas mig otillfredsställande“ (Svenska folket under hedna tiden (2. útg.), bls. 137—8). En samt fylgir hann skoðun Íslendinga, er hann kallar svo, í útreikningi sínum, en af því að

göri ek *tvau hundruð silfrs*", en skömmu síðar segir Eiðr: „Hér er *ok* hundrað silfrs, Ásbjörn! er vit fóstri minn viljum gefa þér í frændbœtr". Með því þetta hundrað silfrs, sem Asbirni var goldið, virðist ekki geta hafa verið annað en viðbót við bæturnar fyrir Orm, þá hafa þannig verið goldin alls 3 hundruð silfurs fyrir víg hans.

2. Össurr, bóndi at Þverá (Þórðars. hreðu (H. F.) bls. 54). Orð sögunnar hljóða svo: „fyrir víg Össurar göri ek *tvau hundruð silfrs*, en *hit þriðja* skal falla niðr fyrir fjörráð við Þórð ok allan fjándskap". Af þessu virðist ljóst, að Eiðr hefur álitið Össur svo mikils verðan, að eiginlega ætti að bæta hann þrennum manngjöldum eða með 3 hundruðum silfurs, þótt niðurstaðan yrði sú, að eigi vóru goldin nema tvenn manngjöld (2 h. s.) fyrir víg hans. — Ef til vill mætti eins vel telja bæði Orm og Össur til A. II eða þeirra, er bættir vóru 2 hundruðum silfurs.

3. Guðbrandr Þorsteinsson (Vatnsd. k. 40, bls. 65, sbr. bls. 194; Landn. bls. 182).

4. Óláfr Hávarðarson, bjarnylr (Háv. k. 7. bls. 19 sbr. k. 22, bls. 49). Þótt hundraðatalan standi hjer ekki í sögunni, þá er það þó ljóst, að *„þrenn manngjöld"* á hjer að skiljast um „3 hundruð silfrs", því bæturnar fyrir víg Óláfs eru (bls. 49) látnar standast á við bætur þriggja manna: Sturlu, Þjóðreks og Ljóts, og rjett á eptir (bls. 50) er talað um *„ein manngjöld"* og þau goldin með hundraði silfurs (sbr. A. I, 4).

5. Njáll Þorgeirsson (Njála k. $145^{267-268}$, bls. 822). Í sögunni stendur: „skyldi Njál bœta *þrennum manngjöldum*" og á það sjálfsagt að skiljast um 3 hundruð silfurs (sbr. athgr. við A. II, 7).

6. Björn Arngeirsson Hitdœlakappi (Hitd. bls. 70 sbr. bls. 72). Sbr. A. V, 1.

[7. Í þeim kafla af sögunni af Víga-Styr og Heiðarvígum, sem er skrifaður af Jóni Ólafssyni eptir minni, stendur (Heiðarv. k. 12, bls. 310): „en synir Þorsteins (ɔ: Gíslasonar í Bæ) bættir ccc silfrs (minnir mig)", en í sögunni á undan er þó ekki talað um að nema einn sonur Þorsteins, Þorvarðr, hafi verið veginn. Ef Jón því hefur munað rjett, hvað í sögunni stóð, ætti Þorvarðr að hafa verið bættur *þrennum manngjöldum*, eða *3 hundruð silfurs* að hafa verið goldin fyrir víg hans. En bæði er þetta næsta ólíklegt, enda verður af mörgum ástæðum ekkert ráðið af þessum stað.

IV. 6 hundruð silfurs:

1. Höskuldr Þráinsson, Hvítanessgoði (Njála k. $123^{16-17, 25}$ bls. 635—6). Í sögunni stendur: „ek vil Höskuld bœta láta *þrenn-*

um manngjöldum; en þat eru *sex hundruð silfrs*". Eptir þessu ættu ein manngjöld að vera 2 hundruð silfurs, og virðist þá söguritarinn komast í mótsögn við sjálfan sig, því áður í sögunni hefur hann sagt, að „*fullar bætur*" fyrir frjálsan mann væru hundrað silfurs (sbr. A. I, 1.) og „*tvenn manngjöld*" 2 hundruð silfurs (sbr. A. II, 2). Þó eru miklar líkur til að það sje rjett, að 6 hundruð silfurs hafi verið goldin fyrir víg Höskulds, því Snorri goði er látinn segja: „en gera vil ek fésætt svá mikla, at *engi maðr hafi dýrri verit hér á landi* en Höskuldr" (k. 123[8-10]), enda má ráða af frásögninni á eptir, að bæturnar hafi einmitt verið 6 hundruð, því að samkvæmt henni gjalda gerðarmennirnir 3 hundruð, Kári og Njálssynir fjórða hundraðið, Njáll sjálfur hið fimmta og alþýða manna hið sjötta. Alls eru þannig goldin 6 hundruð. En hvernig stendur nú á því, að höfundur sögunnar kallar þetta „*þrenn manngjöld*", sem samkvæmt öðrum stöðum í sögunni ættu að kallast og eru 6 manngjöld? Á þessu virðist standa svo, að höfundur sögunnar greinir milli tvenns konar manngjalda. Ein manngjöld fyrir hvern *óbrotinn* frjálsan mann, svo sem húskarla þá, er inni brunnu með Njáli (k. 145[271-272]), Atla (k. 38[76]) og Brynjólf (k. 40[84]), eru hundrað silfurs. Aptur telur hann ein manngjöld fyrir hvern *meiri háttar* mann 2 hundruð silfurs, enda má það til sanns vegar færa, því að sagan sýnir, að slíkar bætur vóru ávallt goldnar fyrir þá. Þess vegna segir hann um bæturnar fyrir víg Þorvalds Úsvífssonar, sem vóru 2 hundruð silfurs, „þat þóttu þá *góð manngjöld*", nefnilega eptir gildan bónda eða meiri háttar mann, þótt það væru tvenn manngjöld, ef miðað er við hvern óbrotinn mann eða húskarl. Þegar því söguritarinn kallar 6 hundruð „þrenn manngjöld", þá meinar hann, að fyrir víg Höskulds hafi verið goldið eins og fyrir víg þriggja meiri háttar manna, t. d. Höskulds, Gríms og Helga, Njálssona, en hver þeirra var bættur með 2 hundruðum silfurs.

2. Skarpheðinn Njálsson (Njála k. 145[269-269], bls. 822 sbr. k. 123[16-17, 25], bls. 635—636).

[3. Þórðr fangari (Svarfd. k. 15[19], bls. 46).

[4. Örn, húskarl Höskulds lögmanns (Svarfd. k. 16[21], bls. 48). Hjer stendur reyndar að eins „sex hundruð" í sögunni, en beri maður staðinn saman við aðra staði í sögunni, getur enginn vafi leikið á því, að söguritarinn meinar 6 hundruð silfurs.

[5. Björn, húskarl Hrólfs nefglitu (Svarfd. k. 16[45], bls. 49). Eins og hver maður getur sjeð, verður ekkert ráðið af þessum stöðum í Svarfdœlu, því engum dettur í hug að trúa því, að slíkar bætur hafi verið goldnar fyrir óbrotna húskarla. En mjer þótti þó rjettara að taka þetta með, svo að öll kurl skyldu koma til graf-

ar, en hef sett hornklofa framan við hvern lið, til þess að auðkenna þá frá öðrum sem markleysu.

V. 8 hundruð silfurs:

Koðrán Guðmundarson, ríka (Ljósv. k. 27[110], bls. 234 sbr. 273[18]).

VI. 9 hundruð silfurs:

Björn Arngeirsson Hitdœlakappi (Hitd. bls. 72). Fyrst tekur Asgrímr bróðir Bjarnar *3 hundruð silfurs* í bætur fyrir víg hans (bls. 70 og 72 — sbr. A. III, 6) og er svo að sjá sem hann álíti sig fullsæmdan af þeim bótum. En aðrir frændur Bjarnar og fóstbróðir hans Þorsteinn Kuggason láta sjer þetta ekki lynda, heldur ónýta þeir sætt Asgríms og segja upp nýja gjörð: „Þórðr skal gjalda Ásgrími *þrjú hundruð silfrs,* sem hann hafði kørit sér til handa ok við tekit, *önnur þrjú hundruð silfrs* skal Þórðr gefa til sýknu sér; en hin *þriðju þrjú hundruð* til sýknu Kálfi". Seinna segir svo í sögunni: „Ok nú var sú umrœða manna, *at varla hafi þvílikt eptirmál orðit um einn mann, sem eptir Björn*". Niðurstaðan virðist þannig að hafa verið sú, að alls hafi verið goldin 9 hundruð silfurs fyrir víg Bjarnar.

VII. 12 hundruð silfurs:

[Hrani, bóndi í Birnunesi (Svarfd. k. 16[28–29], bls. 48). Af þessum stað verður þó alls ekkert ráðið, því engin líkindi eru til, að 12 hundruð silfurs hafi verið goldin fyrir víg eins lítils háttar bónda, enda er svo að segja allt, sem í Svarfdœlu stendur um fjegjöld, svo ótrúlegt, að rjettast væri að taka ekkert tillit til þeirrar sögu í þessum efnum.

VIII. 12 hundruð verðaura (— $1^1/_2$ hundrað silfurs):

Hallsteinn enn breiðdœlski, bóndi á Víðivöllum (Dropl. bls. 17). Þetta er sá eini staður í hinum eldri Íslendingasögum, þar sem manngjöld eru talin í hundruðum vaðmála eða verðaura. Í sögunni stendur að eins „*tólf hundruð*", án nokkurrar viðbótar, svo af honum sjálfum verður eigi sjeð, hvort söguritarinn á við hundrað *álna* eða hundrað *aura*. Útgefandi sögunnar, Konráð Gíslason, hefur í orðasafninu aptan við söguna skilið þ[illegible] hundrað „álna", en það mun óhætt að fi[illegible] meina

hundrað lögaura, því á næstu blaðsíðu á undan (bls. 16) stendur: „hann gerði sér *hundrað þeirra aura, er þá gengu í gjöld*“. Tólf hundruð á því sjálfsagt að skilja á sömu leið og verða það þá $1^1/_2$ manngjöld eða 180 silfurs, þegar hlutfallið milli silfurs og verðaura er reiknað sem 8:1, eins og verið mun hafa um það leyti, er þetta gerðist. Þetta verður líka sennilegast, þegar staðurinn er borinn saman við aðra sögustaði, þar sem skýrt er frá manngjöldum; en væri átt við 12 hundruð álna (— 2 hundruð lögaura), þá yrðu það að eins 30 silfurs eða $^1/_4$ manngjalda, sem enginn mundi hafa látið sjer nægja. En sje hjer ekki átt við 6 álna aura, heldur 12 álna aura, verða vígsgjöldin 3 hundruð silfurs.

IX. Manngjöld í markatali.

1. Þorgils örrabeinsstjúpr geldur austmönnunum Einari og Sigurði í bætur fyrir víg Helga bróður þeirra, hinum fyrra *sverðið Jarðhússnaut* og hinum síðara *5 merkur silfurs* (Flóam. k. 34, bls. 160[24–26] sbr. bls. 184[23–25]). Hve mikils sverðið hefur verið metið, er ekki hægt að ákveða, en það má þó sjá af sögunni, að það þótti fágæta sverð og mesti dýrindisgripur, og mun því ekki fjarri sanni, að það hafi verið álitið 10 marka virði, og verða þá bæturnar alls 15 merkur silfurs (— hundrað silfurs) eða ein manngjöld, enda kemur það heim við það, að Þorgils segir, að hann vilji víg Helga „fullu bœta“ (bls. 160[23]).

2. Í Svarfdœlu er Þorkell Skíðason látinn bjóða Karli unga Karlssyni *3 merkur silfurs* í föðurbætur, en því fór svo fjarri að hann tæki slíkum bótum með þökkum, að hann „setti sjóðinn á nasar Þorkeli, svá fast, at brotnuðu tvær tennr ór höfði hánum, ok stóðu blóðbogar ór andlitinu“ (Svarfd. k. 27[68, 70–74], bls. 93—94). Eins og dr. Finnur Jónsson hefur tekið fram í ritgerð sinni um Svarfdœlu (í Aarb. f. nord. Oldk. 1884, bls. 129) mun þetta ekki eiga að skoðast sem fullar bætur, heldur miklu fremur sem skammarboð.

3. Í þeim hluta Heiðarvígasögu, sem er skrifaður af Jóni Ólafssyni eptir minni, er Gísli Þorsteinsson látinn vísa Víga-Barða á *7 merkur silfurs*, sem teknar hafi verið frá honum á Englandi, í bróðurgjöld eða bætur fyrir víg Halls Guðmundarsonar (Heiðarv. k. 14, bls. 317). Þar sem þetta er að eins gert til háðungar og skapraunar, verður ekkert af staðnum ráðið, hvort þetta hafi þótt miklar eða litlar bætur, þótt hið síðara virðist líklegra.

4. Í sögunni af Sneglu-Halla (Mork. bls. 99; Flat. III, bls. 494; Fms. VI, bls. 372) er Einarr fluga látinn greiða Halla

3 merkur silfurs í frændbætur, en þó verður eigið sjeð, hvort þetta eigi að skoðast sem fullar bætur fyrir hinn vegna. Miklar líkur eru til, að það eigi ekki að skoðast svo, heldur annaðhvort þannig, að Einarr sletti þessu í hann, til þess að hafa hann af sjer og jafnframt fyrir bænarstað konungs, sem biður hann að bæta honum „*nökkuru*“ fyrir sín orð, eða þó öllu heldur að þetta eigi að skoðast sem *sá hluti af bótunum, er Halla bar sem bróður hins vegna.* Samkvæmt Baugatali í Grágás (Konungsb. I, 193) var höfuðbaugurinn einmitt *þrímerkingur* eða 3 merkur silfurs. Nú var faðir Halla dáinn, og ef hann hefur ekki átt neina bræður á lífi — og þess er ekki getið —, þá bar honum einmitt að taka allan höfuðbauginn eða 3 merkur silfurs (Konungsb. I, 195). Af þessum stað verður því engan veginn ráðið, að 3 merkur hafi verið manngjöld eða fullar frændbætur, þótt ýmsir hafi áður notað hann sem sönnun fyrir því (sbr. ritgerðina „De centenario argenti“ aptan við Kristnisögu).

B. Sturlungasaga.

Í Sturlungu eru manngjöldin ávallt talin hundraðatali, og alloptast án þess að tekið sje fram, hvort átt sje við hundrað *álna* eða hundrað *aura*, en stundum er þó bætt við „*þriggja álna aura*“, og mun jeg taka það fram í athugagreinum mínum, þegar slíkt stendur í sögunni. Til þess nú að hægra veiti að bera manngjöldin í Sturlungu saman við manngjöldin í hinum eldri Íslendingasögum, mun jeg breyta verðaurunum í silfur og geta þess í svigum, hve há upphæðin sje í silfri, og fylgi jeg þá þeirri reglu að skilja „hundrað“ alls staðar sem „hundrað þriggja álna aura“, og skal jeg síðar færa rök fyrir þeirri skoðun. En samkvæmt Grágás (Konungsb. II, 247) var hundrað þriggja álna aura á Sturlungaöldinni jafnt einni mörk silfurs eða $^1/_{15}$ hundraðs silfurs. Hlutfallið milli silfurs og verðaura var því sem $7^1/_2 : 1$. Í tilvitnunum til Sturlungu táknar fyrri talan (rómv.) bindi en hin blaðsíðu í útgáfu Guðbrands Vigfússonar.

I. 10 hundruð (— $^3/_4$ hundraðs silfurs):

Þorsteinn, sjómaður í Avík (Sturl. I, 12). Hjer stendur í sögunni: „tíu hundruð *þriggja álna* aura“. Þetta eru minni vígsgjöld en nokkurs staðar er getið um í sögunum annars staðar. Fullar bætur eða ein manngjöld hefðu átt að vera 15 hundruð, en líklega stendur svo á þessu, að Hafliði hefur viljað láta þriðjung bótanna falla niður fyrir það, að Þorst[illegible] hann vildi hlaupa eptir Óláfi Hildis[illegible]

I, 11), og hefur því álitið, að Már hefði eigi vegið Þorstein að ósekju. Þetta hefur Hneitir orðið að láta sjer lynda fyrir hönd móður Þorsteins og barna hans, með því að ekki vóru mikil líkindi til, að unnt væri að fá meira en boðið var, er við annan eins höfðingja var að etja eins og Hafliða Másson. A öðrum stað í Sturlungu (I, 146, sbr. 143) er einmitt talað um bætur fyrir að manni var haldið, en af því að sá maður var ekki eins ættstór og Már, vóru bæturnar fyrir hald hans ekki nema 3 hundruð.

II. 15 hundruð (— hundrað silfurs):

1. Hrafn Brandsson (Sturl. I, 137). „Ok görðu þeir fimtán hundruð um víg Hrafns, *þriggja álna aura*".
2. Þóroddr langnefr (Sturl. I, 156).
3. Galmr Grímsson (Sturl. I, 157 sbr. 154—5).
4. Halli Nichulasson (Sturl. I, 157 sbr. 154).
5. Tjörvi, bóndi at Rauðalœk (Sturl. I, 157 sbr. 154). Í sögunni stendur: „en fyrir víg Þórodds fimtán hundruð *þriggja álna aura*, ok fyrir *hvern mann annan* göiði hann XV hundruð *þriggja álna aura*, ok varð þat *hundrað hundraða þriggja álna aura* með því, er gört var fyrir víg Þorfinns". Nú má af öðrum stað í sögunni (I, 168) sjá, að 6 tigir hundraða hafa verið gerðir fyrir víg Þorfinns, og verður þá að skipta 6 tigum hundraða niður á hina fjóra, er vegnir vóru eða inni brunnu, nefnilega þá Þórodd, Galm, Halla og Tjörva, og koma þá 15 hundruð á hvern, eins og í sögunni stendur.

III. 18 hundruð (— $1^1/_5$ hundrað silfurs):

Þórálfr Bjarnason (Sturl. I, 384). „K. gördi átján hundruð *þriggja álna aura* fyrir víg Þ."

IV. 20 hundruð (— $1^1/_3$ hundrað silfurs):

Bjarni Árnason (Sturl. I, 275).

V. 30 hundruð (— 2 hundruð silfurs):

1. Hneitir, bóndi í Avík (Sturl. I, 14—15).
2. Snorri Arnþrúðarson (Sturl. I, 168). „Þrjá tigi hundraða *þriggja álna aura*".
3. Þorsteinn Arnþrúðarson (Sturl. I, 168). „Þrjá tigi hundraða *þriggja álna aura*".

er víg hafði vakit í Bœ, 10 *hundruð*, en 5 *hundruð* á þá, er menn höfðu sært, en 2 *hundruð* á þá, er grjóti köstuðu. En þeir menn, er vetfangs-bjargir höfðu veitt, skyldi gjalda 5 *aura* ok *hundruð*". Ef hundruðin táknuðu hjer álnir, væri eðlilegast að aukabæturnar væru einnig taldar í álnum, en ekki í aurum. II, 255: „þeir görðu hálft annat *hundrað hundraða* fyrir víg Þorgils; skyldi niðr falla 30 *hundraða* fyrir atför við Þorvarð . . . . örfum F. 20 *hundruð* . . . . S. 60 *hundraða*; skyldi vera þriðjungr í gulli ok brendu silfri; annarr í gripum sœmilegum og dugandi löndum; hinn þriði í þeim gripum, er engi væri minna en 10 *aura* verðr" (sbr. I, 82). Hví skyldu gripirnir ekki eins virtir í álnatali, ef hundruðin táknuðu álnatölu? Það væri svipað eins og ef sagt væri nú á dögum: „Hann átti að gjalda 200000 aura í löndum og sæmilegum gripum, og skyldi enginn gripur minna en 10 króna verður."

4) Þegar Guðmundr biskup Arason fór utan til að taka biskups vígslu árið 1202 og Hrafn Sveinbjarnarson með honum, þá lágu þeir nokkrar nætur í akkeris lægi við Suðureyjar. „Þar kom til þeirra sýslumaðr konungs, ok heimti at þeim landaura, eptir því sem lög þeirra standa til; ok taldi at þeir ætti at gjalda 20 *hundruð vaðmála*, því at þeir vóru 20 íslenzkir menn á skipinu. Þeir vildu eigi gjalda, því at þeir þóttusk þat vita, *at þeir hlutu at gjalda annat þvílíkt í Noregi* . . . . varð þat at sætt áðr en lauk, at þeir biskupsefni guldu 6 *hundruð vaðmála*" (Sturl. II, 292; Bisk. I, 563—4). Hjer eru landaurarnir taldir hundrað vaðmála fyrir hvern skipverja, og sje átt við *álnir*, þá verða það 20 lögaurar eða $2^2/_3$ eyris silfurs, þegar hlutfallið milli vaðmálsverðs og silfurverðs er sem $7^1/_2$: 1, eins og það var þá; en sje átt við þriggja álna *aura*, þá verður það mörk (8 aurar) silfurs. Vjer skulum nú sjá, hvort er líklegra. Hjalti Skeggjason greiddi Óláfi Svíakonungi, sem þóttist eiga tilkall til Noregs, 10 merkur silfurs sem landauragjald sitt og allra skipverja sinna, en af frásögninni verður því miður eigi sjeð, hve margir þeir vóru (Hmkr. 275; Fms. IV, 137; Flat. II, 60). En samkvæmt vottorði Gizurar biskups og fleiri manna um rjett og skyldur Íslendinga í Noregi frá 1083 vóru landaurarnir hálf mörk silfurs fyrir hvern frjálsan mann (Dipl. Isl. I, 65—66, 69). en þess er ekki getið, hvort menn áttu að greiða slíkt gjald bæði þegar menn komu og fóru, eða að eins þegar menn komu til Noregs. Það er víst, að Íslendingar urðu að greiða landaura, er þeir komu til Noregs, og athugi maður frásögn Ara fróða um það, hvernig þetta gjald var tilkomið í upphafi, þá virðist jafnvel næst að ætla, að menn hafi líka orðið að greiða gjald, er menn fóru úr Noregi til Íslands. Hann segir svo (Íslb. k. 1): „En þá varð för

manna mikil mjök *út hingat ór Norvegi,* til þess unz konungrinn Haraldr bannaði, af því at honum þótti landauðn nema. Þá sættusk þeir á þat, at hverr maðr skyldi gjalda konungi V aura, sá er eigi væri frá því skiliðr, ok *þaðan fœri hingat . . . . þau hafa upphöf verit at gjaldi því, er nú er kallat landaurar,* en þat galzk stundum meira, en stundum minna, unz Óláfr enn digri gördi skírt, at hverr maðr skyldi gjalda konungi hálfa mörk, *sá er fœri miðli Norvegs ok Íslands*". Af þessu er auðsætt, að upprunalega var þetta gjald lagt á þá menn, er fóru úr Noregi til Íslands, og er þá spurn, hvort seinna hafi orðið hausavíxl á þessu, svo að það hafi síðar að eins verið lagt á menn, er menn komu til Noregs, eða að menn hafi þá orðið að greiða gjald bæði þegar menn komu og fóru, hálfa mörk í hvort skipti. Hafi svo verið, þá kemur það vel heim við frásögnina um þá Guðmund og Hrafn, því að þá er þar átt við allt gjaldið, mörk silfurs fyrir hvern mann, og er þá einsætt, að „hundrað vaðmála" táknar hundrað þriggja álna aura. Að minnsta kosti nær það engri átt, að skilja h. v. á þessum stað sem 120 álnir vaðmáls (— $2^2/_3$ e. s.), því að það getur með engu móti samþýðzt því, sem vjer annars vitum um landauragjaldið, en varla er mögulegt annað, en bæði þeir Hrafn, og söguritarinn eins, hafi vitað, hve landauragjaldið var mikið. Vilji menn því álíta að þetta gjald hafi að eins verið greitt, er menn komu til Noregs, væri heldur takandi í mál að ætla, að XX stæði í sögunni sem misletran í staðinn fyrir X, og gæti niðurfærslan á gjaldinu mælt með þeirri getgátu, því sennilegra er að gjaldið hafi verið fært úr 10 en úr 20 hundruðum niður í 6 hundruð, sem þeir Hrafn guldu að lokum eptir mikið þjark. En þá táknuðu hundruðin enn *aura,* en ekki *álnir,* og yrðu þá landaurarnir 60 þriggja álna aura (— $^1/_2$ mörk s.) á mann.

5) Eins og kunnugt er, eru allar jarðir á Íslandi metnar í hundraðatali, og er slíkt jarðamat afarfornt, en hingað til hefur enginn getað skýrt það viðunanlega, hvernig á því stæði. Mönnum hefur komið saman um, að ekki gæti verið átt við hundruð álna, þannig að jörðin væri metin jafnmörg hundruð eins og hún væri margra hundraða álna virði, því að það gæti með engu móti samþýðzt verði jarðanna. Hafa menn því komið fram með ýmsar getgátur í þessu efni, en sennilegust hefur sú þótt, sem Finnur biskup Jónsson kom með, að miðað væri við, hve mörgum hundruðum í skepnum (1 h. — 1 kýr eða 6 ær) jörðin gæti fram fleytt (sbr. Halldór Einarsson: „Om Værdie-Beregning paa Landsviis", bls. 12—14). En þessi skoðun er víst heldur ekki rjett. Með hundruðum mun hjer átt við hið upprunalega verð jarðanna

talið í hundruðum *aura*. Með því að mat jarðanna hefur breytzt svo opt, þarf langa rannsókn til þess að sanna þetta fullkomlega, en fyrir hana er ekkert rúm hjer. Jeg læt mjer því nægja með nokkur dæmi úr Sturlungu, bæði sem sönnun fyrir þessari skoðun, og hins vegar fyrir því, að þar sje átt við aura, ef þessi skoðun mín er rjett.

Gizurr jarl kaupir Reynistað fyrir *hundrað hundraða* (II, 252). Samkvæmt Jarðatali Jóhnsens frá 1847 (bls. 257, athgr. 3) var sú jörð með hjáleigum sínum þá metin *110 hundruð*, en 1861 (Ný jarðabók fyrir Ísland, bls. 108) er hún metin liðug *114 hundruð*.

Jóreiðr Hallsdóttir fær Ingibjörgu dóttur sinni til heimanfylgju landið í Sælingsdal „fyrir *30 hundraða*“ (II, 155). Sú jörð var 1847 metin *30 hundruð* (Jarðatal 167), en 1861 rúm 20 hundruð (Jarðab. 68).

„Sighvatr (Sturluson) hafði til búsefna föðurarf sinn, *40 hundraða*. Hann tók fyrst Galtardalstungu ok seldi hana, ok keypti Staðarhól hálfan“, (I, 199). Galtardalstunga er í jarðabók Árna Magnússonar metin *40 hundruð* (Jarðat. 168, athgr. 5), 1805 38 hundruð, 1847 28 hundruð (Jarðat. 168) og 1861 rúm 34 hundruð (Jarðab. 68). Staðarhól með öllum hjáleigum telur Árni Magnússon hundrað hundraða, en bæði 1760 og 1847 er hann metinn 60 hundruð (Jarðat. 171), en 1861 rúmt 41 hundrað (Jarðab. 69).

Jeg læt þessa staði nægja til samanburðar við nútíðar jarðamat, en skal að eins til greina nokkra fleiri staði úr Sturlungu samanburðarlaust:

I, 78: „beiddisk *lands*, þess er tœki *40 hundraða*“ (sbr. 79: „kvezk vilja at P. gyldi V. 40 hundraða, sem hón hafði fyrst beitt“). I, 137 „*15 hundruð* um víg Hrafns, *þriggja álna aura*, ... Hann galt lönd tvau fyrir vestan Heiði, annat heitir í *Hálfdanartungu*, en annat at *Uppsölum* it næsta Silfrastöðum“. I, 269: „ok görði S. *20 hundraða* eyjar af hónum, þær er heita *Valshamarseyjar*“ (sbr. I, 278—9). I, 298: „Galt Þ. þá *120 hundraða*. Hann greiddi skipstúfinn ok *Ingunnarstaði* í Króksfirði; *18 hundruð reka* á Reykjanesi ok í Skjaldbjarnarvík, ok í gulli ok silfri nökkut“. I, 384: „K. görði *18 hundruð þriggja álna aura* fyrir víg Þ.;B. greiddi land á *Þorleiksstöðum* í Blönduhlíð“.

Það virðist nú ljóst, að átt er við sama verðmæli á öllum þessum stöðum, og með því sumir staðirnir benda á, að átt sje við *aura*, þá er líklegt að hið sama gildi um hina. Þar sem talað er um rekann á Reykjanesi, þá gat mat hans ekki verið miðað við,

hve mörgum skepnum hann gæti framfleytt, heldur við virði hans í hundruðum aura, enda sýnir sambandið að svo er.

6) Arfur og búsefni Sighvats Sturlusonar var *40 hundruð* (I, 199). Þetta yrði harla lítið, ef átt væri við álnir, en sæmilegt, ef átt væri við aura. Sama er að segja um þá staði, þar sem talað er um 30 h. heimanfylgju konu (I, 77) og 30 h. kvánarmund manns (I, 111).

7) Beri maður saman þá staði, þar sem skýrt er frá upphæð vígsgjalda, sem getið er hjer að framan, þá verður það augljóst, að átt er við hundruð *aura* einnig á þeim stöðum, þar sem gjöldin eru talin í hundruðum án nokkurrar viðbótar. Það er getið um 4 menn (B. V, 2—5), sem hafi verið bættir *30 hundruðum þriggja álna aura*, og um 1 (B. V, 1), sem hafi verið bættur *40 hundruðum*. Enn fremur er getið um 2 menn (B. VII, 1—2), sem hafi verið bættir *60 hundruðum þriggja álna aura*, og um aðra 2 (B. VII, 3—4), sem hafi verið bættir *60 hundruðum*. Auk þess er getið um 5 menn (B. II, 1—5), sem hafi verið bættir *15 hundruðum þriggja álna aura*. Er þá ekki auðsætt, að einnig er átt við þriggja álna aura á þeim stöðum, þar sem verðmælisins er ekki getið? Jeg get ekki betur sjeð en svo sje. En verði menn nú að játa það, þá er næsta líklegt, að líka sje átt við sama verðmæli á þeim stöðum, þar sem vígsgjöldin verða enn hærri, ekki sízt þegar tillit er tekið til þess, hve mikill munur er á þeim mönnum, er um er að ræða á hvorumtveggjum stöðum. Jeg get nú ímyndað mjer, að menn kunni þó að koma fram með þá mótbáru gegn þessu, að þá verði vígsgjöldin eptir Snorra Sturluson afskaplega há. Þetta er að vísu satt, en þau eru þó varla hærri, en við mátti búast eptir þann mann í samanburði við aðra. Varla mundu þau hafa orðið minni, ef vjer hefðum átt að meta líf slíks manns á nútíðarkvarða vorn, og skal jeg nú reyna að sýna fram á það með því að snúa nokkrum vígsgjaldaupphæðum í krónutal danskrar myntar. En til þess að sýna, hvernig eigi að fara að því, svo að hlutfallið verði rjett millum silfurverðs þá og nú, verð jeg fyrst að gera dálítinn útúrdúr.

Eyrir silfurs var 2 lóð, og var því jafnmikið af silfri í honum og í 4 krónum danskrar myntar. Verður þá *mörk silfurs* — 32 kr., en *hundrað silfurs* — 480 kr. En þetta sýnir að eins, hve mikið var af silfri í krónu tali í hinum fornu reikningseiningum, án þess tekið sje tillit til þess, að silfur var þá miklu dýrara í hlutfalli við vörur en nú, eða að margfalt meira fjekkst fyrir hverja krónu þá, en nú fæst fyrir hana. En þá er eptir að finna, hve miklu munar í því efni. En þá verða menn að greina milli sögualdarinnar og Sturlungaaldarinnar, því að hlutfallið milli silfurverðs og vöruverðs

var mismunandi á þeim tveim tímabilum. Til þess að finna, hve miklu dýrara silfur var á söguöldinni en nú, verður auðveldast að miða við kúgildi eða kýrverð. Almennast kýrverð mun á Íslandi nú vera um 100 kr. Á söguöldinni var 1 kýr bæði á Íslandi og í Noregi metin hundrað (120) álna — 20 lögaura — $2^1/_2$ eyri silfurs — 10 kr. Má af þessu sjá, að 10 kr. á söguöldinni jafngilda hjer um bil 100 kr. nú, eða að peningarnir vóru þá hjer um bil *tíu* sinnum dýrari en nú. En þetta gildir nú að eins um söguöldina, meðan hlutfallið milli silfurs og verðaura var sem 8: 1, eða 8 merkur lögaura jafngiltu einni mörk silfurs. En á Sturlungaöldinni fjekkst nokkru minna af vörum fyrir hverja krónu eða hvern silfurpening. Þá var hlutfallið milli silfurs og verðaura sem $7^1/_2$: 1, eða $7^1/_2$ mörk lögaura jafngilti þá einni mörk silfurs. Fengu menn þá jafnmikið af vörum fyrir $7^1/_2$ mörk lögaura (= 30 kr.) eins og menn höfðu fengið á söguöldinni fyrir 8 merkur lögaura (= 32 kr.). Samkvæmt þessu jafngildir *mörk silfurs á söguöldinni* 320 kr. í núgildandi peningum, en ekki nema 300 kr. *á Sturlungaöldinni.* Til þess nú að hægra veiti að snúa stórum upphæðum í krónutal, má því segja, að 1 mörk silfurs hafi á Sturlungaöldinni samsvarað 30 kr., þótt auðvitað væri jafnmikið silfur í henni eins og í 32 kr.

Til þess að yfirlitið yfir vígsgjaldaupphæðir þær, sem getið er um í Sturlungu, og krónutal þeirra geti orðið sem ljósast, er bezt að sýna það í töfluformi. Sýnir þá fyrsti liður (I), um hve marga menn er getið, er bættir hafi verið hverri gjalda upphæð; annar (II), hvar þess sje getið hjer að framan, svo að sjeð verði, hverjir það eru; þriði (III), hve upphæðin sje há talin í hundruðum (þriggja álna aura); fjórði (IV), hve hún sje margar merkur silfurs; fimmti (V), hve margar krónur hefði þurft til þess að greiða gjöldin, eptir því verði, sem jafnvægi hverrar krónu í silfri hafði þá; sjötti (VI), hve margar krónur mundi nú þurfa til þess að greiða hin sömu gjöld eptir virði hverrar krónu nú í hlutfalli við vörur.

I	II	III	IV	V	VI
5	(B. II, 1—5)	15 h.	15 m. s.	450 kr.	4500 kr.
1	(B. III)	18 h.	18 m. s.	540 -	5400 -
1	(B. IV)	20 h.	20 m. s.	600 -	6000 -
5	(B. V, 1—5)	30 h.	30 m. s.	900 -	9000 -
2	(B. VI, 1—2)	40 h.	40 m. s.	1200 -	12000 -
4	(B. VII, 1—4)	60 h.	60 m. s.	1800 -	18000 -
2	(B. VIII, 1—2)	90 h.	90 m. s.	2700 -	27000 -
1	(B. IX)	120 h.	120 m. s.	3600 -	36000 -
1	(B. X)	180 h.	180 m. s.	5400 -	54000 -
3	(B. XI, 1—3)	240 h.	240 m. s.	7200 -	72000 -

Samkvæmt þessu yfirliti verða hin lægstu vígsgjöld 4500 kr. í núgildandi krónutali, en hin hæstu 72000 kr. Munurinn er afarmikill, en það er líka mikill munur á mönnunum. Hin hæstu vígsgjöld, sem talað er um svo að tekið sje fram, við hvaða verðmæli sje átt, nefnilega þriggja álna aura, eru 18000 kr. Um þau gjöld og öll hin lægri getur því enginn vafi verið. En þá kemur sú spurning, hvort einnig sje átt við sama verðmæli, þar sem gjöldin eru talin hærri. Berum saman mennina og sjáum svo, hvort eigi eru allar líkur til þess. Þorfinnr Önundarson er bættur með 18000 krónum, en Sæmundr Ormsson með 27000 krónum. Þegar nú þessir menn eru bornir saman, er þá ekki einmitt líklegt að Sæmundr hafi verið gerður svo miklu dýrri enn Þorfinnr? En ef átt væri við 90 hundruð *álna* þar sem talað er um bæturnar fyrir Sæmund, þá yrðu þær 30 merkur silfurs — 9600 kr. Yrðu þá bæturnar fyrir Sæmund nærfellt hálfu minni en fyrir Þorfinn, og geta allir, sem sögu þeirra lesa, sjeð, hversu líklegt það sje. Fyrir víg Hrafns Sveinbjarnarsonar var goldið hundrað (120) hundraða, og verður það, ef átt er við þriggja álna *aura*, 36000 kr., en sje átt við *álnir*, þá verða það 40 merkur silfurs — 12000 kr. Eru nú ekki meiri líkur til að Hrafn hafi verið bættur hálfu hærri bótum en Þorfinnr, en að hann hafi verið bættur þriðjungi minni bótum? Þorgils skarði var bættur hálfu öðru hundraði (180) hundraða; sje átt við *aura*, verður það 54000 kr., en sje átt við *álnir*, verða það 60 merkur silfurs — 18000 kr. Er nú líklegt, að þeir hafi verið gerðir jafnmenni Þorgils og Þorfinnr? Er hitt ekki miklu sennilegra, að Þorgils hafi einmitt verið bættur þrefalt hærri bótum? Fyrir víg Snorra Sturlusonar var gert tvö hundruð (240) hundraða; sje átt við *aura*, verða það 72000 kr., en sje átt við *álnir*, verða það 80 merkur silfurs — 24000 kr. Er nú líklegt, að annar eins stórhöfðingi og Snorri hafi ekki verið gerður nema einum fjórðungi dýrari en Þorfinnr? Er hitt ekki líklegra, að hann hafi einmitt verið bættur ferfalt hærri bótum? Eins er ef bæturnar eptir hann eru miðaðar við bætur eptir aðra menn, þá verður hlutfallið sennilegt, ef átt er við aura, en næsta ólíklegt, ef átt væri við álnir.

Af því að það kemur nú sjaldan fyrir, að fjegjöld sjeu gerð fyrir víg manna, er erfitt að mæla bæturnar í Sturlungu á nútíðarkvarða. Jeg vil þó geta þess, að 29. júní 1891 var hjer í Kaupmannahöfn í hæstarjetti kveðinn upp dómur yfir manni, er myrt hafði mann, og var maðurinn dæmdur til lífláts og auk þess til að greiða konu hins myrta 6000 kr. Sá, er myrtur var, var umkomulaus sendiboði við verksmiðju hjer í bænum, og mundi því hvorki

á söguöldinni nje á Sturlungaöldinni hafa verið goldið meira en ein manngjöld fyrir víg hans, en ein manngjöld vóru á Sturlungaöldinni, eins og áður var sýnt, 4500 kr. Samkvæmt þessu verða manngjöldin nú töluvert hærri en á Sturlungaöldinni. Ef nútíðardómstóll ætti að ákveða bætur fyrir víg annars eins manns eins og Snorra Sturlusonar, hvort mundi þá líklegra, að hann mundi gera hann ferfalt dýrari en sendiboðann, er á var minnzt, eða að hann mundi gera hann tólffalt dýrari? Jeg held að hið síðara mundi verða nær sanni, en ætla þó, að bæturnar mundu verða enn hærri. Mundi ekki fjarri sanni, að geta til að þær yrðu 100,000 kr., því ef álíta má, að ein manngjöld sjeu 6000 kr., eins og dæmi mitt bendir til, þá verða 16 manngjöld 96,000 kr. En Snorri var bættur 16 manngjöldum.

Jeg gæti nú komið með mörg fleiri dæmi til þess að sanna, að ávallt sje átt við hundruð þriggja álna *aura* í Sturlungu (en ekki hundruð *álna*), þótt verðmælisins sje ekki getið, með því að bera saman ýmisleg önnur fjegjöld, sem getið er um í sögunni, bæði bætur fyrir sár, atfarir og fleira; en jeg álít, að þess gerist ekki þörf, og læt því hjer við staðar nema.

Jeg sný mjer þá að „hundraði silfurs“, og skal nú reyna að sýna fram á, að það ávallt tákni 120 *aura* silfurs.

1) Ef „hundrað« í fornritunum ávallt táknar 120 *aura*, þar sem verðmælisins er ekki getið, þá er auðvitað, að þessi regla gildir einnig um hundrað silfurs. Þetta er hin fyrsta og bezta sönnun, og hún ein er í rauninni nóg.

2) Af mörgum stöðum í sögunum sjáum vjer, að h. s. eru látin vera hin lægstu vígsgjöld fyrir frjálsan mann. Sje nú átt við aura, verða það 15 merkur silfurs. Af Sturlungu sjáum vjer, að lægstu vígsgjöld fyrir frjálsan mann eru þar talin 15 hundruð *þriggja álna aura*, en það eru einmitt 15 merkur silfurs, því að samkvæmt Grágás (Kgb. II, 247) er hundrað þriggja álna aura jafnt einni mörk silfurs. Þegar nú upphæðunum ber saman, er ljóst, að h. s. táknar hundrað *aura*, en ekki hundrað *álna* (— $2^1/_2$ m. s.).

3) Ef h. s. táknar 120 *aura*, jafngildir það niðgjöldunum í Grágás, sem samkvæmt reikningi Vilhjálms Finsens vóru rúmar 15 merkur silfurs (sbr. orðasafnið aptan við útgáfu hans af Skálholtsbók, bls. 589: 15 merkur $1^1/_7$ eyris).

4) Á Englandi var hundrað silfurs talið jafnt 8 pundum (— 96 aurum) silfurs, og eru sannanarstaðirnir fyrir því til greindir í bók Steenstrups „Normannerne“ (IV, 174: sbr. Dietrich: „Das hundert silbers“ i Zeitschr. f. d. Alterth. X, 238—240).

Samkvæmt því, sem áður er tekið fram, ætti nú h. s. að vera 10 pund ensk, en hvernig á því stendur, að hjer vantar 2 pund eða 24 aura uppá, get jeg ekki skýrt viðunanlega. Jeg er ekki nógu kunnugur fornenskum peningareikningi til þess, en sjálfsagt mætti þó finna það, ef það væri rannsakað nákvæmlega. Af því að England var kristið, mætti þó ef til vill ætla, að þar væri átt við *tírætt hundrað* (100 aura), sem þá hefði átt að vera $8^1/_3$ enskt pund, en brotinu hefði af einhverjum ástæðum verið sleppt, er upphæðinni var snúið í pundatal, ef til vill að eins til þess að jafna upphæðina. Annars getur þessi munur legið í einhverjum hlutfallsreikningi milli ensks og norræns silfurreiknings, sem mjer er ekki kunnur, og væri óskandi að aðrir, sem betur vita, vildu skýra þetta. En hvernig sem þessu nú kann að vera varið, þá bendir þó enska upphæðin ljóslega á, að h. s. getur ekki táknað hundrað *álna* (— $2^1/_2$ mörk), heldur verður að tákna hundrað *aura*, því að 8 ensk pund (— 12 merkur) nálgast þá upphæð miklu fremur en hina, og væri á Englandi átt við tírætt hundrað (— $12^1/_2$ mörk), þá munaði að eins hálfri mörk.

5) Á söguöldinni vóru ein manngjöld talin h. s.; sje nú átt við *aura*, verða það 15 merkur silfurs — 4800 kr., því á söguöldinni var hlutfallið milli silfurverðs og vöruverðs sem 8: 1 (1 m. s. = 320 kr.), en sje átt við *álnir*, þá verða það $2^1/_2$ mörk = 800 kr. Sje nú þetta borið saman við lægstu vígsgjöldin í Sturlungu (4500 kr.) og manngjöld þau, sem jeg áður gat um, að ákveðin hefðu verið $^{29}/_6$ 1891 af hæstarjetti Danmerkur (6000 kr.), þá er auðsætt, að með h. s. hlýtur að vera átt við hundrað aura, en ekki álna.

6) Þrælsgjöld eru í sögunum ávallt talin 12 aurar silfurs — $1^1/_2$ m. s. (Njála k. 36^{75-76}, 37^{70-71}, sbr. 37^{44}, 38^{8}; Eyrb. bls. 56, 79, 81). Ef nú h. s. táknaði hundrað *álna* (— 20 aura — $2^1/_2$ m. s.), þá yrðu manngjöldin einum 8 aurum eða einni mörk silfurs hærri, en það var meiri munur gerður á þrælum og frjálsum mönnum en svo, að það taki nokkru tali, að það geti verið rjett.

Jeg verð nú að álíta fullsannað, að ein manngjöld hafi bæði á söguöldinni og á Sturlungaöldinni verið 15 merkur silfurs. Það var sú upphæð, sem ættingjar hvers frjálsborins manns áttu að lögum heimting á að fá fyrir víg hans. Þegar því sætzt var á vígsmálið, án þess að það gengi til dóms og laga, ljet enginn sjer lynda, að taka á móti minni upphæð, sem ekki var heldur von, þar sem menn vissu, að sú upphæð var vís, ef þeir sneru sjer til dómstólanna. En nú var það mjög mikil tilhliðrunarsemi af ættingjum hins vegna, að láta vegandann sleppa hjá dómi, því að ef málið kom í dóm, þá varð hann auk niðgjaldanna að greiða *vígsbætur* eða

rjett (6 merkur = 48 lögaura), og var þar að auki dæmdur sekur skógarmaður (sbr. orðas. V. F. aptan við Skhbk., bls. 655). Fyrir þessa tilhliðrunarsemi heimtuðu ættingjar hins vegna opt miklu hærri niðgjöld, en þeir áttu heimting á að lögum, enda vissu þeir, hvað þeir máttu bjóða sjer, því að þótt krðfurnar yrðu stundum mjög harðar, vildu þó flestir allt til vinna að sleppa hjá skóggangi. Hins vegar álitu ættingjar vegandans það jafnan sanngjarnt, að bæta þá menn, sem nokkuð kvað að, meira en einum manngjöldum og urðu gjöldin þá því hærri, sem maðurinn var fremri, er veginn hafði verið. Þannig varð það algengt, að menn vóru bættir tvennum manngjöldum, þegar hinir vegnu vóru álitnir tveggja manna makar eða jafnir tveimur óbrotnum frjálsum mönnum, enda er þess opt getið í sögunum, þótt ekki sje um gjöld að ræða, að víg eins manns er látið jafnt vígi tveggja annarra manna (t. d. Sturl. I, 168; II, 15; Heiðarv. 385 og miklu víðar), og eins er stundum víg eins manns gert jafnt vígi þriggja annarra (t. d. Háv. 48). Var þá bæði tekið tillit til mannvirðinga og mannkosta, er vígunum var jafnað saman (sbr. Grettla 116; Njála k. 56[82–85]), en þó einkum til ætternis (sbr. Heiðarv. 385: „þá eru 4 norðan við 5 Gíslunga, *fyrir því at kyns munr var mikill*“). Hefðu nú hinir vegnu verið í höfðingja tölu, gátu manngjöldin margfaldazt miklu meir, og urðu þá því hærri, því meiri höfðingi sem hinn vegni hafði verið, eins og sjá má af dæmum þeim, sem tilgreind eru hjer að framan.

Prófessor Steenstrup setur í riti sínu „Normannerne“ (IV, 287) fram þá spurningu, hvort ekki muni vera mögulegt að finna algilda reglu fyrir því, hve há manngjöldin hafi verið hjá öllum Norðurlandabúum á hinum elztu tímum, er áreiðanlegar frásagnir ná til. Hann álítur, að þetta sje mögulegt, ok eptir nokkra rannsókn kemst hann að þeirri niðurstöðu, að hin almennu manngjöld hafi verið 40 merkur silfurs (s. r. bls. 285). Jeg er nú Steenstrup samdóma bæði um það, að manngjöldin muni upprunalega hafi verið jafnhá um öll Norðurlönd, og eins um það, að það muni mega finna, hve há þau hafi verið. En er til þess kemur að ákveða upphæð manngjaldanna, þá kemst jeg að allt annarri niðurstöðu. Jeg álít að ein manngjöld hafi hjá öllum Norðurlandabúum upprunalega verið 15 merkur silfurs; ýtarlegum sönnunum fyrir þessu get jeg ekki komið að í þessari ritgerð, en jeg skal þó reyna að sýna með nokkrum dæmum, að margt bendi til að svo sje.

Að því er *Ísland* snertir, þá þykist jeg hafa sannað, að ein manngjöld vóru þar 15 merkur silfurs, sem eptir hlutfalli silfurverðs við vörur á söguöldinni verða 4800 kr. í núgildandi peningum.

Að því er *Danmörku* snertir, þá eru ein manngjöld í Sjálands-

lögum (Eriks sæll. lov II, 37, útg. Thorsens bls. 43) einmitt talin 15 merkur silfurs („fæmtan mark silfs“) og eins eru þau talin í einu riti á Skáni (And. Sunesön V, 1: „Hæc autem multa non excedit summam *quinde marccimarum argenti*“).

Í *Noregi* eru höldsgjöld talin 40 merkur 12 álna aura (= 48 merkur 10 álna aura) eða 6 merkur gulls (= 48 merkur silfurs) samkvæmt reikningi Keysers (Efterl. Skr. II, 303). Þetta virðist nú í fyrsta viðliti nokkuð fráhverft minni reglu, en það eru þó líklega í rauninni *þrenn* manngjöld. En nú vóru þrenn manngjöld 45 merkur, og menn munu því spyrja, hvernig 48 merkur geti á þeim tíma, sem lög Norðmanna eru frá, samsvarað 45 mörkum á söguöldinni á Íslandi. Þetta má skýra þannig: Þótt vígsgjöldin væru ákveðin í silfri munu þau alloptast að öllu eða nokkru leyti hafa verið goldin í vörum. En nú var hlutfallið á milli vöruverðs og silfurverðs ekki hið sama á 10. öld eins og á 12. og 13. öld. Til þessa varð að taka tillit, er bæturnar vóru ákveðnar í silfri. A 10. öld var hlutfallið milli vöruverðs og silfurverðs á Íslandi sem. 8: 1, og jafngilti þá 1 mörk silfurs 320 kr. í peningum eptir nútíðarverði, en á 12. og 13. öld var hlutfallið sem $7^1/_2$: 1, og jafngilti þá 1 mörk silfurs 300 kr. í peningum eptir nútíðarverði. Geri maður nú ráð fyrir, að hlutfallið hafi verið hið sama í Noregi á þeim tíma, sem lögin eru frá, eins og það var þá á Íslandi, þá verða 48 merkur silfurs (× 300 kr. =) 14400 kr., sem verða einmitt þrenn manngjöld, því sje því skipt í þrjá staði, koma 4800 kr. í hvern stað, en 15 merkur vóru á söguöldinni einmitt 4800 kr. Má af þessu sjá, að Norðmenn hafa fært markatöluna upp eptir því sem minna fjekkst af vörum fyrir silfrið, en það gerðu menn ekki á Íslandi. Þar vóru ein manngjöld alltaf talin 15 merkur og vígsgjöldin miðuð við þá upphæð.

Í *Svíþjóð* eru vígsgjöldin vanalegast talin 40 merkur (sannanarstaðirnir eru tilgreindir hjá Steenstrup: Norm. IV. 288—290). Sje nú þar eins og stundum í lögum Norðmanna átt við 12 álna aura, verða það 48 merkur 10 álna aura, en það verður samkvæmt ofangreindum reikningi 14400 kr. í peningum eptir nútíðarverði eða með öðrum orðum þrenn manngjöld, og fjekk konungur ein þeirra, sveitin önnur og ættingjar hins vegna hin þriðju (sbr. Steenstrup: Norm. IV. 289, 291). Samkvæmt því verða ein manngjöld eða niðgjöldin, sem ættingjarnir fá, 4800 kr., en það samsvarar 15 mörkum silfurs á söguöldinni. Á Íslandi fengu ættingjar hins vegna öll vígsgjöldin.

Í *Danalögum* á Englandi vóru vígsgjöldin um 900 talin 8 hálfmerkur gulls (Steenstrup: Norm. IV, 114). Til þess að vita,

hve mikið þetta var í silfri, verða menn að vita hlutfallið milli gulls og silfurs um 900. Steenstrup álítur, að gull hafi þá verið 10 til 12 sinnum dýrara en silfur og lætur 8 hálfmerkur vera jafnar 40 til 48 mörkum silfurs (Norm. IV, 295). En jeg held, að gull hafi á þeim tímum ekki verið svo mörgum sinnum dýrara en silfur. Á Norðurlöndum varð silfur fyrst alment á 8 öld, en um miðju járnaldarinnar (450—700) var svo sáralítið af því, að líkur þykja til, að það hafi þá alls ekki verið haft sem gjaldeyrir (Montelius: Sveriges historia I, 232), en bæði þá og miklu fyrr höfðu menn mikið af gulli. Meðan silfrið nú var sjaldgætt, er líklegt, að munurinn á verði þess og gullsins hafi ekki verið eins mikill eins og síðar varð. Þetta kemur líka heim við það, sem vjer vitum um hlutfallið milli gulls og silfurverðs. Því lengra sem líður fram í tímann, því meiri verður munurinn, því dýrara verður gullið í hlutfalli við silfur. A Íslandi var hlutfallið milli gulls og silfurverðs um 1300 sem 1: 10 eða gull tíu sinnum dýrara en silfur (Ngl. IV, 308), en bæði um 1200 og um 1100 var hlutfallið sem 1: 8 eða gull átta sinnum dýrara en silfur (Kgb. II, 193, 246—247). Líkt þessu mun hlutfallið hafa verið í Noregi. A Englandi var hlutfallið milli gulls og silfurverðs á 14. öld sem 1: 11, á 13 öld sem 1: 10 og á 12 öld sem 1: 9 (Holmboe & Schive: Norges Mynter i Middelalderen, bls. LIV). Þegar nú þessa er gætt, að munurinn á dýrleika gulls og silfurs verður því minni sem lengra dregur aptur í tímann, og vjer vitum, að hlutfallið milli gulls og silfurs á Norðurlöndum var fyrir og um 1100 sem 1: 8, þá þykir mjer næsta líklegt, að þetta hlutfall hafi um 900 verið sem 1: $7^1/_2$, og hafi verið átt við það hlutfall, þegar vígsgjöldin í Danalögum vóru ákveðin 8 hálfmerkur gulls. En sje hlutfallið milli gulls og silfurs sem 1: $7^1/_2$, þá verða 8 hálfmerkur gulls jafnar 30 mörkum silfurs, og hefur þá hver maður í Danalögum um 900 verið bættur *tvennum* manngjöldum. Um 1000 eru prælsgjöld í Danalögum talin 1 pund (= 12 aurar), en manngjöld 30 pund (Norm. IV, 115, sbr. athgr. 1), sem er 45 m. s. eða *þrenn* manngjöld, eins og höldsgjöldin í Noregi.

Sje nú allt þetta rjett, sem hjer hefur verið tekið fram um vígsgjöld í Noregi, Svíþjóð og í Danalögum, því um manngjöldin á Íslandi og í Danmörku getur varla nokkur vafi verið, þá bendir það óneitanlega á, að manngjöldin hafi í raun rjettri verið hin sömu hjá öllum Norðurlandabúum, nefnilega 15 merkur silfurs.

3 2044 012 983 045

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

CANCELLED

WIDENER

FEB 1 1991

CANCELLED

CANCELLED

DUE